*Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher*



# ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





*Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*
*Band 11*

ASCHENDORFF VERLAG

Mit Beiträgen von

Manfred Agethen
Jürgen Aretz
Winfried Becker
Vincent Berning
Günter Buchstab
Stephan Deutinger
Bernhard Forster
Guido Hitze
Gotthard Klein
Hans-Otto Kleinmann
Antonia Leugers
Rudolf Morsey
Josef Pilvousek
Anton Rauscher
Konrad Repgen
Christiane Reuter-Boysen
Birgit Sack
Walter Schmitz
Thomas Speckmann

# Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 11
Aus dem deutschen Katholizismus
des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher

ASCHENDORFF MÜNSTER

*Umschlag Kroehl/Offenburg*

*Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek*
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06123-7
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17586-6




This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

# Inhalt


7 *Vorwort der Herausgeber*

11 *Rudolf Morsey*

**Eugen Jäger** (1842–1926)

25 *Bernhard Forster*

**Johannes Giesberts** (1865–1938)

43 *Anton Rauscher*

**Theodor Brauer** (1880–1942)

59 *Gotthard Klein*

**Bernhard Lichtenberg** (1875–1943)

75 *Birgit Sack*

**Maria Grollmuß** (1896–1944)

93 *Winfried Becker*

**Franz Sperr** (1878–1945)

109 *Antonia Leugers*

**Georg Angermaier** (1913–1945)

125 *Christiane Reuter-Boysen*

**Anton Pfeiffer** (1888–1957)

143 *Guido Hitze*

**Hans Lukaschek** (1885–1960)

161 *Stephan Deutinger*

**Hanns Seidel** (1901–1961)

177 *Manfred Agethen*

**Georg Dertinger** (1902–1968)

195 *Jürgen Aretz*

**Paul Lücke** (1914–1976)

215 *Thomas Speckmann*

**Hugo Dornhofer** (1896–1977)

229 *Vincent Berning*

**Alois Dempf** (1891–1982)

247 *Hans-Otto Kleinmann*

**Franz Thedieck** (1900–1995)

265 *Josef Pilvousek*

**Gerhard Schaffran** (1912–1996)

285 *Konrad Repgen*

**Erwin Iserloh** (1915–1996)

301 *Günter Buchstab*

**Hans Katzer** (1919–1996)

315 *Walter Schmitz*

**Luise Rinser** (1911–2002)

331 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*

351 *Personenregister*

# Vorwort der Herausgeber

In den bisher erschienenen zehn Bänden dieser Reihe sind insgesamt 181 Lebensbilder veröffentlicht. Sie gelten solchen Persönlichkeiten, die von ihrer christlichen Überzeugung her Verantwortung übernommen und in je ihrer Epoche das geistige oder kirchliche, das politische oder soziale Leben in Deutschland maßgeblich mit bestimmt haben. Ihre Namen verbinden sich in besonderer Weise mit einzelnen Entwicklungen und Zeitströmungen. Das gilt für Politiker und Wissenschaftler, Bischöfe und Priester, Unternehmer und Gewerkschafter, Repräsentanten des Verbandskatholizismus und des sozialkaritativen Wirkens, für Publizisten und Dichter. Diese Reihe möchte, zumal in einer Zeit weiter nachlassender historischer und kirchlich-religiöser Wissensvermittlung, dazu beitragen, die Erinnerung an das Wirken solcher Persönlichkeiten lebendig zu erhalten und einem weiteren Leserkreis nahezubringen. Manche Namen werden der Vergessenheit entrissen, andere mit konkretem Handeln verbunden.

Die Kenntnis von Leben und Werk historischer Persönlichkeiten ermöglicht ein vertieftes Verständnis der von ihnen erlebten und mitgestalteten Epochen. Damit kann sie Maßstäbe für eine gerechtere Beurteilung auch der Gegenwart vermitteln; denn manche ihrer Probleme sind keineswegs so neu, wie sie bisweilen erscheinen. Die Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert besteht gewiss nicht aus einer Abfolge von „Helden und Heiligen", enthält jedoch genügend Namen von überregionaler Bedeutung; nicht wenige ihrer Träger verdienen das Prädikat historische Größe.

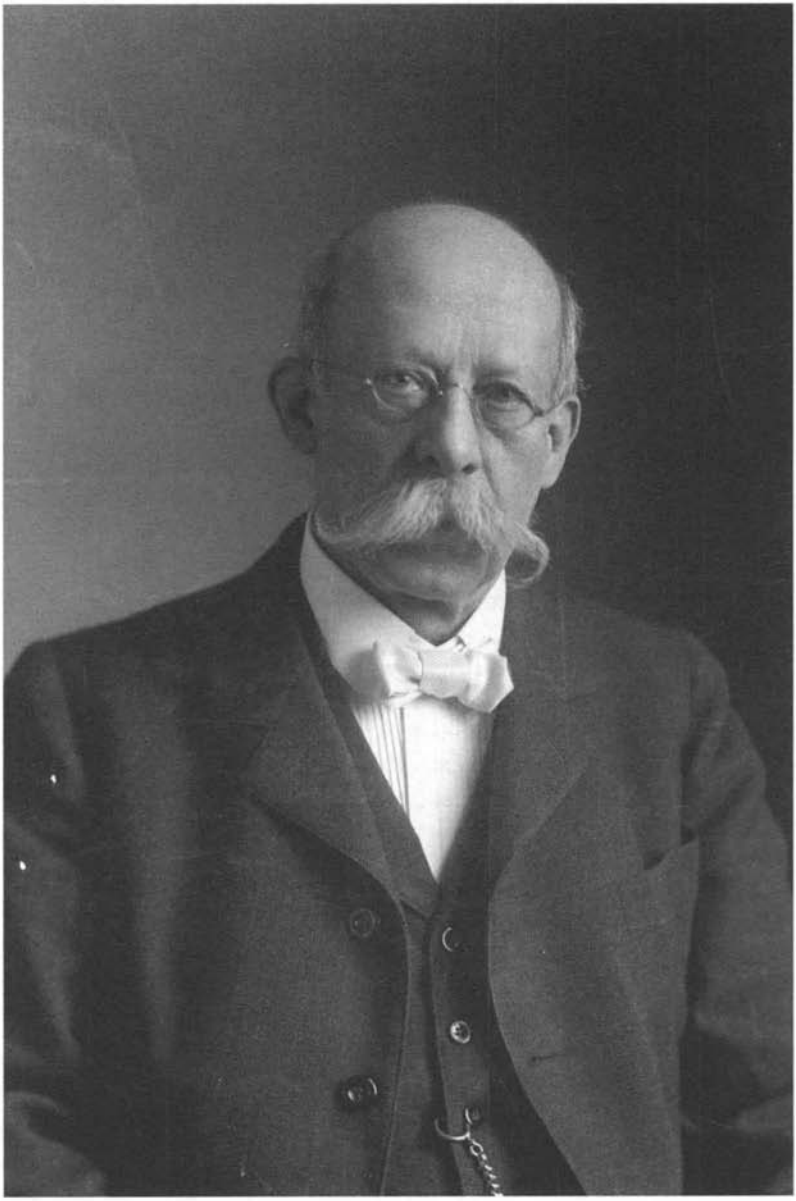
Der hier vorgelegte elfte Band enthält 19 Porträts. Dabei liegt der Schwerpunkt des Wirkens der in ihm behandelten Persönlichkeiten in der Zeit des Dritten Reiches und in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der beiden deutschen Teilstaaten, aus denen jeweils einige Persönlichkeiten behandelt sind. Nur ein Politiker hatte noch seinen Schwerpunkt in den Zeit des Kaiserreichs: Eugen Jäger. Dieser pfälzische Verleger, Publizist und Abgeordnete der Deutschen Zentrumspartei setzte sich früh für Sozialen Wohnungsbau und Genossenschaftsbildung ein. Sein Fraktionskollege Johannes Giesberts, der zu den Gründervätern der interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften zählt, hat in Wort und Schrift, 1919–1922 auch als Reichspostminister, zur gesellschaftlichen Anerkennung der Arbeiterschaft

beigetragen. In diesem Sinne wirkte auch der Sozialwissenschaftler Theodor Brauer. Für seinen Einsatz zur menschenwürdigen Ordnung der sozialen Verhältnisse auf der Grundlage der katholischen Soziallehre wurde er 1937 zur Emigration in die USA gezwungen.
Die aus der sorbischen Oberlausitz stammende Maria Grollmuß war wegen ihrer aktiven Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus fast zehn Jahre lang im KZ Ravensbrück inhaftiert, wo sie 1944 starb. Vor 1933 Mitglied der KPD, hat sie während der Haftzeit ihren katholischen Glauben wiedergefunden. Ihr Opfertod ist weniger bekannt als der des Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg, des ersten selig gesprochenen Märtyrers des neuen Erzbistums. Für seinen Einsatz zugunsten jüdischer Mitbürger 1943 verhaftet, starb er zwei Jahre später auf dem Weg in das KZ Dachau. Ein weiteres Opfer des Nationalsozialismus, noch im Januar 1945, war der letzte bayerische Gesandte in Berlin vor 1933, Franz Sperr, Initiator und Mittelpunkt eines Widerstandskreises in München. Der während des Zweiten Weltkriegs in Würzburg und Bamberg tätige bischöfliche Justitiar Georg Angermaier drängte als Mitglied des kleinen kirchlichen „Ordensausschusses" die Bischöfe, die Verbrechen der NS-Machthaber deutlicher zu verurteilen. Angermaier, der im März 1945 starb, stand mit seinen Überlegungen für eine demokratische Neuordnung den Vorstellungen des Kreisauer Kreises nahe.
Zu diesen „Kreisauern", die 1944 verhaftet wurden, gehört auch der frühere Oberpräsident von Oberschlesien, Hans Lukaschek. 1945 Mitgründer der CDU in Berlin, hat der spätere erste Bundesminister für Vertriebene und Flüchtlinge zur Integration von Millionen seiner ostdeutschen Leidensgefährten beigetragen. Ein Opfer zweier Diktaturen, der nationalsozialistischen wie der anschließenden kommunistischen, in Thüringen war der christlich-demokratische Gewerkschafter Hugo Dornhofer, beispielhaft in seinem glaubensstarken Einsatz für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die Aufnahme des protestantisch-konservativen Publizisten Georg Dertinger mag überraschen. 1945 Mitgründer der CDU in Berlin, schwankte er als Generalsekretär der Ost-CDU auf den SED-Kurs ein. Als Außenminister der DDR 1953 wegen seiner eigenständigen Wiedervereinigungskonzeption verhaftet, konvertierte er während seiner 13jährigen Haft zum Katholizismus. Der in der DDR in Dresden und Görlitz aktive Geistliche Georg Schaffran suchte als Bischof von Dresden-Meißen (1970–1987) durch Gesprächsbereitschaft mit den Machthabern Spielraum für pastorale Zwecke zu erreichen, geriet dadurch aber auch in Staatsnähe.
Alois Dempf, der international bekannte Philosoph, hat wesentlichen Anteil an der katholischen Erneuerungsbewegung und christlichen

Demokratie im 20. Jahrhundert. 1934 drängte er die deutschen Bischöfe, gegen die Irrlehre des Nationalsozialismus deutlich zu protestieren. Der frühere Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei bis 1933, Anton Pfeiffer, 1945 Mitgründer der CSU, gehörte zu den föderalistischen Vorkämpfern beim Staatsaufbau in Bayern. Als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat 1948/49 war er maßgeblich am Zustandekommen des Grundgesetzes beteiligt. Sein Fraktionskollege Hanns Seidel, CSU-Landesvorsitzender, hat als Wirtschaftsminister und später Ministerpräsident (1957–1961) den Wandel des landwirtschaftlich strukturierten Freistaats zu einem dynamischen Industrieland mitgestaltet.
Der aus Köln stammende christliche Gewerkschafter und langjährige Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Hans Katzer, zeitweilig Bundesarbeitsminister (1965–1969), gehört zu den Architekten unseres Sozialstaats. Sein Kollege in der Bundestagsfraktion und auch in der Bundesregierung, Paul Lücke, hat als Bundeswohnungsminister (1957–1965) den Sozialen Wohnungsbau maßgeblich gefördert; als Innenminister blieben seine Bemühungen um die Einführung eines Mehrheitswahlrechts ohne Erfolg. Der Kirchenhistoriker Erwin Iserloh fand mit seinem Nachweis, dass Luther seine Ablassthesen am 31. Oktober 1517 in Wittenberg nicht „angeschlagen" habe, internationale Aufmerksamkeit. Franz Thedieck vertrat als erster Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (1950–1964) und später als Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens überzeugend die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik („Kernstaat") gegen die kommunistische Zweistaatentheorie. Die religiöse Schriftstellerin Luise Rinser hat ihr privates Leben als ein exemplarisches begriffen und öffentlich gemacht.
Die Beiträge auch dieses Bandes sind wissenschaftlich fundiert, wenden sich jedoch an einen breiten Kreis interessierter Leser. Auf einen wissenschaftlichen Apparat ist, dem bewährten Prinzip der Reihe folgend, verzichtet worden; ein beigefügtes Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur erleichtert jedoch die weitergehende Beschäftigung mit den behandelten Persönlichkeiten.
Der Dank der Herausgeber gilt den Autoren dieses Bandes sowie den Mitarbeiterinnen der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach für die Hilfestellung bei der Vorbereitung des Buches, ebenso dem Verlag Aschendorff, der die Reihe seit Band 9 betreut.

Erfurt, Speyer und Mönchengladbach, im März 2004

*Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher*



# Eugen Jäger (1842–1926)

In die stolze Ahnengalerie der überregional bekannten Sozialreformer des deutschen Katholizismus in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik – von Wilhelm Emmanuel Frhr. von Ketteler über Franz Brandts, Georg Frhr. von Hertling, Franz Hitze, Carl Trimborn, Adam Stegerwald und Heinrich Brauns – gehört auch Eugen Jäger, selbst wenn sein Name darin bisher fehlt. Denn dieser Buchdruckereibesitzer, Zeitungsverleger und ungemein fruchtbare Publizist hat von Speyer aus jahrzehntelang dazu angeregt und beigetragen, die soziale Lage weiter Bevölkerungskreise, insbesondere derjenigen der Bauern und Handwerker, zu verbessern.
Das geschah durch eine große Anzahl einschlägiger Bücher und eine Fülle tagespolitisch bezogener Artikel und Kommentare, vor allem aber durch die Tätigkeit als Zentrumsabgeordneter in der Kammer der Abgeordneten in Bayern (1887–1911) und im Reichstag in Berlin (1898–1918) sowie im Münchner Landtag 1919/20. Man hat Jäger als „Vater des Sozialen Wohnungsbaus" bezeichnet. Gleichzeitig verhalf er der Zentrumspartei in der traditionell vom antikirchlichen Liberalismus beherrschten bayerischen Pfalz auch organisatorisch zum Durchbruch und stützte das kirchliche Presse- und Vereinswesen.

## I

Eugen Jäger, geboren am 27. August 1842 in Annweiler, entstammte einer politisch interessierten Familie. Sein Vater, Johann Lukas Jäger (1811–1874), war praktischer Arzt, seine Mutter Josepha Appolonia die Tochter eines Münchner Oberbaurats. Der Arzt wandte sich nach der 1848er Revolution ganz der politischen Publizistik zu. Im März 1849 gründete er in Landau eine antirevolutionär ausgerichtete Zeitung „Der Bote aus den Vogesen", 1850 umbenannt in „Pfälzer Zeitung", die er auch redigierte. 1849–1858 gehörte Jäger als großdeutsch gesinnter Vertreter für Bergzabern-Germersheim dem Bayerischen Landtag an. Seine Zeitung wurde, als Regierungsorgan, bis 1867 zum meistverbreiteten Blatt in der Pfalz. Sie blieb ein interkonfessionell ausgerichtetes „christlich-konservatives Kampforgan" mit

antipreußischer Tendenz. 1859 verlegte er sie nach Speyer. Der Umzug der Familie führte dazu, dass Sohn Eugen seine letzten Schuljahre auf dem Gymnasium in Speyer verbrachte und 1860 mit einem glänzenden Absolutorium abschloss. Anschließend studierte er Mathematik und Naturwissenschaften sowie Bau- und Ingenieurwesen. Nach dem Abschluss seines breit angelegten Studiums von 1860 bis 1865 an den Technischen Hochschulen in Karlsruhe, München und Zürich sowie an der Universität München wurde er 1867 noch in Rostock mit einer praxisbezogenen Dissertation aus der höheren Mathematik zum Dr. phil. promoviert.
Inzwischen unterstützte Eugen Jäger bereits, seit 1866, nachdem er sich in der Buchdruckerzentrale in Leipzig umgesehen hatte, seinen Vater im heimischen Redaktionsbetrieb. Er weitete seinen Horizont aber auch künftig durch juristische, historische, volkswirtschaftliche und sozialpolitische Studien, unterbrochen durch Reisen in viele europäische Staaten. 1869 heiratete Jäger Lina Moll, die zwei Jahre später, bei der Geburt eines toten Jungen, starb. Anfang 1871 übernahm er die Redaktion der väterlichen Zeitung, 1874, nach dem Tod seines Vaters, auch den Verlag. Der nunmehr geschlossenen zweiten Ehe, mit der acht Jahre jüngeren Rosa Neu aus Obermoschel, entstammten 13 Kinder. Zwei von ihnen sind im Ersten Weltkrieg gefallen (sowie ein Schwiegersohn), zwei andere Söhne gestorben.
Im Herbst 1877 traf Jäger eine Entscheidung, die in der 14 000 Einwohner zählenden Stadt Speyer leicht seinen wirtschaftlichen Ruin hätte bedeuten können. Er führte die „Pfälzer Zeitung", das bisher überkonfessionell-konservative Blatt, von der bisherigen konservativen Linie ab und abrupt hin zum Zentrum, der 1870/71 gegründeten katholischen Konfessionspartei, die seit 1874 im Reichstag die zweitstärkste Fraktion stellte. Sie verstand sich als Vertretung der politischen Interessen des katholischen Volksdrittels im neuen Kaiserreich. Später resümierte der Verleger, er habe die „Reste der alten konservativen Partei mit den neuen Elementen der Zentrumspartei vereinigt".

## II

Der Grund für den politischen Stellungswechsel Jägers war die Gegnerschaft gegen den vom reichsfreudigen, aber antikirchlichen Nationalliberalismus geschürten und von Bismarck vor allem in Preußen forcierten Kulturkampf gegen die katholische Kirche und das Zentrum. Im Gefolge dieses Kampfes festigten sich bei Jäger ausgesprochen antiliberale und antipreußische, aber auch – verstärkt seit

der Gründung des Evangelischen Bundes 1887 – antiprotestantische Vorbehalte. Er zählte zwar zu den Verfechtern einer interkonfessionellen Öffnung des Zentrums, wie sie schon Windthorst, vergeblich, anstrebte, machte sich allerdings keine Illusionen über einen Zustrom „gläubiger Protestanten".
Inzwischen war er als Verleger geschäftlich erfolgreich. Seit 1877 gab er neben seiner anspruchsvolleren „Pfälzer Zeitung" zusätzlich ein Lokalblatt heraus: „Neuer Speyerer Anzeiger. Volksblatt für die Vorderpfalz". Es erschien ab 1880 unter dem Namen „Rheinisches Volksblatt". (Es wurde Ende 1933 verboten, die „Pfälzer Zeitung" im März 1936.) Ein 1877 hinzugekommener „Sickinger Bote" erschien bis in die achtziger Jahre. 1886 erwarb Jäger, der erst seit diesem Jahr den Verlag „auf eigene Rechnung führte", eine Druckerei in Speyer, und gründete drei Jahre später in der Stadt auch eine nach ihm benannte Buch- und Kunsthandlung, anschließend eine weitere in Ludwigshafen. Inzwischen gehörte er bereits, seit 1884, für das Zentrum dem Stadtrat an. Der Redakteur Jäger beteiligte sich aktiv an dem bisher vernachlässigten organisatorischen Aufbau der Zentrumspartei in Speyer – wo erst 1887 ein Ortsverein entstand – und in der Pfalz, so 1889 durch die Mitorganisation eines überregional beachteten Katholikentags in Neustadt.

## III

In den neunziger Jahren, inzwischen Abgeordneter in München, zog sich Jäger aus der Redaktion seiner Zeitungen zurück, füllte sie aber weiterhin – ebenso wie andere, überregionale Zeitungen und Zeitschriften – mit Artikeln und Kommentaren zu aktuellen (sozial-)politischen, historischen und religiösen Themen. Wiederholt bündelte er Artikelserien in rasch publizierten Büchern, die seit 1873 in dichter Abfolge erschienen. Den Auftakt bildete eine Auseinandersetzung mit Karl Marx und Ferdinand Lassalle unter dem Titel „Der moderne Socialismus". Zu anderen Werken Jägers – den Joseph Edmund Jörg bereits 1884 zu den führenden „christlichen Sozialpolitikern Deutschlands" zählte – gehört „Die Agrarfrage der Gegenwart" in vier Bänden, mit dem Untertitel „Socialpolitische Studien" (1883–1893).
Bereits während dieses Jahrzehnts erarbeitet, veröffentlichte Jäger 1876/87 eine zweibändige „Geschichte der socialen Bewegung und der Socialismus in Frankreich", schließlich 1902/03 eine zweibändige Darstellung „Die Wohnungsfrage". Andere Arbeiten galten der Geschichte der Handwerkerbewegung (1887), dem landwirtschaftli-

chen Genossenschaftswesen und der Reform des Genossenschaftsgesetzes (1894), dem Bauernstand (1898), aber auch Fragen der Steuerreform in Bayern (1899) und im Reich (1906/1913) sowie der Wohnungsbaupolitik (1911).
Viele seiner in dichter Abfolge veröffentlichten Bücher, von denen er häufig Teile in Artikelfolgen seiner Zeitungen abdruckte, begann Jäger mit ausladenden historischen Rückblicken seit dem Altertum. Dennoch verstand er sich keineswegs als Geschichtsschreiber, sondern als politischer Pädagoge. Der Nachweis historischer Kontinuität über Jahrhunderte hin sollte die Notwendigkeit aktueller wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen zusätzlich begründen. So hatte dieser christlich-soziale Schriftsteller bereits 1880 eine Biographie des 1869 verstorbenen Berliner protestantisch-konservativen Sozialreformers Victor Aimé Huber mit dem Fanfarenstoß eingeleitet: „Soziale Reform oder soziale Revolution. Das ist die ernste Alternative, vor welcher sich unser Vaterland jetzt gestellt sieht." Von seinem Vorbild Huber, dem geistigen Vater des Genossenschaftswesens, übernahm Jäger den von ihm seitdem propagierten Gedanken der genossenschaftlichen Selbsthilfe in verschiedenen Lebensbereichen.
Ihn faszinierte die „soziale Verfassung der Geschichte". Er hielt diese Sicht der realen Verhältnisse – heute sprechen wir von Sozialgeschichte – für wichtiger als die der politischen Geschichte mit ihren „Haupt- und Staatsaktionen". So suchte er in immer neuen Anläufen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse weiter Volkskreise beizutragen, vor allem derjenigen der Bauern und Handwerker. Das geschah durch eine Fülle konkreter Vorschläge, teilweise bereits in Gesetzesform, auf der Grundlage einer „antikapitalistischen Tendenz". Jäger sah in der Sicherung eines „gesunden" Bauernstandes als „Mark der Gesellschaft" die Voraussetzung für die „Erhaltung der Weltgeltung des Deutschen Reiches". So trat er für eine Reform des Boden- und Kreditrechts – durch eine Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs von Gebäuden und Grundstücken anstelle einer Bindung an Grund und Boden –, später auch des Haus- und Wohnungsbaus ein. Der „Bodenreformer" forderte familiengerechte (Klein-)Wohnungen, möglichst Eigenheime, in scharfer Frontstellung gegen die großstädtischen Mietskasernen.
In der Konsequenz seiner Vorschläge, mit steuerlichen Vergünstigungen für die Landwirtschaft, auch zugunsten staatlich unterstützter Versicherungen sowie eines Verschuldungsschutzes, lag die berufsständische Gliederung der Landwirtschaft durch Gründung christlicher Bauernvereine sowie die von (Bau-)Genossenschaften und Raiffeisenkassen. Er sah sie eng mit der Zentrumspartei verbunden. Um diese von Jäger schon früh entwickelten Ideen politisch um- und

durchzusetzen, bedurfte es parlamentarischer Unterstützung, am besten durch ein eigenes Mandat im Landtag. Das aber war in der Pfalz, wo der protestantische Nationalliberalismus dominierte und die regionale Zentrumswählerschaft kaum organisiert war, nur schwer zu erreichen.

## IV

Erst 1887 schaffte der Speyerer Verleger – nach einer vergeblichen Kandidatur 1877 zum Reichstag im Wahlkreis Schweinfurt und 1881 zum bayerischen Abgeordnetenhaus –, als erster pfälzischer Abgeordneter seit der Reichsgründung überhaupt, die Wahl in den Landtag, allerdings nur in einem rechtsrheinischen, für das Zentrum sicheren Stimmbezirk in Dillingen. Elf Jahre später gewann er, ebenfalls in diesem schwäbischen Wahlkreis, das Reichstagsmandat, das er bis 1918 behielt. Erst 1899 gelang es ihm dann, in der Pfalz auch in Landtagswahlen Zentrumsabgeordnete durchzubringen, allerdings nur auf einem Umweg zur Schwächung der kulturkämpferischen Nationalliberalen. Er führte über regionale Stichwahlabsprachen der Zentrumspartei mit der inzwischen auch in der Pfalz erstarkten Sozialdemokratie.

Der von Jäger ausgehandelte erste parlamentarische Kompromiss – der seiner Partei in der Pfalz vier Landtagsmandate erbrachte – machte reichsweit Schlagzeilen. Er blieb aber selbst innerhalb der beteiligten Parteien umstritten; denn er überbrückte naturgemäß nicht deren weiterbestehende weltanschauliche Kluft. Das Stichwahlbündnis hielt noch bei der Landtagswahl von 1905 und bei der Reichstagswahl von 1907 in den zwei mehrheitlich katholischen Wahlkreisen. Nach seinem Zerfall und erneuter Konfrontation hatte es dann ein, wiederum reichsweit beachtetes, politisches Nachspiel: 1911 machten sozialdemokratische Abgeordnete die früheren Absprachen bekannt.

Keineswegs immer (und noch weniger immer sofort) gelang es Jäger, seine stark agrarisch geprägte Landtagsfraktion in München für seine agrar- und sozialpolitischen Reformvorschläge zu gewinnen, auch wenn er deren Vorstand seit 1893 angehörte. Als noch schwieriger erwies es sich, die ungebrochene Vorherrschaft des „liberalen durchseuchten Beamtenstandes" des Königreichs wenigstens zu mildern. Hingegen gelang 1906, als Frucht des vorjährigen Wahlbündnisses mit der SPD, eine lange erstrebte Reform des „antiquierten Wahlrechts" in Bayern. Dabei kamen die neu eingeführte Direktwahl der Abgeordneten und insbesondere die Neueinteilung der zahlen-

mäßig ungleich gewichteten Wahlkreise dem Zentrum zugute; denn sie minderte das Übergewicht der in den Städten konzentrierten Liberalen. Bereits seit dessen Gründung in der Pfalz, 1882, amtierte Jäger als zweiter Vorsitzender, seit 1903 auch als Wahlkreisvorsitzender seiner Partei für Ludwigshafen-Speyer. 1907 übernahm er den Zentrumsvorsitz in der Pfalz (bis 1913).

## V

In der Kammer der Abgeordneten in München war Jäger eine parlamentarische Allzweckwaffe. Dabei lag ihm allerdings mehr die Ausschussarbeit als die Rede im Plenum. Er zählte zu den „fleißigsten Rednern" seiner Fraktion, für die er jeweils mehreren Ausschüssen angehörte. Der bedeutendste „Großantrag", der sich mit seinem Namen verbindet, ist ein geschlossenes, 1893 angesichts der Agrarkrise in die Abgeordnetenkammer eingebrachtes Programm zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Königreich Bayern für den Bauernstand und dessen Organisation. Die Begründung dafür lieferte Jäger in einer fünfzigseitigen Denkschrift für den Wirtschaftsausschuss der Kammer.
Sein Ziel war eine Stärkung des Mittelstands durch Entlastung und gleichmäßige Verteilung des Besitzes zugunsten einer möglichst großen Anzahl freier Eigentümer. Zur steuerlichen Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe sollten Grundbesitz und Großbetriebe einer stärkeren Progression unterliegen (was 1899 im Reich gelang). 1899, 1905 und 1907 folgten weitere sozialpolitische „Großanträge" Jägers. Auf der Suche nach neuen Finanzierungsquellen war er dabei nicht zimperlich.
Mit seinen sozialreformerischen Vorstellungen wollte Jäger zur „Rettung der christlichen Gesellschaft" beitragen, zur Abwehr des ständig vordringenden, als revolutionär geltenden Sozialismus. Unverändert ablehnend verblieb er gegenüber dem weiterhin agressiv auftretenden antikirchlichen Liberalismus und der „protestantischen Ausrichtung" der Innenpolitik. Gleichzeitig verurteilte Jäger antisemitische Bestrebungen. Wiederholt verwies er auf die weiterbestehende Benachteiligung der katholischen Minderheit, auf den Fortgang eines „stillen Kulturkampfs" und die antikatholischen Vorurteile Wilhelms II. Seine kritischen Artikel zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Monarchen 1913 („der Kaiser reist und redet") erregten Aufsehen.
Der inzwischen 70jährige „konservative Sozialist" – wie er sich 1893 selbst einmal bezeichnete, dabei aber klar vom Marxismus ab-

grenzte – war 1911, mit dem Ende der Wahlperiode, aus dem Landtag ausgeschieden. Ein Jahr später hatte er auch den Vorsitz des pfälzischen Zentrums aufgegeben, das ihm mit dem Ehrenvorsitz dankte. In der Reichstagsfraktion hingegen, deren Vorstand Jäger seit 1906 angehörte – seit 1913 zugleich dem neu errichteten Zentralkomitee der bayerischen Zentrumspartei und seit 1914 auch dem Reichsausschuss – trat er weiterhin für eine Unterstützung der Landwirtschaft, vor allem aber für die Förderung des genossenschaftlichen wie des privaten Wohnungsbaus ein.
Im gemeinnützigen (sozialen) Wohnungsbau sah Jäger die „wohl beste Kapitalanlage, die es überhaupt gibt". Über Jahre hin forderte er die Sicherung und den Ausbau des Erbbaurechts und eine direkte Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses auf Grundstücke, auch zur Eindämmung der Bodenspekulation. Der bayerische Abgeordnete behielt aber auch seine heimischen Wähler im Auge. So trat er für steuerliche Entlastung der durch Witterungseinflüsse geschädigten süddeutschen, speziell pfälzischen Tabaksbauern ein, ebenso für die Bekämpfung der Reblaus. Zu mannigfachen Anregungen, mit denen er seiner Zeit voraus war, zählte seine Kritik an der zunehmenden Verschmutzung des Rheins. Um deren Folgen zu beseitigen, plädierte Jäger 1901 für eine eigene Reichsbehörde, die Vollmachten besitzen sollte, um gegen „Umweltsünder" vorgehen zu können. Mit diesem Vorschlag gehört er in die bisher noch wenig erforschte Ahnengalerie der „Grünen".
Im Ersten Weltkrieg (1914–1918) war Jäger wie wohl die meisten Deutschen davon überzeugt, dass das von den Alliierten „eingekreiste" Reich einen Verteidigungskrieg führte. Auch er vertraute auf die eigene Stärke „und auf Gott, den Herrn der Kriegsheere". Gleichzeitig forderte er die Aufhebung des im Kulturkampf 1872 durchgesetzten Verbots des Jesuitenordens, die 1917 gelang. Unentwegt kommentierte Jäger die Lage auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und unterstützte die Reichsleitung selbst bei utopischen Annexionsforderungen. Zu lange glaubte er an den von ihm Anfang 1915 einmal beschriebenen „wohltuenden Gottesfrieden der Parteien und Konfessionen" und an einen für das Reich siegreichen Ausgang. Seine letzte Rede im Reichstag, am 10. Mai 1918, galt staatlicher Förderung der Wohnungsbaugenossenschaften. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete er die „Mietskaserne als kindermordend und die Fruchtbarkeit der Eheleute hemmend". Im selben Zeitraum bedauerte Jäger, dass die vom „ostelbischen Geist" geprägte preußische Konservative Partei derart „erstarrt und versteinert" sei, dass dem Zentrum dadurch der „Anschluss nach rechts erschwert" werde.

Erst im Herbst 1918, angesichts einer nicht mehr aufzuhaltenden Parlamentarisierung des monarchischen Systems, überwogen pessimistische Töne. Den Sturz der deutschen Monarchien durch die November-Revolution empfand Jäger als Schock. Er erlebte die Revolutionstage in München, während einer Session der Abgeordnetenkammer, die am 7. November 1918 mit einer 20minütigen Sitzung endete. Später verurteilte Jäger die „teils sozialistische, teils bolschewistische Revolution" in München und Berlin als „das größte Verbrechen am Vaterland".

Dennoch stellte sich der weiterhin kämpferische Publizist rasch auf den Boden des „neugebildeten Volksstaats", schon um einer in ganz Bayern drohenden Räteherrschaft mit der Gefahr einer Trennung von Staat und Kirche sowie einer „Verstaatlichung der Produktionsmittel" entgegenzuwirken. Mit anderen Parteianhängern der Pfalz konnte sich Jäger nicht sofort mit der am 12. November in Regensburg erfolgten Gründung der Bayerischen Volkspartei abfinden. Die Ratlosigkeit der Zentrumsanhänger in der Pfalz kam in einem nicht gezeichneten Leitartikel von Jägers „Pfälzer Zeitung" vom 19. November zum Ausdruck, in dem es hieß: „Wir sagen nicht ja und sagen nicht nein zum Programm der Bayerischen Volkspartei".

Erst am 25. November 1918 klärte der Große Ausschuss des Zentrums in Neustadt a.d. Haardt die Situation. Er beschloss, den Beitritt zur BVP herbeizuführen. Gleichzeitig bekannte sich der Ausschuss zur Reichs- und Bayerntreue in einer Stunde, „da französische Truppen die Westpfalz besetzen". Damit waren für Jäger die Voraussetzungen geschaffen, bei den inzwischen angekündigten Wahlen zur verfassunggebenden bayerischen Landesversammlung des nunmehrigen Freistaats Bayern für die BVP zu kandidieren.

Am 2. Februar 1919 wurde er im Stimmkreis Germersheim-Kandel-Bergzabern gewählt. Als Alterspräsident des Landtags fiel Jäger die Aufgabe zu, dessen erste Sitzung am 21. Februar in München – zu der die 20 pfälzischen Abgeordneten aller Parteien zwei Tage vorher mit einem Sonderzug, der aus einem einzigen Eisenbahnwagen bestand, angereist waren – zu eröffnen. Dabei sprach er seine „tiefste Entrüstung" über die unmittelbar zuvor erfolgte Ermordung des linkssozialistischen Regierungschefs Kurt Eisner aus. Wegen anhaltender Tumulte musste der Alterspräsident die kaum begonnene Sitzung unterbrechen. Als er sie um 11.00 Uhr wiedereröffnete, fielen unmittelbar vor seinen Augen fünf Schüsse. Dabei wurden ein Abgeordneter seiner Partei und ein Referent des Kriegsministeriums getötet sowie Innenminister Erhard Auer, ein Mehrheitssozialdemo-

krat, schwer verletzt. Nachdem sämtliche Abgeordneten fluchtartig nach allen Seiten aus dem Saal gestürzt waren, verließ Jäger – wie er selbst formulierte – als letzter, und „langsamen Schrittes" den Saal und das Haus durch den „Haupteingang".

An der weiteren Arbeit dieses Landtags, der im März 1919, nach dem Beginn der zweiten Räteherrschaft in München, mit der (bis Ende Mai amtierenden) Regierung Johannes Hoffmann (SPD) vorübergehend in Bamberg tagte, nahm Jäger noch einmal im April und dann im Juli teil. Wenig später sah er sich in unliebsame innerparteiliche Auseinandersetzungen in der Pfalz verwickelt. Dort herrschten seit Anfang Dezember 1918, nach der Besetzung durch französische Truppen und vor dem Abschluss des Friedensvertrags sowie der Annahme der neuen Reichsverfassung, unübersichtliche politische Zustände.

Weite Kreise der Bevölkerung opponierten nicht nur gegen die Münchner Räteherrschaft, sondern auch gegen die anschließende SPD-Minderheitsregierung. Vor allem kirchlich gebundene Bürger befürchteten als Folge der sofort nach der Revolution eingeleiteten Trennung von Staat und Kirche einen neuen Kulturkampf. Wie an vielen Stellen im Reich meldeten sich auch unter den von der Besatzungsmacht hermetisch abgeschnürten und zudem durch Pressezensur unzureichend informierten Pfälzern Befürworter einer föderalistischen Neugliederung zu Wort („Los von Bayern"), aber ebenso separatistische Stimmen.

Angesichts der chaotischen Situation in München dachte Jäger kurzzeitig an die Möglichkeit eines „Anschlusses" der Pfalz an Baden. Seit dem März 1919 favorisierte er jedoch, wie fast alle BVP-Politiker – die befürchteten, das linksrheinische Gebiet werde vom Reich getrennt, günstigstenfalls neutralisiert –, eine andere Konzeption: den Zusammenschluss dieses Gebiets in einer antisozialistisch ausgerichteten Rheinischen Republik, eventuell mit Anschluss Hessens. Ein derart großes Gebiet schien für eine befürchtete Annexion weniger gefährdet zu sein als mehrere kleinere Teilstaaten. Angesichts der weiterhin unübersichtlichen Situation im besetzten Gebiet bekräftigten am 18. Juni in Speyer alle führenden pfälzischen Politiker, darunter Jäger, die „unlösliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland". Die Frage, ob die Pfalz mit Bayern „vereinigt bleiben soll oder nicht", wollten sie allerdings erst „nach Abschluss des Friedensvertrags und nur auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassung entschieden" wissen.

Unter diesen Voraussetzungen befürwortete auch Jäger, nachdem München Anfang Mai 1919 vom „Spartakusterror" befreit war, im Einklang mit den übrigen sieben BVP-Abgeordneten der Pfalz, einen

zumindest vorläufigen Verbleib der Region bei Bayern. In einer bald darauf umstrittenen Entschließung, die der Verleger im Namen aller pfälzischen Abgeordneten am 22. Juli 1919 in Bamberg zur Territorialfrage verkündete, hieß es: „Kommen andere Verhältnisse, sind wir wieder frei". Gemeint war die Freiheit der Entscheidung bei einer Volksabstimmung, die über das künftige Schicksal der Pfalz entscheiden sollte.

## VII

Die „Pfalzfrage" trat in ein neues Stadium, nachdem die Reichsverfassung vom 11. August 1919 eine territoriale Neuordnung auf dem Wege von Volksabstimmungen möglich machte, diese jedoch für zwei Jahre aussetzte. Dennoch konnte sich eine Vertrauensmännerversammlung der pfälzischen „BVP (Zentrum)" am 16. September in Neustadt a.d. Haardt nicht zu einer klaren Entscheidung durchringen. Stattdessen begannen BVP-Mitglieder aus Kaiserslautern um Rechtsanwalt Wilhelm Wadlinger mit scharfen Attacken auf ihre eigenen Landtagsabgeordneten. Sie warfen ihnen vor, für ihre „weißblaue Bayerntreue" – ihr bedingtes Bekenntnis zu Bayern –, ebenso wie ihre Kollegen aus den übrigen Parteien, durch 50.000 Mark „Bestechungsgelder" beeinflusst worden zu sein.
Die Abgeordneten wiesen die Vorwürfe persönlicher Bereicherung „mit größter Entrüstung" zurück. Zwar war ihnen diese Summe zugegangen, allerdings ausschließlich zur Finanzierung von Abwehrmaßnahmen gegen die von Landau ausgehende Bewegung „Freie Pfalz", die nicht nur Jäger als „hochverräterisch" bewertete, eingesetzt worden. Die Verwendung der treuhänderisch überlassenen Mittel konnte auch Jäger „aus Gründen der nationalen Sicherheit" wie aus Loyalität gegenüber seiner Partei vorerst noch nicht aufdekken. So legte er zunächst am 8. November 1919 in seiner „Pfälzer Zeitung" ausführlich seine „Stellung zur Rheinischen Republik, zur Bayern- und Pfalzfrage dar, ohne indes die „Rheinstaataktivisten" um Wadlinger – der im Sommer besonders vehement für die „Rheinische oder Dortensche Republik" eingetreten war – von ihren Verdächtigungen abbringen zu können.
Die Pressefehde über die „Pfalzfrage" ging weiter, auch nachdem der Vorstand der BVP am 23. Dezember 1919 der von der Wadlinger-Gruppe vertretenen Zielsetzung eine Absage erteilt hatte. Nachdem dann im Mai 1920 in München die SPD aus der Regierung ausgeschlossen und mit deren Übernahme durch Gustav von Kahr eine Konsolidierung des Landes gelungen, die antibayerischen Emotionen

der pfälzischen Aktivisten neutralisiert waren und im Juni die Wahlen zum ersten Reichstag und zum bayerischen Landtag stattgefunden hatten, klärte Jäger den strittigen Sachverhalt auf. Das tat er, der nicht mehr kandidiert hatte, in seiner „Pfälzer Zeitung" vom 22. bis zum 26. Juni unter der Überschrift „Rheinische Republik und angebliche Bestechung der pfälzischen Abgeordneten". In aggressiver Form rechnete er mit Wadlinger und dessen Anhängern ab. Anschließend publizierte er die Artikelserie als „Offenen Brief an Herrn Justizrat Dr. Wadlinger in Kaiserslautern".

In seiner „Flucht in die Öffentlichkeit" verwies Jäger gleichzeitig auf seine jahrzehntelangen Verdienste um die Gründung und geistige Führung der Zentrumspartei in der Pfalz. Er erwähnte ferner seinen Einsatz für bürgerliche und kirchliche Freiheitsrechte sowie seine vielfältigen erfolgreichen Bemühungen, die soziale Lage weiter Bevölkerungskreise, insbesondere des „Bauernstandes", zu verbessern und zu einem „menschenwürdigen Wohnwesen" beigetragen zu haben.

Die „maßlose Beschimpfung" und die gegen ihn gerichtete monatelange „Hetze" setzten Jäger umso mehr zu, als er dabei von dem hilflos agierenden pfälzischen BVP-Vorsitzenden, dem Neustadter Arzt Michael Bayersdörfer, im Stich gelassen wurde. Daraufhin zog sich der verbitterte, inzwischen 78 Jahre alte Verleger – der den ihm 1913 verliehenen Titel Hofrat seit dem November 1918 in seinen Publikationen nicht mehr führte –, aus dem öffentlichen Leben zurück. Auch aus dem Stadtrat in Speyer schied er aus, veröffentlichte aber weiterhin zahlreiche Kommentare und Artikel. In der Regel sehr ausführlich würdigte Jäger die weiterhin in großer Zahl erscheinenden Memoiren nahezu aller früheren Politiker und Militärs. Das „Charakterbild" Wilhelms II. kritisierte er, wie schon vor dem Krieg, ebenso unablässig wie dessen politische Unfähigkeit und menschliche Unreife. Er bedauerte das inzwischen bekannt gewordene Scheitern der Friedensvermittlung Papst Benedikts XV. von 1917.

Wiederholt setzte sich Jäger dafür ein, das Nebeneinander von Zentrum und BVP in der Pfalz zu beenden. Die Reichsverfassung wünschte er sich stärker bundesstaatlich reformiert. Eine 1922 publizierte kleine Schrift „Des großbritannischen Weltreichs Werdegang und Aufstieg" enthielt die verspätete Einsicht, diesen Aufstieg bei uns nicht aufmerksam genug beobachtet zu haben. Vier Jahre später erschien Jägers letzte Publikation, ein schmales und inhaltlich unergiebiges Bändchen „Erinnerungen aus der wilhelminischen Zeit". Sein Verfasser starb am 7. Mai 1926 in Speyer.

Der Speyerer Verleger, Publizist und Parlamentarier Eugen Jäger besaß als Zentrumspolitiker wie als Journalist über die Pfalz hinaus

Ansehen und Einfluss. Er ist sich in seiner christlich-sozialen Grundhaltung und seinem religiösen Bekenntnis treu, in seinen außenpolitischen Ansichten jedoch, bei aller Kritik des „Wilhelminismus", seiner Zeit verhaftet geblieben. Hingegen war er mit seinen Ideen zur Verbesserung der sozialen Lage weiter Volkskreise, mit seinem Kampf gegen die Bodenspekulation wie mit anderen Vorschlägen für die Lösung der Agrarfrage und seinem Einsatz für einen sozialen Wohnungsbau – als deren „Vater" man ihn bezeichnet hat (R. *Joeckle*) – seiner Zeit „in vielem voraus". Sein Lebenswerk erfordert es, diesen bisher nur regional verorteten pfälzischen Zentrumspolitiker zu den namhaften Sozialreformern des Kaiserreichs zu zählen.



# Johannes Giesberts (1865–1938)

„Gesellschaftliche Gleichberechtigung ist die grundsätzliche Forderung, die das christlich-soziale Programm für die Arbeiterschaft verlangt. Die Arbeiter dürfen nicht als eine gesellschaftlich minderwertige Klasse von Menschen betrachtet werden, mit denen die ‚oberen Stände' eine gesellschaftliche Berührung ängstlich meiden, als wäre der Arbeiter ein auf einer tieferen Stufe stehender Mensch. Damit sänken wir zur Anschauung des alten Heidentums zurück." Diese Sätze waren am 8. April 1899 in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" zu lesen, in jener Ausgabe des Organs der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, für die erstmals der vom Niederrhein stammende, damals 34-jährige Johannes Giesberts als Redakteur verantwortlich zeichnete. Er, der als ungelernter Arbeiter Not und Elend aus eigener bitterer Erfahrung kannte, legte mit diesen Worten ein programmatisches Bekenntnis ab, das sich wie ein roter Faden durch sein gesamtes öffentliches Wirken zog.
Dieses begann im Kaiserreich an der Schwelle zum 20. Jahrhundert und fand erst 1933 im Zeichen der Machtergreifung Hitlers ein Ende. Die unter Bismarck als „Reichsfeinde" stigmatisierten Arbeiter in den Staat zu integrieren und ihnen erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, dabei aber ihre Hinwendung zur weitgehend atheistischen SPD und zu den Freien Gewerkschaften zu verhindern, waren seine wichtigsten Ziele. In der christlichen Arbeiterbewegung und als Politiker der Deutschen Zentrumspartei hat der „herrliche Sohn von Straelen", wie er einmal von einem Kaplan genannt wurde, in dieser Hinsicht Bedeutendes geleistet. Und dennoch ist der zu Lebzeiten hoch geehrte Giesberts heute wie so viele seiner Weggefährten, die sich um den politischen und sozialen Katholizismus verdient gemacht haben, weitgehend vergessen.

## I

Johannes Giesberts wurde am 3. Februar 1865 in Straelen am Niederrhein geboren. Schon von Kindesbeinen an musste er in der Bäckerei und in der Ziegelei seines Vaters mitarbeiten und sich gleichzeitig in der Landwirtschaft als Tagelöhner verdingen, weshalb

er auch seine 1880 in Wachtendonck begonnene Bäckerlehre nicht abschließen konnte. Trotzdem erinnerte sich Giesberts, der als Junge Abwechslung im örtlichen Kirchenchor, im Schützenverein und in der Theatergruppe seiner Gemeinde fand, später gerne an die „schöne, fröhliche Jugend" in seinem katholisch geprägten Zuhause. Zwei seiner acht Geschwister wurden Missionspriester. Nach dem Ende seines Militärdienstes, den er von 1885 bis 1888 in Düsseldorf ableistete, tat sich Giesberts jedoch schwer, in geordnete Verhältnisse zu kommen. Erst nach längerer Arbeitslosigkeit fand er eine Stelle in einer Brauerei, 1889 musste er nach dem Tod des Vaters zusätzlich die heimische Bäckerei übernehmen. 1891 zog er nach Köln, wo er in der königlichen Eisenbahnwerkstätte unterkam. Dass er während seiner Arbeitslosigkeit als „Vagabund" verspottet wurde, war für ihn ein ebenso großer Ansporn, sich für die Verbesserung der Lage der Arbeiter einzusetzen, wie die äußeren Umstände, unter denen der mittlerweile verheiratete Giesberts sein Dasein fristen musste. Von den zahlreichen Kindern, die ihm und seiner Frau Sophie geschenkt waren, überlebten nur vier ihre ersten Lebensjahre. Giesberts erinnerte sich später: „Wir machten alle Leiden eines Proletariers durch. Weiß Gott, das war die schmutzigste Zeit meines Lebens."
Halt fand Giesberts in seinem tiefen Glauben, der ihn auch davon abhielt, sich den Freien Gewerkschaften und der SPD anzuschließen. 1893 trat er in Köln-Merheim dem katholischen Arbeiterverein bei, in dessen Vorstand er wenig später gewählt wurde. Hier kam er in Kontakt mit den Leitern des 1890 vom führenden Politiker der Deutschen Zentrumspartei, Ludwig Windthorst (1812–1891), und dem Fabrikanten Franz Brandts (1834–1914) gegründeten „Volksvereins für das katholische Deutschland" in Mönchengladbach, der eine christlich motivierte Sozialreform innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erstrebte und sich um die sozial- und gesellschaftspolitische Schulung der Arbeiter große Verdienste erwarb. Der Geistliche und Zentrumsparlamentarier Franz Hitze (1851–1921) sowie der Präses der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Erzdiözese Köln, August Pieper (1866–1942), beide führende Sozialwissenschaftler, wurden die wichtigsten Förderer von Giesberts, der 1895 am fünften sozialwissenschaftlichen Kurs des Volksvereins teilnahm. Dabei lernte er auch den Arbeiterpriester Heinrich Brauns (1868–1939) und August Brust (1862–1924) kennen, der ein Jahr zuvor mit dem „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter" den ersten christlichen Gewerkschaftsverband gegründet hatte. In Köln fand Giesberts schließlich eine sichere Stelle als Heizer beim Verlagshaus J. P. Bachem, in dem die „Kölnische Volkszeitung" verlegt wurde, das führende Organ der rheinischen

Zentrumspartei. 1897 konnte er für sich und seine Familie ein kleines Häuschen in Köln-Deutz erwerben.
Mit den Spitzen des Volksvereins stimmte Giesberts darin überein, dass es an der Zeit sei, die christlichen Arbeiter in eigenen Gewerkschaften zu sammeln, um den Aufstieg der Freien Gewerkschaften und der SPD zu bremsen, gleichwohl aber den Arbeitern eine wirksame Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu ermöglichen. Ein einschneidendes Erlebnis für Giesberts war der Arbeiterschutzkongress in Zürich 1897, auf dem er den SPD-Vorsitzenden August Bebel (1840–1913) erlebte. Dessen sozialpolitische Analyse beeindruckte ihn in vielerlei Hinsicht. Nur konnte er sich mit der von Bebel verfochtenen Anbindung der Gewerkschaften an die Sozialdemokratie und mit deren auf die Überwindung der Monarchie zielenden atheistischen Weltanschauung keineswegs anfreunden. Noch in Zürich beschlossen die Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, darunter der württembergische Arbeitersekretär Matthias Erzberger (1875–1921), zügig die Gründung von interkonfessionellen und nach dem Vorbild der englischen „Trade Unions" parteipolitisch neutralen Christlichen Gewerkschaften anzugehen.
Dafür warb Giesberts bei zahlreichen Kundgebungen im Rheinland und in Westfalen, so auch beim Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln am 23. Oktober 1898 in Essen. Sein dort gehaltenes Referat wurde noch im selben Jahr unter dem Titel „Christliche Gewerkvereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgabe und Thätigkeit" veröffentlicht. In seiner zweiten, von dem Geistlichen Otto Müller (1870–1944) vom Volksverein überarbeiteten Auflage (1899) wurde es zu einem programmatischen Grundpfeiler der Christlichen Gewerkschaften, die zu Pfingsten 1899 ihren ersten reichsweiten Kongress veranstalteten. An den Vorbereitungen zur Gründung des Christlichen Metallarbeiterverbands, die am 15. Oktober 1899 in Duisburg vollzogen wurde, wirkte Giesberts – neben dem späteren Vorsitzenden Franz Wieber (1858–1933) und Heinrich Brauns – von Anfang an entscheidend mit. Im Vorstand des Verbands verblieb er bis zu dessen Auflösung 1933. Bereits zuvor hatte Giesberts auf Einladung von August Pieper und nach langem Zögern die Redaktion der kurz vor ihrer Gründung stehenden „Westdeutschen Arbeiterzeitung" übernommen, des Verbandsorgans der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, in dem nach dem Willen Piepers „der Arbeiter zum Arbeiter sprechen" sollte.

Schon für die am 8. April 1899 erschienene zweite Ausgabe der „Westdeutschen Arbeiterzeitung", deren Redaktion im Gebäude der Zentrale der Arbeitervereine Westdeutschlands in der Mönchengladbacher Kyffhäuserstraße untergebracht war, war Giesberts allein verantwortlich. In der „WAZ" fanden die christlichen Arbeiter Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zum Arbeitsrecht ebenso wie zum katholischen Glaubensleben, ergänzt um belehrende Unterhaltung. Den Schwerpunkt legte der „Theorieverächter" Giesberts (A. Stegerwald) auf die konkrete Hilfestellung für die Leser. „Giesberts handhabte den Beruf des Redakteurs wie einer, der mehr für den Schürhaken als für die Feder geschaffen war. Was er schrieb, war ungelenk, aber gewichtig. Er schrieb mit einem klumpigen Krampffederhalter, warf ihn aber bald auf die Seite, um, die lange Pfeife paffend, langsam, so wie er schritt, zu diktieren" – so hielt später Joseph Joos (1878–1965) fest, den Giesberts 1903 als zweiten Redakteur anstellte und der 1906 die Leitung des Blattes übernahm. Breiten Raum nahm auch die Berichterstattung über das katholische Arbeitervereinswesen und die Christlichen Gewerkschaften ein, die Giesberts als einander ergänzende Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter verstand: Die Arbeitervereine eher als Ort der religiös-sittlichen und staatsbürgerlichen Bildung im Einklang mit der katholischen Soziallehre in der Tradition von Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811–1877) und Papst Leo XIII. (1878–1903), die Gewerkschaften hingegen als Organisationen, die ihr Hauptaugenmerk den Arbeitsbedingungen und der Vertretung der Arbeiter gegenüber der Politik zuwandten.

Demgemäß hatte Giesberts in beiden Zweigen der christlichen Arbeiterbewegung Führungsaufgaben inne. So vertrat er die Arbeitervereine Westdeutschlands 1903 in den Gremien der im „Deutschen Arbeiterkongress" zusammengefassten „christlich-nationalen Arbeiterbewegung", der neben den Christlichen Gewerkschaften und den Arbeitervereinen eine Reihe von nicht-sozialistischen Angestelltenorganisationen wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband angehörte und die bis 1917 vier Mal tagte. Auch die Gründung des „Kartellverbands der Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands" 1911/12 wurde von ihm mit initiiert. Der Schwerpunkt seiner Arbeit verlagerte sich aber allmählich zu den Gewerkschaften: 1901 übernahm Giesberts zusätzlich zur Redaktion der WAZ die Leitung der „Mitteilungen des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften", die 1905 in „Zentralblatt" umbenannt wurden und deren Impressum ihn noch 1914 als Redakteur nannte.

In dieser Eigenschaft hatte er auch Sitz und Stimme in den Spitzengremien des Gesamtverbands in Köln (ab 1919 Berlin). Sich ausschließlich in den Dienst der Gewerkschaften stellen mochte Giesberts aber nicht. 1905 lehnte er die Aufforderung durch den jungen Arbeiterführer Heinrich Imbusch (1878–1945) ab, an Stelle von August Brust an die Spitze des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter zu treten. Maßgeblichen Anteil hatte Giesberts im Jahr 1900 auch an der Gründung der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz" und von deren deutscher Sektion, der „Gesellschaft für soziale Reform" (1901). 1908 wurde er zum Vorsitzenden des „Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften" gewählt. Giesberts war bis 1909 die unangefochtene Führungspersönlichkeit der christlichen Arbeiterbewegung. Allmählich wurde er aber von jüngeren Funktionären zurückgedrängt, vor allem vom Generalsekretär des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald (1874–1945).

Im sog. „Gewerkschaftsstreit" innerhalb des deutschen Katholizismus um die Frage, ob die katholischen Arbeiter sich mit ihren protestantischen Kollegen in interkonfessionellen Gewerkschaften zusammenschließen dürften, war Giesberts wegen seiner gleichzeitigen Führungsrolle in den Arbeitervereinen und den Gewerkschaften der wichtigste Ansprechpartner für den Episkopat. Der Streit, der phasenweise den deutschen Katholizismus insgesamt zu sprengen drohte, hatte sich an der Schrift Giesberts' von 1898 entzündet, in der er sich zu seinem – zeitlebens verfochtenen – Ideal des Zusammenschlusses aller Arbeiter in einer politisch neutralen Einheitsgewerkschaft bekannt hatte – freilich unter der Voraussetzung, dass sich die Freien Gewerkschaften von der SPD lossagen sollten. Auch dass Giesberts angesichts der Lage der Arbeiter ein sozialpolitischer „Radikalismus" gerechtfertigt erschien, rief die Gegner der interkonfessionellen Gewerkschaften um den Breslauer Fürstbischof Georg Kardinal Kopp (1837–1914) und den Trierer Bischof Michael Korum (1840–1921) auf den Plan. Sie verurteilten den von den Gewerkschaften befürworteten Streik als mit dem katholischen Sittengesetz unvereinbar und forderten die Bildung von „Fachabteilungen" innerhalb der katholischen Arbeitervereine, in denen die Interessen der Arbeiter vom geistlichen Präses vertreten werden sollten.

In der kompromisslosen Ablehnung dieser Thesen war Giesberts mit den übrigen Spitzen des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften um dessen Vorsitzenden Carl Matthias Schiffer (1869–1930) und Stegerwald einig. Gleichwohl bemühte er sich doch deutlicher als diese um eine einvernehmliche Lösung der Differenzen. Als er im April 1909 an der Spitze einer Delegation der

katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands von Pius X. (1903–1914) empfangen wurde, verteidigte er zwar ohne Abstriche die prinzipielle Haltung der Christlichen Gewerkschaften, legte aber gleichzeitig ein Treuebekenntnis zur katholischen Lehre ab. Den zunehmenden Antiklerikalismus mancher seiner Vorstandskollegen, vor allem Stegerwalds, machte er sich nicht zu eigen – auch nicht, als Pius X. in der Enzyklika „Singulari quadam" vom 24. September 1912 lediglich eine Duldung der Gewerkschaften aussprach, ansonsten aber die oberste Autorität des Klerus auch in wirtschaftlichen Fragen reklamierte.

## III

Wesentlich gefördert wurde Giesberts auch von den Führern der rheinischen Zentrumspartei Julius Bachem (1845–1918) und Karl Trimborn (1854–1921). Bereits im Reichstagswahlkampf 1898 trat er als Redner für das Zentrum im Saargebiet und im Ruhrgebiet auf, und schon bald nach seinem Umzug nach Mönchengladbach 1899 gelangte er in den Vorstand der dortigen Zentrumspartei. 1904 übernahm er von Franz Brandts dessen Mandat in der dortigen Stadtverordnetenversammlung, das er bis Januar 1918 ausübte, kurz darauf wurde Giesberts in den Provinzialausschuss des rheinischen Zentrums gewählt. 1905 erklärte er sich schließlich auf Drängen der Gewerkschaftsspitze bereit, in einer Nachwahl als Abgeordneter des Zentrums für den Wahlkreis Essen in den Reichstag einzuziehen, dem er dann bis 1933 angehörte. 1906 übernahm er zudem ein Mandat im preußischen Abgeordnetenhaus (bis 1918). Als wichtigster Vertreter des erstarkenden Arbeiterflügels des Zentrums erwarb sich Giesberts rasch Anerkennung in der Reichstagsfraktion, für die er ab 1907 im Haushaltsausschuss saß.

Besonders eng arbeitete er mit dem jungen Abgeordneten Matthias Erzberger zusammen, den er von der gemeinsamen Tätigkeit in den Arbeitervereinen kannte und mit dem er im Februar 1912 in den Fraktionsvorstand gewählt wurde. Im Windschatten Erzbergers und mit Unterstützung Piepers, der 1906 in das preußische Abgeordnetenhaus und 1907 in den Reichstag einzog, gewann er innerhalb kurzer Zeit eigenes Profil neben Franz Hitze, der bislang der sozialpolitische Wortführer der Reichstagsfraktion war. Giesberts wurde dabei auch zu einem wichtigen Repräsentanten des deutschen Katholizismus insgesamt, was etwa darin zum Ausdruck kam, dass er nach 1900 regelmäßig auf den Katholikentagen zur Sozialpolitik und zu Arbeiterfragen referierte. 1910 nahm er an einer deutsch-

amerikanischen Katholikentagung in den Vereinigten Staaten teil, wo er den späteren US-Präsidenten Woodrow Wilson kennen lernte. Bis 1914 vertrat er offiziell die christliche Arbeiterbewegung an der Zentralstelle des Volksvereins, dessen Vorstand er dann von 1918 bis 1933 angehörte.

Als Zentrumspolitiker setzte sich Giesberts für eine Öffnung seiner Partei für die Arbeiter ein, was besonders in der Zusammensetzung ihrer Gremien und Fraktionen zum Ausdruck kommen sollte. Den in den Gewerkschaften wiederholt vorgebrachten Gedanken einer christlich-sozialen Arbeiterpartei verwarf er. Auch wenn Giesberts sich als parlamentarischer Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter verstand, weigerte er sich gleichwohl, sein Amt im Sinne eines imperativen Mandats der Gewerkschaften auszuüben, und nahm für sich in Anspruch, wie etwa bei der Reichsfinanzreform 1909, im Interesse des Gemeinwohls auch gegen die von den Gewerkschaften vorgegebene Linie zu stimmen.

Giesberts' parlamentarische Tätigkeit zielte darauf ab, die Arbeiter mit der bestehenden, monarchisch-bürgerlichen Gesellschaft auszusöhnen. Im Reichstag war von ihm 1906 zu hören, es sei „doch ganz logisch, daß der aufwärtsstrebende und selbständig werdende Arbeiterstand nicht mehr als der untergeordnete, dienende, niedrige Stand angesehen werden will, daß er seine Gleichberechtigung verlangt mit den anderen Volksgruppen, daß er mit teilnehmen will an den Erfolgen der Kultur und der Wirtschaft, und daß er verlangt, daß man ihm auch auf rechtlichem Gebiete diese Gleichberechtigung einräumt." Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre sollten die Arbeiter zunächst selbst an der Verbesserung ihrer Lebensumstände mitwirken, etwa durch ihren Zusammenschluss in Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Gleichzeitig erwartete Giesberts von den Arbeitgebern den Ausbau der „Fabrikwohlfahrtspflege", wie er sie bei Franz Brandts in Form von Unterstützungskassen, Betriebsküchen und Werkswohnungen kennengelernt hatte. Vom Staat schließlich verlangte er neben der großzügigen Ausweitung der Sozialversicherung, der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung und dem Arbeitsschutz in erster Linie Maßnahmen, die die Gleichberechtigung der Arbeiter im Staat und in der Wirtschaft herbeiführen sollten: die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften, die Abschaffung der gegen die Gewerkschaften gerichteten Ausnahmebestimmungen der Reichsgewerbeordnung, die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung der Belegschaft und die gesetzlich garantierte Schaffung paritätischer Arbeitskammern der Tarifparteien.

Zentrale Bedeutung maß Giesberts der Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen bei, das er 1908 als „schreiendes Unrecht" bezeichnete und dessen Beseitigung er – angesichts des starken Anteils der katholischen Arbeiter an der Bevölkerung des Industriegebiets – auch als Voraussetzung für die Stärkung des Katholizismus im protestantischen Preußen insgesamt verstand. Das Argument, das gleiche Wahlrecht in Preußen würde nur der SPD zugute kommen, ließ er nicht gelten. Für deren erdrutschartigen Aufstieg – 1912 stellte die Partei die stärkste Fraktion im Reichstag – machte er in erster Linie die Widerstände schwerindustrieller und großagrarisch konservativer Kreise wie des 1913 gegründeten „Kartells der schaffenden Stände" gegen die Fortschreibung der Sozialpolitik verantwortlich, nicht das angeblich geringe staatspolitische Bewusstsein der Arbeiter.

## IV

Unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 meldete sich Giesberts freiwillig als Verwaltungsinspekteur beim 4. Garde-Regiment in Berlin, übernahm Aufgaben beim Kriegspresseamt und im Vorstand des Roten Kreuzes, zudem wurde er zum Sachverständigen für Sozialwesen beim Militärgouverneur für Belgien, Moritz von Bissing (1844–1917), berufen. Außerdem vertrat er die Christlichen Gewerkschaften, in denen er ab dem Frühjahr 1916 wieder direkte Führungsverantwortung übernahm, gegenüber der Reichsleitung. In deren Auftrag entfaltete er eine rege Vortragstätigkeit, die ihn zu den Truppen an der West- und an der Ostfront führte. Wie viele andere erlag Giesberts dem nationalen Taumel der ersten Kriegswochen, weil der Burgfrieden vom Sommer 1914 aus den in religiöser, landsmannschaftlicher und sozialer Hinsicht gespaltenen Deutschen erstmals „ein wahrhaft deutsches Volk und eine wahrhaft deutsche Nation" geschaffen habe. Als Hauptverantwortlichen für den Kriegsausbruch machte er das britische Empire aus, das den weiteren Aufstieg des Reiches zur Großmacht habe verhindern wollen.

Giesberts, der von jeher die deutsche Kolonialpolitik befürwortet hatte, erwartete im Einklang mit den Kriegszielen der von ihm mitbegründeten „Freien Vaterländischen Vereinigung" (1915) bei diesem „Kampf um die nationale und wirtschaftliche Existenz" des Reiches einen Friedensschluss, der dem Reich Gebietszuwächse und Rohstoffvorkommen sichern sollte. Auch wenn er sich von den maximalen Annexionsprogrammen der „Vaterländischen Verbände" distanzierte – u. a. in dem von Erzberger gegründeten „Arbeitsaus-

schuss zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg" (1915–1918) –, ließ ihm die Idee vom deutschen Verteidigungskrieg auch den Einsatz von „brutalsten Mitteln" gegen England gerechtfertigt erscheinen, so auch – nach anfänglichen Bedenken – den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegen die britische Seeblockade. Im Juli 1917 jedoch unterstützte er vorbehaltlos die von Erzberger initiierte, auf einen Verständigungsfrieden zielende Friedensresolution des Reichstags. Die dabei praktizierte Zusammenarbeit des Zentrums mit der SPD verteidigte er, da sie dem von jeher verfochtenen Prinzip der Partei entspreche, „die Förderung des Gesamtwohls, die Interessen des Vaterlandes und des Volkes" über parteipolitische Erwägungen zu stellen. Mit Erzberger arbeitete Giesberts im Sommer 1917 engstens zusammen. Von dessen Sondierungen an der Kurie im Vorfeld der päpstlichen Friedensnote vom August 1917 erfuhr er aber erst fünf Jahre später während einer Privataudienz bei Benedikt XV. (1914–1922).

Mit ausschlaggebend für den Schwenk Giesberts' im Juli 1917 war die dramatisch verschlechterte Ernährungssituation im Reich, deren Bewältigung seine Hauptsorge galt. So gehörte er dem „Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen" an, der Anfang 1915 von den Richtungsgewerkschaften, den konfessionellen Arbeitervereinen sowie einer Reihe von Frauenorganisationen, Fürsorge- und Konsumvereinen gebildet wurde, 1916 wirkte er an der Errichtung des Kriegsernährungsamtes als oberster Reichsbehörde mit. Auch im Hauptausschuss und ab dem Sommer 1917 im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstags drängte Giesberts leidenschaftlich auf eine sofortige Verbesserung der Lebensverhältnisse – nicht zuletzt, um im Zeichen der ersten Massenstreiks in der Schwerindustrie den Durchhaltewillen der Arbeiter zu stärken. Aus diesem Grund verlangte er auch sofort spürbare sozialpolitische Maßnahmen wie den Ausbau der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge, vor allem aber die lange hinausgezögerte Erfüllung der bereits vor dem Weltkrieg vorgebrachten Forderungen zur politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter. Sie sah er ansatzweise verwirklicht im Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst" vom 2. Dezember 1916, an dessen Zustandekommen im Reichstag er maßgeblich mitgewirkt hatte. Die darin vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse und die Anerkennung der drei Richtungsgewerkschaften als allein autorisierte Vertretung der gesamten Arbeiterschaft brachten nach seiner Überzeugung die „Eingliederung der deutschen Arbeiter in die bürgerliche Gesellschaft in hervorragender Weise zum Ausdruck". Die Förderung innenpolitischer Reformen bezweckte – freilich mit geringem Erfolg – auch der von Giesberts Ende 1917 mit ins Leben gerufene

„Volksbund für Freiheit und Vaterland", in dem die Spitzen der Richtungsgewerkschaften und der Gesellschaft für soziale Reform zusammenarbeiteten.
Auch von der Zentrumspartei, deren Reichsausschuss Giesberts seit Februar 1914 angehörte, erwartete er eine Neuorientierung. Sie sollte vor allem in einer Stärkung ihres Arbeiterflügels, einer Öffnung gegenüber den Protestanten und im verstärkten Einsatz zugunsten der von der Arbeiterbewegung geforderten Reformen zum Ausdruck kommen. In diesem Punkt war sich Giesberts einig mit Adam Stegerwald. Als dieser, unterstützt von einer Reihe jüngerer Gewerkschafter wie Theodor Brauer (1880–1942), aber auch von Heinrich Brauns und dem Straßburger Historiker Martin Spahn (1875–1945), Ende 1915 einen Vorstoß der parteipolitisch neutralen Christlichen Gewerkschaften in diese Richtung startete, widersprach Giesberts jedoch in aller Schärfe. Bei diesen „scheußlichen Auseinandersetzungen" (A. Stegerwald im Januar 1919 gegenüber M. Spahn) konnte er sich zunächst noch durchsetzen. Die Konflikte flammten aber erneut auf, als Giesberts im Juli 1917 an der Friedensresolution des Reichstages mitwirkte, und sie verschärften sich wenig später noch zusätzlich über der preußischen Wahlrechtsfrage. Denn obwohl Giesberts weiterhin im Prinzip am gleichen Wahlrecht festhielt, plädierte er – wahrscheinlich beeinflusst von Erzberger – 1918 für eine Abstufung nach Familienstand und Alter, um angesichts der Widerstände bei den konservativen Parteien und im preußischen Herrenhaus überhaupt noch eine Reform einzuleiten. Als Giesberts im Sommer 1918 im Abgeordnetenhaus für ein entsprechend modifiziertes Wahlrecht stimmte, war er in den Christlichen Gewerkschaften isoliert. Allein die katholischen Arbeitervereine billigten – ebenso wie der konservativ-agrarische Flügel des Zentrums – seine Kompromisslinie. Giesberts legte daraufhin im Juli 1918 vorläufig seine Ämter in den Gewerkschaften nieder.
In der Endphase des Krieges übernahm Giesberts schließlich wichtige Funktionen in der Reichsleitung bzw. -regierung. Im Januar 1918 wurde er von Reichskanzler Georg Graf von Hertling (1843–1919) als sozialpolitischer Berater in das Reichswirtschaftsamt berufen, am 2. Oktober 1918 trat er als Staatssekretär in das neu geschaffene Reichsarbeitsamt unter dem freien Gewerkschafter Gustav Bauer (1870–1944) ein. Den Posten, der ursprünglich für Stegerwald vorgesehen war, hatte er bis zum Februar 1919 inne. Giesberts hatte bereits im Zusammenhang mit der Friedensresolution vom Juli 1917 die Aufnahme von Abgeordneten in die Reichsleitung gefordert, und so begrüßte er nun im Oktober 1918 die Parlamentarisierung der Reichsverfassung als Ausdruck des im Weltkrieg geschärften und

erwiesenen staatspolitischen Bewusstseins der Massen. Der „neudeutsche Parlamentarismus" mit einer vom Kaiser eingesetzten, aber von gewählten Volksvertretern gebildeten Regierung sollte den Bestand der Monarchie über den Weltkrieg hinaus sichern.

## V

Ungeachtet dessen stellte sich Giesberts nach der Abdankung Wilhelms II. am 9. November 1918 auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen und plädierte im „Aktionsausschuss" der Zentrumspartei, dem die wenigen in Berlin verbliebenen Mitglieder der Reichstagsfraktion angehörten, und in den Gremien der Christlichen Gewerkschaften dafür, vorübergehend mit den Arbeiter- und Soldatenräten zusammenzuarbeiten, um eine weitere Radikalisierung und einen bolschewistischen Umsturz zu verhindern. Gleichzeitig forderte er die sofortige Einberufung der Verfassunggebenden Nationalversammlung. Bei den Wahlen vom 19. Januar 1919 errang er erneut das Mandat für seinen Wahlkreis Essen, das er bis 1933 innehatte. Die am 13. Februar gebildete „Weimarer Koalition" aus SPD, Zentrum und DDP billigte er als eine „praktische Notwendigkeit" und als Ausdruck der durch die Revolution erreichten politischen Gleichberechtigung der hauptsächlich von SPD und Zentrum vertretenen Arbeiterschaft. Außerdem ging er davon aus, dass das Zentrum als Anwalt des Katholizismus seine kulturpolitischen Ziele an der Seite des Wahlsiegers SPD eher verwirklichen könne als von der Opposition aus.
Bedrängt von den Parteigrößen Adolf Gröber (1854–1919), Trimborn, Erzberger und Hitze erklärte sich Giesberts schließlich bereit, als Vertreter der christlichen Arbeiterschaft in der von Philipp Scheidemann (SPD; 1919) geführten Regierung das Postministerium zu übernehmen, das er auch in den folgenden Kabinetten unter Gustav Bauer und Hermann Müller (beide SPD; 1919/20) sowie unter seinen Fraktionskollegen Konstantin Fehrenbach (1920/21) und Joseph Wirth bis 1922 beibehielt. Als Regierungsmitglied gehörte er auch zu den Unterzeichnern der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919, die er als „die wichtigste Voraussetzung für den politischen, wirtschaftlichen und sozial-sittlichen Wiederaufbau" resolut gegen die schon bald spürbar werdenden Umsturzbestrebungen von rechts und links verteidigte. Überlegenswert erschien ihm freilich, die Verfassung im Rahmen einer legalen Reform um berufsständische Elemente zu ergänzen, etwa durch die Übertragung von

politischen Funktionen auf den 1920 ins Leben gerufenen Reichswirtschaftsrat.
Giesberts' wichtigste Aufgabe als Minister war die Überführung der Postverwaltungen Bayerns und Württembergs in die Reichspost, die zum 1. April 1920 erfolgte. Auch wenn er für weitestgehende Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte eintrat, gehörte er im Kabinett zu den wichtigsten Fürsprechern einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Staatsdiener. Aufträge der Reichspost zur Modernisierung der Infrastruktur vergab er bewusst als Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die daraus resultierenden Mehrbelastungen im Etat der Reichspost ließen sich freilich nur durch drastische Portoerhöhungen ausgleichen, was letztlich 1922 zu seinem Rücktritt führte, zumal auch bei seinen Parteikollegen häufig Unmut über seine mangelnde Abstimmung mit der Fraktion vorgebracht wurde. Im Kabinett trat er wie sein Fraktionskollege und Kolonialminister Johannes Bell (1868–1949) vollständig hinter dem agilen Erzberger zurück, der der Regierung ohne eigenen Geschäftsbereich angehörte. Dafür besaß seine Stimme besonderes Gewicht in sozialpolitischen Fragen. Mehrfach vertrat er die Reichsregierung bei Verhandlungen mit den Gewerkschaften, etwa nach dem Kapp-Putsch im März 1920, als er gemeinsam mit dem preußischen Innenminister Carl Severing (1875–1952) das „Bielefelder Abkommen" vom 24. März 1920 über die Beendigung des Generalstreiks aushandelte, mit dem die Gewerkschaften den Putsch zum Erliegen gebracht hatten, dafür aber weitgehende politische Forderungen einklagten.
Zu den einschneidendsten, weil demütigendsten Erfahrungen seines Lebens zählte Giesberts die Verhandlungen über den Friedensvertrag im Frühjahr 1919, an denen er als Mitglied der deutschen Hauptdelegation unter Außenminister Ulrich von Brockdorff-Rantzau (1869–1928) in Paris teilnahm. Legendär waren seine emotionalen Ausbrüche in der deutschen Delegation nach der Überreichung der alliierten Friedensbedingungen, die er als „unerfüllbar und unerträglich" brandmarkte. Giesberts warnte das Kabinett davor, sich durch die Annahme der Friedensbedingungen zum „Sklavenvogt des eigenen Volkes" zu machen, akzeptierte das Vertragswerk aber schließlich, da er andernfalls mit dem Einmarsch der Alliierten in das Reich rechnete. Seinen Namen unter das Dokument zu setzen, erschien ihm aber unzumutbar, so dass kurzfristig sein Kabinettskollege Bell nach Paris zur Unterzeichnung des Vertrags beordert werden musste, dessen Revision Giesberts als die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik ansah. Dabei erwartete er von den Alliierten, das Reich schrittweise wieder als gleichberechtigten Partner in die Weltwirtschaft zu integrieren. Große Hoffnungen setzte er in dieser Hinsicht in den

Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und zur Internationalen Arbeitsorganisation. Gleichzeitig plädierte er dafür, die Verantwortung für die Umsetzung des Friedensvertrags durch möglichst breite Koalitionen auf sämtliche gesellschaftlichen Gruppierungen gleichmäßig zu verteilen.

Obwohl Giesberts nach 1918 zunächst keine eigentliche Parteifunktion innehatte und im Oktober 1920 vorläufig aus dem Fraktionsvorstand ausschied, besaß er doch großen Einfluss im Zentrum. 1920/21 zählte er gemeinsam mit Joseph Wirth (1879–1956) zu den entschiedenen Stützen Matthias Erzbergers, den er gegenüber den Anfechtungen des von Stegerwald geführten Gewerkschaftsflügels in der Partei vorbehaltlos in Schutz nahm. Den im sog. „Essener Programm" Stegerwalds von 1920 propagierten Gedanken einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei freilich billigte Giesberts nur, solange damit nicht eine Parteineugründung unter Aufgabe des Zentrums gemeint war, sondern lediglich eine „Befruchtung der Politik im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit deren Ideen". Für die Öffnung des Zentrums gegenüber den Protestanten warb er u.a. neben Karl Dunkmann (1868–1932) und Götz A. Briefs (1889–1974) als Mitherausgeber der Zeitschrift „Deutsche Monatshefte für christliche Politik und Kultur", des Organs des 1919/20 bestehenden „Bundes christlicher Demokraten". Das von Stegerwald zunehmend betriebene parteipolitische Engagement der Christlichen Gewerkschaften lehnte Giesberts aber weiterhin scharf ab und forderte vielmehr ihre Rückbesinnung auf die Tarifpolitik. Zu ähnlich harten Auseinandersetzungen wie während des Ersten Weltkriegs führten diese Differenzen aber nicht mehr.

## VI

Giesberts schied bei der Bildung des Kabinetts Cuno am 21. November 1922 aus dem ungeliebten Postressort aus und zog sich, von Krieg, Revolution und Ministertätigkeit „zwar weniger körperlich, aber doch seelisch stark angegriffen", fast völlig zurück. Bis 1924 meldete er sich in der Fraktion nicht mehr zu Wort, als Redner bei Partei- und Gewerkschaftskundgebungen wurde er eher zum politischen Kommentator, weniger zum Mitgestalter – so auch beim Ruhrkampf 1923, den er als Ausdruck „echt deutscher und innerlich nationaler Gesinnung" befürwortete. Bei der Regierungsbildung unter Gustav Stresemann im August 1923 gelang es dem Zentrum nicht, ihn wieder als Postminister in das Kabinett zu bringen, und auch nach seiner Wahl in den erweiterten Fraktionsvorstand im Juni

1924 und als Beisitzer in den Parteivorstand 1925 kehrte er nicht mehr in die erste Garde der Partei zurück.
Gleichwohl genoss Giesberts als langgedienter Abgeordneter und als Gründervater der Christlichen Gewerkschaften allseits hohen Respekt im Zentrum, vor allem, wenn Fragen auf der Agenda standen, die die Stellung der Arbeiter im Staat und in der Partei betrafen. 1927 gehörte er zu den schärfsten Gegnern der von seinem Fraktionskollegen und Finanzminister Heinrich Köhler (1878–1949) durchgepeitschten Bezügeerhöhung für die Beamten im Rahmen einer generellen Besoldungsreform. Als Stegerwald 1928 auf dem Kölner Parteitag als zunächst aussichtsreichster Kandidat für den Zentrumsvorsitz in einer Kampfkandidatur gegen den Prälaten Ludwig Kaas (1881–1952) unterlag, veranlasste Giesberts eine weithin beachtete Kundgebung der Arbeiterzentrumswähler in Essen, bei der er in aller Schärfe Protest gegen die Brüskierung seines Kollegen und die in seinen Augen damit verbundene generelle Zurücksetzung der Arbeiter in der Partei und in der Gesellschaft insgesamt einlegte. Sie beklagte er auch 1929 anlässlich des 30. Gründungsjubiläums der Christlichen Gewerkschaften. Auf deren Jubiläumskongress in Frankfurt bekannte er sich erneut zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft, würdigte angesichts der beginnenden Wirtschaftskrise die Verdienste aller Richtungsgewerkschaften, aber auch der SPD, um die Rechte der Arbeiter und bekundete demonstrativ seine enge Verbundenheit zu Stegerwald. Seine Autorität bei den Arbeitern, wie sie durch seine Wahl in den von ihm 1930 mitinitiierten Reichsarbeiterbeirat des Zentrums zum Ausdruck kam, machte er auch zwischen 1930 und 1932 geltend, als Reichskanzler Heinrich Brüning (1885–1970) und Arbeitsminister Stegerwald versuchten, der Staats- und Wirtschaftskrise durch einen drastischen Sparkurs Herr zu werden.

## VII

Wie viele seiner Kollegen in den Christlichen Gewerkschaften und im Zentrum unterschätzte Giesberts zunächst den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus und Hitlers, den er noch nach dessen Machtergreifung am 30. Januar 1933 als willfährige Marionette reaktionärer, großindustrieller Kreise verkannte. In einem von ihm mitunterzeichneten Wahlaufruf des Reichsarbeiterbeirats vom 8. Februar 1933 hieß es: „Hitler ist das Schild, Hugenberg-Papen ist die Firma. Brutaler Machtwille steht im Entscheidungskampf mit dem nationalen und sozialen Rechtsgefühl des verfassungstreuen Volkes.“ Eine direkte Konfrontation mit den neuen Machthabern

blieb dem unterdessen 68-jährigen Giesberts freilich erspart: Bei den Wahlen vom 5. März kandidierte der „Senior" seiner Fraktion (R. Morsey) nicht mehr, als Abgeordneter für den Wahlkreis Essen folgte ihm der Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften für Rheinland und Westfalen, Jakob Kaiser (1888–1961), nach. Ende Juni 1933 schied er zudem aus dem Aufsichtsrat der Berliner Zentrumszeitung „Germania" aus. Dennoch ließ die Hitler-Regierung den verdienten Parlamentarier und Gewerkschafter nicht ungeschoren davon kommen, und so wurde er 1933 wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Genossenschaftsgesetz zu einer – geringfügigen – Haftstrafe verurteilt. Ein Ruhegehalt konnten ihm die Machthaber aber nicht verwehren. Bereits von Krankheit gezeichnet siedelte Giesberts im September 1935 von Berlin nach Mönchengladbach über, wo er sich vollständig ins Privatleben zurückzog. Sein wichtigster Vertrauter in den ihm verbliebenen Jahren war der ebenfalls bereits schwer erkrankte August Pieper. Am 7. August 1938 schloss Giesberts im Marienhospital in Mönchengladbach für immer die Augen. Der mittlerweile gleichgeschalteten ehemaligen Zentrumspresse war sein Tod lediglich eine knappe Meldung wert. Bei seiner von der Gestapo bespitzelten Beisetzung drei Tage später kamen jedoch ein letztes Mal die wichtigsten Exponenten der 1933 aufgelösten Christlichen Gewerkschaften und der größtenteils bereits verbotenen katholischen Arbeitervereine zusammen, an ihrer Spitze Stegerwald und Pieper.

Nach dem übereinstimmenden Urteil seiner Zeitgenossen war Giesberts ein leutseliger, humorvoller Mann, eine lautere Persönlichkeit von festem Charakter und hohem Gerechtigkeitssinn, ausgestattet mit praktischem Menschenverstand und natürlichem Kommunikationstalent. Aus seiner Person machte er kein Aufheben. Freilich konnte er auch polternd aufbrausen, besonders wenn er sich in ungerechtfertigter Weise angegriffen fühlte. Seine politischen Ämter übernahm Giesberts stets aus hohem Pflichtgefühl, niemals aus persönlichem Ehrgeiz. Bisweilen jedoch überstieg die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben seine Kräfte, die ihm nicht in dem Ausmaß gegeben waren, wie seine massige Statur nahe legte. Dass er deswegen immer wieder Zuflucht im Alkohol suchte, beobachteten viele seiner Weggefährten. Bezeichnend für sein durchaus zur Schwermut neigendes, wenig selbstbewusstes Wesen war, wie sehr er sich in seiner aktiven Zeit danach sehnte, mit seiner Frau in die Geborgenheit seines Siedlungshäuschens in Köln zurückzukehren, wo sein Aufstieg begonnen hatte.

Was ihn zeitlebens von seinen Kollegen an der Spitze der Gewerkschaften, an erster Stelle von Stegerwald unterschied, war sein aus-

geprägtes Harmoniebedürfnis. Heinrich Imbusch, selbst Paradebeispiel eines hart durchgreifenden Arbeiterführers, schrieb darüber später: „Durch das Hineinwachsen Giesberts' in die Politik und das politische Treiben wurde die geistige Entwicklung des großen (vielleicht des größten) Talents in weitgehendem Maße abgestoppt. Aus Giesberts wurde nicht das, was aus ihm hätte werden können, wenn er in ruhigerer, planmäßiger Arbeit in ständiger engster Fühlung mit den Gewerkschaftlern und an verantwortlicher Stelle in der Gewerkschaftsbewegung ohne die starke Einwirkung der politischen Dinge auf ihn hätte werden können. Er wäre für viele andere nicht ‚der gute Johann' geworden."



# Theodor Brauer (1880–1942)

Die christlich-soziale Bewegung, die sich in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte, hat auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen, der kulturellen und politischen Verhältnisse großen Einfluß ausgeübt. In der Auseinandersetzung mit dem damals führenden Liberalismus und mit dem immer stärker aufkommenden Sozialismus hat der soziale und politische Katholizismus auf verschiedenen Gebieten Wege aufgezeigt, auf denen die „soziale Frage" einer Lösung näher gebracht, die Integration der Arbeiterschaft in die Industriegesellschaft ermöglicht und die Klassenspaltung der Gesellschaft durch den Auf- und Ausbau des Sozialstaates überwunden werden sollten. Zu den vielen Männern und Frauen, die sich von ihrem christlichen Gewissen gedrängt fühlten, der Gerechtigkeit und der Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen, gehörte Theodor Brauer. Er ist zum Theoretiker der Christlichen Gewerkschaften geworden. In seinen Schriften, Veröffentlichungen und Vorträgen, die Brauer zur Gewerkschaftsfrage geschrieben bzw. gehalten hat, werden nicht nur Sinn, Wesen und Aufgabe, sondern auch die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung aufgezeigt. Darüber hinaus hat er entscheidenden Anteil daran, daß die Christlichen Gewerkschaften in den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg so stark geworden sind, daß sie zu einem Gegengewicht gegen die sozialistischen Gewerkschaften wurden und den marxistischen Bestrebungen die christlich-sozialen Ordnungsvorstellungen für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft entgegensetzten.

## I

Theodor Brauer wurde am 16. Januar 1880 in Kleve am Niederrhein geboren. Der Vater Johann Anton war Schuhmachermeister und mit Anna Maria, geborene Schwertfeger, verheiratet. Die Mutter stammte aus den Niederlanden. Zu Hause wurde deutsch und niederländisch gesprochen, wie dies auch heute noch für Grenzgebiete typisch ist. Der Sohn wuchs, wie man damals sagte, in bürgerlichen Verhältnissen auf, wozu selbstverständlich die Tugenden der Sparsamkeit, der Arbeitsamkeit und der Pflichterfüllung gehörten. Theo-

dor war dazu bestimmt, das Geschäft seines Vaters weiterzuführen. Als er drei Jahre alt war, starb der Vater; sein plötzlicher Tod veränderte die Lebenssituation der Familie völlig. Die Vermögensverhältnisse reichten zunächst aus, um für die Erziehung und Bildung des Sohnes zu sorgen. Die Mutter schickte ihn nach dem Besuch der Volksschule auf das Sacré-Coeur-Gymnasium in Belgien mit angegliedertem Internat. Die Unterrichtssprache war französisch, was dem Jungen einen weiteren Kulturkreis öffnete. Ein Jahr vor dem Abitur verschlechterte sich die Finanzlage so sehr, daß Theodor das Studium abbrechen mußte, um Geld zu verdienen. Es war ein schmerzlicher Einschnitt, zumal die Mutter begründete Hoffnung hegen durfte, daß der begabte Junge eine gute Karriere vor sich hatte.

Der junge Brauer wurde kaufmännischer Angestellter in einer Getreidehandlung in seiner Vaterstadt Kleve. Dabei kamen ihm seine Fremdsprachenkenntnisse zugute. Er arbeitete sich in kurzer Zeit in sein neues Aufgabengebiet ein. Für die Firma wurde er ein wertvoller Mitarbeiter. Schon nach wenigen Jahren erhielt er die Prokura. Brauer erfuhr am eigenen Leib, wie eng damals der Lebenszuschnitt der meisten Angestellten und Arbeiter war, auch wenn der Industrialisierungsprozeß um die Jahrhundertwende ein starkes Wachstum mit sich brachte. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse waren noch weit davon entfernt, den Beschäftigten, vor allem wenn sie für eine Familie zu sorgen hatten, einen ausreichenden Unterhalt zu gewährleisten.

Virulent war für viele Arbeiter und Angestellte auch die Frage der sozialen Absicherung gegen die existentiellen Risiken: Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter. Früher war es vor allem die Großfamilie, die Notlagen ihrer Mitglieder auffing. Wer keinen Familienanschluß mehr hatte, erhielt bei den caritativen Einrichtungen der Kirchen oder bei Ordensgemeinschaften Hilfe. Das neue System der sozialen Sicherung war für Arbeitnehmer seit den achtziger Jahren im Aufbau begriffen. In der Zeit des Übergangs wurden von einzelnen Unternehmen oder regional Hilfskassen eingerichtet, die sich dann zu Ersatzkassen fortentwickelten.

## II

Während seiner Erwerbstätigkeit kam Brauer in Berührung mit verschiedenen Aktivitäten und Organisationen, die die Lage der Arbeiter und ihrer Familien verbessern wollten. Er begegnete dem Volksverein für das katholische Deutschland. Dieser war 1890 gegründet

worden, um das soziale Gewissen der Katholiken zu wecken und sie für die Lösung der „sozialen Frage" zu mobilisieren. Er hatte seinen Sitz in Mönchengladbach. In Flugblättern und Flugschriften, in vielen Publikationen und in den „roten Heften" wurden Fragen des gerechten Lohnes, der humanen Arbeitsbedingungen, der sozialen Sicherheit und des Arbeiterschutzes, der Frauenarbeit sowie der Agrar-, Handwerks- und Industriepolitik behandelt. Der Volksverein war bemüht, die katholischen Arbeitervereine, die sich im Aachener Industrieraum, im Ruhrgebiet und in den Regionen am Rhein seit den 1860er Jahren gebildet hatten, für die Befassung mit den sozialen Fragen zu gewinnen. Ähnliches galt auch für die seit 1847 entstandenen Gesellenvereine, die auf Adolf Kolping zurückgingen. Hinzu kam 1877 der Katholisch-kaufmännische Verein.
In der Zentrale des Volksvereins in Mönchengladbach wurden Schulungskurse für Katholiken durchgeführt, die sich für die Arbeiter einsetzen und ihnen eine Stimme geben wollten. In der Begegnung mit dem sozialen Katholizismus wuchs bei Theodor Brauer das Interesse an den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben und Herausforderungen. Ihn bewegte schließlich die Frage, ob er die berufliche Laufbahn, die er aus einer Notsituation heraus eingeschlagen hatte, weiter verfolgen sollte, oder ob er umsatteln und in die soziale Reformarbeit des Volksvereins einsteigen sollte. Damit würde sich ihm ein Feld eröffnen, auf dem er seine Begabung sehr viel besser entfalten konnte.
Im Jahr 1907, also mit 27 Jahren, wechselte Brauer in die Zentrale des Volksvereins, wo er Assistent unter dem Direktor August Pieper wurde. In Mönchengladbach lernte er die Männer und Frauen, die Prälaten und Priester kennen, die sich der Aufgabenstellung des Volksvereins verschrieben hatten. Hier sind besonders zu nennen: Prälat Franz Hitze, Gründungsmitglied des Volksvereins, Abgeordneter der Zentrumspartei und – zusammen mit Georg von Hertling – für die sozialpolitische Arbeit verantwortlich, seit 1893 auch Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Münster; Franz Brandts, ebenfalls Gründungsmitglied des Volksvereins, sozial engagierter Textilunternehmer, der in seinem Betrieb lange vor dem Betriebsrätegesetz eine Fabrikordnung einführte.

## III

Brauer lernte in Mönchengladbach auch die führenden Leute der Christlichen Gewerkschaften kennen: August Brust, der 1894 den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in Essen und Franz Wieber,

der 1899 den Christlichen Metallarbeiterverband in Duisburg gegründet hatte. Wenn in den folgenden Jahren weitere christliche Gewerkschaften gebildet wurden und einen für die damalige Zeit erstaunlichen Zustrom verzeichneten, so hängt dies mit der Entwicklung im sozialistischen Lager zusammen. Brust und Wieber waren zunächst Mitglieder der „Freien Gewerkschaften", die der Sozialdemokratie nahestanden. Als die Partei, die auf Ferdinand Lassalle zurückging, immer mehr in marxistisches Fahrwasser gelangte und im Erfurter Programm (1891) die marxistische Ideologie zu ihrer Grundlage wurde, wirkte sich dies auf die gewerkschaftliche Arbeit aus. In der marxistischen Sicht hatten die Gewerkschaften primär nicht die Aufgabe, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern, sondern waren sozusagen Hilfstruppen der Partei, um den gesellschaftlichen Umsturz herbeizuführen. Der jetzt von den Freien Gewerkschaften verfochtene Klassenkampf und die Hetze gegen das Christentum und die Kirche ließen für gläubige Christen keinen Platz mehr; sie traten aus und wendeten sich den Christlichen Gewerkschaften zu.

Die Christlichen Gewerkschaften fanden Rückhalt beim Volksverein. In der Zentrale in Mönchengladbach begegnete Brauer denen, die als christliche Gewerkschaftler Pionierarbeit leisteten. Neben den schon genannten August Brust und Franz Wieber leistete vor allem Heinrich Brauns Schrittmacherdienste. Als Kaplan beteiligte er sich an der Gründung des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der christlichen Textilarbeiter. Er unterstützte auch den Aufbau des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Seit 1900 war er Mitarbeiter beim Volksverein und verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Bildungskurse. Für Brauer wurde er ein wichtiger Gesprächspartner. Zu nennen sind auch Karl Trimborn und Johannes Giesberts, nicht zuletzt Adam Stegerwald, der auf dem Gewerkschaftskongreß 1902 in München zum Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften mit Sitz in Köln gewählt wurde. Er wurde zum unumstrittenen Führer, auch in den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Die christlichen Gewerkschaften nahmen an Mitgliedern zu und bildeten zusammen mit der Zentrumspartei ein Gegengewicht gegen die politischen Extreme von links und von rechts. Auf dem Kongreß der Christlichen Gewerkschaften 1907 in Essen erklärte Staatssekretär Theobald von Bethmann Hollweg: „Ich wüßte kaum eine größere Aufgabe der Gegenwart, als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft."

In den Gesprächen mit den Männern der ersten Stunde war Brauer nicht verborgen geblieben, was die Christlichen Gewerkschaften am notwendigsten brauchten. Mit ihrer Gründung stellte sich von Anfang an die Frage nach dem Verhältnis zu den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen. Diese Verbände waren kirchlich strukturiert mit geistlichen Präsides, meistens auf Pfarrei- oder Diözesanebene. Eine ähnliche Entwicklung gab es übrigens seit 1848 auch auf evangelischer Seite. Demgegenüber waren die christlichen Gewerkschaften keine kirchlichen Verbände, sondern eigenständig und interkonfessionell, Interessenvertretung. Sie verstanden sich nicht als Konkurrenz zu den katholischen Arbeitervereinen. Sie wollten sich auf die gewerkschaftlichen Aufgaben konzentrieren und in politischen und religiösen Fragen neutral sein. Die sogenannten „Integralisten", wie sie genannt wurden, befürchteten den Verlust an Katholizität bei den katholischen Arbeitern als Folge der interkonfessionellen Struktur. Sie plädierten für die Errichtung von „Fachabteilungen" bei den katholischen Arbeitervereinen, die tarifliche Fragen wahrnehmen sollten.

Abgesehen einmal davon, daß die katholischen Arbeiter in den Christlichen Gewerkschaften mit etwa 85 Prozent die große Mehrheit bildeten, wurde von den „Integralisten" die Ordnungsaufgabe, die künftig von den Gewerkschaften geleistet werden sollte, nicht erkannt. Aufschlußreich ist der Beschluß des Gesamtvorstandes des Volksvereins anläßlich des Katholikentages 1902 in Mannheim: „Der Volksverein erachtet es als seine Aufgabe, die Christlichen Gewerkschaften zu fördern. Davon ist der Episkopat zu unterrichten, und falls die bischöfliche Billigung versagt wird, sieht sich der Vorstand genötigt, seine Ämter niederzulegen." Erst die Enzyklika „Singulari quadam" von Papst Pius X. 1912 beendete den Gewerkschaftsstreit. Die klare Haltung der Führung des Volksvereins hat das Engagement Th. Brauers für die Christlichen Gewerkschaften bestärkt. Die Auseinandersetzungen haben wohl dazu beigetragen, daß Brauer sich mit dem ganzen Fragenkomplex intensiv befassen mußte.

Von nicht geringerem Gewicht war die Klärung der Grundsatzfragen über die Aufgaben, Ziele und Strukturen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, über die Gestaltung und Ordnung der Arbeits- und Lohnbedingungen, über die Prioritäten im Ausbau des Systems der sozialen Sicherung der Arbeiter und Angestellten. Es gab in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wenig einschlägige Untersuchungen und Veröffentlichungen über die Gewerkschaftsarbeit. Das Haupt-

augenmerk galt den Kernfragen der Nationalökonomie und den ideologisch verschärften Gegensätzen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Liberalismus und Sozialismus bzw. Marxismus. Auf katholischer Seite hat das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft (1. Auflage seit 1889) wenigstens auf einigen Gebieten von Wirtschaft und Gesellschaft, Staat und Politik den dringendsten Bedarf abgedeckt. Auch das „Lehrbuch der Nationalökonomie" (5 Bde., 1905/23) von Heinrich Pesch, dem Begründer des Solidarismus, ist hier zu nennen. Aber wenn die Christlichen Gewerkschaften vorankommen wollten, so mußten die Grundsatzfragen geklärt werden, und zwar so, daß die Arbeiter die Tatbestände, die Zusammenhänge und die gesicherten Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften, aber ebenso die Grundlagen des christlichen Menschen- und Gesellschaftsbildes verstehen konnten und zum gewerkschaftlichen Engagement ermutigt wurden.

Brauer erkannte, daß auf diesem Gebiet seine „eigentliche Grundbestimmung" liege. In ihm reifte der Entschluß, sich ganz dem inneren Aufbau der Christlichen Gewerkschaften zu verpflichten. Bereits 1908 ging er als Geschäftsführer zur Zentrale der Christlichen Gewerkschaften nach Köln. Im Jahr darauf heiratete er Johanna Vassillière, die aus Mönchengladbach stammte. Die Ehe blieb kinderlos. 1912 übernahm Brauer die Schriftleitung zunächst des „Zentralblattes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands", 1917 dann der „Deutschen Arbeit", der theoretischen Monatsschrift der Christlichen Gewerkschaften. Wie Ludwig Heyde, der große Historiker der Sozialpolitik, feststellte, wächst Brauer „in ein singuläres Vertrauensverhältnis zur christlichen Arbeiterschaft hinein. Vielleicht war ihm dies gerade dadurch erleichtert, daß er ohne die Würde und die Attribute des Akademikers zu den Gewerkschaften kam." Er fügte hinzu, daß sich die Christlichen Gewerkschaften von Anbeginn und vielleicht auch wegen der Berührung ihrer Mitglieder mit der Geistlichkeit in ihren Gemeinden und mit den Präsides der Arbeitervereine von der Scheu vor den studierten Leuten in höherem Maße freigehalten haben als andere Teile der deutschen Arbeiterbewegung, in denen lange Jahre das antiakademische Ressentiment blühte.

## V

„Die Frage, wie die sozialen Schäden des Kapitalismus zu lindern, zu heilen und fürder zu vermeiden seien, wie eine menschenwürdige Ordnung der sozialen Verhältnisse wiedergewonnen und im Wandel

der Dinge bewahrt werden könne, das bildete den Hauptinhalt seiner Lebensarbeit." So charakterisiert Paul Jostock das Anliegen, das Th. Brauer in seinen Schriften und Reden bewegte. Allerdings mußte sich Brauer zuerst selbst sachkundig machen. Er studierte die Schriften des sozialen Katholizismus, las die Bücher Bischof Kettelers und die Enzyklika Leos XIII. Rerum novarum. Er befaßte sich mit der vielschichtigen Problematik der Ständischen Ordnung, auch mit der Kritik am Lohnarbeitsverhältnis, die von Seiten der Vogelsang-Schule in Wien vorgetragen wurde. Ein besonders hartes Stück Arbeit war für ihn das Studium der Nationalökonomie. Er mußte selbst den Weg finden zu den Erkenntnissen und Methoden, auch wie die verschiedenen Ansätze und Argumente zu verstehen und zu gewichten sind. Das, was Brauer den Arbeitern an Einsichten und Zusammenhängen vermitteln wollte, sollte nicht einfach aus der Luft gegriffen sein, sondern durchaus dem erreichten Stand der Wissenschaft entsprechen. Dabei war er sehr darum bemüht, an die soziale Frage mit realistischem Blick heranzugehen. Ob es sich um Lohnprobleme, um das Existenzminimum, um Fragen des Arbeitsmarktes handelte, er war davon überzeugt, daß mit nüchterner Wahrheitserkenntnis dem Interesse der Arbeiter besser gedient ist als mit lauten Forderungen, die an der Wirklichkeit teilweise oder ganz vorbeigehen. Die Frucht dieser ersten Jahre bei den Christlichen Gewerkschaften war das 1912 erschienene Buch „Gewerkschaften und Volkswirtschaft. Gedanken und Hinweise". Die Tatsache, daß dieses Buch, das 1922 eine zweite Auflage erlebte, in dem renommierten Verlag Fischer in Jena erschien, zeigt, daß die Überlegungen Brauers das Urteil der damaligen Wissenschaften nicht zu scheuen brauchten.

Zugleich was das Buch für Brauer eine Selbstbestätigung. Die Wunde, die ihm der vorzeitige Abbruch der Ausbildung auf dem Gymnasium zugefügt hatte, war nie ganz vernarbt. Seine Freunde ermutigten ihn, das Studium zu Ende zu bringen und dann die Universität zu besuchen. Im März 1918 besteht Brauer als 38jähriger die Reifeprüfung am Humanistischen Gymnasium in Brühl. Vorübergehend war er Stegerwalds Privatsekretär während dessen Tätigkeit als preußischer Wohlfahrtsminister in Berlin, kehrte aber schon bald wieder nach Köln zurück, von wo aus er wirtschaftswissenschaftliche Vorlesungen an der Universität Bonn besuchte. 1920 erreichte er sein Ziel: die Promotion. Seine Dissertation, die von Heinrich Dietzel betreut wurde, behandelte das Thema „Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften". Die Schrift wird in demselben Jahr in Jena veröffentlicht. Es war der kompetente Kommentar zu dem von der Deutschen Nationalversammlung beschlossenen Gesetz.

Das Studium der Wirtschaftswissenschaften und die Vorbereitung auf die Promotion fielen in die schlimmen Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Die allgemeine Not, die Politik der Reparationen durch die Alliierten, der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, all dies bewirkte eine verbreitete Unsicherheit in der Bevölkerung, von der die Revolutionäre zu profitieren hofften. Würde Deutschland denselben Weg gehen wie Rußland im Jahr zuvor? Selbst Heinrich Pesch SJ war schwankend geworden, ob man nicht wenigstens aus taktischen Gründen statt vom Solidarismus vom „christlichen Sozialismus" sprechen sollte. Brauer hingegen war damals wie ein Fels in der Brandung. Unvergessen ist sein Vortrag „Christentum und Sozialismus" auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften 1920 in Essen, der begeistert aufgenommen wurde und die so notwendige Klärung brachte. Viele würden jetzt, so Brauer, von einer Verwandtschaft zwischen Christentum und Sozialismus sprechen, als ob der Sozialismus praktisch angewandtes Christentum im leidenschaftlichen Kampf gegen den Kapitalismus wäre. Dann zeigte Brauer höchst eindrucksvoll, daß nicht nur die Einstellung zur Religion beide trennt, sondern auch die gegensätzliche Kritik des Kapitalismus. Während der Sozialismus das Prinzip des Zwanges vertrete, setze das Christentum auf das Prinzip der Freiheit und der sozialen Verbundenheit. „Deswegen sollten wir auch nicht durch Ausdrücke und Schlagworte, wie ‚christlicher Sozialismus', erneut Mißverständnisse heraufbeschwören. Ich möchte niemand von jenen, die diesen christlichen Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben, wehe tun, sind doch meine besten und idealst gesinnten Freunde darunter. Nur auf die absolute Klarheit in dem Kampfe, der um die Beherrschung der Kultur der Zukunft geht, kommt es mir an."

## VI

Mit dem Abschluß der Promotion beginnt Brauers fruchtbarste Schaffensperiode. 1922 erscheint in zweiter Auflage das zehn Jahre zuvor veröffentlichte Werk „Gewerkschaft und Volkswirtschaft" – ein Zeichen dafür, daß das Buch auf diesem Gebiet nicht bereits veraltet war. Fast gleichzeitig kommt – ebenfalls bei Fischer in Jena – die Untersuchung „Lohnpolitik in der Nachkriegszeit" heraus. In jenen schwierigen Zeiten wollte Brauer den Zusammenhang zwischen den Löhnen und der Arbeitsproduktivität aufzeigen und die Christlichen Gewerkschaften vor falschen Vorstellungen bewahren. Ein Jahr später erscheint in der Reihe „Klassiker katholischer Sozialphiloso-

phie" das Buch „Adolf Kolping". Noch vor seiner Hinwendung zum Volksverein und zu den Christlichen Gewerkschaften war sein Interesse an Kolping und dessen Lebenswerk erwacht. Es ist die beim „Gesellenvater" ausgeprägte beruflich-soziale Seite der Beheimatung des arbeitenden Menschen, die Brauer beeindruckte. Sie bildet einen gewissen Gegenpol zu dem interessezentrierten gewerkschaftlichen Handeln. Wie sehr sich Brauer um die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse bemühte, darüber gibt der Leitfaden „Allgemeine Wirtschaftskunde. Besonders für den Gebrauch in Unterrichtskursen" Aufschluß. Ganz auf der Linie von Heinrich Brauns war Brauer darauf bedacht, dem Arbeiter Erkenntnisse und Einsichten in den Wirtschaftsablauf und in die Zusammenhänge in einfacher und verständlicher Sprache zu erschließen.

Das Habilitationsverfahren an der Bonner Universität war noch nicht abgeschlossen, als ihn 1923 der Ruf an die Technische Hochschule in Karlsruhe auf ihren volkswirtschaftlichen Lehrstuhl erreichte. Brauer hatte sich durch seine Bücher zur Lohnpolitik, zur Arbeiterfrage, zur Gewerkschaftsbewegung ein so hohes Ansehen erworben, daß er anderen Bewerbern vorgezogen wurde. Vor ihm waren Gelehrte von Rang wie Otto von Zwiedineck-Südenhorst, Heinrich Herkner oder Karl Bücher auf dem Lehrstuhl. Die Trennung von Köln und von der Zentrale der Christlichen Gewerkschaften fiel Brauer nicht leicht. In Karlsruhe konnte er den wissenschaftlichen Nachwuchs, also die angehenden Techniker und Ingenieure mit den Fragen der Wirtschaft und der Gesellschaft vertraut machen, auch mit den Aufgaben der Sozialpolitik. Er war mit Leib und Seele Professor, der den lebendigen Kontakt zu den Studierenden suchte. Diese wiederum spürten, daß es nicht einfach um Theorie, sondern um Fragen von existentieller Tragweite ging. Die Vorlesungen und Seminare wurden sorgfältig vorbereitet. Zugleich arbeitete Brauer an viel beachteten Schriften: „Krisis der Gewerkschaften" (1924), an seinem Hauptwerk „Produktionsfaktor Arbeit" (1925), „Deutsche Sozialpolitik und deutsche Kultur" (1926), „Christentum und öffentliches Leben" (1927), „Ketteler, der deutsche Bischof und Sozialreformer" (1927). Hinzukam eine Fülle von Artikeln in Fachzeitschriften des In- und Auslandes, gedruckte Reden auf Gewerkschaftstagen und Kongressen. Die fünf Jahre in Karlsruhe waren der Höhepunkt seines wissenschaftlichen Forschens und seiner Lehrtätigkeit.

Wo lagen die Schwerpunkte von Brauers Forschungsarbeit? Was die Gewerkschaften anbelangt, so sollten sie die Interessen der Arbeitnehmer in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern gleichgewichtig verantworten. Insofern sprach er von den Gewerkschaften als „Organen" der Volkswirtschaft, als Ordnungsfaktoren, von denen die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft abhängt. Die Arbeitnehmer und ihre Vertretungsorganisationen müßten eine Subjektstellung einnehmen, allerdings unter Beachtung der Grenzen, die Betriebe und Regionen mit unterschiedlicher Leistungsfähigkeit setzen.
Schließlich betonte Brauer die Notwendigkeit der solidarischen Verbundenheit aller an der Produktion Beteiligten. Die höchstmögliche Entfaltung der produktiven Kräfte im Dienste der Bedarfsdeckung der Menschen ist nur dort möglich, wo alle Beteiligten ineinandergreifen und die Entwicklung mittragen. Es ist eine Ordnungsidee, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenbringen will, ähnlich wie Ludwig Erhard den Kern der Sozialen Marktwirtschaft in dem Wort ausdrückte: „Wir sitzen alle in einem Boot." Brauer ist in den zwanziger Jahren für die „berufsständische Ordnung" eingetreten – eine Idee, die über die Beratungen im Königswinterer Kreis in die Sozialenzyklika Quadragesimo anno Eingang gefunden hat. Man kann diese Bemühungen nur richtig einordnen, wenn man die Zerrissenheit und das Gegeneinander in den Betrieben und Unternehmungen damals bedenkt. Man konnte sich gar nicht vorstellen, daß das System der Tarifautonomie in der Lage sein würde, die Zusammenarbeit zu organisieren.
Ein weiterer Schwerpunkt Brauers lag in der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften die ihnen zugedachte Rolle nur erfüllen konnten über eine umfassende Bildungsarbeit. Ihre Bedeutung für das Selbstwertbewußtsein der Arbeitnehmer hatte Brauer im Volksverein kennengelernt und seine Tätigkeit bei den Christlichen Gewerkschaften darauf ausgerichtet. Die Bildungsarbeit erklärt auch das Interesse, das Brauer der katholischen Soziallehre und den Bemühungen der Kirche um gerechte Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft zuwandte. Das Buch „Christentum und öffentliches Leben" (1927) zielt darauf ab, die Christen für ihre soziale Verantwortung zu gewinnen. In dem Kapitel „Christentum und Sozialismus" knüpft Brauer an seinen Vortrag 1920 in Essen an, vertieft und erweitert die damals gezogenen Linien. Offenbar machte er sich bereits Gedanken über sein Werk „Der moderne deutsche Sozialismus", das 1929 erschien.

Übrigens hat sich Brauer auch intensiv mit der Frage der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau befaßt. Abweichend von der damals in der Kirche, aber auch in weiten Teilen der Gesellschaft noch verbreiteten Einstellung, daß die Erwerbsarbeit der Frau und in Sonderheit der Mutter nicht zu verantworten sei, dachte Brauer realistisch über die Entwicklung. Seine Kritik richtet sich dagegen, „daß die Arbeit der verheirateten Frau stets ein Mittel war und noch ist, den Lohn zu drücken, weil man im Hinblick auf ihre Stellung ihr ungünstigere Arbeitsbedingungen zumuten zu dürfen glaubt". Auf der anderen Seite ist Brauer besorgt, daß die Fabrikarbeit – so, wie sie damals war – „die verheirateten Arbeiterinnen in ihrem Eigensten und Wertvollsten: in ihrer Mütterlichkeit" bedrohe. Deshalb empfiehlt Brauer, „die Fabrikarbeit der verheirateten Frau so teuer wie möglich zu machen", und zwar durch weitgehenden Schutz der schwangeren Frau. Auch wenn sich die Arbeits- und Einkommensverhältnisse inzwischen gewandelt haben, so ist die Sorge um die „Mütterlichkeit" in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft nicht geringer geworden.

## VIII

Im Jahre 1928 ergab sich für Th. Brauer eine ganz neue Konstellation. Der Philosoph und Soziologe Max Scheler, der die Stelle des Direktors am Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften der Stadt Köln innehatte, wurde an die Universität Frankfurt berufen. Freunde aus den Christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei setzten sich beim damaligen Oberbürgermeister Konrad Adenauer für Th. Brauer ein. Dieser fühlte sich in Karlsruhe wohl; dennoch übte der Gedanke, ins geliebte Köln zurückzukehren, eine große Anziehungskraft aus. Brauer war sogar bereit, seine Professur aufzugeben, wenn die Direktorenstelle wenigstens mit einer Honorarprofessur an der Kölner Universität verbunden würde. Sein Assistent Franz H. Müller, der bei Götz Briefs an der Technischen Hochschule in Berlin promoviert hatte und 1927 nach Karlsruhe gekommen war, zog mit nach Köln. Beide begegneten sich später in der Emigration am St.-Thomas-College in St. Paul/Minn.

Brauer machte sich in Köln sofort an die Arbeit, um dem Forschungsinstitut die notwendigen Konturen zu geben. Er beschäftigte sich mit Fragen der Soziologie der Arbeit, der Industriepädagogik, der beruflichen Organisationen und der Lohnfindung. Die vier Bände des „Sozialrechtlichen Lehrbuches" (1929–1933) legen davon Zeugnis ab. Seine Hoffnungen freilich, daß ein Lehrstuhl an der Kölner

Universität frei oder ein weiterer Lehrstuhl für ihn errichtet würde, erfüllten sich nicht.
Seine Wohnung hatte Brauer in Bad Honnef bezogen, was in der Nachbarschaft des Schulungszentrums der Christlichen Gewerkschaften in Königswinter, dem heutigen „Adam-Stegerwald-Haus", lag. Hier traf sich im Herbst des Jahres 1930 der „Königswinterer Kreis", der nach den Gründen für die Weltwirtschaftskrise von 1929 forschen wollte und Wege zu einer Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft diskutierte. Von den katholischen Sozialwissenschaftlern, die zu den Sitzungen eingeladen waren – auch Th. Brauer gehörte dazu –, wußten nur die beiden Jesuiten Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning, daß es sich um Vorarbeiten für die Enzyklika Pius' XI. Quadragesimo anno handelte.
Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus waren die Tage des sozialen und politischen Katholizismus gezählt. Brauer machte sich wie viele führende Katholiken keine Illusionen. Wie sein Kollege Ludwig Heyde es formulierte, hat er zunächst versucht, mit dem neuen Regime, das er als eine von Gott verhängte oder doch geduldete Obrigkeit hinzunehmen bereit war, ein Auskommen zu finden. Dies konnte nicht gutgehen, weil er in Sachen des Glaubens und der Sittenlehre als Christ keine Zugeständnisse machte. Als sich die Lage zuspitzte und Brauer die Leitung der Bildungsarbeit der Christlichen Gewerkschaften in Königswinter angeboten wurde, sah er darin eine Chance, sich verstärkt der wissenschaftlichen Forschung zuzuwenden. Er blieb nur „nebenamtlich" Direktor des Forschungsinstituts.
Die Nationalsozialisten besetzten im Anschluß an den Tag der Arbeit (1. Mai 1933) die Häuser der Freien Gewerkschaften und setzten die Gewerkschaftsführer ab. Wenig später wurden die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert; im Juni wurden alle Dienststellen mit Nationalsozialisten besetzt und die Gewerkschaftsführer, darunter auch Brauer, aus dem „Konvent" „ausgestoßen". Brauer beschwerte sich bei Dr. Robert Ley, der in seiner Antwort darauf hinwies, die „Sünden" der Christlichen Gewerkschaften hätten die radikalen Maßnahmen notwendig gemacht.
Verblieben war Brauer noch seine Honorarprofessur, die freilich mit keinerlei Bezügen verbunden war. Zu seinen Schülern zählten die Patres J. B. Kraus SJ und Eberhard Welty OP und andere, die an der katholischen Soziallehre und an der Geschichte der christlichsozialen Bewegung interessiert waren. Allerdings kam es zunehmend zu einer Politisierung der Studentenschaft. In seinen Seminaren tauchten Spitzel und Denunzianten übelster Sorte auf. Es ist

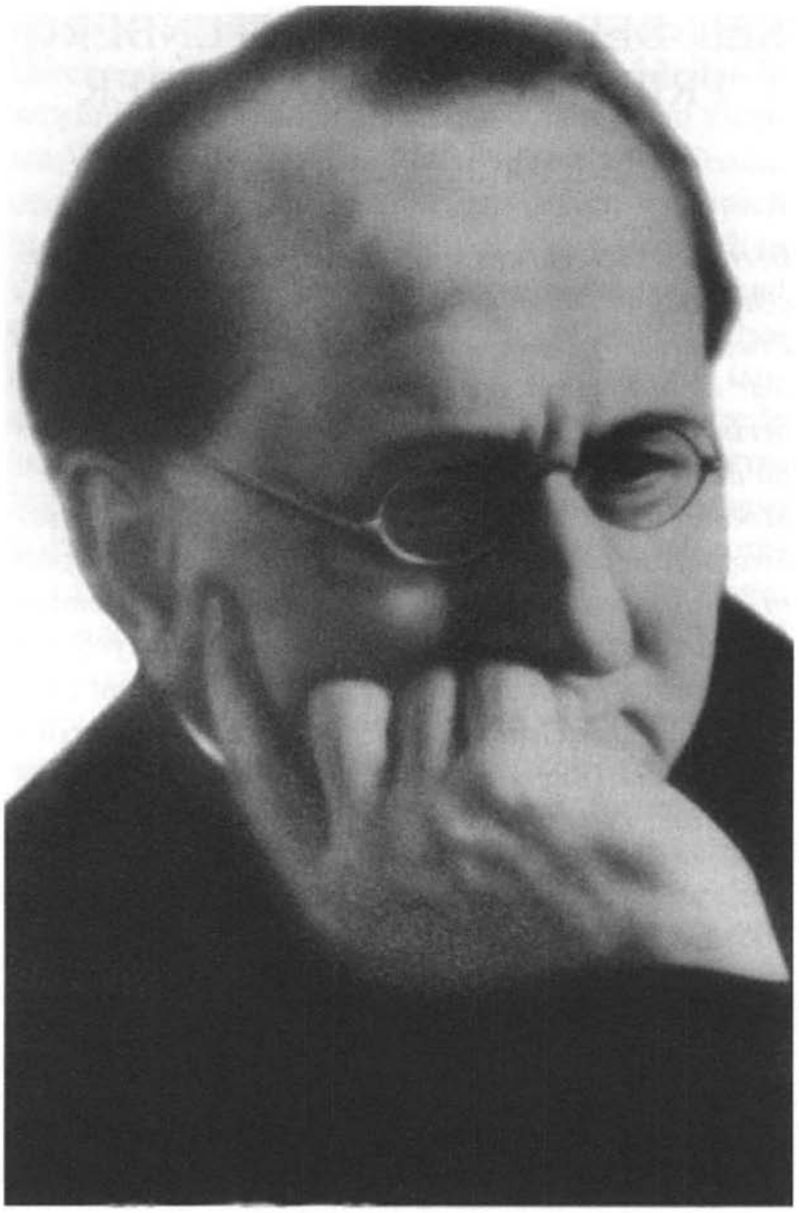
erstaunlich, daß Brauer trotz dieser ungeheuren Belastungen noch die Kraft aufbrachte, drei weitere Schriften herauszubringen über „Franz von Baader" (1934), „Adolf Kolping" (1935) und „Die Gestalt des deutschen Sozialkatholizismus im Lichte von Quadragesimo anno" (1935).

## IX

Die wirtschaftliche Lage Brauers und seiner Frau verschlechterte sich von Monat zu Monat. Ihm fehlten die Aufträge der aufgelösten Christlichen Gewerkschaften. Aus dem Forschungsinstitut in Köln war er ohne Abfindung ausgeschieden. Mehrere Anträge auf einen besoldeten Lehrauftrag an der Universität Köln wurden abschlägig beschieden. In der äußersten Not erhielt er 1937 einen Ruf an das St.-Thomas-College in St. Paul in den USA, dem er folgte. Sein engster Mitarbeiter Franz H. Müller meint, der Gesellenvater Kolping habe seine Hand mit im Spiele gehabt, weil der Erzbischof, der für sein Kolleg gute Professoren suchte, von dem deutschen Gründer einer Kolping Society auf Th. Brauer aufmerksam gemacht wurde.
Brauer mußte sich auf die amerikanischen Verhältnisse einstellen. Seine Vorlesungen in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die er in englischer Sprache hielt, kamen bei den Studenten gut an. Seine Hörer waren dankbar für das, was er ihnen als Nationalökonom und als katholischer Sozialwissenschaftler darlegen und erklären konnte. Er wohnte nur zwei Häuserblocks vom College entfernt und hatte ein offenes Haus für die Studenten. Er begann wieder Artikelserien zu schreiben für die in St. Paul erscheinende Wochenschrift „The Wanderer" und hielt Vorträge bei den Gesellenvereinen. 1939 erschien das Buch „National Economy. A Discussion of the Basis for the Science of Economics". Ein Jahr später folgte die Schrift „Economy and Society. A Discussion of the Relations between Economic and Social Developments". Für das vom College veröffentlichte Buch „Thomistic Principles in a Catholic School", das erst nach seinem Tode erschien, schrieb er drei Beiträge: „Thomism and Modern Philosophy"; „The Importance of Teleology" und „Economic Thought in St. Thomas".
Mit Beklemmung verfolgte er, was an Nachrichten über die Entwicklung in Deutschland und dann über den Zweiten Weltkrieg die USA erreichte. Die Hoffnung auf einen baldigen Zusammenbruch des Hitlerregimes war längst geschwunden. 1940 wurde Franz H. Müller, der ebenfalls emigriert war und einen Lehrstuhl in

St. Louis University erhalten hatte, ans St. Thomas College berufen. Trotz gesundheitlicher Rückschläge entwickelte Brauer neue Pläne. Er setzte sich dafür ein, daß die Hochschulen, die eher Vorbereitungsanstalten für akademische Berufe glichen, wirkliche Universitäten werden sollten. Er trug sich auch mit dem Gedanken, eine Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland in englischer Sprache zu schreiben. Dies sollte dazu beitragen, daß auch die amerikanischen Katholiken, die damals noch eine Minderheit waren, ihre soziale Verantwortung erkennen und die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse mitgestalten würden. Dazu kam es nicht mehr. Am Abend des 19. März 1942, dem Fest des hl. Josef, der als Patron der Sterbenden angerufen wird, nahm ihm, wie sein Freund Franz H. Müller schreibt, „der Tod die Feder aus der Hand". Sein unerschütterlicher Glaube und seine Verbundenheit mit der katholischen Kirche – er nahm, wenn er konnte, jeden Tag an der hl. Messe teil – haben ihn gestärkt.

Der Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings, schrieb in seinem Geleitwort für die 1952 erschienene Gedenkschrift: „Die deutschen Katholiken, insbesondere die Vertreter der christlich-sozialen Bewegung, kommen nicht nur einer Dankespflicht nach, sie leisten damit auch eine Arbeit, die ihnen selbst Wegweisung für ihr eigenes soziales Wirken bietet, gehört ja Brauer mit zu den Begründern einer katholischen Sozialtradition in Deutschland... Die Schule der Vergangenheit wird der Lösung sozialer Fragen und Nöte in unseren Tagen zum Segen gereichen."



# Bernhard Lichtenberg (1875–1943)

Am 23. Juni 1996 gestattete Papst Johannes Paul II. die kultische Verehrung des Priesters Bernhard Lichtenberg als Seligen und bestimmte seinen Sterbetag, den 5. November, zum liturgischen Gedenktag. Ungewöhnlich war der Ort dieser Seligsprechung: sie fand „extra Urbem" im Berliner Olympiastadion statt. Ungewöhnlich waren auch die Begleitumstände der Beatifikation: die Witterung war für die Jahreszeit außerordentlich kühl; die Anzahl der Teilnehmer insgesamt deutlich geringer als erwartet; Gläubige der „neuen geistlichen Bewegungen" und Katholiken aus dem nahen Polen gaben dem äußeren Erscheinungsbild der Zeremonie ein besonderes Gepräge. Der nachfolgende politische Teil des Papstbesuches vor dem symbolträchtigen Brandenburger Tor wurde durch Pfiffe, Buhrufe, Übergriffe und Obszönitäten gestört. Organisiert waren die Anti-Papst-Krawalle von einer Koalition aus „Lesben", „Schwulen", „Autonomen", „Antifaschisten" und „Humanisten". Die Polizei, die sich sichtlich um Deeskalation bemühte, nahm 33 Randalierer vorläufig fest. Nach Ansicht des Korrespondenten der „Herald Tribune" waren diese Proteste „eine der erstaunlichsten Demonstrationen von Feindseligkeit gegen den Papst, die ihm seit Amtsantritt ... entgegengeschlagen sind" (A. Cowell).

Die Inszenierung antikatholischer Gehässigkeit vermochte weder die Gläubigen zur Gegengewalt anzustacheln, noch die Aufmerksamkeit der Massenmedien von der faszinierenden Gestalt des neuen Seligen Bernhard Lichtenberg abzulenken. Seine exemplarische Bewährung als Mensch, Christ und Priester unter den Bedingungen eines totalitären Regimes fand über den kirchlichen Raum hinaus allgemeine Beachtung. Das hatte bereits die überwältigende Beteiligung der Berliner Bevölkerung bei Lichtenbergs Beisetzung am 16. November 1943 gezeigt. Die „fama sanctitatis" war auch dann noch weiter gewachsen, als die politische Spaltung Berlins den Zugang zu seinem Grab auf dem Alten Domfriedhof erschwert und zeitweilig sogar unterbunden hatte. Es mehrten sich die Berichte verschiedener Gläubiger, die davon überzeugt waren, daß ihnen auf Fürsprache Bernhard Lichtenbergs geholfen worden sei, etwa durch außergewöhnliche Heilung von Krankheit oder durch Befreiung in ausweglloser Lage. Diese Zeugnisse der Volksfrömmigkeit sind zweifellos

bemerkenswert; sie waren die Voraussetzung für die Eröffnung des Seligsprechungsverfahrens im April 1965. Aber wer der Person dieses ersten von der Kirche anerkannten Blutzeugen aus dem Erzbistum Berlin gerecht werden will, wird sich nicht allein dem Martyrium, jenem unbestreitbaren Höhepunkt seines Lebensweges, zuwenden dürfen, sondern sollte auch die historischen und theologischen Fundamente seines Lebens nicht aus den Augen verlieren.

## I

Bernhard Lichtenberg war Schlesier nach Herkunft und Naturell. In Ohlau, einer mittelschlesischen Kreisstadt, auf halbem Wege zwischen Breslau und Brieg gelegen, mit damals weniger als 10.000 Einwohnern, wurde er am 3. Dezember 1875 geboren und drei Wochen später in der Pfarrkirche Peter und Paul getauft. Als zweitältester von vier Brüdern wuchs Bernhard im Kreise der Familie auf, eine Schwester war kurz nach der Geburt verstorben. Sein Vater war ein kleiner Kaufmann und betrieb am „Ring" der Stadt eine „Colonialwaren-, Tabak-, Cigarren- und Weinhandlung".
Nach dem Besuch der Volksschule kam Bernhard 1885 auf das humanistische Gymnasium seiner Heimatstadt. Das Abiturzeugnis bescheinigte dem fleißigen und redegewandten Schüler ein lebhaftes Temperament, wenn es anerkennend bemerkte, Lichtenberg habe gelernt, sich „vor Übereilung" zu hüten. Mit dem Theologiestudium, das er zunächst für ein Semester an der „ultramontan-neuscholastischen Kaderschmiede" in Innsbruck begann und dann im schlesischen Breslau gewissenhaft absolvierte, war er aus der behüteten häuslichen Atmosphäre herausgewachsen. Doch blieb ihm Ohlau in der freudigen Erinnerung ein Ort unbeschwerter volkskirchlicher Verwurzelung. Hier war nicht nur seine geistliche Heimat, hier hatte er auch als Kind die Bewährungsprobe seiner Eltern im „Kulturkampf" erfahren.
Der „Kulturkampf" – „Bismarcks Präventivkrieg gegen das Zentrum und die katholische Kirche" (R. Morsey) – hatte in der Kleinstadt Ohlau, die mehrheitlich protestantisch geprägt war, hohe Wellen geschlagen: Ein übereifriger Polizist war nicht davor zurückgeschreckt, das Sanctissimum aus dem Tabernakel der Ohlauer Pfarrkirche zu entnehmen und dann auf seinem Revier zu untersuchen. Dieser Vorfall hatte stürmische Proteste hervorgerufen, schließlich 1876 zu einer Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus geführt.
Welche Bedeutung hat Lichtenberg dem erbittert geführten „Kulturkampf", dessen Erinnerung in der Familie stets wachgehalten wurde,

beigemessen? Aufschluß darüber vermag das Sterbebild seines Vaters aus dem Jahre 1931 zu geben. Dort heißt es: „Ohne jede Rücksicht auf geschäftliche Interessen verteidigte er im ‚Kulturkampf' als zeitweiliger Vorsitzender des Kirchenvorstandes die Interessen der Kirche. Noch in seiner Todesschwäche citierte er einen von dem Kirchenvorstand an Kaiser Wilhelm I. geschriebenen Brief, in dem gegen die Entfernung der Kreuze aus den Schulen protestiert wurde. Seine Liebe zur Kirche machte ihn zum treuen Anhänger der Zentrumspartei, deren Geschäfte er als langjähriger Vorsitzender des Wahlkreises führte und die ihn als Kandidaten für den Reichstag aufstellte". Mit anderen Worten: Die Familie Lichtenberg war infolge enger Kirchenbindung bekenntnisfroh auf den „politischen Katholizismus" eingeschworen. Was Vater Lichtenberg nicht vergönnt war, das erreichte Bernhards Onkel Alfred Hubrich (1852–1928): Er war 25 Jahre lang Abgeordneter des Zentrums im Reichstag und saß zeitweilig auch noch im preußischen Abgeordnetenhaus.

## II

Seinem Elternhaus verdankte Lichtenberg eine tiefe, in einfachen Formen vollzogene, aber den Alltag umspannende Frömmigkeit. Ein solides Glaubensfundament aus Kindertagen blieb ihm ein stets sicherer, niemals erkennbar angefochtener Besitz. Auch im großstädtischen Milieu behielt er die Frömmigkeitsformen bei, die ihm selbstverständlich geworden waren und die ihn schnell auffallen ließen, ohne daß er es beabsichtigte, etwa wenn er bei Versehgängen zu den Kranken liturgische Kleidung trug.

Ohne Zögern und Schwanken hatte er sich für das Priestertum entschieden. Am 21. Juni 1899 war er von Fürstbischof Georg Kopp (1837–1914) in Breslau zum Priester geweiht worden. Bis an die Grenze seiner physischen Leistungsfähigkeit hat er die Pflichten seines Amtes zu erfüllen gesucht, Sakramente gespendet, gepredigt, Katechese und Religionsunterricht gehalten und immer wieder Hausbesuche abgestattet. Doch blieben bei aller engagierten Aktivität Meßopfer, Stundengebet, Betrachtung und öffentliches weltzugewandtes Abendgebet die Fixpunkte seines Tagesrhythmus'. Wöchentlich empfing er das Bußsakrament. Seine Frömmigkeit war eucharistisch und marianisch geprägt. Lichtenberg war begeisterter Besucher der Internationalen Eucharistischen Kongresse in London, Köln, Wien und Chicago. Er begründete die jährliche Wallfahrt Charlottenburger Katholiken zu dem schlesischen Marienwallfahrtsort Wartha.

Sein Glaubensleben galt schon den Zeitgenossen als besonders vorbildlich, wie folgende Aussagen im Seligsprechungsprozeß eindrucksvoll belegen: „Wie oft habe ich gehört, daß er auswendig, ohne in irgendein Gebetbuch zu schauen, die von der Kirche approbierten Litaneien betete, darunter sogar die Allerheiligen-Litanei. Worte der Hl. Schrift waren ihm ganz einfach geläufig: ein Zeichen dafür, wie sehr er in der Hl. Schrift lebte. ... Ich habe mehrfach festgestellt, daß Bernhard Lichtenberg zwischen drei und vier Uhr in der Frühe aufzustehen pflegte. Um 6 Uhr hielt er die hl. Messe, war vorher schon im Beichtstuhl. Die Zeit zwischen 4 und 6 Uhr in der Frühe benutzte er nach meiner Überzeugung für sein geistliches Leben: Betrachtung, Schriftlesung und Gebet". Und: „Wenn Bernhard Lichtenberg die hl. Messe feierte, dann tat er dies sehr gewissenhaft, konzentriert, mit überzeugender Hochachtung vor dem heiligen Geheimnis. Das Allerheiligste war für ihn die Mitte seiner liturgischen Frömmigkeit. Ich spürte bei ihm die Ehrfurcht vor der Gegenwart Gottes im Altarssakrament. Selbst in der ärmlichsten Wohnung, die er bei Krankenbesuchen betrat, verhielt er sich in Gegenwart des Allerheiligsten genauso ehrfürchtig wie in der Kirche. ... Dadurch wurde die ärmlichste Stube ein heiliger Raum".
Lichtenbergs eindrucksvolle Predigten waren „von der Majestät Gottes tief durchdrungen und von dem Ernst des Kreuzes und der Schwere der Verantwortung vor der Ewigkeit geprägt" (A. Erb). Seelsorge hatte für ihn die Aufgabe, die Gläubigen zur „militia Christi", zur persönlichen Entscheidung für Christus und zum Leben nach Gottes- und Kirchengebot zu führen. Selbst bei der konkreten Anwendung der Nächstenliebe ging es ihm zuerst „um Fortschritt, Vertiefung und Bekenntnis des Glaubens". Auch in seinem öffentlichen Wirken außerhalb des Kirchenraums verbarg er in Auftreten und Erscheinung nicht sein priesterliches Amt, mochte es ihn Spott oder sogar körperliche Angriffe kosten. Unerschrocken verteidigte er Dogma, Frömmigkeitsformen und hierarchische Verfassung der Kirche. In allen Wechselfällen des Lebens gab ihm die unverkürzte Lehre der katholischen Kirche die entscheidende Orientierung und bot ihm schließlich mehr als hinreichendes Rüstzeug in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

## III

Nach einem Jahr als dritter Kaplan in Neisse, dem „schlesischen Rom", wurde Lichtenberg am 13. August 1900 nach Friedrichsberg-Lichtenberg in die damalige Peripherie der expandierenden Reichs-

hauptstadt versetzt. Im Gefolge der Ost-West-Migration war Berlin zu einer der größten Industriemetropolen des europäischen Kontinents aufgestiegen. Von über zwei Millionen Einwohnern waren zehn Prozent Katholiken, die allerdings sozial und kulturell als eher marginal angesehen wurden. Wo einen anderen das Überdimensionale der Aufgaben entmutigt hätte, weckte es in dem jungen Priester scheinbar unerschöpfliche Kräfte. Unermüdlich stellte sich Lichtenberg den Herausforderungen der Arbeiter- und Familienpastoral, mit deren Problemen er unter Anleitung seines Pfarrers schon bald vertraut wurde.

Nach pastoralen Lehrjahren als Kaplan in Charlottenburg und Berlin sowie als Kuratus in Friedrichsfelde-Karlshorst und Pankow – Lichtenberg blieben sie als eine „glückliche priesterliche Jugend" in Erinnerung – wurde er 1913 Pfarrer von Herz Jesu in Charlottenburg. Die Aufteilung der übergroßen Pfarrei mit mehr als 30 000 Katholiken und die Gründung neuer Seelsorgestellen erwiesen sich als notwendig. Nach mitunter jahrelangen Bemühungen konnten in Charlottenburg fünf neue Kuratiekirchen gebaut werden: St. Canisius, St. Kamillus, Hl. Geist, St. Thomas und Mariä Himmelfahrt. Für den Kirchbau hat Lichtenberg auf ausgedehnten Bettelreisen während seines Jahresurlaubs beachtliche Geldmengen zusammengetragen. Doch ging er in den Aufgaben eines kirchlichen Managers nicht auf. Auszeichnend für Lichtenbergs pastoralen Stil blieb auch weiterhin die eigentümliche Verbindung von bekenntnisfroher Frömmigkeit, praktischer Nächstenliebe und politischem Gespür.

Im Zuge der Revolution von 1918/19 übernahm Lichtenberg ein parlamentarisches Mandat. Er wollte die Freiheit der Kirche gegen die Angriffe der sozialistischen Revolutionsregierung verteidigen: Mit Einwilligung seiner Vorgesetzten wurde er Stadt- bzw. (nach der Eingemeindung in Groß-Berlin) Bezirksverordneter in Charlottenburg. Lichtenberg verstand sein politisches Wirken als eine Form priesterlicher Weltverantwortung. Und so befaßte er sich dann auch schwerpunktmäßig mit sozial- und schulpolitischen Fragen. „Sein Prinzip war: wo auch nur ein einziges katholisches Kind – da auch katholischer Religionsunterricht" (A. Erb). Ob nun als Redner auf den Märkischen Katholikentagen gefeiert oder als „Pfaffe" und „Zentrumsbonze" in der kommunalpolitischen Arena Charlottenburgs verhöhnt, unbeirrt vertrat er selbst in tumultartig verlaufenden Veranstaltungen den kirchlichen Standpunkt in Fragen der Erziehung und der Katechese oder in Fragen des Dogmas und der Moral.

Die revolutionären Bestrebungen des Kommunismus und des Nationalsozialismus hat Lichtenberg gemäß den Weisungen des Lehramtes als eine doppelte Bedrohung erkannt. Die aggressive Kirchen-

austrittspropaganda der proletarischen Freidenkerverbände hat er ebenso entschieden verurteilt wie die militant neuheidnische Agitation des Tannenbergbundes um den preußischen Exgeneral Erich Ludendorff (1865–1937). Die Kirchenverfolgungen in der Sowjetunion, in Mexiko oder später auch in Spanien konnten ihn aber zu keiner Zeit dazu verleiten, in Faschismus oder Nationalsozialismus verläßliche Verbündete im Kampf gegen christusfeindliche Mächte zu sehen. Vielmehr hat er die verschleiernde Propagandaformel vom „positiven Christentum" durchschaut und den Nationalsozialismus ebenso entschieden abgelehnt wie den Kommunismus. Im Juni des Jahres 1931 attackierte ihn das nationalsozialistische Agitationsorgan „Der Angriff" in gröbster Weise, als er eine Einladung des Friedensbundes deutscher Katholiken zur Aufführung der Verfilmung von Erich Maria Remarques (1898–1970) Weltkriegsroman „Im Westen nichts Neues" unterzeichnet hatte. Nach der Ernennung zum residierenden Domkapitular des neuerrichteten Kathedralkapitels bei St. Hedwig legte Lichtenberg 1931 seine parlamentarischen Ämter nieder.

Als Ordinariatsrat im Bischöflichen Ordinariat wurde Lichtenberg zuständig für die weiblichen Orden und während des „Dritten Reiches" für die „nichtarischen Katholiken", die seit 1938 kirchenamtlich in einem eigenen Hilfswerk betreut wurden. Zusätzlich übernahm er Leitungsaufgaben im kirchlichen Vereinswesen. Als ihm ein Confrater anläßlich der Ernennung zum Domkapitular gratulierte, bat Lichtenberg „um ein Memento, daß ich in meinem neuen Amte auch noch Seelsorger bleiben kann". Dieser Wunsch ging in Erfüllung, als er 1932 zunächst Dompfarrer an St. Hedwig und 1938 schließlich Dompropst wurde.

An der St.-Hedwigs-Kathedrale führte er die täglichen Abendandachten ein, die ihm schon lange zur Gewohnheit geworden waren. Jeden Sonntag zelebrierte er bereits vor 5 Uhr in der Frühe, um auch jenen Gläubigen die Teilnahme am Meßopfer zu ermöglichen, die zu den üblichen Zeiten beruflich verhindert waren. „Es geht um eine unsterbliche Seele ...", der Gedanke daran genügte ihm, alle Hindernisse für unwichtig zu halten. Trotz aller harten Auseinandersetzungen, die ihn immer wieder zu Einsprüchen und Protesten gegen die kirchenfeindlichen Maßnahmen des Regimes und zu mancherlei Fürsprachen veranlaßten, blieb das Priestertum die Mitte seiner Existenz.

Die strapaziöse Tätigkeit in Seelsorge und Verwaltung führte zu einer ernstlichen gesundheitlichen Krise, verursacht durch eine schwere Nierenbeckenvereiterung. Daraufhin bat er 1939 seinen Bischof, er möchte ihn doch von allen Ämtern entpflichten, damit er

sich in ein Kloster zurückziehen und auf den Tod vorbereiten könne. Bischof Konrad Graf von Preysing (1880–1950) schlug ihm diese Bitte ab, weil er der Ansicht war, auf die Mitarbeit Lichtenbergs nicht verzichten zu können. Zu seiner Entlastung erhielt er allerdings einen zweiten Kaplan. Ein ärztliches Gutachten aus dem Jahre 1941 charakterisierte Lichtenbergs Gesundheitszustand wie folgt: infolge Herzmuskelschwäche, Coronarsklerose und häufiger Herzkrampfanfälle müsse sich der Patient „vor jeder Aufregung und Ueberanstrengung und Diätfehlern" peinlichst hüten. Für Aufregung hatte aber nicht zuletzt der „Kirchenkampf" gesorgt.

## IV

Es war bereits die Rede davon, daß Lichtenberg in der Endphase der Republik von Weimar den Nationalsozialismus entschieden abgelehnt hatte. Sein generelles Nein hat er offensichtlich zu keiner Zeit revidiert, auch dann nicht, als der Episkopat im März 1933 einen Positionswechsel vornahm und nach der unerwartet positiven Regierungserklärung Hitlers seine bisherigen „allgemeinen Verbote und Warnungen" als nicht mehr notwendig bezeichnete, ohne allerdings die „Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer" aufzuheben. Dieser „Vertrauensvorschuß" (R. Morsey) hatte die bisher deutliche Konfliktzone im Verhältnis von katholischer Kirche und Nationalsozialismus zeitweilig verschwimmen lassen und so manchen Theologen dazu angeregt, einen „katholischen Zugang zum Nationalsozialismus" (J. Lortz) zu suchen oder auf eine Koexistenz von Kirche und Regime im Rahmen des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 zu hoffen. In den folgenden Jahren jedoch erwiesen sich die Brückenbauexperimente „modernistischer" Reformzirkel vor dem Hintergrund kirchenfeindlicher Maßnahmen des Regimes als gänzlich illusorisch, kamen aber dennoch nicht zum Erliegen. Noch 1940 sah sich Lichtenberg durch den unverbesserlichen Tübinger Dogmatikprofessor Karl Adam (1876–1966), der eine „Kirchenreform mit Hilfe des Nationalsozialismus" propagierte (L. Scherzberg), zu einer ungewöhnlich scharfen ablehnenden Stellungnahme herausgefordert.

Wo lagen nun die Konfliktpunkte in der Auseinandersetzung Lichtenbergs mit dem nationalsozialistischen Regime und dessen Repressionsapparat? Höchstwahrscheinlich siebenmal ist Bernhard Lichtenberg bis zum Sommer 1941 staatspolizeilich vernommen worden. 1935 hatte der Inspekteur der Konzentrationslager intern einen Schutzhaftantrag gegen Lichtenberg gestellt, im gleichen Jahr die

Gestapo nochmals Strafanzeige erstattet. Beide Anträge blieben im Getriebe der Ministerialbürokratie hängen und verliefen für ihn zunächst relativ glimpflich. Betrachtet man die Anlässe der keineswegs harmlosen Vernehmungen, denen sich Lichtenberg zu stellen hatte, so wird man vier zentrale Bereiche erkennen können:

*1. Politischer Katholizismus.* Die mit der Überwachung und Verfolgung aller tatsächlichen oder vermeintlichen Regimegegner betraute Geheime Staatspolizei hat die Katholische Aktion als Auffangbecken der im Juli 1933 aufgelösten Zentrumspartei und damit als Objekt der „Gegnerbekämpfung" betrachtet, wie die Ermordung Dr. Erich Klauseners (1885–1934) zeigte. Im Zusammenhang mit der Zentrumsauflösung fanden wohl die ersten Maßnahmen der Gestapo gegen Lichtenberg statt: Haussuchung, Verhör und Verwarnung.

*2. Gesellschaftliche Präsenz der Kirche.* Das nationalsozialistische Regime hat infolge seines Alleingeltungsanspruchs die gesellschaftliche Bastion der Kirche, ihr weitverzweigtes Vereinswesen, bedroht und in der Folge fast restlos zerschlagen. Dennoch hat die Kirche die bedrängten und mancherlei Benachteiligung ausgesetzten Vereinsmitglieder zum Ausharren ermuntert. Auch Lichtenberg ist im Rahmen staatspolizeilicher Ermittlungen gegen den Volksverein für das katholische Deutschland, den Friedensbund deutscher Katholiken, den Bonifatiusverein und den Männerverein von St. Hedwig vernommen worden.

*3. Weltanschauungskampf.* Je nachdrücklicher der totalitäre Nationalsozialismus „selbst eine Kirche" werden wollte (J. Goebbels), desto mehr bekämpfte er die Kirche. Trotz aller Garantien des Reichskonkordats wurden die katholischen Privatschulen, die öffentlichen Bekenntnisschulen, der Religionsunterricht in den höheren Klassen aufgehoben. Nach und nach wurde sogar die Seelsorge bis in den zentralen Bereich der Sakramentenspendung zunehmenden Beschränkungen unterworfen. Bei dem Versuch, die Gläubigen sowohl gegen das Neuheidentum wie gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus zu immunisieren, ergaben sich für Lichtenberg naturgemäß weitere Konflikte: Am 1. März 1934 hatte sich ein ehemaliger Theologiestudent in der St.-Hedwigs-Kathedrale unter lauten Gotteslästerungen am Altarssakrament vergriffen, war festgehalten und vor Gericht gestellt worden. In der Hauptverhandlung erklärte Lichtenberg als Zeuge, „daß die subjektive Schuld des Frevlers stark herabgemindert worden sei durch die Lektüre der von ihm genannten Bücher und daß die Verfasser der gott- und christusfeindlichen Bücher [gemeint war hier vor allem Alfred Rosenberg (1893–1946)] auf die Anklagebank gehörten".

*4. Verteidigung der Menschenrechte.* Lichtenberg blieb aber nicht bei der Verteidigung kirchlicher Interessen stehen. Die Kirche erschien ihm – unbeschadet aller politischen Rücksichtnahmen – als Hüterin des Naturrechts, das jeder menschlichen Satzung vorgegeben ist. Folgerichtig hat er sich von Anfang an als Christ und Bürger furchtlos für die unter Terror und Verfolgung Leidenden eingesetzt: für die von der Zwangssterilisierung Bedrohten, für verfolgte „nichtarische" Katholiken und Juden, für sogenanntes „lebensunwertes Leben". In einer Einschätzung des Sicherheitsdienstes der SS vom April 1940 galt er als „ein fanatischer Kämpfer für die kath. Sache und ein ebenso fanatischer Gegner des Nationalsozialismus, der für ihn Häresie und Gottlosigkeit zugleich ist. Seine Hauptarbeit bestand in der letzten Zeit in der Organisation eines Hilfswerkes für nichtarische Christen, denen er durch Empfehlungsschreiben und Ausstellen von Zeugnissen die Ausreise aus Deutschland erleichtern und ermöglichen wollte."
Erstaunlich ist die Konsequenz seines Handelns. 1928 hatte Lichtenberg bereits „im Namen unverletzlicher Menschenrechte" gegen den „sinnlosen und verderbenbringenden Religionshaß" der mexikanischen Staatsregierung schriftlich protestiert. 1935 beschwerte er sich beim Preußischen Staatsministerium über Menschenrechtsverletzungen im Konzentrationslager Esterwegen. 1941 schließlich, aufgerüttelt durch Bischof Klemens August Graf von Galens (1878–1946) „Brandpredigt", folgte sein berühmter Protest gegen die „Euthanasie"-Morde an körperlich und geistig Behinderten: „Auf meiner priesterlichen Seele liegt die Last der Mitwisserschaft an den Verbrechen gegen das Sittengesetz und das Staatsgesetz. Aber wenn ich auch nur einer bin, so fordere ich doch von Ihnen, Herr Reichsärzteführer, als Mensch, Christ, Priester und Deutscher Rechenschaft für die Verbrechen, die auf Ihr Geheiß oder mit Ihrer Billigung geschehen, und die des Herrn über Leben und Tod Rache über das deutsche Volk herausfordern".

## V

Am 23. Oktober 1941 wurde Lichtenberg von der Geheimen Staatspolizei vorgeladen, wegen „staatsfeindlicher Betätigung" verhaftet und in das berüchtigte Haus IV des Strafgefängnisses in Plötzensee gebracht. Den Anlaß für dieses Vorgehen bot nach Ausweis der Akten die Anzeige eines namentlich unbekannten SS-Hauptsturmführers, der sich auf die Aussage zweier Schülerinnen der Chemotechnikerschule der Reichshauptstadt berief. Diese wollten bei einem

Besuch der Abendandacht in der St.-Hedwigs-Kathedrale „bolschewistische Propaganda" vernommen haben, als Lichtenberg für die bedrängten Juden und „Nichtarier" sowie für die Gefangenen in den Konzentrationslagern betete, „zumal für die gefangenen Priester und Ordensleute, für die zum Unglauben, zur Verzweiflung und zum Selbstmord versuchten Menschen, für die Millionen namen- und staatenloser Flüchtlinge, für die kämpfenden, verwundeten und sterbenden Soldaten hüben und drüben, für die bombardierten Städte in Freundes- und Feindesland ... und ... für das Vaterland und die Führer des Volkes". Bei der Haussuchung in der Dompropstei waren zwei Bände von Hitlers „Mein Kampf" mit kritischen Randbemerkungen in die Hände der Gestapo gefallen. Schließlich wurde die für den folgenden Sonntag vorbereitete Kanzelvermeldung aufgefunden, die sich gegen ein antisemitisches Flugblatt verwahrte und statt dessen dazu aufforderte, auch den verfolgten „Nichtariern" gegenüber kompromißlos christliche Nächstenliebe zu üben.

Auf Befragen der Gestapo-Beamten gab Lichtenberg zu Protokoll: „Meine Einstellung zu dem heute bestehenden nationalsozialistischen Staat richtet sich nach der Einstellung des Apostels Paulus, wie sie im Römerbrief Kapitel 13 zum Ausdruck kommt. ... Es gibt keine Gewalt außer von Gott und die besteht, ist angeordnet von Gott. ... Die Obrigkeit ist Dienerin Gottes zum Guten. ... Damit will ich gesagt haben, daß ich den Staat als solchen anerkenne. Ich kann aber als katholischer Priester nicht von vornherein zu jeder Verfügung und Maßnahme, die von der Regierung getroffen wird, ja und amen sagen. Ich bitte, dazu meinen Brief an den Reichsärzteführer Dr. Conti zu vergleichen, den ich in Abschrift der Staatspolizei übersandt habe. Wenn sich die Tendenz derartiger Regierungsverfügungen und Maßnahmen gegen die geoffenbarte Lehre des Christentums und damit gegen mein priesterliches Gewissen richten, werde ich meinem Gewissen folgen und alle Konsequenzen mit in Kauf nehmen, die sich daraus für mich persönlich ergeben. Das ergibt sich auch daraus, daß ich die Evakuierung [der ‚Nichtarier'] mit all ihren Begleiterscheinungen innerlich ablehne, weil sie gegen das Hauptgebot des Christentums gerichtet sind, ‚Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst', und ich erkenne auch im Juden meinen Nächsten, der eine unsterbliche, nach dem Bild und Gleichnis Gottes geschaffene Seele besitzt. Da ich aber diese Regierungsverfügung nicht hindern kann, war ich entschlossen, deportierte Juden und Judenchristen in die Verbannung zu begleiten, um ihnen dort als Seelsorger zu dienen".

Selbst aus dem Gefängnis heraus leistete Lichtenberg praktische Hilfe. Am Allerseelentag 1941 schrieb er an seine Haushälterin:

„† Ehrwürdige Schwester Oberin Stephana,
da ich nicht weiß, wer von den beiden Häftlingen unsere liebe Zelle 48 zuerst verlassen wird, empfehle ich Ihnen von Herzen meinen lieben treuen Kameraden Paul Spikoska. Er ist vertrauenswürdig, aber bitter arm. Es wäre mir sehr lieb, wenn er neu eingekleidet würde auf Kosten der Pfarrkasse. Besonders notwendig wären Unterjacke, Mantel und Schuhe. Herzliche Grüße. Immer heiter – Gott hilft weiter. Bernhard Lichtenberg ".
Das Gewicht dieser Hoffnung auf die Allmacht und Güte Gottes läßt sich erst richtig ermessen, wenn man berücksichtigt, unter welchen Umständen Lichtenberg leben mußte, als er dies niederschrieb. Die menschenunwürdigen Zustände der Polizeihaft kann da eine Zeugenaussage verdeutlichen:
„Am 23. und 24. Oktober 1941 habe ich Bernhard Lichtenberg zum erstenmal gesehen. Ich stand am Fenster des Sanitätsraumes, Haus 4 des Untersuchungsgefängnisses Plötzensee. Dieses Haus gehörte der Gestapo. Es war getrennt von den anderen Häusern. Ich war damals Polizeihauptwachtmeister im Strafvollzug. Ich sah an diesem Tage, wie ein Geistlicher in Soutane aus dem Gefangenentransportwagen mit Fußtritten herausgetrieben wurde, auf dem Gefängnishof hinstürzte und dann in die Zelle geführt wurde. Daraufhin habe ich mich bei Gestapobeamten erkundigt, wer der Geistliche sei. Sie antworteten mir etwa mit den Worten: ‚Dieses Schwein ist ein Pfaffe von der Hedwigs-Kathedrale.' [...] Bernhard Lichtenberg war mit fünf Häftlingen in einer Zelle untergebracht. Es war eine Einmannzelle mit nur einer Pritsche. Bernhard Lichtenberg stand mit dem Rücken zur Zellentür, dem Luftschacht zugewandt. Ich fragte ihn, ob ich ihm irgendwie helfen könne, weil ich deutlich sah, daß er Schmerzen hatte. Ich bot ihm einen Becher Wein an, aber er lehnte ab. Er sagte, er wolle genauso behandelt werden wie alle anderen. Die anderen Häftlinge haben ihn ausgelacht.

In den folgenden [...] Wochen habe ich Bernhard Lichtenberg abends regelmäßig in seiner Zelle aufgesucht. Ich konnte dies ohne größere Gefahr machen, weil die Gestapobeamten [abends] um diese Zeit nicht mehr im Hause waren. Mir ist in dieser Zeit folgendes aufgefallen: Bernhard Lichtenberg lag auf dem Fußboden. Er verzichtete sogar öfter auf seine eigene und einzige Decke, die er hatte. Er gab sie einem schwerkranken Polen [...], etwa 24/25 Jahre alt. Bernhard Lichtenberg war sehr besorgt um ihn, denn dieser Häftling hatte den Glauben verloren, obwohl er katholisch war. Er sagte mir: ‚Mein größter Kummer ist, daß dieser junge Mensch nicht mehr beten will und glauben kann.' [...]

Auch wenn ich in den folgenden Wochen versuchte, Bernhard

Lichtenberg irgend etwas zu geben, um seine Haft zu erleichtern, hat er nie etwas angenommen. Trotz meinem guten Zureden blieb er dabei und lächelte still vor sich hin. Ehe er nach Tegel kam, hat er einmal, als wir unter vier Augen miteinander sprechen konnten, mir den Grund seines Handelns offenbart. Er wollte von mir nichts annehmen, weil er Sorge hatte, ich könnte denunziert werden und dadurch würde meine Familie und ich Schaden leiden. [...]

Bernhard Lichtenberg wurde fast jeden Tag zu Verhören geschleppt [...]. Da in dem Gestapohaus 4 zu Plötzensee mein Dienstzimmer neben dem Gestapozimmer lag, habe ich oft gehört, wie Bernhard Lichtenberg von den Gestapoleuten grausam beschimpft wurde. Ich habe auch Schläge gehört. Manchmal habe ich auch an der Türe gehorcht. Da hörte ich einmal folgendes Gespräch: Die Gestapobeamten sagten zu Lichtenberg: ‚Du Pfaffe', – es gab auch noch schlimmere Anreden und Schimpfworte – ‚wenn du uns versprichst, nicht mehr öffentlich für die Juden zu beten, dann lassen wir dich raus. Aber du mußt das unterschreiben.' Lichtenberg hat das strikt abgelehnt. Ich kann mich noch erinnern an die Worte, die er sagte: ‚Das kann ich mit meinem katholischen Glauben nicht vereinbaren.' Darauf wurde er wüst beschimpft. [...] Bernhard Lichtenberg wurde von den Gestapobeamten aber auch in anderer Weise bewußt gequält. Sie gaben ihm Salz in den Morgenkaffee. Ich bemerkte das, als ich in seine Zelle kam, weil Bernhard Lichtenberg häufig ausspuckte. Die Gestapo wollte erreichen, daß er dadurch vor den anderen Häftlingen die Kontrolle über sich verliere und dann weniger geachtet würde".

Der Untersuchungsbericht der Gestapo hob Lichtenbergs „abträgliche Einstellung" zum Regime und seiner Rassenpolitik hervor, zumal er sich mehrfach zum Einsatz in der Lagerseelsorge bereit erklärte, wie sie die Gestapo zunächst für das „Ghetto Litzmannstadt" vage in Aussicht gestellt, aber nie ernsthaft in Erwägung gezogen hatte. Am 22. Mai 1942 verurteilte das Sondergericht I beim Landgericht Berlin Lichtenberg „wegen Kanzelmißbrauchs in einem Falle und wegen Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes in einem weiteren Falle zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis, auf welche die erlittene Polizei- und Untersuchungshaft angerechnet wird", und zu den Kosten des Verfahrens in Höhe von 1.185,78 RM. Der mutige Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Paul Stenig (1893–1952) hatte auf Freispruch plädiert. Gegen das Urteil des Sondergerichts war aber grundsätzlich kein Rechtsmittel zulässig. Die Anträge auf Haftverschonung, die Bischof Preysing gestellt hatte, waren ebenso vergeblich wie die vorsichtigen diplomatischen Schritte des Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo (1873–1946). Am 29. September

1943 konnte Bischof Preysing eine Grußbotschaft Papst Pius' XII. Lichtenberg persönlich übermitteln: „Es hat Uns ... getröstet," schrieb der Heilige Vater, „daß die Katholiken, gerade auch die Berliner Katholiken, den sogenannten Nichtariern in ihrer Bedrängnis viel Liebe entgegengebracht haben, und Wir sagen in diesem Zusammenhang ein besonderes Wort väterlicher Anerkennung wie innigen Mitgefühls dem in Gefangenschaft befindlichen Prälaten Lichtenberg". Über diese Anteilnahme des Papstes war Lichtenberg „ganz überwältigt von Glück".

Trotz momentaner Anfechtungen der Trostlosigkeit, über die er schon während seiner Untersuchungshaft bekannt hatte: „Es gibt Stunden, in denen auch ein Priester versucht ist, zu verzweifeln", fand er Geborgenheit in seinem Gottglauben. Im Vertrauen auf das fürbittende Gebet strebte er danach, den äußerlich deprimierenden Gefängnisalltag zu heiligen, „alles im Lichte der Ewigkeit zu sehen" und nach der Mahnung des Apostels Paulus „an Christus nicht allein zu glauben, sondern auch für ihn zu leiden" (Phil 1,29). Er wußte sich von Papst und Bischof unterstützt und von schüchternen Solidaritätsbekundungen einzelner Gläubiger getragen. Nach Erledigung des täglichen Arbeitspensums, dem Kleben und Sortieren von Briefumschlägen, widmete er sich in der Einsamkeit der Zelle ausgiebig dem Gebet und der Bibellektüre. Er übersetzte die Hymnen des Römischen Breviers aus der lateinischen Kirchensprache, skizzierte Predigtentwürfe, verfaßte Heiligenviten und begann, seine Lebenserinnerungen aufzuzeichnen. Als „Karthäusernovize" und „Gefangener im Herrn" war er bemüht, „Gottes Willen zu erfüllen" und seinem priesterlichen Beruf „bis zum letzten Atemzuge treu zu bleiben".

Lebensmut habe er noch für zwanzig Jahre, schrieb er in seinem letzten überlieferten Brief, „aber wenn der liebe Gott will, daß ich heute noch sterbe, so soll Sein heiliger Wille geschehen". Und zwei Tage später bekannte Lichtenberg seinem Bischof: „Was kann einem denn besseres passieren, als für seinen hl. katholischen Glauben zu sterben! Ich bin bereit, heute noch, ja diese Stunde noch, für ihn zu sterben!".

Der schon vor der Inhaftierung stark angegriffene Gesundheitszustand Lichtenbergs hatte sich während der Haft infolge mangelhafter Ernährung und aufregender Begleitumstände des Gefängnisalltags entscheidend verschlechtert. Wegen einer fortschreitenden Nieren- und Harnwegserkrankung mußte er mehrfach stationär behandelt werden. Noch am Tage der vorgesehenen Entlassung befand er sich im Gefängnislazarett in einem sehr schlechten Allgemeinzustand. Er wurde aber nicht entlassen, sondern automatisch der Gestapo „rücksistiert" und in das Arbeitserziehungslager Wuhlheide in Friedrichs-

felde gebracht. Das Reichssicherheitshauptamt verfügte die Einweisung in das Konzentrationslager Dachau, obwohl sein besorgniserregender Gesundheitszustand aktenkundig war.
Mit einem Sammeltransport traf der „Schubgefangene" Lichtenberg am 3. November 1943 in Hof ein. Am nächsten Morgen wurde er wegen seines offensichtlich lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes „gefängnisärztlich" in das Stadtkrankenhaus in Hof überwiesen. Dort ist er, betreut von Diakonissen und gestärkt mit den Sterbesakramenten, am Herz-Jesu-Freitag, dem 5. November 1943, gegen 18 Uhr gestorben.
Sein Leichnam wurde wider Erwarten nicht eingeäschert, sondern ortspolizeilich freigegeben, nach Berlin überführt, am 16. November 1943 nach einem Pontifikalrequiem in der St.-Sebastian-Kirche auf dem Alten Domfriedhof St. Hedwig beigesetzt. Seit 1965 ruhen die sterblichen Überreste Bernhard Lichtenbergs in der Unterkirche der St.-Hedwigs-Kathedrale, da die Ost-Berliner Behörden 1962 seine Überführung über die Sektorengrenze nach Charlottenburg in die „Gedächtniskirche der deutschen Katholiken zu Ehren der Blutzeugen für Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Jahren 1933–1945 Maria Regina Martyrum" unterbanden.



# Maria Grollmuß (1896–1944)

## I

Am 2. September 1944 notierte P. Leo Labus OFM. in der Chronik der katholisch-sorbischen Pfarrei Radibor: „Ein Begräbnis von einer ganz eigenartigen und bedeutsamen inneren Einprägsamkeit. Eine Urne wird auf unserem Friedhof beigesetzt; sie birgt die Asche der verstorbenen Studienassessorin Maria Grollmuß, die aus Radibor stammte. Wegen ihrer politischen Gesinnung war sie im Jahre 1934 verhaftet worden, hatte fast 6 Jahre im Zuchthaus in Waldheim und fast 4 Jahre im Frauenkonzentrationslager in Ravensbrück in Mecklenburg zugebracht, wo sie am 6. August 1944 starb. Ihre Leiche wurde verbrannt, die Urne ihrer Schwester zugesandt. – Die Beteiligung an der Beisetzung war entgegen meiner Erwartung und Einladung sehr gering, und auch wieder ein Beweis, wie stark die Menschen durch all die Bespitzelung und Bedrohung eingeschüchtert sind."

In den ersten Nachkriegsjahren waren es ehemalige Weggefährtinnen und Weggefährten, die ihre Erinnerungen an Maria Grollmuß festhielten und sich um ihr Andenken bemühten. 1948 verfasste der Radiborer Pfarrer Józef Nowak (1895–1978) ein Gedicht in sorbischer Sprache „Maria Grollmuß aus Radibor zur Erinnerung". Nowak, Vorgänger (seit 1931) und Nachfolger (seit Mai 1945) von Pater Labus hatte Ende 1940 im Zuge der Zwangsversetzung sorbischer Priester durch das NS-Regime eine Kaplanstelle an der Dresdner Hofkirche zugewiesen bekommen und war mit Maria Grollmuß und ihrer Schwester Cäcilia gut bekannt.

Einen entscheidenden Beitrag zur Popularisierung des Lebenswegs von Maria Grollmuß in ihrer Oberlausitzer Heimat leistete die sorbische Schriftstellerin Marja Kubašec (Maria Kubasch; 1890–1976). 1960 erschien in sorbischer, im folgenden Jahr in deutscher Sprache ihre Biographie „Sterne über dem Abgrund" in Form eines historischen Romans. Neben Briefen von Maria Grollmuß aus Zuchthaus und Konzentrationslager bildeten Gespräche und Korrespondenzen mit KZ-Gefährtinnen und mit der Schwester Cäcilia Grollmuß den Grundstock der Biographie und bestimmten deren Charakter und

Schwerpunkt: Maria Kubasch konzentrierte sich auf die Zeit nach 1933, insbesondere die Jahre im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, die sie unter besonderer Berücksichtigung der Kontakte Maria Grollmuß' zu Polinnen und Tschechinnen anschaulich schilderte.
Unter den politischen Rahmenbedingungen der DDR wurde Maria Grollmuß, verkürzt gesagt, als „sozialistische Heldin" und „sorbische Patriotin" rezipiert. Beispielhaft dafür steht ihre Aufnahme in die deutsche Zelle des zu einem Museum umgestalteten ehemaligen Lagergefängnisses der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück", die am 12. September 1959 feierlich eingeweiht wurde. Gleichzeitig erschien eine Briefmarkenserie als „Sonderausgabe" zum „Aufbau der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück", auf der neben weiteren Widerstandskämpferinnen auch Maria Grollmuß vertreten war. Bereits 1950 wurde in Bautzen auf Antrag der Domowina, dem Dachverband sorbischer Vereine, eine Straße nach der „sorbischen antifaschistischen Kämpferin" benannt.
Im Unterschied zu den vielfältigen Ehrungen, die Maria Grollmuß in der DDR erfuhr, war sie in der Bundesrepublik Deutschland nahezu unbekannt. Das hing mit der „geteilten" Widerstandsforschung und -rezeption in den beiden deutschen Staaten zusammen. Der in jeweils einem der deutschen Teilstaaten geehrte Widerstand hatte es schwer, im anderen Anerkennung zu finden. Bezogen auf Maria Grollmuß forderte Leonhard Reinisch in einem Kommentar, den der Norddeutsche Rundfunk am 26. April 1972 unter dem Titel „Maria Grollmuß oder getrennte Deutschländer – getrennte Vorbilder" ausstrahlte, eine angemessene Würdigung ihrer Person: „Doch die Schulbuchvorbilder in den beiden Deutschlands deckten sich in der Zeit des Kalten Krieges nicht, konnten es nicht. Wie sollte man gleichzeitig die Kirche bekämpfen und den Jesuiten Alfred Delp verherrlichen oder den Kommunismus bekämpfen und dessen Vorkämpfer Ernst Thälmann als Antifaschisten feiern? In diesen Tagen ist mir auf zweifache Weise der Name Maria Grollmuß begegnet. Bei uns weiß niemand von ihr. Warum haben sich bei uns die reichen Erben der alten Zentrumspartei ihrer nicht erinnert, wo sie doch so gern von Tradition sprechen? Und warum die Kirche nicht, die doch weiß, was Glaubenszeugen wert sind? Gewiß erst nach dem Tod, denn im Leben sind die besten Heiligen unbequem. Maria Grollmuß könnte ein Bindeglied zwischen den beiden deutschen Teilen sein, deren wir doch so viele brauchten."
Mit der „Glaubenszeugin" ist eine weitere Charakterisierung von Maria Grollmuß benannt. Ob „antifaschistische Widerstandskämpferin", „sorbische Patriotin" oder „Glaubenszeugin" – alle diese Zuschreibungen verabsolutieren nicht nur einseitig bestimmte Aspekte

ihrer Person und ihres Wirkens. Sie glätten auch die vielfachen Brüche, die für ihren Lebensweg charakteristisch sind.

## II

Am 24. April 1896 in Leipzig geboren, wuchs Maria Grollmuß zusammen mit ihrer jüngeren Schwester Cäcilia in einem bürgerlich-katholischen Elternhaus auf. Die Mutter, Karoline Koelitz, die bereits 1911 an Tuberkulose starb, entstammte einer Karlsruher Fabrikantenfamilie. Der Vater, Dr. Johannes Grollmuß, war der älteste Sohn eines sorbischen Kleinbauern aus Radibor bei Bautzen. Radibor gehörte zu jenen katholischen Dörfern in der Oberlausitz, deren Bewohner bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ausschließlich sorbisch sprachen. Sorbisches Brauchtum und katholischer Ritus verschmolzen in spezifischer Weise. Johannes Grollmuß hatte sich vom Hilfslehrer bis zum Direktor der ersten katholischen Bürgerschule in Leipzig emporgearbeitet, die der katholischen Bevölkerungsminderheit die Möglichkeit gab, ihre Kinder im katholischen Glauben erziehen zu lassen. Politisch engagierte sich Johannes Grollmuß im Leipziger „Katholischen Casino". Die Casinos widmeten sich als Teil des Vereins- und Verbandskatholizismus, der im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts aufblühte, allgemeiner Geselligkeit und lokalen politischen Aktivitäten.
Ihre Kindheit und Jugend verbrachte Maria Grollmuß in Leipzig und Radibor, wo der Vater auf dem elterlichen Gartengrundstück gebaut hatte. Unter den Dorfbewohnern nahm die Familie eine Sonderstellung ein. Maria Kubasch schilderte den ersten Auftritt von Karoline Grollmuß mit ihren beiden Töchtern in der Radiborer Pfarrkirche, den sie selbst als etwa 10jähriges Dorfkind miterlebt hatte, rückblickend folgendermaßen: „Eines Sonntags, als der Gottesdienst in unserer Kirche schon begonnen hatte, öffnete sich die Tür im linken Seitenschiff, und herein traten zögernd zwei Kinder, Mädchen in schneeweißen Kleidern, mit breiten, weißen Schmetterlingsschleifen im Haar. Das war ja etwas ganz Außergewöhnliches in der Kirche des sorbischen Dorfes: Mutter und Kinder in städtischer, ‚deutscher' Kleidung! Das Bild unserer Kirche beherrschte der sorbische Sonntagsstaat der Frauen. Wir empfanden sofort, daß da die ferne Großstadt zu uns kam, obwohl wir sie gar nicht kannten." Der Vater ließ seine Töchter an sorbisch-katholischen Traditionen und an seiner Vorliebe für die slawische Literatur und Kultur teilnehmen. Die sorbische Sprache jedoch brachte er ihnen nicht bei.

Im Anschluss an den Besuch der Leipziger katholischen Bürgerschule und einen einjährigen Aufenthalt in einem von katholischen Ordensschwestern geführten Pensionat in Lüttich (Belgien) in den Jahren 1910/11 besuchte Maria Grollmuß die Städtische Schule für Frauenberufe, um dann Ostern 1913 in das Städtische Lehrerinnenseminar zu Leipzig einzutreten. Weihnachten 1917 verließ sie die von dem bekannten Reformpädagogen Hugo Gaudig geleitete Einrichtung mit der Kriegsreifeprüfung. Damit besaß sie die Lehrbefähigung als Hilfslehrerin oder Vikarin an öffentlichen Volksschulen. Entgegen der Absicht seiner älteren Tochter, ein Hochschulstudium aufzunehmen, hatte Johannes Grollmuß zunächst auf einer Lehrerinnenausbildung bestanden, galt doch der Lehrberuf lange Zeit als einzige halbwegs akzeptable Form des Broterwerbs für bürgerliche, ledige Katholikinnen. In diesem Punkt dürften sich die im Bürgertum verbreiteten Vorbehalte gegenüber qualifizierter Bildung und Berufstätigkeit von Frauen niedergeschlagen haben, wenngleich akademische Elternhäuser am ehesten bereit waren, ihre Töchter studieren zu lassen.
Seit Ostern 1918 Vikarin an der katholischen Bürgerschule in Leipzig, befriedigte die junge Volksschullehrerin ihre Tätigkeit keineswegs. In ihren tagebuchartigen Aufzeichnungen hielt sie fest: „Rückkehr nach Leipzig in verhaßte Arbeit, Berufsekel, Examensnot."

## III

Die Novemberrevolution, die die 20-Jährige in Leipzig als teilnehmende Beobachterin mit wachsender Faszination miterlebte, politisierte Maria Grollmuß. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte sie, wie viele bürgerliche Jugendliche ihrer Generation, dem „Wandervogel", einer Organisation der deutschen Jugendbewegung, angehört. Sie selber schätzte 1919 gleichwohl die Revolutionszeit als eigentliche Phase ihres geistig-politischen Reifens ein: „Vor 5 Jahren war ich ein andrer Mensch. Mein damaliges Ich kommt mir vor wie aus einer andren Welt, und es kommt mir vor, als wenn es durch furchtbar lange Zeit von mir getrennt wäre."
Die Ereignisse von 1918/19, in deren Verlauf Maria Grollmuß erstmals in Berührung mit der Arbeiterschaft und ihrer Lebenswelt kam, stellten die Weichen für ihre politischen Aktivitäten in der jungen Weimarer Demokratie. Maria Grollmuß entwickelte ein nationales Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland, das aufs engste verknüpft war mit der neuen parlamentarisch-demokratischen Staatsform und der

Arbeiterschaft als derjenigen Kraft, die sie auf revolutionärem Weg geschaffen hatte: „Ich war soeben bewußt Sozialistin geworden." Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung gab sie der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme, bei der sie „den tieferen Willen zu einem ganz neuen schöpferischen Anfang" sah.
In dieser Zeit setzte sich Maria Grollmuß auch intensiv mit ihrer sorbischen Herkunft und der „Sorbenfrage" auseinander. Letztere war zwischen dem Kriegsende im November 1918 und dem Abschluss der Pariser Friedenskonferenz im Juni 1919 durch die Bildung einer sorbischen Autonomiebewegung auf die politische Tagesordnung gekommen. Staatsbürgerlich und kulturell fühlte sie sich als Deutsche. Der in der Revolution geweckte Wille, sich für das „neue" Deutschland zu engagieren, ging jedoch einher mit dem Willen, sich persönlich für die sorbische Sprache und Kultur und damit letztlich den Bestand des sorbischen Volkes als ethnischer Minderheit in Deutschland einzusetzen. Wie ihr Vater gehörte sie der sorbischen wissenschaftlichen Vereinigung „Mačica Serbska" an. Im Dezember 1919 war Maria Grollmuß unter den sechs jungen Frauen, die „Wita" gründeten, einen – kurzlebigen – Verein sorbischer Studentinnen, die der „Glaube an den sorbischen Namen, die Hoffnung auf die sorbische Zukunft und die Liebe zur sorbischen Erde" verband.
Zum Zeitpunkt der Vereinsgründung besuchte Maria Grollmuß die Oberprima der Städtischen Studienanstalt zu Leipzig, wo sie Ostern 1920 das Abitur ablegte. Im Mai 1920 nahm sie ein geisteswissenschaftliches Studium an der dortigen Universität auf.

## IV

In ihrer Studienzeit war Maria Grollmuß politisch vielfältig engagiert. Personell und ideell waren die Organisationen, denen sich die junge Studentin anschloss, eng miteinander verflochten. In dem 1922 gegründeten „Republikanischen Studentenkartell" hatten sich die Hochschulgruppen der Weimarer Koalitionsparteien – der „Verband sozialistischer Studentengruppen Deutschlands und Österreichs", der „Reichsbund deutscher demokratischer Studenten" sowie Vertreter der dem Zentrum nahestehenden Studenten – zusammengeschlossen. Das Kartell wollte dem „Schutz und sozialen Ausbau der demokratischen Republik" dienen und „die Reaktion, den Geist der Volksverhetzung und der militaristischen Gewaltpolitik auf den Hochschulen" bekämpfen. Der „Reichsverband Deutscher Zentrumsstudenten", der sich erst im Jahr 1925 als überregionaler Zusammenschluss bereits bestehender studentischer Ortsgruppen gebildet hatte, stellte seinen

Mitgliedern die Betätigung im Kartell frei. Korporativ anschließen wollte er sich mit Rücksicht auf interne Meinungsverschiedenheiten über eine zu enge Bindung an die demokratische Linke nicht. Auf maßgebliche Initiative des Freiburger Jurastudenten Hermann Kopf (1901–1991), der die Zentrumsstudenten in der Kartellleitung vertrat, bildete sich jedoch eine „Arbeitsgemeinschaft republikanischer Zentrumsstudenten". In deren Leipziger Ortsgruppe betätigte sich Maria Grollmuß ebenso wie bei den Windthorstbunden, die sich in jenen Jahren als republikanische Avantgarde innerhalb des Zentrums verstanden. So verlangte sie 1924 von ihren Mitstreitern in den Windthorstbunden, in der Zentrumspartei „rückhaltlos" zu „gestehen, daß wir Republikaner sind. Hier gibt es keine Gemütsrücksichten auf alte Herren, denen das vielleicht nicht gefällt". Es gebe außerhalb der eigenen Reihen „viele gute Republikaner, junge Sozialisten und Demokraten", mit denen es eine „Einheitsfront der Republikaner" zu bilden gelte.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Windthorstbunde, Dr. Heinrich Krone, schlug Maria Grollmuß Anfang 1925 als Vertreterin der weiblichen Parteijugend im Reichsfrauenbeirat der Deutschen Zentrumspartei vor. Unter den ohnehin unterrepräsentierten weiblichen Mitgliedern war sie eine der wenigen, die sich publizistisch und auf Veranstaltungen „einmischte". In Beiträgen für „Das Zentrum", die Halbmonatschrift der Deutschen Zentrumspartei, und „Das Junge Zentrum", das Publikationsorgan der Windthorstbunde, setzte sie sich mit Selbstverständnis und politischen Zielsetzungen der Zentrumsjugend, so mit dem Föderalismus und dem „großdeutschen" Gedanken auseinander, und kritisierte den jugendbewegten Teil in den eigenen Reihen, der den Rückzug in die Innerlichkeit politischem Engagement vorzog.

Zu ihrem engeren Freundeskreis in der Studentenzeit gehörten Hermann Kopf, Karin Mager (1902–1999) und deren spätere Ehemann Johannes Schauff (1902–1990), von Juli 1932 bis November 1933 Reichstagsabgeordneter des Zentrums im Wahlkreis Liegnitz, sowie Anna Selig, die in den 1920er Jahren in Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Berlin und Köln Nationalökonomie, Rechtswissenschaften und Philosophie studierte. Die jungen Katholiken teilten nicht nur das Engagement für die Verwirklichung einer „sozialen Republik" unter gleichberechtigter Einbeziehung der Arbeiterschaft, von der die Weimarer Republik weit entfernt war. Sie verband auch die Vision eines partnerschaftlichen Miteinanders demokratisch verfasster Nationen in einer europäischen Völkergemeinschaft. Als Mitglied der Leipziger Ortsgruppe der „Zentralstelle für studentische Völkerbundsarbeit", die das Republikanische Studentenkartell 1923

eingerichtet hatte, nahm Maria Grollmuß mit ihren Freunden im Spätsommer des Jahres 1924 an einer internationalen Schulungswoche in Genf teil. Diese wurde von der „Fédération Universitaire Internationale pour la Société des Nations" ausgerichtet, einem von der Zentralstelle mitbegründeten Dachverband nationaler studentischer Völkerbundsgruppen, der die Arbeitsweise des Völkerbundes und die Prinzipien der internationalen Verständigung bekannt machen wollte. Geleitet wurde die Leipziger Ortsgruppe für Völkerbundsarbeit von dem Jurastudenten und Pfarrerssohn Hermann Reinmuth (1902–1942), der dem Leipziger Sozialistischen Studentenbund angehörte. Nach 1933 wurde er Maria Grollmuß' engster Mitstreiter im Widerstand gegen das NS-Regime.

In die Endphase von Maria Grollmuß' Studienzeit fiel der Tod ihres Vaters, der 72-jährig Anfang 1924 an Altersschwäche starb. Im Januar 1925 legte sie das mündliche Staatsexamen für das höhere Lehramt in den Fächern Geschichte, Deutsch und Französisch ab. Themen der schriftlichen Prüfung waren „Politische Strömungen in der deutschen Jugendbewegung" und „Josef Görres in seiner ersten Entwicklungsperiode". Im Oktober desselben Jahres bewarb sie sich mit einer geschichtswissenschaftlichen Arbeit über „Josef Görres und die Demokratie" um die Doktorwürde der Philosophischen Fakultät. Ihr Doktorvater, der linksliberale Walter Goetz, beanstandete eine unkritische Identifizierung mit dem katholischen Publizisten Görres (1776–1848), der in seinen jungen Jahren ein überzeugter Anhänger der französischen Revolution und einer rheinischen Republik gewesen war. Die Verfasserin habe Görres „als junge Katholikin und Anhängerin der katholischen Jugendbewegung" als „einen Heros" angesehen und „glaubte ihn für ihr demokratisches Ideal reklamieren zu können". Erst eine Anfang 1928 eingereichte überarbeitete, wesentlich kritischere zweite Fassung der Arbeit wurde 1929 angenommen. Mehrjährige Bemühungen von Maria Grollmuß um eine Veröffentlichung, unter anderem bei der Görres-Gesellschaft, scheiterten. Daher reichte sie schließlich im Dezember 1932, kurz vor Ablauf der mehrfach verlängerten Frist, die notwendigen Pflichtexemplare ein.

Nach dem Studium unterrichtete Maria Grollmuß etwa ein Jahr als Studienassessorin am „Lehr- und Erziehungsinstitut Unserer lieben Frau" im badischen Offenburg, einer Mädchenrealschule mit Lehrerinnenausbildungsanstalt. In der vom Orden der Augustiner Chorfrauen geführten Schule war sie die erste und einzige „weltliche" Lehrkraft. Es muss offen bleiben, ob Maria Grollmuß die Schule freiwillig verließ. Jedenfalls arbeitete sie seit Anfang November 1926 als Redaktionsvolontärin bei der neugegründeten „Deutschen

Republik" in Frankfurt am Main. Die Zeitschrift wurde von dem ehemaligen Reichskanzler und Zentrumsabgeordneten Joseph Wirth, dem Demokraten Ludwig Haas und dem Sozialdemokraten Paul Löbe herausgegeben. Sie zielte darauf, „ein starkes Gegengewicht gegen die reaktionären Kräfte auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet" zu schaffen. Personell wie organisatorisch war die „Deutsche Republik" eng mit der ebenfalls in Frankfurt ansässigen „Rhein-Mainischen Volkszeitung" (RMV) verbunden. Für diese linkskatholische Tageszeitung schrieb Maria Grollmuß seit etwa 1924 gelegentlich als „Sprecherin des Jungen Zentrums". Insofern setzte sie ihr studentisches Engagement für die Transformierung der „bürgerlichen" Republik in eine soziale Demokratie als Journalistin beruflich fort. Bereits Ostern 1927 endete ihre Tätigkeit bei der „Deutschen Republik", für die sie wohl nur redaktionell tätig war. Ihr letzter Beitrag für die RMV erschien vermutlich im Februar 1927. In der RMV-Redaktion wurde sie wegen ihrer unorthodoxen Denkweise, ihres schonungslosen Umgangs mit Freund und Feind und ihres politischen Temperaments geschätzt und zuweilen gebremst.

1925 publizierte die RMV in ihrer Schriftenreihe „Volk im Werden" Maria Grollmuß' längere Abhandlung über „Die Frau und die junge Demokratie". Darin distanzierte sie sich von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses auf der Basis des Geschlechts. Die Trennlinie verlief für Maria Grollmuß durch die Geschlechter hindurch, zwischen jugendlichen Erneuerern und bürgerlich-reaktionären Beharrungskräften. Der katholischen Frauenbewegung warf Grollmuß vor, die bürgerlich-kapitalistische Klassengesellschaft zu stützen, indem sie sich thematisch selbst beschränke und keine eindeutige politische Position zu den ihres Erachtens zentralen politischen Fragen – der Staatsform, der Koalition, der deutschen Außenpolitik – beziehe und sich entsprechend engagiere. Sowohl Helene Weber (1881–1962), die damalige Vorsitzende des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei und stellvertretende Reichsparteivorsitzende, als auch Dr. Gerta Krabbel (1881–1961) als Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes widersprachen der jungen Katholikin in der Zeitschrift „Schildgenossen" heftig.

Maria Grollmuß' Artikel in der RMV befassten sich mit den sozialistischen Parteien, der Parteienlandschaft in Österreich, den politischen Verhältnissen in der Tschechoslowakei und dem deutsch-polnischen Verhältnis oder der deutschen Politik gegenüber den Sorben. Sie kritisierte die preußische Regierung, die im Unterschied zu den sächsischen Behörden sorbischsprachigen Unterricht in den Schulen des sorbischen Siedlungsgebiets nicht zuließ. Zudem distan-

zierte sie sich von den „feindseligen und furchtsamen Stimmungen" der Deutschen gegenüber den „slawischen Nachbarvölkern im Osten und Südosten", die das gegenseitige Verhältnis belasteten. Maria Grollmuß' Einschätzung der österreichischen Parteienlandschaft verdient insofern besondere Beachtung, als die politische Sympathie für Otto Bauer (1881–1938) und die österreichischen Sozialisten ihre späteren Widerstandsaktivitäten entscheidend prägen sollten. Seinen Kampf für „Großdeutschland" 1918/19 und seine staats- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen hatte Bauer in seinem 1923 erschienenen Werk „Die österreichische Revolution" niedergelegt. Die dort artikulierten Grundpositionen gab Maria Grollmuß in ihrem Beitrag zustimmend wieder: „Dieses Buch ist auch bedeutsam als theoretisches Zeugnis der Bejahung von Staat und Demokratie. Bauer prägt hier die Worte ‚Volksrepublik' und ‚funktionelle Demokratie'. Er spricht vom Staat, der die Volksgemeinschaft repräsentiert und auch der Arbeiterschaft gehört." An den oppositionellen österreichischen Sozialisten schätzte Maria Grollmuß, dass sie sich als „betonte Klassenpartei" verstanden, die Abschaffung der bürgerlichen Klassenherrschaft jedoch mit demokratischen Mitteln und innerhalb der Demokratie verwirklichen wollten. Hierin sah sie den entscheidenden Unterschied zur deutschen Sozialdemokratie, der es nicht gelinge, eine flexible Position zwischen „proletarischer Politik" und „Staatspolitik" zu finden, und die sich stattdessen zwischen einem gouvernementalen und einem prinzipiell oppositionellen Flügel aufreibe.

Die von Maria Grollmuß in den 1920er Jahren vertretenen politischen Positionen können als weitgehend typisch für die Zentrumslinke gelten. Sie lassen eine deutliche Distanz zur parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung erkennen, namentlich in der Geringschätzung von politischem Liberalismus und individuellen Menschenrechten. Gegenüber der Pluralität der Demokratie favorisierte sie ganzheitliche Deutungen und Konzepte.

## V

Nach dem Ende ihrer Redaktionstätigkeit verzog Maria Grollmuß nach Berlin, wo sie von Ostern 1927 bis Oktober 1929 vertretungsweise in ihrem erlernten Beruf tätig war. Einen Anspruch auf dauerhafte Anstellung besaß sie aufgrund ihres Rechtsstatus als Studienassessorin nicht. Danach schied sie aus dem Schuldienst aus. Das Landesarbeitsamt Brandenburg teilte die nunmehr stellungslose Assessorin zum 1. Januar 1930 dem Arbeitsamt Berlin-Nordost zu.

Einem dreimonatigen Praktikum in der Berufsberatung, im Arbeitsnachweis und der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge der Behörde schloss sich im November 1930 eine Tätigkeit als Arbeitsvermittlerin an, die bereits gut zwei Monate später wegen innerbehördlicher Umstrukturierungen mit der Entlassung endete. Anschließend war die inzwischen 34-Jährige „ohne feste Stellung". In ihrem Lebenslauf vom März 1932 erwähnt sie eine kurze sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft, die sie an der „Akademie für Soziale Frauenarbeit" im westfälischen Münster abhielt. In dieser Zeit bemühte sie sich beim Ministerium für Volksbildung in Dresden vergeblich um eine Anstellung „im sächsischen Volksschul- oder Berufsschulwesen".

Etwa zeitgleich mit dem Ausscheiden aus dem Schuldienst 1929 brach Maria Grollmuß mit dem katholischen Milieu, in dem sie aufgewachsen war und auf das sie gemäß ihrer politischen Vorstellungen verändernd hatte einwirken wollen. Sie wurde Mitglied der Kommunistischen Partei. Mit diesem Schritt wandte sich Maria Grollmuß einer – entschieden antikirchlichen – Partei zu, die die Weimarer Republik radikal ablehnte, vielmehr mit außerparlamentarischem und gewerkschaftlichem Kampf das Proletariat an die Macht bringen wollte. Sie zog damit die persönlichen Konsequenzen aus der politischen Rechtsentwicklung im allgemeinen, der zunehmenden Orientierung des Zentrums an den Parteien auf dem rechten Spektrum und der „Tolerierungspolitik" der SPD im besonderen. Zugleich radikalisierte sich ihre Position. Anstelle einer „sozialen Republik" im Zusammenwirken von bürgerlichen und proletarischen Kräften strebte sie nun eine proletarische Diktatur an. Maria Grollmuß brach nicht nur mit dem politischen Katholizismus, sondern auch mit der katholischen Kirche, der sie schon vorher kritisch gegenübergestanden hatte. So teilte sie dem Dresdner Volksbildungsministerium in ihrer Bewerbung mit: „Ich bin nicht in der Lage, Religionsunterricht zu erteilen." Gleichwohl blieb sie auch in diesen Jahren ein gläubiger Mensch.

Aus der KPD wurde sie bereits nach neunmonatiger Mitgliedschaft wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer eigenen kommunistischen Gewerkschaftsorganisation ausgeschlossen. Es folgte der Anschluss an die Kommunistische Partei Opposition (KPO), die ehemalige KPD-Funktionäre im Dezember 1928 aus Protest gegen die neue „ultralinke" Generallinie der KPD gegründet hatten. Ende 1931 zerstritt sich die KPO in der Frage des Verhältnisses zu der neugegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), einer von dem ehemaligen Sozialdemokraten Max Seydewitz (1892–1987) angeführten linken Absplitterung der SPD. In einem Diskussionsbeitrag

in dem KPO-Organ „Gegen den Strom" plädierte Maria Grollmuß dafür, der SAP „die Weggemeinschaft auf dem schweren Weg vom Reformismus zur Revolution kameradschaftlich anzubieten". Nicht Programme gelte es zu diskutieren, sondern „Einheit durch Kampf und im Kampf" herzustellen, sonst drohe „Untergang in Passivität und Zersplitterung". Wegen ihres innerparteilichen Werbens für eine enge Zusammenarbeit mit der SAP wurde „die Genossin Grollmuß" im Februar 1932 einstimmig aus der KPO ausgeschlossen. Anfang März 1932 trat sie zusammen mit vormals führenden Repräsentanten der KPO der SAP bei. Letztere nominierte sie schon wenige Monate später – chancenlos – als Kandidatin des Wahlkreises Dresden-Bautzen für die Reichstagswahlen am 31. Juli, desgleichen für diejenigen am 6. November 1932. Als sich im Dezember ein selbständiger SAP-Bezirk Lausitz konstituierte, wurde Maria Grollmuß einstimmig in den Vorstand gewählt.
Spätestens seit ihrem KPD-Beitritt galt ihr besonderes Interesse Gewerkschaftsfragen. Sie „trieb in den Großbetrieben der Berliner Metallindustrie betriebswissenschaftliche Studien, nahm an sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Arbeitsgemeinschaften teil und besuchte Kongresse großer wirtschaftlicher Organisationen im In- und Ausland". Die Bibliothek des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) in Berlin nutzte sie zu Forschungszwecken. In einer kritischen Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftspolitik der SPD-Linken in dem SAP-Organ „Klassenkampf" Anfang 1932 sah sie in der „Arbeiterkontrolle der Produktion" das vordringliche Ziel gewerkschaftlichen Kampfes und wollte die wirtschaftliche Krise „zum Sturze des kapitalistischen Systems" ausgenutzt wissen. Zwar leitete die SAP aus ihrer Stellung zwischen KPD und SPD die Aufgabe ab, eine „Einheitsfront" der Arbeiterbewegung gegen den erstarkenden Nationalsozialismus zu bilden, doch sollte der Kampf gegen den „Faschismus" auch nach Auffassung von Maria Grollmuß immer zugleich gegen die Brüning-Regierung und gegen den Kapitalismus geführt werden. Den eigenen Anspruch, die Arbeiterklasse aus Zersplitterung und Ohnmacht herauszuführen, konnte die SAP nicht einlösen. Im März 1933 forderte Max Seydewitz seine Anhänger zum Anschluss an die SPD auf.

## VI

Unmittelbar nach der Machtübertragung an Hitler nahm Maria Grollmuß von Radibor aus, wo sie inzwischen ihren festen Wohnsitz hatte, und in enger Zusammenarbeit mit ihrem langjährigen guten

Freund Hermann Reinmuth vielfältige Widerstandsaktivitäten auf. Sie reichten von Anstrengungen zur Unterstützung politischer Häftlinge aus den Reihen der Arbeiterbewegung und deren Angehörigen durch die Vermittlung juristischer Beratung, politischer Fürsprache und finanzieller Hilfen bis hin zu im engeren Sinn politischen Aktivitäten, die auf Möglichkeiten der Sammlung und Vernetzung von Regimegegnern aus den Reihen der Arbeiterbewegung und letztlich auf den Sturz des NS-Regimes zielten.
Gelder für Unterstützungszwecke erhielt Maria Grollmuß unter anderem von Heinrich Krone, den sie aus der Zeit ihres Engagements bei den Windthorstbunden kannte, und von ihrer Studienfreundin Anna Selig, die nach der Rückkehr von einer USA-Reise 1934 des Landes verwiesen wurde, zunächst in der Schweiz lebte und dann in die Vereinigten Staaten emigrierte. Durch sie erhielt sie finanzielle Mittel von amerikanischen Spendern. Nachweisbar sind darüber hinaus Kontakte zu dem Berliner Rechtsanwalt Ernst Fraenkel (1898–1975), der seine Anwaltstätigkeit nach 1933 auf den Rechtsbeistand für Opfer des Unrechtsregimes konzentrierte. Über Johannes Schauff bemühte sich Maria Grollmuß, den ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning unter anderem für die Freilassung des langjährigen SPD-Reichstagsabgeordneten Franz Künstler zu gewinnen. Den Bischof von Meißen, Petrus Legge, bat Maria Grollmuß im Februar 1934 eindringlich um „gütige Fürsprache" für den ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister Sachsens, Hermann Liebmann (1882–1935). Liebmann war Ende April 1933 verhaftet und in die Konzentrationslager Colditz und Hohnstein verschleppt worden, wo er schwer misshandelt wurde. Legges Bemühungen, bei den sächsischen Behörden eine Entlassung oder Verlegung Liebmanns zu erwirken, blieben erfolglos.
Wandte sich Maria Grollmuß mit der Bitte um Hilfestellung auch an bürgerliche und kirchliche Kreise, so hielt sie doch an der sozialrevolutionären Option anstelle eines Bündnisses mit bürgerlichen Kräften zur Beseitigung des NS-Regimes fest. Hermann Reinmuth und sie arbeiteten eng mit dem nach Prag emigrierten Max Seydewitz zusammen, der sich dort den „Revolutionären Sozialisten" um die linken Sozialdemokraten Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser angeschlossen hatte. Gemeinsam mit Hermann Reinmuth traf sie mehrfach mit Max Seydewitz in der Tschechoslowakei zusammen, übermittelte politische Nachrichten, erstattete Bericht über Lage und Stimmung in Gewerkschafts- und sozialistischen Kreisen. Sie schrieb Beiträge für die von den „Revolutionären Sozialisten" herausgegebenen illegalen „Roten Blätter", die dem Zusammenschluss

der verschiedenen sozialistischen Widerstandsgruppen und der Aufrechterhaltung des sozialistischen Gedankenguts dienen sollten.
Ihre politischen Hoffnungen setzte sie erneut auf die österreichischen Sozialisten und besonders Otto Bauer, den sie im Frühjahr und Herbst 1934 in seinem Brünner Exil aufsuchte. Dorthin war Bauer geflohen, nachdem das autoritäre Dollfuß-Regime die österreichischen Sozialisten verboten hatte. Deren Aufstand gegen die Regierung im Februar 1934 war blutig niedergeschlagen, die österreichische Arbeiterbewegung in die Illegalität getrieben worden. Bauer erhob keinen direkten Führungsanspruch auf die illegale Partei nach der Februarniederlage. In einem Beitrag für die „Roten Blätter" über eine „Unterredung mit dem Genossen O. B." erhob Maria Grollmuß die „unzerstörte" und „lebendige" österreichische Arbeiterbewegung, die sich gegenüber „abstrakten Neuerungskonstruktionen und ultralinken Experimenten" immun zeige, zum Vorbild für die „zerstörte" und zerstrittene deutsche Arbeiterbewegung, die für „Putsch- und Sabotageromantik" anfällig sei. In einem weiteren Beitrag plädierte sie für die Neubildung einer revolutionären deutschen sozialistischen Partei mit Massenverankerung „nach dem Zusammenbruch". Für Maria Grollmuß hatte die „europäische Humanität ihre letzte Zufluchtsstätte im Lager der Arbeiterklasse". Sie sei „in dieser Periode der wilden Zerstörung und Barbarisierung die Hüterin der Kulturkontinuität, die Trägerin des geschichtlichen Bewusstseins und der Tradition".

## VII

Am 7. November 1934 wurde Maria Grollmuß in Radibor von der Dresdner Gestapo verhaftet. Vorausgegangen war die staatspolizeiliche Entdeckung einer Notiz mit einer verstümmelten Namensangabe und der Anschrift von Hermann Reinmuths Eltern in der Wohnung eines verhafteten ehemaligen Leipziger Sozialdemokraten. Nach einjähriger Untersuchungshaft in der Gefangenenanstalt am Münchner Platz in Dresden verurteilte der Volksgerichtshof sie am 23. November 1935 zusammen mit Hermann Reinmuth und Willi Elsner, einem engen Mitarbeiter Reinmuths, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" zu einer sechsjährigen Zuchthausstrafe. Im Zuchthaus Waldheim hoffte sie zunächst noch auf Entlassung nach Verbüßung ihrer Strafe. Um eine berufliche Zukunft als Übersetzerin vorzubereiten, nahm sie Kontakt mit dem Landesarbeitsamt Sachsen auf und bemühte sich um Verbesserung ihrer Fremdsprachenkenntnisse. Bei der Universität Leipzig protestierte sie Ende 1935 vergeblich gegen

den Entzug ihres Doktortitels: „Ich fühle mich der Doktorwürde nicht unwürdig, ihr Verlust würde mich nach allem Schwerem noch besonders schmerzlich treffen."
Seit ihrer Inhaftierung war ihre Schwester Cäcilia ihre einzige ständige Bezugsperson außerhalb der Gefängnismauern. Ihr fühlte sie sich emotional sehr verbunden, konnte mit ihr Heimatliebe, Kindheitserinnerungen und Religiosität teilen, die für Maria Grollmuß in dieser existentiellen Situation wachsende Bedeutung gewann. Sie nahm an der von dem katholischen Gefängnisseelsorger angebotenen Religionsstunde teil, entlieh sich aus der Anstaltsbibliothek religiöse Bücher und suchte den Austausch über Fragen von Religion und Kirche mit ihrer Schwester. Sie rief sich gemeinsam erlebte kirchliche Feste in Radibor und Umgebung in Erinnerung, äußerte aber auch Glaubenszweifel und Kritik an der katholischen Kirche, so an der Rolle des Papstes. Ostern 1940 teilte sie Cäcilia mit: „Wir brauchen heute den vollen Auferstehungsglauben, in seiner ganzen Größe und ganzen Tiefe, so wie ihn die Ostkirche bewahrt und erneuert."
Zum persönlichen Vorbild erkor sie sich den Apostel der Aussätzigen, Pater Damian de Veuster, wie sie Cäcilia im Mai 1940 brieflich mitteilte. Dieser habe „keine neue Idee und kein hinreißendes Wort in die Welt geworfen, überhaupt nichts ‚geschaffen', nein, nur nicht kapituliert". Er sei „weiter nichts als ein Held", denn die „eigentlich bewegende Kraft, die Quelle allen Schöpfertums" komme „aus dem tapferen Herzen". Daher denke sie jedes Mal, wenn sie „verzweifeln" wolle, an Pater Damian. Der „passive" Heilige spiegelte ihre eigene Situation erzwungener Untätigkeit wider.
Mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs befielen Maria Grollmuß, den Erinnerungen der ebenfalls in Waldheim inhaftierten Kommunistin Eva Lippold zufolge, Todesahnungen. Sie fürchtete, ins Konzentrationslager zu kommen, was Anfang 1941 auf Anordnung der Gestapo auch geschah. Im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück waren Besuche ebenso wenig zulässig wie religiöse Betätigungen oder der Besitz von Büchern. Der Kontakt zu ihrer Schwester bestand nur noch über Briefe und Pakete. Abgesehen von den letzten Wochen vor ihrem Tod, die sie im Häftlingskrankenhaus, dem sogenannten „Revier", verbrachte, war Maria Grollmuß dem „Politischen Block" zugeteilt, der in der Häftlingshierarchie ganz oben stand. Vermutlich keinem festen Arbeitskommando angehörend, verrichtete sie Außenarbeit, insbesondere in den landwirtschaftlichen Gütern der Umgebung. Aufgrund ihrer Ungeschicklichkeit wurde sie von Aufseherinnen geschlagen und war immer wieder Zielscheibe des Spottes der Mithäftlinge, weshalb sie sich bevorzugt polnischen Kolonnen zuteilen ließ, „wo viele gebildete Frauen und Mädchen

arbeiteten, denn hier bereitete man ihr keinen Ärger und oft half ihr die eine oder die andere der Häftlinge". Mit ihrer Fähigkeit, sich selbst und bisweilen auch ihre Umgebung in eine andere, schönere Welt zu versetzen, ihrem Wissensdurst und ihrer Diskussionsfreudigkeit unabhängig von Zeit und Ort überforderte sie nicht selten ihre Kameradinnen im Lager. So soll sie etwa an einem Abend „mit dem üblichen infernalischen Gewühl im Block mit völlig verklärtem Gesicht über den ‚dionysischen Menschen'" gesprochen haben, wie sich Rita Sprengel im April 1946 in einem Brief an Hermann Kopf erinnerte. Ein anderer Mithäftling, Elisabeth Lynhard, beschrieb sie nachträglich als „unser lebendiges Lexikon".

Besonders enge Beziehungen entwickelte Maria Grollmuß zu den Slawinnen im Lager. Dabei kamen ihr ihre sorbische Herkunft und ihre guten tschechischen Sprachkenntnisse zugute. Diese Brückenschläge über die nationalen Grenzen hinweg waren im Lager keineswegs üblich. Indem sie die Slawinnen in ihrer nationalen Identität stärkte und sich selber zu ihren slawischen Wurzeln bekannte, setzte Maria Grollmuß ihren Widerstand gegen die Nationalsozialisten auf andere Weise fort. Sie soll es bewusst vermieden haben, mit den Slawinnen im Lager deutsch, die Sprache der Täter, zu sprechen und beteiligte sich aktiv an den umfassenden kulturellen und religiösen Aktivitäten der polnischen und tschechischen Lagergemeinschaft. So widmete sie den Tschechinnen zum Jahrestag der tschechischen Unabhängigkeit ein in tschechischer Sprache verfasstes Gedicht. Die Polin Henryka Dembowska eignete ihr das Gedicht „Das sorbische Wort" zu, in dem sie sie als „Schwester aus der Lausitz" und „Sorbin" direkt anredete. Über die nationalsozialistische „Deutschtumspolitik" gegenüber dem sorbischen Volk, die in der Ausweisung sorbischer Lehrer und Pfarrer, dem Verbot des Sorbischunterrichts und des Sorbischen in der Öffentlichkeit im Jahr 1937 gipfelte, war Maria Grollmuß durch ihre Schwester ebenso informiert wie über die Zwangsversetzung des Radiborer Pfarrers Józef Nowak.

Ihre religiösen Zweifel glaubte Maria Grollmuß in Ravensbrück überwunden zu haben, wie sie ihrer Schwester im August 1941 mitteilte: „Einmal, in bangen schweren Schicksalstagen / Da waren unsre Herzen nicht mehr eins / Deines voll Glauben und voll Zweifel meins / Dennoch – der gleichen Liebe haben sie geschlagen". Ende 1943 verfasste sie zwei Gedichte, die sie der Jungfrau Maria widmete, und in denen sich eine große Marienfrömmigkeit ausdrückt: „Virgo potens" (starke Jungfrau) und „Virgo sapiens" (weise Jungfrau) thematisieren die Überlegenheit der Gottesmutter über drei große Frauengestalten der griechisch-römischen Mythologie, Pallas Athene, die Stadtgöttin von Athen, Göttin des Krieges und der

Weisheit sowie Beschützerin der Wissenschaften, die römische Göttin Minerva und Aphrodite, die griechische Göttin der Liebe und der Schönheit. Dies demonstriert nicht zuletzt das „Motto", das Maria Grollmuß „Virgo sapiens" vorangestellte: „Sancta Maria Sopra Minerva", der Name einer im Jahr 1280 in Rom erbauten Kirche. Die Namensgebung signalisierte die Ablösung des Kultes der Minerva durch den Marienkult. Die beiden Gedichte behandeln „klassische" Themen, die in fast allen im Lager entstandenen Gedichten wiederkehren: Leben, Hoffnung, Zukunft und Rettung. Auf sehr phantasievolle und originelle Art und Weise entwarf Maria Grollmuß eine Gegenwelt zu der von Inhumanität und Tod geprägten Lager-Welt, die alle intellektuellen Neigungen zu unterbinden suchte.
Wie die Besinnung auf ihre slawischen Wurzeln steht ihre vertiefte Religiosität für ihre Widerständigkeit im KZ, ihre Abgrenzung von der Inhumanität des Systems. Gleichermaßen zeigt sie aber auch, in welchem Maße die Erfahrungen von Unfreiheit, Unmenschlichkeit und latenter Todesbedrohung für sich und andere Maria Grollmuß veränderten. Ob und inwieweit die verstärkte Hinwendung zu Religion und Kirche auch ihre politische Haltung änderte, muss offen bleiben. Die 1946 niedergeschriebenen Erinnerungen von Geneviève de Gaulle, einer Nichte von Charles de Gaulle, an Maria Grollmuß, deren Bekanntschaft sie in Ravensbrück machte, deuten darauf hin, dass sie nun auch kirchliche Kräfte am Wiederaufbau Nach-Hitler-Deutschlands beteiligen wollte: „Maria hört mir gierig zu, und sie fragt mich aus. Nach dem Kampf sieht sie bereits in der Zukunft: Austausch zwischen den Völkern, Aufbau des Friedens, Rolle der Kirche. Sie zitiert den heiligen Thomas oder erzählt von ihren Kampferfahrungen in der kommunistischen Partei, Maria Freiheitskämpferin."
Maria Grollmuß hat das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück nicht überlebt. Sie starb am 6. August 1944 der amtsärztlichen Bescheinigung zufolge an einer eitrigen Bauchfellentzündung.

## VIII

Maria Grollmuß handelte zeitlebens nach ihren Überzeugungen und folgte ihrem Gewissen. Sie zeichnete sich durch geistige Unabhängigkeit und eigenständiges Denken aus. Dabei scheute sie sich nicht, (partei-)politische Loyalitäten aufzukündigen. Ebenso wenig wie sie bereit war, vorgegebene Strukturen und Verhältnisse zu akzeptieren, war sie bereit, ihre eigenen Überzeugungen einer Parteiautorität unterzuordnen. Insbesondere der Wunsch nach sozialer

Gerechtigkeit politisierte die aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Katholikin und führte sie bis in die Kommunistische Partei. Nicht zuletzt aufgrund ihrer sorbischen Herkunft war sie eine engagierte Verfechterin einer europäischen Völkergemeinschaft unter Einschluss der osteuropäischen Staaten.
Weggefährtinnen und Weggefährten wie auch ihre akademischen Lehrer schätzten ihr reiches Wissen, ihre umfassende Bildung und die Originalität ihres Denkens. Eigene Erfahrungen von Diskriminierung – ihr Ausschluss aus der KPD etwa muss sie zutiefst getroffen haben – dürften sie für die Ausgrenzungen anderer sensibilisiert haben. Diese charakterlichen Eigenschaften und individuellen Prägungen trugen entscheidend dazu bei, dass Maria Grollmuß zu den Wenigen gehörte, die dem NS-Regime aktiven politischen Widerstand entgegensetzten und sich für die vom Regime Verfolgten einsetzte. Denn die Entscheidung zum Widerstand war immer eine individuelle.



# Franz Sperr (1878–1945)

Der ehemalige Berufsoffizier und Bayerische Gesandte a. D. im Rang eines außerordentlichen Staatsministers, Franz Sperr, bildete den Mittelpunkt eines bisher von der Öffentlichkeit und Wissenschaft zu wenig wahrgenommenen Widerstandskreises, der seine Schwerpunkte in München und Augsburg hatte. Er ist bekannteren Persönlichkeiten des Widerstands in Bayern, z. B. Adolf Freiherr von Harnier, Kurt Huber, den Geschwistern Scholl, Alfred Delp SJ, Rupprecht Gerngroß oder Georg Angermaier, durchaus an die Seite zu stellen. Von seiner Herkunft und Laufbahn her mehr auf Staatsbejahung ausgerichtet, führten ihn schließlich gerade seine Staats- und Rechtsauffassung, seine Beobachtungsgabe und sein in dienstlicher Tätigkeit erworbener Erfahrungsschatz zum Widerstand gegen den „Führer und Reichskanzler". Dabei wußte er seine professionellen Fähigkeiten für den Aufbau des von ihm geführten Widerstandskreises einzusetzen, mithin für eine Funktion, die in der Beamtenschaft nicht gerade Tradition hatte. Seine konspirative Tätigkeit konnte zwar in Anbetracht der bekannten Umstände spätere Betrachter kaum überraschend, nicht die Beseitigung Hitlers erreichen, aber sie war immerhin so wirksam, daß den Gerichts- und Polizeiinstanzen des NS-Regimes die Aufdeckung von Sperrs Widerstandsgruppe nicht gelang – außer der Hinrichtung ihres geheimen Anführers.

Es ist kein Ruhmesblatt für die bayerische und deutsche Erinnerungskultur, daß das Gedächtnis Sperrs so lange vernachlässigt wurde. Dies trifft freilich auch für gewisse Bereiche und Formen des gesamten Widerstands zu, dessen Breite und Differenziertheit erst relativ spät wissenschaftlich erkannt und gewürdigt wurden. Im Falle Sperrs mag hinzugekommen sein, daß seine Ermordung bei seiner Witwe und manchen Bekannten Verstörung und Erschütterung auslöste. So wanderte der einzige Sohn Hanns Ludwig, der im jugendlichen Alter schon den Kriegsdienst kennengelernt und die Verfolgung seiner Familie erlebt hatte, in die USA aus. Einzelne Mitglieder des Kreises wurden von Entnazifizierung und Denunziation betroffen. Die politisch-moralische Kategorienbildung, die dem Widerstand schließlich seinen gebührenden Platz im deutschen Geschichtsbild zuwies, entwickelte sich erst allmählich. In mühsamer

Kleinarbeit wurden bis 1950 die wichtigsten Angehörigen der Gruppe aus deren internen Kontaktaufnahmen ermittelt. Eine von ihnen während der frühen 1960er Jahre geplante Darstellung der Persönlichkeit Sperrs und ihres Beitrages zum Widerstand in Bayern und Deutschland gelangte nicht zur Fertigstellung und Publikation.

## I

Geboren wurde Franz Sperr am 12. Februar 1878 in Karlstadt am Main. Der Vater war dort Eisenbahningenieur im staatlichen Dienst, ein moderner Beruf, der für die Familie allerdings häufige Umzüge mit sich brachte. Bis ins 17. Jahrhundert zurückzuverfolgende väterliche Vorfahren hatten bei München gewohnt und als Jäger im Dienst der Wittelsbacher gestanden. Die Mutter Therese Geiger stammte aus dem unterfränkischen Aschaffenburg. Franz war ein ruhig veranlagter, vielseitig interessierter und gegen Überschwang skeptisch eingestellter Schüler. Am Gymnasium in Ulm legte er 1897 ein glänzendes Abitur ab. Statt Medizin zu studieren, wie ursprünglich geplant, schlug er, vielleicht aus Kostengründen, die im wilhelminischen Reich hoch angesehene Laufbahn des Berufsoffiziers ein. Im Sommer 1897 wurde er Zweijährig-Freiwilliger und Offiziersaspirant beim bayerischen 12. Infanterie-Regiment in Neu-Ulm. Nach fünf Monaten erhielt er die Beförderung zum Fähnrich. Am 5. Februar 1899 erwarb er an der Kriegsschule in München das Offiziersreifezeugnis mit „Allerhöchster Belobigung".
Vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1905 war der junge Leutnant Adjutant beim Landwehrbezirkskommando Passau. Er besuchte den Bürgerstammtisch der Stadt, zeigte reges Interesse an Politik, Wirtschaft und sozialen Fragen sowie musische und zeichnerische Begabung. Er entwickelte, neben angenehmen Umgangsformen, fast schon Eigenschaften eines „Staatsbürgers in Uniform" (Ernst Meier). 1909 beendete Sperr die Ausbildung für den Generalstab der Bayerischen Armee an der Münchner Kriegsakademie mit bestmöglichem Abschluß. Zum 27. März 1913 erhielt der 35jährige Oberleutnant die ehrenvolle Berufung in den Bayerischen Generalstab. Schon am 1. Oktober 1913 wurde er als Hauptmann an den Großen Generalstab des Preußischen Heeres in Berlin kommandiert.
Sperrs militärischer Werdegang vollzog sich so im institutionellen Rahmen der Bayern vorbehaltenen militärischen Reservatrechte; zu diesen gehörte ein eigener Generalstab – integrierender Bestandteil der föderalistischen Militärverfassung des Kaiserreichs. Die Zugehörigkeit zu einer Funktionselite wird Sperrs Selbstwertgefühl gestärkt

haben. Sie eröffnete ihm viele Beziehungen, auch schon zum Wittelsbacher Königshaus.
Am 15. August 1914 wurde Sperr Beauftragter des Chefs des Feldeisenbahnwesens bei der 8. Armee in Ostpreußen, des Oberstleutnants Wilhelm Groener. Seine Vorarbeiten für die Schlachten von Tannenberg und an den Masurischen Seen charakterisierte sein Vorgesetzter Erich Ludendorff als „vortrefflich". Im September 1914 erhielt Sperr das Eiserne Kreuz II. Klasse, am 2. November 1914 von Paul von Hindenburg persönlich das EK I. Sein Truppeneinsatz führte ihn in 30 Schlachten bzw. Stellungskämpfe. 1915/16 war er Nachrichtenoffizier beim Bayerischen I. Armeekorps an der Westfront, 1916/17 Generalstabsoffizier bei der Bayerischen 14. Infanteriedivision, die an der Schlacht von Verdun teilnahm, von Februar bis Herbst 1918 Chef des Stabes der Bayerischen 15. Infanteriedivision. Die überaus verlustreichen Rückzugskämpfe seiner letzten Einheit dürften ihm die Bedeutung der materiellen Überlegenheit des Gegners im modernen Krieg drastisch vor Augen geführt haben.
Meist mit Planung und Logistik befaßt, besonders während der neunmonatigen Kommandierung ins Bayerische Kriegsministerium (ab 26. März 1917), wird sich Sperr über das Wesen des Massenkriegs keine Illusionen gemacht haben. Mit dessen innenpolitischen Folgen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen wurde er besonders während seiner Zeit im Kriegsministerium konfrontiert. Bei der Auseinandersetzung um die von Preußen schon ab Februar 1916 initiierten Demobilmachungspläne setzte er sich für den Abbau der kriegsbedingten Zentralisierungen ein und bestritt Preußen die alleinige Verfügungsgewalt über das Heeresgut. Die letzten Beurteilungen seiner Vorgesetzten, davon eine vom Bayerischen Kriegsminister Philipp von Hellingrath, qualifizierten ihn als unbeschränkt leistungsfähig, vielseitig verwendbar, „geeignet für jede große und verantwortungsreiche Stellung" auch außerhalb des militärischen Gebietes (Generalleutnant Maximilian Siebert).

## II

Enttäuscht konstatierte Sperr während der Revolution, daß gerade konservative Kreise keine Hand für die Erhaltung der bayerischen Monarchie gerührt hätten. Indes blieb dem nunmehrigen Freistaat mehr denn je aufgegeben, Bayerns Rechte in Berlin zu wahren. Dies wurde schon während der ersten Beratungen über die Reichsverfassung deutlich. Hier wurde die Frage aufgeworfen, ob die bestehen-

den Länder überhaupt erhalten bleiben sollten. Auch die Weichen für ein einheitliches Heer wurden bald gestellt.
Unter diesen unsicheren Umständen bedeutete es fast schon einen Anachronismus, daß Sperr am 27. Oktober 1918 zur Dienststelle des bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin versetzt wurde und einen Monat später deren Geschäftsführung als stellvertretender Militärbevollmächtigter übernahm. Es handelte sich noch um eine bundesstaatliche, der bayerischen Militärhoheit dienende Einrichtung. Kurz darauf, am 28. Januar 1919, wurde Sperr stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat, dann stellvertretendes Mitglied des Vorläufigen Staatenhauses in Weimar. Er beteiligte sich an dem schließlich erfolgreichen Versuch, den Einzelstaaten ein Mitspracherecht bei den Beratungen über die Reichsverfassung zu geben und einen Reichsrat der bestehenden einzelnen Länder in der Nachfolge des alten Bundesrats, anstelle eines unitarisch angelegten Staatenhauses, zu schaffen. Seine hartnäckigen Vorstöße zur Erhaltung der bayerischen Heeresreservatrechte scheiterten allerdings. Die Unitaristen in Berlin zogen die revolutionäre Situation in Bayern als willkommene Argumentationshilfe heran. Nach der verfassungsmäßigen Einführung des einheitlichen Heeres im Sommer 1919 konnte es keine Militärbevollmächtigten der Länder mehr geben. Aber schon wegen der noch laufenden Verhandlungen schien Sperrs Präsenz in Berlin weiterhin notwendig zu sein. So erhielt er zum 1. September 1919 die Ernennung zum Ministerialrat bei der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin; seine Stelle wurde nun beim Bayerischen Staatsministerium des Äußeren geführt. Es war nur konsequent, daß er auch stellvertretender Bevollmächtigter Bayerns bei dem nun eingeführten Reichsrat blieb. Zugleich schied er aus dem aktiven Militärdienst aus.
Bei den weiteren mehrseitigen Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen, den Vertretungen der süddeutschen Länder, mit seiner eigenen Regierung und in Abstimmung mit seinem Vorgesetzten, dem Gesandten Konrad von Preger, verfolgte Sperr geduldig und zielbewußt eine moderate, Überreaktionen und Verweigerungen vermeidende Taktik, die schließlich zu einem achtbaren Erfolg führte. Das Reichswehrgesetz vom 23. März 1921 sah die Einführung von Landeskommandanten vor, die auf Vorschlag der Landesregierungen vom Reichspräsidenten ernannt werden sollten. In den Ländern waren geschlossene Verbände zu bilden, in Bayern sogar „unter einheitlicher Führung", deren „Führer und Beamte" möglichst aus den jeweiligen Ländern stammen sollten. Eine gewisse landsmannschaftliche Ausrichtung der Reichswehr war damit gesichert.

Im Ruhrkampf und angesichts der separatistischen Bestrebungen in der Pfalz und im Rheinland vertrat Sperr gegenüber Aufweichungserscheinungen eine harte, mit der Politik des Reichskabinetts Wilhelm Cuno (November 1922 bis August 1923) übereinstimmende Linie. Er fand einen guten Platz im gesellschaftlichen und politischen Beziehungsgeflecht der Hauptstadt. So wurde er auch mit dem Reichswehrminister (1920–1928) Otto Geßler und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei (1922/23) und Reichswirtschaftsminister (1923–1925) Eduard Hamm näher bekannt; beides bayerische Landsleute, die allerdings im Dienst von Reichsbehörden standen.

Im Mai 1921 heiratete Franz Sperr in Murnau am Staffelsee Gertrud Schmidt, die Tochter seines ersten Kompaniechefs in Neu-Ulm, die er schon lange kannte. Aus der glücklichen Ehe ging ein Sohn hervor, Hanns Ludwig. Trotz der beruflichen Anspannung fand Sperr viel Freude am Familienleben. Er bastelte seinem Sohn Spielsachen und eine Weihnachtskrippe, besuchte seinen Bruder Ludwig, der Förster war, genoß gern eine Zigarre und ein gutes Glas Wein in geselliger Runde. Seine Bibliothek und Theaterbesuche boten darüber hinaus willkommene Entspannung.

1927 wurde Sperr zum Ministerialdirektor befördert. Nach von Pregers Pensionierung übernahm er am 1. Dezember 1932 die Geschäftsführung der Bayerischen Gesandtschaft. Durch Presseempfänge und andere Aktivitäten sorgte er dafür, daß das Gesandtschaftsgebäude in der Voßstraße 3 für kurze Zeit noch einmal ein attraktiver „Treffpunkt von besonderer Bedeutung" (Alban Haas) wurde. Auch Sperr selbst erwarb sich rasch Ansehen. Sein Vorgänger Preger war allzu zurückhaltend gewesen und hatte selbst die Kritik des geduldigen Ministerpräsidenten Heinrich Held auf sich gezogen. Kurz nachdem Sperr am 1. März 1933 formell die Ernennung zum Gesandten erhalten hatte, machte ihm sogar der SA-Chef Ernst Röhm, begleitet von Heinrich Himmler, sogleich seine Aufwartung. Doch die Geste trog. Der Sturm war längst losgebrochen, der die Eigenstaatlichkeit der Länder hinwegfegen sollte.

## III

Begonnen hatte er mit Papens „Preußenschlag" oder „Preußenputsch" vom 20. Juli 1932. Nachdem Reichskanzler Franz von Papen die geschäftsführende Regierung Otto Braun in Preußen ihres Amtes enthoben und sich vom Reichspräsidenten als Reichskommissar hatte einsetzen lassen, mußten auch die anderen Länder die Sus-

pension ihrer verfassungsmäßigen Existenz befürchten. Das ging für Sperr über die Brüskierungen in bayerischen Landesangelegenheiten, die er von Berlin gewöhnt war, weit hinaus. Er bemühte sich, die Vertreter der anderen Länder zu Aussprachen in der Bayerischen Gesandtschaft zusammenzubringen. Alle auf dieser Ebene unternommenen Aktionen waren indes zum Scheitern verurteilt, als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde. Zwar gab Sperr weiterhin seinen großen Vorbehalten gegen Papen Ausdruck, erkannte aber nach dem Zeugnis zweier späterer Mitarbeiter in seinem Widerstandskreis, Georg Deininger und Alban Haas, rasch die aus der Machtübernahme Hitlers erwachsenen Gefahren. Ihm fiel das konsequente, durch keinerlei Verhandlungen zu zügelnde Machtstreben der Nationalsozialisten auf. Den Ausgang der Märzwahlen 1933 bedauerte er; Hitler habe diese durch seine wirtschaftlichen Versprechungen und die „Inszenierung des Reichstagsbrandes" gewonnen.

In dieser Situation hoffte Sperr kurzzeitig, ein Eingreifen des Reichspräsidenten in Verbindung mit der diesem zum Gehorsam verpflichteten „intakten Wehrmacht" könne die Ausbreitung der „faschistischen Alleinherrschaft" aus Preußen über das gesamte Reich noch verhindern. Welche verfassungsmäßigen und mit der notwendigen Macht ausgestatteten Mittel wären sonst noch in Frage gekommen? Er erörterte diese Möglichkeit am 23. und 24. Februar 1933 offen mit dem Reichsjustizminister Franz Gürtner, mit dem Außenminister Konstantin von Neurath und dem Reichsfinanzminister Lutz Schwerin von Krosigk. Die These, Sperr habe ein „blindes Vertrauen" in seinen ehemaligen Kriegsherrn, den Sieger von Tannenberg, gesetzt und damit einen „Illusionskurs" gesteuert (Elke Fröhlich), ist unbelegt und in sich nicht schlüssig. So stellte Sperr Hindenburg schon bei seinem Antrittsbesuch als Gesandter am 8. März die unbequeme Frage, ob mit der Entsendung eines Reichskommissars nach Bayern zu rechnen sei. Der Reichspräsident zeigte sich über das „Mißtrauen" gekränkt und verneinte die Frage. Dies tat kurz darauf auch Hitler und log damit Sperr ins Gesicht.

Nur einen Tag später wurde in einer beispiellosen Überrumpelungsaktion, bei der Reichsinnenminister Wilhelm Frick den Drahtzieher spielte, um Hitler von der Verantwortung zu entlasten, Franz von Epp als Reichskommissar in Bayern eingesetzt und Heinrich Held von der Münchener Naziriege um Ernst Röhm und Heinrich Himmler aus dem Amt gejagt. Voller Empörung vermerkte Sperr in seinem Notizkalender Hindenburgs Wortbruch. In törichter Verkennung der wahren Absichten der neuen Machthaber speiste Hindenburg die Beschwerde des Kronprinzen Rupprecht von Bayern über das unerhörte

Vorgehen in München und Berlin mit dem staatsmännisch-patriotisch klingenden Argument ab, endlich müsse die „Reichspolitik" der „nationalen Regierung" (des Hitlerkabinetts) Vorrang vor der „Landespolitik" gewinnen.
Umtriebig hatte Sperr während des Februars und der ersten Märztage immer wieder bei den maßgeblichen Stellen in Berlin, auch Bescheide aus Vorzimmern geduldig hinnehmend, vorgesprochen, Informationen gesammelt und nach München weitergeleitet. Dabei blieb er kaltblütig und realistisch. Als Fürst Eugen von Öttingen-Wallerstein und Baron Alfons von Redwitz im Februar nach Berlin kamen, um das Terrain für einen monarchischen Verfassungswandel in Bayern zu sondieren, verhehlte Sperr ihnen nicht, daß er das Vorhaben für psychologisch-politisch zu wenig vorbereitet und darum für chancenlos hielt. So lief auch diese gutgemeinte Aktion ins Leere. Sperr muß sich sehr frustriert gefühlt haben, daß ausgerechnet in dem Moment, der ihm den persönlichen Karrieresprung zum Gesandten brachte, dem „Berliner Vorwerk der bayerischen Staatspolitik" (Alban Haas) politisch der Boden entzogen wurde. Am 20. Juli 1934 setzte Sperr Epp von seinem geplanten Rücktritt in Kenntnis, den er schon im April in München angekündigt hatte. Zum 1. November 1934 wurde Sperr in den einstweiligen, fünf Jahre später in den endgültigen Ruhestand versetzt. Schon Anfang September 1934 war er nach München-Bogenhausen übergesiedelt, die repräsentativen Räume der Gesandtschaft mit der Wohnung in einem anonymen Reihenhaus vertauschend. Doch auch das schöne Berliner Gesandtschaftsgebäude im Renaissance-Stil sollte bald niedergelegt werden und dem Neubau der Reichskanzlei weichen – ein symbolischer Vorgang?

## IV

Hitler und Joseph Goebbels empfanden es als großen Sieg, daß Bayern, der Exponent des Föderalismus, so rasch gleichgeschaltet werden konnte. An Widerstand gegen die neuen Herren in München und Berlin war zunächst nicht zu denken. Aber der Kronprinz hegte doch gewisse Hoffnungen, daß innere Machtkämpfe die Herrschaft der Nationalsozialisten über kurz oder lang lahmlegen könnten und daß daraufhin eine schwere Krise, ähnlich wie 1918, ausbrechen würde. Für diesen Fall gedachte er Vorsorge zu treffen. Da der Nationalsozialismus ihm in Bayern noch nicht tief verwurzelt zu sein schien, plante er, bei offen ausbrechenden Unruhen der Bevölkerung die „überparteiliche Institution" der Monarchie als Stabilitätsfaktor

anzubieten. Er rechnete damit, daß er selbst als deren Repräsentant Anerkennung finden würde, benötigte aber politisch erfahrene und angesehene Persönlichkeiten, die ihn bei einem Regimewechsel in Bayern mit dem nötigen Rückhalt ausstatten würden. So lud er Geßler und Sperr, die er beide von ihren früheren Tätigkeiten her kannte und schätzte, zur persönlichen Aussprache ein. Er kontaktierte auch den Kommandeur der 7. Infanterie-Division in München, General Franz Halder, von dem er vorläufig Schutz gegen Nachstellungen der Gestapo, in Zukunft vielleicht mehr erwartete.
Ab etwa Frühjahr 1935 fanden in Sperrs oder Geßlers Wohnung, bei unverfänglichen Autofahrten in Münchens weniger attraktive nördliche und östliche Umgebung, geheim gehaltene Treffen zwischen diesen beiden und Rupprechts Hofmarschall Franz von Redwitz statt. Bald wurde auch Eduard Hamm (DDP), ein alter Freund Geßlers und Vertreter des politischen Liberalismus in Bayern, einbezogen. Ein anderer früherer Politiker, der zu dem Kreis stieß, war der von den Nationalsozialisten entlassene Hochschulprofessor in Weihenstephan bei Freising, Anton Fehr. Dieses prominente Mitglied des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbunds war 1922 Reichsernährungsminister, von 1924 bis 1930 Landwirtschaftsminister in Bayern gewesen.
Aber das NS-Regime konsolidierte sich, statt, wie viele erwarteten, rasch abzuwirtschaften. Sperr, in seinem Urteil sonst eher gemessen und zurückhaltend, verfolgte die politische Entwicklung mit großer Sorge und Bedrückung. Die Bücherverbrennungen, die politischen Morde, die Verfolgung der Juden, der zunehmende Kampf gegen die Kirchen, die rücksichtslos betriebene Aufrüstung, die Bespitzelung und Denunziation erregten seinen Widerwillen. Er registrierte mit Bestürzung, daß sich auch die Führungskräfte des deutschen Volkes mit dem Regime überraschend schnell arrangierten, während die ehemaligen Alliierten Hitler außenpolitische Erfolge verschafften. Anders als Geßler, der offenbar an dem ursprünglichen Plan festhielt, nur eine „Auffangorganisation" für die Eventualität einer von außen oder von selbst eintretenden Beendigung der Hitler-Herrschaft bereitzustellen, ging Sperr zur Konzeption eines aktiv zu betreibenden oder zu fördernden Systemwechsels über. Wegen des Fehlens unmittelbarer Zeugnisse sind die Entwicklung, der Umfang und genaue Inhalt dieser Zielplanungen schwer zu bestimmen. Denn schriftliche Aufzeichnungen wurden von Sperr nicht angefertigt, Telefongespräche nicht geführt. Sperrs nächster Mitarbeiter und häufiger Ansprechpartner, Dr. Dr. Ernst Meier, glaubte dessen Äußerungen entnehmen zu können, daß er zunächst weniger ein Attentat

im Auge hatte als eine Verhaftung Hitlers und die Verurteilung des „Führers" durch ein höchstes Gericht.
Ernst Meier war ein stellungsloser, von den Nationalsozialisten wegen „nationaler Unzuverlässigkeit" an der Universität Erlangen entlassener Privatdozent der wirtschaftlichen Staatswissenschaften. Der kirchlich gebundene Katholik war kommunaler Mandatsträger der Bayerischen Volkspartei gewesen, hatte eine dieser Partei nahestehende Hochschulgruppe gegründet, in der Jugendorganisation Bayernwacht mitgearbeitet und 1932 öffentlich vor einer Diktatur Adolf Hitlers gewarnt. Kurz nach der „Machtergreifung" geriet er in das Fadenkreuz des Erlanger Dozentenschaftsleiters Dr. H. A. Molitoris. Die politisch motivierte Entlassung des fleißig publizierenden Dozenten dürfte zu den übelsten Fällen dieser Art in Bayern gehört haben.
Sperr verschaffte dem kriegsversehrten Reserveoffizier, der im Zweiten Weltkrieg wieder eingezogen wurde, eine Anstellung bei der Rüstungsinspektion VII in München. In einem seiner – ungedruckt gebliebenen – Bücher hatte Meier schwere Versäumnisse der preußisch-deutschen Vorbereitungen für den Fall der (1914 erfolgten) Mobilmachung festgestellt; zumal Maßnahmen zur Sicherung der Ernährungslage der Bevölkerung seien vernachlässigt worden. Solche Thesen waren in den Jahren staatlich verordneter Wehrbegeisterung, die dem Zweiten Weltkrieg vorausgingen, unerwünscht und für ihren Autor gefährlich. Historische Argumente dieser Art konnten für Regimekritiker indes eine Projektionsfläche zur Veranschaulichung ihrer Besorgnisse werden. Sehr wahrscheinlich unter diesem Aspekt thematisierte Sperr (1921 zum Oberstleutnant i.G. a.D., 1939 zum Oberst i.G. z.V. ernannt) das Problem Wirtschaft und Krieg in Vortragsveranstaltungen an der Universität München. Dazu fand er Gelegenheit als Leiter der Münchener Zweigstelle der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft. Sperr leitete die Münchener Zweigstelle dieser Gesellschaft von 1936 bis 1940, bis er im Kriege einen allerdings regimetreuen Nachfolger erhielt.
Die Problematisierung von Hitlers Rüstungsanstrengungen, die Sperr als gefährliche, sinnlose Kriegsvorbereitung ablehnte, wird er vorsichtig gehandhabt haben. Die Vorträge liefen militärisch knapp und ohne die üblichen Ergebenheitsgesten gegenüber dem NS-Regime ab. Bedeutsamer war indes, daß seine Stelle Sperr die Möglichkeit gab, umliegende Garnisonen kennenzulernen, sich ein Bild von der Stimmung der Truppe zu machen und zu sondieren, welche Wehrmachtsangehörige eventuell als Gesinnungsgenossen oder zuletzt für einen subversiven Einsatz in Frage kämen. Für die Intensität von Sperrs Veränderungsabsicht spricht, daß er besonders militärische

Kontakte anbahnte. Unverfängliche Ausgangspunkte waren auch die geselligen Begegnungen mit Angehörigen der 14. Infanteriedivision. Wahrscheinlich plante er für den Konfliktfall die kurzzeitige Reaktivierung der älteren Offiziere, die er persönlich kannte: Rudolf Giehrl, Ernst Ferdinand Demmler, Adolf Herrgott, Otto von Waldenfels und andere. Schon 1933 hatte Sperr in der „Wehrmacht" eine Art letzten Rettungsanker gesehen. Geßler wollte die Reichswehr ebenfalls 1932 gegen die „Gesellschaft" der Frondeure, zu der er die SA rechnete, eingesetzt wissen und bedauerte später, dazu nicht imstande gewesen zu sein, weil er zu dieser Zeit kein Ministeramt mehr bekleidet hatte.

## V

Sperrs sich bis 1944 immer mehr ausdehnendes Netzwerk, das auf zwei- oder allenfalls mehrseitigen Beziehungen beruhte und nie zu einer ‚Vollversammlung' zusammentrat, umfaßte allerdings mehr zivile als militärische Mitglieder. Zumindest einige von ihnen prüfte Sperr auf ihre Tauglichkeit für ein späteres Regierungs- oder Verwaltungsamt. Von höheren Beamten sind unter anderen zu nennen: der langjährige Leiter des Münchener Arbeitsamts, Dr. Robert Adam, er rettete viele Juden vor dem „Arbeitseinsatz" und der Deportation, die Ministerialbeamten Dr. Georg Boegl, Dr. Alban Haas und Dr. Otto Graf, der Bezirksoberamtmann in Wunsiedel und Ansbach, Konrad Frank und der Regierungsrat im Reichsinnenministerium Hans Ritter von Lex.
Die sog. geistigen Berufe waren durch den Leiter der Wehrkreisbücherei VII in München, den Sprachforscher Dr. Otto Basler, zusammen mit Hans Schulz Herausgeber des bekannten „Deutschen Fremdwörterbuchs", den Staatsarchivar Otto von Waldenfels, den Studienrat Dr. Anton Fingerle, auch durch den regimekritischen Schriftsteller Dr. Wilhelm Diess repräsentiert. Diess erhielt Protektion von Robert Adam, konnte im inneren Exil überleben und gab wichtige Anstöße zum Neuaufbau des kulturellen Lebens in Bayern nach 1945.
Sperr wußte offenbar um die zentrale Bedeutung der Wirtschaft für einen Neuanfang. Er trat mit der Münchener Rückversicherungsgesellschaft in Verbindung. Diese verschaffte ihm mit einer Beratertätigkeit 1943/44 zugleich Bewegungsfreiheit. Sperr war mit dem Vorstandsmitglied Dr. Kurt Schmitt bekannt, einer allerdings nicht leicht einzuschätzenden Persönlichkeit, die anfänglich Sympathien für den Nationalsozialismus gehegt hatte. Er nahm Verbindung zu den

Münchener Bankiers Dr. Hein (oder Heinz) Martin und Dr. Otto Schniewind auf.
Der Augsburger Flügel des Sperr-Kreises wurde vor allem von dem Großhändler Ludwig Berz, dem Rechtsanwalt Dr. Franz Reisert, früherem Mitglied der Bayerischen Volkspartei, und dem Zahlmeister bei der Stadtkommandantur, dem späteren Oberregierungsrat G. Weber, getragen. Als Reisert Sperr 1943 in Berührung mit dem Kreisauer Kreis brachte, gelangte aus Augsburg auch Josef Ernst Fürst Fugger von Glött in Kontakt mit Sperrs Widerstandsgruppe.
Mit zunehmender innerer Anspannung und großem Ernst verfolgte Sperr Hitlers verhängnisvollen Weg. Von den „Blitzsiegen" im Westen ließ er sich keinen Augenblick täuschen. Seinen verläßlichen persönlichen Bekannten sagte er mehrfach voraus, daß dieser Krieg unabwendbar mit einer Niederlage enden werde. Er sah sich in die passive, schwer erträgliche Rolle versetzt, mit einem etwaigen Eingreifen auf eine halbwegs günstige Gelegenheit warten zu müssen. Eine Chance, die allerdings ganz schwer abzuschätzen war, schien ihm die Landung der Westalliierten in Frankreich zu bieten. Deren Vordringen sollte, spätestens bis sie zum Rhein gelangten, genutzt werden, um Bayern mit der SS-Hochburg München vom nationalsozialistischen Reich abzusprengen und einigermaßen unversehrt den Alliierten zu übergeben.
Im Frühjahr/Sommer 1943 führte Sperr Gespräche mit Vertretern des Kreisauer Kreises in München. Themen waren die Neuordnung Deutschlands und Europas nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Es kam zu „einer gewissen Koordinierung" beider Kreise (F. Reisert). Sperr empfand offenbar eine mit Überraschung gepaarte Hochachtung für Helmuth James von Moltke: „Ich dachte, was für ein erstaunlicher Preuße" (Moltke am 11. Januar 1945). Aber es entstanden auch Gegensätze. Sperr war, anders als der sehr sozial eingestellte Moltke, wirtschaftsliberal eingestellt. Er hielt gegenüber den Neuordnungsplänen der Kreisauer, die Deutschland nach „volksstammäßigen" Landschaften oder Einheiten gliedern wollten, an dem historisch gewachsenen Staat Bayern fest. Einen von den Kreisauern überbrachten Wunsch aus der preußischen Generalität, Bayern möge mit einem Aufstand zuerst losschlagen, lehnte er brüsk ab, weil er fürchtete, damit sein Heimatland für Hitler nur unnütz als Opfer zu präparieren.
Einen aus eigener Vorbereitung und Verantwortung zu unternehmenden Coup plante Sperr indes mit dem entlassenen Generalstabschef Franz Halder. Er traf sich mit ihm am 4. Oktober 1943 in München-Schwabing. Zu einem nicht näher definierten Zeitpunkt des von ihnen erwarteten Vorrückens der Westalliierten zum Rhein wollten

beide sich der „militärischen Machtmittel in Bayern bemächtigen", die Parteistellen hier ausschalten und das Land möglichst unbeschädigt den Westalliierten übergeben. Die politische Leitung der Aktion sollte Sperr, die militärische Halder übernehmen. Für die Logistik des Unternehmens im Wehrkreis VII hätte die Münchener Ersatzdivision bereitgestanden. Sperrs Verbindungsmann zu dieser Einheit war deren Adjutant und Ia, der Major der Reserve Dr. Philipp Schubert.

Doch Halder zog sich anscheinend wieder zurück; die Landung der Alliierten in der Normandie verzögerte sich. Mittlerweile ließ sich Sperr von Pater Alfred Delp SJ, den er von seiner Pfarrei St. Georg in München-Bogenhausen und aus den Treffen mit den Kreisauern kannte, dazu überreden, Claus Schenk von Stauffenberg in dessen Wohnung in Bamberg aufzusuchen. Delp wurde von der Gestapo überwacht. Der Besuch in Bamberg brachte Sperr ins Visier von Hitlers Häschern. Sperr wurde von Stauffenberg bei dem am 6. Juni 1944 stattfindenden Treffen über das geplante Attentat unterrichtet. Eine nähere Verabredung zu gegenseitiger Hilfe erfolgte nicht. Denn Sperr äußerte seinen nächsten Freunden gegenüber die Besorgnis, daß Stauffenbergs weitreichender Plan in der Wehrmacht und im Offizierskorps nur ungenügend abgesichert sei.

Das Treffen mit Stauffenberg brachte Sperr nach dem 20. Juli vor die Schranken des Volksgerichtshofs. Im Zuge der „Aktion Gewitter" wurden er und seine Frau Gertrud, Geßler, Fehr, Reisert und Hamm verhaftet. Sperr gab den der Gestapo bekannten Besuch bei Stauffenberg zu, ebenfalls die Kenntnis von dessen Attentatsplan, auf den er mit Durchhalteparolen geantwortet habe. Vielleicht dachte er, dadurch glaubwürdiger zu erscheinen, als wenn er den Gesprächsinhalt geleugnet hätte – was sicherlich seinem eigenen Interesse dienlicher gewesen wäre. Roland Freisler verurteilte ihn nach § 139 des Strafgesetzbuchs wegen Unterlassung der Anzeige eines hochverräterischen Unternehmens zum Tode. Der ehemalige Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium des Äußeren könne sich nicht mit Unachtsamkeit und Feigheit herausreden. Er habe die „Staatsnotwendigkeit" einer Anzeige erkennen müssen, das Reich im Kampf um Sein oder Nichtsein schmählich im Stich gelassen. Am 23. Januar 1945, schon 12 Tage nach der Verhandlung, wurde Franz Sperr durch den Strang hingerichtet.

In der Haft im Gefängnis Lehrterstraße 3 in Berlin-Moabit, die ihm schwer zusetzte, und vor Gericht hat Sperr über seinen Widerstandskreis standhaft geschwiegen. Dadurch hat er seinen Gefährten das Leben gerettet. Hamm allerdings suchte als Ausweg aus der Qual der Haft den Freitod. Im Unterschied zu dem – allerdings mehr Personen umfassenden – Widerstandszirkel um Adolf Freiherrn von Harnier ist der Sperr-Kreis niemals wirklich aufgeflogen. Die konspirative Tätigkeit Sperrs fand keinen Niederschlag in den amtlichen Akten und Berichten über diesen Prozeß. Die der Gestapo nicht aus anderen Zusammenhängen als „Systemfeinde" bekannten Mitglieder des Kreises in München und Augsburg blieben meist unentdeckt und in Freiheit. Manche von ihnen mußten sich dann paradoxerweise in Entnazifizierungsverfahren rechtfertigen. Der Kreis war also entschieden mehr als eine Veranstaltung des guten Willens. Von der Spitze, von Sperr und Geßler her, wurden die dieser Auftretensweise gemäßen Tugenden der Vorsicht, Verschwiegenheit und internen Solidarität geübt.

Dieser bemerkenswerte Selbstschutz war ein Teil der in einem guten Sinne wehrhaften Ausrichtung seines Organisators. Sperr war ein Realist mit Nüchternheit und Augenmaß. Es war offenbar auch seine Berufserfahrung, die ihn die Erkenntnis gewinnen ließ, daß den Gewalthabern mit ihrer nirgendwo kooperationsbereiten Machtgier nur Gegengewalt etwas anhaben könne. Sperr war kein Militarist, sonst hätte er sich von dem militärischen Getue und der angeblichen Feldherrngröße Hitlers wenigstens zuweilen beeindrucken lassen, sondern seine Entscheidung für einen Einsatz der „Wehrmacht" gegen Hitler, zurückzuverfolgen bis 1933, war begründet von einem übergeordneten Zweck, nämlich den Staat so zu erhalten oder wiederzugewinnen, wie er ihn bis 1933 kennengelernt hatte.

Der Schlüssel zum spezifischen Verständnis von Sperrs Widerstandstätigkeit liegt im Föderalismus. Aus theoretischer Sicht kann ein Staat auf jeweils besondere Weise, generell sehr unterschiedlich verfaßt sein und trotzdem seiner Bestimmung gerecht werden. Diese Beliebigkeit gilt nicht für die Situation in Deutschland zu Beginn des Jahres 1933. Das Eintreten für bestimmte Verfassungselemente erhielt einen besonderen Stellenwert, soweit es der Erhaltung der rechtsstaatlichen Ordnung dienen sollte. So rückte während der Monate Februar/März 1933 Sperrs Anti-Zentralismus, ohne daß dies abstrakt hätte reflektiert werden müssen, in die Dimension des Anti-Totalitarismus. Sperr war zwar ein hervorragender Vertreter der Verwaltungselite seiner Zeit, aber eine Interpretation, die sein Ein-

treten für den Erhalt Bayerns (1918 bis 1933), mehr noch für Bayerns Exemtion aus dem nationalsozialistischen Herrschaftsbereich (nach 1933) als konventionelles Status-quo-Streben zur Bewahrung oder zeitgemäßen Fortentwicklung der föderalen Strukturen des Bismarck-Reiches erklären würde, griffe zu kurz.
Die Erhaltung der Reste der erprobten Bundesstaatlichkeit gewann insofern eine neue Bedeutung, als Sperr in ihr sozusagen ein letztes Gegenmittel zur Eindämmung eines neuen Zeitphänomens, der „faschistischen Alleinherrschaft", erblickte und ergriff. Die auch in der konfessionsgeschichtlichen Entwicklung begründete Sonderstellung Bayerns sollte der Damm werden, an dem sich die braune Flut brach. Sperrs scheinbar nur für Militär- und Verfassungshistoriker interessantes Eintreten für ein „föderatives Militär" zwischen 1918 und 1921 gewinnt einen tieferen Sinn, wenn man es in Zusammenhang sieht mit jenen landsmannschaftlichen Gegebenheiten innerhalb der Reichswehr, die noch in den Jahren nach 1933 Sperr den ansatzweisen Aufbau einer Militäropposition in Bayern, ausgehend von dem Münchener Wehrkreis VII, unter Nutzung seines alten Bekanntenkreises aus seiner aktiven Zeit als Berufsoffizier ermöglichten. Auch Sperrs – keineswegs übertriebenes – Eintreten für die Wittelsbacher Monarchie in seinem Widerstandskreis hatte keinen konservativen Selbstzweck, sondern sollte der vorläufigen Wiedergewinnung des Rechtsstaats zunächst in einem Teil Deutschlands dienen.
Sein mit dem Tode bestraftes Eintreten für den Pluralismus in Gestalt des Föderalismus, für die Wahrung des Friedens und des Rechts, machten Sperr zum Märtyrer für diese Errungenschaften des christlichen Abendlandes. So haben es schon seine überlebenden Mitstreiter gesehen. Auch Sperrs Widerstand war damit Teil einer weltanschaulichen Auseinandersetzung, eines geistigen Kampfes. Mit Delp bekannt und mit Moltke angeklagt und verurteilt, wurde auch Sperr, trotz seiner entschiedeneren Weltzugewandtheit, Opfer des unaufhebbaren Gegensatzes zwischen Christentum und Nationalsozialismus. Entschlossen und konsequent hat er politische Verantwortung für sein Land übernommen und sich der Diktatur handelnd entgegengestellt. Er gab sein Leben damit auch für ein jenseitiges Reich, das, aus seiner Sicht, Bewährung schon im Diesseits verlangte.



# Georg Angermaier (1913–1945)

In der Ansprache zum Jahresgedächtnis des Todestages von Georg Angermaier würdigte der damalige Würzburger Subregens und spätere Münchener Erzbischof Julius Kardinal Döpfner seinen Freund: Als Justitiar der Diözese Würzburg und der Erzdiözese Bamberg, als Rechtsberater bayerischer und deutscher Bischöfe und als Rechtswahrer verschiedener Ordensgemeinschaften habe Angermaier „mit einer seltenen Überlegenheit und verbissenen Zähigkeit für die Rechte der Kirche" gekämpft. Er sei „der unheimliche, aber in seiner Klugheit unantastbare Gegner einer brutalen Gewaltherrschaft" gewesen. Es verwundert daher kaum, daß der promovierte Jurist und Staatswissenschaftler Angermaier in den Akten des Münchener Kardinals Michael von Faulhaber verschlüsselt als „Dr. Justus" und „Justus ex fide" auftaucht. Faulhaber ließ mit Bedacht während des Dritten Reiches diese Vorsicht walten. Der junge Laie beriet den greisen Kardinal als „persönlicher Justitiar" in kirchenpolitischen Fragen. Angermaier vertrat dabei eine dezidierte Position hinsichtlich der bischöflichen Amtspflichten: In der Diktatur seien „Kirche, Christentum und Menschenwürde nur durch die feierliche apostolische Wortverkündigung zu wahren". Der „Appell an die Öffentlichkeit" sei „das oberste und letztentscheidende Mittel". Als Initiator und Mitglied des „Ausschusses für Ordensangelegenheiten" ermutigte Angermaier die Bischöfe zu Hirtenworten, in denen sie für die „gottverliehenen Menschenrechte" (Faulhaber) aller Bedrängten eintreten sollten.

Angermaiers gegen die Diktatur gerichteter Einsatz zielte jedoch über den kirchlichen Rahmen hinaus. In seinen im konspirativen Umfeld des „Kreisauer Kreises" ausgearbeiteten Staatsaufbau- und Verfassungsplänen für einen demokratischen Neuaufbau nach Hitler forderte Angermaier kategorisch die „Ablösung des Systems", da sonst das „moralische und geistige Ende Deutschlands und Europas" bevorstehe. Ihm schwebte das „geeinte Europa" als gemeinsame Kultur-, Lebens-, Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft vor. Eine Schlüsselstellung zu deren Verwirklichung nach der Gewaltherrschaft sollte die Erziehung der Menschen im christlichen und europäischen Bewußtsein einnehmen. Angermaier konnte den ersehnten Zusammenbruch des Regimes und die Verwirklichung seiner Pläne

tragischerweise nicht mehr erleben. Der 32jährige kam im März 1945 in Berlin bei einem Verkehrsunfall zu Tode.

## I

Geboren wurde Georg Angermaier am Dreikönigstag 1913 in Würzburg als erstes Kind des Schuhmachermeisters Johann Georg Angermaier und seiner Ehefrau Maria Katharina geb. Weissenberger. Sie brachte in den nächsten beiden Jahren noch einen Sohn und eine Tochter zur Welt. Für Georg war das gemeinsame Familienleben nach dem Besuch der Volksschule und der Oberrealschule schon mit zwölf Jahren beendet. Der außergewöhnlich begabte Junge wechselte zum humanistischen Neuen Gymnasium und wurde im Kilianeum, dem tridentinischen Knabenseminar der Diözese Würzburg, erzogen. Mit dem Gesuch um Aufnahme in das Seminar hatte der Zwölfjährige den Wunsch geäußert, Priester werden zu wollen. Auch der Abiturient, der 1932 als Primus seiner Klasse die Prüfungen absolviert hatte, hielt an diesem Berufsziel fest. Entscheidend für die Persönlichkeitsentwicklung des jungen Erwachsenen war die Begegnung mit dem gleichaltrigen Julius Döpfner. Beide empfanden sich als kongeniale Partner in intellektueller Hinsicht und im Hinblick auf ihre Haltungen und Ideale.
Geprägt wurden die Seminarzöglinge nicht zeittypisch durch die Jugendbewegung – dieser standen sie sogar in elitärer Pose dezidiert kritisch gegenüber –, sondern durch ihren Regens Kilian Josef Meisenzahl. Döpfner beschrieb diesen als „Mann von einer ungewöhnlich weiträumigen und eigenwüchsigen Bildung" mit „eigenen theologischen Ideen, die uns anregten und befruchteten". Er sah in ihm einen „hochgebildeten, im besten Sinne liberalen und dabei tieffrommen damaligen Priester", der vom Reformtheologen Herman Schell gelernt hatte, „eigenständig zu denken und aus einer gläubigen Verwurzelung in der Kirche in den Auseinandersetzungen mit der Zeit zu bestehen und den Menschen der Gegenwart Christi Botschaft zu künden". Auch im Gesprächskreis um den jungen Privatdozenten, den Philosophen und Priester Hans Pfeil, fanden die Freunde in den ersten Studiensemestern bleibende Orientierung für ihren weiteren Weg. Pfeil befaßte sich mit den religiösen Strömungen im Nationalsozialismus, die er schonungslos analysierte und verwarf. Christen hingegen müßten, so Pfeil, durch ihr „Sein und Tun Zeugnis geben von Gott, Zeugnis geben von Christus und Zeugnis geben vom wesenhaft christlichen Menschentum, von echt katholischer Existenz".

Angermaier, der als Priesteramtskandidat der Würzburger Diözese an der Theologischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität 1932 das Studium aufgenommen hatte, kam nach zwei Semestern zur Überzeugung, das einstige Berufsziel Priester aufgeben zu müssen. Obgleich seine Entscheidung bewußt gegen die zölibatäre Lebensform gerichtet und damit grundsätzlicher Natur war – er heiratete 1940 Antonie Binz, mit der er drei Söhne und eine Tochter hatte –, so spielten auch Unstimmigkeiten mit dem Regens des bischöflichen Klerikalseminars, Vitus Brander, dem einstigen Gegenspieler Herman Schells, keine geringe Rolle. Angermaiers Sehnsucht nach dem Ideal des Priesterberufs brach auch in den Folgejahren noch durch.

## II

Als Angermaier im Sommersemester 1933 das Jurastudium aufnahm, hatte sich die politische Situation tiefgreifend gewandelt, doch befand sich die universitäre Umstrukturierung in Würzburg noch im Fluß. Seine politische Überzeugung jener Zeit zeichnet sich als eine Spielart rechtskatholischen, ständischen, autoritären Denkens ab, wobei der von ihm idealistisch vertretene Pazifismus allerdings quer zu den damaligen militaristischen Richtungen stand. Den politischen Durchbruch wünschte er der Strömung, die in der Marburger Rede des Vizekanzlers Franz von Papen 1934 zum Ausdruck kam. Papen forderte eine „unbeeinflußbare Rechtspflege" und lehnte den „Dualismus zwischen Staat und Partei", Tendenzen zu „Zwang" und „Terror" und den „widernatürlichen Totalitätsanspruch" staatlicher oder parteilicher Kreise auf die Kirche ab.
Der zwanzigjährige Angermaier gab sich auf dem Hintergrund seiner politischen Überzeugungen zunächst durchaus Illusionen über eine dementsprechende Mitgestaltung im neuen Staat hin. So engagierte er sich als Leiter der juristischen Fachschaft, hielt sich allerdings nicht an die geforderte Parteilinie und wurde schließlich seines Amtes enthoben mit der Begründung, er sei „politisch, weltanschaulich und arbeitsmäßig nicht tragbar". Vor allem seine Zugehörigkeit zur katholischen Studentenverbindung Normannia, der „schwärzesten K.V.-Verbindung Würzburgs", wie sie Studentenführer Adam Hoos titulierte, wurde moniert. Dabei hatte Normannia gerade unter Angermaiers Leitung durch Einführung der obligatorischen „Wohnkameradschaft", des „Führerprinzips" und der weltanschaulichen Schulung alles unternommen, sich den neuen Gegebenheiten überlebensfähig anzupassen. Seitens der NS-Studentenführung aber wurde

durch das Verbot, als Fachschaftsleiter, Studentenbundsmitglied oder SA-Angehöriger gleichzeitig einer konfessionellen Verbindung angehören zu dürfen, das Verbindungsleben abgeschnürt. Die Aktivitas der Normannia löste sich auf, trotzdem vor allem Angermaier erbittert um deren Weiterbestand gekämpft hatte.
Neben Normannia spielte ein zweites, alle späteren Beurteilungen Angermaiers durchlaufendes Argument eine Rolle, das gegen seine Zuverlässigkeit im Dritten Reich sprach. Angermaier sei „bezeichnenderweise" nicht in die SA, sondern in den Stahlhelm, einen Bund der Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs, eingetreten, um den formalen Forderungen für Studenten nachzukommen. Im Herbst 1933 schon wurde der Stahlhelm in die SA überführt, wodurch auch Angermaier gezwungenermaßen Mitglied wurde. Kurz nach der ersten juristischen Staatsprüfung im Juni 1935 beantragte er aus gesundheitlichen Gründen seinen ehrenvollen Austritt, was ihm tatsächlich bewilligt wurde. Der Führer des SA-Sturmes aber witterte bei dem „Papier-SA-Mann" Angermaier falsches Spiel, vermochte ihm dies jedoch nicht nachzuweisen. Gleichwohl blieb diese Tatsache negativer Bestandteil der Akten Angermaiers.
Hinzu trat ein weiterer Konfliktherd. Angermaier, der neben Jura auch Staatswissenschaften studiert hatte, war als Assistent in der Staats- und verwaltungsrechtlichen Abteilung des juristischen Seminars für Korrekturen schriftlicher Übungsarbeiten und Kurse eingesetzt. Bald kam er in den Ruf, „Paukkurse im üblichen Sinne" zu halten. Studentenführer Abigt verbot sie kurzerhand, weil Angermaier als weltanschaulich unzuverlässig gelte. Zwar setzten sich Angermaier und sein akademischer Lehrer, Professor Wilhelm Laforet, noch erfolgreich zur Wehr. Doch der neue Studentenführer Hoos unternahm alles, Angermaier die „politischen und weltanschaulichen Unzulänglichkeiten" nachzuweisen und ihn herabzusetzen als kein „in der Bewegung verankerter Hochschulnachwuchs". Angermaiers Kurse wurden untersagt. Eine daraufhin eingereichte couragierte Beschwerde Angermaiers „in unverschämtester Tonart" bestätigte der Gegenseite nur die eigene Einschätzung. Von seinen Studienleistungen her war Angermaier allseits anerkannt. Er hatte alle Kommilitonen überragt und die juristischen Staatsprüfungen mit ausgezeichneten Ergebnissen bestanden. Die in kurzer Folge 1937 und 1938 abgelegten Doktorprüfungen in Jura und Staatswissenschaften mehrten die Fama des Hochbegabten.
Dabei war er keineswegs reiner Theoretiker, sondern zeigte auch im dreijährigen praktischen Vorbereitungsdienst an mehreren Gerichten, in der kommunalen Verwaltung und in einer Rechtsanwaltskanzlei „sehr erheblich über dem Durchschnitt liegende Kenntnisse juristi-

scher und allgemeiner Art". Obgleich er eine hervorragende große Staatsprüfung im Herbst 1939 absolvierte, wurde seine weitere Laufbahn versperrt. Angermaiers Dienstvorgesetzter, der überzeugte Altnationalsozialist und Landgerichtspräsident Karl Bauer, urteilte, trotz seiner „glänzenden Geistesgaben" habe sich Angermaier „der Arbeit für das Allgemeinwohl versagt". Dies besagte damals, Angermaier war in keinem Verband der Partei oder einer ihrer Gliederungen. Als Vorsitzender des NSDAP-Kreisgerichts lehnte Bauer schließlich Angermaiers Aufnahmeantrag ab, was einem Berufsverbot gleichkam, da er somit auch nicht die notwendige Aufnahme in den Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund erlangen konnte. Das war ein hoher Preis. Um der sicheren Karriere willen war Angermaier nicht seit 1933 zum Opportunisten geworden, der mit geheuchelter oder wahrer Begeisterung, zumindest durch schweigendes Mitmachen, in die Parteigliederungen und angeschlossenen Verbände eintrat. Er schwor auch nicht der Normannia und seiner Glaubensüberzeugung ab, im Gegenteil: Er zog bei Fronleichnamsprozessionen demonstrativ mit. Angermaier war kein Nationalsozialist, auch kein Mitläufer.

## III

Letzter beruflicher Ausweg für den hochqualifizierten Angermaier blieb die Anstellung als Justitiar im kirchlichen Dienst, die er im Bischöflichen Ordinariat im Herbst 1939 antrat. Doch schon kurze Zeit später erhielt er die Einberufung zur Wehrmacht. Das nationalsozialistische Deutsche Reich hatte Polen überfallen und damit den Zweiten Weltkrieg entfesselt. Angermaier wurde in München, anschließend in Trier, bei einer Beobachtungs-Ersatzabteilung ausgebildet und im Mai 1940 beim völkerrechtswidrigen Durchmarsch durch das neutrale Luxemburg und Belgien und bei Kämpfen in Frankreich in einer Lichtmeßbatterie eingesetzt. Er sehnte sich nach der „Gnade einer zivilen Arbeit". Seine Tagebuchnotizen aus dieser Zeit sind bar jeden Überschwangs oder einer irgendwie gearteten Siegesstimmung. Seine Abneigung gegen alles Soldatische und dieses Krieges war tief; dennoch kam er der Einberufung nach. Eine Verweigerung oder Desertion lagen nicht in der Konsequenz seiner Haltung. Über sie ließ er die Kameraden und Vorgesetzten allerdings nicht im unklaren. Gegen die Erschießung eines wehrlosen französischen Soldaten durch einen deutschen Hauptfeldwebel protestierte er wegen des Verstoßes gegen die Genfer Konvention.

Demonstrativ nahm er als deutscher Soldat an Gemeindegottesdiensten in Belgien und Frankreich und an der Beerdigung eines französischen Soldaten teil. Er setzte alles daran, für den kirchlichen Dienst im Würzburger Ordinariat wieder freigestellt zu werden. Es gab jedoch starke Bestrebungen der Vorgesetzten und Kameraden, dies zu verhindern. Als es ihm dennoch gelang, ließ sich ein Hauptmann seiner Abteilung darüber aus: „Sonst ist er so katholisch, tut so fromm und ist so ein Betbruder und da ist er so durchtrieben und raffiniert. Aber wir werden schon auch unsere Wege zu gehen wissen."
Die entscheidende Hilfe, um auf Bereitstellungsschein im August 1940 entlassen zu werden, hatte Angermaier von seinem Bundesbruder aus der Normannia, Otto Werb, erhalten, der als Adjutant der Beobachtungs-Ersatzabteilung 7 in München Dienst tat. Der Kommandeur der BE 7, Josef Brennfleck, aus alteingesessener Würzburger Familie stammend, sorgte umgehend für Angermaiers Entlassung, machte aber darauf aufmerksam, daß er „damit auf eigene Verantwortung etwas über meine Befugnisse" hinausgegangen sei.
Auch in der Folgezeit mußte Angermaier stets fürchten, erneut eingezogen zu werden. Brennfleck und Werb waren weiterhin bei Beurlaubungen behilflich, bis schließlich nur noch in einer Unabkömmlichstellung größere Erfolgsaussichten gesehen wurden. In der Reihe der wiederholten Gesuche spielte eine erhebliche Rolle das Eintreten eines weiteren Bundesbruders aus der Normannia: Kardinal Faulhaber setzte sich für seinen Bundesbruder und juristischen Berater Angermaier beim Chef des Generalstabs des Generalkommandos des XIII. Armeekorps, Generalleutnant Paul Voit, in Nürnberg ein. Dieser fühlte sich dadurch außerordentlich geehrt. Die Unterschrift eines Kardinals der Kirche sei für ihn wie „eine kostbare Reliquie".

## IV

Mit der Rückkehr nach Würzburg im Herbst 1940 begann jene Phase in Angermaiers Leben, die ihn zu einer Persönlichkeit der Zeitgeschichte machte: der Einsatz im Widerstand gegen die NS-Diktatur. Er brauche, so Angermaier, „den Geruch von meiner erfüllten Arbeit, die Nähe des Kampfes um Freiheit und Recht". Nirgends sei er so glücklich erfüllt wie dort, wo er beistehe. Döpfner sprach von „Husarenstückchen", die Angermaier für andere wagte. Die Benediktiner der Abtei Münsterschwarzach, deren Rechtsberater er war, bescheinigten ihm: „Dr. Angermaier scheute vor nichts zurück und setzte oft sein Leben und die Existenz seiner Familie aufs Spiel."

Der kirchliche Justitiar beunruhigte schon bald durch seine juristischen Finessen den stellvertretenden Gauleiter, der vor dem „Treiben" Angermaiers die Bürgermeister warnte, da sie „diesen gerissenen Leuten nicht gewachsen" seien. Angermaiers Tätigkeit im Ordinariat wurde als „gegen den Staat" gerichtet gewertet.
Angermaier hatte sämtliche Rechtsfälle der Diözese zu bearbeiten. Er trat selbstsicher auf und verschaffte sich mit seinem Charme und seinem souveränen Fachwissen Respekt. Durch die besonderen Umstände der NS-Zeit bedingt war er in zahlreiche Auseinandersetzungen verwickelt, die von der aggressiven Kirchenpolitik der NS-Seite herrührten. Dies betraf vor allem die Ordensgemeinschaften, die durch Beschlagnahmung und Enteignung ihrer Häuser sowie Vertreibung der Ordensleute bedroht waren. Doch auch für gefährdete und verfolgte Einzelpersonen wurde Angermaier zum Ratgeber und zur Anlaufstelle.
Er entwickelte eine kirchenpolitische Konzeption, in deren Mittelpunkt die Bündelung aller Kräfte der Diözese, aber auch die überdiözesane Koordination geplant war. Mit Kardinal Faulhaber hatte er vereinbart, seine Tätigkeit für die Diözese Würzburg und ab Juli 1941 auch für die Erzdiözese Bamberg auf sämtliche bayerischen Diözesen auszuweiten. Dieser Plan scheiterte an den Bedenken der übrigen Bischöfe, von einem Laienjustitiar vertreten zu werden. Zudem hatte es Angermaier gewagt, in einem Memorandum zur Frage der kirchlichen Lehrunterweisung dem Regensburger Bischof Michael Buchberger mit „christlichem Freimut", wie Angermaier schrieb, sowohl erhebliche Fehler kirchenpolitischer Art durch unnötige Zugeständnisse an die Gestapo als auch Fehler in kirchenrechtlicher und pastoraler Hinsicht nachzuweisen. Angermaiers couragierte Haltung war somit stets der Wahrung des Rechts geschuldet, unabhängig davon, ob es sich um einen NS-Vertreter oder aber um einen Kirchenobern handelte. Diese unbeirrte Position löste eine gehässige Reaktion Buchbergers aus, die jede Souveränität des Bischofs vermissen ließ. Er warnte die Bischöfe der Nachbardiözesen: „Es kann also sein, daß der Inquisitor auch über Dich kommt." Angermaier habe „Belehrungen und Mahnungen" und einen „deutlichen Tadel" geäußert. Faulhaber, der das Memorandum persönlich in Auftrag gegeben hatte, weil er entsetzt war über Buchbergers Vorgehen in dieser Frage, klärte den Bischofskollegen leider nicht über diesen Hintergrund auf.
Angermaier konnte für die Diözese Würzburg seine kirchenpolitische Linie erfolgreich durchhalten, so daß sich selbst in den Berliner Reichsministerien der Justiz und für die kirchlichen Angelegenheiten die zuständigen Sachbearbeiter wunderten über die besonders gela-

gerten Fälle in Würzburg und im Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg. In den sozusagen amtlichen kirchenpolitischen Fällen versuchte Angermaier mit juristischen Mitteln die formal noch existierenden rechtsstaatlichen Institutionen der Justiz und Verwaltung, die er aus seiner juristischen Ausbildungszeit her genauestens kannte, so zu nutzen und auszuspielen, daß entweder noch letzte Möglichkeiten ausgeschöpft werden konnten oder aber die Aushöhlung des Rechtsstaates offenkundig gemacht wurde. Die Unkenntnis bischöflicher Behörden über die möglichen Rechtswege und der dort gepflegte Dilettantismus brachten Angermaier auf. Geradezu erbost war er über die nicht koordinierte Vorgehensweise einzelner Bischöfe wie Adolf Kardinal Bertram, Bischof Buchberger oder Bischof Heinrich Wienken, die in einer Art vorauseilendem Gehorsam auch im ureigensten kirchlichen Rechtsraum um Erlaubnis nachsuchten. Sarkastisch vermerkte Angermaier dazu: „Wenn es so weitergeht, wird es schließlich dahin kommen, daß uns nächstens die Rubriken für Meßopfer und Brevier vom Reichs-Sicherheits-Hauptamt vorgeschrieben werden."

## V

Angermaier beurteilte die Lage im übrigen illusionslos und war der Überzeugung, man müsse „der Gegenseite entschlossenen Widerstand entgegensetzen". Daher griff er zunehmend auf konspirative Methoden und Gruppen zurück, denen er nicht ohne eine gewisse Abenteuerlust anhing. So unterstützte er maßgeblich die Würzburger „Grüne Gruppe" um Ludwig Altenhöfer und Oskar Neisinger, in deren Nachkriegsveröffentlichungen er als „Dr. Ritter" oder „Freund aus dem Ordinariat" auftaucht und unverkennbare Züge eines Helden trägt. Nach der Beschlagnahmung der Abtei Münsterschwarzach, gegen die er sich auf der kirchenpolitischen Ebene einsetzte, kam es zu eindrucksvollen Demonstrationen, bei denen auch die „Grüne Gruppe" beteiligt war. Angermaier besorgte Material zur Herstellung von Flugblättern. Am 15. Mai 1941 notierte er, der Enkel eines Häckers aus Sommerach, vielsagend und triumphierend: „Die Gestapo sucht nach dem Verfasser insbesondere des Briefes, welcher von einem ‚Häcker' fingiert ist."
An seinem zweiten Tätigkeitsort in Bamberg bildete sich ein Gesprächskreis um Rechtsanwalt Hans Wölfel, zu dem die Franziskanerpatres Bruno und Herigar Mekes, Benediktinerpater Barnabas Liebisch, Kaplan Jupp Schneider, der ehemalige Präsident des Landgerichts Bamberg, Lorenz Krapp, und Oberlandesgerichtsrat Hans

Heinrich Sommerrock gehörten, die Angermaier „so liebe corona". Für politische und kirchenpolitische Fragestellungen ermöglichte der Kreis einen vertrauten Austausch. Sein besonderes Profil erhielt er dadurch, daß die meisten der Teilnehmer schon mit der NS-Seite in Konflikt geraten waren. Von mehreren Mitgliedern sind Hilfen für verfolgte Juden überliefert, wodurch sie sich und alle in dieser Helferlinie beteiligten Personen gefährdeten. Angermaier waren aber auch die spirituellen Anregungen des Kreises wichtig. Das franziskanische Ideal suchte er in seinem Leben zu verwirklichen. Wölfel war Angermaier in dieser Weise Freund und Vorbild. Er wurde aufgrund einer Denunziation im Oktober 1943 verhaftet und nach dem Urteil am 3. Juli 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet. Angermaier und andere Freunde, darunter Döpfner, deuteten dieses Ende als „Martyrium" des gläubigen Christen Wölfel.

## VI

Angermaier hatte nach der Entrechtung der Klöster durch den 1940 einsetzenden „Klostersturm" die „Bildung eines kleinen Ausschusses" angeregt. Es gehe darum, ob die Maßnahmen der NS-Seite mit „den Grundsätzen eines geordneten Rechtsstaates und vor allem mit den Grundsätzen der natürlichen und christlichen Eigentumsordnung" vereinbar seien. Das Gremium konstituierte sich schließlich als „Ausschuß für Ordensangelegenheiten" im Sommer 1941. Zum Kern des Kreises gehörten die Münchener Jesuitenpatres Augustinus Rösch und Lothar König sowie die Dominikanerpatres Laurentius Siemer und Odilo Braun. In der Konzeption des Ausschusses nahm die Zusammenarbeit mit den Bischöfen eine zentrale Rolle ein, weshalb die Initiatoren die Autorisierung durch die Fuldaer Bischofskonferenz suchten. Als bedeutendste Mitglieder des Episkopats traten die aus Bayern stammenden Bischöfe von Berlin und Fulda, Konrad Graf von Preysing und Johannes Dietz, hinzu.

Der Ordensausschuß sah nicht nur in der Verteidigung der Rechte der Klöster gegen NS-Übergriffe seine Aufgabe. Es ging ihm um die moralischen Gegenkräfte, die zu stärken seien gegen ein Unrechtsregime. Hohe Erwartungen richtete das Gremium auf die deutschen Bischöfe. Das Volk erwarte „Klärung in schwersten Gewissensfragen". Die Bischöfe müßten göttliches und natürliches Recht hüten und verteidigen. „Auch der nichtchristliche Teil in Deutschland", d. h. die Juden, „der unter der Last der Rechtlosigkeit und seiner eigenen Ohnmacht gegenüber Unrecht und Gewalt leidet, erwartet Hilfe und Verteidigung der allgemein menschlichen Rechte durch

den deutschen Episkopat." Dies würde eines Tages „von gewaltiger historischer Bedeutung sein". Wie der Papst in einem Brief an den münsterischen Bischof Clemens August Graf von Galen zum Ausdruck gebracht habe, billige Pius XII. eine klare Sprache. Von Bedeutung seien nicht der Erfolg oder der Mißerfolg, so der Ordensausschuß. Für die Bischöfe sei entscheidend: „Was ist im gegenwärtigen Augenblick unsere Pflicht? Was verlangt das Gewissen? Was erwartet Gott, das gläubige deutsche Volk von seinen Bischöfen?"
Der Ausschuß, dem der Laie Angermaier, die Patres und die Bischöfe Dietz und Preysing angehörten, hatte einen Hirtenbrief verfaßt, den die Bischofskonferenz im Advent 1941 verlesen sollte. Angermaier hatte den Inhalt entscheidend geprägt, indem er den kirchlichen, die im ersten Teil genannt wurden, allgemeine Rechtsverletzungen hinzufügte. In seiner Einleitung hierzu hatte er formuliert: „Mit noch mehr Schmerz beklagen wir es aber, daß selbst die von Gott in seine Schöpfungsordnung gelegten unverrückbaren Gesetze mißachtet und verletzt werden. Wir meinen jene Gesetze, welche die Grundpfeiler aller menschlichen und vorzüglich aller abendländisch-christlichen Kultur waren, sind und bleiben müssen." Der Schutz des Privateigentums, der Wahrheit und Ehre, der persönlichen Freiheit, des Lebens und des Rechtes führte Angermaier auf. Eine radikale Anklage des Regimes sollten die Bischöfe erheben. Die Sammellager der Gestapo seien „schreiendes Unrecht". Die Bischöfe sollten sich „gegen diese unberechtigte Vernichtung der persönlichen Freiheit" verwahren. Es sei Tatsache, daß keiner in Deutschland seines Lebens sicher sei. „Niemand kann die Gewaltmaßnahmen der Geheimen Staatspolizei überprüfen und niemand kann sie hindern, daß sie tötet, wen sie töten will", so Angermaier in seinem Entwurf für den Hirtenbrief. Der den Bischöfen übergebene Hirtenbrieftext behielt diesen naturrechtlichen Teil bei. Die Bischöfe dürften dazu nicht schweigen, wie es als Erklärung hieß, wenn es ihnen „ernst ist mit den einfachsten Pflichten unseres oberhirtlichen Amtes, wenn wir nicht schuldig werden wollen vor Gott, vor euch und vor der Zukunft".
Dieser öffentliche Protest der Bischöfe gegen die allgemeinen Menschenrechtsverletzungen hätte im Herbst 1941, als die Deportationen der deutschen Juden einsetzten, eine eindeutige Option für die Opfer des Regimes bedeutet. Die Hirten aber schwiegen und ließen es bei einer Denkschrift bewenden, die in der Reichskanzlei eingereicht wurde und von der das Volk nichts erfuhr. Der Versuch des Episkopats, im Frühjahr 1942 zu einem gemeinsamen Wort zu gelangen, nachdem das Regime weiterhin die Menschenrechte verletzte, scheiterte ebenfalls. Die mildere Fassung wurde nicht von allen

Diözesen verlesen. Kardinal Faulhaber hatte die Initiativen des Ausschusses mitgetragen und gehörte zu jenen, die 1942 auf die Kanzel stiegen, um die „gottverliehenen Menschenrechte" zu verteidigen.
Angermaier zeigte sich am 19. November 1941 enttäuscht vom Scheitern des Hirtenbriefes: „Die Kirche glaubt, sie könnte durch Taktik und Anpassung erreichen, daß sie durch die Zeit hindurchkommt. Das geht nur durch Übergriffe auf die christliche Substanz." Wesentlich zum Einsatz der Kirche gehörte hingegen für Angermaier die öffentliche Anklage von Menschenrechtsverletzungen, die immer weiter gingen und durchaus nicht, wie viele nach 1945 behaupteten, ohne Wissen der deutschen Bevölkerung blieben. Als Angermaier im Sommer 1943 von der Ostfront nach Berlin und Würzburg kam, brachte er entsetzliche Nachrichten mit, die er von einem Soldaten erfahren hatte und in seinem Tagebuch notierte. Auf der Rückfahrt nach Brest-Litowsk im Oktober 1942 habe der Soldat miterlebt, „wie 1800 Juden erschossen wurden. Männer, Frauen, Kinder. Die Leute wurden an eine Kiesgrube hinausgefahren, mußten sich nackt ausziehen und wurden erschossen. Die Kleider wurden zurückgebracht und für weitere Zwecke verarbeitet."
Im Herbst 1943 gelang es, den sogenannten „Dekalog-Hirtenbrief" durchzusetzen gegen die Widerstände der staatsloyalen Bischöfe, zu welchen der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, und der Regensburger Bischof Buchberger zählten. Den zehn Geboten wurden allgemeine Menschenrechte zugeordnet, deren Wahrung die Bischöfe einklagten. Zum Recht des Menschen auf Leib und Leben lautete die Passage: „Tötung ist in sich schlecht, auch wenn sie angeblich im Interesse des Gemeinwohls verübt würde: An schuld- und wehrlosen Geistesschwachen und -kranken, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugeborenen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegs- oder Strafgefangenen, an Menschen fremder Rassen und Abstammung. Auch die Obrigkeit kann und darf nur wirklich todeswürdige Verbrechen mit dem Tode bestrafen."

## VII

Dieser Hirtenbrief erfüllte einige der seit 1941 schon erhobenen Forderungen des Ordensausschusses nach öffentlichen Verlautbarungen des Episkopats gegen Menschenrechtsverletzungen des Regimes. Der Hirtenbrief stellte auch den Widerstandskreis um Helmuth James Graf von Moltke, den „Kreisauer Kreis", in etwa zufrieden,

wenngleich Moltke den endgültigen Text im Vergleich zum ersten Entwurfstext farblos fand. Die Kontakte des Ordensausschusses zum „Kreisauer Kreis", der Pläne für die Zeit nach Hitlers Sturz verfaßte, waren dicht: Rösch, König und Preysing zählten zum inneren Kern. Dietz und Moltke führten in Fulda Gespräche. Die Bischöfe Preysing, Dietz und Faulhaber erhielten die Kreisauer Neuordnungspläne zur Kenntnis- und Stellungnahme. Angermaier hatte seine Staats- und Verfassungspläne, die er vor dem 12. November 1942 fertigstellte, mit König und dessen Mitbruder P. Alfred Delp, sozusagen im „Münchener Zweig des Kreisauer Kreises", intensiv diskutiert.

Er forderte darin den Sturz der Hitler-Diktatur und einen Friedensschluß. Angermaiers politische Stoßrichtung lag in einem christlichen, sozialen, freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat. Nicht der Nationalstaat, sondern das „geeinte Europa" sei das Ziel der Zukunft. Dabei sei diese Neuordnung „keine Frage der Organisation, sondern der Erziehung". Der „europäische Mensch" müsse sich erst wieder „zum Menschen entdecken". Die „Garantie der Menschenrechte, der absoluten Rechtssicherheit und von der Menschenwürde geforderten Lebensmöglichkeit für den einzelnen Bürger" sei unbedingt zu sichern. Sozialphilosophisch beruhten Angermaiers Vorstellungen auf der in den päpstlichen Sozialenzykliken dargelegten christlichen Soziallehre, rechtsphilosophisch waren sie in der katholischen Naturrechtslehre verankert. In Politik und Wirtschaft sollten die Prinzipien der Selbstverwaltung und der Subsidiarität umgesetzt werden. Bemerkenswert ist die Betonung des Sozialstaatsgedankens bei Angermaier: die Förderung der Bildung aller Schichten, Sozialabgaben, Sozialbindung des Eigentums, Mindestlohngarantie, Gewinnbeteiligung und Mitbestimmung im Betrieb.

Neben einer Neuordnung im gesellschaftspolitischen Bereich schwebte Angermaier auch eine Neuordnung der katholischen Kirche vor. Zu seinen Leitideen gehörte die Verwirklichung des franziskanischen Ideals und der Beitrag der Kirche für ein christliches Europa. Mit seinen Ideen zur „Weiblichkeit Gottes", zu einer „existentiellen Moral", mit der Forderung nach Trennung von Kirche und Staat, einer stärkeren Stellung des sachkompetenten Laien und der Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts als Pflichtfach zeigte er sich als streitbarer katholischer Laie.

Angermaiers Kernaussagen in seinen Plänen weisen deutliche Konvergenzen zu den Leitlinien des „Kreisauer Kreises" über die „Grundsätze für die Neuordnung" auf. Dekalog-Hirtenbrief und Grundsätze waren im Sommer 1943, in dem neuerliche Staatsstreichpläne ausgeführt werden sollten, termingerecht vorbereitet

worden. Angermaier war zu den Gesprächen der Ordensausschußmitglieder in Berlin im August 1943 von der Ostfront trotz Urlaubssperre gekommen. Er war nämlich wieder Soldat.

## VIII

Nachdem er im Frühjahr 1942 ein strenges Gestapo-Verhör und eine stundenlange Wohnungsdurchsuchung über sich hatte ergehen lassen müssen, folgte er im Herbst dem Rat des Bundesbruders Werb, sich vor den Nachstellungen der Gestapo in Sicherheit zu bringen: Das konnte damals den Frontdienst in der Wehrmacht bedeuten. Es bedurfte allerdings erneuter Findigkeiten und Beziehungen von Freunden, um Angermaier aus einer Abteilung heraus zu bringen, bei der er wegen der dortigen feindseligen Haltung gegen ihn sogar um sein Leben fürchtete. Die tatsächlich rettende Lösung bot wiederum die Beobachtungs-Abteilung Kommandeur Brennflecks, zu der Angermaier im Januar 1943 als Kanonier an die Ostfront kam. Im Juli desselben Jahres war er bereits zum Leutnant der Reserve durch Protektion Brennflecks befördert, eine einmalig schnelle und steile Karriere.

Als Ordonnanzoffizier der Abteilung erhielt er einen gewissen Handlungsspielraum. Den Kontakt zu den Ausschußmitgliedern im Deutschen Reich hielt er aufrecht, so daß er im Sommer 1943 bei den entscheidenden Gesprächen und Planungen in Berlin sein konnte. Beim Rückzug aus dem Mittelabschnitt während der Sommeroffensive der Roten Armee im Juni/Juli 1944 übernahm er eine verantwortliche Rolle für seine Kameraden. Seinem umsichtigen und mutigen Handeln verdankt die Abteilung ihre Rettung. Im Juli 1944, als Claus Schenk Graf von Stauffenberg das Attentat auf Hitler am 20. Juli verübte, war Angermaier in München und Würzburg. Die Ausschußmitglieder Braun und Rösch wurden im Zuge der Ermittlungen verhaftet, Siemer und König konnten untertauchen. Delp wurde – wie andere Mitglieder des Kreisauer Kreises auch – verhaftet und hingerichtet. Auch die Sekretärin Pater Brauns wurde verhaftet und verhört. Sie konnte in einem Kassiber Braun jedoch den beruhigenden Hinweis geben: „Nach Ang[ermaier] nicht gefragt." Die NS-Seite hatte vermutlich bis dahin keinerlei Hinweis auf Angermaiers Verbindungen zum Ausschuß und Kreisauer Kreis erhalten, was als ein Ergebnis seiner Taktik gewertet werden kann, stets die Anonymität zu wahren.

Nach dem 20. Juli 1944 kehrte Angermaier wieder zu seiner Abteilung zurück und wurde schließlich zu einer neu aufgestellten Beob-

achtungsabteilung versetzt, die zuletzt in Fürstenwalde/Spree stationiert war. Sein Freund aus dem Würzburger Ordinariat, Theodor Kramer, warnte ihn vor den „guten Freunden, die es schon immer so, ach sooo gut mit Dir meinten und Dich darum so treu behüten, sei auf der Hut". Als der Leutnant als Beifahrer auf einem Wehrmachtsmotorrad am 27. März 1945 auf der Schloßstraße in Berlin-Steglitz fuhr, ereignete sich der tödliche Verkehrsunfall. In dem Moment, als sein Fahrer einen SS-Wagen überholen wollte, bog dieser ab. Es kam zum Zusammenprall. Angermaier soll einen Schädelbasisbruch erlitten haben und im nahegelegenen SS-Lazarett gestorben sein. Die genauen Todesumstände wurden nie geklärt; die Witwe erfuhr erst im Dezember 1945 vom Tod ihres Mannes.

## IX

Für Angermaier ist es charakteristisch, daß er nicht nur die Konsequenzen auf sich nahm, die aus seinen Überzeugungen folgten, wie das Berufsverbot als bekennender Katholik und Normanne, sondern daß er die Vorteile, die er durch Freunde gewann, nicht genoß, um sie für sich selbst auszukosten. Angermaier ruhte sich halt nicht in seinen Positionen aus, um zu überwintern und als Demokrat 1945 hervorzukriechen. Er tat nicht nur das Geforderte, sondern engagierte sich immer darüber hinausgehend und hatte sowohl den Einzelnen als auch das Ganze im Blick.
Angermaier, der sich nach der Aufgabe seines Berufszieles als Priester in der Kirche als Laie zunächst zu „bitterer Unfruchtbarkeit verurteilt" sah, erfuhr bald, daß er der Kirche in der Verteidigung ihrer Rechte äußerst hilfreich wurde. Nicht ganz unbegründet war seine Bemerkung, er müsse den Bischöfen manche Vorgehensweisen erst erklären: „Die Herren schauen sonst bestimmt nicht durch." Den greisen Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, stufte er als „ganz ein Mann des alten Denkens" ein. Daher setzte er für Veränderungen auf eine Minderheit innerhalb des Episkopats.
Die Besonderheit seines Engagements im „Ausschuß für Ordensangelegenheiten" und im Münchener Zweig des „Kreisauer Kreises" liegt darin, daß der Laie Angermaier zusammen mit Ordensleuten und Bischöfen nach acht Jahren nationalsozialistischer Herrschaft die Forderung nach einem Einsatz der Kirche für die Menschenrechte stellte und ein Schweigen der Bischöfe als Schuld und Amtspflichtverletzung wertete. Mit der Beteiligung an konspirativen politischen Widerstandsgruppen gegen den NS-Staat und die NS-Regierung arbeiteten Angermaier und seine Mitstreiter, während andere

Bischöfe bis zum 8. Mai 1945 den Gläubigen den Gehorsam gegenüber der Obrigkeit als sittliche Pflicht einschärften, an Neuordnungsplänen mit und bestimmten das Verhältnis als Christen und Kirchenvertreter zum neuen, zum zukünftigen Staat. Die (kirchen-)historisch bedeutsame Umbruchphase zu einer Kirche in der Demokratie und zu einer Kirche des Zweiten Vatikanum zeichnete sich schon hier ab.



# Anton Pfeiffer (1888–1957)

Eine Karriere auf dem glatten Parkett der Politik hatten weder seine Eltern, noch er selbst sich vorstellen können. Als Kind eines Pfälzer Bezirkshauptlehrers strebte Anton Pfeiffer vielmehr den Beruf des Lehrers an – Studienrat für Englisch und Französisch wollte er werden. Die Wirren der Revolution in Bayern 1918 gaben seinem Leben aber einen anderen Akzent. Mit nur einer Unterbrechung – 1934–1945, als er auf Grund der politischen Verhältnisse ins Lehrerdasein zurücktauchte – erlebte und gestaltete er die politischen Geschicke Bayerns und der frühen Bundesrepublik von 1919 bis 1954 mit.

Er wuchs in einer kinderreichen Lehrerfamilie in der bayerischen Rheinpfalz auf. Wie er selber hervorhob, haben ihn ein starker Familienbezug und eine tiefe Verwurzelung in der Pfälzer Heimat geprägt. Bildungseifer und das Streben nach Aufstieg durch Bildung waren die Grundpfeiler der Erziehung. „Neun von uns zogen zur Universität, fünf von uns erwarben nach dem sonstigen Abschluss ihrer Studien auch noch den Doktorgrad", diese stolze Bilanz konnte er im Rückblick ziehen. Vielleicht hat das Zusammenleben in einer großen Familie auch seine vermittelnde, ausgleichende, „diplomatische" Art beeinflusst; jedenfalls lag darin einer seiner wesentlichen Charakterzüge.

Er war Pfälzer, bayerischer Patriot und Föderalist. Sowohl 1919 als auch nach 1945 gehörte er zu jenen, die eine eigene christliche Partei in Bayern anstrebten und die Einhaltung des föderalistischen Prinzips beim Staatsaufbau reklamierten. Dass er neben der französischen auch die englische Sprache perfekt beherrschte, ermöglichte ihm die Gründung einer amerikanischen Schule und die mühelose Pflege von Kontakten mit ausländischen Politikern. Nach 1945 konnte er so gewandt auf der Klaviatur der deutschen Nachkriegsdiplomatie spielen, dass ihm die Etikette „heimlicher Außenminister Bayerns", „kleiner Metternich Bayerns" oder „graue Eminenz der bayerischen Politik" angeheftet wurden.

# I

Am 7. März 1888 kam Anton Pfeiffer als achtes von zwölf Kindern des Bezirkshauptlehrers Franz Xaver Pfeiffer und seiner Ehefrau Anna Maria in dem kleinen Ort Rheinzabern in der damals noch bayerischen Pfalz zur Welt. Die Vorfahren väterlicherseits waren Gastwirte, Landwirte, Schmiede, Mützenmacher, und auch ein „Student der Medizin" war darunter, der aber im Krimkrieg umkam. So war es durchaus ein sozialer Aufstieg, als Franz Xaver im August 1888 zum Direktor der „Königlich Bayerischen Staatserziehungsanstalt" in Speyer avancierte – ein auch aus existentiellen Gründen großes Glück für die Großfamilie. Nicht viele Details sind aus Antons Kindheit und Jugend bekannt, aber beeindruckend ist doch, wie zielstrebig und erfolgreich Anton und seine Brüder ihre Ausbildung durchliefen und akademische Abschlüsse erreichten. Zum Bildungsgang der drei Schwestern ist dagegen nichts bekannt.

Anton Pfeiffers Ausbildung begann in Speyer. Er durchlief ein humanistisches Gymnasium, in dem er in fast allen Fächern Lehrer hatte, „die nicht nur Meister des Lehrens, sondern auch Erzieher höchsten Ranges und Former der Seelen" waren. Er studierte Anglistik, Romanistik und Pädagogik als „Berufsstudium" und hörte daneben Staats- und Wirtschaftswissenschaften. 1913 wurde er mit einer Dissertation über die literarischen Beziehungen zwischen Lord Byrons satirischem Epos „Don Juan" und Thomas Hopes Roman „Anastasius" promoviert. Um sein Budget während des Studiums und der Promotion aufzubessern, nahm er eine Stelle als Lehrer an der 1907 von dem amerikanischen Hochschullehrer John Milner Coit in München gegründeten „Coit School for American Boys" an, in der Söhne von zeitweise in München lebenden Amerikanern unterrichtet und auf das amerikanische College-Examen vorbereitet wurden. Schon in dieser Zeit bahnten sich erste Kontakte zu amerikanischen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kulturleben an. Coit engagierte sich im Ersten Weltkrieg, als Mitglied der „American Church of Ascension", in der Münchner amerikanischen Kolonie zugunsten Deutschlands. Vielleicht musste die Schule deshalb 1916 schließen – die offizielle Begründung war: „ ... wegen wirtschaftlicher und politischer Probleme".

Mit Ausbruch des Krieges 1914 war Pfeiffer als Aushilfsassistent an die Gisela-Realschule in München verpflichtet und vom Militärdienst freigestellt worden. 1916 nahm er die damals unterbrochenen Universitätsstudien wieder auf und befasste sich mit Verfassungsgeschichte, Nationalökonomie und bayerischer Regionalgeschichte. Im August 1916 heiratete er die Schwester seines Schwagers, Elisabeth

(Elsa) Waldvogel. Seine Söhne Anton, Peter und Rudolf wurden 1920, 1922 und 1924 geboren.
Die Übergriffe während der Münchner Räterepublik Ende 1918 bis Anfang 1919 änderten seinen eigentlich angestrebten Berufsweg. Er stieß zur Bayerischen Volkspartei (BVP), die sich vom alten bayerischen Zentrum löste und sich als neue bürgerliche interkonfessionelle Partei bildete. Ihre Gründer lasteten dem Versagen des Bürgertums den Erfolg der Revolution an und wollten nun der staatlichen Schwäche und dem „um sich greifenden sozialistischen Gedankengut" den „christlichen Staatsgedanken" entgegen setzen. Pfeiffer wurde Generalsekretär der neuen Partei und blieb bis 1933 in diesem Amt.
Das wohl erschütterndste Erlebnis im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen in München hatte er während einer Landtagssitzung unmittelbar nach der Ermordung des sozialistischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner am 21. Februar 1919. Er wurde Zeuge einer Schießerei, in deren Verlauf Innenminister Erhard Auer schwer verletzt und der Adjutant des Kriegsministers Albert Roßhaupter, Jahreis, von Revolutionären getötet wurden. Pfeiffer selbst entging nur knapp einem tödlichen Schuss, der dann seinen BVP-Kollegen Heinrich Osel traf. In der Folgezeit erlebte er noch zahlreiche Schießereien und Straßenunruhen. Der im Grunde konservative, auf Tradition, Ruhe und Ordnung bedachte junge Mann interpretierte die Revolution im Licht solcher Erfahrungen und lehnte sie zutiefst ab.
Die Tätigkeit als Generalsekretär in der seit 1919 an der Regierung beteiligten Bayerischen Volkspartei war in den kommenden Jahren mit einem enormen Arbeitspensum verbunden. Der Generalsekretär verwaltete auch die Parteikasse und war für alle Finanzgeschäfte zuständig. Er versorgte ferner die Landtags- und Reichstagsabgeordneten der Partei regelmäßig mit Informationsmaterial, wofür ihm die „BVP-Correspondenz" zur Verfügung stand. Zudem gründete er 1919 als eine Art persönliches Sprachrohr die Zeitschrift „Politische Zeitfragen", in der er regelmäßig Stellung bezog. Er sah den verlorenen Weltkrieg nicht als Folge von Fehlentscheidungen deutscher Politik, sondern lastete die Schuld den sozialistischen Parteien und den nach Deutschland eingewanderten Fremden an. Vor allem empörte ihn der Versailler Vertrag, den er – wie die große Mehrheit der Deutschen – als ein Diktat der Siegermächte verurteilte. Wegen seiner ausgleichenden Art und seiner weitreichenden Kontakte fiel Pfeiffer immer wieder auch die Rolle des Vermittlers zu. So konnte er 1925 einen parteiinternen Streit zwischen dem Bauernführer und BVP-Mitgründer Georg Heim und Ministerpräsident Heinrich Held schlichten.

Schon während seines Studiums hatte Pfeiffer sich für Verfassungsfragen interessiert. Als Generalsekretär setzte er sich mit der Weimarer Reichsverfassung und mit der Verfassung des Freistaates Bayern auseinander. Er beklagte die zentralistischen Tendenzen der neuen Reichsverfassung und lehnte die „schrankenlose Herrschaft der Mehrheit des Parlaments", wie es im ersten Flugblatt der BVP hieß, ab. Daher sollte dem Parlament ein Korrektiv in der Person des Staatspräsidenten entgegen gesetzt werden. Ebenso kämpfte die BVP für die finanzielle Eigenständigkeit Bayerns. Regelmäßig beobachtete und kommentierte Pfeiffer die Reichsaußenpolitik. Dabei verlor er sich in bildungsbürgerlich-abstrakten, realitätsfernen Vorstellungen über die Eigenständigkeit deutscher Weltpolitik.
Ähnlich realitätsfern waren seine Berichte von der Weltwirtschaftskonferenz in Genua vom 10. April bis zum 19. Mai 1922. Die BVP hatte ihn als Pressevertreter und Berichterstatter entsandt. Er beschreibt die Konferenz als ein Theaterstück auf der weltpolitischen Bühne. Den zwischen Deutschland und Russland, am Rande der Konferenz abgeschlossenen Vertrag von Rapallo vom 16. April 1920, in dem beide Parteien auf alle finanziellen Forderungen verzichteten und die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen vereinbarten, lehnte Pfeiffer ab. Es widerspräche „den Empfindungen eines großen Teiles des deutschen Volkes", dass mit dem Ursprungsland der Revolution Vertragsverhandlungen geführt worden seien.
Um neben der Arbeit für die Partei auch seinen Hobbys – Sprachen und internationalen Kontakten – nachgehen zu können, gründete Pfeiffer 1927 in der Nachfolge der „Coit School" ein „Amerikanisches Institut" in München. Aber die Politik holte ihn schnell wieder ein. Im Vorfeld der Landtags- und Reichstagswahlen im Mai 1928 waren zwei wichtige Probleme zu klären: die Frage des Koalitionspartners auf Landes- und die Art der Zusammenarbeit mit dem Zentrum auf Reichsebene. Im bayerischen Landtag war die BVP die stärkste Fraktion und hatte mit DNVP und Bauernbund koaliert. Trotz regelmäßig auftretender Reibereien zwischen den Partnern hielt man die Koalition aufrecht, weil eine Zusammenarbeit mit der SPD als Alternative nicht in Frage kam. Das Verhältnis zum Zentrum hatte sich seit der Trennung wegen verfassungspolitischer Differenzen 1920 verschlechtert, weil die Reichspartei im Wahlkampf 1924 in der Pfalz und Teilen des rechtsrheinischen Bayern eigene Kandidaten gegen die BVP aufgestellt hatte. Erst nach langen Streitereien gelang es, eine Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen im Reichstag zu installieren.

Bei den Landtagswahlen 1928 gewann die BVP wieder die relative Mehrheit der Plätze im Landtag. Eines der sechs ihr zufallenden Landesmandate erhielt Anton Pfeiffer, der so für den Stimmkreis Erlangen-Cadolzburg-Markt Erlbach in den Landtag einzog. Außerdem wurde er Mitglied in den Landtagsausschüssen für Staatshaushalt, Wirtschaft, Verfassung und Wahlprüfung. In der Leitung des BVP-Generalsekretariats vertrat ihn sein Kollege Josef Oesterle. Die Leitung des „Amerikanischen Instituts" übernahm stellvertretend sein Bruder Josef Pfeiffer.

## II

Mit dem aufkommenden Nationalsozialismus setzte Pfeiffer sich sehr kritisch auseinander. Im Mai 1923, noch vor dem Hitlerputsch im November, veröffentlichte er in den „Politischen Zeitfragen" einen ausführlichen Artikel des BVP-Landtagsabgeordneten und in den katholischen Arbeitervereinen engagierten Pfarrers Vielberth. Dieser analysierte das „25-Punkte-Programm" der NSDAP vom Februar 1920 und anderes NS-Schriftgut und kam zu dem Ergebnis, dass der Nationalsozialismus ein Abbild des Marxismus mit nationalistischem Vorzeichen sei, sich des deutsch-völkischen Gedankenguts bediene und eine zentralistisch-unitaristische Diktatur atheistischer Prägung mit staatssozialistischer Wirtschaftsordnung anstrebe.
1932 erschien an gleicher Stelle ein 96-seitiger Artikel mit der Überschrift „Blitzlichter über die Nationalsozialisten" von Pfeiffer selbst. „Wir nehmen dieser Bewegung die Maske weg und zeigen unserer Wählerschaft im Blitzlicht heller Scheinwerfer das wirkliche Gesicht des Nationalsozialismus", schrieb er. Diese Bewegung habe durch die „Laxheit" der Prozessführung gegen Hitler 1924 überlebt und sei dadurch sogar gestärkt worden. Pfeiffer klagte die Kirchenfeindlichkeit, die völkischen Duseleien, den Rassismus, die Wahnideen vom „unwerten Leben" und von der „Ehe als Zuchteinrichtung" an. Ebenso warnte er vor einer Erhöhung der Soziallasten, vor Konsumrückgang und vor Minderbeschäftigung in der Exportindustrie und damit neuer Arbeitslosigkeit als Folge des Strebens nach Autarkie.
Dieser schriftlichen Attacke folgte im Juni eine Rede im bayerischen Landtag, die Pfeiffer zu einem, bei ihm eher seltenen, rhetorischen Glanzstück geriet. Die Adressaten, die NSDAP-Abgeordneten, waren allerdings nicht mehr im Raum. Sie hatten nach einem Ordnungsruf des Landtagspräsidenten demonstrativ das Parlament verlassen. Noch schärfer als in seiner Schrift prangerte Pfeiffer hier die „systematische Zersetzungsarbeit" der Nationalsozialisten auf Ge-

bieten an, die „die Säulen und die Grundlage, nicht nur unseres Staatswesens, sondern unserer menschlichen Gesellschaft in der heutigen Form sind". Er meinte damit das System der Bespitzelung von Beamten, die Indoktrination der Jugend in den staatlichen Erziehungseinrichtungen, die prinzipielle Störung von Versammlungen anderer politischer Gruppierungen und nicht zuletzt den von der NSDAP angedrohten Boykott jüdischer Geschäfte. Mit dem Mut der Verzweiflung rief er aus: „Wir und unsere Freunde draußen im Lande werden uns jedem Versuche zu einem Terror von nationalsozialistischer Seite mit aller Energie entgegensetzen."
Nach dieser Generalabrechnung im Landtag erstaunt es um so mehr, dass nur kurze Zeit später leitende BVP- und Zentrumsmitglieder, unter ihnen Pfeiffer, in Verhandlungen mit der NSDAP traten, deren Ziel es war, die Partei in das Staatssystem einzubinden und so zu „zähmen". Bei den Reichstagswahlen Ende Juli 1932 hatten sich die Mehrheitsverhältnisse so massiv zu Gunsten der NSDAP und zu Ungunsten der bürgerlichen Parteien verändert, dass weder eine große Koalition noch eine Mitte-Rechts-Koalition die Mehrheit hatte. Nur eine Koalition aus Zentrum, BVP und NSDAP hätte sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen können. Kaum aber war eine leidliche Einigung über eine solche Koalition erzielt worden, war sie schon wieder gegenstandslos. Die NSDAP hatte durch die Verhandlungen mit den Bürgerlichen den „Steigbügel" ergriffen und war dann ohne die BVP „aufs Pferd gestiegen". Die Bayerische Volkspartei wurde aus den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen und hatte nur noch einen gewissen Einfluss auf die Regierungsgeschäfte in Bayern – allerdings nicht mehr lange. In den Landtagswahlen von März 1933 gewann die NSDAP auch hier die Mehrheit der Stimmen.
Noch einmal zog Anton Pfeiffer als Abgeordneter in den Landtag. Vergeblich versuchte Ministerpräsidenten Held, die Einsetzung des Generalleutnants Franz X. Ritter von Epp zum Reichsstatthalter in Bayern zu verhindern. Von Epp setzte ihn ab und bestimmte den NSDAP-Abgeordneten Ludwig Siebert zu seinem Nachfolger. Als aus den Bezirken bekannt wurde, dass BVP-Bürgermeister nicht mehr bestätigt und Neuwahlen angeordnet worden waren – sich die Gleichschaltung also in vollem Gange befand –, wurde Pfeiffer bei Siebert vorstellig – umsonst, denn schon kurze Zeit später verkündete Innenminister Adolf Wagner, er werde „in Zukunft keine Parteien mehr" dulden. Ende Mai erließ er ein generelles Versammlungsverbot für die BVP. Am 10. Juni wurden die ersten BVP-Mitglieder in Schutzhaft genommen, am 28. Juni reichsweit zahlreiche BVP- und Zentrumsvertreter verhaftet. Anton Pfeiffer und

Münchner Parteifreunde kamen für zehn Tage nach Stadelheim. Hier beschlossen sie die Auflösung der BVP.
Pfeiffer versuchte jetzt, wieder in seinen Beruf als Studienrat an höheren Lehranstalten zurückzukehren. Dies gelang allerdings nicht sogleich. Unter dem Betreff „Vollzug des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums; hier in Richtung gegen den Studienrat Dr. Anton Pfeiffer" lehnte das bayerische Kultusministerium eine Wiedereinstellung ab. Erst am 1. Februar 1934 wurde er für ein halbes Jahr an die Oberrealschule nach Schweinfurt versetzt. Mitte Juli konnte er dann eine Stelle in Pasing antreten. 1936 erkrankte Pfeiffer schwer an Wundrose mit folgendem Gelenkrheumatismus und Diabetes – ein Leiden, das ihm bis zum Lebensende schwer zu schaffen machte und das ihn im Zweiten Weltkrieg davor bewahrte, zum Militärdienst eingezogen zu werden. Nach längerem Krankenhausaufenthalt begann er Anfang 1937 an der Gisela-Oberschule in München.
Seine amerikanische Schule konnte er, trotz Interventionen zahlreicher Persönlichkeiten des bayerischen öffentlichen Lebens zu seinen Gunsten sowie Konzessionen an die neuen Machthaber hinsichtlich seiner Themenauswahl, nicht mehr halten. Wegen der desolaten wirtschaftlichen Lage des Instituts und der für die NSDAP unkontrollierbaren Auslandskontakte musste es 1935 geschlossen werden.

## III

Im Juli 1944 wurde Pfeiffer in München ausgebombt und musste mit seiner Familie nach Krailling, am Stadtrand, übersiedeln. Ab Oktober wurde er zum Unterricht in der hoffnungslos überfüllten Gräfelfinger Gemeindeoberschule verpflichtet. Anfang 1945 zog man ihn zum Volkssturm ein und befahl ihm, sich auch nachts für Verhandlungen mit einmarschierenden Amerikanern bereitzuhalten. Kaum waren die Amerikaner da, knüpfte er zahlreiche Kontakte zu ihren führenden Militärs und konnte auch alte Beziehungen – z. B. zu Robert D. Murphy, dem politischen Berater von General Dwight D. Eisenhower und Lucius D. Clay und Vertreter des State Department in Deutschland – aktivieren. Auch Fritz Schäffer, den die Militärregierung zum Ministerpräsidenten ernannte, war auf die Mitarbeit und Hilfe des sprachgewandten Pfeiffer angewiesen.
Obwohl oder weil Schäffer dies wusste, versuchte er, der von schroffer, kantiger Härte und äußerst eigensinnig war, den verbindlichen, geschickten und wendigen Pfeiffer möglichst nicht zu mächtig werden zu lassen. Er bot ihm eine Art Privatsekretärstelle an, während

Pfeiffer etwas ganz anderes vorschwebte. Er wollte die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten leiten, die in diesen Zeiten die Schaltstelle war und fand, dass sie, um die anfallenden Arbeiten bewältigen zu können, mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet sein müsste. Insgeheim träumte er von einer mit den Befugnissen eines „bayerischen Außenministeriums" ausgestatteten Staatskanzlei, wie er im Juni 1945 in der Skizze „Erwägungen zur Frage Kanzlei des Ministerpräsidenten" darlegte. Erst nach längerem Ringen berief Schäffer ihn Mitte Juli endlich auf diesen Posten. Das Arbeitsaufkommen, das hier auf ihn wartete, war immens: der Kampf gegen die tägliche Not, der Aufbau der Verwaltung und des zusammengebrochenen Verkehrsnetzes, die verfassungsmäßige Neuordnung und nicht zuletzt die von den alliierten Siegermächten geforderte Entnazifizierung. All dies konnte nur mit einem effizient arbeitenden Verwaltungsapparat bewältigt werden. Hier aber mangelte es an Personal, denn Kriegsverluste und NS-Belastung hatten den Beamtenapparat dezimiert.

Schon bald regten die Amerikaner die Neu- oder Wiedergründung von Parteien an und erkundigten sich bei Anton Pfeiffer, ob eine Wiedergründung der BVP anstünde, was dieser nicht ausschloss. Er hatte sich bereits bei den von Bürgermeister Karl Scharnagl initiierten Vorgesprächen zur Gründung einer neuen christlichen Partei eingefunden. Sein Wunsch war es, eine von der Vergangenheit unbelastete, interkonfessionelle, dezidiert föderalistische Partei entstehen zu lassen, die sich in ein ganz neues Staatsgebilde problemlos einfügen lies. So verwies er einerseits auf die einstige Größe der BVP und das „primäre Recht" ihres ehemaligen Vorsitzenden, Schäffer, auch den Vorsitz der neuen Partei zu übernehmen, andererseits betonte er in dem gemeinsam mit seinem Kollegen von der „Bayerischen Volkspartei-Correspondenz", Karl Schwend, verfassten Papier vom 25. August 1945 „Unsere Lage im Sommer 1945 – Bayerns Erbteil aus der Naziherrschaft – Gedanken und Vorfragen zur Parteienbildung" die „ungeheuren Gestaltungsmöglichkeiten", die sich beim völligen Neuaufbau des Landes, der Parteien und der Verfassung böten.

In seinem, ebenfalls mit Schwend zusammen verfassten „Grundsatz-Programm einer Christlichen Volkspartei in Bayern" vom 5. September 1945 ist die Rede von einer neuen Gesellschaftsordnung auf der Basis von Recht und Gesetz, in der „die soziale Volksgemeinschaft ohne Gegensätze der Klassen und Stände menschenwürdig gedeihen kann". „Eine neue Reichsbildung auf einer gebietsmäßig und kräftemäßig ausgeglichenen föderativen Grundlage, worin Bayern sich als geschlossenes staatliches Gebilde in freier Entfaltung seiner kulturellen Kräfte auswirken kann." Eine sture „Anti-Über-

fremdungs"-Haltung, wie sie manche BVP-Traditionalisten vertraten, konnte er schon deshalb nicht mittragen, weil er aus seiner Tätigkeit beim Ministerpräsidenten wusste, dass die Integration der massenhaft in Bayern einströmenden Vertriebenen aus dem Osten eine eiserne Notwendigkeit darstellte.
Als ehemaliger Generalsekretär der BVP wurde Pfeiffer automatisch in die Programmarbeit verschiedener Gründerzirkel der neuen christlichen Partei einbezogen. Dennoch gelang es ihm nicht vollends, sich, unbehelligt von den, besonders im Münchner Gründungskreis bald auftretenden Konflikten, der Programmarbeit zu widmen. Zu sehr wurde er noch immer mit der BVP, ihrer Rolle im Dritten Reich und ihrem ehemaligen Vorsitzenden in Verbindung gebracht. Automatisch geriet er in das Räderwerk des Kampfes zwischen Josef Müller und Fritz Schäffer um die Vorherrschaft in der neuen Partei. Ganz schuldlos war er an dieser Situation nicht, denn er schwankte zwischen der Loyalität zu dem konservativen, eine Reanimation der BVP wünschenden Schäffer und seinem Programm und einer gewissen Affinität zu dem eher liberalen, durchaus zu Verhandlungen z. B. mit den Sozialdemokraten bereiten Müller, den er ebenfalls schon lange gut kannte.
Nur war er der Rücksichtslosigkeit und den Intrigen, mit denen beide unbeirrt ihr jeweiliges Ziel verfolgten, nicht gewachsen und geriet so parteipolitisch ins Abseits. Daher war es ihm durchaus Recht, als nach der Entlassung Schäffers durch die Amerikaner im September 1945 der neue Ministerpräsident und Sozialdemokrat, Wilhelm Hoegner, ihn erneut mit den Geschäften des Leiters der Staatskanzlei betraute – ein aus heutiger Sicht eher ungewöhnlicher Vorgang. Hoegner schätzte ihn als „guten Organisator" und ließ ihm weitgehend freie Hand. Pfeiffer nutzte das zum Ausbau der Staatskanzlei nach seinen Vorstellungen zu einer „Zentralbehörde, in der alle Staatsaufgaben, die der Entscheidung des Ministerpräsidenten unterstehen und nicht unmittelbar einem Ressortminister zugehören, zusammengefasst" waren. Er nahm als stimmberechtigtes Mitglied an den Sitzungen des bayerischen Ministerrats teil und vertrat später den Ministerpräsidenten im Stuttgarter Länderrat. In der Frage des föderalistischen Aufbaus eines neuen Staatsgebildes waren sich der Sozialdemokrat und der Konservative weitgehend einig.

## IV

Zu den ersten und wichtigsten Aufgaben Pfeiffers gehörten die Vorarbeiten zur verfassungsmäßigen Neuordnung in Bayern. Im Oktober

1945 forderten die Amerikaner den Entwurf einer neuen bayerischen Gemeindeordnung. Auch die Behandlung des „Gesetzes über die vorläufige Staatsgewalt in Bayern" stand auf der Tagesordnung, und hier wurden die Bayern mit ihrem sehr selbstbewussten Gesetzesentwurf in ihre Schranken verwiesen. Die Amerikaner lehnten den Entwurf ab und gaben ersatzweise im Dezember einen Erlass über das Verhältnis der Militärregierung zu den Ländern der amerikanischen Besatzungszone heraus, in dem in Bezug auf Bayern von einer „autonomen Staatsregierung" die Rede war, „die einer zentralisierten Kontrolle der Militärregierung unterworfen" sei.
Im Februar 1946 begannen die Vorarbeiten zur Verfassungsgebung. Der als eine Art Vorparlament fungierende „Beratende Landesausschuss" aus Vertretern der vier zugelassenen Parteien, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Kirchen, der Universitäten und der Kommunen konnte nur Entschließungen fassen und Empfehlungen ausgeben und stellte bereits Mitte Juni seine Arbeit ein. Weitaus bedeutender war der gemäß OMGUS-Directive eingesetzte „Vorbereitende Verfassungsausschuss" zur Sammlung von Unterlagen für die Verfassungsberatungen. Die Mitglieder wurden aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen im Verfassungsrecht – nicht als Regierungsvertreter – berufen. Pfeiffer hatte den in die Schweiz emigrierten renommierten Verfassungsrechtler Hans Nawiasky eingeladen. Ein von Wilhelm Hoegner vorgelegter Entwurf wurde in 15 Sitzungen beraten und ohne wesentliche Änderungen angenommen. Hitzige Diskussionen gab es um die Zweite Kammer, das Amt des Staatspräsidenten, um die Bekenntnisschule und um das Wahlsystem.
Wirklich am Herzen lag Pfeiffer ein mächtiger Staatspräsident als Regulativ gegen ein zu mächtiges Parlament und zur Demonstration bayerischer Eigenstaatlichkeit. Er war im Ausschuss auch Sachverständiger für Wahlen und als solcher an der Entstehung des Gesetzes für die Wahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 beteiligt. Selbst erlangte er auch ein Mandat, konnte aber kaum an den Beratungen teilnehmen, weil Hoegner ihn mit einer Aufgabe betraute, die seinen vollen Einsatz forderte. Er berief ihn Anfang Juli 1946 zum „Sonderminister für Entnazifizierung", weil der Vorgänger im Amt, Heinrich Schmitt von der KPD, seinen Posten zu sehr für die Durchsetzung der Ziele seiner Partei benutzt hatte und deshalb von der Militärregierung abgelehnt wurde.
Zwar hatte Pfeiffer sich als Staatskanzleichef intensiv mit der Entnazifizierung befasst und bereits im Sommer 1945 mit systematischen Untersuchungen zum Problem der Entnazifizierung in Bayern begonnen. Auch hatte er mit seinem juristischen Kollegen Hans Ehard

den „Entwurf eines Gesetzes über die Reinigung Bayerns vom Nationalsozialismus und Militarismus" vorgelegt. Als Minister aber, das wusste er nur zu genau, würde er für das „heikelste aller politischen Probleme in Bayern" in die Verantwortung genommen werden.
Optimistisch glaubte er, alle leichten Fälle in nur drei Monaten erledigen zu können, wenn alle Sonderregelungen neben dem „Befreiungsgesetz" abgeschafft, der Vollzug vereinheitlicht, die Durchführung des Gesetzes aus der politischen Sphäre gelöst und eine allgemeine Rechtssicherung geschaffen werden würde. Aber schon bald musste er im Länderrat bekennen, dass ein Abschluss im günstigsten Falle in zwei Jahren zu erwarten sei, weil die zunehmende Flut von Fällen die Berufungskammern vor unlösbare Probleme stellte. Als dann im November 1946 General Clay im Länderrat seiner Enttäuschung über die Ergebnisse der Entnazifizierung in den Ländern der amerikanischen Zone Ausdruck verlieh, stellte Pfeiffer sein Amt zur Verfügung, wurde aber von Hoegner gebeten, zu bleiben. Auch in der CSU forderte man mehrheitlich, den Minister aus den eigenen Reihen in seinem schweren Amt zu stützen. Andere atmeten dann aber erleichtert auf, als Pfeiffer nach den Landtagswahlen im Dezember mit der Regierung Hoegner das Amt niederlegte, weil die CSU die absolute Mehrheit der Mandate gewonnen hatte.
Warum Pfeiffer sich jetzt, nachdem er den Albdruck des Entnazifizierungsministeriums, das, wie er später sagte, „scheußlichste Erlebnis (seines) politischen und menschlichen Daseins", hinter sich hatte, als CSU-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung stellte, ist nicht leicht verständlich. Nicht nur, dass er durch die ständigen Angriffe auf seine Person am Rande seiner physischen und psychischen Kräfte angelangt war, er musste auch wissen, dass er in der völlig zerstrittenen CSU, ohne eine eigene Hausmacht im Rükken, keine Chance haben würde, aufgestellt zu werden. War es Geltungsbedürfnis oder Ehrgeiz im Hinblick auf das Amt oder vielmehr Loyalität zu seiner Partei? Jedenfalls scheiterte er an den Auswirkungen der Machtkämpfe innerhalb der CSU und an der Ablehnung durch die SPD.

## V

Der neue Ministerpräsident, Hans Ehard, bat Pfeiffer, wieder seine Aufgaben in der Staatskanzlei und als Sonderbeauftragter Bayerns im Stuttgarter Länderrat wahrzunehmen, was dieser mit großer Freu-

de annahm. Mehr noch als mit Hoegner verband ihn mit Ehard eine völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage.
Der Länderrat in Stuttgart war im Oktober 1945 als Koordinationsstab für die Länder der amerikanischen Zone von der Militärregierung installiert worden, nachdem ähnliche Bemühungen beim Vier-Mächte-Kontrollrat in Berlin am Verhalten der Franzosen und der Sowjets gescheitert waren. Er sollte den Ländern die Möglichkeit geben, die ehemaligen Reichssonderverwaltungen wie Post und Eisenbahn zu kontrollieren und einheitlich zu verwalten, war aber von den Amerikanern auch als künftiges Selbstverwaltungsorgan für die Deutschen gedacht. Bayern, Württemberg-Baden, Großhessen und ab Anfang 1947 Bremen entsandten je einen Sonderbeauftragten und einen Länderbevollmächtigten sowie in das im Mai 1946 kreierte Direktorium noch je einen Länderratsbevollmächtigten. Pfeiffer war Sonderbeauftragter und zeitweise Stellvertreter des bayerischen Ministerpräsidenten und als solcher wachsam darauf bedacht, dass weder die Militärregierung den Rat zu sehr bevormundete, noch Generalsekretär Erich Rossmann (SPD) eine Zentralmacht installierte, die den Ländern ihre Rechte streitig machte. Er baute im Laufe der Zeit ein enges Netz von Informationswegen zwischen Stuttgart und München auf und war immer bemüht, seinen Ministerpräsidenten auf dem Laufenden zu halten, wenn dieser nicht selbst zugegen sein konnte. Auch konnte er seine guten Beziehungen zu Amerikanern, wie Robert D. Murphy, nutzen, um wichtige Interna der Besatzungspolitik in Erfahrung zu bringen und gleichzeitig eigene Wünsche zu lancieren und Klagen anzubringen.
Sein Bestreben, im Auftrag des Ministerpräsidenten den Länderrat zur Durchsetzung der Eigenständigkeit und Einflussmöglichkeit der Länder im allgemeinen und Bayerns im besonderen zu instrumentalisieren, konnte Pfeiffer ab Januar 1947 im „Deutschen Büro für Friedensfragen" fortsetzen – der Vorform eines deutschen Außenministeriums auf dem Boden der amerikanischen Zone, das sein Entstehen dem Scheitern der Moskauer alliierten Außenministerkonferenz im April 1947 verdankte und mit der Sammlung von Material für einen künftigen Friedensvertrag beauftragt war. Anton Pfeiffer hatte seine Mitarbeiter in der bayerischen Staatskanzlei schon ab 1946 mit der Bearbeitung von Fragen mit außenpolitischer Relevanz beauftragt und bot ab Anfang 1947 München als Tagungsort für Koordinierungsbesprechungen an. Ab März befasste sich das Büro auch mit Fragen der Wirtschaft und Landwirtschaft, der Entnazifizierung und Demilitarisierung sowie des Völkerrechts, des internationalen Privatrechts und der zukünftigen deutschen Verfassung. Gerne hätte er das Büro den Ministerpräsidenten direkt unterstellt, um es vor

dem zu starken Einfluss der Parteien zu schützen. Eine bizonale Organisation des Büros wollte er aus diesen Gründen nicht, und sie war auch von der Militärregierung nicht gewünscht.
Mit der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 unternahm der bayerische Ministerpräsident Ehard den Versuch, der deutschen Teilung entgegenzuarbeiten und gleichzeitig sein föderalistisches Konzept von der „nationalen Repräsentation" durch die Ministerpräsidenten zu dokumentieren. Angesichts der Uneinigkeit der Siegermächte und des wirtschaftlichen und politischen Chaos, in das das deutsche Volk abzugleiten drohte, wollten er und sein Staatskanzlei-Leiter Pfeiffer den Ministerpräsidenten aller vier Zonen ein Forum zur Diskussion der anstehenden Fragen bieten. Das Scheitern der Konferenz lag außerhalb der Verantwortung der Initiatoren. Pfeiffer empfand es dennoch als persönliche Niederlage und zog für sich daraus die Konsequenz, noch mehr als bisher den deutlich zunehmenden Einfluss der Parteien auf die Frankfurter bizonale Wirtschaftsverwaltung, den Länderrat und das „Deutsche Büro für Friedensfragen" zu bekämpfen.
In der Folge traf man Pfeiffer in Gesprächszirkeln bayerischer Föderalisten, in engem Kontakt mit der föderalistischen Niedersächsischen Landespartei und ihrem Vorsitzenden Heinrich Hellwege, aber auch in Kreisen der hessischen CDU, und er beteiligte sich ferner an Bemühungen, die CSU und die CDU gewissermaßen an einen Tisch zu bringen, damit die Union der Westzonen ein einigermaßen repräsentatives Verfassungskonzept ausarbeiten konnte. Im Februar 1947 gelang es, mit der „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU" einen „lokkeren Zusammenschluss gleichberechtigter Landesverbände" der Union zu bilden. Einer ihrer Ad-hoc-Ausschüsse war der Verfassungsausschuss unter der Leitung Heinrich von Brentanos. Dieser legte im April ein Papier vor, das einen Kompromiss aus sowohl zentralistischen als auch föderalistischen Verfassungskonzepten darstellte. Von größerer praktischer Bedeutung und spektakulärer zugleich war der „Ellwanger Freundeskreis" der CDU und CSU der amerikanischen Zone, der sich in unregelmäßigen Abständen über tages- und verfassungspolitische Themen austauschte. Sein geistiger Vater war Pfeiffer, der ihn, ganz im Sinne Ehards, als weiteres Instrument zur Mobilisierung föderalistischer Kräfte in der Union und zur Ausarbeitung entsprechender Verfassungsvorschläge nutzte. Demgemäss kam am Ende langer Diskussionen auch ein Verfassungsentwurf stark föderalistischer Prägung heraus, der bei der CDU der britischen Zone nicht nur Zustimmung fand. Insgesamt hatten Ehard und Pfeiffer es geschafft, in „Ellwanger Kreis" und „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU" die beiden Schwesterparteien zu Ver-

fassungsgesprächen an einen Tisch zu bringen und ihnen ihr eigenes Konzept einer deutschen Verfassung mit einer starken Stellung der Ministerpräsidenten und einem „echten Bundesrat" als Zweiter Kammer zu präsentieren.

## VI

Mit den „Frankfurter Dokumenten", die die Militärgouverneure der drei Westzonen den Ministerpräsidenten am 1. Juli 1948 überreichten, machten sie den westzonalen Ländern das Angebot einer Weststaatsgründung und den Weg frei für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, die eine Verfassung „föderalistischen Typs" schaffen sollte. Eine besondere Genugtuung für die Bayern war die Tatsache, dass man die Ministerpräsidenten als Ansprechpartner gewählt hatte. Und es gelang ihnen sogar, die Alliierten davon zu überzeugen, dass es besser wäre, im Interesse der Option einer Wiedervereinigung der auseinanderdriftenden Teile Deutschlands, von einem ‚Grundgesetz' statt von einer ‚Verfassung' und vom ‚Parlamentarischen Rat' statt von einer ‚Verfassunggebenden Versammlung' zu sprechen.
Um den Einfluss Bayerns auf die Gestaltung des Grundgesetzes im Sinne föderalistischer Strukturen zu gewährleisten, lud Ehard den von den Ministerpräsidenten für die Vorbereitung der Verfassungsarbeiten gebildeten Sachverständigenausschuss zu einem „Verfassungskonvent" vom 10. bis zum 23. August 1948 nach Herrenchiemsee ein. Wieder war es Pfeiffer, der mit seinem Stab die gesamte Organisation in die Hand nahm. Die Bayern präsentierten auch, im Gegensatz zu allen anderen Beteiligten, dem Konvent einen fertigen Verfassungsentwurf. Es gelang ihnen allerdings nicht, das Substrat der Beratungen dem Parlamentarischen Rat als offizielle Vorlage der Ministerpräsidenten zuzuleiten.
Im Parlamentarischen Rat wurde Pfeiffer zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion gewählt. Das erlaubte es dem bayerischen Ministerpräsidenten und seinem kongenialen Staatskanzlei-Leiter, den föderalistischen Wünschen Bayerns auch in diesem entscheidenden Gremium Geltung zu verschaffen. Es bestand ein ständiger Austausch zwischen dem Ministerpräsidenten und den sechs CSU-Abgeordneten im Rat, und zusätzlich wurden zwei Regierungsvertreter nach Bonn entsandt, die regelmäßig an den Fraktions- und Ausschusssitzungen teilnahmen und laufend nach München berichteten. Über dieses Netzwerk konnte unmittelbar Einfluss auf die Beratungen genommen werden – beispielsweise in der Bundesrats-

oder in der Finanzverfassungsfrage. Ehard selbst reiste insgesamt fünf mal nach Bonn, um in den Gang der Verhandlungen einzugreifen. In Anton Pfeiffer stand ihm ein Mitarbeiter zur Seite, der über eine vermittelnde, verbindliche Art sowie Fairness in der Behandlung seiner Kontrahenten und großes Verhandlungsgeschick verfügte. Im Länderrat wie im Parlamentarischen Rat kamen ihm immer wieder seine guten Kontakte zur Militärregierung und seine Sprachkenntnisse zu Gute.

Bei den Beratungen des Grundgesetzes ging es für Bayern erneut um die Durchsetzung des Bundesrats als eine dem Bundestag gleichberechtigte Länderkammer und die Ausgestaltung der Finanzverfassung hinsichtlich der Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern. In beiden Punkten duldete Ministerpräsident Ehard kein Abweichen von seinen Vorgaben, während er ansonsten Pfeiffer jede Freiheit in der Verhandlungsführung zubilligte. Während Bayern mittels einer Verständigung mit der SPD, einem von Pfeiffer eingefädelten Meisterstück bayerischer Diplomatie, immerhin einen Bundesrat mit reduzierten Kompetenzen durchsetzen konnte, gelang Ähnliches in der Finanzfrage nicht. Für Bayern war dies Anlass genug, dem Grundgesetz nicht zuzustimmen – „Nein zum Grundgesetz, aber Ja zu Deutschland", war die Devise.

Es spricht alles dafür, dass Pfeiffer, wissend, dass bei den schwierigen Beratungen im Parlamentarischen Rat der größtmögliche Konsens erreicht worden war, sich für ein Ja zum Grundgesetz entschieden hatte, dann aber doch, nach Interventionen aus München, mit Nein gestimmt hatte. Dieser innere Zwiespalt belastete den Fraktionsvorsitzenden. Für ihn war die Frage zentral, ob die Entscheidungen „einmal vor der Geschichte, vor unserer Partei und vor allem vor unserem eigenen Gewissen" verantwortet werden konnten. Das führte dazu, dass die CDU-Mitglieder in der Fraktion mit der Unterstützung des Staatsorgans Bundesrat ihrem Vorsitzenden näher rückten, die CSU-Mitglieder hingegen sich eher von ihm entfernten, weil sie sich durch seine Abmachungen in den interfraktionellen Ausschüssen häufig übergangen fühlten, und die Verhandlungspartner aus den anderen Parteien waren verunsichert, was wiederum seine Position bei den wichtigen informellen Hintergrundgesprächen erschwerte.

## VII

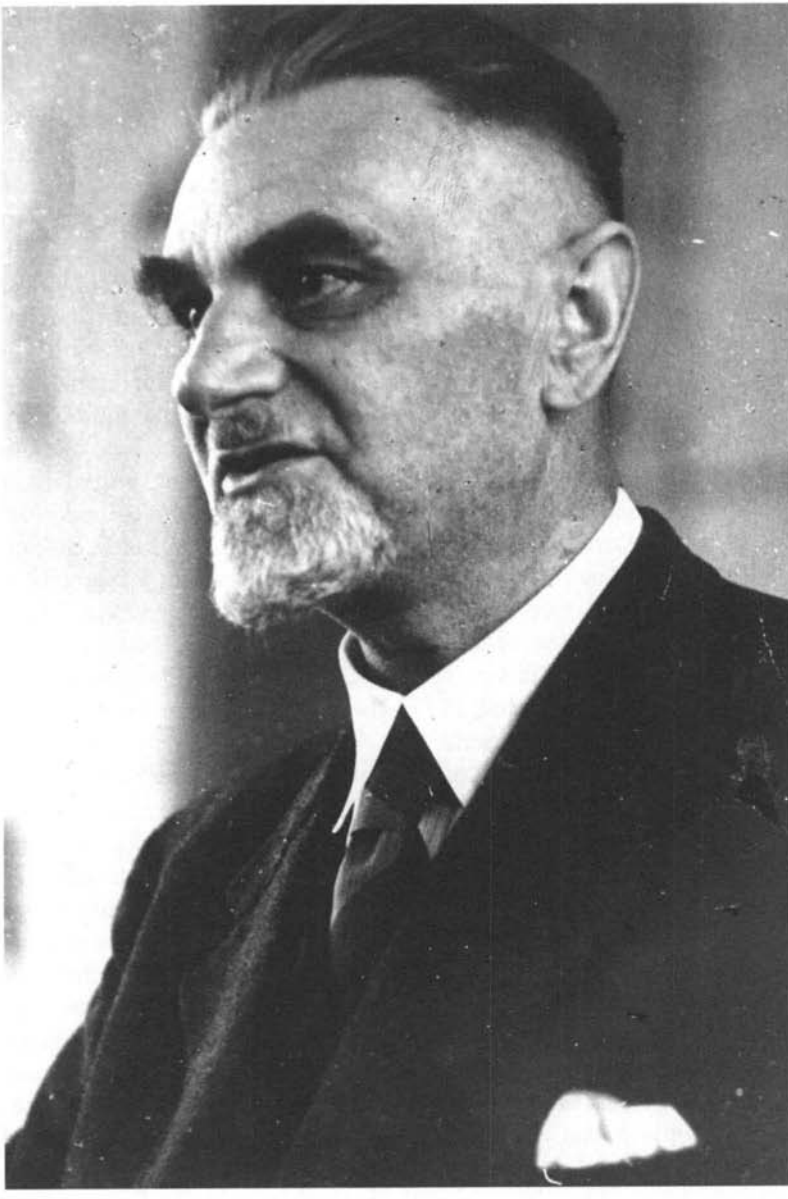
Angesichts seines jahrelangen Engagements für den Aufbau einer neuen Staatlichkeit in Deutschland erhoffte Pfeiffer, der nicht in den

Bundestag gelangt war, sich einen angemessenen Posten in der neuen Bundesregierung. Und nachdem er u. a. am Aufbau des „Deutschen Büros für Friedensfragen" maßgeblich beteiligt gewesen war, dachte er an das Außenministerium. Bundeskanzler Konrad Adenauer, der zunächst ein ihm direkt unterstelltes „Außenpolitisches Büro" unter der Leitung eines Staatssekretärs plante, schien ihm hier Hoffnungen zu machen, als er ihn mit der Ausarbeitung eines Organisationsplans für ein „Bundesamt des Äußeren" beauftragte. Pfeiffer erstellte eine umfassende Denkschrift mit dem Titel „Außenpolitische Aufgaben und Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland", in der er sich ausführlich über die Aufgabe der Außenpolitik, die völkerrechtliche Lage der Bundesrepublik, den Spielraum der deutschen Außenpolitik und die Chancen eines Neubeginns ausließ. Vielleicht hatte er damit zu weit über das Ziel hinausgeschossen. Jedenfalls meldete sich unverzüglich der „Manchester Guardian" zu Wort. Er stellte, bezugnehmend auf die Denkschrift, klar, die deutschen auswärtigen Angelegenheiten seien gemäss Besatzungsstatut der Hohen Kommission vorbehalten, und es gäbe auch keine Pläne für eine vorzeitige Revision dieses Statuts. Aus Bonn kam das Dementi, Pfeiffer habe lediglich einen Entwurf zu organisatorischen Fragen ausgearbeitet.

Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU sprach sich einstimmig gegen eine Kandidatur Pfeiffers für den Posten aus. Und aus dem Kanzleramt verlautbarte, der Kanzler sähe sich „durch nicht innenpolitische Umstände" veranlasst, die „Personalentscheidung" noch zurück zu stellen. Pfeiffer insistierte unbeirrt. Er habe die Denkschrift aus persönlichem Interesse und aus Wertschätzung für die Persönlichkeit Adenauers verfasst. Er sei hinsichtlich seiner eigenen Stellung sehr zuversichtlich und halte eine für beide akzeptable Lösung für durchaus möglich. Vorbehalten gegen seine Person vorsorglich die Spitze abbrechend, stellte er klar, dass er keine bayerische, sondern eine Bundesaußenpolitik zu machen gedächte.

Er erhielt den Ruf nicht. Adenauer installierte bei sich im Hause eine mit wenigen Personen bestückte Abteilung zur Bewältigung der „vordringlichsten Fragen" und bestimmte die Außenpolitik, die gerade in diesen Jahren ihre entscheidenden Weichenstellungen erfuhr, selbst. Im Herbst 1950 wurde Walter Hallstein erster Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten. Pfeiffer bekam auch keinen Posten in der Verwaltung von Bundestag oder Bundesrat. Vielmehr bot Adenauer ihm im Januar 1950 – als zweiter Wahl – das Generalkonsulat in Brüssel an. Pfeiffer überlegte lange: für eine Stelle in Brüssel wollte er eigentlich nicht die bayerische Staatskanzlei verlassen. Andererseits sah er auf der Habenseite aber, dass aus dem Konsul bald

ein Botschafter werden würde, und er entschied sich, einem „Appell an das Pflichtgefühl" folgend, dafür.
Das Amt in Brüssel war nicht der Abschluss seiner Karriere, den er sich gewünscht hatte. Zu groß waren die verständlichen Ressentiments gegen Deutschland, das Belgien im Ersten Weltkrieg unter Bruch seiner Neutralität besetzt hatte und in das es 1940 ebenso rechtwidrig einmarschiert war. Ein „Schlagen von Brücken der Verständigung" wurde nicht angenommen. Deutsche Hilfsangebote – z. B. anlässlich der Sturmkatastrophe von 1953 – wurden in der Presse, im Gegensatz zu amerikanischen, französischen oder italienischen fast ignoriert. Pfeiffer resignierte. Seine Gesundheit wurde zunehmend schlechter, und er war dann froh, als das Bundeskabinett 1953 beschloss, die Altersgrenze im Auswärtigen Dienst auf 65 Jahre zu begrenzen. Dennoch fragte er bei Adenauer an, ob eine Verlängerung seiner Dienstzeit vorgesehen wäre – vielleicht, um sich gegenüber dem deutlich älteren Kanzler keine Blöße zu geben oder um die Früchte seiner Bemühungen in Brüssel doch noch ernten zu können. Dem Ersuchen wurde nicht statt gegeben, und am 1. September 1954 musste er seinen Dienst quittieren. In den letzten drei Jahren seines Lebens arbeitete er an einer Geschichte des Parlamentarischen Rates, aber seine rapide sich verschlechternde Gesundheit zwang ihn zum Abbruch. Am 19. Juli 1957 erlag er in München im Alter von 69 Jahren einer Herzschwäche.
Pfeiffers Entwicklung kann paradigmatisch für die vieler konservativer deutscher Politiker seiner Generation gesehen werden. Ausgewiesen durch ihre politische Tätigkeit in der Weimarer Republik und unbelastet durch den Nationalsozialismus, waren sie nach dem Zusammenbruch 1945 maßgeblich am politischen Wiederaufbau beteiligt. Dabei war Pfeiffer ein Mann, der glänzend im Hintergrund wirkte – er war Unterhändler, Vermittler, Organisator, Programmatiker. Die Politik im ersten Glied war nicht seine Sache. Er war dafür zu wenig offensiv, zu empfindlich und verletzbar. Und er hatte keine Hausmacht in seiner Partei, die ihm das Kreuz hätte stärken können. Dafür beherrschte er – zur damaligen Zeit eher nicht selbstverständlich – Englisch und Französisch, was ihn für seine Ämter während der Besatzungszeit und schließlich den Botschafterposten in Belgien prädestinierte. Hier aber war er, wie auch vorher als Entnazifizierungsminister, den sich aus der jüngsten deutschen Geschichte ergebenden ungeheuren Belastungen nicht gewachsen.



# Hans Lukaschek (1885–1960)

Einer der bedeutendsten Vertreter des ostdeutschen politischen Katholizismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war – neben dem langjährigen Vorsitzenden der oberschlesischen Zentrumspartei, Ratiborer Reichstagsabgeordneten und Prälaten Carl Ulitzka (1873–1953), mit dem er entfernt verwandt war und ein lebenslanges freundschaftliches Verhältnis unterhielt – der letzte Oberpräsident der preußischen Provinz Oberschlesien, Hans Lukaschek. Anders als sein geistlicher Mitstreiter hinterließ Lukaschek jedoch auch über den unmittelbaren ostdeutschen bzw. zentrumsgeschichtlichen Kontext als Mitglied des Kreisauer Kreises, als Mitgründer der CDU in Berlin sowie als Bundesminister im ersten Kabinett Adenauer tiefere Spuren in der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler und nach 1945 auch in der frühen Geschichte der jungen Bundesrepublik. Dennoch ist Hans Lukaschek inzwischen weitgehend der Vergessenheit anheim gefallen; ein Schicksal, das er wiederum mit Carl Ulitzka und anderen Gestalten der ostdeutschen Zeitgeschichte teilt.

## I

Hans Lukaschek wurde am 22. Mai 1885 als erstes und einziges Kind des aus Oberschlesien stammenden Schulrektors Phillip Lukaschek und seiner Ehefrau Maria, geborene Beinert, in Breslau geboren. Die Gymnasialzeit verbrachte der von seinen Eltern in den Wertvorstellungen des Bildungsbürgertums und des traditionellen Katholizismus erzogene Hans im oberschlesischen Patschkau, unterbrochen zwischen 1903 und 1905 von einem durch ein chronisches Lungenleiden bedingten Internatsaufenthalt im schweizerischen Davos, der seiner allgemeinen geistigen Entwicklung, aber auch der internationalen Weitung seines Gesichtskreises dienlich war. Nach dem Abitur 1906 studierte Lukaschek in Breslau und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften sowie Volkswirtschaftslehre. Im Anschluß an das Referendarexamen wurde Lukaschek, der das gesamte Studium hindurch auch seine ausgeprägten historischen und philosophischen Interessen gepflegt hatte, 1910 in Breslau mit einer Dissertation über „Die Organisation und rechtliche Struktur der Reichsbank“

zum Dr. jur. promoviert. Im Januar 1914 legte er seine Assessorprüfung ab und trat als Verwaltungsdezernent in den Kommunaldienst seiner Heimatstadt Breslau ein, der Metropole der Provinz Schlesien und größten deutschen Stadt östlich Berlins. Zuvor hatte der 26jährige Lukaschek 1911 mit der Breslauer Kaufmannstochter Magdalena König die Ehe geschlossen, welche zum Leidwesen der zeitlebens glücklich verheirateten Eheleute kinderlos bleiben sollte.
Seine Lungenerkrankung bewahrte Lukaschek im Ersten Weltkrieg vor einer Einziehung zum Militärdienst. Stattdessen bewarb er sich als Kandidat der Zentrumspartei für den Bürgermeisterposten in der oberschlesischen Kreisstadt Rybnik. Lukaschek wurde auf Anhieb gewählt und nahm inmitten der Kriegswirren die Geschicke der am südöstlichen Rande des Regierungsbezirks Oppeln gelegenen und überwiegend polnischsprachigen Stadt in die Hand. Damit begann nicht nur Lukascheks Karriere als Zentrumspolitiker, zugleich sondern sein politisches und administratives Engagement für eine Region, in der für den gebürtigen Breslauer die eigentlichen Wurzeln seiner Familie lagen.

## II

Im 19. Jahrhundert waren von den Einwohnern des mit dem preußischen Oberschlesien identischen Regierungsbezirks Oppeln etwa 40 Prozent deutsch- und knapp 60 Prozent polnisch- bzw. zweisprachig, mehr als 90 Prozent von ihnen bekannten sich zur katholische Konfession. In Oberschlesien mit seinen überwiegend agrarischen Strukturen durchdrang der Katholizismus die bäuerlichen und kleinstädtischen Milieus. Im gemeinsamen Glauben relativierten sich auch die ethnischen Unterschiede, hatten importierte nationale Sammlungsparolen kaum eine Chance zu wirksamer Verbreitung und blieben landfremde, meist protestantische Vertreter der Obrigkeit nur mühsam, aber solidarisch ertragene Fremdkörper. Der Katholizismus war hier spezifisch „oberschlesisch". Die im Kulturkampf als „Protestantisierung" aufgefaßte versuchte kulturelle Verdrängung der katholischen Kirche aus dem tradierten gesellschaftlichen Gefüge sowie eine aggressive „Germanisierung" des polnischen Ethnikums verknüpften sich Ende des Jahrhunderts mit der Sozialen Frage zu einem höchst komplizierten Problemknäuel.
Nachdem die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien unter Führung des Reichstagsabgeordneten Wojciech (Albert) Korfanty (1873–1939) Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erlebt hatte, eröffnete das Kriegsende 1918 den nationalpolnischen Hoff-

nungen in Oberschlesien neue, ungeahnte Möglichkeiten: Die wiedererstehende polnische Republik erhob, unterstützt von den Siegermächten, Anspruch auf ganz Oberschlesien. Unter Führung der katholischen Zentrumspartei bestritt die deutsche Seite jedoch eine „objektive" Gleichsetzung von Sprache und Nationalität und beharrte auf der *subjektiven* Willensentscheidung eines jeden Individuums. Die Ereignisse in der Provinz Posen Ende Dezember 1918, als Polen große Teile Posens und der übrigen Provinz kurzerhand annektierte, erhöhten den nationalpolnischen Druck in Oberschlesien, wo die nationalen und sozialen Spannungen insbesondere im Industriegebiet dem Siedepunkt entgegensteuerten und sich bereits kommunistische Umsturzbestrebungen andeuteten.

In diesem „Hexenkessel" erfuhr Hans Lukaschek als Bürgermeister von Rybnik unerwartet eine Beschleunigung seiner Verwaltungskarriere. Seine Stunde schlug, als der amtierende Landrat – wie in den meisten Fällen in Oberschlesien ein landfremder, kaisertreuer Protestant – vor den sich abzeichnenden Unruhen im sozial rückständigen und deutlich vom polnischen Ethnikum dominierten Kreis Rybnik floh. Die aufgebrachte Bevölkerung berief jedoch keinen nationalpolnisch orientierten Oberschlesier zu seinem Nachfolger, sondern den Bürgermeister der Kreisstadt, den „preußischen" Deutschen Hans Lukaschek. Obwohl er es in Rybnik als Vertreter der schmalen deutschsprachigen Oberschicht mit einer fast durchweg polnischsprachigen Bevölkerung zu tun hatte, war es dem Bürgermeister offenbar gelungen, in kurzer Zeit das Vertrauen des einfachen Volkes zu gewinnen. Dabei kamen Lukaschek vor allem seine ausgeprägten sozialen Neigungen zugute. Die Land- und Industriearbeiter in Rybnik und Umgebung fühlten sich von ihrem Bürgermeister verstanden, so daß sie gegenüber Lukaschek, der sich fest in der katholischen Soziallehre verwurzelt wußte, nie den Groll hegten, welcher der „wasserpolnischen" Bevölkerung ansonsten in bezug auf die höheren deutschsprachigen Beamten zu eigen war. Solcherart auf „demokratische" Weise in das neue Amt gelangt, trat Hans Lukaschek der neuen republikanischen Staatsform wesentlich unbefangener gegenüber als viele seiner Kollegen.

Lange vermochte er der jungen deutschen Republik in seiner neuen Funktion jedoch nicht zu dienen, denn im Versailler Vertrag von 1919 war eine Volksabstimmung für Oberschlesien unter interalliierter Aufsicht vorgesehen. Die Ankündigung eines Plebiszits verursachte im vorgesehenen Abstimmungsgebiet (das nicht vollständig deckungsgleich mit dem alten Regierungsbezirk Oppeln war) nationale Auseinandersetzungen, welche im Kern indes sozialer Natur waren. Bereits im August 1919 brach in der oberschlesischen Mon-

tanregion der Erste Polnische Aufstand aus, der jedoch von deutschen Grenzschutztruppen schnell niedergeschlagen wurde. Dennoch hielten die nationalen Unruhen und Streiks an, so daß der eigens für Oberschlesien bestellte sozialdemokratische Staatskommissar Otto Hörsing (der spätere Vorsitzende des „Reichsbanners Schwarz Rot Gold") Ende 1919 demissionieren mußte. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens setzten daraufhin unter Führung des Zentrums in Berlin durch, daß anstelle eines Reichs- und Staatskommissars ein „Propagandachef" für Oberschlesien berufen werden sollte, und zwar Landrat Hans Lukaschek.

## III

Eine bessere Wahl zum Leiter der deutschen Abstimmungspropaganda konnten die Verantwortlichen kaum treffen: Lukaschek war ein Kenner der Verhältnisse und der oberschlesischen Volksseele. Er war, obwohl preußischer Kommunalbeamter, hakatistisch nicht vorbelastet, er stand zuverlässig im deutschen wie auch im demokratischen Lager und er genoß das Vertrauen der einfachen Bevölkerung, gleich ob deutsch- oder polnischsprachig. Aber Hans Lukaschek übernahm sein Amt in einer kritischen Situation. Die Stimmung in weiten Bevölkerungskreisen neigte mehrheitlich zur polnischen Option bzw. zu einer „Freistaatslösung", das heißt zur Internationalisierung der Oberschlesien-Frage analog der in bezug auf Danzig in Versailles getroffenen Lösung. Zudem rückte im Februar 1920 die „Interalliierte Kommission für Oberschlesien" (IK) aus französischen, italienischen und britischen Einheiten in Oppeln ein, um das Abstimmungsgebiet bis zum Plebiszit zu regieren und militärisch zu schützen. Oberschlesien war fortan von Deutschland getrennt. Frankreich, das den Rückzug der ursprünglich ebenfalls vorgesehenen USA kompensierte und das Ausbleiben größerer britischer Truppenkontingente ausnutzte, setzte alles daran, der polnischen Seite zum Sieg zu verhelfen.
Wojciech Korfanty, inzwischen zum polnischen Abstimmungskommissar für Oberschlesien avanciert, paßte sein Vorgehen den französischen Hegemonialplänen in Ostmitteleuropa sowie dem Sicherheitsbedürfnis von Paris an. Parallel hierzu vollendete Korfanty den bereits seit Monaten intensiv verfolgten Aufbau seines Propagandaapparats im Abstimmungsgebiet.
Was hatte die deutsche Seite diesem bemerkenswerten polnischen Organisationsgrad entgegenzusetzen? Zunächst nicht viel. Nachdem Lukaschek zum neuen Propagandachef für Oberschlesien berufen

worden war, entstand unter seiner Leitung in Breslau der „Schlesische Ausschuß". In ihm waren alle maßgeblichen Parteien sowie die Gewerkschaftsverbände zusammengefaßt. Zudem arbeitete der „Verband Heimattreuer Oberschlesier" (VHO) für die Regierungsbezirke Oppeln und Breslau eng mit dem „Schlesischen Ausschuß" zusammen. Der VHO war seinerseits dem Dachverband der „Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier" (VVHO) angeschlossen und gliederte sich in über 1000 Ortsgruppen, um direkt an der Basis die Kampagne für ein deutsches Oberschlesien führen zu können. Zum Jahresbeginn 1920 befanden sich aber alle diese Strukturen erst im Aufbau; in Oberschlesien selbst gab es überhaupt keine zentrale deutsche Propagandastelle. Der „Schlesische Ausschuß" war vor allem deshalb in Breslau angesiedelt worden, weil sich in der alten schlesischen Provinzhauptstadt immer noch sämtliche für Oberschlesien wichtigen Einrichtungen befanden.
Angesichts der alliierten Besetzung des Abstimmungsbezirkes erwies sich dies als Vorteil, da die als „halbamtlich" eingestufte Propagandastelle Lukascheks dadurch dem direkten Zugriff der Entente entzogen war. Auch wenn die Kompetenzen des beurlaubten Rybniker Landrates beinahe an diejenigen eines „Reichskommissars" für Oberschlesien heranreichten, war Deutschland dennoch dem polnischen Plebiszitapparat in Oberschlesien nicht ebenbürtig.
Am 13. April 1920 berieten in Breslau leitende Regierungsbeamte Preußens und des Reiches über das deutsche Vorgehen in Oberschlesien während der Abstimmungszeit. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, daß die deutsche Propaganda bisher zu unauffällig und zersplittert gewesen sei. Nun sei es an der Zeit, das Beispiel der Polen nachzuahmen und selbst eine möglichst straff und einheitlich geführte Organisationsform zu entwickeln. Die Nominierung Kurt Urbaneks zum deutschen Plebiszitkommissar wurde von allen Anwesenden begrüßt. Mit ihm wurde die Propagandatätigkeit nun auf drei Säulen gestellt: Die erste Säule bildete die Organisation Urbaneks in Oberschlesien. Sie sollte den Wahlkampf vorbereiten und koordinieren, für einen ordnungsgemäßen Verlauf der Volksabstimmung sorgen sowie die Interessen der deutschorientierten Bevölkerung gegenüber der IK vertreten. Die zweite Säule bestand aus dem „Schlesischen Ausschuß" in Breslau unter Hans Lukaschek, der vor allem für die Kontakte zu den Berliner Regierungsstellen, für die Beschaffung der Finanzmittel sowie die Agitation im Reichsgebiet zuständig war, und die dritte Säule bildete der Träger der „stillen Propaganda", der „Bevollmächtigte des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung", Dr. Carl Spiecker.

Angesichts der unklaren Kompetenzverteilungen sollte die deutsche Seite während der Abstimmungskampagne zuweilen selbst zu einem ihrer hartnäckigsten Gegner werden. Trotzdem gelang es Lukaschek, die deutsche „Propaganda" – heute würde man von „Öffentlichkeitsarbeit" sprechen – zu verbessern. Lukaschek kaufte im Wettstreit mit seinem polnischen Kontrahenten Korfanty zahlreiche oberschlesische Tageszeitungen (meist Parteiblätter) auf, koordinierte die politischen Aussagen der im „Schlesischen Ausschuß" zusammengeschlossenen Parteien, organisierte Kundgebungen und Plakataktionen und schaffte unermüdlich die für all dies benötigten Finanzmittel aus den Etats Preußens und des Reiches, aber auch aus den Budgets der deutschen Wirtschaft heran. Dadurch sowie unter dem Eindruck des polnisch-russischen Krieges kippte Mitte 1920 die Stimmung im Abstimmungsbezirk zugunsten der deutschen Seite.
Korfanty reagierte mit einer Verschärfung seiner Agitation und griff zudem verstärkt zur Anwendung terroristischer Mittel. Noch ehe die strittige Frage eines entsprechenden Ausbaus deutscher „Selbstschutzverbände" in Oberschlesien entschieden werden konnte, kam es unter Duldung der französisch dominierten IK im August 1920 zum Ausbruch eines von Polen aus initiierten sog. Zweiten Polnischen Aufstandes im Plebiszitbezirk, der eine Stärkung der polnischen Position sowie vor allem eine Verschiebung des Abstimmungstermins erreichte. Dieser Aufstand bildete den Höhepunkt einer von beiden Seiten mit Härte geführten Wahlagitation. Es bedurfte großer Anstrengungen Lukascheks und Ulitzkas, die Argumentationsweise des Zentrums in den Vordergrund der eigenen Propaganda zu stellen, welche ohne antipolnische Ausfälle und deutschtümelnden Chauvinismus auskam, sondern die Verbundenheit der Region mit Deutschland betonte, sich aber zugleich scharf vom überkommenen „Preußentum" distanzierte. Wie richtig der Ansatz Lukascheks war, zeigte sich im Ergebnis des am 20. März 1921 durchgeführten Plebiszits. Es erbrachte eine deutsche Majorität von 59,6 % gegenüber 40,4 % für Polen. Allerdings gab es deutliche polnische Mehrheiten im Süden und Südosten des Abstimmungsgebietes sowie in vielen Landgemeinden rings um die großen Städte im Industriebezirk. Allgemein rechnete man mit einer Teilung des Landes.

## IV

Nachdem sich jedoch die Anzeichen mehrten, daß Polen nur einen relativ kleinen Teil Oberschlesiens erhalten sollte, brach am 3. Mai 1921 mit Unterstützung Frankreichs der Dritte Polnische Aufstand in

Oberschlesien los. Binnen weniger Tage war das Abstimmungsgebiet ziemlich genau bis zu der Linie von den Aufständischen und regulären polnischen Militärangehörigen erobert worden, die Korfanty im April noch als die Grenze der Gebietsansprüche Polens in Oberschlesien bezeichnet hatte. Erst nach der Rückeroberung des strategisch bedeutsamen und als Wallfahrtsziel der Oberschlesier beider Ethnien religiös eminent wichtigen Annaberges südlich von Oppeln Ende Mai 1921 durch deutsche Freikorps intervenierten die Alliierten und setzten einen Räumungsplan für den Abstimmungsbezirk durch, welcher die Kampfhandlungen beendete.

Hans Lukaschek verfolgte von Breslau aus das Geschehen, während der Ratiborer Pfarrer Ulitzka die zivile deutsche Seite organisierte und nach außen hin vertrat. Im Rückblick erscheint deshalb Ulitzka im Abstimmungskampf als der direkte Kontrahent Korfantys, obwohl Lukaschek diesen Part in den Monaten zuvor maßgeblich ausgefüllt hatte. Erst am 12. Oktober 1921 entschied der Völkerbundsrat in Genf endgültig über die Zukunft Oberschlesiens: Das Land wurde geteilt; Polen erhielt etwa ein Drittel des oberschlesischen Territoriums mit ca. 45 % der oberschlesischen Bevölkerung sowie 90 % der bekannten Steinkohlevorräte und 75 % der Industrieanlagen. Die neue Grenze riß nicht nur Städte, Kreise und Gemeinden auseinander, sondern auch Verkehrswege, die Energieversorgung und ganze Unternehmen. Zudem entstanden auf beiden Seiten beträchtliche nationale Minderheiten. Die von Deutschland und Polen unter Vermittlung des Völkerbundes im Mai 1922 geschlossene „Genfer Konvention" garantierte für die Dauer von 15 Jahren Übergangsregelungen in ökonomischen und sozialen Fragen und enthielt besondere Rechte der jeweiligen Minderheiten.

Die Teilung Oberschlesiens hatte für Hans Lukaschek unmittelbare persönliche Konsequenzen. „Sein" Kreis Rybnik hatte mit 65,2 % der Stimmen für Polen optiert und wechselte folgerichtig im Juli 1922 die Staatshoheit, so daß für einen preußischen Landrat keine Verwendung mehr bestand. Eine neue Aufgabe fand sich jedoch rasch, als die in der „Genfer Konvention" vorgesehene „Gemischte Kommission" für Oberschlesien ihre Arbeit aufnehmen sollte und die deutschen Vertreter benannt werden mußten. Diese Kommission sollte die Ausführung der in Genf vereinbarten Bestimmungen überwachen und bei Verstößen einer der Vertragsseiten als Prüf- und Beschwerdeinstanz fungieren. Der Verwaltungsjurist Lukaschek bekam es hierdurch in den folgenden Jahren mit einer ebenso komplexen wie neuartigen Problematik im Völkerrecht zu tun. Seine Tätigkeit in der „Gemischten Kommission" endete Anfang 1927 abrupt, als er mit offenkundig haltlosen polnischen Spionagevorwürfen kon-

frontiert wurde. Um eine Beschädigung der deutschen Interessen in der Kommission zu vermeiden, entschloß sich Lukaschek jedoch zur Demission. Sein Nachfolger in Kattowitz wurde sein Freund Paulus van Husen.

## V

Am 17. März 1927 wählte die Stadtverordnetenversammlung der Industriestadt Hindenburg, der größten Stadt Deutsch-Oberschlesiens, Hans Lukaschek mit großer Mehrheit zum neuen Oberbürgermeister. Hindenburg und mit ihm der gesamte, bei Deutschland verbliebene Teil des oberschlesischen Industriegebietes, steckten mitten in einer Umbruchsituation. Lukaschek begann umgehend damit, Akzente zu setzen. Unterstützt von seinem sozialdemokratischen Partner und späteren Nachfolger Julius Frantz förderte er den Ausbau des ehemaligen „Industriedorfes" Zabrze zur Großstadt ebenso wie er alles daran setzte, vorhandene Spannungen mit der polnischen Minderheit abzubauen. Auch wenn letztlich der Plan einer großen, vereinigten oberschlesischen „Revierstadt" scheiterte, so gelang es Hans Lukaschek gemeinsam mit seinen Beuthener bzw. Gleiwitzer Amtskollegen und Parteifreunden Adolf Knakrick und Georg Geisler bis 1929 dennoch, über eine Wirtschaftskooperation im oberschlesischen Industriedreieck vor allem die Bereiche Wohnungsbau, Volksbildung und Volkshygiene auszubauen und zu modernisieren.
Mit seinem Eintritt in den kommunalen Dienst der Stadt Hindenburg übernahm Lukaschek zugleich eine integrale Aufgabe im Bereich der preußischen Provinz Oberschlesien. Sie war formal im Oktober 1919, im Vorfeld des Abstimmungskampfes, als Zugeständnis für die nach Selbstständigkeit verlangenden Oberschlesier eingerichtet worden, faktisch jedoch infolge der interalliierten Besetzung des Plebiszitbezirkes über eine theoretische Existenz nicht hinausgelangt. Lukaschek hatte für die Separationswünsche vieler Oberschlesier von dem anders strukturierten Rest der Provinz Schlesien mit seiner Hauptstadt Breslau Verständnis, zumal dieses Verlangen vom Zentrum und seinem Vorsitzenden Ulitzka wirkungsvoll zugunsten Deutschlands in der Plebiszitagitation eingesetzt wurde.
Nicht zu teilen vermochte Lukaschek hingegen die antipreußischen Affekte vieler seiner Landsleute und auch Parteifreunde im Zentrum, die in dem Bemühen gipfelten, den bei Deutschland verbliebenen Rest Oberschlesiens nach der Teilung durch den Völkerbund aus Preußen herauszulösen und als eigenständigen Bundesstaat im Deutschen Reich zu verankern. Lukaschek unterstützte dieses Vorhaben

nur so lange, wie es im Abstimmungskampf eine Rolle spielte. Nach der staatsrechtlichen Klärung der Zukunft Oberschlesiens 1921 versagte er jedoch dem Wortführer der Autonomieanhänger, Ulitzka, jede aktive Unterstützung. Dies erwies sich als kluge Verhaltensweise; denn Ulitzka überschätzte Ende 1921/Anfang 1922 die antipreußischen Affekte der Mehrheit seiner Landsleute. Ein Kompromißvorschlag brachte schließlich im Sommer 1922 eine Lösung, die sich für Deutsch-Oberschlesien und auch für das Zentrum als ein Glücksfall erweisen sollte: Der Regierungsbezirk Oppeln verblieb im preußischen Staatsverband, erhielt aber den Status einer eigenständigen Provinz mit erweiterten Selbstbestimmungsrechten.

## VI

Als im Frühjahr 1929 der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Alfons Proske, seinen Rücktritt ankündigte, fiel bei der Suche nach einem geeigneten Nachfolger rasch der Name von Hans Lukaschek. Der Vorschlag konnte nicht überraschen, da Lukaschek selbst oberschlesischer Herkunft war, als kirchentreuer Katholik galt und über das „richtige" Parteibuch, nämlich das der Zentrumspartei, verfügte. Der Vorsitzende des oberschlesischen Zentrums, Ulitzka, setzte sich dann auch mit seinem Personalvorschlag in Berlin durch.
Am 9. April 1929 wurde Hans Lukaschek in Oppeln in sein neues Amt eingeführt. In seiner Antrittsrede bekannte er sich zum scholastischen Naturrechtsparadigma des Kirchenlehrers Thomas von Aquin, welches er als grundlegend für seine politische Konzeption erachtete. Besonders galt diese Feststellung auf dem heiklen Gebiet des Minderheitenschutzes, der für Lukaschek ein ureigenes Menschenrecht darstellte. Doch auch die Bejahung der deutschen Republik fehlte nicht. Die Bestellung Lukascheks zum neuen Oberpräsidenten in Oppeln gewährleistete eine Fortsetzung der bisherigen Politik. Bei seinem Amtsantritt konnte die Provinz Oberschlesien jedenfalls als etabliert gelten.
Hans Lukaschek nahm seine Tätigkeit in einem durchaus einigermaßen befriedeten Feld auf. Als preußischer Oberpräsident war er entschlossen, mit dem Vertreter der provinzialen Selbstverwaltung, dem in Ratibor residierenden Landeshauptmann, sowie den übrigen Organen der Provinz zu kooperieren und den bisher eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Dabei mußte Lukaschek, der in Personalunion auch die Funktion eines Regierungspräsidenten für den mit der Provinz Oberschlesien identischen Regierungsbezirk Oppeln ausübte, sein Augenmerk auch auf die angesichts der Modalitäten der Pro-

vinztrennung aufgetretenen innerschlesischen Spannungen richten, das heißt darauf achten, das zerrüttete Verhältnis der beiden schlesischen Schwesterprovinzen zu verbessern und gleichzeitig die Position Oberschlesiens so dezent zu unterstützen, daß sich Niederschlesien nicht übermäßig brüskiert fühlte.
Auch in der Minderheitenpolitik in der Provinz suchte Lukaschek die Kontinuität zur politischen Linie seines Vorgängers und der gesamten Selbstverwaltung der Provinz, die mit seinen eigenen Auffassungen weitestgehend kongruent war. Er teilte die vom Zentrum verfolgte Strategie einer „liberalen" Minderheitenpolitik, welche der aktiven nationalpolnischen Minorität im Lande alle verbrieften Rechte sicherte und sie dadurch zugleich kontinuierlich dezimierte. Eine Heranführung und dauerhafte Bindung dieser Bevölkerungsteile an den „deutschen Staatsgedanken" war nur möglich, wenn deren kulturelle und sprachliche Bedürfnisse ebenso angemessen beachtet und befriedigt würden wie die sozialen. Den schließlich noch immer verbleibenden „bekennenden" Nationalpolen war die vertraglich und verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung unbedingt zu gewähren. So lange sich die politische Partizipation der nationalpolnischen Volksteile bei maximal zehn Prozent bewegte, konnte die Provinzialverwaltung auch gefahrlos den Minderheitenschutz großzügig handhaben.
Freilich besaß diese Politik eine dezidiert außenpolitische Note. Das politische Klima in Deutsch-Oberschlesien war immer auch abhängig von den Vorkommnissen in Polnisch-Oberschlesien und den dort vorhandenen Bedingungen für die deutsche Minderheit. Erging es den Deutschen jenseits der Grenze eher schlecht, stieg auch der Druck auf die oberschlesische Provinzführung, den minderheitspolitischen Kurs zu verschärfen. In einem solchen Fall hatten Lukascheks Vorgänger Proske sowie Ulitzka sich schützend vor die polnische Minorität gestellt, auch aus revisionspolitischen Absichten. Der Provinz Oberschlesien wurde unter diesen Voraussetzungen die Funktion eines politischen „Magneten" für den an Polen gefallenen Landesteil zugedacht. Für die Umsetzung dieser „Magnettheorie" bedurfte es jedoch der peinlichen Befolgung der im Genfer Abkommen garantierten Minderheitenrechte. Lukaschek, der diese Konzeption teilte, war sich daher nie zu schade, für die Belange der polnischen Minderheit, wo sie gefährdet schienen, einzutreten.
Seiner Amtszeit als Oberpräsident von Oberschlesien haftete die Tragik an, daß Lukaschek diese Funktion ausgerechnet in dem Jahr antrat, in welchem die Weltwirtschaftskrise ihren Anfang nahm. Als Vertreter der preußischen Staatsregierung oblag es Lukaschek in den Jahren von 1930 an, die schlimmsten ökonomischen und sozialen

Auswirkungen der allgemeinen Depression – etwa durch die Vergabe von Sonderkrediten an angeschlagene mittelständische Betriebe – auf die junge Grenzprovinz so weit wie möglich abzumildern. Für einen gestalterischen, konzeptionellen Ausbau des bisher Erreichten bestand unter diesen Umständen kaum Gelegenheit.
Die insgesamt kluge und umsichtige Amtsführung Lukascheks, der sich in der Bevölkerung Oberschlesiens bemerkenswerter Popularität erfreute, fand nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ein jähes Ende. Am 17. Mai 1933 kündigte der preußische Ministerpräsident Hermann Göring die baldige „Abberufung" des Oppelner Oberpräsidenten „aus politischen Gründen" an, und bereits am 20. Mai meldete die „Germania", Lukaschek habe ein zeitlich nicht befristetes „Urlaubsgesuch" eingereicht, „das mit Sicherheit bewilligt werden dürfte". Anlaß für die Entfernung Lukascheks, der in den Jahren zuvor der politischen Bekämpfung und polizeilichen Beobachtung des aufkommenden Nationalsozialismus besondere Aufmerksamkeit geschenkt hatte, aus dem Amt war dessen Weigerung gewesen, die Zentrumszeitung „Oberschlesische Volksstimme" zu verbieten. Zu Lukascheks Nachfolger wurde umgehend der Gauleiter der NSDAP in Schlesien, Helmuth Brückner, berufen, der bereits zuvor zum Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien ernannt worden war. Die Selbständigkeit Oberschlesiens im deutschen Staatsverband hatte damit faktisch aufgehört zu existieren, auch wenn der formalen Wiedervereinigung der beiden Provinzen noch die Genfer Konvention im Wege stand; doch nachdem auch dieses Hindernis 1937 weggefallen war, wurde Oberschlesien 1938 wieder Niederschlesien angeschlossen und der Autorität des Breslauer Gauleiters und Oberpräsidenten unterstellt.

## VII

Aus dem preußischen Beamtenverhältnis zwangsweise entlassen, mußte sich Hans Lukaschek eine neue berufliche Existenz aufbauen. Im Frühjahr 1934 ließ er sich in Breslau als Rechtsanwalt nieder und vertrat vorzugsweise die Interessen politisch bzw. rassisch Verfolgter sowie das Erzbistum Breslau. Da Lukaschek nicht dem NS-Rechtswahrerbund beitrat, was für ihn berufliche Nachteile mit sich brachte, erhielt er die Zulassung zur gerichtlichen Verteidigung von bedrängten Juden. Besonders hervor tat er sich im Anschluß an die Pogromnacht von 1938, wo er zahllosen Hilfesuchenden in seiner Kanzlei Zuflucht und Rechtsbeistand zuteil werden ließ. Lukaschek verfügte aber auch über den Mut, gemeinsam mit seiner Frau an Be-

stattungen auf jüdischen Friedhöfen teilzunehmen und von 1940 an verstärkt und zunehmend unter konspirativen Umständen Juden zu betreuen, die von der Deportation bedroht waren.
Doch nicht nur in der „Judenfrage" zeigte sich Lukascheks entschiedene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Er gehörte zum engeren Führungszirkel der Gruppe um den schlesischen Grafen Helmuth James von Moltke, die als „Kreisauer Kreis" ihren Platz in der Geschichte gefunden hat. Im Mai 1942 fand unter Beteiligung Lukascheks die erste der insgesamt drei großen Kreisauer Tagungen statt. Im Vorfeld bzw. in der Aufarbeitung dieses informellen Treffens reiste der Breslauer Rechtsanwalt mehrfach nach Berlin, um sich mit seinen dortigen Gesinnungsfreunden, darunter dem mittlerweile aus Schlesien verbannten Carl Ulitzka, auszutauschen.
Hans Lukaschek kannte den „Kopf" der Kreisauer Gruppe, von Moltke, seit 1938. Moltke unterrichtete seinerzeit Lukaschek in Breslau über die Angriffspläne Hitlers auf die Tschechoslowakei und weihte ihn auch in die Überlegungen von Teilen der Generalität ein, das verbrecherische Abenteuer des Diktators durch einen Staatsstreich zu vereiteln. Aus den Gesprächen entwickelte sich jene Kerngruppe von Personen, die später den „Kreisauer Kreis" bilden sollte. Die entscheidende Verbindungslinie zwischen den beiden Juristen Helmuth von Moltke und Hans Lukaschek lief im übrigen über den deutschen Gesandten in Warschau und danach in Madrid, Hans-Adolf von Moltke. Der Vetter des Kreisauer Grafen war derselbe Moltke, der knappe zwei Jahrzehnte zuvor im Abstimmungskampf um Oberschlesien als Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum deutschen Plebiszitkommissariat bzw. zum „Schlesischen Ausschuß" fungiert hatte. Ebenfalls zu den Kreisauern zählte Paulus van Husen, der Nachfolger Lukascheks in der Gemischten Kommission für Oberschlesien.
Vor diesem Hintergrund erscheint es vertretbar, von einer gewissen „oberschlesischen" Verbindung innerhalb des Kreisauer Kreises zu sprechen, die sich um den letzten Oppelner Oberpräsidenten gruppierte. Die Aufgabe, die Hans Lukaschek 1942 im Rahmen seiner Mitarbeit im Kreisauer Kreis zu bewältigen hatte, bestand darin, eine föderale Struktur für ein besiegtes und für lange Jahre besetztes Nachkriegsdeutschland zu entwickeln und daneben auch Konzepte für eine neue Kultur- und Schulpolitik, die Weiterentwicklung des Minderheitenschutzwesens sowie eine künftige europäische Integration zu entwerfen. Die Überlegungen Lukascheks gipfelten in der Vorstellung von einem freien, eigenständigen Bundesland Schlesien innerhalb eines föderalen und demokratischen Deutschland. Insgesamt durchziehen sämtliche Planspiele Lukascheks tiefreichende

Querverbindungen zur katholischen Soziallehre, zum christlichen Naturrechtsparadigma sowie zur parlamentarisch-demokratischen Staatsdoktrin, gepaart mit persönlichen wie beruflichen Erfahrungen im internationalen Bereich, im Schulwesen und in der Minderheitenpolitik. In sämtlichen von ihm ausgearbeiteten Konzepten wirkt der liberale und tolerante Katholik Lukaschek modern und seiner Zeit voraus, ohne dabei in Konflikt mit seiner kirchennahen, theologisch eher konservativen Frömmigkeit zu geraten.

Doch noch in einem weiteren wichtigen Punkt sah sich Lukaschek im Rahmen der „Kreisauer" besonders gefordert. Hierbei ging es um die Frage, ob es nicht sittlich geboten schien, aktiv einen Umsturz herbeizuführen und in diesem Fall auch ein Attentat auf den „Führer" zu wagen. Während Peter Graf Yorck von Wartenburg, Eugen Gerstenmaier und auch Alfred Delp eher für ein aktives Handeln plädierten, das den Tyrannenmord an Hitler einschloß, mahnte Moltke zur Zurückhaltung.

Zu den Bedenkenträgern bezüglich eines Attentats zählte auch Hans Lukaschek. Seine Motivation war ausschließlich religiös-sittlicher Natur. Dabei verbietet die katholische Morallehre den „Tyrannenmord" als letztes Mittel zur Verhütung von Schlimmerem keineswegs und die Haltung der verschiedenen in den Widerstandszirkeln aktiven Theologen beider Konfessionen war ebenfalls mitnichten auf ein klares „Nein" zum politischen Mord am Diktator festgelegt. Trotz seiner ursprünglichen Bedenken gehörte Lukaschek schließlich gemeinsam mit van Husen und dem Grafen Yorck zu jenem Zirkel, der sich am 10. Juli 1944 in Berlin mit Oberst Graf Stauffenberg traf und über die Notwendigkeit zum Handeln übereinkam.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler wurde Lukaschek, der als „Landesverweser" für Schlesien und die Ostgrenze des Reiches vorgesehen war, noch in der Nacht zum 21. Juli 1944 von der Gestapo in Breslau verhaftet. Es folgten neun Monate Haft unter Folter, Mißhandlungen und verschärften Bedingungen in Breslau, Berlin und dem Konzentrationslager Ravensbrück. Doch Lukaschek, der die notwendige Kraft aus seinem christlichen Glauben bezog, widerstand den andauernden Quälereien und legte weder ein umfassendes Geständnis ab noch belastete er seine Kameraden. Obwohl seine Mitarbeit in den engsten Führungszirkeln der Verschwörergruppe des 20. Juli erwiesen war und die meisten seiner Kreisauer Gesinnungsfreunde bis zum Jahresanfang 1945 bereits den gewaltsamen Tod gefunden hatten, kam es erst im April 1945 zur Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen Hans Lukaschek und Paulus van Husen vor dem Volksgerichtshof. Angesichts des unmittelbar bevorstehenden deutschen Zusammenbruchs wurde Lukaschek in dieser letzten Ver-

handlung des höchsten juristischen Terrorinstruments des Nationalsozialismus mit der bezeichnenden Begründung freigesprochen, er sei im Verlauf der Untersuchungshaft „gefoltert" worden.
Zu verdanken hatte Lukaschek die lebensrettende Verzögerung seines Hochverratsprozesses wohl dem im Pressewesen des NS-Regimes einflußreichen Max Julius Winkler aus der Mitarbeiterriege Hermann Görings. Winkler hatte, als ehemaliger Bürgermeister von Graudenz, in der Weimarer Republik als Geschäftsführer halboffizieller Tarnorganisationen des Auswärtigen Amtes die geheime Finanzierung der deutschen Minderheiten in Osteuropa organisiert. Wahrscheinlich hat sich Winkler bei seinen Bemühungen um den vormaligen Oberpräsidenten von Oberschlesien dessen Einsatz im Abstimmungskampf um Oberschlesien und anschließend als Vertreter in der Gemischten Kommission erinnert und dadurch motiviert gefühlt, die belastenden Prozeßakten im Namen Görings anzufordern und so lange zurückzuhalten, bis nach dem Tod des berüchtigten Volksgerichtshofspräsidenten Roland Freisler sich die unmittelbare Gefahr für den Angeklagten spürbar verringerte.

## VIII

Unmittelbar nach der deutschen Kapitulation versuchte der sechzigjährige Hans Lukaschek einen beruflichen Neuanfang als Rechtsanwalt im zerstörten Berlin. Zeitgleich engagierte er sich gemeinsam mit Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Heinrich Vockel, Theodor Steltzer und Paulus van Husen im Berliner Gründerkreis einer neuen, interkonfessionellen Volkspartei auf christlicher Grundlage. Daß es Lukaschek mit seinem Bekenntnis zu einem politischen Neuanfang ernst war, demonstrierte er bereits im Dezember 1945, als er Berlin verließ, um in Thüringen als Mitglied der neugebildeten Landesregierung bzw. als Leiter des Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft in Erfurt am Wiederaufbau des öffentlichen Lebens mitzuwirken. Aber schon im September 1946 geriet Lukaschek in Konflikt mit den Machtansprüchen der SED und der Sowjetischen Militäradministration. Von den Sowjets aus dem Amt gejagt, floh Lukaschek in den Westen, wo er zunächst in Königstein im Taunus, also in der amerikanischen Besatzungszone, die Stellung eines Amtsrichters bekleidete. Im März 1948 folgte die Berufung zum Vizepräsidenten des neugegründeten Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der amerikanischen und britischen Besatzungszone. In dieser Funktion geriet der letzte Oberpräsident von Oberschlesien, der sich seit seiner Übersiedlung in die Westzonen unermüdlich

für die Belange seiner heimatvertriebenen bzw. geflohenen Landsleute einsetzte, in das Blickfeld Konrad Adenauers.
Im September 1949 berief Bundeskanzler Adenauer Hans Lukaschek, mittlerweile Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe des Wirtschaftsrates der Bizone in Bad Homburg, zum Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte in das erste Kabinett der jungen Bundesrepublik Deutschland. Die vermeintliche Klimax von Lukascheks administrativer Laufbahn sollte sich indes rasch als politischer und menschlicher Tiefpunkt erweisen. Lukaschek war als einziger Bundesminister nicht zugleich Mitglied des Bundestages und verfügte daher über keinen nennenswerten Rückhalt in der Unionsfraktion. Zudem hatte er es in den Jahren zuvor nicht verstanden, sich innerhalb der von ihm mitgegründeten CDU eine eigene „Hausmacht" aufzubauen. Nach respektablem Start und ausgestattet mit viel Vorschußlorbeeren und großen Erwartungen der Heimatvertriebenen geriet Lukaschek rasch in die Mühlen der Macht- und Verteilungskämpfe innerhalb des Kabinetts. In seinem Ressort oblag es Lukaschek, die sozialpolitischen Maßnahmen zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in die neue bundesdeutsche Staats- und Gesellschaftsordnung zu koordinieren und an der hierfür notwendigen umfassenden Integrationsgesetzgebung mitzuwirken. Entscheidenden Einfluß auf die Vertriebenenpolitik der Bundesregierung vermochte der zuständige Minister dagegen nicht zu nehmen.
Lukaschek blieb die undankbare Aufgabe, hinter den Kulissen um jede kleine Vergünstigung für die Heimatvertriebenen erbittert feilschen und zugleich nach außen hin die Grenzen des Machbaren feststellen und die Entscheidungen der Bundesregierung vertreten zu müssen. Die organisierten Vertriebenenverbände wandten sich daraufhin enttäuscht von ihrem einstigen Hoffnungsträger ab und kanalisierten den Unmut ihrer Klientel über ihre Repräsentanten in den Bundestagsfraktionen auf die Person des verantwortlichen und doch einigermaßen machtlosen Ressortministers. Dieser gab in dem anhaltenden Ränkespiel, bei dem der Vertriebenenfunktionär und CDU-Bundestagsabgeordnete Linus Kather zu seinem schärfsten Gegner avancieren sollte, eine vermeintlich schwache Figur ab, da ihn sein Altruismus, seine christliche Demut, aber auch sein preußisch geprägtes Verständnis von Loyalität und Kabinettsdisziplin hinderten, die eigenen Leistungen und Interessen öffentlichkeitswirksam zu vertreten.
Auch Bundeskanzler Adenauer gelangte zwischenzeitlich zu dem Schluß, Lukaschek sei politisch „schwach" und daher reif zur Ablösung. Über seinen Staatssekretär Hans Globke legte er dem Minister

im Juli 1952 den Rücktritt nahe, verbunden mit dem ehrenvollen Angebot, Botschafter beim Heiligen Stuhl zu werden. Für den erprobten Machttaktiker Adenauer war Lukaschek, dem man aus dem rechten Spektrum der Vertriebenen angesichts seiner Mitarbeit im Kreisauer Kreis inzwischen sogar öffentlich den Vorwurf machte, ein „Verräter" und „Feigling" (!) gewesen zu sein, nutzlos geworden. Doch der Bundesminister setzte sich überraschend zur Wehr. Auf dem Höhepunkt der „Lukaschek-Krise" im Sommer 1952 erklärte er gegenüber dem aus Schlesien stammenden Bundestagsabgeordneten Günter Goetzendorff: „Adenauer will mich weghaben, aber dieses Mal werde ich ihm nicht aus der Hand fressen. Ich lasse mir nicht mehr alles gefallen. Der Kather wird vergeblich mauzen."
Unterstützt vom einflußreichen CSU-Abgeordneten Hans Schütz, der sich beim Bundeskanzler gegen eine Entlassung Lukascheks stark machte, amtierte der ehemalige Oberpräsident von Oberschlesien bis zum Ende der Legislaturperiode im September 1953 als Bundesvertriebenenminister weiter und vermochte so noch das einzige große Gesetzeswerk, das in seinem Haus von Anfang bis Ende konzipiert worden ist, das Bundesvertriebenengesetz vom Mai 1953, erfolgreich in den Bundestag einzubringen. Lukascheks Name bleibt daher mit diesem „Grundgesetz der Vertriebenen" untrennbar verbunden. Auch ein anderes Verdienst des Bundesvertriebenenministers soll nicht unterschlagen werden. Auf seine Initiative ist es zurückzuführen, daß Anfang der fünfziger Jahre unter Leitung des Kölner Historikers Theodor Schieder mit der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa ein wissenschaftliches Werk begonnen wurde, das trotz mancher methodischen Schwächen von hohem zeitgeschichtlichen Erkenntniswert ist.

## IX

Die Tätigkeit als Bundesminister fand für Hans Lukaschek mit der Bundestagswahl von 1953, bei der er sich erneut nicht um ein Mandat bemüht hatte, ihr Ende. Bundeskanzler Adenauer berief ihn nicht mehr in das Bundeskabinett. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik zog sich Hans Lukaschek, der in Köln gewohnt hatte, mit seiner Ehefrau Magdalena in das beschaulichere Freiburg im Breisgau zurück. Zur Ruhe setzte sich der passionierte „homo politicus" jedoch keineswegs. Vielmehr engagierte er sich nunmehr als Vizepräsident des Deutschen Caritas-Verbandes, als Präsident des Deutschen Flüchtlingsrates, als Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und im Deutschen Rat der Europäischen Bewegung sowie

als Vorsitzender der Bundesversammlung der Landsmannschaft der Oberschlesier. Nach einjähriger, schwerer Krankheit starb er, dekoriert mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, am 26. Januar 1960, knapp fünfundsiebzigjährig, in Freiburg.

Hans Lukaschek war eine beeindruckende historische Gestalt. Er hat als Politiker und Verwaltungsbeamter von außerordentlichem Geschick und hoher Begabung, als deutscher Patriot mit weitem europäischem Horizont, als deutscher Schlesier ohne antipolnische Affekte, als Staatsrechtler und politischer Denker mit großem moralischen Ethos und schließlich als überzeugter katholischer Christ das Potential mitgebracht, einer der „Großen" der deutschen Zeitgeschichte zu werden. Die besonderen Zeitumstände seines wechselvollen Lebens und wohl auch seine schlesische Herkunft haben dies verhindert, haben den Politiker Hans Lukaschek ein um das andere Mal scheitern und über hoffnungsvolle Ansätze nicht hinausgelangen lassen. Im Gedächtnis der Nachwelt sollte jedoch ein Mann erhalten bleiben, dessen Engagement für die universalen Menschenrechte und seine schlesische Heimat, für ein menschenfreundliches, demokratisches und christliches Deutschland in einem geeinten Europa es nicht verdient hat, in Vergessenheit zu geraten.



# Hanns Seidel (1901–1961)

Dem Landespolitiker flicht die Nachwelt keine Kränze. Eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel der bundesrepublikanischen Politik bildet Hanns Seidel. Das Andenken des CSU-Vorsitzenden, bayerischen Wirtschaftsministers und Ministerpräsidenten bewahrt die nach ihm benannte politische Stiftung in München, deren Aktivitäten seinen Namen über Bayern und selbst über die deutschen Grenzen hinausgetragen haben. Mit Recht erinnert seine Partei an den Mann, unter dessen Ägide die Grundlagen für ihre lange politische Erfolgsgeschichte gelegt wurden. Seit dessen Amtsantritt als Ministerpräsident im Jahr 1957 stellte sie alle bayerischen Regierungschefs. Mit Recht auch gedenkt sie des christlichen Politikers, der aus der persönlichen Erfahrung der NS-Diktatur heraus von der Notwendigkeit einer eindeutigen weltanschaulichen Wertbindung allen politischen Handelns überzeugt war und der diese Überzeugung durch das eigene Beispiel unaufdringlich vorlebte.
Aber Hanns Seidel war viel mehr als nur Parteipolitiker, er war es vielleicht nicht einmal in erster Linie. Als Wirtschaftsminister von 1947 bis 1954 und dann als Ministerpräsident (bis 1960) gestaltete er über ein volles Jahrzehnt hinweg an entscheidender Stelle die ökonomische Nachkriegsentwicklung im Freistaat mit und beeinflußte ihre Richtung durch langfristig wirksame Weichenstellungen für weitere Jahrzehnte. Der epochale Wandel Bayerns vom überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Agrarstaat zum dynamischen Industrieland kann ohne eine angemessene Würdigung seiner Person nicht beschrieben werden.

## I

Hanns Seidel wurde am 12. Oktober 1901 als zweites Kind des Vertreters Johann Seidel und dessen Frau Christine in Schweinheim bei Aschaffenburg geboren. Sein Taufname Franz Wendelin war im Familienkreis von Anfang an ungebräuchlich und wurde später auch in amtlichen Dokumenten durch den Rufnamen Hanns ersetzt. Die Kindheit im Kreis von vier Geschwistern überschattete der frühe Tod des Vaters, in dessen Folge bedrückende materielle Verhältnisse das

Leben der Familie prägten. Wenn sich auch das Heimatdorf in jenen Jahren zusehends zum Arbeitervorort der industriell stark expandierenden Stadt Aschaffenburg wandelte, war doch das in der historischen Zugehörigkeit zum Mainzer Erzstift wurzelnde katholische Umfeld noch weitgehend intakt. Heimatraum, Familie und Bildungsgang legten in Seidel den Grund zu einer tiefen Religiosität mit traditioneller kirchlicher Bindung. Die ersten Gymnasialjahre von 1910 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges verbrachte er im Studienseminar Sankt Ludwig der Missionsbenediktiner nördlich von Volkach am Main. 1914 wechselte er an das Königliche Humanistische Gymnasium in Aschaffenburg (heute Kronberg-Gymnasium), eine altehrwürdige Lehranstalt in jesuitischer Tradition.
Nach dem Abitur 1921 nahm Seidel unter den schwierigen äußeren Bedingungen der überfüllten Nachkriegsuniversitäten ein Jurastudium auf, das er größtenteils in Würzburg – mit Gastsemestern in Freiburg und Jena – absolvierte. An der Würzburger Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät wirkten damals attraktive Hochschullehrerpersönlichkeiten wie Robert Piloty, der zu den Schöpfern der bayerischen Verfassung von 1919 zählt. Seidel trat in eine nichtfarbentragende katholische Verbindung ein, die Normannia, der viele Theologiestudenten angehörten und aus der bedeutende Kirchenmänner wie die Kardinäle Michael Faulhaber und Julius Döpfner hervorgingen. Sein Studium finanzierte er durch eigene Arbeit, zeitweise sogar unter Tage als Hauer in einem westfälischen Bergwerk.
Das schicksalsschwere Jahr der Weltwirtschaftskrise 1929 besaß für Seidel auch durch mehrere persönliche Zäsuren besondere Bedeutung. Beim Würzburger Strafrechtslehrer Friedrich Oetker wurde er mit einer Dissertation über „Die Bedeutung der Ausschließung des Richters in der freiwilligen Gerichtsbarkeit" promoviert. Die Zulassung als Rechtsanwalt am Landgericht Aschaffenburg ging einher mit der Eröffnung einer eigenen Anwaltskanzlei. Die Eheschließung mit Ilse Tenter, der Tochter eines Direktors der Aschaffenburger Zellstoffwerke, einem der größten Industrieunternehmen am Ort, rundete Seidels selbsterarbeiteten Aufstieg aus einfachen Verhältnissen auch in gesellschaftlicher Hinsicht ab. Der Ehe sollten die beiden Söhne Hans Joachim (1931) und Christian (1935) entspringen.
Am Beginn der 1930er Jahre begann Seidel, sich kommunalpolitisch zu engagieren, wobei er sich von Anfang an als Gegner des Nationalsozialismus exponierte. Dessen entschiedene ideelle Ablehnung führte ihn 1932 in die Bayerische Volkspartei (BVP), für die er wiederholt als Wahlkampfredner auftrat. Nach der Machtübernahme der NSDAP sah er sich gezielten persönlichen Angriffen von deren Seiten ausgesetzt; besonders sein Einsatz als Syndikus des örtlichen

Einzelhandelsverbandes für dessen zahlreiche jüdische Mitglieder wurde ihm zur Last gelegt. Der Verlust der Mandate aller öffentlichen Körperschaften, die er bis dahin anwaltlich vertreten hatte, war ein Schlag gegen seine berufliche Existenz. Bei der bayernweiten Aktion gegen die Funktionäre der BVP im Juni 1933 wurde Seidel vorübergehend verhaftet. Der Einlieferung in das Konzentrationslager konnte er sich nur durch die Flucht zu seinen Schwiegereltern in das damals litauische Memel entziehen.
Wieder in Aschaffenburg angelangt, geriet er erneut ins Visier der Nationalsozialisten. Die Aufforderung an einen SS-Angehörigen, sich bei einem jüdischen Mandanten wegen einer groben Beleidigung zu entschuldigen, trug ihm die Anprangerung in Julius Streichers berüchtigtem antisemitischen Hetzblatt „Der Stürmer" ein. Seidel mied fortan die Konfrontation, um seine Zulassung als Anwalt und damit den Lebensunterhalt für sich und seine Familie nicht zu gefährden. Den Krieg erlebte er, im Herbst 1940 eingezogen, von seiner härtesten Seite an der Ostfront, wollte es aber, „wenn Tausende meines Alters sich in Rußland abquälen [...] nicht besser haben". Seine Panzerdivision stieß im Rußlandfeldzug bis nahe Moskau vor, wobei Seidel das Eiserne Kreuz 2. Klasse und die Beförderung zum Leutnant erhielt. Mit seiner nach schweren Verlusten neuaufgestellten Einheit wurde er Anfang 1945 nach Ungarn verlegt. Nach permanentem Rückzug geriet er in der Nähe von Karlsbad schließlich in amerikanische Gefangenschaft.

## II

Als Seidel Anfang Juni 1945 in seine Heimatstadt zurückkehrte, bot sich ihm ein Bild der Verwüstung. Wiederholte Bombardierung und massiver Artilleriebeschuß hatten Aschaffenburg zu einer der meistzerstörten Städte in Bayern gemacht. Dem Krieg unversehrt entronnen zu sein, empfand Seidel durchaus als eine besondere Gunst des Schicksals. Mit vielen seiner Generation teilte er das Gefühl, hierdurch eine gesteigerte Verantwortung für die Zukunft zu haben. Dennoch zögerte er zunächst, erneut politisch aktiv zu werden. Bei den Bestrebungen der ehemaligen BVP-Leute um Adam Stegerwald, den von der amerikanischen Militärregierung ernannten Regierungspräsidenten von Unterfranken, eine interkonfessionelle christliche Volkspartei – die spätere CSU – zu gründen, scheint er nicht zu den Protagonisten gehört zu haben. Er winkte anfangs auch ab, als Stegerwald ihn als einen der wenigen fähigen, politisch unbelasteten Juristen unter den früheren BVP-Mitgliedern für den Po-

sten des Aschaffenburger Landrats gewinnen wollte, um die Vorherrschaft der SPD-Vertreter in den regionalen politischen Schlüsselstellungen zu brechen. Erst auf Zureden stellte sich Seidel zur Verfügung, wurde von den Amerikanern am 25. Oktober 1945 zum Landrat des Landkreises Aschaffenburg ernannt und nach der Kreistagswahl im folgenden Jahr auch in diesem Amt bestätigt.
Seidels Aktivitäten griffen von Anfang an über seinen begrenzten amtlichen Wirkungskreis hinaus. Erfolgreich bemühte er sich um eine verstärke Kooperation der unterfränkischen Landkreise, die sich als erste in Bayern zu einem Landkreisverband zusammenschlossen. Im Juni 1946 wurde Seidel für Aschaffenburg in die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt, die von Juli bis September in München über die künftige bayerische Verfassung beriet. Sein politischer Standort innerhalb der CSU wurde hier erstmals deutlich bei der Diskussion um das geplante Amt eines bayerischen Staatspräsidenten neben dem Ministerpräsidenten, die damals die Geister in besonderer Weise schied. Während der konservative, altbayerisch dominierte Flügel um Alois Hundhammer und Fritz Schäffer ein solches Amt für unverzichtbar hielt, um dem neuen Staatswesen Stabilität zu verleihen – und in dieser Frage mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und „Verfassungsvater" Wilhelm Hoegner an einem Strang zog –, wurde dieser Gedanke von der liberalen Gruppierung der CSU um den Parteivorsitzenden Josef Müller scharf zurückgewiesen, die darin nur den Ausweis mangelnden Vertrauens in die Demokratie sehen wollte. Seidel, dem auch alle in Altbayern nach dem Krieg wiederauflebenden monarchistischen Reminiszenzen stets suspekt blieben, stand auf Müllers Seite und hielt den Befürwortern des Staatspräsidenten in den Beratungen entgegen, sie bräuchten eine solche Institution offenbar, „um ihre Untertanengefühle abzureagieren".
Nach der ersten Landtagswahl in Bayern am 1. Dezember 1946 zog Seidel mit einem weit über dem Landesdurchschnitt der CSU liegenden Ergebnis von 68,9 Prozent in den Bayerischen Landtag für den Aschaffenburger Nachbarstimmkreis Obernburg-Miltenberg ein, den er bis 1961 unangefochten behielt. Das ausgezeichnete Ergebnis bestätigte das Vertrauen, das der CSU-Landesvorsitzende Müller in das politische Talent Seidels setzte. Ihm galt er damals schon als ministrabel, und er war es auch, der Seidel im August 1947 innerparteilich empfahl, indem er ihn für den Ältestenrat der Union vorschlug. Seidels klare weltanschauliche Positionen in Verbindung mit seiner Fähigkeit zur scharfen Analyse der politischen Lage, einem gesunden Schuß Realismus und wirtschaftspolitischer Kompetenz sowie einem völlig unprätentiösen Auftreten hoben ihn zweifellos

äußerst positiv innerhalb des Führungsreservoirs der CSU heraus. So wird es verständlich, wenn Seidel nach nur einem Jahr in der Landespolitik bereits „als der kommende Mann der Union" gelten und ihm der Sprung in die politische Führungsmannschaft des Landes gelingen konnte. Bei der Umbildung des bayerischen Kabinetts auf Drängen Josef Müllers im Herbst 1947 ernannte ihn Ministerpräsident Hans Ehard am 20. September 1947 zum Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft.

## III

Die Berufung Seidels war insofern ein politisches Signal, als das Ressort damit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner entzogen und so der Weg freigemacht wurde für eine neue wirtschaftspolitische Ausrichtung. In bewußter Abkehr von der Plan- und Zwangswirtschaft, die unter anderen Vorzeichen nach 1945 fortgesetzt worden war, begann Seidel sogleich, die Weichen in Richtung auf eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft zu stellen. Nach der Wirtschafts- und Währungsreform vom Juni 1948 trieb er den Abbau des staatlichen Lenkungsapparats energisch voran. Neben Markt und Wettbewerb kennzeichnete Seidels wirtschaftspolitisches Credo jedoch auch die Forderung nach einer ethischen Bindung aller staatlichen Maßnahmen am Wohl des Einzelnen wie am Gemeinwohl.
Seidels Konzeption hatte ihre Bewährungsprobe in der größten Herausforderung zu bestehen, vor die sich die Wirtschaftspolitik im Freistaat gestellt sah: die wirtschaftliche Integration von über zwei Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, durch die sich die Bevölkerungszahl Bayerns um ein Viertel erhöht hatte. Die Antwort auf diesen demographischen Sprung konnte nur in einer forcierten Industrialisierung des Landes bestehen. Die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme waren freilich begrenzt. In erster Linie konnte man sich um die Ansiedlung von neuen Industriebetrieben gerade auch im ländlichen Raum bemühen sowie auf eine Verbesserung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Betriebe hinarbeiten, indem Engpässe in der Energieversorgung nach Möglichkeit beseitigt und die Kapitalversorgung durch Ausschöpfung der vorhandenen Kreditprogramme sichergestellt wurde. Seidel selbst sah seine eigene Aufgabe vor allem darin, die vielfältigen Aktivitäten im Lande zu koordinieren. Als politischer Ansprechpartner der Wirtschaft eilte er jahrelang von Versammlung zu Versammlung, um in häufig selbstentworfenen Reden für Vertrauen in die neue Wirt-

schaftsordnung zu werben und den Unternehmern die Verläßlichkeit der staatlichen Unterstützung zu demonstrieren.
Seidels Arbeit stieß nicht nur innerhalb der Staatsregierung auf Anerkennung, sondern fand auch in Bonn Beachtung. Bundeskanzler Adenauer war von seinen Fähigkeiten so angetan, daß er sich im Frühjahr 1950 nachdrücklich darum bemühte, ihn als Staatssekretär für das Bundeskanzleramt zu gewinnen. Seidel wußte sich jedoch zu entziehen. Politische Angebote, die ein Engagement außerhalb Bayerns bedeutet hätten, hatte er auch zuvor stets abgelehnt. Seit 1949 seine Kandidatur für den Bundestag auf der Landesliste am schlechten Gesamtergebnis der CSU gescheitert war, scheint er seine Aufgabe endgültig in der Landespolitik gesehen zu haben.
Weniger honoriert wurde Seidels wirtschaftspolitisches Engagement in der bayerischen Öffentlichkeit. Die Wirtschaft im Freistaat sprang nur vergleichsweise zäh wieder an, und der Abstand des Bruttoinlandsprodukts zu anderen deutschen Ländern vergrößerte sich zunächst sogar noch gegenüber dem Vorkriegsstand. Erst 1954 sollte sich dieser Trend umkehren und Bayern durch überdurchschnittliche Wachstumsraten langfristig im Bundesvergleich aufholen lassen. Hinzu kam, daß Seidel als Konsequenz einer Sparpolitik 1952 auch das Verkehrsressort in sein Haus hatte eingliedern und damit die Verantwortung für den Aufbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur hatte übernehmen müssen. Die knappen Mittel des Landeshaushalts ließen den Straßenbau jedoch stocken, und der Zustand des Straßennetzes verschlechterte sich in der ersten Hälfte der 1950er Jahre eher noch durch die rasch zunehmende Motorisierung. Angriffe auf Seidel blieben deshalb nicht aus. Geradezu ins Kreuzfeuer der Kritik geriet er im Verlauf des großen bayerischen Metallarbeiterstreiks im Sommer 1954, einem der härtesten Arbeitskämpfe, der in Bayern je stattfand. Angesichts steigender Unternehmensgewinne hatte die IG Metall die Tarifverträge vorzeitig gekündigt und forderte deutliche Lohnerhöhungen. Seidel stellte sich frühzeitig auf die Seite der Arbeitgeber und wurde deshalb zur Zielscheibe scharfer Angriffe von allen Seiten. Es fehlte nicht viel, und Seidel, der sich mit seiner Sündenbockfunktion wenig anfreunden konnte, hätte die Konsequenzen gezogen und seinen Rückzug aus der Politik erklärt. Der Umschwung der politischen Verhältnisse im Freistaat im Herbst 1954 klärte jedoch seine persönliche Situation abrupt.

# IV

Aus den bayerischen Landtagswahlen vom 28. November 1954 ging die CSU zwar wiederum und mit deutlichen Zugewinnen als die stärkste politische Kraft im Lande hervor. Der Unwille über ihren allzu selbstbewußt vorgetragenen Führungsanspruch einte jedoch die übrigen Parteien. In der sogenannten Viererkoalition schlossen sich SPD, FDP, Bayernpartei und GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) zusammen und bildeten eine Regierung mit Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) an der Spitze. Die CSU fand sich unverhofft auf den harten Bänken der Opposition wieder.

Der Machtverlust seiner Partei nahm Seidel als Hoffnungsträger in die Pflicht. Im Dezember 1954 wurde er als Fraktionssprecher der CSU dem Fraktionsvorsitzenden Prälat Georg Meixner beigegeben und übernahm rasch die Rolle des eigentlichen Oppositionsführers. Kurz darauf trat er als Nachfolger des zurückgetretenen Hans Ehard auch an die Spitze seiner Partei. Am 22. Januar 1955 wählten die Delegierten ihn auf der Landesversammlung der CSU in München in einer Kampfabstimmung gegen Franz Josef Strauß mit einem klaren Votum von 380 zu 239 Stimmen zu ihrem neuen Vorsitzenden.

Die erklärte Strategie für Seidels Oppositionsarbeit lautete, sich nicht auf tagespolitisches Geplänkel einzulassen, sondern „auf das Grundsätzliche bedacht" zu sein. Sie ging von der Bewertung der Regierungskoalition als einer Mesalliance aus, der die aller Politik notwendige weltanschauliche Klarheit fehle und die deshalb schädlich für das Land sei. Das vorzeitige Auseinanderbrechen einer Regierung, die die ideologischen Divergenzen zwischen der SPD als Partei der Arbeiter und der unternehmernahen FDP, zwischen dem GB/BHE als Anwalt der Flüchtlinge und Vertriebenen und der Bayernpartei als Sprecherin der bodenständigen Bevölkerung auszuhalten hatte, war nach Seidels Auffassung ein absehbarer Vorgang. Ihn galt es zu beschleunigen, indem man die inneren Brüche dieses Bündnisses immer wieder bloßlegte.

Seine langjährige Erfahrung im Ministeramt verlieh Seidel die Kompetenz, die Regierungsarbeit an ihren entscheidenden Schwachpunkten anzugreifen. Spektakulär waren seine Auftritte als Stimme der Opposition selten durch ihre äußere Form, häufig jedoch durch ihre nüchterne Sachlichkeit, mit der es ihm gelang, die oft ausgreifenden Pläne der Koalition immer wieder auf den Boden des ökonomisch und politisch Möglichen zurückzuholen. Nur gelegentlich zeigte er, daß ihm aus dem breiten strategischen Spektrum eines Oppositionspolitikers durchaus auch die Polemik zur Verfügung stand.

Schwere Tumulte im Landtag provozierte er mit seinem nur an Einzelfällen zu belegenden Vorwurf an die Viererkoalition, das Personal des Kultusministeriums ganz in NS-Manier systematisch nach ideologischen Gesichtspunkten austauschen zu wollen.
Innerparteilich war die Ära von Seidels Vorsitz gekennzeichnet durch umfassende organisatorische Reformen, die den Wandel der CSU von der Honoratioren- zur modernen Volkspartei einleiteten. Die zuvor primär dezentral verfaßte Partei erhielt jetzt eine leistungsfähige Struktur auch auf der Landesebene mit dem jungen Friedrich Zimmermann an der Spitze, der bald den Titel eines Generalsekretärs führte. Gezieltere Mitgliedererfassung und verbesserte Koordination im Wahlkampf erhöhten entscheidend die Schlagkraft der Partei. Nicht weniger wichtig war das umfassende programmatische „Aggiornamento", das Seidel der CSU verordnete. Durch ein neues Grundsatzprogramm vom 1. Juni 1957 wurde das mehr als zehn Jahre alte Parteiprogramm an die gewandelten Zeitverhältnisse angepaßt. Die Zurücknahme weltanschaulicher Komponenten sollte die CSU auch für Gesellschaftsgruppen attraktiv machen, die dem Christentum innerlich ferner standen. Diese Neuorientierung darf aber nur in Verbindung mit Seidels nachdrücklichen Mahnungen zur Bewahrung der christlich-sozialen Substanz gesehen werden. Leitbild Seidels war der christliche Politiker, dem stets bewußt blieb „daß es keine Diskrepanz zwischen Weltanschauung und praktischem Handeln geben darf, daß vielmehr Politik ein Auftrag ist, dessen Vollzug am Ende der Tage verantwortet werden muß".

## V

Der Wahlslogan der Union im Bundestagswahlkampf 1957 „Keine Experimente!" konnte auch als Spitze gegen das Koalitionsexperiment in Bayern gedeutet werden. Der Ausgang der Wahl wurde im Freistaat mit besonderer Spannung erwartet, weil man ihn dort weithin als Plebiszit über den Fortbestand des bayerischen Regierungsbündnisses wertete. Konsequenzen waren deshalb kaum vermeidbar, als die Union mit deutlichen Zugewinnen und erstmals mit absoluter Mehrheit aus der Wahl hervorging, wozu insbesondere das hervorragende Abschneiden der CSU in Bayern (57,2 % der Zweitstimmen) beigetragen hatte. Drei Wochen nach der Wahl war das Ende der Viererkoalition gekommen. GB/BHE und Bayernpartei gingen in Sorge um ihre Wählerklientel auf Distanz zur SPD, zogen ihre Minister aus der Staatsregierung zurück und erzwangen damit den Rücktritt von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner.

Seidel gelang es, binnen einer Woche eine neue Regierung zu bilden. Am 16. Oktober 1957 wählte ihn der Bayerische Landtag mit großer Mehrheit zum Ministerpräsidenten. Die Tatsache, daß er zwar FDP und GB/BHE in die Regierung hereinnahm, nicht aber die Bayernpartei, die bei ihrem Ausscheren aus der Viererkoalition hierauf spekuliert hatte, belastete die politische Atmosphäre. Seidel sandte jedoch gleich zu Anfang versöhnliche Signale in alle Richtungen aus und rief alle „Gutwilligen zur sachlichen Mitarbeit zum Wohle unseres Bayernlandes" auf, „ob sie innerhalb oder außerhalb der Regierung stehen".

Nach Jahren der Konfrontation zog nun ein neuer Stil gesprächsbereiter Kooperation mit allen politischen Lagern in die Regierungsarbeit ein. Er führte bald auch zu vorzeigbaren Erfolgen. Seidel hatte zwar in seiner Regierungserklärung die regionale Wirtschaftspolitik ins Zentrum seines Arbeitsprogramms gestellt, die der Entwicklung Bayerns zum „Prototyp eines Industrie-Agrarstaates" im ersten Nachkriegsjahrzehnt Rechnung tragen sollte. Seine persönliche Energie verwendete er jedoch zunächst auf das drängende kulturpolitische Thema der Lehrerbildung, die seit vielen Jahren ganz oben auf der politischen Agenda stand. Die traditionelle Ausbildung der Volksschullehrer in sogenannten Lehrerbildungsanstalten war dringend reformbedürftig und mußte an die Erfordernisse der Zeit angepaßt werden. Einer raschen Einigung stand jedoch die konfessionelle Bindung der Lehrerbildung entgegen, wie sie aus den Bestimmungen des bayerischen Konkordates von 1924 folgte. Das Konzept der CSU zur Errichtung spezieller Hochschulen mit Bekenntnischarakter fand bei den anderen Parteien, die darin die Gefahr einer dauerhaften Zementierung der Bekenntnisschule witterten, keine Zustimmung. Mit seiner pragmatischen Einstellung, „daß es nicht so sehr auf eine Institution ankommt, als auf eine entsprechende Ausbildung der Lehrer", gab Seidel in der Sache wenig nach, ermöglichte aber in der äußeren Form einen tragfähigen Kompromiß. Die Lehramtsstudenten sollten zwar ihre Ausbildung in eigenständigen, nach Konfessionen getrennten Pädagogischen Hochschulen erhalten, zum Besuch konfessionell gebundener Veranstaltungen jedoch nur in bestimmten Grundsatzfächern verpflichtet sein.

Diese Lösung, der jetzt auch der Heilige Stuhl seine Zustimmung nicht mehr versagte, hatte sich auf der Grundlage eines Entwurfs von Kultusminister Theodor Maunz binnen weniger Monate in persönlichen Verhandlungen Seidels mit den politischen Kräften, den Kirchen und den Universitäten herauskristallisiert, die weitgehend hinter verschlossenen Türen geführt und dadurch der bisherigen öffentlichen Polemik entzogen worden waren. Es war deshalb auch ein

persönlicher Erfolg Seidels, als der Bayerische Landtag am 2. Juni 1958 ohne Gegenstimme das „Gesetz über die Ausbildung für das Lehramt an Volksschulen" verabschiedete.
Ein zweiter Pluspunkt des Kabinetts Seidel innerhalb der kurzen Zeit von der Regierungsübernahme bis zum Ende der Legislaturperiode war die Sicherung des Landeshaushalts. Das Kabinett Hoegner II hatte eine Deckungslücke von über 300 Mio. Mark hinterlassen, die auszugleichen trotz des engen Zeitrahmens gelang. Bei den Landtagswahlen im Herbst 1958 honorierten die Wähler die konstruktive Regierungspolitik. Nach einem im Ton sehr moderat, aber mit deutlich modernisiertem Medieneinsatz geführten Wahlkampf überwand die CSU mit einem Zugewinn von sieben Prozent der Stimmen erstmals nach über zehn Jahren wieder die 40-Prozent-Marke. Verlierer war in erster Linie die Bayernpartei; die Ausgrenzungsstrategie Seidels und der CSU zur Ausschaltung des politischen Rivalen, der die gleichen Wählerschichten ansprach, erwies sich also als erfolgreich und wurde bei der Regierungsbildung deshalb fortgesetzt.
Obwohl das Wahlergebnis politische Alternativen eröffnete, setzte Seidel die bisherige Koalition fort und präsentierte nach seiner Wiederwahl durch den Bayerischen Landtag am 9. Dezember 1958 eine nur wenig veränderte Regierungsmannschaft. Auch sein Arbeitsprogramm knüpfte unmittelbar an seine Ausführungen vom Vorjahr an. Zentrales Ziel sollte es sein, „die Wirtschafts- und damit die Finanzkraft des Landes mit allen Mitteln zu fördern und zu erhöhen". Dadurch sollte Bayern Anschluß an die finanzstarken Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg finden.
Herzstück der nun einsetzenden aktiven regionalen Wirtschaftspolitik war die Energiepolitik. Hier galt es insbesondere die Kostennachteile zu überwinden, die der bayerischen Wirtschaft aus der Revierferne des Landes erwuchsen, solange die Steinkohle der Hauptenergieträger blieb. Seidel unterstützte es deshalb massiv, neue Energieformen zu erproben und einzuführen. Auf den Weg gebracht wurde der Einstieg in die künftige Nutzung der Kernenergie im Freistaat. Nachdem im Juni 1958 in Kahl am Main bereits die Bauarbeiten für ein kleines Versuchsatomkraftwerk begonnen hatten, liefen nun die Planungen für das erste Großkraftwerk in der Bundesrepublik an, das in Gundremmingen an der Donau entstehen sollte, dazu Vorstudien für ein weiteres Kernkraftwerk an der Isar in Niederaichbach bei Landshut.
Um den Zeitraum zu überbrücken, bis die Kernkraft tatsächlich zur Verfügung stehen und wirtschaftlich konkurrenzfähig sein würde, richtete sich das politische Augenmerk auf das Mineralöl. Auch bei dessen Nutzung war Bayern wegen den zusätzlichen Transportkosten

von den Seehäfen und den Raffinerien am Rhein im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht konkurrenzfähig. Unter Vermittlung des Wirtschaftsministeriums schloß sich deshalb 1959 ein bayerisches Bankenkonsortium mit dem staatlichen italienischen Energiekonzern ENI zusammen, um eine alpenüberschreitende Ölpipeline von Genua in den Raum von Ingolstadt zu bauen. Damit war die Grundlage dafür geschaffen, daß in dieser Region ein großes Raffineriezentrum entstehen konnte, von dem aus seit Mitte der 1960er Jahre ganz Bayern mit Mineralölprodukten versorgt wurde.

An Projekten wie dieser großen Ölfernleitung, aber auch etwa beim Rhein-Main-Donau-Kanal, dessen weiteren Ausbau Seidel nachdrücklich forderte, wurde offenbar, wie sehr eine aktive Landeswirtschaftspolitik ihre räumliche Beschränkung überwinden und die überregionale Zusammenarbeit auch im internationalen Bereich suchen mußte, wollte sie erfolgreich sein. Ein Staatsbesuch Seidels in Wien im Januar 1959 war schwerpunktmäßig solchen Infrastrukturvorhaben von gesamteuropäischer Bedeutung gewidmet. Das Inkrafttreten der Römischen Verträge zum 1. Januar 1958 stellte erkennbar auch die Bundesländer vor neue Herausforderungen. Den aktiven Part im europäischen Einigungsprozeß sah Seidel jedoch weniger auf der Seite der Politik; vielmehr bezeichnete er als entscheidende Schrittmacher der Entwicklung „die von der Technik geschaffenen Tatsachen".

Den innerdeutschen Föderalismus und die bayerische Eigenstaatlichkeit verteidigte Seidel ganz im Sinne seiner Vorgänger im Ministerpräsidentenamt. Die „deutsche Aufgabe" Bayerns war auch für ihn, „Kernland einer föderativen deutschen Staatsordnung" zu sein. Anders als Ehard und Hoegner, die vor allem die geschichtliche Erfahrung zur Legitimation des Föderalismus herausgestrichen hatten, sah Seidel gute Gründe für diesen auch im Zusammenhang mit der ökonomischen Modernisierung. Eine intensive Studienreise in die Vereinigten Staaten im Jahr 1956, die er im Rahmen des Kulturaustauschprogramms absolvierte, hatte in ihm die Erkenntnis verfestigt, daß nationales wirtschaftliches Wachstum insbesondere der Impulse aus wachstumsstarken Regionen bedürfe. Diese waren seiner Ansicht nach dazu jedoch auf ausreichenden politischen Spielraum angewiesen. Mit entsprechendem Selbstbewußtsein trat Seidel allen Angriffen auf die Rolle der Länder entgegen. Er scheute sich auch nicht, dafür seine ausgezeichneten persönlichen Beziehungen zu Bundeskanzler Adenauer aufs Spiel zu setzen, etwa wenn er sich zu einem der Wortführer der Ministerpräsidenten machte, als diese sich den Plänen der Bundesregierung zur Errichtung eines zweiten Fernsehprogramms in Bundeskompetenz widersetzten.

Der enorme persönliche Einsatz, mit dem Seidel überaus pflichtbewußt alle seine politischen Funktionen ausfüllte, forderte schon seit den frühen 1950er Jahren seinen gesundheitlichen Tribut und führte immer wieder zu ärztlich verordneten Zwangspausen. Seit einem Verkehrsunfall bei einer Dienstreise im Juli 1958 reihte sich dann Klinikaufenthalt an Klinikaufenthalt. Aufgrund anhaltender Beschwerden mußte schließlich eine bösartige Erkrankung diagnostiziert werden, die Seidel immer wieder monatelang ans Krankenbett fesselte und ihn seit Oktober 1959 ganz an der Ausübung der Regierungsgeschäfte hinderte. Die zunehmend schwindenden Heilungsaussichten veranlaßten Seidel am 21. Januar 1960 zum Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten. Als seinen Nachfolger schlug er den über siebzigjährigen Hans Ehard vor. Die großen Probleme, adäquaten Ersatz für ihn in der jüngeren Generation zu finden, machten seiner Partei die zentrale Bedeutung Seidels noch einmal ganz besonders schmerzlich bewußt. Ein Jahr später, am 16. Februar 1961, legte Seidel auch den Parteivorsitz nieder, den er auf Drängen Adenauers wegen der bevorstehenden Bundestagswahl zunächst noch beibehalten hatte.

Selbst die Zeit seiner Erkrankung nutzte Seidel noch intensiv. Durch Besuche seiner politischen Freunde im Krankenhaus nahm er weiterhin Anteil am Tagesgeschehen. Neben einer umfangreichen anspruchsvollen Lektüre, der stets seine besondere Neigung gegolten hatte, bündelte er wichtige Redebeiträge der vorangegangenen Jahre und brachte theoretische Überlegungen über den Politikbetrieb zu Papier. In zwei Sammelbänden dokumentierte er die ihm wichtigsten Reden als Parteivorsitzender und Ministerpräsident. In dem selbständigen politisch-philosophischen Traktat „Vom Mythos der öffentlichen Meinung" ging er den Gründen für deren Verzerrung nach, um abschließend ein Plädoyer für mehr Wahrhaftigkeit und Verantwortung auch in diesem für die Demokratie zentralen Bereich abzulegen. Kurz nach Abschluß des Manuskripts starb Seidel, ohne noch einmal in die Öffentlichkeit zurückgekehrt zu sein, am 5. August 1961 in einer Münchner Klinik. Die Betroffenheit über seinen frühen Tod, der ihn als ersten der profilierten CSU-Politiker der Nachkriegszeit ereilte, war allgemein. Im Rahmen eines Staatsaktes wurde er vier Tage später auf dem Münchner Westfriedhof beigesetzt.

Es war bezeichnend für Seidels Wesensart, daß er sich Reden am Grab noch selbst verbeten hatte. Seine Bescheidenheit hatte ihm bereits zu Lebzeiten hohe allgemeine Wertschätzung eingetragen. Eher klein von Statur und trotz scharf geschnittener Gesichtszüge von we-

nig markantem Äußerem, hatte er öffentliche Repräsentation und gesellschaftliche Pflichttermine nie geschätzt und sie nach Möglichkeit gemieden. Vor Selbstüberschätzung, zu der herausgehobene politische Ämter zuweilen verleiten, war er durch ein hohes Dienstethos gefeit. Als Ministerpräsident lagen ihm landesväterliche Allüren fern. Individuellen sozialen Notlagen begegnete er mit Verständnis, kehrte aber sein wohltätiges Engagement nie nach außen. Die Kehrseite solcher Zurückhaltung war eine gewisse Aura der Unnahbarkeit, die Seidel zu umgeben schien. Im persönlichen Umgang wirkte er auf manchen geradezu spröde. Kraftbayerntum und Bierzeltatmosphäre waren nicht die Welt des feinsinnigen Büchermenschen. Popularität war kein Maßstab seines politischen Handelns und sie wurde ihm verständlicherweise auch nie zuteil.

Seinen Anlagen entsprechend war Seidels politischer Stil von nüchterner Sachlichkeit geprägt, die ihre Grundlage in Aktenstudium und fleißiger Schreibtischarbeit hatte. Von persönlichen Angriffen auf den politischen Gegner hielt er wenig. Die Strategie der aus dunklen Quellen gespeisten Diffamierung, mit der nicht selten die Flügelkämpfe innerhalb der eigenen Partei ausgetragen wurden, galt ihm als unehrenhafter „Dschungelkrieg". Seinen Stellvertretern in Partei und Staatsregierung blieb es freilich andererseits nicht erspart, den in der Politik gelegentlich nötigen harten Schlagabtausch an seiner Stelle zu führen.

Seidel war zweifellos ein „Politiker von Tiefe und Format, ein christlicher Politiker", wie der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Adenauer-Vertraute Heinrich Krone anläßlich von Seidels Rücktritt als Ministerpräsident in seinem Tagebuch notierte. Seine klare weltanschauliche Bindung und die Festigkeit in seinen politischen Grundüberzeugungen wurde, da sie undogmatisch daherkam, auch vom politischen Gegner durchaus akzeptiert. Der bayerische SPD-Vorsitzende Waldemar von Knoeringen vermochte ihn selbst im Augenblick des Machtverlustes seiner Partei nach dem Bruch der Viererkoalition als „einen Mann der Aufgeschlossenheit und einer liberalen Grundhaltung" zu würdigen. Für alle, die in der Politik nicht das Spektakel, sondern die sachliche Arbeit schätzten, war Seidel zweifellos eine wohltuende Figur. Gerade der Vergleich zu dem umtriebigen und polarisierenden Franz Josef Strauß nahm viele für ihn als „Mann des Ganzen und nicht der Gegensätze" (Heinrich Krone) ein.

In dieser Fähigkeit zum Ausgleich und zur Integration lag sicher auch die eigentliche Bedeutung für seine Partei. Die Zusammenfassung der widerstreitenden Kräfte unter seiner Führung ermöglichte ihr die dauerhafte Konsolidierung in dem sich erst herausbildenden

Parteiengefüge der Nachkriegszeit, ihre Öffnung für die Belange der modernen Welt die langfristige Sicherung der politischen Macht im Freistaat. Die Nachkriegsentwicklung Bayerns prägte der Staatsmann Seidel weniger durch einzelne Maßnahmen und Erfolge, die sich in einer Zeit beschleunigten Wandels notwendigerweise rasch überholten, sondern durch seine grundlegenden wirtschaftspolitischen Weichenstellungen. Die Bezeichnung als „Schöpfer und Architekt des modernen Bayern" (Alfons Goppel) dürfte eine überzogene Charakterisierung der Lebensleistung Seidels sein. Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsminister und das Ziel einer grundsätzlichen wirtschaftlichen Stärkung Bayerns, auf das er als Ministerpräsident die künftige Landespolitik verpflichtete, bilden indes ein langfristig wirksames Erbe, ohne das die heutige selbstbewußte Stellung Bayerns im Bund nicht zu denken ist.



# Georg Dertinger (1902–1968)

## I

Georg Dertinger wurde am 25. Dezember 1902 in Berlin geboren. Der Vater, protestantisch, stammte aus Baden; der Großvater war katholisch gewesen, die Großmutter protestantisch. Der Vater hatte einen kaufmännischen Beruf erlernt und leitete vor seinem Tod – er fiel 1914 42-jährig als Oberleutnant in Russland – die Berliner Hotel AG, zu der die Hotels Bristol, Continental und die Zoogaststätten gehörten. Von ihm hatte der Sohn die Liebe zum Militär und das Organisationstalent geerbt. Die Mutter, ebenfalls protestantisch, war eine preußische Beamtentochter aus Hannover. Der Junge wurde protestantisch getauft und erzogen.
Seit 1908 besuchte Dertinger zunächst für zwei Jahre die Vorschule zum Realgymnasium, dann bis 1916 das Realgymnasium in Berlin. Nach dem frühen Tod des Vaters war die Mutter froh, dass der Sohn zunächst eine Freistelle im Kadettenkorps in Plön erhielt, von wo er später zur Königlich-Preußischen Kadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde wechselte; diese wurde 1920 umgewandelt in eine staatliche Bildungsanstalt, an der er 1922 das Abitur ablegte. Hier erlebte er im Zusammenhang der Revolution von 1918 als 16-jähriger Kadett seine erste große politische Enttäuschung: die über das Versagen der konservativen Kräfte. Dank einer frühen politischen Sozialisation hatte er 1914 als Zwölfjähriger die Begeisterung bei Ausbruch des Krieges, das Gefühl des Aufstands einer einheitlichen Nation bereits bewusst erlebt und daraus sein politisches Weltbild entwickelt: das einer geschlossenen, lebendigen „Nation in voller Klassenharmonie", wie er es wenige Monate vor seinem Tod einmal formulierte. Um so größer war die Enttäuschung, als dieses idealistische Bild in den Wirren der Revolution von 1918 zerbrach, Werte wie Monarchie, Vaterland, Nation sich als hohl und brüchig erwiesen. Der Kaiser, der noch wenige Jahre zuvor eine nationale Begeisterung bei Kriegsausbruch hatte hervorrufen können, war geflohen, Hindenburg hatte mit der Revolution paktiert, der stolze Kadett Dertinger war in Berlin von demonstrierenden Fabrikarbeitern jämmerlich verprügelt

worden. Sein Weltbild war zerstört; hier lag der Ursprung seiner späteren Zuwendung zu rechtskonservativen Kreisen.
Nach dem Abitur studierte Dertinger einige Semester lang (bis Ende 1923) Jura und Volkswirtschaftslehre in Berlin, brach das Studium aber ab und wendete sich dem Journalismus zu. Er wurde Redaktionssekretär bei der Berliner Redaktion der alteingesessenen „Magdeburger Zeitung", für die er schon 1922 halbtags gearbeitet hatte.
In Magdeburg war kurz nach Kriegsende der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten" entstanden, eine auf soldatische Traditionspflege ausgerichtete paramilitärische, deutschnational orientierte Vereinigung von Soldaten des Ersten Weltkrieges. Dertinger lernt den Gründer und Vorsitzenden des Bundes, den Reserveoffizier Franz Seldte, kennen. Er wird 1925 in Magdeburg politischer Redakteur, später stellvertretender Chefredakteur des „Stahlhelm", des Zentralorgans des Bundes und tritt zugleich in dessen Leitung ein. Ihm imponiert dessen Ursprungs-Impetus: das patriotisch-national ambitionierte Kameradschafts- und Gemeinschaftserlebnis insbesondere der Frontsoldaten – für ihn ein Sinnbild seines Ideals der nationalen Klassenharmonie. Ein Foto vom März 1933 zeigt Dertinger als Fahnenträger des „Stahlhelm" zwischen Bundesführer Seldte und Vizekanzler Franz von Papen, der dem Bund nahestand. Der „Stahlhelm" war nominell überparteilich, doch stand er politisch rechts und in deutlicher Opposition zur Weimarer Republik. Er geriet rasch unter den Einfluss altkonservativer, reaktionärer Offiziere, wurde 1934 von den Nationalsozialisten gleichgeschaltet und als „NS-Frontkämpferbund" in die SA eingegliedert bzw. 1935 aufgelöst.
Der „Stahlhelm" war nur eine der national-konservativ ausgerichteten Organisationen, denen Dertinger in der Weimarer Zeit nahe stand. Er war auch Mitglied des „Deutschen Herrenklubs", der Beziehungen zu konservativen Politikern, zur Aristokratie und zur Wirtschaft unterhielt. Insbesondere wollte er das Nationalbewusstsein und das Deutschtum im Ausland unterstützen und strebte eine Verbindung nationaler und sozialer Vorstellungen an. In dem palastartigen Gebäude des „Herrenklubs" in der Nähe des Reichstags war Dertinger als Gesprächspartner von Papens häufig zu Gast. Dieser nahm als Vizekanzler 1933 seinen „journalistischen Offiziosus", wie Dertinger sich später einmal bezeichnete, zu den Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan um das Konkordat nach Rom mit. Schließlich verkehrte Dertinger auch im „Tat-Kreis", einem Zirkel radikal konservativer Intellektueller um den Publizisten Hans Zehrer. Und er sympathisierte mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bzw. mit deren Abspaltung „Volkskonservative

Vereinigung", die an einer evolutionären Umgestaltung des Weimarer ‚Systems' und an der Errichtung eines Präsidialregimes interessiert war.
In all diesen Bewegungen einer ‚konservativen Revolution' oder auch jener „Revolution von oben", die Hindenburg von Franz von Papen erwartete, hoffte Dertinger die Erfüllung seiner Jugendträume von der nationalen Klassenharmonie zu finden.

## II

Seit 1927 war Dertinger als Korrespondent großer Regionalzeitungen bürgerlich-konservativer Couleur in Berlin tätig. Dazu gehörten die „Hamburger Nachrichten", später auch die „Schlesische Zeitung" und die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung". Auch die Nachrichten der ausländischen Vertretungen dieser Zeitungen liefen in Dertingers Büro zusammen; sie wurden unter der Bezeichnung „Dienatag" („Dienst nationaler Tageszeitungen") zusammengefasst. Dachverband dieser Berliner Zeitungsvertretungen war der „Verband der auswärtigen Presse", dessen Leitung Dertinger einige Jahre inne hatte. Er arbeitete auch für internationale Zeitungen und Pressekorrespondenzen.
1934 wurde er Redakteur, ab 1939 Hauptschriftleiter einer offiziösen Korrespondenz des Propagandaministeriums und des Auswärtigen Amtes „Dienst aus Deutschland". Mit diesem Organ wurde die Auslandspresse mit Nachrichtenmaterial oder auch Artikeln aus der Wilhelmstraße versorgt – nicht dezidiert nationalsozialistisch, aber letztlich doch systemaffirmativ. Es wäre allerdings verfehlt, Dertinger von daher eine Affinität zum Nationalsozialismus zu unterstellen. Er lehnte es ab, in die NSDAP einzutreten, und er verkehrte freundschaftlich mit Männern aus dem katholischen Widerstand – etwa mit Otto Lenz, Josef Müller und dem 1944 hingerichteten Josef Wirmer. Insgesamt stand er dem Nationalsozialismus mit kühler Reserve gegenüber.
1935 schloss Georg Dertinger die Ehe mit Maria Freiin von Neuenstein-Rodeck. Sie war 1905 geboren, stammte aus katholischem badischen Uradel, war musisch begabt und hatte als erste Frau an der Universität Dresden Architektur studiert. In erster Ehe war Dertinger von 1926 bis 1934 mit Barbara von Dewitz aus hinterpommerschem Adel verheiratet gewesen; diese Ehe war kinderlos geblieben.
Nach dem Kriege gehörte Georg Dertinger zu den Mitbegründern der CDU in Berlin. Gleichzeitig fand er in seiner Partei ein neues berufliches Tätigkeitsfeld. Er leitete zunächst deren Presseabteilung.

Schon im Januar 1946 machten ihn die frisch gewählten Parteivorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer – ihre Vorgänger Andreas Hermes und Walther Schreiber waren von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) abgesetzt worden – zum Generalsekretär der CDU in der SBZ. In dieser Rolle kam ihm neben dem im September 1948 zum Parteivorsitzenden gewählten Otto Nuschke die entscheidende Bedeutung bei der Bestimmung des Kurses gegenüber SMAD und SED zu.
Schon im Dezember 1947 war den Vorsitzenden Kaiser/Ernst Lemmer auf Verlangen der SMAD von ihren Vorstandskollegen das Vertrauen entzogen worden – hauptsächlich wegen ihres Widerstandes gegen die Volkskongressbewegung. Diese bestand in einer von der SED initiierten und gesteuerten Folge von Veranstaltungen, bei der angeblich Parteien, Organisationen und Großbetriebe der SBZ und möglichst auch aus den übrigen Zonen über Wege zur überzonalen Zusammenarbeit und zur Wiedervereinigung beraten sollten. Nach der Kaltstellung von Kaiser und Lemmer führten bis zur Wahl Nuschkes zunächst die Landesvorsitzenden die Partei. Ihnen wurde ein geschäftsführender Ausschuss („Koordinierungsausschuss") beigegeben, dem auch Dertinger angehörte. In der Volkskongressfrage zeigte sich diese kommissarische Leitung deutlich kompromissbereiter als Kaiser und Lemmer. Nuschke ließ sich im März 1948 in das Präsidium des vom 2. Volkskongress berufenen Volksrats wählen, Dertinger arbeitete im Sekretariat des Volksrats mit. Doch bei aller pragmatisch bestimmten Kooperationsbereitschaft der CDU-Vertreter im Zentralen Blockausschuss, dazu gehörte seit Anfang 1948 auch Dertinger, protestierten sie immer wieder gegen den Führungs- und Totalitätsanspruch der SED und forderten die Gleichberechtigung der übrigen Parteien. Wie Nuschke versprach sich Dertinger von freien Wahlen einen Sieg der bürgerlichen Parteien – deren Erfolge bei den im großen und ganzen freien Gemeinde- und Landtagswahlen im Herbst 1946 berechtigten durchaus zu dieser Hoffnung – und damit auch die Möglichkeit einer organisatorischen Verbindung mit den westlichen Unionsverbänden, also eine gesamtdeutsche Politik und als deren Folge womöglich die Wiedervereinigung.

## III

Doch Dertinger gehört dann wie auch Gerald Götting, seit Januar 1948 sein Stellvertreter im Amt des Generalsekretärs, zu jenen führenden Ost-CDU-Politikern, die überzeugt sind, dass eine widerstän-

dige Haltung gegen den Gleichschaltungsdruck von SMAD und SED nicht durchzuhalten ist und dass die sowjetische Herrschaft in der SBZ von solider Dauer sein wird. Er sieht in einem guten Verhältnis zur SMAD die Grundbedingung für einen zumindest begrenzten politischen Spielraum, wenn nicht gar für das Überleben seiner Partei. Deshalb zwingt er sie nach Kaisers Ausschaltung immer mehr auf einen prosowjetischen Kurs und in die Spur der SED; deren Führungsanspruch erkennt die CDU bei ihrem 6. Parteitag im Oktober 1952 „vorbehaltlos" an. Die mit physischem und psychischem Terror erzwungene Anpassung an die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SED bis hin zur Umwandlung der CDU zu einem bloßen Hilfsorgan sozialistischer Kader- und Machtpolitik wird von Dertinger weitgehend mitgetragen; er wird gleichsam zum „Strategen der Selbstgleichschaltung der CDU" (J. G. *Reißmüller*). Seine Unterwerfungspolitik hat Zehntausende von Mitgliedern zum Verlassen der Partei veranlasst oder zur Flucht in den Westen getrieben.
Dertingers „fortschrittliche" Haltung, sein Durchsetzungsvermögen, sein Organisationsgeschick und seine brillante Rednergabe qualifizieren ihn in den Augen der Sowjets für höhere Aufgaben. Am 12. Oktober 1949 wird er als Minister für Auswärtige Angelegenheiten in die erste Regierung der am 7. Oktober 1949 gegründeten DDR unter Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) berufen. In dem neuen Amt stützt Dertinger einmal den von Götting, seinem Nachfolger als Generalsekretär, geleiteten Anpassungskurs gegenüber den Sowjets und der SED. Zum anderen verstärkt er seine schon als Generalsekretär vorgetragenen Angriffe gegen die angeblich revanchistische, imperialistische und kriegstreiberische Politik der Westalliierten und der Adenauer-Regierung. Bereits Anfang 1949 hatte er die westdeutsche Bevölkerung zu einer „Widerstandsbewegung" zwecks Ablösung der dort maßgeblichen Politiker aufgerufen und den westlichen Besatzungsmächten unterstellt, ihre Zonen mit einem Netz militärischer Stützpunkte zu überziehen. Als Redner bei parteipolitischen oder sonstigen Veranstaltungen oder in zahlreichen Artikeln im „Union-Pressedienst" der Ost-CDU beschuldigt er die Westmächte, sie hätten „ihre ganze Politik auf eine Aggression gegen den früheren Verbündeten, gegen die UdSSR gerichtet" und damit zur „vollkommenen Spaltung Deutschlands" beigetragen.
Gleichzeitig mit solcher Polemik wirbt Dertinger in Westdeutschland für das von den Sowjets zu diesem Zeitpunkt favorisierte Modell eines vereinigten, aber neutralisierten Deutschland. Zwangsläufig unterstützt er die sowjetische Deutschlandpolitik auch in der Frage der polnischen Westgrenze. Georg Dertinger hat sich schon früh in echter Friedenssorge für die Oder/Neiße-Linie als polnische West-

grenze eingesetzt. Als Außenminister unterzeichnete er am 27. Januar 1951 in Frankfurt/O. ein Abkommen mit Polen, worin die DDR die Oder/Neiße-Linie als „unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" zugestand – gegen die Vereinbarung des Potsdamer Abkommens der Siegermächte vom 2. August 1945, wonach die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden sollte. Anlässlich seines 50. Geburtstages 1952 verlieh ihm der polnische Botschafter in Ostberlin für seine aktive Mitarbeit beim Zustandekommen dieses Abkommens das Kommandeurkreuz mit Stern des polnischen Ordens „Polonia restituta".

In einer Note an die westlichen Alliierten vom 10. März 1952 und einer weiteren vom 9. April 1952 bot Stalin Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung und einen Friedensvertrag an, allerdings auf der Basis eines politisch neutralen Deutschland. Die Alliierten und Adenauer wiesen das Angebot ab, weil sie die Gefahr sahen, ein neutralisiertes und zwischen den Blöcken schutzloses Deutschland könne dem kommunistischen Einfluss letztlich nicht entgehen. Außerdem sahen sie in den Noten – zu Recht, wie man heute weiß – ein bloßes Manöver, um die bevorstehende Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft zu verhindern. Nach dem Scheitern der Stalin-Offensive und der sicheren Erkenntnis, dass die Westbindung der Bundesrepublik und ihre Politik der europäischen Integration nicht aufzuhalten seien, nahm die Sowjetunion einen Paradigmenwechsel in ihren deutschlandpolitischen Optionen vor, von dem der sowjetische Botschafter in der DDR, Georgij M. Puschkin, Dertinger bereits Ende März 1952 unterrichtete: Die DDR müsse jetzt auf eine mächtige Widerstandsbewegung gegen die Adenauer-Politik und überhaupt auf die Destabilisierung des westlichen Lagers hinwirken.

## IV

In der Nacht zum 15. Januar 1953 wurde Georg Dertinger in seiner Dienstwohnung in Berlin-Pankow völlig überraschend, auf Weisung des NKWD, vom Staatssicherheitsdienst verhaftet. Man warf ihm feindliche Tätigkeit gegen die DDR im Auftrag imperialistischer Spionagedienste vor. Stasi-Minister Wilhelm Zaisser war dabei nicht anwesend – entgegen häufiger Darstellung in der Literatur. Noch in derselben Nacht wurde auch Dertingers Frau Maria in der Privatwohnung in Kleinmachnow festgenommen. Nur drei Wochen zuvor hatte ihm CDU-Parteichef Nuschke in Anwesenheit von Minister-

präsident Grotewohl und Staatsratsvorsitzendem Wilhelm Pieck mit überschwänglichen Dankesworten zum 50. Geburtstag gratuliert, eine Veröffentlichung seiner gesammelten Schriften stand unmittelbar bevor. Nuschke, Götting, die gesamte CDU-Spitze und sogar Grotewohl waren von der Verhaftung überrascht – zumindest von dem Zeitpunkt. Dass Dertinger, der von 1949 bis 1952 auch 2. Vorsitzender der CDU war, seit 1949 auch dem Präsidialrat des Kulturbundes, einer DDR-Massenorganisation, angehörte und Ehrenmitglied der FDJ war, seit langem von der Stasi beschattet wurde, war ein offenes Geheimnis.

Man erinnerte sich auch, dass er im Frühjahr 1951 in einem eigens dafür zugewiesenen Haus unter besonderer Kontrolle der Stasi gestanden hatte, weil er Pläne zu einer Flucht nach Westdeutschland geschmiedet habe – auch die Bundesregierung wusste über die Amerikaner davon – und weil er Akten über Besprechungen mit dem sowjetischen Außenminister Andrej J.Wyschinski ohne die notwendige Sorgfalt aufbewahrt habe und dass Grotewohl im April 1951 nicht nur für jede Amtshandlung Dertingers die Gegenzeichnung von dessen Staatssekretär Anton Ackermann (SED) verlangt habe, sondern auch jede Auslassung des Außenministers die Zensur des Generalsekretärs der SED passieren musste.

Dertingers Partei reagierte nach der Verhaftung ihres ehemaligen Generalsekretärs so, wie es von der SED erwartet wurde. Otto Nuschke ging sofort von dem feststehenden „Verrat" Dertingers aus, bezeichnete ihn als ein „psychologisches Rätsel" und charakterisierte ihn als einen Menschen, der „unmäßig in der Arbeit und unmäßig im Genuß" sei, womit er auf die ihm nachgesagten Frauen- und Alkoholgeschichten anspielte. Der Politische Ausschuss, das höchste Organ der Partei außerhalb der Parteitage, attestierte Dertinger „Doppelzüngigkeit" und „schändlichen Verrat am Kampf der Friedenskräfte, an unserer Republik und an der Sache der Partei". Psychologisch-politisch ist die Verdammungshaltung der CDU gegenüber ihrem prominenten Mitglied verständlich. Schon seit etwa Mitte 1948, verstärkt nach der DDR-Gründung, wurden im Zuge spätstalinistischer Säuberungswellen unangepasste bürgerliche Politiker oder sonstige Gegner des kommunistischen Systems massiv bedroht, terrorisiert, eingeschüchtert und damit ‚auf Kurs' gebracht oder ausgeschaltet. Schließlich war mit Dertinger ein deutlich als „fortschrittlich" profilierter Politiker, ein getreuer Gefolgsmann sowjetischer Wünsche in der SBZ/DDR, vom Fleck weg verhaftet worden. Wer also nicht ‚spurte', wie Sowjets und SED es erwarteten, war selbst in seiner Existenz bedroht. Nuschke und Gerald Götting fürchteten – nicht nur in dieser Situation – um die Fortexistenz der CDU. Götting

initiierte in der Partei eine neue Welle von Wachsamkeitskampagnen, Selbstkritik und Disziplinierung. Er forderte, den Namen Dertinger in der gesamten Literatur der CDU auszulöschen. Ähnlich verhielt sich die DDR, indem sie z. B. das erwähnte Abkommen mit Polen über die Oder/Neiße-Grenze in ihren Schulbüchern zwar abdruckte, die Unterschrift des Außenministers dabei aber tilgte. Götting rechtfertigte später gegenüber seinem Freund Dertinger das scharfe Vorgehen gegen die „Dertingernester" in der Partei damit, dass die CDU nur die Wahl gehabt habe, ihn zu verdammen oder aufgelöst zu werden.

17 Monate verbrachte Dertinger in Untersuchungshaft. In einem Geheimprozess in Berlin vom 2. bis 4. Juni 1954, der entgegen anders lautenden Angaben in der Literatur nicht von Hilde Benjamin geleitet wurde, wird Dertinger vom 1. Strafsenat nach Artikel 6 der DDR-Verfassung („Boykotthetze") zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Vermögen wird eingezogen, er verliert alle Pensionsansprüche und das Recht zu politischer Betätigung. Das Urteil spricht von „Verrat" am Volk der DDR und sieht in Dertinger das Haupt einer „Verschwörergruppe". Er habe in seinen Ämtern „Spionagematerial" gesammelt, das er an amerikanische und englische Offiziere und auch an den Staatssekretär im Bundeskanzleramt in Bonn, Otto Lenz, weitergegeben habe. Dieses Material habe sich v. a. auf die Versorgungslage in der DDR, interne Fragen der Parteien und Massenorganisationen, Wirtschaftspläne, Aufbau der Kasernierten Volkspolizei, Veränderung von Stützpunkten sowjetischer Truppen, Vorbesprechungen zu den sowjetischen Noten zur Deutschlandfrage (Stalin-Noten) sowie auf „sonstige, die Geheimdienste interessierenden Vorgänge" bezogen. Außer Spionage wird Dertinger auch „Zersetzungstätigkeit" bis hin zum „verbrecherischen Plan zur Beseitigung der DDR" vorgeworfen, etwa indem er in der DDR den Erhalt des privaten Sektors gefördert habe. Seine Ehefrau sei in seine Verbrechen eingeweiht gewesen.

Zusammen mit Dertinger werden unter derselben Anklage der in Westberlin lebende Landgerichtsrat a. D. Dr. Eberhard Plewe (13 Jahre), der Staatssekretär im DDR-Justizministerium Dr. Dr. Helmut Brandt (10 Jahre), Dertingers zeitweilige Referentin in der CDU-Hauptgeschäftsstelle Ilse-Ruth Bubner (11 Jahre), der Verwaltungsdirektor und Personalchef der CDU-Parteileitung Fritz Jentzsch (7 Jahre) und Dertingers Chefsekretärin im Außenministerium Käthe Zinsser (3 Jahre) zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Die eigentlichen Hintergründe für Verhaftung und Verurteilung Dertingers sind bis heute nicht eindeutig geklärt und werden womöglich auch nie ganz zu klären sein; sie sind vielschichtig. Einmal ist das Vorgehen gegen Dertinger vor dem Hintergrund der angesprochenen Säuberungsmaßnahmen gegenüber ‚bürgerlichen' Politikern zu sehen. Diese Repressionsmaßnahmen wurden noch einmal verschärft, nachdem die SED bei ihrer zweiten Parteikonferenz im Juli 1952 die „planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus" bekannt gegeben hatte. Nicht von ungefähr fanden parallel zu den Vorgängen um Dertinger 1952/53 in Erfurt und Gera Schauprozesse gegen CDU-Mitglieder statt, die meist zu hohen Haftstrafen führten.

Entscheidend dürfte die unterschiedliche Auffassung Dertingers und der Sowjets in der Deutschlandpolitik gewesen sein. Aufgrund seiner ausgeprägt nationalen Orientierung war sein oberstes deutschlandpolitisches Ziel die Wiedervereinigung. Er begrüßte und unterstützte die Stalin-Note, weil sie die Einheit möglich erscheinen ließ. Er hatte sie wahrscheinlich über den sowjetischen Botschafter Vladimir S. Semjonow mit initiiert. Bei der Regierungserklärung der neuen DDR-Regierung im Oktober 1949 hatte er die Neutralisierung Deutschlands als Hauptpunkt seines politischen Programms verkündet. Den Preis eines neutralisierten und womöglich auch sozialistischen Deutschland war er um des für ihn höheren Ziels der Einheit willen zu zahlen bereit. Er traf sich in diesem Punkt partiell mit Teilen der Exil-CDU, die ihn ansonsten wegen seines sowjethörigen Kurses strikt ablehnte. Und Dertinger unterstützte Neutralisierungspläne des ehemaligen sowjetischen Geheimdienstchefs Lawrentij P. Berija, damals stellvertretender Ministerpräsident und Politbüromitglied, dem es gleich war, ob ein vereinigtes Deutschland sozialistisch oder ‚bürgerlich' wäre, wenn es nur friedlich wäre. Berija konnte sich allerdings im Zuge des Machtgerangels im Kreml nach Stalins Tod Anfang März 1953 nicht durchsetzen und wurde später als „Verräter" hingerichtet – ein Schicksal, das Dertinger durchaus auch hätte widerfahren können. Möglicherweise besaß man aber nicht genügend Material gegen ihn, was auch ein Grund dafür gewesen sein könnte, dass man einen ursprünglich offenbar geplanten Schauprozess schließlich nicht durchführte.

Bei Zusammenkünften mit dem Berliner CDU-Gründungsmitglied und ehemaligen Ost-CDU-Justiziar Dr. Eberhard Plewe, der inzwischen als selbstständiger Handelsvertreter in Westberlin lebte, hatte Dertinger das von ihm als einzige Chance zur Wiedervereinigung

angesehene Neutralitätskonzept erörtert. Plewe vermittelte Dertingers Ideen an interessierte westliche Kreise, die Adenauers striktes Festhalten an der Westbindung als Gefährdung der Wiedervereinigung ablehnten – etwa an den „Nauheimer Kreis" um den in Würzburg lehrenden Historiker Ulrich Noack oder auch an frühe Mitstreiter Dertingers wie Andreas Hermes oder Ernst Lemmer sowie an amerikanische Kongressabgeordnete. Auch zu amerikanischen Militärbehörden unterhielt Dertinger über Plewe Kontakte. Plewe verstand seine Aufgabe als ‚ehrlicher Makler' zwischen Ost und West. Dertinger hatte auch mit seinem Freund Otto Lenz – wie er ein Veteran der Berliner CDU, bei dem er gewohnt hatte, als seine eigene Berliner Wohnung ausgebombt war und der von 1951 bis 1953 als Staatssekretär im Bundeskanzleramt diente – über seine deutschlandpolitischen Konzepte gesprochen, ferner mit dem bayerischen CSU-Landesvorsitzenden Josef Müller („Ochsensepp") oder mit dem 1946 in den Westen geflohenen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ernährungsminister von Niedersachsen, Dr. Dr. Günther Gereke. All dies geschah anfangs durchaus mit Wissen der Sowjets, die an einer einflussreichen Persönlichkeit zur Vermittlung ihrer deutschlandpolitischen Pläne in den Westen durchaus interessiert waren.

Dertingers Fehler war offenbar, dass er an den Wiedervereinigungsplänen festhielt und sie eigenmächtig weiter trieb, als die Sowjets sie bereits aufgegeben hatten. Als Dertinger nach dem Scheitern von Stalins Noten-Offensive erneut ein eigenes Konzept zur Wiedervereinigung vorlegte, war den Sowjets seine „deutschlandpolitische Aufdringlichkeit" (J. G. *Reißmüller*) nur noch lästig. Als Mitinitiator der Noten musste er wohl auch für deren Scheitern mit büßen. Die mit Dertinger versuchte Option einer Brücke zur bürgerlichen Welt des Westens war überflüssig geworden; mit ihm verschwand der letzte nicht kommunistische Außenminister des Ostblocks. Aus Sicht der Sowjets durfte es nach dem Scheitern der Wiedervereinigungspläne keinen Zweifel mehr geben, dass sie an der DDR als deutschem ‚Kernstaat' und Satellit der UdSSR festhielt. Mit der Wiedervereinigungsrhetorik musste es vorbei sein.

Dertinger musste erkennen, dass es den Sowjets und der SED deutschlandpolitisch tatsächlich nur um die Ausweitung des kommunistischen Machtbereichs ging. In einem Gespräch mit seinem persönlichen Referenten Gerold Rummler, der später in den Westen floh und dort als Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle tätig war, äußerte er, wenn die Sowjets in Wirklichkeit keine Verständigung wollten, sei sein gesamtes politisches Handeln falsch gewesen und er sei als Außenminister nicht der richtige Mann. Dertingers

wichtigster Kontaktmann in den Westen, Plewe, war am 29. November 1952 bei einem Besuch bei Dertinger in dessen Vorzimmer verhaftet worden; dieser hätte also gewarnt sein müssen, wenngleich man ihm einen unverfänglichen Grund für die Verhaftung nannte.
In derselben Nacht wie Georg Dertinger wurde auch seine Frau Maria in der Privatwohnung in Kleinmachnow verhaftet, dazu auch deren 76-jährige Mutter sowie die Haushälterin. Frau Dertinger wurde in einem eigenen Verfahren vor dem Obersten Gericht am 28. Juli 1954 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie zunächst in der Untersuchungs-Haftanstalt Hohenschönhausen, dann in den Strafanstalten Brandenburg-Görden und Halberstadt verbrachte. Man warf ihr vor, von der Spionagetätigkeit ihres Mannes gewusst, Informationen weitergeleitet und Kontakte ihres Ehemannes mit westdeutschen Politikern organisiert zu haben.
Das Ehepaar Dertinger hatte drei Kinder. Die 13-jährige Tochter Oktavie wurde nach Sicherungsverwahrung und anschließender Schutzhaft in Chemnitz zusammen mit der Großmutter, die man 19 Monate lang in Untersuchungshaft hielt, nach Annaberg-Buchholz im Erzgebirge zwangsumgesiedelt, den 16-jährigen Sohn Rudolf sperrte man nach eigenem Prozess in die Jugendstrafanstalt in Dessau; beide gingen 1957 in den Westen. Der jüngste Sohn Christian war bei der Verhaftung der Eltern acht Jahre alt. Nach etlichen Wochen unter Stasi-Aufsicht in Pankow gibt man ihn zu Pflegeeltern nach Schönebeck an der Elbe, wo er als „Christian Müller" eine neue Existenz bekommt und in sozialistischem Geist erzogen wird. Über seine leiblichen Eltern wird ihm gesagt, es seien auch nur Pflegeeltern gewesen, in Wirklichkeit sei er eine Kriegswaise. Doch die Großmutter in Annaberg kann mit Hilfe von Otto Nuschke Christians Aufenthaltsort herausbekommen. Sie besucht ihn und enthüllt ihm seine wahre Identität. Er darf die Großmutter und die Schwester dann auch des öfteren in den Ferien besuchen. Seine Mutter sieht er erst mit 15 Jahren wieder – er darf sie im Gefängnis besuchen. Als sie 1960 entlassen wird – nur sieben Wochen wurden ihr geschenkt – und ihren Sohn zurück bekommt, wohnen beide zunächst bei der Großmutter in Annaberg. Erst zwei Jahre nach ihrer Verhaftung hatte Frau Dertinger überhaupt erfahren, was mit ihren Kindern geschehen war.
Georg Dertinger blieb acht Monate lang über das Schicksal der Familie im Unklaren. Er verbüßte seine Haft zunächst in Brandenburg, danach, von 1956 bis zum April 1964, im Haus II der Strafanstalt Bautzen (das ‚vornehme' Bautzen). Beide, Georg wie Maria Dertinger, haben nach den Worten von Frau Dertinger ihre Haft als Prüfungs- und Reifezeit angenommen. Gleichwohl hat sich Maria Der-

tinger nach ihrer Entlassung intensiv um die vorzeitige Freilassung ihres Mannes bemüht. Sie wendete sich u. a. an den Generalstaatsanwalt der DDR, an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht, den CDU-Generalsekretär Gerald Götting und den Präsidenten des Obersten Gerichts der DDR, das CDU-Präsidiumsmitglied Dr. Heinrich Toeplitz.

## VI

Georg Dertinger ist im Oktober 1963 von dem Bautzener Gefängnispfarrer Benno Spittank, einem Sorben, in die katholische Kirche aufgenommen worden. Nach Auskunft seiner Frau, die heute 99-jährig in Leipzig lebt, eben so wie Sohn Christian mit seiner Familie, hatte Dertinger schon früh eine starke Affinität zum Katholizismus. Sein badischer Großvater väterlicherseits, der allerdings früh starb, war – wie erwähnt – katholisch gewesen, Dertinger war religiös empfindsam und begeisterungsfähig. Er schätzte am Katholizismus die gefühlsbetonten, liturgischen und hierarchisch-disziplinären Elemente. Seine Frau lebte ihren Katholizismus offenbar ausgeprägt – gewiss war er davon beeinflusst; womöglich auch von vielen langen Gesprächen mit Gerold Rummler, der sich damals mit dem Gedanken trug, katholischer Priester oder Ordensgeistlicher zu werden. Im Gefängnis beschäftigte Dertinger sich ausgiebig mit philosophischer und theologischer Literatur, las u. a. Teilhard de Chardins „Der göttliche Bereich", machte Aufzeichnungen zur Unterscheidung von „wissenschaftlichem Denken" und „Glaubensdenken", zur Reich Gottes-Idee, zur Bergpredigt, zur Gottesmutter Maria, zur christlichen Erlösungslehre oder zu Thomas von Aquin.
Am 26. Mai 1964 wurde Georg Dertinger begnadigt. Da er zu diesem Zeitpunkt nach einer Gallenoperation Ende April noch im Wismut-Krankenhaus in Stollberg/Sachsen lag – in Bautzen hatte man diese Operation nicht durchführen können –, brauchte er nicht mehr in die Haftanstalt zurück. Am 8. Juni zog er zu seiner Familie nach Annaberg. Nach Informationen westlicher Nachrichtendienste ging die vorzeitige Entlassung auf eine Intervention des sowjetischen Außenministers Andrej A. Gromyko zurück. Auch der mit Dertinger befreundete Gerald Götting – Dertinger war 1952 sein Trauzeuge gewesen – machte später ein Verdienst daran geltend: Er habe sich bei Ulbricht für ihn eingesetzt. Götting nahm auch für sich in Anspruch, daß er zusammen mit Otto Nuschke ein Todesurteil für Dertinger verhindert habe. Dertinger bekam eine Anstellung als Lektor beim katholischen St. Benno-Verlag in Leipzig, wohin die Familie

dann auch verzog. Die Gründung des Verlags 1951 ging auf eine Initiative Dertingers bei Grotewohl zurück.
Neben der Tätigkeit beim St. Benno-Verlag arbeitete Dertinger auch für den Caritasverband in Dresden; insbesondere hat er die Caritas-Heime neu organisiert. Er befasste sich weiter mit theologischen, insbesondere mit ökumenischen Fragen. Zum Gebrauch der bischöflichen Ordinariate in der DDR und für den Caritasdirektor Hermann-Joseph Weisbender in Dresden verfasste er einen Zeitschriftenspiegel. Darin setzte er sich kritisch mit dem Marxismus/Leninismus auseinander und kam zu einer klar ablehnenden Position.
Dertinger hat auch schon früher eine christliche Grundhaltung erkennen lassen und sie unter den schwierigen SBZ/DDR-Bedingungen zur Wirkung zu bringen versucht. Als CDU-Generalsekretär war er Anfang 1946 maßgeblich an der Ausarbeitung der Thesen zum „Christlichen Sozialismus" – auch „Sozialismus aus christlicher Verantwortung" genannt – beteiligt, die im Kern den Forderungen der katholischen Soziallehre von der grundsätzlichen Bejahung des Eigentums bei gleichzeitiger Sozialbindung entsprachen. Als eine inzwischen weitgehend gleichgeschaltete CDU im Oktober 1951 eine Neuinterpretation des „Christlichen Sozialismus" vorstellte, unter dem neuen Namen „Christlicher Realismus" und jetzt mit deutlich sozialistischen Zügen, wies Dertinger gleichwohl auf die wegweisende Bedeutung der Sozialenzykliken der Päpste für das Programm hin; er handelte sich damit den Unmut der sowjetischen Beobachter und vor allem Ulbrichts ein. Noch mehr irritierte und verärgerte er die Kommunisten, als er beim 6. CDU-Parteitag im Oktober 1952 in Berlin den Delegierten zurief, das Grundübel der Zeit sei „der Abfall von Gott" und dafür stürmischen Beifall erntete. Dertinger meinte später in einem autobiographischen Bericht, solche Bekenntnisse christlicher Grundeinstellung hätten ihm bei den Sowjets schwer geschadet und entscheidend zu seiner Verhaftung beigetragen. In ihren jeweiligen Prozessen haben nach Frau Dertingers Worten sowohl sie wie ihr Mann ‚zugegeben', dass sie den Sozialismus mit dem Christentum begründen wollten, nicht mit dem Marxismus.

## VII

Wichtiger noch aus christlicher Perspektive war wohl die Rolle, die Dertinger im Zusammenwirken mit Weihbischof Heinrich Wienken spielte. Wienken agierte als Leiter des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin und war seit 1937 Koadjutor im Bistum

Meißen, das er 1951 als Bischof übernahm. Er war mit Dertinger sehr vertraut. Wienken versuchte angesichts der Bedrohung durch den Kommunismus vor allem über CDU-Politiker und -Funktionäre auf alles nur Denkbare im Sinne der katholischen Kirche einzuwirken. Dertinger war dabei für ihn ein wichtiger Kontaktmann, insbesondere im Blick auf die Entstehung der Kirchenartikel in der DDR-Verfassung von 1949. Dertinger sorgte als Mitglied des Verfassungsausschusses in Absprache mit Wienken dafür, dass den Kirchen das Recht öffentlicher Äußerung eingeräumt wurde. In einer Sitzung des Verfassungsausschusses vom 2. März 1949 schlug er für den sog. Missbrauch-Artikel eine Formulierung vor, die den Intentionen der SED entgegengesetzt war: „Kirchliche Einrichtungen, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht dürfen nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke mißbraucht werden, jedoch bleibt das Recht der Kirchen, zu den wesentlichen Fragen Stellung zu nehmen, unbestritten". Der endgültige Text des Artikels 41 in der DDR-Verfassung folgte dieser Formulierung weitgehend. Zum offiziellen Forderungskatalog der CDU für die Verfassung gehörte dieser Punkt nicht; das Verdienst gebührte also allein Dertinger und Wienken. Dertinger hatte zur Durchsetzung des Artikels damit gedroht, dass die CDU sich widrigenfalls aus den Verhandlungen um die Verfassung zurückziehen werde. Er setzte sich auch erfolgreich für die Garantie des Beichtgeheimnisses und für die Nutzung von Schulräumen für den Religionsunterricht in der Verfassung ein. Dass später viele dieser verfassungsmäßig garantierten Rechte sich als bloßes Papier erwiesen, steht auf einem anderen Blatt.

Bischof Wienken unterstützte Dertingers Versuch, im Vorfeld der DDR-Gründung die beiden im Entstehen begriffenen deutschen Verfassungen aufeinander abzustimmen. Auf eine Initiative Wienkens dürfte es zurück gehen, dass Dertinger kurz nach seiner Ernennung zum Außenminister dem Vatikan offiziell von der Gründung der DDR Kenntnis gab und dabei das Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterbreitete, was allerdings erfolglos blieb. Zusammen mit Wienken hat sich Dertinger auch für die noch in Polen verbliebenen deutschen Katholiken und für den inhaftierten Bischof von Danzig, Carl Maria Splett, eingesetzt.

Über verschiedene Mittelspersonen, u. a. über Klara Marie Faßbinder, eine führende Persönlichkeit der westdeutschen Friedensbewegung, hat Wienken sich später beim Staatsratsvorsitzenden Pieck und bei Justizministerin Benjamin um vorzeitige Freilassung der Dertingers bemüht. Weiterhin hat er sich um die Dertinger-Kinder während der Haftzeit der Eltern gekümmert. Aus einem Briefwechsel zwischen Wienken und dem damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-

Fraktion, Dr. Heinrich Krone, vom Februar und April 1960 geht hervor, dass der jüngste Sohn Christian bei seinen gelegentlichen Besuchen bei der Großmutter in Annaberg geheim auf Beichte und Kommunion vorbereitet werde. Der ältere Sohn, Rudolf, bereite sich in einem Dominikanerkloster in Düsseldorf auf sein Abitur vor; er habe die Absicht, so Krone, Theologie zu studieren und Priester zu werden. Krone unterstützte die Dertinger-Kinder wirtschaftlich.
Heinrich Krone gehörte zu den wenigen CDU-Politikern in der Bundesrepublik, die Dertinger verständnisvoll und freundschaftlich verbunden blieben. Das dürfte auch darin begründet liegen, dass er von dem gemeinsamen Eintreten Dertingers und Wienkens für kirchliche Belange in der SBZ/DDR wusste. Anders als Krone betrachteten die meisten West-CDU-Politiker, insbesondere solche aus der Exil-CDU wie Johann Baptist Gradl, Dertinger als „Verräter" und lehnten später auch jede materielle Hilfe für Frau Dertinger ab.

## VIII

Was für ein Mensch war Georg Dertinger, welche Motive leiteten ihn? War er primär oder gar ausschließlich der angepasste Opportunist, der aus blindem Ehrgeiz und reinem Erfolgs- und Machtstreben oder womöglich nur aus Feigheit zum „Verräter" an den freiheitlichen, christlich-demokratischen Ursprungsintentionen seiner Partei wurde? Diese Sicht der Dinge ist zu einseitig. Sein Charakter und seine Motive sind vielschichtig und ambivalent – Otto Nuschkes Formel von einem „psychologischen Rätsel" ist bedenkenswert. Trotz Dertingers früher und hoher Anpassungsbereitschaft an den von den Sowjets in der SBZ geforderten anti-bürgerlichen, anti-westlichen, kommunistischen Kurs war er alles andere als ein Kommunist. Vom Marxismus/Leninismus verstand er nichts – das war nicht die Welt des Mannes, der bis zum Ende der Weimarer Zeit ausgeprägt großbürgerlich-konservative, monarchische, aristokratische Vorlieben – das Monokel als ‚Indiz' und Symbol – hatte erkennen lassen. Seine dezidiert deutsch-nationale Prägung machte nach dem Zweiten Weltkrieg die deutsche Wiedervereinigung zu seinem höchsten Ziel, dem er bereit war, fast alles unterzuordnen – seine persönliche Integrität und wohl auch ein gutes Stück seiner Selbstachtung. Seine nüchterne Einsicht in die realen Kräfteverhältnisse in der SBZ/DDR ließen ihn zu der Überzeugung kommen, zumindest von der Zone her ließe sich nur in unbedingtem Gehorsam gegenüber den Weisungen der Sowjets und in der Spur der SED das Ziel der Wiedervereinigung erreichen; er setzte es über das der Freiheit.

In der Hoffnung, im Westen werde man diese Sicht der Dinge teilen und ihm entgegenkommen, sah er sich getäuscht. Er war intelligent, selbstbewusst, dynamisch, zupackend, vernunftgeleitet, extrem fleißig, ein glänzender Organisator, ein brillanter Redner, konnte Zirkel von Gefolgsleuten um sich bilden, ohne allerdings charismatisch zu sein – ein ‚schlitzohriger' Pragmatiker.
Alle diese Eigenschaften halfen ihm, eine Politik zu ‚verkaufen', die offensichtlich nicht zu ihm passte. Zeitiger als es der Gang der Ereignisse erkennen lässt, spürten dies wohl auch die Sowjets, erkannten in ihm den „Bourgeois", ließen ihn lange vor seinem Sturz misstrauisch beschatten (übrigens auch im Gefängnis weiter übel bespitzeln) und schließlich gehen wie den Mohren, der seine Schuldigkeit getan hat – erfolgreich getan, was die Gleichschaltungsprozesse in der ‚bürgerlichen' CDU betrifft, erfolglos, was die deutschlandpolitischen Konzeptionen betrifft. Dertinger selbst versuchte die gehörige Portion an Selbstverleugnung, die für seinen Kurs nötig war, hinter einer zynisch-selbstironischen Haltung zu verdecken, die ihm offenbar eigen war. Häufig ist seine Äußerung überliefert: „Bleiben die Russen oben, bleibe ich es auch. Und wenn die Amis siegen, komme ich in ein Lager und rauche weiter Chesterfield." Und ein guter Schuss Resignation kam dazu: „Mein Weg kann dazu führen, gehenkt zu werden. Aber einer muss diesen Weg gehen." Tragisch, dass Dertinger so viel eingesetzt hat, und es ihm doch so schlecht gedankt wurde.
Dertingers betont christlich-konservative, zum Katholizismus neigende Grundhaltung und sein persönlich-politisches Engagement in diesem Sinne waren bislang kaum bekannt. Dieser Zug seiner Persönlichkeit und seines politischen Wirkens verschwand hinter seinem scheinbar prokommunistischen Anpassungskurs gegenüber Sowjets und SED, der aber keineswegs innerer Überzeugung und auch nicht primär eigensüchtigen Absichten entsprang, sondern pragmatisch-realpolitischer Natur war und an seinem obersten politischen Ziel, der Wiedervereinigung, orientiert blieb. Er ist mit diesem Modell gescheitert, und wer im Westen den Lauf der Dinge vom sichern Port aus und wer sie im Osten sine ira et studio betrachten konnte, konnte das auch absehen. Dertinger selbst aber darf man das subjektiv ehrliche Bemühen bei der Verfolgung seiner politischen Ziele nicht absprechen.
Am 21. Januar 1968 starb Georg Dertinger in einem Leipziger Krankenhaus an den Folgen einer Darmkrebsoperation. Am 23. Oktober 1991 wurde das Urteil gegen Dertinger durch das zuständige Landgericht Berlin kassiert.



# Paul Lücke (1914–1976)

Mit dem Namen Paul Lücke verbindet sich die Erinnerung daran, wie mit der Wohnungsnot eines der bedrängendsten Nachkriegsprobleme bewältigt wurde. In der Diskussion über die Notstandsgesetze und in den Unruhen der späten 60er Jahre stand Lücke noch einmal im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Lücke gehörte zu den Politikern, die vor 1933 keine politischen Erfahrungen mehr hatten sammeln können und die von Konrad Adenauer besonders in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit in politisch verantwortliche Ämter geholt wurden.

Die Angehörigen der Kriegsgeneration fanden nach ihrer Rückkehr ein nicht nur materiell zerstörtes Land vor. Viele von ihnen, die nicht von dem nationalsozialistischen Ungeist infiziert gewesen waren, konnten glaubwürdig an führender Stelle tätig werden. Ihre großen Leistungen im Wiederaufbau sind den nachwachsenden Generationen nicht mehr präsent und werden nicht selten unter Hinweis auf aktuelle Probleme relativiert. Dabei haben Lücke und die Vertreter seiner Politikergeneration Grundlagen geschaffen, die lange trugen und deren spätere Aushöhlung mitursächlich ist für Schwierigkeiten, die sich in der Gegenwart stellen. Der gesellschaftliche Konsens über die Bedeutung christlicher Werte und ihrer Umsetzung in der Politik war freilich schon gegen Ende ihrer Regierungszeit auch im eigenen Lager weithin brüchig geworden.

## I

Die soziale Herkunft und die Verwurzelung im katholischen Glauben haben das politische Denken und Handeln Lückes in sehr nachhaltiger Weise geprägt. Er stammte, wie man damals zu formulieren pflegte, „aus einfachen Verhältnissen" im Oberbergischen, einer industriell wenig entwickelten Region mit bescheidener Landwirtschaft. Sein Vater war Steinbrucharbeiter und stieg später zum Steinbruchmeister auf, die Mutter versorgte die große Familie: Paul Friedrich, so der Taufname, wurde als neuntes von vierzehn Kindern am 13. November 1914 geboren.

In seinem Geburtsort Schöneborn, einem Dorf mit dreizehn Fachwerkhäusern und kaum hundert Einwohnern, besuchte er die einklassige Volksschule. Seine Begabung wurde frühzeitig erkannt, aber an den Besuch einer weiterführenden Schule war wegen der weiten Entfernung und auch aus finanziellen Gründen nicht zu denken. Nach der Volksschulzeit arbeitete Lücke zunächst wie sein Vater im Steinbruch, bevor er eine Lehre als Schlosser aufnehmen konnte. Dem Gesellenbrief folgten mehrere Jahre als Grobschmied.
Die Katholiken bildeten in Lückes Heimat eine Minderheit; bis weit in das 20. Jahrhundert hinein war das Oberbergische eine Hochburg calvinistischen und pietistischen Denkens. Insofern kam wohl auch religiöser Selbstbehauptungswillen darin zum Ausdruck, dass Paul Lücke der Pfadfinderschaft St. Georg beitrat. Sein Dechant machte ihn mit 18 Jahren zum Dekanatsjugendführer, eine Rolle, die Lücke nur widerstrebend annahm, weil er sich ihr im Besonderen seiner Jugend wegen nicht gewachsen fühlte. Er habe, so sein geistlicher Mentor, viel an sich gearbeitet und durch Selbststudium und Abendkurse eine sehr gute persönliche Entwicklung genommen.
Spätestens mit der Machtübername der Nationalsozialisten wurde aus einem kirchlichen auch ein politisches Bekenntnis. Lückes Gruppe sah sich wiederholten Schlägerangriffen der Hitlerjugend ausgesetzt. Ende Oktober 1935 musste er der wieder eingeführten Wehrpflicht Folge leisten und seine Heimat verlassen.
Zum Ende seiner Dienstzeit wurde Lücke von seinem Wehrmachtsstandort Würzburg nach Berlin auf eine Höhere Technische Lehranstalt geschickt. Er lebte im „roten Wedding", einem Arbeiterviertel, dessen elende Wohnverhältnisse den jungen Lücke erschütterten. Er nahm aus dieser Zeit das Wort von Heinrich Zille mit: „Man kann einen Menschen mit der Wohnung genauso erschlagen wie mit einer Axt."
Nach Abschluss seiner Ausbildung zum Maschinen-Ingenieur konnte er nicht mehr in das Zivilleben zurückkehren – der Zweite Weltkrieg brach aus. Der Feuerwerker und Waffenoffizier Lücke wurde längere Zeit als Abnahmeoffizier bei großen Berliner Rüstungsbetrieben eingesetzt. Auch der Einsatz an der Ostfront blieb ihm nicht erspart. In das besetzte Frankreich versetzt, wurde er schließlich 1944 bei einem Sabotageakt der Résistance in einem Rüstungsbetrieb in Toulouse schwer verwundet; er verlor ein Bein und erblindete vorübergehend.
Lücke erlebte das Kriegsende als Oberleutnant der Reserve in Österreich. Von dort, aus Dornbirn/Vorarlberg, stammte auch seine Frau Rosa, geborene Fussenegger. Er hatte sie 1940 in einem Rüstungsbetrieb in Braunschweig kennen gelernt, wohin die junge Frau

dienstverpflichtet worden war. Im September 1945 konnte Lücke in seine Heimat zurückkehren, und dort fand mitten in der Notzeit im Dezember 1946 auch die Hochzeit statt. Aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor. Lücke hat die Familie immer als seinen Lebensmittelpunkt und privaten Zufluchtsort betrachtet. Konsequent hat er sein Haus und seine Familie vor der Öffentlichkeit abgeschirmt.
In der Zeit der allgemeinen Not schloss sich der Dekanatsjugendführer der Vorkriegszeit im Herbst 1945 wieder der katholischen Laienbewegung an und gründete mit Gleichgesinnten und mit Unterstützung seines Dechanten das „Katholische Aufbauwerk Oberbergischer Kreis". Es galt, den ausgebombten Einheimischen und den Vertriebenen zu helfen, denen es buchstäblich an allem mangelte, vom Kochgeschirr bis zu den Bettdecken – von der Wohnungsnot gar nicht zu reden.
Sein zupackendes Beispiel dürfte der Hauptgrund dafür gewesen sein, dass der politisch unbelastete Lücke bereits im November 1945 auch formell mit der Fürsorge für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen bestellt und 1946 zum Leiter des Kreiswirtschaftsamtes in Gummersbach ernannt wurde. Damit war auch die eigene wirtschaftliche Situation gesichert und die Voraussetzung für die Familiengründung gegeben.
Lücke gehörte in seiner Heimat zu den Mitbegründern der CDU, die eine ihrer Hauptwurzeln in dem nahegelegenen Köln hatte. Angesichts der zum Teil schroffen konfessionellen Gegensätze im Oberbergischen Raum kam der Gründung einer überkonfessionellen christlichen Partei nicht nur eine symbolische, sondern eine konkrete gesellschaftliche und politische Bedeutung zu. Einer der engsten Mitstreiter und Förderer Lückes in dieser Zeit war der zuständige Landrat August Dresbach – im Gegensatz zu ihm ein engagierter Protestant, aber wie Lücke bemüht, konfessionelles Denken zu überwinden. Beide sollten später Fraktionskollegen im Deutschen Bundestag werden.

## II

Lückes erfolgreiche Tätigkeit im Gummersbach führte dazu, dass er nach wenig mehr als einem Jahr im Herbst 1947 zum Amtsdirektor in Engelskirchen bestellt wurde, und zwar auf Lebenszeit. Das Verfahren galt als ganz ungewöhnlich, fiel die Wahl doch auf einen gerade 33jährigen.
Engelskirchen, ein Ort mit damals weniger als 6000 Einwohnern, hatte als Verkehrsknotenpunkt massiv unter den Kriegsereignissen

gelitten und war die meistzerstörte Gemeinde des Regierungsbezirkes Köln. Im Besonderen die Wohnungsnot war bedrückend. Die Notlage konnte nach Lückes Überzeugung nur bewältigt werden, wenn es zu einer überparteilichen Zusammenarbeit kommen würde. Dieser Gedanke hatte ihn schon dazu bewogen, das Amt in Engelskirchen nur unter der Voraussetzung einer einstimmigen Wahl zu akzeptieren. Eine zweite Überlegung bestimmte sein Handeln: Das Warten auf bessere Zeiten oder Hilfe von außen hielt er für verlorene Zeit – er setzte auf Selbsthilfe.

Lücke ging ungewöhnliche und für ihn persönlich riskante Wege. Unter Missachtung besatzungsrechtlicher Vorschriften und über die britisch-französische Besatzungsgrenze hinweg verschob er Industriegüter, die für Reparationsleistungen vorgesehen waren, und beschaffte ggf. auch „illegal" Baumaterialien. Auf der Grundlage vorbereiteter Pläne konnte so der Wiederaufbau der kommunalen Infrastruktur – u. a. von Straßen, Brücken und Kanalisation – noch vor der Währungsreform in Angriff genommen werden. Damit war auch eine zentrale Voraussetzung für ein von ihm initiiertes Selbsthilfewerk Wohnungssuchender geschaffen. Privatpersonen schlossen sich mit Gemeindehilfe zusammen, und die Kommune griff diesen oft nachbarschaftlichen Selbsthilfegruppen mit Baumaterialien unter die Arme.

Sein frühzeitiges politisches Engagement, das mit der Gründung der regionalen CDU begonnen hatte, und die erfolgreiche Aufbauarbeit veranlassten seine Partei, ihn im Rheinisch-Bergischen Kreis als Direktkandidaten für die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag im August 1949 zu nominieren. Lücke war erfolgreich, und er wiederholte seinen Erfolg in diesem Wahlkreis fünf Mal mit bis zu annähernd 60 % der Erststimmen; bis 1972 blieb er Mitglied des Deutschen Bundestages.

Nach seiner ersten Wahl entsandte ihn die Fraktion in den Ausschuss für Wiederaufbau und Wohnungswesen, der gerade in der ersten Legislaturperiode zentrale Bedeutung hatte und dessen Aufgabenzuschnitt den konkreten Erfahrungen Lückes entsprach. Dem 35jährigen ging der Ruf eines zupackenden Pragmatikers voraus. Als der erste Ausschussvorsitzende Johannes Albers nach wenigen Monaten sein Amt aufgab, wurde Lücke als jüngstes Ausschussmitglied zu seinem Nachfolger gewählt und in dieser Funktion vier Jahre später bestätigt.

In einer Zeit, in der als Folge des Bombenkrieges und des Zuzuges von mehr als zehn Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik noch unzählige Menschen in notdürftig hergerichteten Trümmerwohnungen oder in Nissenhütten leben mussten, stand die Wohn-

raumbeschaffung im Vordergrund. Im Frühjahr 1950 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Erste Wohnungsbaugesetz, das die Förderung des Wohnungsbaus zum Ziel hatte. Lücke bewies im Ausschuss Hartnäckigkeit und Verhandlungsgeschick, als er schließlich nach einer mehr als zwanzigstündigen Marathonsitzung eine Einigung über den Gesetzentwurf erreichte. Mit diesem Gesetz war das Startsignal für den Bau von ca. 3,4 Millionen Wohnungen gegeben, die zwischen 1950 und 1956 in der Bundesrepublik gebaut wurden.

Für Lücke war die Familie der Kern der Gesellschaft, und so entsprach es seinen grundsätzlichen Vorstellungen, wenn er „familiengerechte" Wohnungen verlangte: „Auch in der Mietwohnung muss Platz sein für ein zweites Kinderbett." Seinem Ideal allerdings entsprach die Mietwohnung nicht. Dabei spielten seine Beobachtungen im Wedding eine bestimmende Rolle. Dort hatte er den Zusammenhang zwischen Mietskasernen – deren Entstehung er im Nachkriegsdeutschland zu verhindern suchte – und dem Elend der Großstädte erlebt. Die Forderung, man müsse in der Wohnungsbaupolitik „neue Wege gehen", war also ebenso die Folge konkreter Erfahrungen wie des Versuchs, grundsätzliche Lösungsansätze aus christlich-sozialem Denken zu finden. Lücke folgerte daraus, dass das persönliche Eigentum unverzichtbare materielle Grundlage für die Eigenverantwortung, die Selbstentfaltung und persönliche Würde des Menschen sei. In kaum einem anderen Lebensbereich aber wurde diese Grundlage so deutlich wie in den Wohnverhältnissen.

Das Eigentum konnte aber nicht Selbstzweck sein und seine Sozialbindung war für Lücke ganz selbstverständlich. Den absoluten Gegensatz dessen, was er im Interesse der Menschen für notwendig und richtig hielt, sah er in den Verhältnissen in der Sowjetunion: „Mit dem persönlichen Eigentum hat man drüben die persönliche Freiheit ausgelöscht. Zuerst nimmt man den Menschen die schützende Hülle des Eigentums, dann kann man sie zu Masse stempeln. Das ist das Ergebnis des Marxismus. Das Eigentum ist es, was unsere Welt sichtbar von der östlichen unterscheidet. Es ist die Grundlage unserer Ordnung."

Im Sommer 1950 unternahm Lücke im Deutschen Bundestag einen ersten Vorstoß zur verstärkten Förderung des Eigenheimbaus. Die staatliche Wohnungsbaupolitik sollte sich nicht ausschließlich auf die Errichtung von Wohnraum konzentrieren, sondern dieses Ziel durch die Förderung des Eigenheimbaus mit der privaten Eigentumsbildung verbinden.

Drei Jahre später kam Lücke einen entscheidenden Schritt weiter. Es war maßgeblich seiner Initiative zuzuschreiben, dass der Bundestag eine Novelle zum Wohnungsbaugesetz verabschiedete, die der För-

derung des Eigenheimbaus und der Errichtung von Eigentumswohnungen Priorität einräumte. Beteiligt war Lücke auch an der gesetzlichen Einführung von Wohnungsbauprämien; Bausparer wurden fortan durch steuerliche Erleichterungen oder staatliche Barleistungen belohnt. Innerhalb von vier Jahren stiegen die ausgeschütteten Prämien von 28 Mio. DM auf über 800 Mio. DM.
Das Zweite Wohnungsbaugesetz aus dem Jahre 1956 verwirklichte schließlich Lückes Ziel, der Errichtung von Familienheimen Priorität vor dem Bau anderer Wohnungen einzuräumen. Sein Ideal, das dem Empfinden weiter Bevölkerungskreise in den 50er Jahren entsprach, war das Eigenheim mit größerem Garten.
Durch verschiedene Maßnahmen, im Besonderen durch günstige, unter bestimmten Voraussetzungen auch zinslose staatliche Baudarlehen setzte das Gesetz Menschen in den Stand, eigenen Wohnraum zu errichten, für die dies noch kurze Zeit zuvor nicht denkbar gewesen wäre. Zu den Begünstigten gehörten in erster Linie Bauwillige mit geringem Einkommen, kinderreiche Familien, Kriegerwitwen mit mindestens zwei Kindern und Schwerkriegsbeschädigte. Lücke, so hieß es in der Presse, sei durch seine Bemühungen „unbestritten Vater des Eigenheimbaues" geworden.
Mit besonderem Engagement nahm sich Lücke über die Wohnungsbaupolitik hinaus sozialpolitischer Themen an. Dem schwerbeschädigten Kriegsteilnehmer lag dabei die Versorgung der Kriegsopfer in besonderer Weise am Herzen. Er blieb auch der Kommunalpolitik verbunden; Lücke war Mitglied des kommunalpolitischen Bundestagsausschusses und seit 1954 Präsident des Deutschen Gemeindetages. Als er 1966 aus diesem Amt schied, wurde er zum Ehrenpräsidenten ernannt.
In der Hochzeit des Ost-West-Konfliktes behielt er stets die Situation des geteilten Deutschland im Blick und setzte sich immer wieder sehr deutlich für die Wiedervereinigung ein. Gerade für diese Generation von christlich geprägten Politikern war ebenso klar, dass es zugleich galt, die Versöhnung mit den europäischen Nachbarstaaten zu suchen. Bei seinen europapolitischen Überlegungen stand in diesem Zusammenhang besonders die Versöhnung mit Frankreich im Vordergrund.
In einen kurzen Konflikt mit der eigenen Regierung geriet er 1957, als er mit anderen in seiner Fraktion das von der Bundesregierung eingebrachte Atomgesetz scheitern ließ. Mitten im Kalten Krieg glaubte diese Gruppe verhindern zu müssen, dass die Zuständigkeit des Bundes auf die friedliche Nutzung der Kernenergie beschränkt würde.

Bei den Wahlen zum Dritten Deutschen Bundestag im September 1957 erreichten CDU und CSU eine absolute Mehrheit. Damit wurde auch das Bundesministerium für Wohnungsbau frei, das bisher der frühere FDP-Politiker Victor-Emanuel Preusker geleitet hatte. Bundeskanzler Adenauer ernannte den noch nicht 43jährigen Lücke zu dessen Nachfolger, eine Entscheidung, die angesichts seiner wohnungsbaupolitischen Leistungen im Bundestag keine Überraschung auslöste. Der Unterschied zwischen seinem Vorgänger Preusker, der sich eher den Haus- und Grundbesitzern verpflichtet sah, und Lücke wurde rasch deutlich – und auch der größere Einfluss des neuen Ministers. In seiner Regierungserklärung machte Adenauer die Umsetzung des Familienheimgesetzes zu einer vordringlichen Aufgabe seiner neuen Regierung.

Am Beginn seiner Amtszeit stand für Lücke eine Bilanz des bisherigen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik. Sie war durchaus beeindruckend: Seit 1953 war es gelungen, jährlich etwa 500.000 Wohnungen fertig zu stellen. Dennoch musste Lücke einen Fehlbestand von etwa 2 Mio. Wohnungen konstatieren, dessen Abbau erschwert wurde durch die wachsende Zahl von Haushaltsneugründungen und den Strom von Flüchtlingen aus der DDR sowie von Aussiedlern vor allem aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Das bisherige Bauvolumen musste also noch für mehrere Jahre beibehalten werden. Zugleich galt es, den steigenden Ansprüchen an Größe und Qualität der Wohnungen Rechnung zu tragen.

Vor diesem Hintergrund erteilte Lücke Überlegungen eine Absage, die Wohnungsbaumittel als Konjunkturreserve zu betrachten. Für ihn blieb der Wohnungsbau in erster Linie eine soziale Aufgabe, bei der die Familie im Mittelpunkt der Überlegungen stehen musste: Wohnungsbaupolitik als „angewandte Familienpolitik" (Rheinischer Merkur). Folgerichtig fand Lücke in seinem Kabinettskollegen Franz-Josef Wuermeling, der seit 1953 das Familienministerium leitete, eine verlässliche politische Stütze.

Lücke verfolgte freilich in diesem Zusammenhang unverändert einen zweiten Aspekt: er wollte das Wohneigenheim als zentralen Beitrag zur Bildung von Eigentum in Arbeitnehmerhand ausbauen. Er formulierte den Grundsatz, dass so viele Eigenheime wie gewünscht gebaut werden sollten und so viele Mietwohnungen wie nötig. Das war auch eine kaum verklausulierte Absage an die großen Wohnungsbaugenossenschaften, die, so Lücke, „fast schon Selbstzweck geworden" seien. Jahrzehnte später erwies sich u. a. beim Zusammenbruch der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat", wie zutref-

fend die Beobachtung des Wohnungsbaupolitikers Lücke bereits damals gewesen war.
Lücke sah keinen Widerspruch zu seiner bisherigen Politik, sondern ihre konsequente Fortsetzung, als er Ende 1959 einen Gesetzentwurf einbrachte, der den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft zum Ziel hatte. Die Wohnungszwangswirtschaft hatte es in Deutschland seit rund 40 Jahren gegeben. Lücke ging es, wie er formulierte, um ein Ende dieser Notgesetze. Sie hätten vielfältige Ungerechtigkeiten zur Folge gehabt.
Lückes Beurteilung traf sicher zu; die Schere zwischen Altbaumieten und Neubaumieten öffnete sich immer weiter. Während Altbaumieter, deren Wohnungen den Krieg überstanden hatten, von den eingefrorenen Vorkriegsmieten profitierten, waren im Besonderen junge Familien, Ausgebombte und Heimatvertriebene meist auf die teureren Neubauwohnungen angewiesen. Die festgeschriebenen Altbaumieten machten es den Hausbesitzern im Übrigen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nahezu unmöglich, notwendige Modernisierungen oder selbst Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Lücke schien es daher wohnungsbau- wie ordnungspolitisch zwingend, auch den Wohnungsbereich in die Soziale Marktwirtschaft einzuführen.
Das „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht" wurde gegen die Stimmen der SPD verabschiedet und trat am 1. Juli 1960 in Kraft. In einem bis Ende 1967 angelegten Stufenplan wurde die Mietpreisbindung unter spezifizierten Voraussetzungen aufgehoben und zugleich ein neues Miet- und Wohnrecht eingeführt, das Eingang in das Bürgerliche Gesetzbuch fand. Es sah Sozialklauseln im Kündigungsrecht vor – so bei schwerer Erkrankung, Schwangerschaft, hohem Alter oder dem Fehlen einer geeigneten Ersatzwohnung – sowie in Härtefällen die Zahlung individueller Mietbeihilfen. Daraus entstand später das so genannte Wohngeld. Zugleich wurde ein Bundesbaugesetz verkündet, das dem Anstieg der Baulandpreise entgegenwirken sollte.
Das Gesetz, das als „Lücke-Plan" in die Diskussion einging, war notwendig, aber alles andere als populär. Das hatte die öffentliche Erörterung schon während des Gesetzgebungsverfahrens gezeigt. Gegenwind gab es sogar in Lückes eigener Partei. Die in der Regel den oppositionellen Sozialdemokraten verbundenen Mieterschutzvereine starteten Kampagnen gegen Lücke, die bisweilen jedes Maß verloren, obwohl Lücke gegen einzeln auftretende Fälle von Mietwucher selbst zu Felde zog. Als er von einem besonders krassen Fall erfuhr, erstattete er persönlich Strafanzeige. Letztlich wurde der „Lücke-Plan" auch von den Bürgern angenommen. Bei den Bun-

destagswahlen 1965 zeigte sich, dass die Union selbst in vielen Großstädten verbesserte Ergebnisse erzielte, in denen die Mietpreisbindung aufgehoben war.
Im Wahljahr 1961 verkündete Lücke mit erkennbarem Stolz, seit 1953 sei in der Bundesrepublik jede Minute eine neue Wohnung entstanden, darunter weit mehr als 3 Mio. Sozialwohnungen und 1,8 Mio. „Familienheime". Somit habe die Fertigstellung von Wohnungen in der Bundesrepublik 1960 das Zehnfache des in der Sowjetischen Besatzungszone Erreichten betragen – aller sozialistischen Propaganda zum Trotz. Insgesamt seien auf dem Gebiet der Bundesrepublik seit Kriegsende 7 Mio. Wohnungen gebaut worden.

## IV

Als nach den Bundestagswahlen im September 1961 eine Koalition aus CDU, CSU und FDP gebildet wurde, stand außer Frage, dass Lücke sein Ressort behalten würde. Mit erweiterten Kompetenzen ging der „Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung" gestärkt aus der Regierungsbildung hervor.
Lücke konnte so neue Akzente setzen: „Erneuerung der überalterten Wohngebiete" und die „Auflockerung, Gliederung und Durchgrünung" der vielfach ungeordnet gewachsenen Städte – erste Ansätze einer umweltpolitisch beeinflussten Raumordnung im Jahre 1961. Dennoch blieb der Wohnungsbau der zentrale Schwerpunkt in der politischen Arbeit Lückes. Den christlich-sozialen Politiker berührte das Schicksal der Vertriebenen aus eigener Erfahrung; im Winter 1945/46 hatte er rund 25.000 Flüchtlinge und Vertriebene zu betreuen gehabt, die allein in den Kreis Gummersbach geströmt waren. Der Wohnungsbau für Vertriebene war insofern nicht nur eine Routineangelegenheit. Bis 1962 betrugen die zweckgebundenen Aufwendungen für den Wohnungsbau der Heimatvertriebenen fast 10 Mrd. DM, eine Leistung, die von den Vertriebenen und ihrem wohnungsbaupolitischen Sprecher, Lückes Fraktionskollegen Herbert Czaja, ausdrücklich anerkannt wurde.
Lückes Bilanz als Wohnungsbauminister war beachtlich – die von ihm persönlich nicht sonderlich geschätzten Statistiken sprachen für sich. Vor allem aber hatte er ordnungspolitisch neue Wege gewiesen. Das galt für die Umsteuerung öffentlicher Mittel zugunsten der Eigentumsbildung und der Familienförderung ebenso wie für die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in den Wohnungsbaubereich. Diese Erfolge und seine klare, von Skandalen und Irritationen gänzlich freie Amtsführung fanden auch die Anerkennung Konrad

Adenauers. In seinen Personalüberlegungen spielte Lücke längst eine weitergehende Rolle.
Das Magazin „Der Spiegel" insinuierte 1962 im Zuge der so genannten FIBAG-Affäre Korruptionsvorwürfe gegen Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß; die Vorwürfe wurden aber nie konkretisiert oder gar belegt. Strauß geriet bei dieser Gelegenheit freilich nicht zum ersten Mal massiv in die Kritik, und Adenauer suchte eine öffentlich akzeptierte Alternative. Er bot seinem Wohnungsbauminister Lücke die Nachfolge von Strauß an, aber Lücke entsprach dem Wunsch Adenauers bei dieser Gelegenheit ebenso wenig wie nach der „Spiegel-Affäre" im Oktober 1962, als Strauß tatsächlich zurücktreten musste und er erneut gefragt wurde.
Das wiederholte Angebot entsprach der Bedeutung, die Lücke gewonnen hatte, und die Absagen entsprachen seinen Prinzipien: Er wollte nicht die Rolle einer Schachfigur im politischen Spiel übernehmen, sondern selbst Grundsätzliches bewegen. Eines seiner drängendsten Motive in der politischen Arbeit überhaupt war die Sicherung der Demokratie für künftig denkbare Krisenzeiten – der Untergang der Weimarer Republik und das nationalsozialistische Unrechtsregime hatten ihn wie die meisten seiner Generation tief geprägt. Der Blick in die politische Zukunft war gleichermaßen verbunden mit der persönlichen Erinnerung wie mit der aktuellen Sorge um die Bedrohung durch den Rechts- und den Linksextremismus.
In dem bestehenden Verhältniswahlrecht sah Lücke einen zentralen Schwachpunkt der Bundesrepublik. Nach seiner Überzeugung behinderte es klare Mehrheitsbildungen, erzwang faktisch Koalitionen und in der Konsequenz einen überproportional großen Einfluss des kleineren Partners. Für Lücke bedeutete das die Gefahr der Instabilität, mangelnde Reform- und Handlungsfähigkeit und eine Verfälschung des Wählerwillens.
Angesichts der konkreten Bonner Gegebenheiten richteten sich solche Überlegungen gegen den Koalitionspartner von CDU und CSU, die FDP. Mit nachdrücklichem Ernst und ohne jeden ironischen Unterton zitierte Lücke den großen Liberalen Friedrich Naumann als Anwalt seiner Position: Naumann hatte 1919 „eine eigene natürliche Mehrheit" für das Parlament gefordert und damit im Grunde nichts anderes als das Mehrheitswahlrecht, das Lückes Vorstellungen entsprach.
Die innenpolitische Krise des Herbstes 1962 nutzte Lücke zu Sondierungen mit der SPD über eine Große Koalition. Die angestrebte Verbindung der beiden größten Fraktionen war für Lücke kein Selbstzweck, sondern ein Zweckbündnis auf Zeit, das klare Mehrheiten sichern sollte. Vor allem aber lehnte er in diesem Zusammen-

hang ein Proporz-System nach österreichischem Vorbild ab, das auf eine Zementierung der Großen Koalition hinauslief.
Mit der Rückendeckung Konrad Adenauers führte Lücke vertrauliche Gespräche mit Herbert Wehner, in die auch der CSU-Bundestagsabgeordnete Karl-Theodor von Guttenberg einbezogen war. Von einer umfassenden Unterstützung in der eigenen Fraktion konnte Lücke zu diesem Zeitpunkt kaum ausgehen. An der Spitze der Agenda stand die Einführung des Mehrheitswahlrechtes. Diese ersten Kontakte des Jahres 1962 scheiterten u. a., weil Wehner das Mehrheitswahlrecht zu diesem Zeitpunkt in seiner Partei aus wahltaktischen Gründen nicht durchsetzen konnte.

## V

Lücke empfand großen Respekt für Adenauer, und beide verband eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Als Ludwig Erhard im Oktober 1963 Adenauer im Amt des Bundeskanzlers folgte, schien das zunächst nicht unproblematisch. Lücke hatte sich gelegentlich mit Erhard gerieben, Erhard seinerseits hielt Lücke für nicht liberal genug. Der Wertschätzung des neuen Kanzlers für die Arbeit Lückes tat das keinen Abbruch, zumal Lücke auch über einen großen Rückhalt in Fraktion und Partei verfügte, und so bestätigte er ihn in seinem Amt.
Nach den Bundestagswahlen im September 1965, bei denen Lücke sein Direktmandat mit einem Ergebnis von mehr als 56 % verteidigte, ernannte Erhard ihn zum Bundesminister des Innern. Lücke trat damit die Nachfolge von Hermann Höcherl (CSU) an. In der Öffentlichkeit wurde die Ernennung freundlich aufgenommen; die Presse attestierte Lücke ruhige Entschlossenheit und Führungsqualitäten (FAZ). Vor dem neuen Innenminister lagen allerdings Aufgaben, für die solche Eigenschaften in der Tat benötigt wurden: die Notstandsverfassung mit der Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte, u. a. in der Telefonüberwachung, die Neuordnung des Verhältnisses von Bund und Ländern, im Besonderen im Bereich der Finanzen, und die Reform des Öffentlichen Dienstes unter Einschluss der Beamtenbesoldung.
Auf Lückes eigenen Wunsch wechselte auch die Zuständigkeit für die Raumordnung aus dem bisherigen Ministerium zurück in sein neues Haus, wo sie bis 1961 ressortiert hatte. Die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung, nicht zuletzt die Bevölkerungszunahme, machten die Raumordnung aus seiner Sicht zu einer Aufgabe, die von zentraler Bedeutung für die künftige Lebensqualität und ganz

besonders die Umweltbedingungen sein würde. Lücke muss attestiert werden, dass er – übrigens auch in dieser Begrifflichkeit – ein Thema aufnahm, das erst zwanzig Jahre später eine Hochkonjunktur in der politischen Diskussion erlebte.
Gerade im Hinblick auf die beabsichtigte Verabschiedung der Notstandsverfassung bot Lücke als neuer Innenminister hilfreiche Voraussetzungen. Lücke verfügte nicht nur über ein ausgewogenes Verhältnis zu den verschiedenen Flügeln der eigenen Fraktion, sondern er pflegte auch freundschaftliche Kontakte zu den oppositionellen Sozialdemokraten und zu Vertretern der Gewerkschaften. Die Zustimmung der SPD wurde auf jeden Fall benötigt, um das verfassungsändernde Quorum von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages zu erreichen. Als eine Art „vertrauensbildende Maßnahmen" lud er Vertreter von SPD und DGB zu Übungen des Bundesgrenzschutzes ein und suchte das Gespräch über die Notstandsverfassung auch mit den Gewerkschaften. Lücke fand durchaus grundsätzliches Lob für seine Bemühungen und konnte dazu beitragen, dass die SPD 1966 ihre konkreten Bedingungen für eine Zustimmung formulierte. Obwohl die Ablehnung der Gewerkschaften anhielt, blieb er mit ihren Vertretern im Gespräch.
Lückes Erfolge und seine ebenso klare wie verlässliche Art, Politik zu gestalten, fanden auch innerparteiliche Anerkennung. Adenauer hätte es wohl nicht ungern gesehen, wenn im Frühjahr 1966 anstelle Erhards Lücke sein Nachfolger als Parteivorsitzender geworden wäre. Lücke begnügte sich damit, einer der drei gleichberechtigten Stellvertretenden Vorsitzenden neben Rainer Barzel und Kai-Uwe von Hassel zu werden.
Die Rezession des Jahres 1966 mit ihrer Kohle-Krise, einer Arbeitslosigkeit, die im letzten Jahresquartal auf 370.000 gestiegen war und nahezu als traumatisierend empfunden wurde, der öffentlich diskutierte „Bildungsnotstand" sowie Haushalts- und Finanzprobleme – kurz eine als krisenhaft empfundene innenpolitische Lage führte im November 1966 zum Rücktritt Erhards. Kurt Georg Kiesinger folgte ihm als Kanzler einer Großen Koalition von CDU, CSU und SPD; Lücke blieb Innenminister.
Mit dieser Koalition wurde Lückes Konzeption aus dem Jahre 1962 Wirklichkeit. Endlich schien die Lösung der grundlegenden Aufgaben möglich, die er zur Krisensicherung der Bundesrepublik für unabdingbar hielt: die Einführung des Mehrheitswahlrechtes und die Verabschiedung einer Notstandsverfassung. Beide Ziele waren feste Verabredungen und Grundlagen der Großen Koalition, auch wenn es in beiden Koalitionsfraktionen zum Mehrheitswahlrecht abweichende Auffassungen gab. Nicht zufällig bildete das Mehrheitswahlrecht

den ersten Schwerpunkt in der Regierungserklärung des neuen Kanzlers.
Kiesinger und die Regierung der Großen Koalition unterstützten Lücke auch in seiner Behandlung eines Vorganges, der sich als der große politische Skandal des Jahres 1966 erwies. Die DDR-Staatspartei SED hatte mit Hilfe linksgerichteter Medien in der Bundesrepublik eine auf dieser Ebene bis dahin beispiellose Kampagne gegen Bundespräsident Heinrich Lübke gestartet. Der Vorwurf, Lübke sei während des so genannten „Dritten Reiches" als „KZ-Baumeister" an der Errichtung von Konzentrationslagern beteiligt gewesen, sollte seine Integrität in Frage stellen. Lücke, der mit dem Bundespräsidenten persönlich befreundet war, legte eine Dokumentation vor, in der die Vorwürfe als Erfindungen und Fälschungen widerlegt wurden. Die Bundesregierung übernahm Lückes Bewertung, es handle sich um eine Verleumdungskampagne. Gleichwohl war die Reaktion auf die bösartige Inszenierung nicht frei von Ungeschicklichkeiten im Umgang mit den Medien und einem ganz neuen politischen Phänomen, das als „Außerparlamentarische Opposition" (APO) die Innenpolitik der späten 60er Jahre mitbestimmte.
Neben dem Vietnam-Krieg als außenpolitischem Thema waren es auf innenpolitischem Gebiet gerade die Notstandsgesetze, die der APO ein Aktionsfeld boten. Die heterogene Bewegung reichte vom DGB bis zu linksextremen Studentengruppen, vom Verband der Kriegsdienstverweigerer bis zu Hunderten von evangelischen Pastoren. Die Bildung einer Großen Koalition hatte nicht etwa zu einem gesellschaftlichen Reformkonsens, sondern zu einer Radikalisierung der APO beigetragen. Auswirkungen waren bis in die SPD hinein zu spüren.
Lückes Art der Gesprächsführung und seine intensiven Kontakte auch mit ursprünglichen Kritikern der Notstandsgesetze führten dazu, dass sein Gesetzentwurf, der auf mehrjährige Planungen und Diskussionen zurückging, im März 1967 vom Bundeskabinett in einem Durchgang verabschiedet wurde. Die weitergehenden Einschränkungen der Grundrechte, die in früheren Entwürfen seiner Vorgänger Gerhard Schröder und Hermann Höcherl enthalten waren, hatte Lücke zurückgenommen. So konnte auch die SPD-Fraktion mit überwältigender Mehrheit zustimmen.
Die APO intensivierte dagegen ihre Kampagnen, unterstützt aus den kommunistischen Staaten, im Besonderen der DDR. Die beschworenen Parallelen zur Entwicklung in der Weimarer Republik fanden angesichts solcher Bündnispartner außerhalb der APO politisch keinen nennenswerten Rückhalt. Es konnte eben nicht, wie die APO behauptete, von einem „Notstand der Demokratie" die Rede sein,

sondern es ging darum, die Demokratie auch für den Notstand zu sichern.
Kurz nach dem Schah-Besuch in Deutschland, bei dem es zu schweren Ausschreitungen und am 2. Juni 1967 zum Tod des Studenten Benno Ohnesorg kam, fand in einer innenpolitisch aufgeheizten Atmosphäre die erste Beratung der Notstandsverfassung im Deutschen Bundestag statt. Lücke erwies sich erneut als geschickter Anwalt dieses politischen Vorhabens und trug selbst zum Brückenschlag zwischen verschiedenen SPD-internen Positionen bei. Dem öffentlichen Druck zum Trotz nahm das parlamentarische Verfahren zur Verabschiedung der Notstandsgesetze seinen Fortgang.

## VI

Im Oktober 1967 konnte der inzwischen 53-jährige Lücke auf eine 10-jährige Tätigkeit als Bundesminister zurückblicken. Den Anfeindungen linker Medien, die ihn auf die Rolle als Verfechter der Notstandsgesetze reduzierten, stand die öffentliche Anerkennung vor allem seiner Leistungen als Wohnungsbauminister gegenüber. In der Presse hieß es, er habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Bundesrepublik eine großartige Wohnungsbaustatistik vorweisen könne, die Eigentumsbildung im Wohnungsbau Vorrang erhalten habe und die Wohnungszwangswirtschaft beseitigt, das Bau- und Bodenrecht modernisiert und eine neue Raumordnung zumindest begonnen worden sei.
Eine erste Zwischenbilanz als Innenminister konnte nach der vergleichsweise kurzen Amtszeit ähnliche statistisch belegbare Erfolge oder ordnungspolitische Fortschritte noch nicht aufweisen. Lücke hatte die Zivilschutzgesetze durchgebracht und sich mit sehr klaren Positionen einen Namen als „Feind der Staatsfeinde" gemacht, wie die Presse formulierte. Seine Aufmerksamkeit galt der rechtsextremen NPD wie linksextremen Gruppierungen gleichermaßen. Ihre Aktivitäten bewiesen für Lücke, wie dringend die Absicherung der zweiten deutschen Demokratie gegen ihre Feinde von innen war, und angesichts der Bedrohung durch den Ostblock schien ihm dies auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten geboten.
Die Notstandsverfassung befand sich auf dem parlamentarischen Weg, aber sie war noch nicht beschlossen, und substantielle Fortschritte bei der Einführung des Mehrheitswahlrechtes hatte es nach fast einem Jahr der Großen Koalition noch nicht gegeben. Dieses politische „Ceterum censeo" Paul Lückes wurde ungeachtet des Koalitionsvertrages in der SPD unverändert kontrovers diskutiert.

Dabei spielten nicht grundsätzliche, sondern politisch-taktische Erwägungen eine Rolle. Das Projekt sollte zumindest verzögert werden: Zum einen fürchtete man als Folge des Mehrheitswahlrechtes eine absolute Mehrheit von CDU und CSU, zum anderen schien eine sozial-liberale Koalition, wie sie nach den Landtagswahlen 1966 in Nordrhein-Westfalen zustande gekommen war, auch auf Bundesebene als eine verlockende Alternative.
Ihre Koalitionspartner CDU und CSU ließen die Sozialdemokraten im Unklaren. Noch im Januar 1968 vereinbarten Vertreter beider Fraktionen, bis Ostern Gesetzentwürfe für die Wahlrechtsreform vorzulegen, und Bundeskanzler Kiesinger legte sich in seinem koalitionsintern abgestimmten „Bericht zur Lage der Nation" selbst noch am 11. März 1968 vor dem Deutschen Bundestag auf das Mehrheitswahlrecht fest. Nur wenige Tage später bekannte sich die SPD zwar auf ihrem Nürnberger Parteitag zur Großen Koalition, und sie machte den Weg frei für die Zweite und Dritte Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag, die Entscheidung über ein neues Wahlrecht aber wurde auf den Parteitag 1970 verschoben. Das war ein Schlag ins Gesicht des Koalitionspartners, vor allem aber: Ein Parteitag bestimmte, wie sich die frei gewählten Abgeordneten einer Regierungsfraktion in einer konkreten Frage zu verhalten hatten – ein bis dahin beispielloser, auch verfassungsrechtlich bedenklicher Vorgang.
Lücke, einer der wichtigsten Wegbereiter der Koalition mit der SPD, kündigte angesichts dieses Wortbruchs seinen Rücktritt an. Vom Vollzug der Amtsaufgabe ließ er sich zunächst zurückhalten, um einen letzten Klärungsversuch mit Herbert Wehner zu unternehmen. Er musste erkennen, dass die SPD ihre Zusage nicht einhielt und trat am 28. März 1968 endgültig vom Amt des Bundesinnenministers zurück. „Der Spiegel" und andere linke Medien kommentierten hämisch, der Vertreter der „Gartenlaube", der „Eigenheim-Apostel", habe die große politische Bühne verlassen. Eine faire Kommentierung des Vorganges fand im „heißen" Frühjahr 1968 eher selten statt.
Bundeskanzler Kiesinger und der Fraktionsvorsitzende Barzel hatten vergeblich versucht, Lücke von diesem Schritt abzuhalten, aber gerade von Kiesinger zeigte sich Lücke tief enttäuscht. Die Bemühungen des Kanzlers erschienen ihm eher als Pflichtübung: Kiesinger wollte die Große Koalition nicht an der Wahlrechtsfrage scheitern lassen. Zum Nachfolger Lückes ernannte er den bisherigen Parlamentarischen Staatssekretär des Ministeriums, Ernst Benda. Die Notstandsverfassung wurde im Mai 1968 verabschiedet.

Im August 1968 kündigte der Bundeskanzler den bevorstehenden Rückzug von Familienminister Bruno Heck an, der sich auf seine Funktion als Generalsekretär der CDU konzentrieren sollte. Vielleicht suchte Kiesinger eine Möglichkeit der Wiedergutmachung, als er Lücke das Familienministerium anbot. Lücke blieb konsequent und lehnte ab.
Der Verlust des Amtes änderte nichts an seinen Überzeugungen. Auch als „einfacher Abgeordneter" setzte er sich für das Mehrheitswahlrecht ein, wohl wissend, dass es eine politische Chance zu seiner Verwirklichung auf lange Zeit nicht mehr geben würde. Bei den Bundestagswahlen 1969 gewann er noch einmal seinen Wahlkreis und erlebte die folgende Legislaturperiode unter der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel als Oppositionsabgeordneter ohne herausgehobene Funktion. Drei Jahre später verlor Lücke bei vorgezogenen Bundestagswahlen sein Direktmandat. Da er es als überzeugter Anhänger des Mehrheitswahlrechtes abgelehnt hatte, sich auf der Landesliste absichern zu lassen, kehrte er nach 23-jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag nicht mehr in das Parlament zurück. Lücke beendete seine politische Karriere.

## VII

Der Rückzug aus der Politik war konsequent; lediglich Vorsitzender der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis, aus dem er kam, blieb Lücke noch bis 1974. Eine Vielzahl von Funktionen und Ehrenämtern füllten die folgenden Jahre aus: So war er u. a. seit 1968 Kuratoriumsvorsitzender der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus" in Rhöndorf. Ein Jahr später wurde er Geschäftsführer der Deutschen Wohnungsbaugesellschaft mbH (DEWOG) in Köln, die Wohnungen für junge bzw. einkommensschwache Familien und alte Menschen baute. In der Kölner Konrad-Adenauer-Siedlung, für die er noch als Wohnungsbauminister zusammen mit Konrad Adenauer den Grundstein gelegt hatte, konnte er ein Seniorenzentrum eröffnen. Im Jahre 1975 übernahm er den Vorsitz der „Lennart-Bernadotte-Stiftung", die das Ziel verfolgte, die Insel Mainau in eine gemeinnützige Stiftung zu überführen. Schon 1957 hatte er die Insel erstmals besucht.
Auf Vorschlag von Karl Fürst zu Löwenstein war Lücke 1962 zum Präsidenten des 79. Deutschen Katholikentages in Hannover bestimmt worden. Er hatte die Aufgabe nur unter der Zusicherung angenommen, dass sich seine Rolle nicht auf das Repräsentative beschränken würde, und so rief er in Hannover zur Gründung der

„Aktion Hannover" auf, eine Art früher „Dritte-Welt-Initiative". Es war eine „Legion des guten Willens" (Heinrich Köppler), lange bevor der Deutsche Entwicklungsdienst gegründet wurde. Lücke setzte sich aber auch für die Stärkung des Verbandskatholizismus ein, der nur wenige Jahre später keine wirkliche Rolle mehr in der Pastoralkonzeption und den Strukturen der deutschen Ortskirche spielte. In diesen kritischen Jahren (1967–1976) gehörte Lücke auch dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) an. Sein vielfältiges soziales und kirchliches Engagement – u. a. als Vizepräsident des Familienbundes der Deutschen Katholiken – wurde mit dem Großkreuz des Gregorius-Ordens gewürdigt, eine der zahlreichen Auszeichnungen, die Lücke erhielt.

Die eigene große Familie war ihm Heimat, und nach Möglichkeit kehrte er auch an den Arbeitstagen in sein Haus nach Bensberg zurück. Er habe es für seine Familie gebaut, nicht für die Öffentlichkeit, erklärte er, und eine „Home-Story" kam für ihn nicht in Frage; Journalisten hatten keinen Zugang. Um so mehr traf es ihn, als Anhänger der APO diese Privatsphäre nicht respektierten und sein Haus am Totensonntag 1967 über lange Stunden belagerten.

Mehr als vielen seiner Kollegen ging es Lücke in der Politik über die Alltagsprobleme hinaus um grundsätzliche Fragen, im Besonderen darum, die deutsche Demokratie „auch für politische Schlechtwetterperioden zu rüsten". Diese Sorge war die Grundlage seines Bemühens um die Notstandsverfassung, aber sein Staats- und Demokratiebild beschränkte sich nicht auf diese defensive Position. Er fasste seine Überlegungen in dem Satz zusammen: „Die Demokratie ist wichtiger als Parteiinteressen" und dazu passte auch seine in dieser Zeit keineswegs allgemein akzeptierte Überzeugung, der deutschen Demokratie gehe es erst gut, wenn die beiden großen Parteien für Christen wählbar seien. Mit dieser Überzeugung, verbunden mit einer ausgeprägten Geradlinigkeit, ist er in der Großen Koalition an Herbert Wehner und anderen Sozialdemokraten gescheitert, die sich später über seine Prinzipientreue mokierten; in letzter Konsequenz scheiterte er aber auch an eigenen Parteifreunden.

Lücke war kein mitreißender Redner, ein eher stiller Mann, dem Kritiker eine „karge Sprache" attestierten. Seine Überzeugungskraft gewann er aus volksnahen Grundsätzen wie „Ein Mann – ein Wort", aus seiner Verlässlichkeit und vielleicht auch seiner ernsthaften Art. Manche seiner Freunde hielten ihm vor, er nehme alles ernst, oft zu ernst. Die den Rheinländern unterstellte Leichtigkeit gehörte sicher nicht zu seinen Charakterzügen, und seine Sensibilität war in der Politik bisweilen alles andere als hilfreich. In einem Nachruf formulierte der damalige Bundestags-Vizepräsident Hermann Schmitt-

Vockenhausen, ein Sozialdemokrat, Lückes Sache sei „eigentlich immer das Schwierige" gewesen, „das Komplizierte, und es war nicht oft das Populäre. Paul Lücke ging seinen eigenen Weg und glaubte er, seinen Weg nicht weiter beschreiten zu können, zog er, allein seiner Überzeugung folgend, klare und erkennbare Konsequenzen". Dabei nahm er auch persönliche Nachteile und finanzielle Verluste in Kauf. Nach seinem Rücktritt als Minister hatte er trotz mehr als zehnjähriger Amtstätigkeit den damaligen gesetzlichen Bestimmungen folgend noch keinen Pensionsanspruch erworben. Es fehlten ihm einige Monate. Selbst der Blick auf die familiäre Situation konnte ihn in seinem Entschluss nicht beirren.

Zum Jahresbeginn 1963 schrieb Paul Lücke, er habe sich „das Dienen zur ethischen Norm" seines politischen Handelns gewählt, und diesem hohen Anspruch suchte er im Alltag wie in der grundsätzlichen Arbeit gerecht zu werden: Seine Aufmerksamkeit und seine persönliche Solidarität galt gerade den Menschen, die auf der Schattenseite des Lebens standen, und folgerichtig schrieb er, wie ein Journalist formulierte, den Begriff „Soziale Marktwirtschaft" stets mit einem großen „S". Ein „Linker" war Lücke deswegen ebenso wenig wie ein „Rechter", obwohl ihn linke Medien gerade in diese Ecke stellen wollten. Lücke war schlicht ein Politiker, der sein Handeln aus einer bewussten Katholizität bestimmte.

Am 10. August 1976 ist Paul Lücke nach einer zweiten Darmoperation in Erlangen verstorben.



# Hugo Dornhofer (1896–1977)

## I

Zu den bekannten Repräsentanten der christlich-demokratischen Gewerkschafter und Politiker Deutschlands gehört Hugo Dornhofer nicht, schon gar nicht zu den bedeutenden Personen der Zeitgeschichte, über die postum eine Biographie zu erwarten gewesen wäre. Als zeitweiliger Vorsitzender der Thüringer CDUD besaß er in der Nachkriegszeit allenfalls einen regionalen Bekanntheitsgrad als beherrschende Politikerfigur im katholischen Milieu des Thüringer Eichsfeldes. Für das Schicksal eines Opfers von zwei Diktaturen und für die kurze Phase der Hoffnungen auf einen demokratischen Neubeginn auch in der SBZ ist Dornhofers Lebensweg jedoch in vielerlei Hinsicht charakterisierend. Vor allem sein kompromißloser Widerstand gegen die Gleichschaltung der Parteien in der SBZ/DDR hat als eine der rühmlichen Ausnahmen im sonst unter den Christdemokraten Ostdeutschlands verbreiteten Anpassungsverhalten gegenüber dem SED-Regime zu gelten.

Anders als die meisten Landespolitiker stammte Dornhofer aus einfachsten Verhältnissen. Weil jedoch, hierfür untypisch, ein umfangreicher Nachlaß im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin erhalten ist, kann Dornhofers politische Sozialisation aus dem Arbeitermilieu über die christliche Gewerkschaftsbewegung in die Landespolitik Thüringens nachvollzogen werden. Außerdem ist es möglich, aus der Perspektive des „kleinen Mannes" den Schock des Ersten Weltkrieges und die Erfahrung der Verfolgung durch die NS-Diktatur zu erfassen. Die Politik der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland und das Funktionieren des Repressionsapparates der DDR lassen sich aus dem Blickwinkel eines Landespolitikers und schließlich relativ prominenten Opfers verfolgen.

Sein Nachlaß bietet die seltene Chance, nicht nur den Lebens- und Berufsweg, sondern vor allem die politische Tätigkeit und Verfolgung eines Mannes aus dem zweiten und dritten Glied der Politik nachzuzeichnen, um damit Aufschlüsse gerade auch über die Um-

bruchsphase nach 1945 in einer politischen Region zu gewinnen, die bisher von der Forschung weitgehend vernachlässigt worden ist. Insbesondere Dornhofers ausführliche Tagebuchaufzeichnungen erlauben es, die politische Wahrnehmung und Selbstdeutung eines Vertreters des christlichen Gewerkschaftsmilieus zu untersuchen, der sich weniger durch seine intellektuelle Originalität als durch seine Rolle als Rezipient auszeichnet, in dessen Denkhaltungen und Einstellungen sich die Umbrüche der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts spiegeln.

## II

Dornhofer wurde am 14. November 1896 in der österreichischen Steiermark geboren; als Sohn eines Straßenwärters wuchs er in Oberfeistritz auf, erlernte das Tischlerhandwerk und diente im Ersten Weltkrieg an der Alpenfront. Zurück aus der Kriegsgefangenschaft, arbeitete er 1920/21 als Sekretär bei den Christlichen Gewerkschaften in Graz und Klagenfurt, zog 1921 nach Heiligenstadt in die Heimat seiner Frau Barbara, geb. Wand, um und war dort von 1923 bis 1924 als Bezirkssekretär des Zentralverbandes der Landarbeiter in Heiligenstadt sowie ab 1926 in gleicher Stellung für die christlichen Tabakarbeiter tätig. Nachdem die Nationalsozialisten 1933 die Macht ergriffen und die Gewerkschaften aufgelöst hatten, wurde Dornhofer entlassen, war einige Zeit arbeitslos und während des Krieges als Bauaufseher im Konzentrationslager Mittelbau-Dora zwangsverpflichtet.

Nach Kriegsende beteiligte sich Dornhofer maßgeblich am Aufbau der CDUD in Thüringen, speziell im Eichsfeld. In der Folgezeit wurden ihm zahlreiche Aufgaben übertragen: Er wurde mehrfach zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Worbis gewählt, war stellvertretender und zeitweise amtierender Vorsitzender des Thüringer Landesverbandes, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Heiligenstadt, dort Vorsitzender des Antifaschistischen Ausschusses im Block demokratischer Parteien, Mitglied und Vorsitzender des Kreisbeirates und der beratenden Kreisversammlung, dann des Kreistages im Landkreis Worbis, Mitglied im Hauptausschuß der Ost-CDU und Abgeordneter im Weimarer Landtag, dort Mitglied im Ältestenrat, im Rechts- und Rekursausschuß sowie Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Volksfürsorge, schließlich Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Einheitsgewerkschaft im Eichsfeld und Verwaltungsdirektor der AOK, folgend der Sozialversicherungskasse in Heiligenstadt.

Unter Dornhofers Leitung wurde die Union im Kreis Eichsfeld zur stärksten politischen Kraft mit rund 7000 Parteimitgliedern. Bei den ersten Wahlen im Herbst 1946 errang die CDUD eine Zweidrittelmehrheit. Aufgrund seiner Weigerung, sich dem „fortschrittlichen", SED-konformen Kurs seiner Parteiführung anzuschließen, geriet Dornhofer wiederholt mit Sowjets und „Sozialisten" in Konflikt, wurde verleumdet und wegen seiner Bekenntnisse zum bereits abgesetzten Jakob Kaiser, dem ehemaligen Parteivorsitzenden der Ost-CDU, durch die Staatssicherheit am 26. Juli 1952 verhaftet. Nach monatelanger Untersuchungshaft verurteilte ihn am 4. März 1953 ein politisches Tribunal in Erfurt zu 12, seinen Sohn Ignaz im Sinne von Sippenhaft zu sechs Jahren Zuchthaus, die sie in den Strafvollzugsanstalten Untermaßfeld und Waldheim antraten. Bereits 1956 wurden sie jedoch in Folge einer Amnestie entlassen. Anstatt in den Westen zu wechseln, blieb Hugo Dornhofer in Heiligenstadt, wo er nach mehreren Krankenhausaufenthalten, gezeichnet von den während der Haft erlittenen Strapazen, am 5. April 1977 starb.
Dornhofers soziale Identitätsbildung wurde maßgeblich von seinem verarmten Herkunftsmilieu geprägt, das Grundzüge des ländlichen Lebens mit Elementen des Tagelöhnerdaseins vereinte. Für den heranwachsenden Dornhofer war von frühester Kindheit an ein harter Lebenskampf ständiger identitätsstiftender Begleiter und dies in einer Zeit, die ein nur unzureichend ausgestattetes soziales Netz kannte. Seine geistige Entwicklung zeigte sich fortwährend von den Eindrücken des Elternhauses und somit von einer tiefen katholischen Religiosität dominiert, verbunden mit spezifischen Auffassungen von christlicher Moral und ihren Tugenden, die nicht nur maßgeblich seine politischen Vorstellungen, sondern zugleich seine Einstellung zu Leben und Arbeit beeinflußten. Das wertkonservative Gesellschaftsbild, das sich Dornhofer hier aneignete, sowie die antimodernistischen Impulse, modernitätskritischen und kulturpessimistischen Deutungsmuster, die er in den zwanziger Jahren verinnerlichte, entsprachen dabei ganz dem Normenverständnis des katholischen Milieus.

## III

Das Kriegserlebnis, die intensive Erfahrung von Kameradschaft und Volksgemeinschaft, von todesmutigem Opfergeist, von Selbstüberwindung und Durchhaltewillen, von Heroismus und Ritterlichkeit, aber auch von Grauen und Unmenschlichkeit prägte Dornhofers Selbstverständnis eines unnachgiebigen Kämpfers. So bewahrte sein

nachfolgendes äußeres Auftreten im Zivilleben die erworbenen Eigenschaften von soldatischer Straffheit, sein Wortschatz blieb von militärischen Begriffen und Landserausdrücken durchsetzt. Zeit seines Lebens präsentierte er sich als eine überaus kämpferische, harte Persönlichkeit, die aus tiefer Überzeugung Kampfgeist und Kameradschaft beschwor und mit großem Nachdruck an das nationale Bewußtsein und Ehrgefühl appellierte.
Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges verlieh Dornhofers christlichsozialer Überzeugung jene Dynamik, Prägekraft und langfristige Wirksamkeit, die in seinen Aufzeichnungen über beinahe vierzig Jahre zu verfolgen sind. Das Eintreten für die Demokratie, die Absage an jede Form der Diktatur erscheinen daher nicht nur als eine politische Ausrichtung unter anderen, sondern als Elemente eines Lebensgefühls, eines kollektiven Stils, eingebunden in ein wertkonservatives Gesellschaftsbild.
Auch Dornhofers Sonderrolle in der politischen Landschaft des Eichsfeldes dürfte auf Faktoren zurückzuführen sein, die elementar mit seiner Identitätsentwicklung verbunden sind. Bereits in seiner Jugend hatte Dornhofer das in der deutschstämmigen Bevölkerung Österreichs verbreitete „Reichsbewußtsein" angenommen. Wie oft bei Umsiedlern festzustellen, neigte der gebürtige Österreicher in seiner Fremdlingsposition zu einer Überidentifikation mit dem Deutschen Reich und folglich auch mit dem Eichsfeld als seiner Wahlheimat. Demzufolge erwies sich die Berufung auf das Bild der katholischen Trutzburg, das Dornhofer von „seinem" Eichsfeld zeichnete, als elementarer Bestandteil seiner Identitätsbildung.
Indem Dornhofer aus seiner Lebensbeschreibung ein moralisches Beispiel für die Güte Gottes beziehungsweise die Vorsehung macht, versucht er, dieser sehr individuellen Geschichte eine Funktion innerhalb seiner Religiosität zu geben. Die Leidenserfahrung erst unter dem NS-, dann unter dem SED-Regime läßt ihn sich ganz auf die moralischen Werte christlicher Nächstenliebe konzentrieren. Das religiöse Fundament vermag den schrecklichen Ereignissen einen Sinn zu geben, die positiven Erlebnisse neben den furchtbaren zu erkennen und zu den eigentlich bedeutenden zu erklären sowie den Verlust an sozialem Status und politischen Einfluß durch immaterielle Werte zu ersetzen.
Aus einem persönlichen Treueverhältnis heraus, das Dornhofer seit den zwanziger Jahren zu Jakob Kaiser empfand, spielte diese Bindung in der Selbstbeschreibung seines politischen Standpunktes eine zentrale Rolle, zumal er in einer Zeit sozialisiert worden war, die sich für Leitbilder, Führerpersönlichkeiten und Leitideologien offen zeigte wie kaum eine andere zuvor. Sein großes Vorbild sowohl in

der Gewerkschaftsarbeit als auch in der Politik sah Dornhofer in Kaiser. Die kompromißlose Loyalität und ausgeprägte Integrität gegenüber diesem und seinem politischen Kurs bildete einen dominanten Bezugspunkt in Dornhofers Identität und erscheint sogar als ein dem gesamten Lebensverlauf sinngebendes Deutungsmuster.

## IV

Dennoch gibt es wenig Belege dafür, daß es sich bei dieser Verbindung um mehr als eine politische Freundschaft gehandelt hat. Selbst in Dornhofers Aufzeichnungen finden sich nur spärliche Angaben über den Inhalt seiner Gespräche mit Kaiser und die Beurteilung von dessen Rolle und Bedeutung in der politischen Landschaft der SBZ Ende der vierziger Jahre. Dornhofer erwähnt lediglich, daß Kaiser unter einem „tragischen Verhängnis" stand und er „einmal eine lange Zeit" mit ihm überlegt hatte, „ob das, was wir wollten, nicht weit über menschliche Kraft ging". Eine Bemerkung über Kaisers Schicksal, die bereits jenen dramatischen Duktus erkennen läßt, der Dornhofers Darstellung der Gleichschaltung prägen wird.
In diesem Zusammenhang muß den beiden Politikern auch der Gedanke einer Auflösung der CDUD gekommen sein, den sie jedoch scheinbar wieder fallen ließen, der Realität der sowjetischen Allmacht bewußt: „Es soll sich niemand einer Täuschung hingeben, weder Kaiser noch ich waren, noch wird jemand in Zukunft, solange wir eine Besatzung haben, in der Lage sein, die CDU aufzulösen. Die Entscheidung, wie weit gegangen werden kann, muß jeder selbst in seinem Gewissen treffen. Er muß auch die Verantwortung selbst tragen und kann sie nicht auf andere abwälzen."
Die immense innere Bedeutung, die der Kontakt zu Kaiser für Dornhofer und seine Selbstbeschreibung sowie für die eigene Einordnung in die Parteihierarchie hatte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Verhältnis zwischen den beiden Christdemokraten der ersten Stunde in der Realität des politischen Alltagsgeschäfts den sonst üblichen Kontakten zwischen der Parteispitze und den Führungen der einzelnen Landesverbände entsprochen und sich keinesfalls qualitativ oder quantitativ von diesen abgehoben haben dürfte, allen Stilisierungen Dornhofers zum Trotz. Die SED hingegen sollte seine Bekenntnisse zum abgesetzten Kaiser später mehrfach nutzen, um ihn politisch wie beruflich zu demontieren.
Dornhofer gehörte einer Generation an, die zwar durch das alle bisherigen Erfahrungsdimensionen sprengende Fronterlebnis des Ersten Weltkrieges geprägt wurde, politisch entscheidende Erfahrungen

aber erst in den Krisen und Wirren der Weimarer Republik sammelte. Die chaotischen Zustände an der Front gegen Kriegsende sollten auf Dornhofer nachhaltig wirken. Während seines Militärdienstes in der kaiserlichen Armee im Geiste unbedingter Pflichterfüllung, Bescheidenheit und Schlichtheit erzogen, erschütterten die Auflösungstendenzen in der Disziplin und die unter den Soldaten um sich greifende revolutionäre kommunistische Stimmung Dornhofers Weltbild, das kriegsbedingt in den letzten Jahren vor allem von einem soldatischen Ehrbegriff gepaart mit konservativen, teils monarchistischen Wertvorstellungen geprägt worden war. Die unübersichtlichen innenpolitischen Verhältnisse in Nachkriegsösterreich beeinflußten seine mentale Disposition ungemein. Die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen stürzten ihn in eine tiefgreifende geistige Krise, in ein „existentielles Niemandsland", in dem er nach neuer Orientierung suchen mußte.
Aufgrund der chaotischen Zustände nach dem Thronverzicht von Kaiser Karl I. und den ebenso unruhigen Anfangsjahren der jungen österreichischen Republik sah Dornhofer in Kommunismus und Sozialismus die bedrohendsten Kräfte für Staat und Gesellschaft, während seine große Abneigung gegenüber der Sozialdemokratie auf die katholische Prägung seines Herkunfts- und Ziehmilieus und seine Begeisterung für die Ideale der Christlichsozialen Bewegung zurückzuführen war, verstärkt durch Ohnmachtgefühle gegenüber der Dominanz der Sozialdemokraten in der Arbeiterschaft.

## V

Der Weltkrieg löste bei Dornhofer jedoch keine ideologische Radikalisierung aus: Die Niederlage der Mittelmächte und die ihr nachfolgende Revolution rief in ihm keinen revanchistischen Nationalismus hervor, seinem Anti-Versailles-Revisionismus zum Trotz, sondern schwächte sein pathetisches Nationalgefühl der Kriegszeit zu einem Nationalbewußtsein ab, das sich immun gegen antidemokratische Ideologien zeigte. Sein Gesinnungswandel von einer monarchistisch-nationalistischen zu einer rein nationalen Haltung und die für ihn bittere Realität der Nachkriegszeit mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Beschwernissen ließ Dornhofer zu einem Kämpfer für die Demokratie werden, der die totalitären Ideologien von Nationalsozialismus und Kommunismus beziehungsweise Stalinismus gleichermaßen verurteilte.
Die christliche Gewerkschaftsbewegung prägte Dornhofers Leben auf zweierlei Weise: Zum einen war sie identitäts- und sinnstiftendes

Sozialmilieu, zum anderen Mittel seines sozialen und beruflichen Aufstiegs. Nicht zuletzt Dornhofers Bedürfnis, dem Gefühl sozialer Minderwertigkeit wie auch seinem Ehrgeiz eine aufwertende und vor allem sinngebende Deutung zu verleihen, ist zuzurechnen, daß die Ideenwelt der christlichen Gewerkschaftsbewegung gerade auch auf ihn eine so große Anziehungskraft entwickelte.

Die Tätigkeit als Richtungsgewerkschafter empfand Dornhofer als eine Zeit der Lehrjahre. Vor allem von der Erziehungsarbeit der Christlichen Gewerkschaften zeigte er sich begeistert und maß dieser eine große Bedeutung für die Entfaltung der christlichen Gewerkschaftsbewegung bei. Dornhofers autodidaktische Weiterbildungsbemühungen gingen dabei mit der Bildungsbewegung einher, die Anfang der zwanziger Jahre die Christlichen Gewerkschaften erfaßte. Hier konnte sich Dornhofer nicht nur mit der Gedanken- und Ideenwelt sowie den Zielsetzungen der verschiedenen Arbeiterbewegungen vertraut machen, sondern zugleich seinen Eindruck von der eigenen Unterlegenheit gegenüber dem Bildungsbürgertum mindern.

Das Verlangen nach den Prestigegütern Wissen und Bildung war bei Dornhofer auf ein herkunftsbedingtes Bildungsdefizit zurückzuführen. Das Gefühl, daß es ihm an „gediegener Bildung" mangele, und er die Nachteile seiner Herkunft ausgleichen müsse, sollte ihn zeitlebens nicht loslassen. Zu einer Entwicklung eigenständiger programmatischer Vorstellungen führten Dornhofers Weiterbildungsbemühungen aber nicht. Seine gewerkschaftliche Laufbahn verlief wenig spektakulär und dürfte von der eines durchschnittlichen Gewerkschaftsfunktionärs nicht abgewichen sein. Als Vertreter des linken Zentrumsflügels waren seine politischen Stellungnahmen im allgemeinen von einem christlich-sozialen und nationalen Grundzug geprägt.

Wenngleich sich Dornhofer gesellschaftlich stets mehr von links als von rechts unter Druck gesetzt fühlte, wurde seine berufliche Laufbahn als Gewerkschaftssekretär ausgerechnet von der politischen Bewegung beendet, deren Bedeutung er wie so viele Zentrumspolitiker fatal unterschätzt hatte. Für Dornhofer bedeutete die Machtergreifung der Nationalsozialisten eine tiefgreifende Zäsur, da er durch diese seine Arbeit und somit seinen bisherigen Lebensmittelpunkt verlor. Als Gewerkschafter durch die Sozialisation im katholischen Arbeitermilieu geprägt, hatte sich auch der Politiker Dornhofer stets über seinen Beruf definiert. Offenen Widerstand mit all seinen Gefahren und Risiken wollten die christlichen Gewerkschafter im Gegensatz zu ihren kommunistischen Kollegen nicht leisten. Wichtiger erschien ihnen, das Regime zu überleben, um ihre politischen Ideen und Konzepte für eine Zeit nach Hitler zu bewahren.

In Verbindung mit der durch die Erlebnisse von 1918/19 geprägten, tiefsitzenden Angst vor dem Kommunismus dürfte diese zweite traumatische Erfahrung erklären, warum sich Dornhofer Ende der vierziger Jahre so energisch einer erneuten Absetzung, dieses Mal durch die Sozialisten, widersetzte und keinem Konflikt aus dem Wege ging, schon gar keinem ideologiegeleiteten. Wie viele seiner Parteikollegen war Dornhofer den persönlich erschütternden Erfahrungen zweier Diktaturen ausgesetzt. Nicht zuletzt die Verbitterung über den mehrfach zerbrochenen Lebensentwurf bestimmte den Tonfall der meist stark emotionalisierten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und die Einordnung des politischen Geschehens in den eigenen Lebenskontext.

Von der gesellschaftlichen Dominanz der katholischen Kirche auf dem Eichsfeld, die 1945 ein intaktes weltanschauliches Orientierungssystem anbieten sowie Trost, seelischen Halt und Sinndeutung für das Nachkriegselend spenden konnte, profitierte politisch vor allem Dornhofer. Als entschiedener Gegner und Verfolgter des NS-Regimes, der vor dem Hintergrund seiner Erlebnisse als zwangsverpflichteter Bauaufseher im Konzentrationslager Mittelbau-Dora kompromißlos „jede Art von Unterdrückung oder Vergewaltigung" verurteilte, galt Dornhofer als unanfechtbarer Interessenvertreter gegenüber den Besatzungsmächten und genoß in der Bevölkerung dementsprechendes Vertrauen.

Gemäß seiner bisherigen politischen und gewerkschaftlichen Laufbahn im Zentrum und in den Christlichen Gewerkschaften begeisterte sich Dornhofer für die Idee der Gründung einer interkonfessionellen christdemokratischen Partei, die seinem Ideal von einer Partei der Werktätigen entsprach. Wie bei vielen Politikern der ersten Stunde lag bei Dornhofer die Motivation für sein Engagement in den Erfahrungen der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches" begründet.

Der Zusammenbruch der NS-Diktatur schien dem Christdemokraten Dornhofer erneut die Chance für politisches Wirken zu geben. Es wirkte, als hätte die Erfahrung des totalitären NS-Regimes, der Widerstand gegen den gemeinsamen Gegner, ob passiv oder aktiv, alle politischen Kräfte in demokratischer Absicht zusammengeführt. Und zu dieser Zeit ließen sich vorerst auch noch Ansatzpunkte für eine demokratische Entwicklung in der SBZ finden. Die deutsche Teilung war noch nicht vollzogen, die politische und gesellschaftliche Struktur Mitteldeutschlands noch nicht grundverschieden von der im Westen. Man sprach noch miteinander, und selbst die sowjetische

Besatzungsmacht schien unentschlossen, welchen Weg sie in Deutschland beschreiten wollte.
Die Gründung der CDUD war für Dornhofer zugleich ein tiefgreifender persönlicher Einschnitt, da er durch diese ein neues Arbeitsfeld und somit einen neuen Lebensmittelpunkt erhielt. Dornhofer bot sich 1945 eine ungeheure Aufstiegschance, sowohl sozial als auch politisch. Nach der „Katastrophe" des „Dritten Reiches" sah er sich als Mitglied einer politischen Gruppierung, die nach seinen Vorstellungen eine bedeutende und führende Stellung innerhalb der Gesellschaft einnehmen sollte. Gleichzeitig bezog er seine neue Identität aus dem Bewußtsein heraus, innerhalb seines Parteimilieus eine lokal und regional anerkannte Rolle einzunehmen.
Dornhofers Wahlerfolge im Eichsfeld 1945/46 und die Übernahme zahlreicher Parteiposten markierten den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn. Zugleich stellte der Einzug in den Landtag für ihn eine weitaus größere Herausforderung dar als seine bisherigen Mandate. Eine Mehrfachbelastung, die seine physischen und vermehrt auch seine psychischen Kräfte überforderte. Über seine Tätigkeit auf Landesebene hinaus hatte Dornhofer keine weitergehenden politischen Ambitionen. Der milieuverankerten Grenzen seines politischen Aktionsradius zeigte er sich durchaus bewußt, zumal die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) seinen Handlungsspielraum von Beginn an massiv einengte. Bereits 1945 hatten die Sowjets den institutionellen Rahmen festgelegt, in dem sich die Parteien bewegen durften. Wie die Landesverwaltungen waren auch die Verwaltungsorgane auf Kreis- und Kommunalebene strikt an die Weisungen der Kommandanturen gebunden. Eigenständige Beschlußfassungen waren den Landtagen verboten.

## VII

Als Gründungsmitglied der CDUD, einer Partei, die nach der Zerschlagung des NS-Regimes christliche und demokratische Traditionen in der SBZ verkörperte, zeigte sich Dornhofer nicht bereit, die Errichtung einer neuen, dieses Mal kommunistischen beziehungsweise sozialistischen Diktatur widerstandslos hinzunehmen. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Ost-West-Konfrontation und gestärkt und ermutigt durch seine Wahlerfolge wuchs er in die Führungsrolle des Kampfes um die Selbstbehauptung der Eichsfelder Union hinein. Der Bruch mit den „fortschrittlichen", SED-konformen Kräften seiner Partei war somit vorprogrammiert, zumal

Dornhofer bis zum Ende seiner politischen Laufbahn auf der Eigenverantwortlichkeit der CDUD beharrte.
Dornhofers Möglichkeiten, sich gegen die Befehle und Anordnungen einer allmächtigen, nach ideologischen und machtpolitischen Motiven handelnden Besatzungsmacht zu stellen, waren allerdings gering und wurden von den Sowjets weitergehend gezielt und umfassend eingeschränkt. Dennoch blieb Dornhofer, der in der Blockpolitik, verbunden mit dem zwangsweisen Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED 1946 den Beginn einer neuen Diktatur begründet sah, in den Verhandlungen mit der SMA in Thüringen (SMATh) den demokratischen Grundsätzen seiner Partei treu. Weder Bestechungsversuche noch massive Drohungen zeigten bei ihm Erfolg. Zumindest bis zu seiner Absetzung als amtierender Landesvorsitzender gelang es Dornhofer, der sich aufgrund seines pluralistischen Demokratieverständnisses westlicher Prägung nicht dem Totalitätsanspruch der SED beugen wollte, die Partei auf dem Kurs der „alten" CDUD Kaisers zu halten, sie vor der drohenden Gleichschaltung zu bewahren und ihre demokratische Selbstbestimmung zu erhalten.
Dornhofer war Realist genug, die absolute Befehlshoheit der SMATh mit allen aus ihr folgenden Konsequenzen in den Verhandlungen auf den Kommandanturen als feststehende Tatsache anzuerkennen. Gemäß seiner normativen Politikauffassung verstand er sich als Mittler zwischen Parteibasis und Besatzungsmacht. In Anlehnung an Kaisers Brücken-Konzeption zeigte sich Dornhofers Wirken immer an einer Wiedervereinigung Deutschlands orientiert.
Dabei unterschätzte Dornhofer allerdings den Ost-West-Konflikt in seinen globalen Dimensionen, seiner Intensität und den Auswirkungen auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Wie Kaiser zeigte er wenig Gespür für den historischen Bankrott des deutschen Nationalstaats und die Chancen für dessen Renaissance nach 1945. Als Verfolgter der NS-Diktatur teilte er nicht die Schuldgefühle, die viele Politiker zu einer defensiven Haltung gegenüber den Siegermächten veranlaßten, sondern fühlte sich legitimiert, von den Sowjets eine Demokratisierung Deutschlands einzufordern. Mit seiner Weigerung, politische Realitäten zu akzeptieren, die elementaren deutschen Interessen widersprachen, ist Dornhofer als Vertreter jener Bevölkerungsteile anzusehen, die nicht alle Konsequenzen aus der Niederlage zogen.
Dornhofers erzwungener Rückzug aus der Landespolitik bildete den Auftakt für massive Eingriffe der Sowjets in die Befugnisse der Landesleitung. Noch vor der sogenannten Kaiser-Krise büßte die CDUD gegenüber den Sowjets beträchtlich an Terrain ein. Führende Unionsmitglieder zeigten sich von der Machtdemonstration der

SMATh tief beeindruckt und gaben ihren Widerstand gegen eine Gleichschaltung der Partei angesichts der sowjetischen Übermacht auf. Obwohl oder gerade weil sich Dornhofer in dieser Situation bewußt war, daß die SMATh aufgrund seines Bekenntnisses zu Kaiser auf dem zweiten Zonenparteitag seiner politischen Tätigkeit jederzeit ein endgültiges Ende setzen konnte, entwickelte er einen durch katholische Glaubenslehren bedingten Märtyrergeist.
Die entsprechende Rhetorik hatte Dornhofer von der Führung der Christlichen Gewerkschaften übernommen, die nach dem Ersten Weltkrieg ihre Mitgliedschaft zu einem eisernen „Märtyrergeist und Märtyrerwillen" aufgerufen hatte, um die Kämpfe der Weimarer Republik überstehen zu können. Das heroische Pathos in dieser Selbststilisierung zehrte dabei immer auch von der Leidens- und Verfolgungsgeschichte der Arbeiterschaft. Das Bild des oppositionellen Arbeiters als Leidensfigur diente als Referenz für die radikale Kritik an Bürgertum und Kapitalismus.
Diesem Vorbild eigener Anschauung folgend, verteidigte Dornhofer Ende der vierziger Jahre mit aller Kraft und allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Ämter, die ihm noch verblieben waren. Dem Eichsfeld sollte zumindest das katholische Milieu erhalten bleiben. Gemäß dieser Überzeugung weigerte sich Dornhofer beständig, das Amt des CDUD-Vorsitzenden im Landkreis Worbis niederzulegen – allen Drohungen der Sowjets zum Trotz. Seine politischen Gegner waren auf diese Weise gezwungen, sich weiterhin in aller Öffentlichkeit mit ihm auseinanderzusetzen.

## VIII

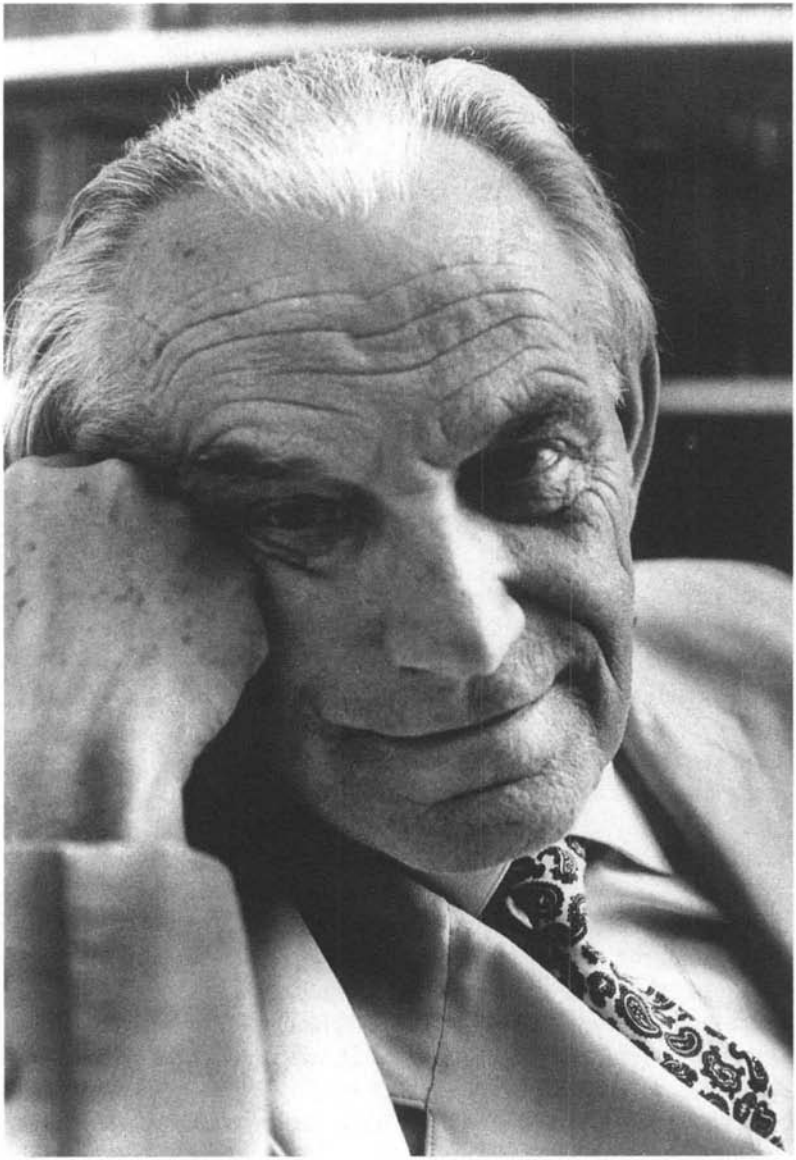
Der schließlich von den Sowjets erzwungene endgültige Rückzug Dornhofers aus seinen politischen Spitzenämtern auf Landes- und Kreisebene stellte nicht nur für die Christdemokraten des Eichsfeldes, sondern auch für Dornhofer selbst eine tiefgreifende Zäsur dar. Sein Hauptarbeitsfeld und Lebensmittelpunkt seit 1945, die politische Betätigung, über die er sich definierte, war ihm größtenteils genommen. Gegen die Allmacht der SMATh hatte er politisch nichts ausrichten können. Hierin teilte er das Schicksal der „alten" Union Kaisers. Unter Dornhofers Nachfolgern schwenkte die politische Führung des Eichsfeldes auf den „fortschrittlichen" Kurs der Landes- und Zonenleitungen um.
Trotz Dornhofers politischer Niederlage darf es nicht verwundern, daß dieser mit Stolz auf seine Arbeit als Kreisvorsitzender zurückblickte. Begünstigt durch die Dominanz des katholischen Milieus,

hatten die Eichsfelder Christdemokraten unter Dornhofers Führung den stärksten Kreisverband innerhalb der CDUD aufgebaut und, entsprechend ihres zahlenmäßigen Gewichts, die Parteipolitik auf Landes- und Zonenebene mitbestimmt. Zurecht bezeichnete Dornhofer das Eichsfeld als eine politische Säule der Union. Das Eichsfeld hatte Signalfunktion. Sein Votum galt für ganz Thüringen. Das Verhandlungsergebnis der anderen Kreisverbände mit den jeweiligen Kommandanturen richtete sich nach dem Urteil aus Heiligenstadt. Eine Leistung, die für Dornhofers handwerkliche Fähigkeiten im rauen Politikbetrieb der SBZ spricht. Ein Kriterium, an dem gemessen Dornhofer eine eindrucksvolle Figur abgegeben haben muß.
Nach dem von den Sowjets erzwungenen Rückzug aus seinen politischen Ämtern auf Landes- und Kreisebene markierte die Abweisung seiner Kündigungsschutzklage durch das Thüringer Arbeitsgericht wegen der von der Sozialversicherungsanstalt Thüringen initiierten Entlassung als Verwaltungsdirektor der Sozialversicherungskasse in Heiligenstadt für Dornhofer eine weitere tiefgreifende Zäsur. Neben seinem Hauptarbeitsfeld und Lebensmittelpunkt seit 1945, der politischen Betätigung, verlor er nun auch seine berufliche Existenz, über die er sich zusammen mit seinem gewerkschaftlichen und politischen Engagement stets definiert hatte.
Ähnlich wie Dornhofer durch die Weigerung, das Amt des Kreisverbandsvorsitzenden niederzulegen, seine politischen Gegner gezwungen hatte, sich öffentlich mit ihm auseinanderzusetzen, war Dornhofer auch mit diesem Fall in die Öffentlichkeit gegangen, um erneut die demokratische Scheinwelt des „sozialistischen" Regimes zu demaskieren. Gegen die Allmacht von SMATh und SED hatte Dornhofer jedoch mit juristischen Mitteln nichts ausrichten können, da seine Kündigung aus rein politischen Gründen erfolgt war. Die Sozialisten hatten ihr Ziel erreicht: Dornhofer zeigte sich politisch wie beruflich demontiert.
Mit der Aufgabe jedes politischen Engagements im Juli 1950 veränderte sich Dornhofers Persönlichkeit grundlegend. Sein Idealismus und Optimismus hatten schweren Schaden genommen und wichen einem melancholischen Pessimismus. Resigniert flüchtete er sich in das Traumland seiner Kindertage. Seine Umgebung, sonst penibel beobachtend und detailliert beschreibend, nahm er nur noch teilnahmslos wahr. Das entstandene Mißtrauen gegenüber den ehemaligen Vertrauten sollte zeit seines Lebens nicht mehr schwinden.
Ein Vergleich von Dornhofers Haft- und Prozeßschilderungen mit denen anderer Opfer zeigt, daß Dornhofers Fall nicht singulärer Natur war, sondern zur politischen Praxis der SED in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren zu zählen ist. Ganz gleich, ob

Christdemokrat oder Sozialdemokrat, unzählige Oppositionelle, die sich der sozialistischen Diktatur verweigerten, wurden systematisch verfolgt, verhaftet, gefoltert und in einem politisch inszenierten Schauprozeß zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt. Dornhofer sah sich zum zweiten Mal in seinem Leben als Opfer eines totalitären Systems, das ihn allein aus dem Grund verfolgte, weil er offen für seine demokratische Überzeugung eintrat.
Anders als der überwiegende Teil politischer Gefangener wollte Dornhofer nach seiner Freilassung nicht in den Westen fliehen. Familiäre Bindungen hielten ihn zurück. Innerlich getrieben von seiner Märtyrermentalität, sollte er bis zu seinem Tode in Heiligenstadt ausharren. Seit der Niederlegung seiner Ämter und Mandate desinteressiert an der weiteren politischen Entwicklung, zog er sich ganz in die Privatheit zurück.

## IX

Dornhofers Verdienst besteht vor allem darin, daß es ihm gelungen ist, die demokratische Scheinwelt des „sozialistischen" Regimes zu demaskieren, dessen „führende Rolle" in der vollständigen Unterordnung anderer Parteien und Organisationen, aber auch im Fälschen von Wahlergebnissen ihren Ausdruck fand. Durch sein widerständiges Verhalten hat Dornhofer sowohl SED als auch SMAD gezwungen, sich als Feinde einer demokratischen Ordnung westlicher Prägung zu erkennen zu geben – ein zumindest moralischer Erfolg. So beeindruckt Dornhofer besonders durch die ausgeprägte ethische und politische Verantwortung, mit der er sein Engagement in der CDUD betrieb. Seine Haltung zeugt von derselben Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit, die auch sein politisches Leben insgesamt auszeichnete. Es bleibt erkennbar, daß selbst unter einem ausgefeilten System der Repression menschliches Leben nicht schlechterdings sinnlos war.
Dornhofers Widerstand gegen die SED reiht sich somit in die demokratischen Traditionen Deutschlands ein, die sich oftmals erst dann bewähren, wenn Menschen selbst unter hoffnungslos erscheinenden Bedingungen von Diktatur und totalitären Regimen für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eintreten. Ähnlich wie bei seinem großen Vorbild Jakob Kaiser fördern Dornhofers Tagebuchaufzeichnungen eine Kontinuität des Denkens und Handelns zutage, die mit den Stichworten des Essener Kongresses der Christlichen Gewerkschaften aus dem Jahre 1920 angedeutet werden kann: deutsch, christlich, demokratisch, sozial.



# Alois Dempf (1891–1982)

Alois Dempf war ein international bekannter Philosoph, ein christlicher Demokrat und eine markante Persönlichkeit der katholischen Erneuerungsbewegung im 20. Jahrhundert. Der politisch denkende Philosoph, der für sein Philosophieren die Bezeichnung „christlich" bejahte, war ein bedeutender deutscher Katholik, wie sich besonders in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und vor dem Machtantritt Hitlers zeigte. Er war wie Carl Muth, Romano Guardini, Josef Bernhart, Hermann Platz, Theodor Abele, Peter Wust, Theodor Haecker und andere ein Vertreter des „Renouveau Catholique", profilierte sich als Kultur-, Geschichts-, Religionsphilosoph und als Lehrer der metaphysisch gründenden Menschenlehre. Zugleich trat er in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hervor.
Seine Haltung zum kirchlichen Symbolon war konsequent vom Glauben getragen, der aber sein Genüge nur in einer universalen Weite ursprünglicher Katholizität fand. Er suchte die complexio oppositorum, indem er die gesamte Geistesgeschichte auf ihr verborgenes Menschen-, Welt- und Gottesbild hin – unter Berücksichtigung der naturwissenschaftlichen Weltbilder – durchleuchten wollte, um ihr Wahres heimzuholen in die überzeitliche Ordnung einer metaphysischen Synthese. Dempfs Persönlichkeit war durch Merkmale geprägt, welche die Pioniere der damaligen deutschen und europäischen Erneuerungsbewegung auszeichneten: Ein Festhalten an der übernatürlichen Offenbarung und eine kühne Offenheit für die Fragen der Zeit. Die großen geistigen Traditionen wurden großzügig und kritisch verarbeitet. Dempf hielt an der Notwendigkeit letzter überzeitlicher Seinsaussagen fest, deren Auswirkungen in Vergangenheit und Gegenwart er in metaphysischer Absicht auf zukünftige Aufgaben zu untersuchen trachtete.

## I

In dieser Weite ist er von dem Würzburger Theologen und Philosophen Herman Schell (1850–1906) geprägt worden. Geistige Positionen Schells wurden zur lebensverändernden Grundeinsicht führender Persönlichkeiten. Man kann an Muth denken und die von ihm aus-

gelöste „Literarische Bewegung", die im Verbund mit den Autoren seiner Zeitschrift „Hochland" eine glanzvolle Phase des „Kulturkatholizismus" ermöglicht hat. Unter den bereits genannten Namen finden sich solche, die im Zusammenhang mit Alois Dempf hervorgehoben werden müssen und einer weiteren Öffentlichkeit nicht immer bekannt sind. So ist hier Theodor Abele (1879–1965) zu nennen, einer der großen Anreger der katholischen Erneuerungsbewegung. Er war Germanist, begnadeter Pädagoge, Herausgeber von Zeitschriften und Lesebüchern für höhere Schulen, während sein Lebensfreund Hermann Platz (1880–1945) für den geistigen Austausch mit Frankreich im Zeichen der europäisch-abendländischen Versöhnung wahrscheinlich mehr bewirkt hat als Ernst Robert Curtius, der ihn 1920 als Honorarprofessor für Romanistik an die Universität Bonn holte.

## II

Alois Dempf wurde am 2. Januar 1891 in Altomünster geboren als Sohn von Mathias Dempf (1860–1931) und Maria Anna Dempf, geb. Mair, verwitwete Dallmair (1855–1934), die eine Gerberei, Posthalterei und ein bäuerliches Anwesen bewirtschafteten. Die bodenständige Herkunft Alois Dempfs war für die nüchterne und lebenspraktische Grundhaltung seiner Persönlichkeit prägend. Von der Tradition barocker Volksfrömmigkeit bestimmt, herrschte in der Familie ein der Bildung geneigter, im guten Sinne freier Geist. So besuchte Dempf seit 1901 das Gymnasium in Schäftlarn. Das Abitur legte er in Freising ab.

Früh wurde er durch den Geistlichen Josef Funk (später Domkapitular in Augsburg), den Freund seines ebenfalls geistlichen Onkels, auf den Theologen und Philosophen Herman Schell hingewiesen, und durch das Studium von dessen Schriften zunächst für die Theologie, dann für die Philosophie gewonnen. Funk schlug dem jungen Dempf vor, an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck zu studieren. Doch nach dem Abschluß des Philosophicums brach dieser das Theologiestudium ab. Er hielt die in Innsbruck gelehrte Neuscholastik für unzureichend, weil man – ohne den deutschen Idealismus zu studieren – nicht Philosophie betreiben könne. Dempf studierte zunächst sieben Semester Medizin an der Universität München. Die Anregungen Schells überlagerten jedoch dieses Studium.

Ihn beeindruckte Schells kulturtheologisches und -philosophisches Programm: Die Katholizität der Kirche als das zum Heil und zur Klärung kultureller, gesellschaftlich-politischer Probleme führende

Prinzip des Fortschritts zu verstehen. Fortschritt ist geschichtstheologisch im augustinischen Sinne zu sehen, nämlich aus systematischer Tiefe, dicht an der Heiligen Schrift erfaßt, um Wesen und Heilsbedingungen des personalen Menschen zu verstehen. Dessen anthropologische Seinsordnung ist nicht nur philosophisch-theologisch, sondern auch im Kontext der Entwicklungen der Naturwissenschaften zu durchdenken. Dabei ist seine gesellschaftliche Struktur – auch im Hinblick auf wirtschafts-, sozial- und arbeitsrechtliche Fragen – zu erforschen.

## III

Die realen Probleme der Zeit sind nur aus einer theozentrischen Sicht heraus zu lösen. Für Schell, den trinitarisch denkenden Theologen des Heiligen Geistes, verband sich mit dieser Sicht die Forderung nach einer dynamischen Erneuerung der Gesellschaft im Sinne eines christlichen Personalismus. Dabei dürften keine Bereiche ausgeschlossen bleiben, auch nicht das Gespräch mit Andersdenkenden. Insofern zielte Schell auf die Jugend und die christliche Aktivität von Laien. Das waren Anstöße an die führenden Vertreter der Jugendbewegung, insbesondere des Quickborn, zu dem auch Dempf stoßen sollte. Von Schell ging eine Laienbewegung aus, in der sich Dempf profilierte. Sie ist mit der Liturgischen Bewegung verbunden, aber auch mit dem Entstehen des Katholischen Akademikerverbandes. Der Kreis, der sich ab 1903 um den in Straßburg Germanistik und Geschichte studierenden Theodor Abele und um den in Münster studierenden Hermann Platz bildete, umfaßte nachmals berühmte Persönlichkeiten, darunter Heinrich Brüning, später Reichskanzler, und Paul Simon, Philosoph in Tübingen und Paderborn. Unter der Ägide von Abele und Platz entstand in diesen Jahren durch Mitarbeit in lothringischen Pfarreien – im Anschluß an die französisch-belgische Liturgie-Erneuerung – ein liturgischer Arbeitskreis im Zeichen von Herman Schell.

An diesem wirkte von Anfang an der luxemburgische damalige Rechtsanwalt in Metz, Robert Schuman, der spätere französische Außenminister, mit, dessen europäische Perspektiven sich schon damals abzeichneten. Schuman war an der Initiative der Liturgischen Bewegung, zunächst in Beuron und dann in Maria Laach, beteiligt, und begründete den „Verein akademisch gebildeter Katholiken", d. i. der „Katholische Akademikerverband", 1912/13 in Maria Laach mit. Diese europäisch-abendländische Sicht teilte auch der später hinzutretende Alois Dempf, der mit Brüning eng befreundet war. Dempf

suchte schon als Student seine eigene Konzeption für eine christliche Philosophie zu begründen.
Während seines Studiums in München lernte er seine zukünftige Frau Maria Theresia Jütte kennen, die dort und später in Berlin Mathematik studierte. Sie trafen sich in der politisch und konfessionell offenen Studentenvereinigung „Freie Vereinigung". Dort begann auch die Lebensfreundschaft mit Karl Merke, später Pfarrer in Interlaken und Basel. Merke sollte später für Dempf noch Bedeutung haben, weil er die gegen den Nationalsozialismus gerichtete, 1934 unter dem Pseudonym Michael Schäffler verfaßte Schrift Dempfs „Von der Glaubensnot der deutschen Katholiken" in Zürich veröffentlichte, wohin sie Karl Barth von Bonn aus geschmuggelt hatte.
Im Ersten Weltkrieg diente Dempf als Feldunterarzt bei einem Armierungsbattaillon an der Ostfront. Er hatte Zeit, sich mit den Werken der großen Philosophen zu beschäftigen. Nach Kriegsende war er entschlossen, sein Leben der Philosophie zu widmen.

## IV

In seiner 1915 veröffentlichten ersten Schrift „Die deutsche Idee" geht es Dempf um die Lösung einer für die deutsche christliche Philosophie grundlegenden Frage, die nicht nur Herman Schell und vorher schon den christlichen Spätidealismus im Gefolge Schellings bewegt hat: Wie ist eine kritische Synthese echten Christentums, insbesondere auch des Katholizismus, mit den Leistungen der Philosophie seit Kant und dem neuen naturwissenschaftlichen Weltbild möglich? Der Weg des Modernismus war für Dempf ausgeschlossen. Eine rein geschichtlich ansetzende Relativierung des christlichen Symbolons lehnte er ab. Dempf zielte auf eine neue Synthese, welche die griechisch-lateinische Antike, den Universalismus des germanisch-lateinischen Mittelalters, den der Spätscholastik, der Renaissance und der Spätromantik, aber auch die Geistesleistung des Deutschen Idealismus korrigierend in sich einbegreifen möchte. Dempf strebte nach einem vertieften Gottes-, Menschen- und Weltbild, dessen universaler Charakter die dynamische Weiterentwicklung der philosophia perennis sei. Diese müsse sich in einer neu zu erarbeitenden Metaphysik vollenden und die geistigen und naturwissenschaftlichen Fragen der Gegenwart umschließen. Das sind schon um 1915 Perspektiven, die das kommende Lebenswerk Dempfs immer differenzierter prägen werden. Die Metaphysik sei der Schlüssel zu einer einheitlich erfaßten Kulturordnung der Völker auf dem Wege zu einer übernationalen Weltkultur (das schrieb er im Ersten

Weltkrieg!), die nur durch eine gesellschaftliche, politisch-staatliche Verwirklichung im tathaften Vollzug erreicht werden kann.
1918 begann Alois Dempf das Philosophiestudium an der Universität München, 1919 heiratete er Maria Theresia Jütte. Das mittellose Paar lebte zunächst auf dem elterlichen Hof in Altomünster, wo sich Dempf an der Landwirtschaft beteiligte. Dort wurden noch vor Ende des Studiums die drei Kinder Felicitas (1920), Otti (1921–1947) und Rainer (1922) geboren. Alois Dempf eignete sich die Grundprobleme aller bedeutenden Philosophen an – stets gegenwartsbewußt, die großen Zeitprobleme vor Augen – und auf der Suche nach einer realistischen und kritisch-metaphysischen Synthese, die alle großen Denkleistungen auf ein kritisches Menschenbild hin zusammendachte. Dabei stieß er unter besonderer Berücksichtigung Kants und Hegels in neuer Sicht auf Thomas von Aquin, auf die große Leistung der patristischen und mittelalterlichen Synthese, die er in ihrer axiomatischen Grundstruktur durchleuchtete. Dies geschah, um sie für eine umfassende, alle Bereiche des Wirklichen, Menschlich-Gesellschaftlichen, also auch Geschichtlich-Faktischen, struktural umfassende theozentrische Metaphysik zu erschließen – ein Lebensziel, an dem er seitdem gearbeitet hat.

## V

1921 schloß Dempf sein Studium mit der Promotion ab. Seine Dissertation „Der Wertgedanke in der Aristotelischen Ethik und Politik" hatte er dem Philosophen Clemens Bäumker vorgelegt. Dempf beweist hier seine innere Nähe zur praktischen Philosophie: zur Ethik und zur Politik. Er stand zeit seines Lebens mit führenden Politikern und Politikwissenschaftlern in Verbindung, so neben dem Freund Heinrich Brüning mit Luigi Sturzo, dem Begründer der Partito Popolare Italiano (PPI), dessen Schrift „Italien und der Fascismus" (Köln 1926) Dempf ins Deutsche übersetzte, und später mit Eric Voegelin.
Wohl schon 1913 wurde Carl Sonnenschein auf Dempf aufmerksam. Er zog ihn wie viele andere, so nach dem Ersten Weltkrieg auch Brüning, fördernd heran und machte ihn mit Platz bekannt. Dieser lud ihn am Dreifaltigkeitssonntag 1914 zu einem unvergeßlichen Treffen des Schellkreises in seinem Düsseldorfer Haus ein. Der Meisterschüler Schells, Dr. Hugo Paulus (1878–1951), dem eine wissenschaftliche Laufbahn versagt blieb, hielt einen Vortrag über seinen Lehrer vor den Teilnehmern, darunter Platz, Brüning, Abele, Franz Xaver Münch und Dempf. Doch erst gegen Ende des Ersten

Weltkriegs trat Dempf dem Schellkreis bei und schrieb seine philosophisch-religiösen Auffassungen nieder.
Der Schellkreis begründete 1912 in Düsseldorf den Katholischen Akademikerverband, ging aber in seinen eigenen Zielen nicht in diesem auf. Brüning und Dempf traten als christliche Humanisten für die Verwirklichung des ökumenischen Gedankens ein, dem sich der Schellkreis von Anfang an verschrieben hatte. Diese Gruppe umfaßte inzwischen als „Werl-Soester-Kreis" um Abele und Platz mehr als neunzig Persönlichkeiten, die innerhalb des Katholizismus eine einflußreiche Rolle spielten. So kam es zu einer Verbindung zu den Lebenszentren nicht nur des deutschsprachigen Katholizismus, sondern darüber hinaus mit italienischen und französischen Intellektuellen. Diese Verbindung gab es auch zum Freundeskreis um Carl Muth und das „Hochland", aber auch zum „Quickborn" und zur Burg Rothenfels. Hermann Platz war es, der nicht nur Dempf, sondern auch Guardini (1920) erstmals mit Burg Rothenfels bekannt machte. Diese Gruppe suchte auch politischen Einfluß auf die Zentrumspartei zu bekommen und Brücken zum „Volksverein für das katholische Deutschland" zu schlagen.

## VI

Durch seine nun in rascher Folge entstehenden großen Arbeiten wurde Alois Dempf mehr und mehr über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus bekannt, zumal seine Kulturphilosophie im Ansatz europäisch war und die typologische Verarbeitung der außereuropäischen Kulturen und Philosophen miteinschloß.
In Altomünster verfasste er ein umfangreiches Werk „Weltgeschichte als Tat und Gemeinschaft – eine vergleichende Kulturphilosophie", das 1924 in Halle erschien. Als Motto setzte er den Ausspruch von Giambattista Vico, „Gleichförmige Ideen bei ganzen Völkern, die untereinander sich nicht bekannt sind, müssen ein gemeinschaftliches Motiv des Wahren haben" (1725), der auch für Dempfs Kulturverständnis von zentraler Bedeutung war. Hier schlägt er ein Thema an, das er später immer wieder aufnehmen wird: Es gelte, alle geschichtlichen Kulturformen auf primäre Tätigkeiten des ontologischen Menschenwesens zurückzuführen, die den ursprünglichen Gehalt der Menschheitsgeschichte ausmachen. Die ontologische Sicht des Menschen ergibt apriorische Formen des Gemeinschaftslebens, eine soziale Anthropologie, welche die Grundlage jeder vergleichenden Soziologie sein muß. Dempf durchschreitet in seiner Untersuchung elf geschichtliche Kulturkreise. Die

Gesetzlichkeit dieser Kulturen darf nicht hegelianisch als Ausdruck eines sich objektivierenden Gesamtgeistes mißdeutet werden, sondern ist ein Gemeinschaftswerk von eigenständigen Personen, deren metaphysische Strukturen sich in diesem auswirken. Die erarbeiteten Kategorien einer wissenssoziologischen Erfassung wendet Dempf schon ein Jahr später auf das Mittelalter an. 1925 erschien „Die Hauptform mittelalterlicher Weltanschauung". Dafür arbeitete er sich in die Patristik und die mittelalterliche Philosophie und deren Geistigkeit ein.

Im Januar 1926 habilitierte sich Dempf bei dem Philosophen Adolf Dyroff an der Universität Bonn, da der zuständige Ordinarius für Philosophie in München, Josef Geyser, an der Habilitation Dempfs nicht interessiert war. Dempf zog mit der Familie nach Bonn. Die Habilitationsschrift „Das Unendliche in der mittelalterlichen Metaphysik und in der Kantischen Dialektik" erschien bereits 1926 in Münster. Dempf verwies auf die Parallelen zwischen Thomas von Aquins analogisch antinomischer Auffassung vom Anfang der Welt und der dialektisch antinomischen kosmologische Lehre bei Kant, um das Verhältnis zwischen transzendentaler Methode und Metaphysik des Realen zu klären: Er sieht sowohl im formalen und normativen Apriori Kants als auch im theologischen Apriori von Augustinus eine strukturale Gemeinsamkeit, die jedoch bei Thomas von Aquin in seiner Lehre des ontologischen Apriori und seines Aufleuchtens im intellectus agens und possibilis (in der tätigen und vermögenden Vernunft) aufgehoben sei. Dempf vertritt die These, daß eine vollständige, metaphysisch gründende Menschenlehre sich nur im Miteinander einer apriorisch-transzendentalen und einer aposteriorischen, den objektiven Wesenheiten erschließenden Methode, herauszuarbeiten sei. Die Verschränkung der morphologisch-realistischen und der transzendentalen Sichtweise ist ein für das Dempfsche Oeuvre grundlegendes methodisches Prinzip.

Wegen seiner Kompetenz für die Geistesgeschichte des Mittelalters und die Kulturphilosophie wurde Dempf eingeladen, drei Bände für das von Manfred Schröter und Alfred Bäumler herausgegebene „Münchner Handbuch für Philosophie" (München-Berlin) zu verfassen. 1927 erschien zunächst die „Ethik des Mittelalters". Dempf zeigt, wie sich von der personalen Ethik der Evangelien und ihrer patristischen Weiterentwicklung bis zum Mittelalter ein immer größerer Reichtum zum lebendigen Ganzen einer Systematik ausfaltet, die in sich Seelenform, Weltordnung und Gotteslehre zusammenfaßt. Typologisch sind innerhalb dieser Gesamtstruktur drei Gattungen ethischer Ausrichtung zu unterscheiden: die symbolische, die teleologische und die metaphysische Ethik der deutschen Mystik

Meister Eckharts bis zu Nikolaus von Kues. 1958 ist in Madrid eine Übersetzung ins Spanische erschienen.

## VII

1929 folgte das monumentale Werk „Sacrum Imperium. Geschichts- und Staatsphilosophie des Mittelalters" (München-Berlin), das Dempf international bekannt machte. Es wurde 1934 (Messina-Milano) ins Italienische übersetzt. Alois Dempf war ein Gegner der „Reichsideologie", wie ein Artikel im „Hochland" „Das dritte Reich, Schicksale einer Idee" (1931) beweist. In „Sacrum Imperium" wird nicht nur in geistes- und geschichtsphilosophischer Weise ein Begriff vom politischen Bewußtsein des Mittelalters und der Renaissance in seinen Stufen herausgearbeitet, sondern es werden auch Kategorien für eine allgemeine Kulturphilosophie entwickelt. Die Formen eines politischen Katholizismus – auch in seinem originären Verständnis von Demokratie – werden deutlich profiliert, in klarer Distanz zu den aufgeklärten revolutionär-liberalen Konzeptionen der Neuzeit von Freiheit und Staatsverfassung.
1930/31 erhielt Dempf einen Lehrauftrag für Rechts- und Staatsphilosophie. Im gleichen Jahr folgte als nächster Band für das „Münchener Handbuch der Philosophie" „Metaphysik des Mittelalters". Dempf stellte gegenüber der zeitgenössischen Philosophie heraus, daß das Mittelalter das Zeitalter der Metaphysik schlechthin sei, wenn man unter „Metaphysik" die Lehre von dem prinzipiell Unerfahrbaren, von dem Transzendenten, also durchaus im kantischen Sinne von den drei Ideen: Gott, Seele und Welt versteht. Wegen seiner geistesgeschichtlichen Folgen verdiene das Mittelalter hohe Beachtung. Dempf verfolgt seine typologisch-systematische Methodik in fünf Abschnitten, bezogen auf Aurelius Augustinus Begründung der Theozentrik, auf Johannes Eriugena und die Metaphysik der Karolingerzeit, auf Anselm von Canterbury und die Metaphysik des 12. Jh., Thomas von Aquin und die Metaphysik des 13. Jh., Meister Eckhart und die Metaphysik des 14. Jh. Keinesfalls dürfe die Spätscholastik als Verfallszeit gedeutet werden. Dempf schlug auch für liberale Kreise eine Brücke zum Verständnis des Mittelalters.
Dempf wurde im Oktober 1932 zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor für Philosophie ernannt. 1932 erschien seine „Kulturphilosophie" für das „Münchener Handbuch der Philosophie". In diesem ausgereiften Werk wird der systematische und zugleich geistesgeschichtliche Ansatz bis in die Feinheiten erkennbar. Er umfaßt eine Unsumme von Erkenntnissen, Urteilen und eine typologische

Zusammenfassung der Geistes-, Sozial- und der politischen Ideengeschichte, die das Zentrum der Dempfschen Metaphysik und Menschenlehre erkennen lassen. Sowohl mit dem Marxismus-Leninismus als auch, ebenso kritisch-ablehnend, mit dem diktatorischen, totalen Führerstaat des Faschismus – und damit auch des Nationalsozialismus – setzte sich Dempf eindeutig auseinander: eine Kritik, die berühmtere Autoren damals vermissen ließen.
„Sacrum Imperium", „Metaphysik des Mittelalters" und „Kulturphilosophie" machten ihn bekannt. Sie zwangen z. B. die Patristiker und Mediävisten, insbesondere der Theologie und Philosophie, z. T. auch Historiker, entweder über eine bloß doxographische vorgehende, exakte Vorgehensweise der Interpretation hinauszugehen oder mindestens ihr methodisches Rüstzeug kritisch zu überprüfen. Dazu mußte man die Dempfsche typologisch-strukturell vergleichende Geistesgeschichte auch mit ihrem philosophisch-dogmengeschichtlichen Kontext erst einmal erarbeiten. Dies war für manche eine Zumutung, der sie sich entzogen. Die Systematik der mittelalterlichen Summen, philosophisch gipfelnd in der für die Theologie geöffneten Metaphysik als Wirklichkeitslehre, sah Alois Dempf in Thomas von Aquin exemplarisch erreicht – als ein nicht nur zeitbedingtes Beispiel für sein eigenes, weit darüber hinaus gehende Ziel einer philosophischen Wirklichkeitssynthese. Doch unterschätzte er nicht die bedeutenden Leistungen der späteren Scholastik und natürlich der folgenden Philosophie bis in unser Jahrhundert.
Er sah die Aufgabe, auch von der Bewußtseinsstellung (Paul Yorck von Wartenburg) der Gegenwart her zu einer umfassenden Zusammenschau zu gelangen, obwohl er wußte, daß die keineswegs in allem vorbildliche Geschlossenheit des mittelalterlichen Gottes-, Menschen- und Weltbildes seit der Neuzeit nicht mehr zu erreichen ist. Aber Aufgabe des kritisch-realistischen Philosophen sollte es sein, bei allem Widerstreit auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung die Konvergenzen aufzudecken, die sich in Entsprechung zu einem vielfältig geschichteten Menschenbild typologisch strukturieren lassen.
Dempfs Leistung beeindruckte nachhaltig. Schon das Pensum des breiten Quellenstudiums machte erstaunen. Er gab neue wegweisende Perspektiven und war ein von Intellektuellen und Kulturpolitikern geschätzter Analytiker der geistigen Situation der Zeit, die er auch mit den Mitteln der geisteswissenschaftlichen Soziologie beurteilte. In seinem Werk „Görres spricht zu unserer Zeit" (Freiburg i.Br. 1933) zeigte er – nicht nur gegen den nationalsozialistischen Ungeist –, daß Görres ein umfassender Denker war, der seinen romantischen Sytemansatz überwunden hat, ebenso die Versuchung einer totalen

politischen Weltanschauung, und zu einer objektiven Ordnung durch die Anerkennung ihrer Rangstufung aufsteigend zum philosophisch-theologischen Primat Gottes und seines übernatürlichen Reiches gelangte. Dempf war zu Prognosen fähig, die sich oft bestätigten, besonders gilt dies vom Nationalsozialismus, mit dem er sich mit seinem Buch „Meister Eckhart. Eine Einführung" (Leipzig (1934) anlegte. Für Dempf war Eckhart der mystische Realist, der durch die Gefühlstiefe und zugleich hochspekulative Durchdringung der personalen inneren Erfahrung den Ansatz für die metaphysische Urgrund-Erkenntnis herausgebildet hat. Hellsichtig wandte sich Dempf in „Kierkegaards Folgen" (Leipzig 1935) gegen den gefährlichen, philosophie- und metaphysikfeindlichen Irrationalismus der damaligen Zeit, der sich auf einen mißverstandenen Kierkegaard stützte.
Sein Heranziehen von Dilthey, Ernst Simmel, Ernst Troeltsch, so wie der Wissenschafts-, Kultur-, Rechts- und Religionssoziologie, wie sie von Max Scheler, Max Weber, Joseph Schumpeter, Rudolf Sohm und Erik Peterson entwickelt wurden, gab Dempf nicht nur unter den katholischen Theologen, Philosophen, Soziologen, Historikern, Literaten eine sehr geachtete, wenn auch nicht immer unkritisierte Stellung, die in einigen Bereichen auch eine Art Meinungsführerschaft bedeutete.

## VIII

Die Ansätze des Schellkreises, zu dessen herausragenden Mitgliedern Alois Dempf öffentlich sichtbar gehörte, schlossen den Katholischen Akademikerverband ein, der sich bis 1933 über das Deutsche Reich ausdehnte und am religiös-kulturellen Wiederaufbruch wesentlichen Anteil hatte. Die Wendung zu einer mehr soziologischen Ausrichtung, die von einer leitenden Minderheit des Verbandes unter dessen Generalsekretär Franz X. Landmesser ausging, hatte zu einer Distanzierung seitens des ursprünglichen Gründerkreises geführt, weil die neue Ausrichtung nicht mehr mit der bisherigen objektiven, naturrechtlich orientierten und liturgisch-theologischen Zielsetzung zu vereinbaren war. Auch lehnte Dempf in Übereinstimmung mit anderen Mitgliedern des Schellkreises das Vorhaben Landmessers und des Abtes Ildefons Herwegen (Maria Laach) ab, einer begrenzten kritischen Mitwirkung an der neuen Reichsordnung unter Hitler das Wort zu reden.
Der Werl-Soester Kreis begründete 1933 auf Grund der Initiative Abeles, unterstützt vom damaligen Generalsekretär des Volksvereins, Johannes Joseph van der Velden, unter Mitwirkung Dempfs

eine Zeitschrift „Das Wort in der Zeit", die eine Antwort auf den Nationalsozialismus sein sollte. 1938 wurde sie unterdrückt.
Hervorzuheben ist Dempfs Mitwirkung an der von Hermann Platz begründeten, mit anderen bekannten Persönlichkeiten herausgegebenen europäisch-christlich-demokratisch orientierten Zeitschrift „Abendland. Deutsche Monatshefte für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft" (1925–1929). Mitherausgeber neben Platz waren die Nestoren der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Theodor Brauer und Götz Briefs, die Verbindung zum „Volksverein für das katholische Deutschland" hatten. Nach außen nicht sichtbar, spielte Alois Dempf, der auch eine Reihe von Beiträgen lieferte, auf Wunsch seines Freundes Platz eine große redaktionelle Rolle. So kam er in Kontakt mit einem weiten Kreis internationaler Persönlichkeiten wie dem Begründer der christlich demokratischen Partei Italiens, Luigi Sturzo, dem österreichischen Bundeskanzler Ignaz Seipel, dem deutschen Reichskanzler Heinrich Brüning und zahlreichen weiteren Persönlichkeiten, auch aus der Tschechoslowakei, Frankreich und England.
Die internationale Wirkung Dempfs beweisen die Übersetzungen seiner Hauptwerke in mehrere Sprachen. Seine Wirkung ging weit über die katholische Intelligenz hinaus. Dempf stand, wie auch andere prominente Katholiken, klar zur Weimarer Verfassung. Es gab Verbindungen zu wichtigen Politikern nicht nur des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, sondern auch zu christlich-demokratischen Politikern in Italien, Spanien und Frankreich.
Dempf und sein Freundeskreis waren mit dem Volksverein verbunden, so mit dessen Generalsekretären Dr. Wilhelm Hohn und Dr. Johannes J. van der Velden, dem späteren Bischof von Aachen, ferner mit August Heinrich Berning, Dr. Friedrich Kühr, Dr. Heinrich Rommen u. a. In Zusammenarbeit mit ihnen und anderen, so Gustav Gundlach, von Nell-Breuning, Briefs, Franz H. Mueller, bildete sich nach dem Zusammenbruch des Volksvereins zum einen der Königswinterer Kreis, in dem unter der Ägide von Gundlach und Nell-Breuning die Grundlagen der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno" (1931) erarbeitet wurden. Zum andern förderte van der Velden den Werl-Soester Kreis, der sich um Abele bildete, darunter Dempf als führendes Mitglied. Die Initiativen dieses Kreises wurden nach und nach vom Nationalsozialismus unterdrückt. Fast alle Teilnehmer, so auch Dempf, hatten Verfolgung zu erleiden.

Alois Dempf war durch seinen von Mussolini nach England ins Exil getriebenen christdemokratischen Freund Don Luigi Sturzo, mit dem er lebenslang in Verbindung stand, über den Faschismus und den verwandten Nationalsozialismus nachdrücklich ins Bild gesetzt worden. So warnte Dempf 1933 rechtzeitig aber vergeblich, zusammen mit seinem Freund Hermann Joseph Schmitt, Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli über dessen Sekretär Robert Leiber SJ vor dem Abschluß des von Franz von Papen betriebenen Reichskonkordates. 1934 reiste er mit Schmitt nach Rom. Bereits in seiner Vorlesung „Geschichte der mittelalterlichen Philosophie (Augustin, Anselm, Thomas, Ekart)" im Wintersemester 1932/33 in Bonn hat sich Dempf öffentlich mit dem Nationalsozialismus angelegt. Er nahm mit Hermann Platz (in dessen Haus die redaktionelle Arbeit stattfand) – unterstützt von Karl Barth, Wilhelm Neuß (dem das Verdienst der Initiative zukam), und Bischof Clemens August Graf von Galen von Münster – den Widerstand gegen Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" in einer erfolgreichen und riskanten Aktion auf. Die für die evangelischen und katholischen Pfarrer bestimmte Gegenschrift erreichte eine Auflage von 200.000 Exemplaren.

Seine heute fast unbekannte Schrift, die unter dem Pseudonym Michael Schäffler mit Hilfe von Karl Barth 1934 in der Schweiz unter dem Titel „Die Glaubensnot der deutschen Katholiken" erschien, rechnet mit Hitler und dem Nationalsozialismus in Schärfe und Klarheit ab, verteidigte den deutschen Katholizismus und deckte zugleich schonungslos Schwächen auf. Dempf wies die bedeutungslosen reichsideologischen Aktionen des Kreises um Franz von Papen zurück und tadelte den ansonsten hochverdienten Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, so wie den Katholischen Akademikerverband für seine politische Naivität, auf Papen hereinzufallen. Die deutschen Bischöfe mahnte er (mit einigen Ausnahmen), endlich klare Worte zu sprechen. Die Folgen bekam Dempf bald zu spüren. Seine Nachfolge auf den Lehrstuhl für Philosophie in Bonn von Adolf Dyroff wurde 1934 und 1935 von dem NSDAP-Ideologen Alfred Rosenberg vereitelt. Ebenso konnte er 1936 einem Ruf an die Universität Breslau nicht folgen.

Dempf nutzte die Jahre innerer Emigration zur Arbeit an weiteren Werken. „Christliche Staatsphilosophie in Spanien" erschien 1937 in Salzburg (Madrid 1960), im gleichen Jahr die Monographie „Religionsphilosophie" (Wien). Das Buch „Christliche Philosophie. Der Mensch zwischen Gott und der Welt" (Bonn 1938 und 1952) bietet

Laien einen Zugang zu seiner Philosophie. 1942 veröffentlichte Dempf in Kolmar eine Darstellung des bedeutenden Kirchenhistorikers „Albert Ehrhard. Der Mann und sein Werk in der Geistesgeschichte um die Jahrhundertwende".

## X

1937 kam der scheinbar erlösende Ruf an die Universität Wien auf den erledigten Lehrstuhl von Moritz Schlick, dem Haupt des neupositivistischen „Wiener Kreises". Die Monate in Wien waren wegen der allgemeinen Ungewißheit schwierig. Dempf machte neue Bekanntschaften und traf alte Bekannte im Exil wieder, so Friedrich Kühr, der bis 1933 im Reichsgeneralsekretariat des Zentrums in Berlin zusammen mit August Heinrich Berning die „Gesellschaft zur Förderung politischer Bildungsarbeit" geleitet hatte und nun Generalsekretär der österreichischen Einheitsgewerkschaft war. Dempf, der in Wien einflußreiche Kontakte hatte, wirkte gleich ihm gegen den Nationalsozialismus und den drohenden Anschluß Österreichs an Hitlerdeutschland.

Dieser kam am 12. und 13. März 1938 mit Gewalt, und am 8. Juni wurde Dempf vom neuen Regime zwangspensioniert. Da die Gestapo bei einer Hausdurchsuchung belastende Unterlagen nicht entdecken konnte, blieb ihm das KZ erspart. Für sieben Jahre – bis zum Ende des Hitler-Regimes – mußte Dempf wieder in die innere Emigration gehen.

Im Frühjahr 1944 lehnte er ein Angebot Carl Friedrich Goerdelers ab, nach der Beseitigung Hitlers ein politisches Amt zu übernehmen. So blieb er nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ungeschoren. Statt dessen schrieb er das noch unveröffentlichte Werk „Geschichte der Menschenlehre von den Griechen bis zur Gegenwart". Die dort präzisierten geisteswissenschaftlichen Methoden erprobte er an der Deutung des Dichters Dostojewski „Die drei Laster. Dostojewskis Tiefenpsychologie" (München 1946, $^{2}$1949). Das unveröffentlichte Werk war auch eine Vorarbeit für das 1947 in Wien erschienene Buch „Selbstkritik der Philosophie und vergleichende Philosophiegeschichte im Umriß", in dem Dempf eine anthropologisch fundierte Typologie der gesamten Philosophiegeschichte aller Kulturen entwarf. Die spätere Ausarbeitung der Grundanthropologie als Fundament dieser Typologie erschien als „Theoretische Anthropologie" (Bern 1950).

In Wien lernte Dempf den später bekannten politischen Schriftsteller und Historiker Friedrich Heer kennen, ebenso den späteren Philoso-

phen Ernst Topitsch, der nach Dempfs Rückkehr an die Wiener Universität sein Assistent sein sollte. Dempf genoß in Wien hohes Ansehen und hatte fruchtbare Verbindungen zu bedeutenden Intellektuellen.
Im Herbst 1944 zog sich Alois Dempf nach Altomünster in Bayern zurück. Doch schon im Oktober 1945 nahm er, der inzwischen neben der deutschen die österreichische Staatsangehörigkeit besaß, nach der Befreiung Österreichs seine Wiener Lehrtätigkeit wieder auf, nachdem er sowohl das Angebot einer Professur in Köln als auch des Amtes als Kultusminister Bayerns ausgeschlagen hatte. Dempf hatte in Wien großen Lehrerfolg. An seinen Vorlesungen nahmen junge Menschen teil, die später einen bekannten Namen hatten, nicht nur die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann. Er beteiligte sich als Autor an den Zeitschriften „Wort und Wahrheit" (von Otto Mauer und Otto Schulmeister herausgegeben) und „Wissenschaft und Weltbild". Die Wiener Jahre stellten für ihn eine besonders fruchtbare Periode seines Lebens dar.

## XI

Nach Dempfs Angaben wurden ihm die Wiener Ordinariatspflichten zu belastend, auch erfüllten sich seine Hoffnungen auf eine Periode des Christlichen Humanismus in Österreich ebenso wenig wie in Deutschland. 1948 nahm er einen Ruf an die Universität München an und wechselte 1949 dorthin, hielt aber noch bis 1950 Gastvorlesungen in Wien.
In seiner Schlußphase als Hochschullehrer konzentrierte er sich auf seine Lehre und hatte bedeutende Schüler, auch spätere Universitätsprofessoren. Er nahm an internationalen Kongressen teil, stand in Briefwechsel mit Persönlichkeiten des In- und Auslandes und gewann weit über München hinaus Ansehen. Er leitete von 1949–1960 die Philosophische Sektion der Görres-Gesellschaft und war von 1951–1959 Mitherausgeber ihres „Philosophischen Jahrbuchs".
Das Lebenswerk wurde durch grundlegende Werke erweitert. In „Die Weltidee" (Einsiedeln 1955) exemplifiziert Dempf an den philosophierenden Biologen Edgar Daqué und Jakob von Uexküll die Grundlinien seiner Naturphilosophie und Weltidee, der zufolge die Welteinheit und Lebenseinheit auf den Menschen ausgerichtet sind und dieser wiederum transzendierend auf Gott. Dempfs philosophischer Ansatz war interdisziplinär. Den einheitlichen Zusammenhang der Wissenschaften herauszustellen ist die besondere Aufgabe der Philosophie.

Dempf legte einen aus seinen Vorlesungen hervorgegangenen Ansatz vor, der mit seinen besonderen typologischen und wissenssoziologischen Methoden Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften für die Bildungsidee in einen philosophisch nachvollziehbaren Zusammenhang stellt: „Die Einheit der Wissenschaft" (Stuttgart 1955). In der „Kritik der historischen Vernunft" (München 1957) will Dempf nachweisen, daß man die reine Vernunft und ihre Weltidee, die sich aus der allgemeingültigen Organisation des Menschengeistes ergibt, und welche die Philosophen in ihrer historischen Zeitsituation zu erreichen suchen, dadurch erfassen kann, daß man ihre Abwandlung durch den Zeitgeist jeweils herausarbeitet. Das ermöglicht die Selbstkritik der Philosophie und der historischen Vernunft und die Freilegung einer umfassenden Perspektive der philosophia perennis. Das Buch „Weltordnung und Heilsgeschichte" (Einsiedeln 1958) enthält Aufsätze über christlich orientierte Denker des Deutschen Idealismus (Schelling, Friedrich Schlegel, Anton Günther, Rosmini), welche die positive Philosophie der intelligiblen Person und der Existenz im christlich tradierten Sinn beispielhaft wieder aufnehmen und verweist auf ähnliche neuere und neue Ansätze: Paul Yorck von Wartenburg, August Vetter. Ein Jahr später erscheint „Die unsichtbare Bilderwelt. Eine Geistesgeschichte der Kunst" (Einsiedeln 1959). In diesem Werk zeigt Dempf, wie sich innerhalb des historischen Bewußtseins der Zeiten die Geschichtsvernunft als poetische Symbole schaffendes Vermögen sowohl in den mythischen wie auch in den ideenhaften Gottesbildern, Menschen- und Weltbildern als eine unsichtbare Bilderwelt in den Werken der Künstler niederschlug. Dempf will sie entschlüsseln und als Theorie der Kunst systematisch erfassen.

1959 wurde Alois Dempf emeritiert, mußte sich aber mehrere Semester selbst vertreten, hielt für einige Jahre noch Lehrveranstaltungen ab und arbeitete an weiteren Werken. Die Patristik spielte in seinem Denken wegen ihrer Leistungen für die personale Menschenlehre stets eine große Rolle. In seiner „Geistesgeschichte der altchristlichen Kultur" (Stuttgart 1964) zeigt er die Wechselwirkung von Glaube, Wissen und Rechtsordnung auf. Unter den Lebensmächten muß die Rolle der Philosophen und Gesetzgeber beachtet werden. Die christliche Philosophie der Kirchenväterzeit stellt gegenüber der antiken eine eigene Leistung dar, als Hingabe- und Liebeslehre. Ihr freier Dienst an der Theologie bedeutete die Systematisierung der Glaubenswelt und die Rationalisierung der juristischen Reichsverfasstheit und -idee. Ihr metaphysischer, ethischer und mystischer Universalismus, in dessen Mittelpunkt der Begriff der Person steht, übte durch große Philosophenpersönlichkeiten Einfluß aus. In sei-

nem letzten vollendeten Werk „Religionssoziologie der Christenheit. Zur Typologie christlicher Gemeinschaftsbildung" (München 1972) griff der Achtzigjährige den soziologischen Aspekt seiner „Religionsphilosophie" von 1937 wieder auf. Er machte sich Max Webers Konzeption der Religionssoziologie als der Lehre von den Religionsgemeinschaften in ihrem Selbstverständnis und ihrem Verhältnis zu Wissenschaft, Staat und Wirtschaft programmatisch für eine Religionssoziologie des Christentums zu eigen. Dabei ging es Dempf um die Herausarbeitung der Entwicklungstypologie christlicher Gemeinschaftsbildung anhand kulturvergleichender Religionsgeschichte.

1971 starb Dempfs Ehefrau Maria Theresia nach langem Leiden. Ein Jahr später heiratete er seine langjährige Mitarbeiterin Christa Dulckeit von Arnim (1911–2000), die ihm bei seiner zunehmenden Sehbehinderung zur Seite stand. Dempf lebte noch über zehn Jahre in Eggstätt im Chiemgau. In München hielt er Gastvorlesungen, arbeitete in Bibliotheken und unternahm Kunstreisen ins Ausland. Er starb am 15. November 1982, 91 Jahre alt und wurde im Familiengrab auf dem Hernalser Friedhof in Wien beigesetzt.

Vier Jahre später erschien posthum Dempfs Werk „Metaphysik. Versuch einer problemgeschichtlichen Synthese" (Amsterdam 1986). Dempf verlangt von einer Metaphysik, dass sie von einer erkenntnistheoretischen Fundierung zu einer rational-spekulativen Sytematik der Welt-, Menschen- und Gottesidee gelangen muß. Das ist ihr nur möglich, wenn sie naturphilosophisch und anthropologisch die Natur- und Geisteswissenschaften berücksichtigt. Ferner muß sie bei Kenntnis der Geistesgeschichte deren typologischen Gesetzmäßigkeiten (die vom jeweils vorausgesetzten Menschenbild bestimmt werden) herausarbeiten, um zu einem vollständigen Menschen-, Welt- und Gottesbild zu gelangen, das, kritisch die rational-vernunftmäßig erarbeitete Metaphysik korrigierend, zur vollständigen Synthese ergänzt. Diese späte Ausarbeitung der Metaphysik sollte die Summe des Dempfschen Philosophierens werden. So entstand ein „Kolossalgemälde" (Rainer Specht), wobei tragischerweise Dempf am Ende die Kraft fehlte, diese Synthese vollständig zu realisieren.



# Franz Thedieck (1900–1995)

Obwohl seine persönliche Biographie sich – nicht nur ihrer äußeren Chronologie nach, sondern auch in ihren politischen Lebenszusammenhängen – weitgehend mit dem Gang der nationalen Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert deckt, wird man Franz Thedieck kaum als Jahrhundertgestalt bezeichnen wollen, hat er doch weniger prägend auf seine Zeit und seine Zeitgenossen gewirkt als epochale Prägungen in sich aufgenommen und verkörpert. In seiner Lebensgeschichte, die den Höhepunkt der imperialen Großmachtstellung Deutschlands, den Absturz im Ersten Weltkrieg, das Scheitern der ersten Republik, den totalitären Wahnsinn des nationalsozialistischen Dritten Reiches, die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wie auch Erfolg und Niederlage des demokratischen Neuaufbaus in der geteilten Nation umfaßt, findet sich wie in nur wenig anderen das deutsche Schicksal zwischen dem wilhelminischen Kaiserreich und der Bundesrepublik des wiedervereinten Deutschlands gespiegelt.
Die deutsche Frage in ihren zeitgeschichtlichen Verstrickungen zwischen nationaler Selbstbestimmung und machtstaatlicher Interessenbehauptung verbindet wie ein durchgängiges Grundthema die Phasen seines Lebens von der Jugend bis ins Greisenalter. Ja, das Deutschlandproblem lässt sich, auf die Stationen beruflicher Tätigkeit bezogen, als konstante Lebensaufgabe Thediecks bezeichnen. In den revolutionären Unruhen und Krisen nach der militärischen Niederlage und der ersten Republikgründung hatte er seine entscheidenden Schlüsselerlebnisse. Als Kadett in der Kaiserlichen Marine, die wie keine andere Institution des wilhelminischen Deutschlands den einheitlichen Reichsgedanken und das deutsche Streben nach Weltgeltung symbolisierte, erlebte er die Novemberrevolution von 1918. In den folgenden Kämpfen um Reich und Republik stellte er sich verfassungstreu der Abwehr separatistischer Bestrebungen im Rheinland zur Verfügung. Während des Zweiten Weltkrieges mußte er sich als deutscher Kriegsverwaltungsbeamter im besetzten Belgien und Nordfrankreich im Widerstand gegen die nationalsozialistische Eroberungs- und Ausbeutungspolitik bewähren. In der Bundesrepublik Deutschland wurde er zur „Säule des gesamtdeutschen Ministeriums“ (W. Henkels), das er als Staatssekretär für die Aufgabe aktivierte, den Willen zur Einheit der Nation zu stärken und die

Wiedervereinigung Deutschlands vorzubereiten. Und auch in seiner letzten Position eines Intendanten des Deutschlandfunks hatte er einen gesamtdeutschen Auftrag. Im Rückblick auf dieses vielfältige Wirken für Deutschland erscheint es nur wie ein gerechter Lebenslohn, dass er den Tag der deutschen Einheit 1990 noch erleben durfte.

Thedieck war ein Beamter, der die Verpflichtung auf das Allgemeininteresse als politische Mitverantwortung verstand. In der Weimarer Republik war er Mitglied der Zentrumspartei bis zu deren Auflösung 1933, und als nach 1945 der demokratische Neuaufbau begann, trat er wie selbstverständlich noch in der Parteigründungsphase der CDU bei. Sein Nahverhältnis zur Politik zeigte sich auch in seinem entschiedenen Engagement für die politische Bildungsarbeit im demokratischen Staat, die er als Staatssekretär und später als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung besonders förderte. Thedieck verband die „Sekundärtugenden" des Berufsbeamten wie Präzision, Stetigkeit, Disziplin und Verlässlichkeit mit einem Wertkonservativismus, der auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes materielle Gerechtigkeit vor rationale Sachlichkeit stellte. Einen „Charakter über wechselnden Regimen" hat man ihn genannt.

## I

Thedieck entstammte jenem katholischen Bürgertum, das sich mit dem preußisch-kleindeutschen, vorwiegend protestantisch und liberal geprägten Nationalstaat versöhnt hatte. Er wurde am 26. September 1900 im westfälischen Hagen, damals einer Kreisstadt im preußischen Regierungsbezirk Arnsberg, als vierter Sohn des Landrichters Joseph Thedieck und seiner Ehefrau Johanna, Tochter des Tabakfabrikanten Hasse aus Höxter, geboren. Von seinen vier Brüdern fielen drei in den Weltkriegen (Ernst 1915, Paul 1940, Fritz 1944). Die Schulzeit verbrachte Franz Thedieck in Köln, wo sein Vater Landgerichtsdirektor geworden war. Nur nebenbei sei bemerkt, dass in der Kammer, die dieser präsidierte, eine Zeitlang auch der Gerichtsassessor Konrad Adenauer als Beisitzer fungierte. Nach der Volksschule (1906–1910) besuchte Thedieck das Realgymnasium in Köln-Lindenthal, das er am 2. April 1918 mit dem Abitur verließ.

Um seiner Kriegspflicht nachzukommen und aus patriotischer Gesinnung meldete er sich zum Dienst in der Kaiserlichen Marine. Genau ein halbes Jahr vor dem Kieler Matrosenaufstand wurde er in die an der Flensburger Förde gelegene Marineschule Mürwick aufgenommen. Mit über 200 anderen Seekadetten kam er zur praktischen Aus-

bildung auf das Schulschiff S.M.S. „Schlesien", ein Linienschiff, das zu Beginn der Meuterei im Kieler Hafen lag. Die Eindrücke, die er durch die Begegnung mit meuternden Matrosen und roten Umstürzlern empfing, haben in seinen politischen Denken und Handeln tief nachgewirkt. Der „flachsblonde Jüngling mit hellen blauen Augen und einem eher zart als scharf geschnittenen Gesicht" (O. Brües) erhielt am 20. Februar 1919 mit dem Kriegsteilnehmerkreuz seine Entlassungspapiere, wenige Tage nur nach der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten und der Bildung der „Weimarer Koalition" von SPD, DDP und Zentrum, inmitten von Unruhen, Streiks und Aufständen in allen Teilen des Reiches. Anders als die meisten seiner Jahrgangs- und Schicksalsgenossen nahm der Fähnrich zur See „d. R. a.D." Thedieck ein ordentliches Studium auf.

An der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf studierte er von 1920 bis 1923 Landwirtschaft und ergänzend dazu an der soeben neu gegründeten Kölner Universität Volkswirtschaft und Jura. Bei der Ausrichtung auf die Agrarwirtschaft war er wohl von seinem ehemaligen Mürwicker Stubenkamerad Theodor Sonnemann beeinflusst, der später in der Adenauer-Ära sein Staatssekretärskollege im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde. Das Examen zum Diplomlandwirt legte er 1923 bei Professor August Skalweit ab mit einer Arbeit über die „Kritik der Gründe, die nach Kautskys Meinung für den landwirtschaftlichen Großbetrieb sprechen". Trotz seines zügigen und erfolgreichen Studiums kann von einer politikfernen Existenz im akademischem Elfenbeinturm oder Ackerbau- und Viehzuchtmilieu bei ihm keine Rede sein. Die politischen Wirren der Weimarer Republik und ihre besondere Dramatik im Rheinland drängten ihn dazu, sich zu engagieren und Stellung zu beziehen. In der Ablehnung der französischen Rheinlandpolitik fand er Zugang zu einem Widerstandsnetz, das besatzungsfeindliche Flug- und Druckschriften verteilte sowie andere illegale Aktionen unterstützte. Wegen des Verdachts des Verstoßes gegen die Rheinland-Ordonnanz musste er neun Wochen im britischen Untersuchungsgefängnis in Köln verbringen. Gewissermaßen wirkte das aber wie eine zusätzliche Empfehlung, die ihm die Beamtenlaufbahn ebnen half.

Thedieck wurde 1923 zum stellvertretenden Leiter der Stelle Köln des preußischen Innenministeriums zur Abwehr des Separatismus berufen. Hierbei handelte es sich in erster Linie um eine nachrichtendienstliche Tätigkeit, die in der Beobachtung und Bewertung separatistischer Bestrebungen bestand. Auch eine koordinierende Funktion für die Zusammenarbeit von Bürgervereinen, Studentenverbänden und Gewerkschaften im Kampf gegen den Separatismus war der

Stelle zugewiesen. Die in diesem Zusammenhang besonders wichtige Kooperation mit den Christlichen Gewerkschaften, in deren staats- und wirtschaftspolitischer Schulungsarbeit er sich stark engagierte, ließ ihn in engere freundschaftliche Beziehungen zu Jakob Kaiser treten, damals Geschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften im Rheinland und Westfalen. Gleichzeitig führte Thedieck die Geschäfte der Arbeitsgemeinschaft der fünf politischen Parteien in der Rheinprovinz. Daneben schrieb er in der „Kölnischen Volkszeitung" (Bachem) und in der „Kölnischen Zeitung" (Dumont) kleinere Artikel und Rezensionen zu Tages- und Verwaltungsfragen. Von 1926 bis 1933 betätigte er sich auch als ehrenamtlicher Schriftführer der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft im Rheinland, die sich die Förderung der Anschlussbewegung angelegen sein ließ.

Es war in jenen Jahren, dass Thedieck auch zu Konrad Adenauer in Beziehung trat. Erstmals begegneten sich beide Männer Anfang der zwanziger Jahre im Zinsserschen Hause, das die Familie von Adenauers Schwiegervater bewohnte. Der Schwager Adenauers, Ernst Zinsser, war ein Schulfreund und Mitstreiter Thediecks. Zu wiederholten Malen bekam der Kölner Oberbürgermeister in der Folge Grund, sich über Thedieck und seine Aktivitäten zu ärgern. Er musste sich nicht nur ständig die Vorwürfe des britischen Stadtkommandanten wegen vermeintlicher Duldung der Abwehrstelle anhören, sondern glaubte auch, es mit einem Beobachtungsposten des sozialdemokratischen preußischen Innenministers in Köln zu tun zu haben. Thedieck soll für ihn der „Spitzel des Herrn Severing" gewesen sein. Das persönliche Verhältnis zueinander besserte sich zwar mit der Entschärfung der Rheinlandfrage nach 1926, blieb aber in der Spannung zwischen städtischer Selbstverwaltung, rheinischer Provinz und preußischem Staat weiter distanziert.

Ab 1927 leitete Thedieck faktisch alleinverantwortlich die Stelle Köln, nachdem deren Chef, der österreichische Volkstumsvorkämpfer Dr. Hans Steinacher, sich auf die Zentrale Berlin und die Führung des Vereins (später Volksbundes) des Deutschtums im Ausland (VDA) orientierte. In den letzten, weniger problematischen Jahren der Rheinlandbesetzung wandelte sich die „Abwehrarbeit" im Rheinland immer mehr zur staatspolitischen Bildungsarbeit, die der „Vertiefung des Volkstumsbewusstseins ... und Schaffung einer eigenständigen volksdeutschen Bewegung jenseits der deutschen Westgrenze" (R. Wichterich) dienen sollte. Thediecks Bewährung als geradliniger, tatkräftiger und „volkstumspolitisch" verantwortungsbewusster Beamter blieb nicht ohne Anerkennung. Er wurde – nach Räumung der letzten besetzten Zone des Rheinlandes 1930 – nicht

nur in den höheren Verwaltungsdienst, zunächst als „Hilfsarbeiter" (Beamter ohne Planstelle) der Landkreisverwaltung Mülheim/Rhein, übernommen, sondern auch immer wieder mit Sonderaufgaben beauftragt. So amtierte er 1932/33 aufgrund des 2. Rundfunkreformgesetzes als Staatskommissar des seit 1927 in Köln residierenden Westdeutschen Rundfunks (WERAG), und wurde von Reichskanzler Heinrich Brüning (1930–1932), der ihm freundschaftlich zugetan war und seine Fähigkeiten hoch einschätzte, zum Geschäftsführer der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse gemacht, die 1932 die Wiederwahl Hindenburgs gegen dessen Gegenkandidaten Hitler durchsetzten.

Seit 1931 leitete er als Regierungsrat bis 1940 ein allgemeines Verwaltungsdezernat des Kölner Regierungsbezirks, das neben den Bereichen Konsulate, Reichsverteidigungssachen, Allgemeine Kultursachen, Bild- und Filmwesen, Büchereien, Museumsfragen, Kriegsgräberpflege auch – im Sonderauftrag des Innenministeriums – Grenzlandfragen umfaßte. Diese letztere Zuständigkeit war gewissermaßen ein Überbleibsel aus seiner früheren Abwehrtätigkeit und ist im Zusammenhang mit dem Scheitern der deutsch-belgischen Verhandlungen über Eupen-Malmedy 1929 zu sehen. Gerade in der Zentrumspartei hegte man Hoffnungen, mit den belgischen Katholiken zu einer Einigung über diese Frage zu gelangen. Nach 1945 wurde hieraus ein Angriffspunkt für Kritik, insbesondere für Anfeindungen von links, die Thedieck als Exponenten des Revanchismus oder gar Imperialismus hinstellten. Auch heute taucht sein Name noch unter den deutschen Vertretern einer „ethnozentrischen Geopolitik" auf.

Das Gebiet von Eupen-Malmedy, jener schmale Landstreifen entlang der deutschen Westgrenze zwischen Aachen und Luxemburg, war in einem längeren Übergangsprozeß 1925 vollständig in den belgischen Staatsverband eingegliedert worden. Es gehörte zu den Dezernentenaufgaben Thediecks, die kulturelle Volksgruppenarbeit in diesen neubelgischen Kantonen zu fördern. Prekär wurde diese Tätigkeit erst nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ab 1933. Das Hitler-Regime verfolgte anders als die Regierungen der Republik zunächst keine revisionistische Politik gegenüber Belgien, forcierte aber eine „freie kulturelle Entwicklung" der deutschen Heimatbewegung in Eupen-Malmedy mit dem Ziel, diese organisatorisch und weltanschaulich auf den Nationalsozialismus auszurichten. Thedieck versuchte, dieser doppelgleisigen Politik durch stille Kooperation mit Kreisen der Katholischen Aktion des „Grenzlandes" ihre Gefährlichkeit zu nehmen, was ihm 1939 auch seitens „heimattreuer" Führer Vorwürfe wegen ultramontaner Gesinnung und Ablehnung des

Regimes eintrug. Es bedurfte deshalb auch erheblicher Mühe, nach zweimaliger Ablehnung 1933 und 1937, seine längst fällige Beförderung zum Oberregierungsrat zu erreichen (Oktober 1939). Als er am 10. Mai 1940 zum Kriegsverwaltungsdienst einberufen wurde, war es schon aktenkundig geworden, daß ihm „politische Unzuverlässigkeit nachgesagt wird".

## II

Wie für die meisten höheren deutschen Beamten war auch für Thedieck die NS-Herrschaft, zumal unter den verschärften Bedingungen des Weltkrieges, die schwierigste und verhängnisvollste Berufs- und Lebensphase. Im ersten Kriegsjahr 1940 wurde er Oberkriegsverwaltungsrat im besetzten Belgien und Nordfrankreich. Veranlaßt worden war diese Abordnung von Eggert Reeder, der als ehemaliger Regierungspräsident von Köln (1936–1939) Thediecks Vorgesetzter gewesen war und ihn als tüchtigen, integren Mitarbeiter kennen gelernt hatte. Der hochqualifizierte Verwaltungsfachmann Reeder, seit Mitte der dreissiger Jahre Parteigenosse und im Rang eines SS-Brigadeführers, war nach der Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs Militärverwaltungschef in Brüssel geworden und in dieser Position dem Militärbefehlshaber General Alexander Freiherr von Falkenhausen direkt unterstellt. Aus strategischen wie politischen Gründen blieben in diesem Okkupationsgebiet, anders als etwa in Holland oder Frankreich, bis 1944 die militärischen und zivilen Hoheitsrechte in der Hand des Militärbefehlshabers konzentriert. Aufgrund dieser Ausnahmestellung war es bis zur „Totalisierung" der deutschen Kriegführung auch im Westen immerhin möglich, das Besatzungsregime auf der Rechtsgrundlage der Haager Landkriegsordnung und in Zusammenarbeit mit den traditionellen Landeseliten zu führen.
Reeder, der zum Nationalsozialisten aus weltanschaulicher Indifferenz geworden war und der deshalb auch die antinationalsozialistische Einstellung von Falkenhausens und Thediecks respektierte, setzte seinen Ehrgeiz daran, eine sachliche, auf vernünftigen Ausgleich zwischen den deutschen Forderungen und der belgischen Leistungsfähigkeit bedachte Verwaltungsregie zu praktizieren und willkürliche Eingriffe der zentralen Reichsbehörden und Parteidienststellen, insbesondere des Reichssicherheitshauptamtes weitestgehend zu beschränken. In diesem Bemühen wurde er von Thedieck „im Geiste der Gerechtigkeit und Ordnung" unterstützt, wie ihm von belgischer Seite bei seinem Abschied aus Brüssel anerkennend bestätigt wurde. Als Generalreferent des Militärverwaltungschefs hatte

Thedieck – neben der Entscheidungsvorbereitung für die laufenden Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen – vornehmlich die Aufgabe, die Verbindung zu den Generalsekretären der belgischen Ministerien und zu den kirchlichen Behörden im Lande zu halten. Sein Tätigkeitsschwerpunkt lag also auf dem Gebiet der politischen Verwaltung. Die Hauptprobleme ergaben sich dabei zum einen aus der forcierten Einbeziehung der belgischen Wirtschaft in die deutsche Kriegswirtschaft, aus dem Arbeitseinsatz für das Deutsche Reich, der seit Mitte 1942 zunehmend stärker der Zwangsverpflichtung unterworfen wurde, sowie aus allgemeinen Finanz- und Währungsfragen, zum anderen aus den Staat-Kirche-Beziehungen und aus der Konkurrenz zwischen den Kollaborationsparteien der Rex-Bewegung und des Flämischen Nationalverbandes (VNV).
Auf Kriegsdauer war eine maßvolle Besatzungspolitik jedoch nicht durchzuhalten. Je unabweisbarer die Notwendigkeiten des Krieges wurden, desto mehr drang die SS mit ihrem Bestreben durch, die Militärverwaltung in Belgien und Nordfrankreich durch eine von ihr kontrollierte Zivilverwaltung zu ersetzen, wie es dann endgültig 1944 mit der Ernennung eines Reichskommissars erfolgte. Dem Terrorsystem der ökonomischen Ausbeutung und rassistischen Verfolgung wurde auch das belgisch-nordfranzösische Okkupationsgebiet ausgeliefert. Als Massenerschießungen von Geiseln und Deportationen auch hier jedes vorstellbare Maß überstiegen, war aber Thedieck nicht mehr auf seinem Posten.
Trotzdem ist er nach 1945 wegen seiner Tätigkeit als Oberkriegsverwaltungsrat wiederholt heftigen Angriffe von linker Seite aus Belgien und der Bundesrepublik, vor allem aber aus der DDR ausgesetzt gewesen. Durch Zeugen wie durch Dokumente ließen sich jedoch alle Vorwürfe einer „Nazi-Vergangenheit" oder gar einer Mitverantwortung an der Deportation belgischer Juden nach Auschwitz als Propagandalügen entlarven. Dagegen konnte er seine Unterstützung der deutschen Widerstandsbewegung glaubhaft machen, zu der seine Freunde aus den Christlichen Gewerkschaften, Jakob Kaiser, Nikolaus Groß und Bernard Letterhaus, ebenso gehörten wie General von Falkenhausen, sein oberster Vorgesetzter in Brüssel. Er selbst hat sich als „stets in der Widerstandsarbeit engagiert" bezeichnet und die Kategorisierung bloßer „Nichtanpassung" für sich abgelehnt. So besuchte er, vermutlich im Auftrag von Carl Goerdeler, im Herbst 1943 auch Adenauer in Rhöndorf, um sich über dessen „Verwendungsfähigkeit" für die Verschwörung gegen Hitler ein Bild zu machen, fand ihn aber sehr reserviert und voller Skepsis hinsichtlich realer Chancen von Widerstandsplänen.

Zweifellos war Thedieck ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Daß er sich für eine besonnene, auf Verständigung setzende Besatzungspolitik einsetzte, rief nur zu bald die wachsende Kritik seitens der SS an seinem Verhalten hervor. Vor allem nahmen die SS-Führer an seinem „extremen Katholizismus" Anstoß. Bereits am 18. März 1942 schrieb der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, der berüchtigte Reinhard Heydrich, an den Militärverwaltungschef Reeder, durch Thediecks unmögliche Haltung in einem Lande, in dem die Macht der katholischen Kirche und die katholische Haltung des überwiegenden Teils der Bevölkerung einer nationalsozialistischen und großdeutschen Politik größte Schwierigkeiten bereiteten, müsse „ein weiteres Verbleiben Thediecks in Belgien, einem Gebiet, dessen kirchliche Situation auf deutscher Seite zwar vorsichtige und geschickte, aber weltanschaulich besonders gefestigte Nationalsozialisten erfordert, für absolut untragbar" angesehen werden.

Zwei Monate später wurde Heydrich noch deutlicher, indem er ausführte, dass die bloße Existenz Thediecks für alle „klerikal eingestellten" Kräfte sowie für die Vertreter der Katholischen Aktion in Flandern einen moralischen Rückhalt und eine Stütze bedeute. Als Reeder darauf hinhaltend reagierte, nahm sich der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, persönlich der Sache an. „Sie hatten", so rügte er den Militärverwaltungschef am 16. Februar 1943, „dem SS Gruppenführer Berger versprochen, daß Ihr Referent Thedieck, der von uns als wenig wünschenswerter – um nicht zu sagen als unseliger – Ratgeber auf politischem Gebiet in Belgien angesehen wird, zum 31.12.1942 entfernt wird. Dieses Versprechen wurde nicht eingelöst." Dieser Brief bedeutete das Ende der Tätigkeit Thediecks in Belgien.

Ende April 1943 zur aktiven Kriegsdienstleistung einberufen, wurde er Sachbearbeiter beim IIa der 7. Flak-Division im Bereich des Luftwaffenbefehlshabers Mitte in Frankreich. Am 1. Juli 1944, als sich die anglo-amerikanischen Truppen nach der Invasion in Frankreich festsetzten, erhielt er die Beförderung zum Hauptmann d. R. In diesem Rang geriet er in amerikanische Gefangenschaft und kam zunächst in ein Lager bei Toul, dann in ein „Education camp for Selected Citizens of Germany" in Querqueville bei Cherbourg, von wo er bereits Anfang Oktober 1945 in die Heimat entlassen wurde.

Thedieck wandte sich wieder nach Köln. Die Stadt aber war so schrecklich zerstört, dass er seinen Wohnsitz zunächst in Hennef an der Sieg nahm. Beruflich ließ es sich für ihn gut an, da er schon im November 1945 wieder in der Kölner Bezirksregierung tätig werden konnte. Nach zwei Monaten Dienst teilte ihm aber der britische Kommandant des Militärbezirks Köln mit, dass er als Beamter politisch untragbar und entlassen sei. Als Grund wurde ihm seine Zugehörigkeit zur Militärverwaltung in Belgien vorgehalten. Es bedurfte eines Überprüfungsverfahrens, nach dessen Durchführung er mit Zustimmung der Militärregierung wieder eingestellt werden konnte. Zu seiner Entlastung vermochte er eine beeindruckende „Persilschein"-Sammlung vorzulegen, die bekannte Namen nicht nur aus der Zentrumspartei und den Christlichen Gewerkschaften (u. a. Johannes Albers, Kaiser, Wilhelm Hamacher), sondern auch aus der SPD (u. a. Carl Severing, Robert Görlinger, Johannes Meerfeld) und aus Belgien (u. a. das Schöffenkabinett von Antwerpen) enthielt. Damit schien die Entnazifizierung für ihn kein Problem zu sein.
Doch dann stellte sich heraus – dabei mag auch Denunziation im Spiele gewesen sein –, dass seine Angaben nicht vollständig gewesen waren. Er hatte seine Zuständigkeit für die westlichen Grenzlandfragen als Dezernent der Kölner Regierung nicht speziell aufgeführt sowie seine Auszeichnungen im Dritten Reich durch die Silberne Ehrennadel des VDA und die Österreich-Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938 verschwiegen. Beide Verdienstzeichen hatte ihm sein Freund Steinacher vermittelt, damit er als Nicht-Pg. wenigstens etwas „Putz" für die anstehende Beförderung vorweisen konnte. Es kam zum Prozeß vor dem britischen Control Commission High Court. Am 21. August 1947 wurde er wegen wissentlich falscher Angaben zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, die Strafe jedoch unter der Bedingung guter Führung ausgesetzt. Der Vorsitzende Richter schloß die Urteilsverkündung mit den erstaunlichen Worten an den Angeklagten: „Die Militärregierung wird gerne mit Leuten Ihres Schlages in Zukunft zusammenarbeiten." Es war, wie der Kommandant der Militärregierung unterstrich, ein Pro forma-Urteil. Aber die Sache ging Thedieck nach und führte nicht nur 1948 zu einer parlamentarischen Anfrage der KPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen, sondern spielte auch bei der Hintertreibung seiner Berufung an die Verwaltungsspitze des Gesamtdeutschen Ministeriums eine Rolle und wurde ebenso in den später von der DDR gesteuerten Diffamierungskampagnen gegen ihn immer wieder aufgewärmt.

Als 1949 die erste Bundesregierung gebildet wurde, wollte ihn Jakob Kaiser zu seinem Staatssekretär machen. Thedieck war damals persönlicher Referent des Kölner Regierungspräsidenten Wilhelm Warsch. Für Kaiser war er einer der „engsten Freunde" und einer „der aufrechtesten und bewährtesten Demokraten". Adenauer paßte der Vorschlag Kaisers aber überhaupt nicht. Er hatte erhebliche Vorbehalte gegen Thedieck, die zum großen Teil persönlicher Art waren. Er hatte zudem die Sorge, daß durch Thedieck die ohnehin bei Kaiser ausgeprägte „nationale" Haltung in der deutschen Frage mit nachteiligen Folgen für die Politik der Westintegration noch verstärkt würde. Im Dezember 1949 bat er Kaiser mit Hinweisen auf belgische Bedenken und private Informationen aus Köln über Thediecks einstige Abwehrtätigkeit, „am besten mit Herrn Globke wegen eines anderen Herrn zu überlegen". Kaiser sah jedoch in der Tätigkeit Thediecks „nicht den geringsten Anlaß" zu solchem Mißtrauen und bestand am 1. Januar 1950 auf dessen Berufung „um der Erfüllung meiner Aufgabe willen ... um der Treue zu einem verdienten Menschen und Beamten willen". Trotzdem verzögerte sich die formelle Bestätigung noch bis zum Sommer 1950. In einem Brief an Adenauer vom 3. Juli 1950 protestierte Kaiser wegen dieses „andauernden Schwebezustands" in seinem Ministerium, der nicht mehr zu verantworten sei, nachdem „sich ja auch die von dritter Seite gegen Herrn Thedieck gemachten Einwände durchaus nicht als stichhaltig erwiesen" hätten. Vom 13. September 1949 bis 12. Juli 1950 war so Thedieck nur mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs beauftragt. Aus dem „Westmann" wurde nun ein „Ostmann", wie er seinen Karrieresprung scherzhaft kommentierte.

## IV

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Adenauer-Ära auch die große Zeit der beamteten Staatssekretäre, die als Rückgrat des Regierungshandelns gelten. In einer historisch einmaligen Konstellation verbanden sich damals preußisch-deutsche Verwaltungskultur und demokratisch-parlamentarische Regierungserfahrung zu beispielhafter Effizienz. In die „Gewerkschaft" der Staatssekretäre, wie man die mächtige Einflussgruppe der Hans Globke, Wilhelm Lenz, Walter Hallstein, Alfred Müller-Armack, Theodor Sonnemann, Alfred Hartmann, Ludger Westrick, Walter Strauß usw. manchmal ironisch nannte, reihte sich auch Thedieck ein. Aufbau, Organisationsstruktur und Arbeitsplanung des Gesamt-

deutschen Ministeriums, das dem politischen Aufgabenbereich nach etwas völlig Neuartiges war, trugen seine Handschrift.
Der erfahrene Verwaltungsfachmann wollte den „gesamtdeutschen" Aufgabenbereich ursprünglich dem Innenministerium eingliedern, das dann Kaiser hätte übernehmen sollen. Er sah voraus, dass ein Sonderministerium in seiner politischen Planungs- und Entscheidungskompetenz Gefahr laufe, in die Position eines bloßen Propagandaressorts gedrängt zu werden. Doch Kaiser glaubte den Anforderungen eines klassischen Ministeriums nicht gewachsen zu sein, und Adenauer war schon gar nicht für die Vorstellungen Thediecks zu erwärmen. So hieß die Lösung „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen", dessen Organisationsplan bereits Ende September 1949 erarbeitet war. Die Arbeit des Ministeriums, so hieß es darin, „soll der Pflege und Förderung einer Volksgesinnung dienen, die zu einer einheitlichen politischen Willensbildung, dem Willen zur Einheit der Nation in Freiheit führt". Thedieck war sich von vornherein darüber im Klaren, dass diese Aufgabenstellung möglichst umfassend zu verstehen sei und dementsprechend auch durch konkrete Mitzuständigkeiten in der Exekutive organisiert werden müsse, sollte es nicht bloß bei der Rolle des Mahners und Warners bleiben. Er sorgte entscheidend dafür, dass das „gesamtdeutsche Gewissen", wie sich das Ministerium gerne nennen hörte, mit einem Organismus ausgestattet wurde, der im politischen System der Bundesrepublik Deutschland leistungswirksam funktionierte. Unter anderem erreichte er das dadurch, dass er, wo es nur ging, institutionelle Verknüpfungen mit Behörden und Anstalten außerhalb des eigenen Ministeriums förderte und auch die enge Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen und Verbänden intensivierte.
Zu den Kerntätigkeiten, der Beobachtung und Analyse aller Vorgänge und Entwicklungen in der DDR und der Informierung der Bevölkerung in West und Ost über den jeweils anderen Teil Deutschlands wie über das internationale Geschehen, zog Thedieck von Anfang an auch Aufgaben wie die Vertretung der Interessen Mittel- und Ostdeutschlands gegenüber Bund und Ländern, den Rechtsschutz für DDR-Bewohner, die Berlin-Fragen oder die Förderung heimatpolitischer Angelegenheiten des deutschen Ostens in den Verantwortungsbereich des Ministeriums. Er selbst hat sich in der Öffentlichkeitsarbeit zur Aufrechterhaltung des gesamtdeutschen Bewusstseins und zur ideologischen Bekämpfung des Kommunismus mit unermüdlichem Einsatz engagiert, wie Hunderte von Stellungnahmen, Vorträgen, Rundfunkkommentaren und -ansprachen, von Interviews und Artikeln belegen. Hierbei war es ihm vor allem darum zu tun, die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Zusammenhang des

Ost-West-Gegensatzes und als Teil der Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus verständlich zu machen.
Nicht nur im „technischen", sondern auch im politischen Sinne unentbehrlich, leitete so Thedieck die „gesamtdeutsche" Ministerialbehörde unter den Bundesministern Jakob Kaiser (1949–1957), Ernst Lemmer (1957–1962) und Rainer Barzel (1962–1963). Da zumal Kaiser sich in seinen außen- und deutschlandpolitischen Vorstellungen von der ganz auf Westintegration gestimmten Konzeption Adenauers unterschied und oft andere, national begründete Akzente setzen wollte, hatte Thedieck immer wieder Schwerstarbeit bei der Vermittlung zwischen Kanzler und Minister zu leisten. In dem Maße, in dem er selbst sich dabei von der Richtigkeit der Adenauerschen Politik überzeugen ließ, wuchs die Distanz zu seinem alten Freund Kaiser. Das war besonders in der Saarfrage der Fall, die Kaiser als westliches Gegenstück zur „Ostzone" und damit als Teil der deutschen Frage sah („kleine Wiedervereinigung"), während sie Adenauer primär auf die Beziehungen zu Frankreich und den Fortgang der europäischen Einigung bezog. Auch über das 1954 gegründete „Kuratorium Unteilbares Deutschland" gerieten Minister und Staatssekretär in Dissens. Thedieck stand Kaisers Lieblingsidee, durch ein Aktionszentrum eine Volksbewegung zur Aktivierung des Wiedervereinigungswillens ins Leben zu rufen, skeptisch gegenüber. Er wollte die gesamtdeutsche Initiative lieber beim Ministerium konzentriert wissen. Mit Lemmer, der gern allen unbequemen Geschäftssachen aus dem Weg ging, gab es zwar kaum grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten politischer Art, dafür aber häufiger Ärger bei Verwaltungsdingen, insbesondere bei Sicherheitsfragen, ebenso beim Umgang mit der Öffentlichkeit, weil sich der Minister hier allzu unbekümmert zu geben pflegte. Am unproblematischsten – „voller Kritik wie voller Hochachtung" – gestaltete sich die nur zehnmonatige Zusammenarbeit mit Barzel: Erstmals kam 1963 der Freikauf von Menschen aus der DDR zustande.
Die Bedeutung Thediecks für die gesamtdeutsche Politik lässt sich auch an den gegen ihn gerichteten östlichen Propagandaattacken ablesen. Im Umfeld sowjetischer Verhandlungsschritte und vor Bundestagwahlen oder Regierungswechseln wurde er von kommunistischer Seite mit penetranter Regelmäßigkeit als Exponent der finstersten Reaktion, Cheforganisator und -agitator des Kalten Krieges, berufsmäßiger Agent-Provocateur Hitlers wie Adenauers und Drahtzieher der 5. Kolonne verleumdet und geistiger Giftmischerei sowie systematischer Revanchehetze bezichtigt. „Wie einstmals von der Einverleibung Österreichs", schrieb beispielsweise 1959 die SED-gesteuerte, „antifaschistische" Wochenzeitung „Die Tat", „so träumt

er in seiner heutigen Stellung von der Einverleibung der DDR und lässt uns durch Artikel und Rundfunkreden zuweilen an diesen Träumereien teilhaben."

Als der „Träumer" nach Abschluß der Pariser Verträge von 1954 im RIAS den Leitsatz für die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik „Wiedervereinigung in Frieden, Freiheit und Sicherheit" erläuterte, hatte er ausgeführt: „Wiedervereinigung in Frieden, das heißt: Die Bundesrepublik wird sich in der Wiedervereinigungsfrage niemals in Kriegsabenteuer stürzen, das hat sie unmissverständlich und in absolut verpflichtender Form zur Genüge erklärt. Wiedervereinigung in Freiheit, das heißt: Das deutsche Volk in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone soll in freien und geheimen Wahlen selbst seine Regierungs- und Lebensform bestimmen. Wiedervereinigung in Sicherheit, das heißt: Eine dauerhafte, gesicherte Friedensordnung in Europa, die auch dem deutschen Volk ein Leben in Freiheit und Sicherheit garantiert, kann nur verwirklicht werden, wenn vorher die Wiedervereinigung vollzogen worden ist" (1955). Auch nach dem 13. August 1961, als die Einheit Deutschlands zur Illusion zu werden schien, vertrat Thedieck unverändert den gesamtdeutschen Ansatz der Deutschlandpolitik und lehnte ein „deutsch-deutsches" Verständigungsbemühen ab. Mit Ausdauer und Geduld das Bewusstsein der Einheit und den Anspruch auf Einheit aufrechterhalten – das war sein Rezept: „Wenn es uns gelingt, dann wird der Wille des deutschen Volkes am Tage der Entscheidung wirksam werden" (7.5.1963). Er hat diese Haltung als realistisch und zugleich moralisch richtig empfunden. Und so wie die Geschichte verlaufen ist, bis zum glücklichen Erfolg der friedlichen Revolution in der DDR und der deutschen Wiedervereinigungspolitik 1989/90, durfte er sich bestätigt finden.

Im Glauben an die Kraft des deutschen Volkes, die Teilung und die Unterdrückung letztlich doch zu überwinden, ist Thedieck von der Grundorientierung an den Prinzipien des Alleinvertretungsrechts, der Freiheit und der Selbstbestimmung um keinen Deut abgewichen. Als im ersten Erhard-Kabinett aus Koalitionsrücksichten Erich Mende das gesamtdeutsche Ressort erhielt, ein Politiker der FDP, von der damals abwechselnd eine Deutschlandkonferenz der vier Siegermächte, eine Politik der „kleinen Schritte" oder als „großer" Schritt eine deutsch-deutsche Konföderation gefordert wurden, ersuchte er um seine Entlassung. Er wollte nicht die Verantwortung mittragen, wenn der deutschlandpolitische Kurs sich änderte. Er habe mit Adenauer angefangen, so sei es kein schlechter Abgang, auch mit Adenauer aufzuhören, so kommentierte der Staatssekretär seine Demission. Mit Wirkung vom 31. Januar 1964 wurde er in den vorzeitigen

Ruhestand versetzt. Vergeblich hatte Bundespräsident Lübke in einem ungewöhnlichen Schritt noch versucht, den Mann zu halten, der über 14 Jahre ein unermüdlicher Anwalt des ganzen Deutschlands war und für eine geradlinige, illusionsfreie Deutschlandpolitik stand, „die nie vergaß, mit welchem Gegner man zu tun hatte".

## V

Sein „Ruhestand" war nur eine Ruhepause. Nach einigem parteipolitischen Hin und Her wählte der Rundfunkrat des Deutschlandfunks Thedieck am 29. Juni 1966 im ersten Wahlgang mit Zweidrittelmehrheit zum neuen Intendanten der Kölner Sendeanstalt. Seit 1961 war er schon Vorsitzender des DLF-Verwaltungsrates gewesen, und als Staatssekretär hatte er auch schon die gesetzliche Basis dieses jüngsten Senders der Bundesrepublik wesentlich mitgeschaffen. Seine Wahl wurde freilich nicht einhellig begrüßt, weil er für viele eher die Politik der Stärke als die Entspannungspolitik repräsentierte, also mehr „von gestern" als der Mann eines innovativen Zukunftskurses zu sein schien. Man fragte sich zudem, ob ein Pensionär noch so dynamisch und schöpferisch wirken könne, um der Sendeanstalt die nötigen Impulse zu geben. Andererseits konnte niemand ernsthaft bestreiten, dass er über eine reiche Verwaltungserfahrung verfügte wie auch in der Sache „vom Fach" war.

Thedieck verstand seine neue Leitungsfunktion von Anfang an als „hochpolitisches" Management mit dem Ziel, der journalistischen Arbeit und der Programmgestaltung den Spielraum frei zu halten. Unter seiner Ägide kam es zur Unterzeichnung des „Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern" über eine vorläufige Regelung des Rundfunkgebührenwesens. Die Verhandlungen zur Sicherung der Finanzierungsgrundlage des DLF, der vom Bundeshaushalt und von jährlichen Beiträgen der Landesrundfunkanstalten lebte, beschäftigten ihn als „ungeregelte Geschichte" am meisten. Denn davon hingen letztlich Aufgabenerfüllung und Leistungsmöglichkeiten des Senders ab. Dazu gab es den Kampf um Sendefrequenzen. Erweiterungen der Informationsdienste „für beide Teile Deutschlands" sowie die Einführung neuer aktueller Sendungen und die Ausweitung des fremdsprachigen Programms, das vor allem im europäischen Ausland für die Lage Deutschlands „echtes Verständnis" wecken sollte, gehören in die Erfolgsbilanz der „Ära Thedieck" im DLF. Im Interesse einer differenzierenden Programmplanung wurde auch eine Neugliederung der Abteilung Politik und Zeitgeschehen vorgenommen.

Thediecks „Senderphilosophie" hieß: „Wir machen ein umfassendes Programm, aber das Leitmotiv ist immer die Spaltung Deutschlands." In diesem Sinn bestand er strikt auf politischer Ausgewogenheit, auf „Ausgeglichenheit in der Wiedergabe der Erscheinungsformen unserer pluralistischen Gesellschaft". Der DLF sollte nicht Sprachrohr der jeweiligen Regierung und der sie tragenden Parteien sein, sondern „Brücke" zu den Menschen in der DDR, „die nicht die Möglichkeit haben, sich umfassend und politisch ungefärbt zu informieren". So wehrte er sich in der Zeit der Großen Koalition (1966–1969) erfolgreich gegen die Zusammenlegung von DLF und Deutscher Welle, wie sie von Regierungsseite auch in der Absicht erwogen wurde, dadurch eher richtungs- und personalpolitisch Einfluß nehmen zu können. Auch den Neubau des Funkhauses am Kölner Raderberg-Gürtel brachte er auf die Planungsbahn. Das Ende seiner Intendantenzeit 1972 fiel mit dem zehnjährigen Bestehen des Senders zusammen. Rückblickend konnte er mit Genugtuung bilanzieren, dass es gelungen war, „das Vertrauen eines breiten Hörerpublikums in Ost und West zu gewinnen".

## VI

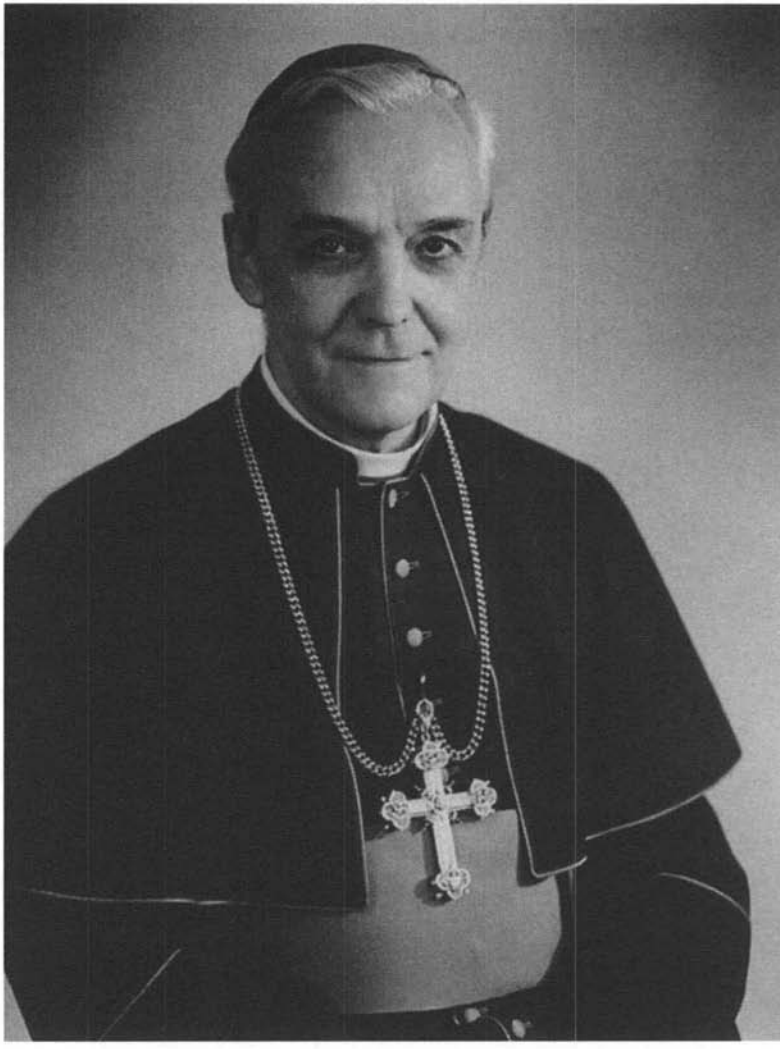
Sein Lebensweg sei „etwas absonderlich", fand Thedieck einmal und meinte, dass derselbe nicht zur Norm gemacht werden könne. Das mag sicher zutreffen für seine berufliche Laufbahn und für seine Lebensstationen in einer Epoche, die von zwei Weltkriegen und ihren bitteren Folgen geprägt wurde. Doch gilt das kaum für seine sittliche Lebenshaltung, seine Charakterstärke und seinen Verantwortungsgeist. Er war ein Vorbild darin, sich um der Sache willen zu engagieren und sich demokratischer Gemeinwohlverpflichtung zu stellen, stets zusätzlich zu den hauptamtlichen Aufgaben. 1969 wurde er im Beirat für Publizistik des Zentralkomitees der deutschen Katholiken tätig. Bereits 1964 hatte er zusammen mit seinem ehemaligen Staatssekretärskollegen Müller-Armack den Vorsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung für Politische Bildung und Studienförderung e.V. übernommen. Er sollte dieses Amt neben seiner aufreibenden Intendantentätigkeit zwei Jahre lang ausüben, wobei sein Aufgabenschwerpunkt neben der Verwaltungsleitung die Außen-, Deutschland- und Berlinpolitik umfaßte.

Schon in der Weimarer Republik hatte Thedieck die Erziehung zu politisch verantwortungsbewusstem Verhalten als notwendiges Element des demokratischen Gemeinwesens erkannt und gefördert. Auch von seinen Erfahrungen mit der politischen Bildungsarbeit des

Gesamtdeutschen Ministeriums konnte jetzt die CDU-nahe Stiftung profitieren. In der Zeit ihres Doppelpräsidiums wurden nachhaltig wirkende Entscheidungen getroffen. Neben die Bildungs- und Tagungsarbeit in Eichholz trat die wissenschaftliche Forschung, die das Renommee der Stiftung wesentlich erhöhte. Mit der Vergabe der ersten Stipendien startete die Begabtenförderung, die mit ihrem studienbegleitenden Seminarprogramm zur ideellen Förderung einen Qualitätsstandard setzte. Das Institut für internationale Solidarität erfuhr den Ausbau zu einem wichtigen Instrument christlich-demokratisch geprägter Entwicklungspolitik. Der Grundstein für das Archiv der christlich-demokratischen Bewegung wurde gelegt, und die Kommunalpolitik wurde erstmals zum Gegenstand eigener Forschungstätigkeit. Mit dem Namen von Franz Thedieck verbindet sich jedoch vor allem die Intensivierung der gesamtdeutschen Arbeit der Stiftung: Eine wachsende Zahl von Tagungen machte junge Deutsche und auch wichtige Multiplikatoren aus den europäischen Nachbarländern mit der Problematik der deutschen Teilung und mit dem legitimen Anspruch auf Wiedervereinigung vertraut.
Überschneidungen und Konkurrenzen von wissenschaftlichen und politischen Aufgabenstellungen hatten in dieser stürmischen Ausbauphase der Institution aber auch zu organisatorischen Unklarheiten und zu Differenzen über ihre Hauptzielsetzung geführt. Konflikte im Vorstand spitzten sich namentlich in der Auseinandersetzung um ein Studienzentrum zu, das die Auslandsarbeit der Stiftung wissenschaftlich begleiten sollte. Personalpolitische Entscheidungen, die Thedieck nicht mitzutragen bereit war, kamen hinzu. Als der CDU-Generalsekretär Bruno Heck dann noch mittels einer Neuordnung versuchte, die Stiftung enger mit der Partei zu verbinden, sah Thedieck die Unabhängigkeit der politischen Bildungsarbeit gefährdet. Da er nicht glaubte, „dass es dieser Arbeit gut bekommt, wenn die Stiftung zu einer Abteilung der Bundesgeschäftsstelle degradiert wird", legte er im Mai 1968 sein Vorsitzendenamt „nicht leichten Herzens" nieder.
Als elder statesman war ihm ein Lebensausklang von über zwanzig Jahren in Ruhe und Rüstigkeit beschieden. Noch im hohen Alter war er eine hochgewachsene, kräftige Erscheinung von straffer Haltung und ritterlicher Höflichkeit. Er behielt ein waches Interesse am politischen Zeitgeschehen, was sich in zahlreichen Leserbriefen, Zeitungsbeiträgen und Auskünften an forschende Wissenschaftler äußerte. Neben der deutschen Besatzungszeit in Belgien ging es dabei auch immer wieder um die Auseinandersetzung mit der Frage persönlicher Verantwortung im Unrechtsstaat. Entspannung suchte er auf Ferienreisen ins frankophone Europa, dem er sehr zugetan

war. 1992 starb seine um 13 Jahre jüngere Frau Hildegard geb. Bömer, die er in zweiter Ehe 1941 geheiratet hatte. Seine erste 1926 geschlossene Ehe mit Hildegard Bomm war 1940 geschieden worden. Beide Ehen waren kinderlos geblieben.

Die Würdigungen zu seinen „runden" und „halbrunden" Geburtstagen hoben regelmäßig seine Leistungen für die Wiedervereinigung hervor. Sie lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass er das Ereignis der Einheit vorbereiten half und in der Krisenzeit des Kalten Krieges eine Entwicklung verhütete, „die das Erreichen des Ziels unmöglich gemacht hätte". In handschriftlichen Notizen, die Thedieck hinterließ und die offenbar erste Skizzen zu geplanten Erinnerungen darstellen, hielt er ein Wort des französischen Schriftstellers François Mauriac fest, das zur Devise seines Lebens taugen mag: „...weil das wahre Drama die Politik ist. Wir spielen darin mit, ob wir wollen oder nicht."



# Gerhard Schaffran (1912–1996)

Kaum einer der früheren katholischen Bischöfe in der DDR wird bis heute so disparat beurteilt wie der Bischof von Dresden-Meißen (1970–1987) Gerhard Schaffran. Er selbst, durch die Kriegsereignisse und freiwillige Kriegsgefangenschaft dauerhaft geprägt, sah sich wohl vorrangig als Seelsorger, der den Ausgleich suchte. Gehorsam, Disziplin und Treue forderte er von sich selbst und anderen, und dies ließ ihn in den Augen der Zeitgenossen häufig als spröde erscheinen. Geschliffene Rede und mitreißende Rhetorik gehörten nicht zu seinen Stärken. Zudem zählte er nicht eben zu den Bischöfen, die der Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz, Alfred Kardinal Bengsch, einmal als „dialogbesoffen" bezeichnet hat. Bis heute bleibt es deshalb schwierig, auch nur annähernd ausgewogen manche seiner Handlungen darzustellen und zu bewerten.
Im März 1994 erschienen nacheinander in der „Bild-Zeitung" und der „Super Illu" zwei Artikel über den seit 1987 pensionierten Bischof von Dresden-Meißen, Gerhard Schaffran. „Weil die Stasi seine Arbeit schätzte. Bischof Schaffran bekam Villa für 25 000 Mark" war der eine überschrieben. Die „Super Illu" titelte: „Der Bischof und die Stasi. Auch die katholische Kirche kungelte mit der Stasi. Raten Sie mal, woher der Dresdener Bischof Schaffran sein wunderschönes Haus hat?" Initiiert worden waren die Äußerungen durch den Artikel einer Kieler Historikerin in der Februarnummer 1994 des „Deutschland Archivs" unter dem Titel „Katholische Kirche in der DDR und MfS". In mehreren Passagen hatte sie Schaffran angegriffen und ihm innige Beziehungen zu den Staatsorganen der DDR, der SED und dem MfS unterstellt. Schaffran selbst, der zu diesem Zeitpunkt schon schwer unter Alzheimer litt, konnte auf die Vorwürfe nicht mehr eingehen. In einer Stellungnahme des Bistums Dresden-Meißen wurden zwar alle Behauptungen sachlich widerlegt bzw. relativiert; zu einer völligen Rehabilitierung Schaffrans konnte es angesichts seiner Krankheit nicht kommen. Er, der 1981 als erster und einziger Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz einen Antrittsbesuch bei Erich Honecker gemacht hatte, galt auch für manche Gläubige als ein Vertreter derjenigen Katholiken, die Nähe zum Staat und seinen Vertretern suchten. Oberflächlich betrachtet scheint

es bis heute so, als habe er im Umgang mit den DDR-Machthabern andere Wege als seine bischöflichen Mitbrüder beschritten.
Im Zusammenhang mit der Meißner Synode und mehr noch ihrem Ende, 1970, wirft man Schaffran bis heute vor, er habe sie abrupt beendet. Dies wiegt umso schwerer, als sein von den Dresdnern geliebter Vorgänger Otto Spülbeck diese „vorwärtsweisende Meißner Synode" einberufen und mit existentiellem Einsatz voran gebracht hatte. Schon vor der Transferierung Schaffrans von Görlitz nach Bautzen 1970 war um die Rechtmäßigkeit dieser Synode, auch in der Bischofskonferenz, gestritten worden. So konnte er als neuer Bischof, selbst wenn er es gewollt hätte, weder Befürwortern noch Gegnern der Synode gerecht werden.

## I

Gerhard Schaffran wurde am 4. Juli 1912 in Leschnitz (Oberschlesien) als zweites Kind der Eheleute Karl und Elfriede Schaffran, geborene Porada, geboren. Zur Familie gehörten noch eine ältere Schwester (Hertha, geboren 1911) und zwei jüngere Brüder (Herbert, geboren 1914 und Karl-Heinz, geboren 1916). Der Vater, einer der „jüngsten Hauptlehrer Schlesiens", entstammte einer Eisenbahnerfamilie aus Hirschberg in Niederschlesien. Als Reserveoffizier wurde er am Beginn des Ersten Weltkrieges eingezogen; Anfang Dezember 1918 wurde er schwer verwundet und starb am 28. Dezember 1918 in der Nähe von Boulogne. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über Oberschlesien, die auch zur Räumung der Dienstwohnung des Vaters führte, entschloss sich die 36-jährige Witwe 1921, mit den vier Kindern nach Günthersdorf, Kreis Lauban, zu einer dort verheirateten Schwester zu ziehen, wo auch bereits die Großeltern untergekommen waren. Die 1917 in Leschnitz begonnene Grundschule setzte Gerhard Schaffran nur für ein Jahr in Günthersdorf fort.
Die Aussicht, Söhnen von gefallenen Offizieren in der Staatlichen Bildungsanstalt Berlin-Lichterfelde, der ehemaligen Kadettenanstalt, eine preiswerte schulische Ausbildung zu ermöglichen, nahm die Mutter gern wahr. Vier Jahre, von 1922 bis 1925, besuchte ihr Sohn Gerhard diese Schule, die sich vor allem auch durch militärische Disziplin und wenig kindgerechte Erziehung auszeichnete. Es scheint, als hätten diese Jahre wichtige Impulse für sein späteres Leben gegeben. Der militärische Habitus, das Leben in einer konfessionellen Diaspora und nicht zuletzt die Vorliebe für alles „Techni-

sche", die einen Schwerpunkt der schulischen Ausbildung darstellte, werden im Leben Schaffrans immer wieder eine Rolle spielen.
Der Halbbruder seines Vaters besaß in Görlitz eine kleine Fabrik, auf deren Gelände sich eine Wohnung befand, die er seiner Schwägerin anbot. Sie nahm das Angebot wohl vor allem deshalb an, um ihre Kinder, die in verschiedenen Orten wohnten und die Schule besuchten, wieder in einer Familie zu vereinen. Sie zog 1925 nach Görlitz. Im gleichen Jahr kam der „Kadett" von Berlin nach Görlitz, wo er die Ober-Realschule besuchte, die eine naturwissenschaftliche Ausrichtung hatte und seiner Begabung und Neigung für Mathematik entsprach. Als der Entschluss fest stand, Theologie zu studieren, wechselte er in das Reformrealgymnasium im gleichen Schulgebäude. Hier bot sich die Möglichkeit, als dritte Fremdsprache neben Englisch und Französisch Latein zu lernen. Als Gymnasiast wurde er vor allem von Kaplan Jungnitsch, einem eifrigen Anhänger der katholischen Jugendbewegung, geprägt. Das spätere Clemens-Neumann-Heim in Görlitz geht auf die Anregung und den Eifer der damaligen „Neudeutschen" zurück. 1932 legte Schaffran als einer der Klassenbesten das Abitur ab.
Im Herbst 1932 begann er das Studium der Theologie an der Theologischen Fakultät Breslau. Von Anfang an war Philosophie neben Dogmatik eines seiner Lieblingsfächer. Das Freisemester verbrachte er dann, vor allem um Heidegger zu hören, in Freiburg im Breisgau. Konsemester aus dem Theologenkonvikt und dem Priesterseminar Breslau schildern ihn, der wieder nach Breslau zurückkehrte, bis heute als „Führungspersönlichkeit".
Am 1. August 1937 spendete Adolf Kardinal Bertram in der Kapelle des Priesterseminars 67 Diakonen, darunter Gerhard Schaffran, die Priesterweihe. Im Anschluss daran erfuhr er, dass er Alumnatssenior werden sollte. Nach seiner Primiz am 8. August in Görlitz trat er die Stelle im Alumnat in Breslau an. Seine Aufgabe bestand darin, praktische Übungen zur Messfeier und Sakramentenspendung mit den Alumnen vorzunehmen und daneben auf die Einhaltung der Hausordnung zu achten. Mit Kompetenz verrichtete er diesen Dienst, bis er schließlich 1938 einer der drei Kapläne in der großen Arbeiterpfarrei St. Nikolaus in Breslau wurde. Eine seiner Aufgaben war es, als Präses des Kolpingvereins zu fungieren.
1940 wurde Schaffran zur Wehrmacht eingezogen und in Breslau-Rosenthal wie viele andere Geistliche zum Sanitätssoldaten ausgebildet. Zunächst als Sanitäter, später als Kriegs- und Divisionspfarrer, erlebte er den Krieg in Russland, um dann bei der Neuaufstellung einer Division im Westen seit 1942 seinen Dienst beim Küstenschutz in Holland und in der Normandie zu verrichten. Schließlich

wurde er 1943 nach Italien versetzt. Anfang 1945 auf Heimaturlaub in Görlitz, meldete er sich in das zur Festung erklärte Breslau, um den schwer heimgesuchten Bewohnern seelsorglichen Beistand zu leisten. Als schließlich ein Kriegsgefangenenlager im Norden Breslaus in die Sowjetunion verlegt werden sollte, die seelische Not der Gefangenen übergroß war und seelsorglicher Beistand von außen erschwert wurde, begab er sich freiwillig, nach Rücksprache mit zwei seiner früheren geistlichen Vorgesetzten, in das Lager, was ihn zunächst in Spionageverdacht und in den Bunker brachte.
Anfangs in einem russischen Lager in Aserbaidschan, dann am Kaspischen Meer musste Schaffran schwere körperliche Arbeit verrichten. Lediglich sonntags konnte er Gottesdienste halten. Als sich Anzeichen einer Schwächung seiner Gesundheit bemerkbar machten (in Folge von Typhus), meldete er sich als Ingenieur für Brückenvermessungen und kam so zusätzlich zu vielen Gefangenen auch an anderen Standorten, denen er als Seelsorger zu Verfügung stand. Zahlreich sind die Berichte seiner Mitgefangenen, die ihn als frommen, eifrigen, selbstlosen und stets hilfsbereiten Seelsorger schildern. Im Dezember 1949 wurde Schaffran entlassen; am 20. Dezember 1949 begann der Rücktransport, der schließlich am 4. Januar 1950 über die Stationen Frankfurt/Oder, Friedland und Köln in Pattscheid bei Leverkusen endete. Hierher war seine Mutter nach dem Ende des Krieges durch seinen Bruder Herbert geholt worden. Vorschriftsgemäß meldete er sich am 13. Januar 1950 schriftlich beim Kapitelsvikar Ferdinand Piontek zurück und signalisierte, dass er ab 1. März „zur Verfügung" stehe. Die prompte und äußerst nüchterne Antwort Pionteks vom 31. Januar bestimmte „Kriegspfarrer" Schaffran zum 1. März 1950 zum 1. Kaplan der Pfarrei Maria Königin in Cottbus. Schaffran gehörte zu den schlesischen Priestern, die sich für einen Dienst in der DDR bereit hielten und dem kirchlichen Vorgesetzten uneingeschränkt Gehorsam leisteten.
Angebote, in der Bundesrepublik zu bleiben, gab es: Der Regens der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Königstein/Taunus, Professor Erich Kleineidam, beabsichtigte, Schaffran zum Vizerektor der Hochschule zu machen. Außerdem sollte er eine bei Bernhard Poschmann vor dem Krieg begonnene Dissertation „Die Verzeihung der lässlichen Sünden" zum Abschluss bringen. Priesterliche Freunde und auch Familienmitglieder versuchten durch Briefe an die kirchlichen Vorgesetzten in Görlitz, die „Übersiedlung in die Ostzone" zu verhindern. Schaffran, der von diesen Aktivitäten nur andeutungsweise hörte, war darüber „ziemlich erschüttert", so dass er Piontek nochmals seine definitive Zusage gab.

In Cottbus nahm er nach zehnjähriger Unterbrechung als einer von drei Kaplänen wieder die „normale" Seelsorgetätigkeit auf. Die Diasporapfarrei, die durch Ostflüchtlinge enorm gewachsen war, bestand aus vielen Außenstationen, deren Besuche oft als Tagespensum mehr als 75 km Wegstrecke beanspruchten. Cottbus war zudem der geographische Mittelpunkt des Restteils der alten Diözese und so oft auch zentrale Begegnungsstätte. Außerdem war hier der Sitz der Caritas.

Der Geschäftsträger des Commissariates der Fuldaer Bischofskonferenz, Caritasdirektor Johannes Zinke, war häufiger Gast in Cottbus. Hier hatte er unmittelbar nach dem Krieg die Caritasarbeit geleitet und koordiniert. Er war Vorgänger Schaffrans als Kaplan in Breslau St. Nikolaus gewesen und mit ihm und seinem Lebensweg eng verbunden. Zinke sollte als Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholikentage den 75. Deutschen Katholikentag in Berlin, der vom 19. bis 24. August 1952 stattfinden sollte, vorbereiten helfen. Bereits wenige Wochen nach dem Dienstantritt besuchte Zinke Schaffran in Cottbus und bat ihn, in der vorbereitenden Kommission „Wie finden Christen Heimat?" mitzuarbeiten. Diesen Vorbereitungsarbeiten und vor allem der Verbindung zu Johannes Zinke verdankte Schaffran den Kontakt zu zwei Mitbrüdern, mit denen er zeitlebens freundschaftlich verbunden blieb: Hugo Aufderbeck und Alfred Bengsch. So unterschiedlich die Temperamente, theologischen Überzeugungen und später die kirchenpolitischen Auffassungen auch waren, Schaffran hielt in Treue an diesen Freundschaften fest.

Eine weitere Frucht der vorbereitenden Arbeiten zum Katholikentag war die Idee, Laien theologisch, asketisch, methodisch und praktisch zu schulen, um in den Gemeinden apostolisch tätig sein zu können. Zusammen mit Hugo Aufderbeck entwickelte Schaffran das Projekt eines Katechetenseminars. Im Mai 1951 war der Plan soweit gediehen, dass er den Vertretern der Seelsorgeämter und schließlich im Juli den Mitgliedern der Berliner Ordinarienkonferenz vorgelegt wurde. Schaffran war mit dem Aufbau in Görlitz betraut worden; am 23. Dezember 1951 erhielt er die Ernennung zum Leiter und Rektor des Seminars. Am 4. Februar 1952 wurde das Katechetenseminar in Görlitz eingeweiht. 17 junge Männer hatten sich für diesen ersten fünfmonatigen Kurs angemeldet. 15 Kurse mit 200 Teilnehmern hat Schaffran insgesamt als Dozent betreut. Einige Teilnehmer wurden Priester, einige gingen in den kirchlichen Dienst, die meisten zurück in ihren Beruf, um als Laien in den Gemeinden Dienste zu überneh-

men. Am 1. April 1962 wurde, ebenfalls von Schaffran initiiert, in Cottbus ein Katechetinnenseminar eröffnet. Es sollte in Halbjahreskursen „jüngere Menschen zum Apostolat in Gemeinde und Umwelt heranbilden". Bereits 1966 wurde es jedoch mangels zu geringer Teilnahme geschlossen. Die „Katechetinnen" wurden seitdem in Görlitz ausgebildet.
Seit 1952 war Schaffran auch mit der Gefängnisseelsorge in Strafanstalten des Erzbischöflichen Amtes Görlitz und des Bistums Meißen (Bautzen) betraut worden. Zusätzlich nahm er zahlreiche Aufgaben (z. B. Prosynodalexaminator) im Ordinariat wahr. 1956 wurde Schaffran zum Konsistorialrat ernannt. Am 1. September 1959 erhielt er die Anstellung als Dozent für Homiletik am Priesterseminar Neuzelle in der Nachfolge von Alfred Bengsch und wohl auch auf dessen Wunsch hin. Seine bisherigen nebenamtlichen Tätigkeiten behielt er bei.
Zum Titularbischof von Semnea und Weihbischof des Kapitelsvikars wurde Gerhard Schaffran am 24. November 1962 ernannt und am 22. Januar 1963 durch Erzbischof Bengsch in Görlitz, St. Jakobus, konsekriert. Mitkonsekratoren waren Hugo Aufderbeck und der Magdeburger Weihbischof Friedrich Maria Rintelen. Als bischöflichen Leitsatz wählte er den Leitgedanken der Hl. Theresia von Avila: „Dios solo basta". Die Berufung wurde im Erzbischöflichen Amt Görlitz verwundert, zugleich aber freudig aufgenommen.
Während der 2. Sessio des Zweiten Vatikanischen Konzils erreichte Schaffran die Nachricht, dass Kapitelsvikar Piontek gestorben sei. Er kam gerade noch rechtzeitig zur Beerdigung nach Görlitz. Am Tage nach der Beisetzung, am 8. November 1963, wählte ihn das Domkapitel zum Kapitelsvikar. Papst Paul VI. verlieh ihm kurz darauf alle Rechte eines residierenden Bischofs.
Im Rückblick dürften die „Görlitzer Jahre" als Kapitelsvikar wohl zu Schaffrans glücklichsten zählen. Mehr als eine quantifizierende Aufzählung seiner Seelsorgetätigkeit kennzeichnet seine Amtsführung eine Begebenheit aus dem Jahre 1969. Als es in seiner früheren Pfarrei Maria Königin in Cottbus Besetzungsprobleme gab, der Stelleninhaber bereits im Ruhestand war und der Nachfolger noch nicht abkömmlich, übernahm er als Pfarradministrator vom 23. Februar 1969 bis zum 4. Oktober 1969 selbst die Pfarrei mit allen Rechten und Pflichten.

## III

Nach dem Tod Otto Spülbecks, des Bischofs von Meißen, am 21. Juni 1970 schlug Kardinal Bengsch dem päpstlichen Nuntius in

Deutschland Gerhard Schaffran als Nachfolger vor. Für das Bistum galt hinsichtlich der Bischofswahl, dass der Heilige Stuhl unter Würdigung der vom Domkapitel und Bischof eingereichten Listen drei Kandidaten zur Wahl benennt. Zweifellos war die Intervention Bengschs erfolgreich gewesen und die römische Liste so beschaffen, dass nur Gerhard Schaffran als Kandidat in Frage kam. Die Ernennung zum Bischof von Meißen erfolgte am 12. September 1970. Die Amtsübernahme in Bautzen geschah am 23. September 1970. Der neue Bischof wurde zugleich stellvertretender Vorsitzender der Berliner Ordinarienkonferenz und später der Berliner Bischofskonferenz.

Bisher hatte er einem Jurisdiktionsgebiet mit etwa 70 000 Katholiken vorgestanden, während das Bistum Meißen damals ungefähr 340 000 Kirchenmitglieder zählte. Die Vorzeichen beim Amtsantritt waren ungünstig. Persönlich hielt man Schaffran für distanziert und unnahbar. Seine theologische und persönliche Nähe zum Berliner Oberhirten Alfred Bengsch und dessen Distanz zum Amtsvorgänger Spülbeck, der in hohem Ansehen stand, waren allgemein bekannt. Schaffrans Entscheidung, den bisherigen Generalvikar Johann Hötzel, einen qualifizierten Kanonisten, durch den Diözesanadministrator Heinrich Bulang zu ersetzen, ist als unglücklich zu bezeichnen. Als er 1972 den einflussreichen Caritasdirektor Hermann-Joseph Weisbender zum Pfarrer von Wechselburg ernannte, schien es Außenstehenden, als habe der Bischof die fähigsten Mitarbeiter verloren. Gerade an Weisbender, den Schaffran schließlich 1983 zu seinem Generalvikar berief, wird aber deutlich, dass er Personalentscheidungen unter sachlichen Gesichtspunkten zu treffen verstand.

Mehrere schwierige Aufgaben, die er von seinem Vorgänger übernommen hatte, galt es in der Folge zu lösen. Die kontrovers diskutierte und von Kardinal Bengsch torpedierte Meißner Synode war noch ohne Abschluss. Schaffran stand vor dem Problem, „ehrlicher" Vermittler zwischen den Fronten sein zu müssen. Gutachten westdeutscher Theologen wurden von unterschiedlichen Teilnehmern eingeholt. Schaffran hatte Georg May, Leo Scheffczyk und Rudolf Schnackenburg um einen Kommentar gebeten. Die Gutachten von May und Scheffczyk über die bisherigen Synodenpapiere waren negativ, alle anderen Stellungnahmen aber positiv. Merkwürdigerweise haben diese Gutachten keinen Einfluss auf den weiteren Gang der Dinge gehabt. Schaffran konzedierte im Februar 1971 die Weiterarbeit der Synode. Eine letzte Sitzungsperiode konnte stattfinden. Die Synodaldekrete III, IV und V wurden nur noch veröffentlicht, nicht mehr aber promulgiert. Die Dekrete I und II sollten nur „ad experimentum" für drei Jahre gelten. Am 24. Oktober 1971 endeten die

Plenarsitzungen der Synode. Eine Synodale Durchführungskommission wurde am 3. Dezember 1971 von Schaffran errichtet, ihre Arbeit aber nur halbherzig betrieben und schließlich eingestellt.
Indem er sich aber stets dafür einsetzte, dass die Beschlüsse der Diözesansynode in die Pastoralsynode der DDR einflossen, trug er dazu bei, dass in der „Pastoralsynode der katholischen Kirche in der DDR", die dann von 1973–1975 in Dresden tagte, zumindest indirekt wichtige Impulse aufgenommen wurden. Kaum jemand wusste damals, dass von anderer, römischer Seite eine Suspension der Meißner Synode „empfohlen" und eine Nichtapprobation der Texte in Aussicht gestellt worden war.
Die Meißner Bischöfe hatten ihren Amtssitz seit Wiedererrichtung des Bistums Meißen in Bautzen. Bischof Spülbeck hatte seit 1964 eine Verlegung des Bischofssitzes nach Dresden geplant, ohne konkrete Schritte ins Auge gefasst zu haben. Schaffran nahm gleich zu Beginn seiner Amtszeit in Dresden Wohnung und versicherte: er wolle nicht „Bischof von Meißen mit Sitz in Bautzen und Nebenwohnung in der Bezirksstadt Dresden" bleiben. Paul VI., so Schaffran, habe nach einem Blick auf die Bistumskarte auf Dresden gezeigt und gesagt: „Das ist Ihr Bischofssitz." Energisch und geschickt betrieb er die schrittweise Verlegung des Bischöflichen Ordinariates von Bautzen nach Dresden. Zunächst gegen den Willen des Staatsapparates, aber auch des bereits in Dresden angesiedelten Seelsorgeamtes und der Caritas, die ihre faktische Unabhängigkeit durch die bischöfliche Nähe gefährdet sahen, zogen nach und nach alle Teile der Bistumsverwaltung von Bautzen nach Dresden. Erst 1975 stimmten die staatlichen Verhandlungspartner dem Neubau eines Ordinariatsgebäudes mit der Bedingung zu, den Bau nicht im Stadtzentrum zu errichten. Den Ausschlag für die staatliche Genehmigung dürfte die sichere Einnahme der von der DDR dringend benötigten Valutamark gegeben haben.
Die feierliche Translation des Bischofssitzes, des Domkapitels und des Bischöflichen Ordinariates von Bautzen nach Dresden (1. Oktober 1980 Einweihung eines neuerrichteten Ordinariatsgebäudes) erfolgte am 25. März 1980. Die ehemalige Dresdener Hofkirche wurde zur Kathedrale erhoben, das Bistum erhielt den Namen Bistum Dresden-Meißen, und der Dom in Bautzen wurde Konkathedrale der Diözese. Eine Reihe von Kirchen, Gemeindezentren, sozialen Einrichtungen verdanken Schaffran ihre Entstehung. Die Wiederbelebung der großen Hofkirchenmusik an der Dresdner Kathedrale und die Einrichtung einer Domschatzkammer sind u. a. Zeichen seines kulturellen Engagements.

Am 13. Dezember 1979 war der Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz, Alfred Kardinal Bengsch, gestorben. Nachfolger wurde der Erfurter Weihbischof Joachim Meisner. Entgegen dem bisher praktizierten Modus wurde nicht er Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz. Am 17. Mai 1980 wurden „in geheimer Wahl der Bischof von Dresden-Meißen, Gerhard Schaffran, zum Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz und der Bischof von Berlin, Dr. Joachim Meisner, zum Stellvertretenden Vorsitzenden für die Dauer von sechs Jahren gewählt". Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, dass man dem neuen Berliner Bischof Zeit zur Einarbeitung geben wollte. Bereits nach zwei Jahren, am 7. September 1982, trat Schaffran als Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz zurück mit der Begründung „nach Erreichung des 70. Lebensjahres". Mögen auch andere Gründe – gemutmaßt worden war der vielfach kritisierte Besuch bei Honecker und das Veto gegen den Friedenshirtenbrief – ausschlaggebend gewesen sein: die Wahl zum Vorsitzenden war ohnehin nur als Interimslösung geplant gewesen. Für Schaffran, der mit dem Tod von Bengsch 1979 und Aufderbeck 1981 zwei Weggefährten verloren hatte, dürfte diese Resignation leichten Herzens erfolgt sein.
Bereitwillig übernahm er ab 1982 das Referat für Kultur und Kunst der Berliner Bischofskonferenz. Ab 1983 fungierte er als Mentor der Arbeitsgruppe „Iustitia et Pax". Als Bischof von Dresden-Meißen fiel die Verantwortung (Protektor) für den St. Benno Verlag in Leipzig in seine Kompetenz. Der bischöflichen Kommission für das Priesterseminar in Erfurt (Alumnat und Philosophisch-Theologisches Studium) gehörte er viele Jahre an. Durch großzügige Delegierung von Priestern zum Aufbaustudium trug er wesentlich dazu bei, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu sichern. An exponierter Stelle wird man ihn aber in der Bischofskonferenz nicht mehr finden.
Ein letzter Höhepunkt seiner Amtszeit sollte das Katholikentreffen vom 10. bis 12. Juli 1987 in Dresden werden. Am 23. November 1983 hatte eine im Dresdner Ordinariat gebildete Arbeitsgruppe Vorschläge formuliert, die sich allmählich konkretisierten und 1984 öffentlich bekannt gemacht wurden. Zahlreiche Konflikte auch mit staatlichen Stellen um Titel und Inhalt der „kirchlichen Großveranstaltung" sollten in den folgenden Jahren ausgetragen werden. Ein möglicher Papstbesuch zu diesem Anlass, den Schaffran begrüßt hätte, wurde aus kirchenpolitischen Gründen von den bischöflichen Mitbrüdern strikt abgelehnt. Engagiert unterstützte Schaffran alle Phasen der Vorbereitung und Durchführung des Katholikentreffens.
Aus Anlass seines 75. Geburtstages hatte Gerhard Schaffran Papst Johannes Paul II. gebeten, ihn zum 1. August – dem Tag seines Goldenen Priesterjubiläums – von seinen Pflichten als Diözesanbischof

zu entbinden. Der Papst hatte das Emeritierungsgesuch zum 1. August angenommen. Einen Tag nach seinem Geburtstag, am 5. Juli 1987, verabschiedete er sich mit einem feierlichen Gottesdienst in der Kathedrale des Bistums Dresden-Meißen, der ehemaligen Hofkirche, von Priestern und Gläubigen.

## IV

Das Zweite Vatikanische Konzil und seine Folgen war für die seit 1961 „eingemauerte" DDR und die von Isolation bedrohte katholische Kirche von enormer Bedeutung. Seit der zweiten Sitzungsperiode nahm Gerhard Schaffran am Konzil teil. Unter den ostdeutschen Teilnehmern galt er als Italienkenner, was dazu führte, dass Exkursionen an Wochenenden und an anderen freien Tagen vorwiegend von ihm organisiert bzw. geleitet wurden. Neben seiner Mitarbeit am deutsch-polnischen Briefwechsel von 1965 ist vor allem eine Zuarbeit für den Erzbischof von Utrecht, Bernardus Johannes Kardinal Alfrink hervorzuheben. Zusammen mit den damaligen Weihbischöfen Aufderbeck und Heinrich Theissing hatte er für Alfrink eine Intervention über den Dialektischen Materialismus vorbereitet. Am 25. Oktober 1964 konnten deren Initiatoren für Kardinal Alfrink erfreut konstatieren: „Kein Kapitel und keine neue Verurteilung des Kommunismus und des Dialektischen Materialismus." Die Teilnehmer aus der DDR hielten eine Verurteilung für pastoral unklug. Bei der Diskussion um das Schema 13 (Gaudium et spes) stand Schaffran ganz auf der Seite von Erzbischof Bengsch: „Auch wir waren mit der zu optimistischen Schau der Kirche in dieser Welt nicht einverstanden."
Infolge des Konzils kam es auch in der DDR zu einem innerkirchlichen Pluralismus. Bischof Aufderbeck und Bischof Schaffran versuchten seit 1968 im sogenannten Erfurter Gesprächskreis (EGK) ein Forum für Kleriker und Akademiker zu schaffen, um deren Unzufriedenheit mit kirchlichen Leitungsstrukturen und Zukunftskonzepten für einen fruchtbaren Dialog mit den Mitgliedern der Bischofskonferenz nutzbar zu machen. Man solle nicht nur „administrative Absicherungen und Abgrenzungen vornehmen", sondern auch „positive Ansätze auffangen", riet Schaffran den bischöflichen Mitbrüdern und präsentierte sich so als dialogbereiter Oberhirte. In der Ökumene-Kommission der Berliner Ordinarienkonferenz/Berliner Bischofskonferenz wurde er 1971 zum Vorsitzenden gewählt und behielt diese Aufgabe bis 1981 bei. Das römische Sekretariat für die Einheit der Christen berief Schaffran 1976 zum Mitglied; 1984 wur-

de er für weitere fünf Jahre in diesem Amt bestätigt. Meißner Synode und Pastoralsynode in der DDR waren für Schaffran wichtige und schwierige Wegmarken.
Von besonderer Bedeutung für den Bischof waren sowohl in Görlitz als auch in Dresden die Kontakte zu den osteuropäischen Staaten und deren Kirchen. „Brückenbauer zu Ostchristen" titulierten Zeitungen bei seiner Emeritierung. Zur russisch-orthodoxen Kirche unterhielt Schaffran gute Kontakte. Mehrfach hatte er zusammen mit anderen Bischöfen aus der DDR Länder des Baltikums besucht und beispielsweise in Litauen ostentativ Firmspendungen vorgenommen. Seit 1963 waren Nachrichten über katholische Wolgadeutsche in der UdSSR zu Schaffran gedrungen. Zunächst versuchte er die Nachrichten zu verifizieren. Als sich der Wahrheitsgehalt der Informationen immer mehr verdichtete, fragte er bei der Nuntiatur an, ob man in der UdSSR bereits Seelsorger eingesetzt hätte. Zudem leitete er Anfragen dort lebender Deutscher weiter, die die Jurisdiktionsverhältnisse und die Austeilung der Kommunion betrafen. Schließlich, nachdem der Heilige Stuhl und das Staatssekretariat mitteilen ließen, dass bisher hinsichtlich dieser Katholiken nichts unternommen worden sei, bekam Schaffran den Auftrag, Kontakte zu knüpfen und Seelsorgeansätze zu initiieren.
1967 nutzte er einen Romaufenthalt, um im Staatssekretariat die Problematik nochmals anzusprechen. Gaetano Kardinal Cicognani hatte ihm den Vorschlag gemacht, zunächst etwa 20 Unterschriften von Wolgadeutschen zu sammeln, um die seelsorgliche Hilfe in Gang zu bringen. Schaffran war umgekehrt der Meinung, man müsse über die sowjetische Botschaft in Ostberlin eine offizielle Beauftragung erbitten. Gleichzeitig versuchte er in Erfahrung zu bringen, ob beim Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny im Januar 1967 auch die Frage der religiösen Betreuung der Wolgadeutschen angesprochen worden sei. Als Ergebnis seiner Unterredung mit Cicognani erhielt Schaffran den Auftrag des Heiligen Stuhles, die „nötigen Schritte zu unternehmen, um den zahlreichen in der Sowjetunion wohnenden Katholiken eine gewisse seelsorgliche Betreuung zu sichern". Am 28. März 1968 fand in der Sowjetischen Botschaft in Ostberlin ein Gespräch mit dem Botschaftsrat Hotulew im Beisein von Prälat Otto Groß statt. Schaffran konkretisierte seine Vorstellungen über die Seelsorge dahingehend, dass er ein oder zwei Geistliche für eine bestimmte Zeit und für einen bestimmten Ort und nur mit Einwilligung der Behörden zu „stationieren" suchte mit der Aufgabe, „sich dort zu rein geistig-religiösen Zwecken" aufzuhalten. Das Gespräch brachte als Ergebnis nur die vage Zusage, dass die Anfrage Schaffrans weitergeleitet werde. Man benötige für weitere

Schritte eine Konkretisierung der Aufgabe durch eine bestimmte Gemeinde in Kasachstan und erst danach könne erneut verhandeln werden.
Die Sicherheitsorgane der DDR waren über den „Sowjettourismus der katholischen Kirche" informiert und hatten offenbar auch Kenntnis von den Verhandlungen Schaffrans. Zu einer unter seiner Leitung stehenden offiziellen seelsorglichen Betreuung der Wolgadeutschen kam es nicht. Seiner Initiative aber dürfte es zu verdanken sein, dass der Vatikan für diese Problematik sensibilisiert wurde und andere Wege der Pastorierung, vermutlich über Polen und Litauen, zu gehen suchte. Theologen und Priester des Görlitzer Jurisdiktionsgebietes haben vor allem in den Sommerferien Fahrten in die Sowjetunion unternommen. Die sich nach 1989 allmählich entwickelnde kirchliche Organisation in den früheren Staaten der Sowjetunion konnte auf Vorarbeiten dieser Geistlichen zurückgreifen.
Erfolgreicher waren Schaffrans Interventionen hinsichtlich der CSSR, zu deren Kirche er außerordentlich guten Kontakt hatte. Oft empfing er Besuch aus dem benachbarten Land; mehrfach pendelte er zwischen Prag, Görlitz und Berlin, um den Vorsitzenden der Berliner Ordinarienkonferenz/Berliner Bischofskonferenz Alfred Bengsch zu informieren. Schaffran hatte im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling" 1968 bereits im Vorfeld Situationsberichte über die dortige Kirche an den Heiligen Stuhl weiter gegeben, die dann dazu dienten, die „Friedenspriesterbewegung" zeitweise auszuschalten. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die geheimen Priesterweihen tschechischer Theologen, die Schaffran wie andere DDR-Bischöfe vornahm.

## V

Seit 1965 begann Schaffran regelmäßig nach Polen zu fahren. So war er im Mai 1965 mit dem damaligen Erfurter Regens Schenke in Breslau, Oppeln und Tschenstochau gewesen und hatte mit den dortigen Bischöfen, die er persönlich kannte, Gespräche geführt. Ende November 1965, am Rande des Konzils, hatte Julius Kardinal Döpfner Schaffran um ein Gespräch gebeten. Es ging um den von den polnischen Bischöfen geplanten „Versöhnungsbrief". Döpfner hatte den polnischen Bischöfen die Bischöfe Josef Schröffer, Franz Hengsbach und Otto Spülbeck als Ansprechpartner genannt. Schaffran, der vom Breslauer Bischof Boleslaw Kominek über diese Aktivitäten bereits informiert war, gab seiner Verwunderung Ausdruck, dass nicht Bengsch und er als die eigentlichen Betroffenen in

dieses Konsultativgremium aufgenommen worden seien. Döpfner betonte, dass er aus politischen Gründen auf eine offizielle Mitarbeit verzichtet hätte. Nun aber – der Brief der polnischen Bischöfe war zunächst ungeöffnet auf dem „römischen" Schreibtisch von Josef Kardinal Frings abgelegt worden und harrte einer raschen Antwort – bat Döpfner Schaffran, am Antwortbrief mitzuarbeiten.
Schaffran und Bengsch arbeiteten je einen Entwurf aus, der nach der Endredaktion in einen gemeinsamen Vorschlag zusammengefasst wurde. Schaffran hatte seine Gedanken in acht Punkten vorgelegt. Er schlug vor, dass der Vorsitzende der Berliner Ordinarienkonferenz, Bengsch, getrennt auf den Brief der polnischen Bischöfe antworten solle. Vor allem begrüßte er das polnische Angebot einer Einladung zum Millennium und forderte, den Begriff „Recht auf Heimat" neu zu definieren. Demnach solle man darunter „in der alten Heimat rechtens gewesen und aus ihr zu Unrecht vertrieben worden zu sein" verstehen. Eine Forderung nach Rückkehr sollte nicht aufgenommen werden. Vor allem diese Formulierung des „Heimatrechtes" gefiel Bengsch, so dass er sie in den gemeinsamen Vorschlag einarbeitete, der bei der bischöflichen Dreierkommission eingereicht und schließlich von der Gesamtkonferenz mit geringfügigen stilistischen Abänderungen gebilligt wurde. Der Warschauer Regierung waren die Redaktoren der deutschen Antwort augenscheinlich bekannt gemacht worden, denn als Anfang November 1966 Bengsch und Schaffran nach Polen reisen wollten, bekamen sie keine Einreiseerlaubnis.
In die Handlungsstränge der „Vatikanischen Ostpolitik" war Gerhard Schaffran mehrfach einbezogen. Als Kapitelsvikar der Erzdiözese Breslau in Görlitz standen er und sein Amt zeitweise im Mittelpunkt vatikanischer Diplomatie. Nachdem er im Juli 1966 wieder einmal in Breslau war, hatte er dort ein „offenes und vertrauensvolles" Gespräch mit Titularerzbischof Kominek; man sprach über den Fortgang der Ereignisse nach dem polnisch-deutschen Briefwechsel. Auch wenn nicht ausdrücklich thematisiert, wurden Fragen nach dem kirchlichen Status der ehemaligen deutschen Ostgebiete angesprochen. Nach einer vatikanischen Verständigung mit Jugoslawien stand seit Juni 1966 für vatikanische Diplomaten eine Lösung des deutsch-polnischen Problems im Vordergrund. Im Juni 1967 reiste Schaffran nach Rom und sprach im Staatssekretariat die Pläne zur kirchlichen Neuordnung der polnischen Westgebiete an. Er bedauerte, dass er bei der Ernennung von Apostolischen Administratoren im Mai 1967 nicht konsultiert worden sei, obwohl man ihm dies zugesagt habe.
Die Entschuldigung von Prälat Cecchini war diplomatisch: man habe unter Zeitdruck gestanden und es sei schwierig, Schaffran zu solchen

Konsultationen einzuladen. Der Bischof sprach auch einen Plan von Nuntius Corrado Bafile an, der vorgeschlagen hatte, Kominek solle Erzbischof von Breslau werden, aber ohne Jurisdiktion über den in der DDR liegenden Teil der Erzdiözese Breslau. Schaffran solle dann unmittelbar vom Heiligen Stuhl Jurisdiktion erhalten. Der Breslauer Kapitelsvikar machte im Staatssekretariat eindringlich klar, dass er gegen einen solchen Plan schwerste Bedenken habe, weil das gute Verhältnis zwischen Deutschen und Polen dadurch getrübt werde. Nach diesem Gespräch musste Schaffran wohl erkennen, dass seine Möglichkeiten bei einer Mitwirkung der zukünftigen kirchlichen Neuordnung der westpolnischen Gebiete nur marginal sein konnten. Zudem hatte Kominek, offenbar ohne Wissen Schaffrans, darauf gedrängt, in den neuen westpolnischen Gebieten Bischofssitze oder zumindest Administraturen zu errichten. Alle Interventionen Schaffrans und auch des Vorsitzenden der Berliner Ordinarienkonferenz, Bengsch, sollten unberücksichtigt bleiben. Schon 1966 hatte Bengsch befürchtet, dass jede Veränderung des Status in Breslau bedeute, dass Schaffran nicht mehr Kapitelsvikar sein könne und die Umsetzung vatikanischer Pläne Konsequenzen auch für die Kommissariate westdeutscher Diözesen in der DDR haben werde, was sich bewahrheiten sollte.

Durch den Vertrag der Bundesrepublik mit Polen vom 7. Dezember 1970 war der Weg zu einer Neuordnung der Diözesanverhältnisse in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße frei. Sofort nach der Ratifizierung am 17. Mai 1972 errichtete Paul VI. am 28. Juni 1972 in Westpolen vier neue Diözesen. In der Folge wurde das Erzbistum Breslau neu umschrieben und das Erzbischöfliche Amt Görlitz von der Erzdiözese Wroclaw abgetrennt. Gleichzeitig wurde eine „Apostolische Administratur Görlitz" errichtet. Anstelle des Kapitelsvikars Gerhard Schaffran, der dieses Amt noch bis zum 28. Juni 1972 bekleidete, ernannte der Papst Schaffrans engsten Mitarbeiter Bernhard Huhn zum Apostolischen Administrator.

Wieder einmal ist es der Gehorsam, der ihn hindert, Alternativen zu erwägen oder die Entscheidung des Vatikans grundsätzlich in Frage zu stellen. Möglicherweise sind dieser Charakterzug und negative Erfahrungen bei Gesprächen mit vatikanischen Stellen auch eine Verstehenshilfe für spätere Entscheidungen Schaffrans. Nicht zuletzt dürfte seine Verehrung für Papst Paul VI. eine Rolle gespielt haben. Als seit 1975 die vatikanische Ostpolitik auf eine Lösung der ostdeutschen Jurisdiktionsbezirke von den westdeutschen Bistümern und ihre Verselbständigung hinarbeitete, vertrat Schaffran eine abweichende Meinung. Während die meisten seiner ostdeutschen Mitbrüder den Status der Administratoren für ausreichend hielten, plä-

dierte er, obwohl Bistumsinhaber, für Administraturen, was einer Verselbständigung nahe gekommen wäre. Seine Erklärung dazu, Staat und Vatikan würden mit den bisherigen Regelungen ohnehin nicht zufrieden sein, dürfte vor allem auf eine interne Kenntnis der vatikanischen Ostpolitik und deren Gehorsam einfordernde Konsequenzen zurückzuführen sein.

## VI

Hat Schaffran einen anderen Weg gegenüber den DDR-Machthabern beschritten als den von der Bischofskonferenz und ihrem Vorsitzenden vorgegebenen, wird oft gefragt. Im April 1969 hatte ein Vertreter der Dienstelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen Schaffran in Görlitz besucht und war zu der Einschätzung gekommen, dass dieser „eine völlig lojale (sic) Haltung gegenüber unserem Staat" habe. Diese scheinbare Loyalität hinter verschlossenen Türen ist bis heute einer der Kritikpunkte an Schaffrans Amtsführung.
Am 15. Januar 1981 machte Schaffran, zu der Zeit Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, entgegen den bisherigen Gepflogenheiten, einen Antrittsbesuch beim DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Dieses Treffen wurde von Staatsseite propagandistisch ausgeschlachtet. Parallelen zum 6. März 1978, als Vertreter des Bundes Evangelischer Kirchen ein Grundsatzgespräch bei Honecker führten, wollte die katholische Kirche vermeiden. Dennoch führte der Besuch zu erheblichen innerkirchlichen Irritationen. Wie inzwischen bekannt ist, war der Besuch mit vatikanischen Stellen abgesprochen. Beim Gespräch wurden zwar keine Sachfragen besprochen, dennoch wurde von den anderen Bischöfen kritisiert, dass Schaffran nicht die Diskriminierung katholischer Jugendlicher – wie in der Bischofskonferenz verabredet – angesprochen hatte.
Am 4. Januar 1982 legte Schaffran in einem Gespräch mit Kardinal Meisner und Bischof Theissing sein Veto gegen die Verlesung eines gemeinsam beschlossenen Friedenshirtenbriefes ein. Inhaltlich ging es entschieden gegen die Militanz der SED, der sich vor allem Jugendliche widersetzten und einen „Sozialen Friedensdienst" forderten. Schaffran befürchtete offensichtlich bei Verlesung angedrohte Repressalien gegen die Kirche. Sein Einspruch war ein einmaliger Vorgang in der ansonsten kirchenpolitisch geschlossen agierenden Bischofskonferenz. Schließlich, nach einem neuen Entwurf des Erfurter Bischofs Wanke, konnte dieser Hirtenbrief doch am 2. Januar 1983 verlesen werden.

Verhandlungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen wurden üblicherweise in Ostberlin durch die von der Bischofskonferenz beauftragten Prälaten geführt, was 1977 nochmals fixiert worden war. An diesem Grundsatz hielt Schaffran offiziell fest. In seinem Bericht als damaliger Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz von 1981 heißt es: „Der Grundsatz der strikten Trennung von Kirche und Staat muß daher weiterhin befolgt werden, jedem Versuch ..., hier einen Einbruch zu erzielen – muß widerstanden werden. Es ist allerdings auch selbstverständlich, daß es im Verhältnis Staat und Kirche res mixtae gibt, die beide Seiten berühren. Gespräche mit staatlichen Stellen sind aber nur möglich entsprechend dem von der Berliner Bischofskonferenz gefaßten Beschluß von 1977." Im gleichen Jahr beauftragte Schaffran seinen langjährigen Verhandlungsführer beim Rat des Bezirkes Dresden, Dompfarrer Günter Hanisch, zu Gesprächen mit dem MfS, ab 1984 zusätzlich Prälat Othmar Faber. Schließlich bemühte sich auftragsgemäß Generalvikar Hermann-Joseph Weisbender seit 1984 um Kontakte zur örtlichen SED-Bezirksleitung und deren Vorsitzenden Hans Modrow. Zweimal, am 27. Februar 1986 und am 6. April 1987, kam es zu einer Begegnung Schaffrans mit Modrow. Gerade dies widersprach der internen Richtlinie der Berliner Bischofskonferenz, keine Gespräche mit der Staatspartei zu führen. Auch wenn Prälat Weisbender oft der Kontaktmann und Agierende war und Bitten des Staatsapparates an den Bischof weiterleitete, bleiben Fragen offen. Die Motive, warum Schaffran anders handelte als die meisten seiner bischöflichen Mitbrüder, können, wenn überhaupt, nur andeutungsweise eine Erklärung finden.

Der abwegige Vorwurf von 1994, Schaffran habe der Stasi seinen Altersruhesitz zu verdanken, entbehrt jeder Grundlage. Das Haus wurde ordnungsgemäß ohne Zwischeninstanz vom Rat der Stadt, Abteilung Wohnungswesen, erworben. Andere Unterstellungen, Schaffran habe eine neue Fahrerlaubnis durch seine Beziehungen zur Stasi erhalten und Geschenke entgegengenommen, gehen auf den geschönten Bericht eines Stasi-Offiziers zurück bzw. entstanden durch ein ungewolltes Präsent (Standuhr) zu seinem 75. Geburtstag.

Vieles an den kirchenpolitischen Aktivitäten des Bischofs erinnert an den von ihm hochgeschätzten Breslauer Kardinal Bertram, der eine Konfrontation mit dem Staat vermied, um die Seelsorge nicht zu gefährden und sich gesprächsbereit gab. Auch eine latent kritische Haltung zum „kirchlichen Berliner Zentralismus" und dessen kirchenpolitischer „Bevormundung" sollte als Motiv für Schaffrans abweichendes Handeln, vor allem nach dem Tode Kardinal

Bengschs 1979, erwogen werden. Sicher gilt, dass Schaffran einen partnerschaftlichen modus vivendi zwischen SED und Kirche zu erreichen trachtete und dies mit „seltenen Exemplaren vernünftiger Kommunisten" versuchsweise praktizierte.
Fest steht aber auch, dass Schaffran den Staat DDR, die SED und ihre Kirchenpolitik durchschaute und zu keinem Zeitpunkt konformistisch handelte. Ihm „staatstragende" Motive im Sinne des SED-Regimes zu unterstellen, wäre grotesk. Vielmehr erhoffte er durch Flexibilität und Gesprächsbereitschaft einen größeren Spielraum für kirchliche Interessen zu erreichen. Er selbst definierte seine Aussprachen mit Vertretern des Staates und der Einheitspartei als private Gespräche, die er mit jedermann zu führen bereit sei. Trotz dieser „Offenheit" schätzte man ihn staatlicherseits auch nach seiner Pensionierung 1987 noch so ein: „Schaffran ist nach wie vor ein Günstling des Vatikans. Er hat außerordentliche Bedeutung in der Verbindungsaufnahme im Auftrag des Vatikan zur Russisch-orthodoxen Kirche in der CSSR und Bulgarien." Dessen ungeachtet werden einige seiner Amtshandlungen auch weiterhin einer plausiblen und gerechten Beurteilung bedürfen.

## VII

Zurückgezogen lebte Schaffran nach seiner Emeritierung in Dresden, gezeichnet durch die beginnende Krankheit. Als die Ökumenische Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung im April 1989 in Dresden tagte, versuchte man staatlicherseits, den bereits schwerkranken Altbischof Schaffran zur Beeinflussung einzelner katholischer Delegierter in der Christuskirche in Dresden-Strehlen zu instrumentalisieren. Die Aktion blieb erfolglos.
Zu seinem 80. Geburtstag am 4. Juli 1992 erschien ein Portrait der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) mit dem Titel: „Kadett, Diplomat und Seelsorger". Die eingangs erwähnten Schlagzeilen vom Frühjahr 1994 boten in diffamierender Weise eine Erinnerung an einen Mann, der auch für Nichtchristen und ihre Zwangslagen ein offenes Ohr hatte und nicht selten mit staatlichen Stellen auch deshalb verhandelte, um ihnen gegen Willkür und Staatsomnipotenz zu helfen.
Nach langer, schwerer Krankheit starb Schaffran am 4. März 1996 in Dresden. In der ehemaligen Grablege der Wettiner, deren Rekonstruktion von ihm angeregt worden war, der heutigen Bischofsgruft in der Dresdner Kathedrale, wurde er am 11. März 1996 beigesetzt.

In zahlreichen Nachrufen wurde des „unerschrockenen Diplomaten im christlichen Auftrag" gedacht. Die Stadt Dresden wählte ihn unter die „100 Dresdner des 20. Jahrhunderts". Er sei ein „angesehener und geschätzter Seelsorger" gewesen, der sich darum bemüht habe, „den Zielen der pastoralen Arbeit in einer für die Kirche schweren Zeit gerecht zu werden". Am 14. Juni 2002 ehrte man Gerhard Schaffran mit einer Gedenktafel an seiner ehemaligen Schule in Leschnitz; ein zu diesem Anlass in polnisch und deutsch verfasstes Heft erinnert dankbar an seinen Dienst für „Gott und die Menschen". Sein enger früherer Mitarbeiter und „Nachfolger" in Görlitz, Bischof Bernhard Huhn, hob die geistliche Dimension des Amtsverständnisses von Schaffran ins Wort: er sei ein Mann der Kirche gewesen und ein brüderlicher Mensch und Bischof.



# Erwin Iserloh (1915–1996)

## I

Erwin Iserloh, auf der Höhe seines Lebens ein weltbekannter Gelehrter und ein in den Stürmen unserer Zeit bewährter Mann der Kirche, wurde am 15. Mai 1915 als jüngstes von drei Kindern in Duisburg-Beeck geboren. Sein Vater war katholischer Volksschullehrer, später Leiter einer kleinen Sonderschule, seine Mutter stammte aus einer rheinischen Buchdrucker- und Verlegerfamilie. Daß ein später prononciert katholischer Professor in einer solchen Familie heranwuchs, die Weltoffenheit mit Kirchentreue verband, ist etwas sozialgeschichtlich Typisches. Denn ähnlich wie das evangelische Pfarrhaus im protestantischen Deutschland schon früher, war die katholische Lehrerfamilie im späteren 19. und frühen 20. Jahrhundert eine Hauptpflanzstätte akademischen Nachwuchses. Dies bedeutete für die Eltern, denen selbst eine akademische Bildung versagt geblieben war, eiserne Sparsamkeit, um die höhere Schule und das Universitätsstudium der Kinder bezahlen zu können. Aber das leisteten sie gern.

Dahinter stand die gruppenspezifische Grundentscheidung, den sozialen Aufstieg der Kinder durch höchstmögliche Ausbildung zu fördern. Diese Aufsteiger bewiesen dann einen ähnlich zähen Willen bei der Durchsetzung katholischer Gleichberechtigung in der akademischen Welt durch unbestreitbare wissenschaftliche Leistungen. Als der junge Gymnasiast einmal eine mittelmäßige Klassenarbeit mit nach Hause brachte, hob sein Vater den Finger und fragte: „Müssen die Protestanten denn immer die Tüchtigeren sein?" Diese inzwischen weitgehend vergangene Lebenswelt heißt in der sozialgeschichtlichen Rückschau von heute „katholisches Milieu". Zu ihm hat Iserloh sich lebenslang bekannt.

Die Schule hat dem begabten Jungen offenbar wenig Schwierigkeiten bereitet. Obgleich er Abiturbester wurde, galt ihm in der Oberstufe das Gymnasium fast als Nebensache: Mittelpunkt seines Lebens war vielmehr der Bund Neudeutschland. Die damalige Bedeutung des „ND" für die ganzheitliche Formung einer breiten Schicht katholischer Gymnasiasten, von denen sehr viele Priester geworden sind und

mit dieser Berufswahl glücklich waren, kann man kaum überschätzen. Diese jungen Menschen lernten Lebensgestaltung vom Kern des Religiösen her: Christusfrömmigkeit nicht ohne marianische Akzente, konsequente Askese, hochgestimmte Ideale der Jugendbewegung und unbedingte Einsatzbereitschaft für das Gemeinwesen. Guardinis berühmter Satz (1922), daß die Kirche in den Seelen der jungen Menschen erwache, und daß dies ein religiöser Vorgang von unabsehbarer Tragweite sei, diese klassisch gewordene Formel für die Mentalität der heranwachsenden Eliten im katholischen Deutschland der späteren zwanziger und frühen dreißiger Jahre gilt uneingeschränkt auch für Erwin Iserloh.

Seine Generation drängte durchaus zu neuen Ufern in Lebensstil und Liturgie. In markantem Unterschied zur Gegenwart aber hielt sie sich gänzlich frei von modischen Ressentiments gegen die Bischöfe und gegen den Papst. Die Kirche als die rechtlich verfaßte Heilsanstalt sollte nicht abgeschafft, nicht ersetzt, sondern ergänzt werden durch die vor allem im Sakrament des Meßopfers als Leib Christi erlebte Kirche, als – wie man später gesagt hat – Volk Gottes. Die Elite der katholischen Jugend sagte ein bewußtes Ja zur konkreten Kirche. Sie wollte weniger die Anderen ändern als sich selbst, sie dachte weniger an das Ich als an das Ganze; kirchlicher Gehorsam galt daher nicht als freiheitsbedrohend, sondern als selbstverständliche Tugend.

## II

Iserlohs wohnten in Beeck vis-à-vis der katholischen Pfarrkirche. Am 5. März 1933, dem Tag der letzten halbwegs freien Reichstagswahlen in Deutschland, wehte bei ihnen noch die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik. Das gehörte zur notorischen Zentrumstradition seiner Familie, die auch Erwin mit allem Elan vertrat: seine Neudeutschland-Gruppe lebte deshalb in permanenter Konfrontation mit der Hitlerjugend. Als in den sechziger Jahren die Frage nach dem Verhalten der Kirche im „Dritten Reich" laut wurde, konnte er auf die Narben an seinen Armen und Händen verweisen, die aus den tätlichen Auseinandersetzungen mit der Hitlerjugend stammten. Die Chimäre eines katholischen Zugangs zum Nationalsozialismus, von dem anfangs einige Adlige und Intellektuelle, auch sein späterer Doktorvater Joseph Lortz vorübergehend geträumt haben, war für ihn keine Versuchung.

Das herrschende System antwortete darauf, indem es Iserloh nach dem Abitur, 1934, zunächst die Zulassung zum Studium versagte. Das

bedeutete ein erzwungenes Freijahr, in dem er sich als ND-Führer betätigte und außerdem Bücher gelesen hat: Platon (427–347 v. Chr.), Karl Adam (1876–1966), Theodor Haecker (1879–1945), Romano Guardini (1885–1968), Franz-Michel Willam (1894–1981), Josef Pieper (1904–1997), und Ähnliches mehr: eine, wie er selbst im Rückblick urteilte, gerade auch deshalb sinnvolle Auswahl, weil sie nicht ausgefallenen Spezialneigungen entsprach, sondern zeittypisch war. 1935 begann Iserloh sein Studium der Theologie in Münster. Am 14. Juni 1940 ist er dort von Bischof Clemens August Graf von Galen (1878–1946, seit 1933 Bischof von Münster) zum Priester geweiht worden. Sein Primizspruch lautete: „Wir wollen nicht auftreten als Herren über eueren Glauben, sondern als Mitarbeiter an euerer Freude" (2 Kor 1,24). Danach kam er in verschiedene Seelsorgs-Hilfsstellen, die ihm Zeit zum wissenschaftlichen Arbeiten ließen. Am 18. Juli 1942 wurde er in Münster mit dem Prädikat „Sehr gut" zum Doktor der Theologie promoviert. Lortz hatte Iserloh ein theologiegeschichtliches Thema gegeben: „Die Eucharistie in der Darstellung des Johannes Eck". Die Dissertation ist wegen des Krieges erst 1950 gedruckt worden.

Daß Iserloh Lortz-Schüler wurde, und zwar der bedeutendste unter ihnen, war teilweise Zufall. Zunächst, in seinem ersten Semester, war er in den engeren Kreis von Peter Wust (1884–1940) gekommen, der ihm bereits in seinem dritten Semester ein philosophisches Dissertationsthema über den mittelalterlichen Autor Petrus Damiani (um 1002–1072) gegeben hatte. Ehe diese Arbeit aber wirklich begonnen wurde, kam es zu einem Zerwürfnis Iserlohs mit seinem akademischen Lehrer, weil er im Seminar eine eigene Meinung über Kant zu selbstbewußt vertreten hatte. Auch als junger Student war er das Gegenteil von bequem und unterwürfig. Allerdings konnte der bedeutende Peter Wust auch besser dozieren als diskutieren, und er forderte damit Widerspruch geradezu heraus.

Etwas später entdeckte dieser Student durch Zufall am Schwarzen Brett die Ausschreibung einer Preisarbeit mit dem Thema „Der Kampf um die Messe in den ersten Jahren der Auseinandersetzung mit Luther" – in der Verbindung von Ereignisgeschichte mit Dogmatik ein typisch Lortzsches Thema. Das fesselte ihn. Er setzte sich hin, las Quellen, gab am Ende seines 4. Studiensemesters die Arbeit ab – und erhielt zu Beginn des Wintersemesters 1937/38 den Preis. Damit war der Weg zu Lortz geebnet.

Iserloh hat sich bereits als Student von den Lortzschen Grundauffassungen über die Reformationsgeschichte überzeugt. Dieser Konzeption ist er bis zum Lebensende im Grunde treu geblieben, wenngleich

auf seine Wissenschafts- und Geschichtsauffassung seit 1947 auch Hubert Jedins mehr problem-, ereignis- und allgemeingeschichtliche Fragestellungen nachhaltig eingewirkt haben. Iserloh als Reformationshistoriker ist nach Konzeption und Methode gewissermaßen zwischen die beiden älteren, Lortz (1887–1975) und Jedin (1900–1980), getreten. Diese drei zusammen bildeten dann im Zeitalter des Zweiten Vatikanischen Konzils das große Dreigestirn der katholischen Reformationshistorie Deutschlands.

## III

Luther hat seit 1520, schon vor seiner kirchlichen Verurteilung, die zeitgenössische Sakramenten-Theologie hinsichtlich des Meßopfers frontal angegriffen, weil er sie als historische Wiederholung des Kreuzesopfers mißverstand. Die Polemik um den Opfercharakter der Messe wurde ein zentrales Thema des theologischen Streites der zwanziger Jahre; denn in Luthers Denkweise war für die Messe als sakramentales Gegenwärtigsetzen des einmaligen Kreuzesopfers Jesu Christi kein Platz. Doch die meisten katholischen Kontroverstheologen haben auf die theologischen Einwände des Reformators nur unzulänglich zu erwidern gewußt. Dies war das Ergebnis der Iserlohschen Preisarbeit von 1937, die erst 1952 gedruckt worden ist; und dieses Resultat hatte er in seiner Dissertation am Beispiel von Johannes Eck (1486–1543) vertieft und konkretisiert. Dieser wichtigste und gelehrteste unter den deutschen Luthergegnern habe die theologisch zwar irrige, aber doch nicht einfach unbegründete Sakramenten-Theologie des Reformators nicht hinreichend beantworten können wegen seiner nominalistisch geprägten philosophischen Blickrichtung und Begriffsbildung. Dies wurde in der Doktorarbeit mit aller nötigen theologischen und historischen Gelehrsamkeit ausgebreitet. Und an dieser Einsicht hat Iserloh, der sich in den kommenden Jahrzehnten immer wieder mit den katholischen Kontroverstheologen des 16. Jahrhunderts und besonders mit Eck beschäftigt hat, festgehalten. „Auf einen schwerwiegenden Einwand der Reformatoren", heißt es 1984, „vermochte Eck trotz allen gelehrten Aufwands keine hinreichende Antwort zu geben". Ein solcher Satz ist natürlich mehr als reine Deskription: Kirchengeschichte war für Iserloh von Anfang an eine wirklich theologische Wissenschaft, wie er es in den siebziger und achtziger Jahren mehrfach zusammenfassend dargelegt hat.
Schon im Mai 1942, vor dem Rigorosum, war Iserloh auf eine selbständige Seelsorgsstelle in einer Fürsorgeanstalt für straffällig gewor-

dene Jugendliche in Wettringen ernannt worden. Das hätte ihn vor der Einberufung zur Wehrmacht bewahrt. Aber Anfang Dezember mußte er dies plötzlich aufgeben. Es stellte sich ihm jetzt die Alternative: Konzentrationslager oder Wehrmacht; denn die Gestapo hatte seine seit 1939 verbotene, aber systematisch fortgeführte Gruppenarbeit mit Jugendlichen aufgedeckt und wollte ihn wegen angeblicher „Zersetzung der Wehrkraft" belangen. Die Einberufung zur Wehrmacht galt als Chance, das Konzentrationslager zu umgehen. Eine Unterredung mit seinem Bischof verlief dramatisch, weil der junge Kaplan es zum Entsetzen Galens für ehrenvoller hielt, im Konzentrationslager umzukommen als für Großdeutschland in Rußland zu fallen. Der Bischof mußte ihm die Bereitschaft, Soldat zu werden, geradezu aufzwingen und hat einen Stellungsbefehl außer der Reihe erwirkt, der ihn nach wenigen Tagen dem direkten Visier der Gestapo entzog. So wurde Iserloh bei der Sanitätstruppe Soldat. Seit September 1943 bis zum Kriegsende war er an der Ostfront, wo er Schweres erlebt hat und zweimal verwundet worden ist.
Während seine beiden älteren, verheirateten Brüder gefallen sind, ließ ihn eine Kette gnädiger Fügungen das Kriegsende in einem Helmstedter Notlazarett erleben. So kehrte allein der jüngste aus dem Kriege nach Hause. Er wurde von der Diözese seit 1946 mit verschiedenen Seelsorgsaufgaben in Freckenhorst betraut; doch für wissenschaftliches Weiterarbeiten war dort kein Raum. Gelegenheit dazu bot sich erst, als der römische Emigrant Hubert Jedin ihn im Frühjahr 1947 zu einem Studienaufenthalt in den Vatikan einlud. Das Generalvikariat machte keine Schwierigkeiten; Mitte November trat der münsterische Kaplan als Konviktorist in das Priesterkolleg des Campo Santo Teutonico, direkt neben dem Petersdom, ein. Dort winkten einzigartige Arbeitsbedingungen. Am 1. Dezember 1950 kehrte er mit einer fertigen Habilitationsschrift nach Deutschland zurück.

## IV

Er war nach Rom gekommen, um zu forschen und zu lernen, und das ist ihm in reichem Maße gelungen. Mittelpunkt seines Lebens wurde aber nicht allein der Vatikan mit seiner Bibliothek und dem Geheimarchiv. Iserloh wollte vom Tiber nicht nur mit Belegstellen und Zettelkästen heimkehren; er suchte dort ebenso Allgemeinbildung. Daher interessierten ihn die Katakomben, die Kirchen, die Paläste und Museen ebenso wie die feierlichen Gottesdienste, Papstaudienzen und Heiligsprechungen. Zudem wohnten im Collegio Teutonico eine

Handvoll weiterer junger Kleriker, die ebenfalls die Habilitation vorbereiteten. Zu nennen wären August Franzen (1912–1972), Hermann Hoberg (1907–1992), Bernhard Kötting (1910–1996), Eduard Stommel (1910–1958) und Alfred Stuiber (1912–1981). Diese damals jungen Leute saßen oft bei einem abendlichen Schoppen Wein zusammen und diskutierten über Gott und die Welt. Dabei lernt man viel. Schließlich hat Iserloh in diesen Jahren Apulien und Sizilien ebenso wie die Adria-Küste kennengelernt.

Sein Hauptgeschäft aber war die Habilitationsschrift, welche William von Ockham (um 1286–1349) behandelte. Sachlich ging es, in Fortführung des Dissertationsthemas, um die Anfänge der nominalistischen Sakramenten- und Meßopfer-Theologie im frühen 14. Jahrhundert, methodisch um die textimmanente Analyse der sehr abstrakten, uns heute zum Teil fast abstrus anmutenden Gedankenführungen eines mehr als Philosoph denn als Theologe bedeutenden Franziskaner-Gelehrten, dessen für Iserlohs Thema einschlägige Werke nur handschriftlich vorlagen und zum Teil nicht geringe Leseschwierigkeiten bieten. Die 1956 als Buch erschienene Abhandlung über Ockham wirkt ein wenig wie eine Pflichtübung, ist jedenfalls nicht, wie das meiste andere aus Iserlohs Feder, auch mit Herzblut geschrieben. Den nötigen Nachweis der Gelehrsamkeit aber erbrachte sie allemal.

Dennoch gab es mit der Habilitation, die am 10. Juli 1951 in Bonn für die venia legendi „Kirchen- und Dogmengeschichte des Mittelalters und der Reformationszeit" vollzogen worden ist, ein fakultätspolitisches Problem. Denn Iserloh war Lortzschüler, und Lortz hatte 1945 sofort den münsterischen Lehrstuhl des 1935 politisch verdrängten Georg Schreiber (1882–1963) räumen müssen. So konnte Iserloh sich nicht in Münster habilitieren. Jedoch übernahm der 1949 aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrte Hubert Jedin die Betreuung der Iserloh-Habilitation in Bonn. Das erleichterte diesem zugleich die Möglichkeit, für die Nachfolge Schreibers berufungsfähig zu werden. Dessen Lehrstuhl hat er 1952/53 ein volles Jahr hindurch vertreten.

Während dieses Jahres ernannte Bischof Michael Keller (1896–1961, seit 1947 Bischof von Münster) den Bonner Privatdozenten am 30. März 1953 zum Direktor des „Franz-Hitze-Hauses" in Münster. Er sollte als Diözesanreferent eine breite Ausbildung für Schüler und Erwachsene in der Soziallehre der Kirche einrichten, was Iserloh in das Allgemein-Kulturelle hinein erweitert hat. Seine Position im Franz-Hitze-Haus war jedoch nicht als Dauerstellung gedacht, da sich bereits die Berufung zum außerordentlichen Professor für „Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit" in der Nachfolge Eduard

Hegels an der Theologischen Fakultät Trier abzeichnete. Sie ist am 10. Februar 1954 erfolgt.

## V

Ein volles Jahrzehnt hat Iserloh in Trier gelebt und gewirkt. Die Chance, 1955 den ehemaligen Berliner Guardini-Lehrstuhl, der an der Freien Universität neu errichtet werden sollte, zu übernehmen, hat er ausgeschlagen. Seine Fakultät honorierte die Ablehnung Berlins mit der Aufstockung des Lehrstuhls zum Ordinariat am 31. März 1955.
Als Iserloh Professor wurde, war er 39 Jahre alt; mit 68, am 31. Juli 1983, ist er emeritiert worden. Fast drei Jahrzehnte hindurch war also neben dem Schreibtisch das Universitätskatheder seine hauptberufliche Wirkungsstätte. Was er in diesen Jahrzehnten inneruniversitär für die Studenten und die Universitätsgremien bedeutet hat und was in dieser Hinsicht das Besondere an Iserlohs Profil gewesen ist, läßt sich schwer auf einen einfachen Nenner bringen. Sicherlich hat er die Aufgaben der akademischen Lehre stets ernst genommen; nachweislich hat er auch immer persönlichen Kontakt zu jungen Menschen, die für seine Ideale ansprechbar waren, gesucht und gefunden; und ohne Zweifel hat dieser Priester-Professor vielen Studierenden ohne viel Aufhebens geholfen und dadurch viel Gutes getan, übrigens auch materiell; denn wenngleich er sparsam war, so war er doch auch das Gegenteil eines Geizkragens. Und auch ein Mensch, der sich freuen konnte.
Insgesamt läßt sich eine ziemlich sichere Anschauung von Iserlohs Berufs- und Lebensstil gewinnen, wenn dreierlei erörtert wird: Erstens seine Aktivitäten durch zahllose Vorträge, zweitens seine große Darstellung der deutschen Reformationsgeschichte, und drittens die Veränderung seiner innerkirchlichen und inneruniversitären Position seit den späteren sechziger Jahren.
Punkt Eins: Iserloh blickte stets über den universitären Tellerrand hinaus. Er verstand sein Amt als einen öffentlichen Auftrag, der über die gründliche wissenschaftliche Ausbildung der ihm anvertrauten künftigen Theologen hinausging. Daher nahm er gern an Tagungen teil und übernahm oft Vorträge, die dann später gedruckt und nachgedruckt worden sind. Sie richteten sich in der Regel an eine breitere Öffentlichkeit. Iserlohs Verwurzelung im Verbändekatholizismus bot ihm zu solchen Veranstaltungen leichten Zutritt. Seine offizielle Position in den ökumenischen Bemühungen (er war u. a. Ökumene-Beauftragter seines Bistums und wichtiges Mitglied des ehemaligen „Stählin-

Jaeger-Kreises") tat ein Übriges. Seit den späteren fünfziger Jahren wurde Iserloh daher ein gefragter Redner und Beiträger.
Nach seinem 70. Geburtstag, 1985, hat er 63 dieser Vorträge und Aufsätze in zwei stattlichen Sammelbänden unter der Überschrift „Kirche – Ereignis und Institution" nachgedruckt. Sie sind ein eindrucksvolles Zeugnis für die Breite seiner Interessen und die Fruchtbarkeit seiner Feder. Band 1 hat den Untertitel „Kirchengeschichte als Theologie", und so heißt auch die Überschrift der ersten Aufsatzgruppe; eine zweite ist mit „Das Ringen um die Gestalt des Christlichen vom Mittelalter bis zur Neuzeit" überschrieben, eine dritte handelt von „Kirche und Katholizismus im 19. Jahrhundert", eine vierte heißt: „Kirche des 20. Jahrhunderts im Aufbruch". Die meisten dieser Vorträge waren aus aktuellem Anlaß entstanden. Das gleiche gilt für die Beiträge des zweiten Aufsatzbandes, der mit „Geschichte und Theologie der Reformation" den dauerhaften Schwerpunkt der Forschungen Iserlohs bezeichnet. Es geht darin um die „Anfänge der Reformation", um „Luthers Theologie in katholischer Sicht", um die „Neuere Auseinandersetzung um den Reformator", um den „Augsburger Reichstag 1530", um den „Umkreis der Reformation", um die Messe als „Das Sakrament der Einheit" und um die Entwicklung der Ökumenischen Bewegung in Deutschland bis zum Vaticanum II.

## VI

Gemeinsam ist diesen vielen kleinen Monographien ihre ökumenische Grundhaltung unter Verzicht auf konfessionelle Polemik und Apologetik, ihre klare Sprache, der unerbittliche Rückbezug auf die Quellen und Tatsachen, und nicht zuletzt der Mut, auch unbequeme Wahrheiten deutlich auszusprechen. Seine Fragen sind deutlich formuliert, seine Sätze klar gebaut, er verschweigt seine Prämissen nicht und nennt seine Quellen. Wer ihn hörte und las, spürte: es stand ein ganzer Mensch mit einem leidenschaftlichen Willen zur Wahrheit und einer unerschütterlichen Loyalität zu unserer Kirche hinter jedem Wort und jedem Satz. Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen.
Zuerst ist ein Aufsatz zu nennen, in dem der Trierer Kirchenhistoriker, kaum zum Vergnügen des Ortsbischofs, 1959, im Jahr der Wallfahrt zum Heiligen Rock, genau begründete, warum die in Trier aufbewahrte und verehrte Reliquie kaum materiell identisch mit Jesu Leibrock sein könne. Aber, so schloß Iserloh, das ist kein Argument gegen die Verehrung des Heiligen Rocks: es gibt schließlich im katholischen Reliquienkult nicht allein Körperreliquien, die wegen mate-

rieller Identität Verehrung beanspruchen dürfen, sondern auch heilige Bilder – wie etwa das Kreuz, das wir Karfreitag verehren. So sei auch der Heilige Rock wie ein Bild zu verehren. Das dürfe dem Kult keineswegs Abbruch tun, der ja nicht dem Tuch, sondern Jesus Christus selbst gelte. Und wenn in unseren Tagen die Fähigkeit des Kirchenvolks zur Bilderverehrung verblasse, so sei die richtige Konsequenz für die Kirche natürlich nicht, die Bilderverehrung abzuschaffen, sondern „in der Seelsorge die Menschen wieder bewußt zum Realisieren der Bilder zu erziehen". In dieser Argumentation steckt der ganze konservative Reformer Iserloh: einerseits unerbittlich die historische Wahrheitsfrage, andererseits ein granitener Wille zu kirchlicher Erneuerung – Erneuerung jedoch nicht durch Abschaffung katholischer Traditionen, sondern durch Hinführung des Kirchenvolks zu dieser Tradition und ihrem Sinn, also durch bessere Seelsorge. Das war drei Jahre vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil gesagt.

Das zweite ist Iserlohs zuerst 1961 begründete Darstellung der Wittenberger Vorgänge am 31. Oktober 1517. Jedem halbwegs historisch Gebildeten und vor allem jedem lutherischen Christen stand das durch zahllose spätere Gemälde und Zeichnungen, vor allem des 19. Jahrhunderts, vermittelte Bild des Reformators vor Augen, der ein Blatt mit 95 Thesen gegen Ablaß und päpstlichen Machtmißbrauch an die Schloßkirchentür zu Wittenberg annagelt, um zur akademischen Disputation aufzufordern, und damit die Reformation einleitet. Man hat geradezu noch den Nachhall der Hammerschläge im Ohr, wird doch seit 1617 im evangelischen Deutschland am 31. Oktober das Reformationsfest gefeiert.

Der Trierer Kirchenhistoriker stellte nun plötzlich die Beweisbarkeit dieses Faktums mit überraschend guten Gründen in Frage. Er wies nämlich nach, daß die Tatsächlichkeit eines Anschlags der Thesen des 31. Oktober erst nach Luthers Tod behauptet worden ist, daß hingegen ein Thesenanschlag am 31. Oktober im Widerspruch zu späteren Äußerungen Luthers steht. Widerspruchsloser und einfacher ließen sich folglich die Publikation der Ablaßthesen und damit der Beginn der Reformationsgeschichte erklären und verstehen, wenn man auf die Hypothese des Anschlags an der Wittenberger Kirchentür verzichte. Wohlgemerkt, es ging nicht um den Nachweis, daß tatsächlich Ende Oktober 1517 Luthers Ablaßthesen existiert haben, sondern allein um die Frage, ob sie durch Anschlag an die Kirchentür (oder durch zeitgenössische Briefe und Druck) publik geworden sind.

Was Iserloh zunächst, einem Wink des Verfassers dieses Lebensbildes nachgehend, in einer ausführlichen Rezension begründet hatte, wuchs sich bald zu einem umfangreicheren Aufsatz aus und hat

schnell zu einem kleinen Buch geführt, das in mehreren Auflagen und mit Übersetzungen in fremde Sprachen die gesamte interessierte Welt erreichte und Iserloh 1971 einen philosophischen Ehrendoktorhut in Chicago eingebracht hat. Über Nacht war nämlich das Problem des Thesenanschlags Gegenstand eines veritablen Historikerstreits geworden.

Weil Iserlohs Ergebnisse eine zentrale Vorstellung der Lebenswelt des deutschen Luthertums zur Legende stempelten, zitterten Emotionen und peinliche Polemik auch in die wissenschaftlichen Kontroverse hinein. Dabei konnte diesem katholischen Kirchenhistoriker niemand konfessionelle Abneigung gegen den Reformator nachsagen, nahm doch gerade er Luther und die Widerspruchslosigkeit späterer Lutherpassagen gegen diejenigen in Schutz, die Luther lieber in diesem Punkte Falsches sagen ließen, als auf die Thesenanschlags-Tradition zu verzichten.

Iserlohs letzte Monographie aus dem Jahre 1968 zu diesem Thema trägt den apodiktischen Untertitel: „Der Thesenanschlag fand nicht statt". Es sei dahingestellt, ob die Tatsächlichkeit des Nicht-Anschlags wirklich so eindeutig beweisbar ist, wie diese Formulierung es suggerieren möchte. Daß aber nach den methodischen Regeln der Geschichtswissenschaft die größere Wahrscheinlichkeit eindeutig für Iserlohs These spricht und gegen das Festhalten an dem früheren Geschichtsbild, dies ist schwer zu bestreiten. Auf einem ganz anderen Blatt steht hingegen, daß unsere elektronischen Massenmedien auch heute noch gern die Abendnachrichten des 31. Oktober mit dem Bild des hammerschwingenden Augustiner-Eremiten „verlebendigen": Der Weg von der Wissenschaft zur Lebenswelt ist in den letzten Jahrzehnten offenbar nicht kürzer, sondern länger geworden.

## VII

Auch aus diesem Grunde kommt Iserlohs großer, zusammenfassender Darstellung der Reformationsgeschichte, von der als Zweites zu sprechen ist, besondere Bedeutung zu. Sie erschien zuerst 1968 im Bande IV des Jedinschen Handbuchs der Kirchengeschichte. Dies war und ist ein Standardwerk mit weiter Verbreitung, das durch Übersetzungen auch in der amerikanisch/englisch-, spanisch- und italienischsprachigen Welt bekannt geworden ist. Der Zeitpunkt war glücklich gewählt; denn bei der Wissensexplosion, die im 20. Jahrhundert auch die geschichtlichen Wissenschaften erfaßt hat, fragt nicht nur die Lebens-, sondern auch die Fachwelt immer mehr nach Synthesen, die

zuverlässige Kenntnisvermittlung der Einzeltatsachen mit überzeugender Einordnung in die Allgemeinfragen verbinden.
Nach dem großen Schub, den das Zweite Vatikanische Konzil für die ökumenischen Bestrebungen bewirkt hatte, galt diese Herausforderung in besonderer Weise für die Kirchengeschichte des 16. Jahrhunderts. Sie muß erzählen, wie und warum das abendländische Christentum nicht zu der seit Jahrhunderten geforderten Gesamtreform gefunden, sondern sich in drei (oder, wenn man die Anglikaner mit einbezieht: in vier) konfessionelle Großkirchen aufgespalten hat. Über ein solch großes Thema kann nur ein erstklassiger Fachmann schreiben, welcher sich nicht mit zuverlässiger Darstellung der Einzelfakten begnügt, sondern die Details unter allgemeinhistorischen Aspekten überzeugend zu- und einzuordnen versteht. Dafür war Iserloh der richtige Mann. Seine Darstellung besticht durch drei Dinge: Erstens wird der Gang der Ereignisse explizit quellenorientiert erzählt; der Verfasser ist auf die originalen Texte selbst zurückgegangen, die den Verlauf des Geschehens dokumentieren und wörtlich zitiert werden. Zweitens sind seine Angaben bemerkenswert präzise. Iserloh besticht durch handwerkliche Solidität. Zuverlässigkeit ist das A und O für ein Handbuch, das auch dem flüchtigen Leser verläßliche Information bieten muß. In diesem Punkte haben sich als seine Helfer Vinzenz Pfnür und Klaus Wittstadt (1936–2003) sehr verdient gemacht. Drittens entwirft Iserloh ein durchaus kohärentes Geschichtsbild. Was ihm dabei vorschwebte, hat er selbst ausdrücklich formuliert: „Es soll keine ökumenische Kirchengeschichte geschrieben werden, sondern eine Geschichte der Kirche in katholischer Sicht, freilich in ökumenischem Geist." Das bedeute: „keine Nivellierung der Gegensätze, sondern eine gesteigerte Verpflichtung zur Wahrheit", an die wir uns zu halten haben (Eph 4,15).
Iserlohs Reformationsgeschichte kann in gewissem Sinne nie veralten, gerade weil darin viel von Theologie und wenig von Soziologie und Psychologie die Rede ist. Durch Nachdruck des Textes als Taschenbuch im Jahre 1969 hat sie einen ganz breiten Leserkreis gefunden, und 1982 hat er seine Darstellung, etwas gekürzt, erneut publiziert, diesmal unter dem Titel „Geschichte und Theologie der Reformation im Grundriß". Für viele studentische Generationen hat sich daher der Begriff „Reformationsgeschichte" mit dem Namen „Iserloh" verbunden.
Als Iserloh 1954 nach Trier kam, regierte noch Pius XII. die Kirche (Papst 1939–1958). Etwas verlegen informierte der Trierer Bischof Wehr (1892–1967, Bischof seit 1951) den jungen, als „modern" und „fortschrittlich" geltenden Professor, daß man in Rom meine, er möge

sich einer etwas weniger „kritischen" Art befleißigen. Ich habe Iserloh 1955 kennengelernt und von diesem römischen Monitum, das übrigens seine Berufung nicht verhindert hat, erst sehr viel später erfahren; aber ich habe nie den Eindruck gewonnen, daß ihn ein solcher Wink in dem, was er lehrte und schrieb, auch nur im geringsten hätte tangieren können. Betuliche Ängstlichkeit kirchlicher Behörden beeindruckte ihn nicht.
Dann kam 1958 Johannes XXIII. und brachte die Kirche mit dem 1962 eröffneten Konzil rasant in Schwung. Iserloh hat das Vaticanum II mit tiefer und lebhafter Zustimmung begrüßt und größte Hoffnungen für einen neuen Frühling der Kirche daran geknüpft. Diese Hoffnungen haben sich bekanntlich nicht erfüllt, im Gegenteil. Jedoch, er hat bis zum Lebensende unbeirrt daran festgehalten, daß dieses Konzil notwendig und gut gewesen sei. Wenn andere, angesichts der Erosion des Kirchlichen seit den späteren sechziger Jahren rückblickend die bange Frage stellten, ob das Zweite Vatikanische Konzil eigentlich insgesamt positiv oder negativ zu beurteilen sei, so verfocht er die Sache des Konzils und stellte sich auch öffentlich vor die Konzilsväter, vor die Bischöfe und vor den Papst. Um so kritischer wurde folglich sein Urteil über manche nachkonziliaren Veränderungen und Zustände in der Kirche, wofür er – inzwischen nach Münster zurückgekehrt – auch in der eigenen Fakultät mehr Anschauungsunterricht erhielt, als man während des Konzils für möglich hätte halten können und mögen.

## VII

Iserloh war Anfang 1963 auf Platz Zwei einer Vorschlagsliste für einen neu errichteten Lehrstuhl für Ökumenische Theologie plaziert worden. Als der erstplazierte Heinrich Fries (1911–1998) schließlich absagte, wurde in Münster versucht, den Zweiten der Liste, Iserloh, fernzuhalten. Es kam sogar zu einem dahin zielenden Fakultätsbeschluß. Kultusminister Paul Mikat hat Iserloh jedoch am 25. Februar 1964 den Ruf erteilt und nach den üblichen Verhandlungen zum 1. Juli 1964 ernannt. Iserloh wurde also in Münster zu einem Zeitpunkt nicht mit vorbehaltlos offenen Armen empfangen, als seine Stellung innerhalb der „nachkonziliaren" Kirche noch gar kein Streitpunkt sein konnte.
Das war auch noch nicht der Fall, als im Frühjahr 1966 Hegel die Nachfolge Jedins in Bonn übernahm und nun der kirchengeschichtliche Lehrstuhl in Münster frei wurde, an den Iserloh seit 15 Jahren

gedacht hatte. Die Fakultät setzte ihn auf Platz Eins, und der Minister leitete die Verhandlungen ein. Iserloh begründete den Wunsch zum Lehrstuhlwechsel mit der Aussicht, als Ordinarius der Kirchengeschichte wegen der Pflichtvorlesungen der Theologen „eine größere pädagogische Wirkung" ausüben und sich intensiver der Erforschung der Reformationsgeschichte widmen zu können. Am 9. März 1967 wurde er zum ordentlichen Professor der „Mittleren und Neueren Kirchengeschichte" ernannt. Dies ist er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1983 geblieben.

In diesen 16 Jahren hat er oft unter den hochschul- und kirchenpolitischen Verhältnissen in seiner Fakultät gelitten. Um so mehr fühlte er die Verpflichtung, mit allen Kräften für das, was er für richtig hielt, offen einzutreten und aller dubiosen Berufung auf einen angeblichen „Geist des Konzils" oder auf Interessen der pseudodemokratischen „Gruppenuniversität" zu widerstehen. Das hat er mit aller ihm eigenen Tapferkeit getan, auch wenn er sich nicht durchsetzen konnte. Dabei hat er auch nicht vergessen, die schwere Verantwortung der kirchlichen Führung zu betonen. 1969 hieß es am Ende eines Aufsatzes zur kirchlichen Lage: „Ob dieses Konzil ... die darauf gesetzte Reformerwartung erfüllt oder zur Enttäuschung führt, das wird ... davon abhängen, ob Charisma und Amt sich finden, ob Bischöfe und Papst dem in der ganzen Kirche wirkenden Geiste trauen und zugleich den Mut haben, Autorität zu sein".

Neben der Amtspflicht zum Vertrauen und zum Autorität-Ausüben wird aber auch das Kirchenvolk angesprochen. „Nicht weniger", fährt er nämlich fort, „[hängt es] auch davon ab, ob wir Charismatiker sind, d. h. uns dem Heiligen Geist, der uns zugesichert ist, öffnen, statt uns ... von Rechthaberei und Neuerungssucht leiten zu lassen, und, ob wir auf das Amt in Gehorsam, d. h. in Bereitschaft zu hören, zugehen". Diese Wenn-Dann-Formel enthält das nachkonziliare Programm Iserlohs für die Kirche. Seine Stichworte lauteten: Vertrauen und Autorität von oben, Öffnung und Gehorsam von unten. Daß ein solches Konzept quer zum Zeitgeist stand, war ihm bewußt.

Das, was sich nach seinen Worten in seiner Fakultät Theologie nannte, verknüpfte sich nach 1970 mit den unheilvollen Konsequenzen des in der Universität Münster vorschnell etablierten Organisationsprinzips der sogenannten „Gruppenuniversität" und der damit nahezu unvermeidlichen Politisierung sachbezogener Entscheidungen. Iserlohs Antwort darauf bestand in zwei Dingen: Erstens versuchte er innerhalb der Universität jede Position, die sich verteidigen ließ, zu halten. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Herausgabe der „Theologischen Revue", die er 1971 übernahm. Zweitens stellte er sich noch

intensiver als bisher für Aktivitäten im außeruniversitären Bereich zur Verfügung. Wichtig in dieser Hinsicht wurde die 1976 erfolgte Ernennung zum residierenden Domkapitular. Iserloh war ein ziemlich uneitler Mensch, aber er hat sich über diese öffentliche Anerkennung sehr gefreut, weil sie allenthalben als öffentliches Ja zu seinen kirchen- und fakultätspolitischen Positionen verstanden wurde. Die neuen Pflichten, die sich damit verbanden, und die Möglichkeiten, die sich daraus eröffneten, hat er gern wahrgenommen, auch über seine Entpflichtung im Jahr 1990 hinaus, so lange er das zu leisten vermochte.

Wichtig für seine Stellung in der akademischen Welt war auch die 1971 erfolgte Wahl zum ordentlichen Mitglied der Mainzer Akademie der Wissenschaften und Literatur. Dort hat er eine große, kritische Ausgabe der Werke und Briefe des Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811–1877, Bischof seit 1850) betreut, die seit 1977 erschien und die 1995 zum Abschluß kam. Die Figur dieses bedeutenden Bischofs, dessen Name im politischen Katholizismus über den Zweiten Weltkrieg hinaus noch durchaus lebendig war, ist durch diese Edition in neues Licht gerückt worden.

Als Drittes zu nennen ist die 1972 erfolgte Wahl Iserlohs zum Vorsitzenden der Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum. Dieser Gelehrtenverein hat satzungsgemäß die Hauptwerke der katholischen Theologen der Reformationszeit kritisch zu edieren und allgemein reformationsgeschichtliche Studien zu fördern. Iserloh hat diesen Vorsitz bis 1989 geführt. In dieser Zeit sind zehn Editionen erschienen, darunter die vorbildliche Publikation des „Enchiridion locorum" des Johannes Eck durch den reformierten Genfer Theologen Pierre Fraenkel. Zu nennen sind auch zwei große Tagungen, deren Konzept Iserloh entwarf und die er leitete. Bei der ersten, 1979 in Augsburg, an deren Gelingen seine Schülerin Barbara Hallensleben wesentlichen Anteil hatte, ging es unter großer internationaler Teilnahme um den Reichstag von 1530 und die Einheit der Kirche (auf die „Confessio Augustana" antwortete die katholische „Confutatio"); die zweite, 1986 in Ingolstadt, galt dem 500. Geburtsjahr des Ingolstädter Professors und Luthergegners Johannes Eck.

## IX

Im übrigen verstärkte Iserloh, wie erwähnt, seit den späten sechziger Jahren seine Aktivitäten in außeruniversitären Gremien innerhalb und außerhalb Münsters: Im Bistum übernahm er den Vorsitz einer Kom-

mission für Zeitgeschichte und der Ökumene-Kommission, und er arbeitete als gewählter Vertreter im Priesterrat mit. Außerhalb Münsters beriet er die Deutsche Bischofskonferenz in ökumenischen Fragen, gehörte zum Wissenschaftlichen Beirat des Johann-Adam-Möhler-Instituts für Ökumenik in Paderborn und der Abteilung Religionsgeschichte des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz, war Mitglied der (zuerst Münchener, später Bonner) Kommission für Zeitgeschichte seit 1970, war jahrzehntelang Vorstandsmitglied der Görres-Gesellschaft und, seit 1978, Mitherausgeber ihres Historischen Jahrbuchs sowie Mitdirektor ihres Römischen Instituts im Campo Santo Teutonico und Mitherausgeber der „Römischen Quartalschrift". Der Bundespräsident hat 1986 gerade diese außeruniversitären Aktivitäten durch Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

In diesen Gremien war Iserloh ein Mann von unbestechlichem Urteil, auf den man sich felsenfest verlassen konnte. Daher wog sein Votum unter Sachkundigen schwer. Wenn es nötig wurde, konnte er unbequem werden. Er strahlte Autorität aus, weil man wußte, daß er stets an die Sache dachte und dies ohne Schleichwege und ohne Winkelzüge vertrat – offen, gerade, in großer, unerschütterlicher Treue zu Herkunft, Kirche, Wissenschaft und Gemeinwesen.

Am 14. April 1996 verstarb Erwin Iserloh in Münster. Die Todesanzeige teilte mit, daß er seinen Lebensweg „in Würde und Ergebenheit" vollendet habe. Diese Formulierung umschrieb zutreffend Iserlohs schweren Lebensabend, der im letzten Jahrzehnt durch eine Alterskrankheit geprägt wurde, die sich unaufhaltsam verschlimmerte und seinen Aktionsradius mehr und mehr verengte. In seinen guten Tagen war er ein wahres Energiebündel gewesen, eine kraftvolle Gestalt – durchaus auch mit Ecken und Kanten, und von ständiger Ungeduld, gleichermaßen sachbezogen wie fordernd. Es war für ihn bezeichnend, gern zwei Treppenstufen auf einmal zu nehmen. Später, mit 80, wurde sein Gang schleppend. Er wurde mehr und mehr hilfsbedürftig und nach und nach an Haus und Bett gefesselt. Als er schließlich nicht mehr imstande war, zu schreiben und zu lesen, und als am Ende sogar die Sprache versagte, schickte er sich bescheiden darein, geduldig auf den Tod zu warten und mit folgsamer Freundlichkeit die beispielhaft treue Pflege anzunehmen, die ihm durch seine engere Umgebung zuteil geworden ist. Mit dieser letzten Wegestrecke hat er nicht die geringste seiner vielen Lebensleistungen erbracht.



# Hans Katzer (1919–1996)

## I

„Inmitten der Kölner Trümmerlandschaft der Kölner Dom – zwar beschädigt, aber er stand. Die Türme ragten zum Himmel, und das gab uns einen unglaublichen Mut, das machte Mut zum Neuanfang." So beschrieb Hans Katzer 1995 bei der 50-Jahr-Feier der CDU in Berlin die Aufbruchstimmung, der er sich 1945 als junger Kriegsheimkehrer nicht entziehen wollte und konnte. Unmittelbar nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt beteiligte er sich – im Sinne der Kölner Leitsätze vom Juni 1945: „Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist" und „Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen" – an zwei entscheidenden Initiativen, ohne die der schnelle Wiederaufbau des zerstörten Landes nach der geistigen wie materiellen Katastrophe wohl kaum geglückt wäre: am Neuanfang der Christlich-Demokratischen Union und am Neuanfang des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Beide Neugründungen wurden konstituierende Elemente des bald einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs und der politischen und sozialen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Die Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus beruhte aber auch – neben den neuen strukturellen Gegebenheiten – auf einer einmaligen Konstellation von Persönlichkeiten, die maßgeblich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt und umgesetzt haben. Zu den bekannten Namen wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard oder Alfred Müller-Armack sind noch weitere zu zählen, die heute fast vergessen sind: Theodor Blank, der zweite Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hans Böckler, erster Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und eben auch Hans Katzer, der Hauptgeschäftsführer und spätere Vorsitzende der Sozialausschüsse der CDU. Gerade er hat mit dem Arbeitnehmerflügel der CDU das soziale Element in die deutsche Volkswirtschaft eingebracht und katholisches Reformdenken mit Gewerkschaftsinteressen verbunden. Nicht ohne Berechtigung konnte er im Rückblick „ein gutes Gefühl" empfinden, „am

Wiederaufbau mitgewirkt zu haben, auch wenn man uns heute nachsagt, wir hätten nicht alles richtig gemacht".

## II

Hans Katzer ist am 31. Januar 1919 in Köln unweit des Doms als sechstes Kind der Eheleute Karl und Rosa (geb. Franke) Katzer geboren worden. Seine Mutter starb, als er sechs Jahre alt war; ihre Rolle nahm seine dreizehn Jahre ältere Schwester Rosa ein. Sein Vater war als böhmischer Schreinergeselle auf der Wanderschaft in Köln geblieben und dort zum Verbandsgeschäftsführer der katholischen Gesellenvereine, der Deutschen Kolpingfamilie, und zum Redakteur des „Kolpingblattes" aufgestiegen. Nach der sog. Machtergreifung der Nationalsozialisten mußte er nicht nur sein Stadtverordnetenmandat im Kölner Rat aufgeben, in den er 1919 für die Zentrumspartei eingezogen war, er verlor auch seine Stellung im Kolpingverein. Die Arbeitslosigkeit des Vaters und die Not der Familie – in der Erinnerung des späteren Sozialpolitikers blieb das unauslöschlich eingegraben –, zwangen Hans Katzer zum Verlassen des Realgymnasiums, das er mit der Mittleren Reife abschloß.
Diese Erfahrung war die Grundlage für eine seiner späteren Forderungen, „Bildungspolitik nicht als Privileg der Bessergestellten zu verstehen, sondern als Angebot an die breite Masse". Seine Ausbildung setzte er mit einer kaufmännischen Lehre und dem Besuch der höheren Fachschule für Textilindustrie in Mönchengladbach fort. Nach Abschluß seiner Lehre wurde er zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur Wehrmacht eingezogen. Wegen eines lebensgefährlichen Lungensteckschusses, den er im Winter 1941/42 in Rußland erhalten hatte, lag er ein Jahr lang im Lazarett und kam danach als Leutnant und Ausbilder von Fahnenjunkern nach Metz. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft konnte er 1945 nach Köln zurückkehren.
Als Schüler war er 1929 zur katholischen Jugendbewegung, zum Bund Neudeutschland, gestoßen, dem Verband der katholischen Schüler an höheren Lehranstalten, dessen letzter Leiter in Köln er im Dritten Reich bis zur erzwungenen Auflösung im Jahr 1939 war. Der Politische Katholizismus, der sich in Köln – bei aller Grundsatztreue – weniger durch Dogmatismus als durch ein hinreichendes Maß an Flexibilität charakterisieren läßt, sowie die katholische Soziallehre, auch ihre praktische Anschauung im Elternhaus, haben den geistigen und politischen Standort Hans Katzers nachhaltig geprägt. Im katholischen Milieu seiner Heimatstadt sind ihm Kenntnisse und Erfah-

rungen zugeflossen, auf die er sein Leben lang zurückgreifen konnte. Adolf Kolping, Carl Sonnenschein, Franz Hitze und Heinrich Brauns haben ihm durch ihr Denken und Wirken das sozialpolitische Rüstzeug für seine zukünftige Karriere vermittelt.
In der verpflichtenden Tradition der christlichen Gewerkschafter Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß, Theodor Körner, die im Widerstand gegen Hitler ihr Leben ließen, und nicht zuletzt im Sinne von Jakob Kaiser, der auch untrennbar mit dem Widerstand gegen die totalitäre Anmaßung des NS-Gewaltregimes verbunden ist, setzte er sich beim demokratischen Neubeginn für die überkonfessionelle Volkspartei, die Christlich-Demokratische Union, und eine parteipolitisch und weltanschaulich neutrale Einheitsgewerkschaft ein. Dieses Ziel – die Überwindung der Zersplitterung der Kräfte im konfessionellen, politischen und gewerkschaftlichen Raum – verband ihn nach 1945 mit der Mehrheit der christlichen Arbeiter. Ausgleich der sozialen Gegensätze, Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach christlichen Grundsätzen – diesen Zielen blieb er bis zu seinem Lebensende treu.
Politisch gänzlich unbelastet konnte er durch Vermittlung von Johannes Albers 1945 in die Dienste des Kölner Arbeitsamtes eintreten und von Anfang an aktiv am sozialen Aufbau Nachkriegsdeutschlands mitwirken. Sein berufliches Engagement wurde früh belohnt: Bereits 1948 – gerade 29 Jahre alt – war er in seinem Amt zum Abteilungsleiter avanciert, zuständig für die berufliche Fortbildung oder Umschulung all jener, die durch den Krieg aus der Bahn geworfen waren, wie Schwerkriegsbeschädigte und arbeitslose ältere Angestellte. Das war ein sozialpolitisches Feld, das ihm zeitlebens besonders am Herzen lag. Bei seiner Tätigkeit lernte er die Praktikantin Elisabeth Kaiser, eine Tochter Jakob Kaisers, kennen, die er 1949 heiratete. Aus der Ehe ging eine Tochter, Marie-Therese, hervor.
Auch für seine politische Karriere gab Johannes Albers, wie Katzers Vater vor 1933 Stadtverordneter, den entscheidenden Anstoß. Katzer gehörte zum weiteren Gründerkreis der Kölner CDU, wurde bald Mitglied des Parteivorstands (bis 1978) und beteiligte sich am Aufbau der Sozialausschüsse, deren Vorsitz im Kölner Verband er 1948 übernahm. Als Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) engagierte er sich stark für die Bildung und Erhaltung der Einheitsgewerkschaft.

Katzer zeigte sich in seiner entschiedenen Verteidigung der Einheitsgewerkschaft bestimmt von den Erfahrungen, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zu engeren Kontakten der bis dahin zersplitterten und gegnerischen Arbeitervertretungen und Ende April 1933 zur Überlegung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation geführt hatten. Hierin war er ein treuer Sachwalter Kaisers, der stets – auch nach dem massiven Einsatz des DGB für die SPD bei der Bundestagswahl 1953 – an der Idee der Einheitsgewerkschaft festgehalten hatte. Der Gründung der christlichen Gewerkschaftsbewegung 1955 stand er deshalb ablehnend gegenüber. Wie Kaiser forderte auch Katzer immer wieder die politische und weltanschauliche Neutralität des DGB ein. Anfeindungen scheute er nicht: Seine sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen leiteten wegen seiner wiederholten Warnungen vor einer „sozialdemokratischen Einseitigkeitsgewerkschaft" 1972 sogar ein Ausschlußverfahren gegen ihn ein, als ob die Verteidigung der Überparteilichkeit der Gewerkschaftsbewegung eine unanständige Sache sei. Trotz dieser Probleme blieb sich Katzer sehr wohl bewußt, daß der Einfluß der christlichen Gewerkschafter in der Geschichte der Arbeiterbewegung und im DGB bei weitem höher war, als die zahlenmäßige Überrepräsentanz von SPD-Mitgliedern zunächst vermuten ließ.

Das mäßigende Element der Christlich-Sozialen in der Arbeiterbewegung hatte sich schon in den Revolutionsjahren 1918/19 in der entscheidenden Frage Diktatur des Proletariats oder demokratischer Volksstaat gezeigt; sie waren es, die energisch die Position der Demokratie vertreten hatten. Und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus waren sie es, die maßgebend eine Veränderung der zunächst sehr konservativ-autoritären Vorstellungen Carl Goerdelers für das Deutschland nach Hitler in demokratischer und sozialer Hinsicht herbeiführten. Nach 1945 hat das Gewicht der christlichen Gewerkschafter und der von ihnen vertretenen christlich-sozialen Programmatik auch die klassenkämpferischen Konfliktstrategien der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung im DGB zurückgedrängt. Dieser Einfluß der christlich-sozialen Minderheit im DGB, in dem der CDU-Politiker Katzer die Rechtfertigung seines von manchem mit Kopfschütteln begleiteten Engagements erblickte, wurde seit den 1960er Jahren etwa im Bereich der Vermögensbildung und der Lohnfortzahlung besonders spürbar.

Als die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) unter ihrem Vorsitzenden Kaiser 1950 einen Hauptgeschäftsführer suchten, nutzte Hans Katzer die Chance und wechselte in die Politik. Seither hatte er am Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter als seinem Wurzelgrund und Zentrum festgehalten. Dort konnte er seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen entwikkeln und vieles davon in die Tat umsetzen. In diesem Sinn wirkte er auch als Vorsitzender der Jakob-Kaiser-Stiftung bis 1994, die er 1962 gegründet hatte. Er fühlte sich – im Geiste Jakob Kaisers – nicht nur der Sozialpolitik, sondern auch der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit verpflichtet, band jedoch seine nationalen Vorstellungen stets in das Konzept der europäischen Integration ein. Unter seiner Leitung führte seine Stiftung zahlreiche deutschlandpolitische Tagungen, deutsch-deutsche Gespräche und innerdeutsche Begegnungen durch. Im Adam-Stegerwald-Haus initiierte er ein Deutschland-Forschungsinstitut, und als die Wiedervereinigung 1990 erreicht war, machte er sich sofort für die Errichtung eines Jakob-Kaiser-Hauses in Weimar stark – in der Nähe des Konzentrationslagers Buchenwald, wo seine Frau Elisabeth 1944 von den Nationalsozialisten in Sippenhaft genommen worden war. Die Einrichtung sollte als Bildungs- und Begegnungsstätte für Menschen aus Ost und West eine Brücke für jene sein, die Freiheit und Demokratie in Europa verwirklichen wollen.

Als der bislang am längsten amtierende Vorsitzende der Sozialausschüsse beeinflußte er zwischen 1963 und 1977 nicht nur maßgeblich deren Profil, er prägte in diesen Jahren auch die Sozialpolitik aller Bundesregierungen entscheidend mit. Wegen seiner großen Verdienste, die er sich in seinen Funktionen als Hauptgeschäftsführer und Vorsitzender um die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft erwarb, wurde er 1977 nach dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit mit Sitz und Stimme im Vorstand gewählt. Der Verzicht zugunsten von Norbert Blüm fiel ihm schwer, war die CDA für ihn doch nicht nur seine politische Heimat, sondern auch die Hausmacht, mit deren Gewicht er in der Union seinen Vorstellungen immer erheblichen Nachdruck verleihen konnte.

Waren die CDU-Sozialausschüsse seine politische Basis, so wurde der Deutsche Bundestag das Forum, wo der agile Kölner und lebhafte Debattenredner, dessen mitreißenden Reden das Pathos nicht fremd war, seine Sozialpolitik propagierte. Erste parlamentarische Erfahrungen hatte er von 1950 bis 1958 im Kölner Stadtrat gesammelt. Wie später in der Bundespolitik lag bereits hier sein Arbeitsschwerpunkt als stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß Allgemeine Verwaltung, als Mitglied des Aufsichtsrats der Messe- und Ausstellungs-GmbH und als Mitglied des Kuratoriums des Forschungsinstituts für Sozial- und Verwaltungswissenschaften in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. 1957 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt, zunächst mit dem Direktmandat des Wahlkreises 68 (Köln III), dann ab 1965 über die CDU-Landesliste von Nordrhein-Westfalen. Von 1969 bis 1980 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion; nach der Wahlniederlage von 1972 wurde er 1973 zum „obersten Planungschef" bestellt und zum Koordinator der mittelfristig orientierten Arbeit in den wissenschaftlichen Planungsstäben von Fraktion und Partei.

Als Exponent des linken Flügels kam er 1960 auch in den Bundesvorstand der CDU, dem er bis 1980 angehörte. Gerne wäre er nach seiner Wahl in das Europaparlament 1979 noch MdB geblieben; ein solches Doppelmandat war aber vom CDU-Präsidium, dem er selbst von 1969 bis 1981 – ab 1979 mit der Zuständigkeit für Angelegenheiten des Europaparlaments – angehörte, ausgeschlossen worden. Er war nicht nur der prominenteste, sondern auch der kompetenteste Politiker, den die CDU für die erste europäische Direktwahl aufgestellt hatte. Seine europapolitische Orientierung hatte er schon 1951 im Kölner Rat unter Beweis gestellt, als er ausführte, „daß wir bereit sind, den nationalstaatlichen Souveränitätswahn, dem in grausamen Kriegen Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind, entgegenzutreten. Er (der Kölner Bürger) soll wissen, daß wir den Zusammenschluß der freiheitlichen Völker bejahen, weil wir zuerst und zuvorderst die Freiheit des Menschen garantieren wollen. Wir dürfen gewiß sein, daß insbesondere bei der jungen und mittleren Generation die Idee der Vereinigung der europäischen Staaten im Herzen lebendig ist."

Als erster Präsident der von ihm 1977 mit ins Leben gerufenen Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer – einer Art Sozialausschüsse in Europa – hatte Katzer schon vor der Wahl ins Parlament im Rahmen der Europäischen Volkspartei als Wortführer für sozialen Fortschritt und gegen sozialistische Gleichmache-

rei europäische Erfahrungen gesammelt. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Europaparlament (1984), in dem er von 1979–1982 auch als Vizepräsident wirkte, verfolgte Katzer engagiert das Zusammenwachsen der europäischen Staaten. Unermüdlich forderte er zu verstärkter europäischer Sozialpolitik auf, um den Ausbau Europas auch in sozialer Hinsicht, das heißt zur „Sozialunion" voranzutreiben.

## VI

Der Höhepunkt des an Ämtern und Funktionen so reichen Politikerlebens Hans Katzers und wie er selbst meinte, seine schönste Zeit, waren zweifellos die Jahre als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung von 1965–1969. In der Tat erlebte er hier seine erfolgreichste Phase, nachdem er seit 1957 in der Kärrnerarbeit der Ausschüsse des Bundestages – im Wirtschaftsausschuß, im Ausschuß für Arbeit, im Ausschuß für wirtschaftlichen Besitz des Bundes, im Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, im Ausschuß für Inneres – auf die Verwirklichung seiner an den Prinzipien der katholischen Soziallehre, an Personalität, Solidarität und Subsidiarität ausgerichteten Vorstellungen hingestrebt hatte. Schon in seiner ersten Wahlperiode war es ihm gelungen, die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion für die Eigentums- und Vermögenspolitik zu gewinnen. Das 312-Mark-Gesetz von 1961 und die Novellierung auf 624 DM von 1965 sind ohne Katzers konsequente Arbeit nicht denkbar.
Seine Anfänge im zweiten Kabinett von Ludwig Erhard, in das er am 26. Oktober 1965 eintrat, waren allerdings alles andere als einfach. Kaum im Amt, saß er bereits im sog. Streichquintett, das in einer wirtschaftlichen Rezessionsphase (Kohlenkrise) und bei enger werdendem Haushaltsrahmen konkrete Sparmaßnahmen einleiten sollte. Das Vorhaben scheiterte, ebenso wie der Versuch Erhards, selbst die „Streichung sozialpolitischer Übertreibungen" durchzusetzen. Dabei kam es im Oktober 1966 zu einer heftigen Konfrontation mit dem neuen Arbeitsminister. Günstiger wurde die Situation für den „Präzeptor der schwarz-roten Linken" in der Großen Koalition (1966–1969), weil er sich nun einer breiten Zustimmung von SPD, DGB sowie seiner Gefolgschaft in der Unionsfraktion sicher sein konnte. Dennoch: Lorbeeren seien kaum zu ernten, wurde ihm Anfang 1967 bedeutet, nachdem die Zeit der großen Sozialreformen mit Leistungsverbesserungen auf allen Gebieten ebenso vorbei war wie die Zeit, in der die Sozialpolitik aus dem Vollen schöpfen konnte. Da-

mals schrieb er: „Vielen von unseren Freunden wird es nicht leicht sein, Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik nicht mehr allein unter ethischen, sondern immer mehr auch unter wirtschaftspolitischen, fiskalischen, finanz- und konjunkturpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten." Davon war nicht zuletzt auch die von ihm angestrebte enge Verbindung der Sozialpolitik mit der Bildungspolitik betroffen.
Seiner Strategie, das sozialpolitisch Wünschenswerte mit dem wirtschaftlich und finanziell Möglichen zu verbinden, war insofern Erfolg beschieden, als er sehr bewußt die Sozialpolitik von ihrer bis dahin eher defensiven Anlage löste. In dieser Hinsicht ist seine Sozialpolitik richtungsweisend geworden für eine moderne Gesellschaftspolitik, die gleichwohl ordnungspolitisch den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet blieb: der Anerkennung des machtverteilenden Prinzips und der Absage an einen Laissez-faire-Kapitalismus als Antwort auf die Herausforderung des Sozialismus. „Der Mensch ist wichtiger als die Sache" – dieser Satz aus der Offenburger Erklärung der Sozialausschüsse von 1967 kann als Maxime seines politischen Handelns betrachtet werden.
Zum erstenmal wurde in seiner Ministerzeit ein Sozialbudget erarbeitet, das aufgrund der vorgelegten Zahlen längerfristige Planungen in die Zukunft erlaubte. Einige der mehr als 30 zwischen 1965 und 1969 bearbeiteten und verabschiedeten Gesetze reichten über die Ära der Großen Koalition hinaus, nicht wenige haben sogar historische Tragweite. So knüpfte z. B. das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter an das Recht an, das schon in den frühen dreißiger Jahren für Angestellte geschaffen worden war. Die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, die mit diesem Gesetz wie auch mit der Angleichung des Kündigungsschutzes der Arbeiter an den der Angestellten erreicht wurde, hat Trennmauern in der Arbeitswelt niedergerissen, die nach den Worten Katzers nicht mehr zeitgemäß waren. Allerdings hatten seine Erfolge, zu denen auch die Verbesserung der Kriegsopferversorgung, insbesondere auch die Anpassung der Renten der Kriegerwitwen, gehörte, den Effekt, daß die Beiträge der Rentenversicherung von 14 auf 17 Prozent anstiegen.
Auch das Arbeitsförderungsgesetz vom Mai 1969 mit seinen Regelungen für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hatte zukunftsweisende Bedeutung. Es ist vielen nicht mehr bewußt, daß die Nürnberger Bundesanstalt damals ihren Namen gewechselt hat – von „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" in „Bundesanstalt für Arbeit", was der Beginn der Entwicklung zu einem Dienstleistungsbetrieb gewaltigen Ausmaßes war. Die Gesetzgebung und die Umbenennung, die nicht als organisatorische Maßnahme mißdeutet werden darf, waren Schritte in Richtung einer

„ganzheitlichen Bildungspolitik". Was Katzer vorschwebte, war eine vorbeugende Politik, die durch rechtzeitige Anpassung der Arbeitnehmer, durch Unterstützung bei Schulung, Weiterbildung und Umschulung praktischer Begabungen, die Bedingungen schaffen sollte, Arbeitslosigkeit von vornherein zu verhindern oder ganz zu beseitigen. Mit dem Umbau von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung legte Katzer das Fundament für eine zeitgemäße Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

## VII

Als er nach 49 Monaten seinen Ministerstuhl räumen mußte, konnte er auf eine reiche Bilanz seiner Amtszeit verweisen. Er stand auf dem Gipfel seiner Karriere, auch wenn er eines seiner wichtigsten Ziele nicht hatte verwirklichen können: die überbetriebliche Mitbestimmung. Wie sein gesellschaftspolitisches Engagement insgesamt wurzelten seine Mitbestimmungsideen im sozialpartnerschaftlichen Gedankengut der christlichen Arbeiterbewegung. Sie waren am Leitbild einer Arbeits- und Ertragsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern orientiert, aus dem sich auch die Forderung nach Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit mit dem Ziel des möglichst einvernehmlichen Ausgleichs ableiten ließ. In seiner Partei glaubte er sich manchmal schon am Ziel seiner Wünsche, doch scheiterte er dann bei den entscheidenden Abstimmungen auf Bundesparteitagen: So unterlag er auf dem Hamburger Parteitag 1973 mit dem „Katzer-Modell", das die gleichwertige Vertretung der Faktoren Kapital und Arbeit in einem Unternehmensrat vorsah und sich von DGB-Vorstellungen nur durch ein anderes Wahlverfahren und die Einbeziehung des Managements unterschied. Mit großer Mehrheit setzte sich das Modell des CDU-Bundesvorstands durch, das zwar auch von einem partnerschaftlichen Verhältnis ausging, aber bei Patt-Situationen den Kapitalseignern die Entscheidung zubilligte.
Auch ohne direkte Verwirklichung seines Konzepts sah er den von ihm angestrebten Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 weitgehend verwirklicht. Die später abgeschlossenen Tarifverträge mit längerer Laufzeit, die den Sozialpartnern in einer Phase schwieriger struktureller Umgestaltung langfristige Planungen ermöglichten, begrüßte und verteidigte er emphatisch: „Das ist Partnerschaft!"
1972 stand Hans Katzer noch einmal im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Er, der im gleichen Jahr an die Gewerkschaften appelliert

hatte, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht mit sturer Lohn-Preis-Eskalation zu gefährden, wich plötzlich von seiner zurückhaltenden, mit der Rücksicht auf finanzielle Solidität begründeten Position in der Rentenfrage ab. Nach den Jahren 1966–1969 hatte er Rentenrücklagen bilden wollen, um mit ihnen in der folgenden Legislaturperiode seine Vorstellungen von einer „Reform" durchzusetzen. Aufgrund dieser Planungen und der optimistischen Einschätzung, daß die Reserven der Rentenversicherung bis 1985 auf über 190 Milliarden DM anwachsen würden, trat er als sozialpolitischer Oppositionsführer in Wettstreit mit der Regierung. Er nutzte die vermeintliche Gunst der Stunde für die Opposition, die sich kurz vor dem Ziel erneuter Regierungsübernahme wähnte. Denn SPD/FDP hatten im Parlament ihre Mehrheit verloren; trotz eines attraktiven Rentenprogramms war an eine Durchsetzung ihrer Politik gegen die Opposition nicht zu denken. Damit eröffnete sich die Chance, einen sozialpolitischen Erfolg für die CDU/CSU zu erzielen, der wegen der schwachen innenpolitischen Bilanz der SPD/FDP-Koalition möglicherweise sogar wahlentscheidend sein konnte.

Trotz erheblicher Bedenken von Seiten der Finanzexperten seiner Fraktion entwickelte Katzer ein Gegenprogramm, das über den Gesetzentwurf der Regierungsparteien weit hinausging: Anhebung der Renten auf ein Mindestniveau von 45 Prozent des entsprechenden Bruttoarbeitsentgelts. Die sozialliberale Leistungsliste wurde so ausgerechnet in ihrem vermeintlichen Stammbereich in Frage gestellt. Der parlamentarische Erfolg war Katzer bei dieser günstigen Konstellation zwar sicher, allerdings kam das weder ihm noch seiner Partei zugute: Die Regierungsparteien gewannen trotzdem die Wahl, denn die Deutschland- und Ostpolitik der Brandt-Regierung dominierte in der öffentlichen Wahrnehmung, während die auf verschiedene Fehlprognosen zurückgehende Rentenreform von 1972 die späteren Probleme der Rentenkassen mitverursachte und zu einer schweren Belastung der Sozialpolitik führte.

Auch wenn Hans Katzer noch wichtige Funktionen in Fraktion und Partei nach 1972 bekleidete, sein Stern begann merklich zu sinken, zumal er mit seinem manchmal „hitzig aufbrausenden Temperament" (Karl Carstens) zu keiner Zeit ein bequemer Parteigenosse war: 1972 trat er – sicher von den nationalen Vorstellungen Jakob Kaisers geprägt – zusammen mit Rainer Barzel, Helga Wex, Konrad Kraske, Walter Leisler Kiep u.a. zunächst für die Annahme der Ostverträge ein, von denen er positive Auswirkungen auf die deutsche Frage erhoffte, enthielt sich aber aus Parteiräson bei der entscheidenden Abstimmung im Bundestag der Stimme. Er lehnte parteiin-

tern das konstruktive Mißtrauensvotum gegen den ohne Mehrheit dastehenden Kanzler Willy Brandt ab und plädierte dafür, die Mißtrauensfrage nur und erst im Zusammenhang mit einer Abstimmungsniederlage der Regierung beim Haushalt zu stellen. Er zählte mit seinem Freund Rainer Barzel 1972 zu den 15 Befürwortern des Polenabkommens. Trotz dieser in der Union nicht mehrheitsfähigen Vorstellungen wurde er im 1972er Wahlkampf neben Franz Josef Strauß und Gerhard Schröder als einer der drei wichtigsten CDU-Politiker neben dem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel herausgestellt, und auch 1976 zählte er noch zur Mannschaft des Kanzlerkandidaten Helmut Kohl.

Mit Vorschlägen, die ihm nicht immer Freunde eingetragen haben, ist er oft seiner Zeit voraus gewesen: So forderte er bereits 1970, lange bevor die Parteifinanzierung und der „gläserne Abgeordnete" in die Schlagzeilen gerieten, die Offenlegung der Beraterverträge von Parlamentariern. 1977 eckte er nicht nur bei Parteifreunden an, sondern zog sich auch den Unmut der Öffentlichkeit zu, als er um der Sicherung der Renten willen den Rentnern einen Zuschuß zur Krankenversicherung und den Aktiven höhere Beiträge zur Rentenversicherung abverlangen wollte. 1978 schließlich regte er – ohne Erfolg – die Berufung eines Seniorenbeauftragten der Bundesregierung an, der angesichts des ständig wachsenden Anteils der älteren Mitbürger an der Gesamtbevölkerung die „Altenpolitik" koordinieren sollte. 1984 – mit dem Eintritt ins Rentenalter – zog sich Katzer aus der aktiven Politik zurück. Nur noch gelegentlich meldete er sich mit Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Sozialpolitik zu Wort. Am 18. Juli 1996 ist er im Alter von 77 Jahren in Köln gestorben.

## VIII

Architekt, nicht Politiker, habe er werden wollen, ließ er einmal wissen. In seiner konsequenten ungekünstelten Art ist er aber in der Politik zu einem Architekten geworden – mit aufbauenden Ideen und Aktivitäten im Interesse des sozialen Ausgleichs, der Partnerschaft und des Gemeinwohls. Unumstritten war er mit seinen Vorstellungen jedoch nie: Seine Gegner bezeichneten ihn als „Sozialromantiker", als „Unternehmerschreck" oder als „radikalen Linksaußen der CDU"; seinen Freunden jedoch galt er als kühl kalkulierender „sozialer Neuerer", dem maßgeblicher Anteil an der Entwicklung des bundesdeutschen Sozialstaats zukam. Jenseits aller politischer Auseinandersetzungen unterstreichen zahlreiche Ehrungen das breite Spektrum der Anerkennung, die er über alle Partei- und Verbands-

grenzen hinweg erfuhr: 1969 erhielt er das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland mit Stern, 1973 die Auszeichnung mit Schulterband.
1987 wurde ihm der „Hans-Böckler-Preis" verliehen, den vor ihm schon Herbert Wehner und der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning erhalten hatten. Der DGB würdigte ihn in seiner Laudatio als einen Mann, „der ein Stück deutscher Sozialgeschichte geschrieben" habe und dessen Lebenswerk „im besten Sinne für die Tradition der christlich-sozialen Bewegung und für die Zusammenarbeit der Demokraten in der Einheitsgewerkschaft" stehe. Für seine besonderen Verdienste um den inneren und sozialen Frieden und um die Partnerschaft in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft erhielt er schließlich im Oktober 1987 den „Ludger-Westrick-Preis", den der langjährige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Bundesminister unter Ludwig Erhard in Verbindung mit der Firma Honeywell gestiftet hat.
Preise und Würdigungen von Seiten beider Sozialpartner stellen nicht nur die Krönung eines imposanten Lebenswerks dar, sie charakterisieren auch präzise die Position, die Katzer in seinem gesamten politischen Wirken mit Nachdruck, Leidenschaft und Energie eingenommen hat. Es war die Position des Ausgleichs und der Balance, wie sie der christlichen Soziallehre entsprach. Die christlich-soziale Anschauung war ihm gewissermaßen in die Wiege gelegt worden; er repräsentierte beispielhaft jenes geistige Milieu, das noch vor wenigen Jahren zu den konstanten Größen der Wahlsoziologie zählte, heute aber mehr und mehr in den Hintergrund tritt.



# Luise Rinser (1911–2002)

Sprachskepsis und Wirklichkeitsverfall, wie sie kennzeichnend für die Avantgarde der europäischen ‚Moderne' gewesen sind, haben das Werk von Luise Rinser nicht nachhaltig beeinflussen können. Die Autorin hatte nie daran gezweifelt, daß sie die Gabe des Schreibens besitze und ihren Lesern etwas zu sagen habe, und umgekehrt gilt, „daß ein großer Teil der Leser Luise Rinsers Menschen sind, die irgendeine Art von Lebenshilfe suchen" (H. *Falkenstein*).

Literatur ist für Luise Rinser ein Dialog mit dem Leser, und zwar ein Dialog mit vorab klar definierten Rollen. Die Autorin will lehren, gelegentlich auch belehren; sie hat immer, wie sie in ihrem Tagebuch *Septembertag* einmal vermerkt, auf den Nutzen der Literatur für das Leben vertrauen wollen. Sie will – laut jener Selbstcharakteristik – in den Tagebüchern, die den Hauptteil ihres Spätwerks ausmachen, deshalb auch nur bloßen Lebensstoff präsentieren, ein „Durcheinander von Einfällen, ein improvviso, Greuel dem Philosophen und nur zur Not geduldet vom Theologen". Und dieses ‚wilde', regellose Denken der Literatur, ihr improvisatorisches Denken, das sich den Regeln professionalisierter Wissenschaft von der Welt oder von Gott, also der Philosophie und der Theologie, nicht beugt, zeichnet sich eben durch Authentizität und Intensität aus. Vorbild und Belehrung sind Teil von Rinsers Poetologie; eine „inständige Erfahrung" will sie weitergeben – „und wie gern", so heißt es weiter in jener bereits zitierten Passage, „teilte ich sie allen mit, so daß es ihnen hülfe zu leben ...".

Mit diesem Programm einer ‚hilfreichen Literatur' – in den Termini der alteuropäischen Poetik also einer Betonung des ‚Nützlichen' gegenüber dem (autonom) Schönen – ist auch die Entwicklung des Rinserschen Werkes von der Fiktion zur Autobiographie legitimiert. Hilfe kann dem Leben nur aus dem Geist und dem Gedanken kommen. Deshalb gehört es des weiteren zur Rolle der Autorin Luise Rinser, „die Leute zum Denken zu bringen" (Gespräch mit R. *Riedler*). Literatur also ist ihr, wie es einer Tradition katholischer Dichtung entspricht, ein Medium und kein Ziel; sie ist vielmehr – wie man etwas boshaft bemerkt hat – „von der Volksschullehrerin zur Volksschriftstellerin" (W. *Hinck*) geworden. Wohl hält sie die Logik der Dichtung

hoch und verzichtet keineswegs auf deren Kunstanspruch. Andererseits vermeidet sie jedoch das ästhetische Luxurieren, das – wie es in *Kriegsspielzeug* heißt – „ZuLang, das ZuSchön, das ZuLaut, das Zuviel und vor allem die Schaustellung des Könnens". Die zurückgenommene Autonomie des literarischen Werks nun bringt die Person, die Autorin, ins Spiel – eine autobiographische Tendenz, die sich Luise Rinser seit den fünfziger Jahren immer mehr bewußt gemacht hat: Der Rang ihrer Bücher beruht nicht zuletzt auf der Persönlichkeit der Autorin. Sie sind deshalb nicht schlichtweg bekennerisch; vielmehr sei, wie die Rinser im Gespräch mit Rudolf Riedler betont hat, was die Fakten in ihren Büchern anlange, alles erfunden. Aber dennoch wird der Rückverweis dieser Erfindungen auf die Biographie der Autorin immer wieder offenkundig. So bürgt die autobiographische Montage der Stoffe und Motive letztlich für die Verbindlichkeit dessen, was da erzählt wird.

Für die Botschaft ihrer Bücher steht Luise Rinser mit ihrem Leben ein. Die verschiedenen Ausgestaltungen ihrer Autorinnenrolle – als Kolumnistin einer großen Illustrierten, als Mitregisseurin eines Filmes, ihre Lesungen und öffentlichen Auftritte –, dies alles verwischt die Grenze zwischen Autorin und Werk. Immer sind ihre Texte auch Mitteilungen und Botschaften für ihre Leser, Begegnungen im Raum der Schrift. Sie hat ihr privates Leben deshalb als ein exemplarisches Leben begriffen und öffentlich gemacht mit den entsprechenden Konsequenzen in der Wahl der Genres, also mit ihrer Wendung hin zum Tagebuch vor allem. Dabei kommt es zu einer Rekonfiguration der Elemente dieses erinnerten und erzählten Lebens gemäß den Bedürfnissen der Gegenwart. Daß sie eine „in Vergangenheit und Gegenwart nachdrücklich antifaschistische Autorin" sei, hat Rinser immer betont; als das „zentrale Thema [ihres] Lebens und [ihrer] Arbeit" aber hat sie stets die „Religion" benannt (Gespräch mit *Riedler*).

## I

Mit ihrem autobiographischen Bericht *Den Wolf umarmen* hat Luise Rinser eine suggestive Version gerade ihrer frühen Lebensgeschichte gegeben und diese als Weg zur Berufung geschildert. Es ist ein Weg der Bewährung in populärpsychologischer Konstruktion. Es sei ihr Lebensthema, sich der Gefahr – inkarniert in der Wolfsnatur des Menschen – zu stellen und sie in liebender Umarmung, nicht etwa im aggressiven Kampf zu bestehen und zu überwinden. In der erinnerten Biographie staffeln und steigern sich die Gefährdungen von der Ab-

wehr des Vaters gegenüber der begabten Tochter zur Repression des Mädcheninternats, den dumpf-bösartigen Widerstand, dem die junge Lehrerin an ihrer ersten Stelle begegnet, bis zur dreifachen Bedrohung durch die Machthaber des Dritten Reiches: Ihr wird die Berufsausübung unmöglich gemacht; ihr werden der Weg in die Öffentlichkeit und das Recht auf Autorschaft verwehrt; ihr wird das private Glück ihrer jungen Ehe zerstört. Im Jahr 1939 hatten Luise Rinser und der Komponist Horst-Günther Schnell geheiratet; Schnell erhielt eine erste Anstellung am Staatstheater Braunschweig; ihre Söhne Christoph und Stephan werden geboren. Schnell, politisch ebenfalls mißliebig, kommt in einer Strafkompanie an der Ostfront ums Leben.

Die Daten und Ereignisse, soweit sie sich rekonstruieren lassen, entsprechen nicht völlig der biographischen Geschichte. In der völkischen Zeitschrift *Herdfeuer* hatte Rinser erste literarische Arbeiten veröffentlicht, so 1935 das Gedicht *Junge Generation* als Sprecherin der ‚jungen Deutschen', „des großen Führers verschwiegene Gesandte" – in einem offenen Brief *An meine Freunde und Feinde* (taz, 2. März 1988) wird die Autorin dann ausführlich auf ihre, damals offengelegten Publikationen während des Dritten Reiches eingehen, allerdings eben doch nicht umfassend. Prägend war gewiß die hohe Begabung des jungen Mädchens, dann auch Ehrgeiz und Sehnsucht nach literarischer Anerkennung. Seit 1935 steht sie mit Hermann Hesse in brieflicher Verbindung, seit 1938 wird sie von Peter Suhrkamp gefördert.

In der ersten Veröffentlichung, zu der sie sich bekennt, der 1938 in der *Neuen Rundschau* erschienenen Erzählung *Die Lilie* steht dann die Frage nach der Rechtfertigung von Kunst im Zentrum. In Ernst Jüngers Band *Das abenteuerliche Herz* hatte Rinser die Beschreibung der Tigerlilie gelesen; fasziniert und abgestoßen wollte sie – wie es in *Den Wolf umarmen* heißt – „in einem Stil schreiben, der sich an Jüngers Stil geschult hatte [...], an ihm lernen und ihn dann vergessen". In die Erzählfolge *Die gläsernen Ringe*, der ersten Buchveröffentlichung von 1941, ist die Begegnung mit der Lilie aufgenommen. Ausgehend vom Festjahr der Kirche, vom besonderen Fest der Verehrung des fleischgewordenen Christus, Fronleichnam, das sich „in einem reineren Abstand" von der Welt der Kinder hielt als andere Feste, wird die Verschränkung von Körper und Geist im Zeichen zum geheimen Thema der Episode. Im Fronleichnamszug soll das Kind eine außergewöhnliche Blume tragen, eine Lilie. Nachts sucht sie nach der Pflanze, findet sie abgesondert „von Licht überstürzt". Doch die Vision reiner Schönheit verwandelt sich: „Die Blüte erschien mir wie der Kopf einer weißen Schlange [...]. Dieser Eindruck des Unheimli-

chen, Gefährlichen, Feindlichen wurde sehr mächtig in mir; ich dachte: die Lilie ist giftig." Während der Prozession provoziert die Besonderheit der Lilie den Spott der anderen Kinder. Ganz langsam zerstört das Kind die zum Zeichen der Isolation gewordene Pflanze, behält nur an ihren Händen ein Stigma zurück: „Mäler von dem grünlichen Safte waren geblieben." Verführung und Opfer überlagern sich in dieser Erzählminiatur zu Fronleichnam in einer sakralisierenden Parabel der Kunst: Der Umschlag von Schönheit in Sünde und Gefahr, der Leidensgang derer, die einer Vision der Schönheit teilhaftig wurden unter der spöttischen Menge, der vergebliche, stigmatisierende „Mäler" hinterlassende Versuch einer Selbstbefreiung; die Erzählerin wird künftig die Spannung der Kunst aushalten müssen.

Als Bildungsroman einer Künstlerin im Bann der Religion sind denn auch diese Szenen einer Klosterkindheit zu lesen – bis zu jener komplementär zur ‚Lilie' gestellten Begegnung mit den gläsernen Ringen, die ein Stein im Spiegel der „heiligen Quellen" auslöst und die jedem Zerstörungsversuch trotzen. Ein zunächst erschütterndes Erlebnis, späterhin in Träumen – dem Medium der Poesie – wiederkehrend, „auf geheimnisvolle Weise" belehrend und tröstend: „Es war ein Zauberspiel, und mein Geheimnis, es war Gesetz, Maß, Ordnung, es war Musik und war weiter nicht zu erklären, und seine Macht war stärker als das wirre Lied der unbewussten Erde."

Im Kloster lernt das Kind die Dämonie des Katholizismus als sinnlicher Religion kennen, aber nach dem Durchgang durch weitere Lebenssphären beharren – gegen die Zeit und den Einbruch des Bösen, der das Kindheitsparadies zu zerstören scheint – doch die gläsernen Ringe; sie „eilten noch immer über das Wasser, glitten zurück und überschnitten sich und bildeten wunderbar strenge Muster. Da erkannte ich zum ersten Male, daß nicht das wirre, dunkle Leiden der Kreatur, sondern das scharfe, klare Gesetz des Geistes mein Leben leiten würde."

In der Stillage – dem ‚reinen und edlen Deutsch', das Hermann Hesse daran rühmt – wie in der Thematik ist Rinsers Erzählband der ‚inneren Emigration' zuzurechnen. Der im Jahr 1946 erschienene Erzählungsband *Erste Liebe* variiert das bislang Erreichte dreifach zu einem Lebenspanaroma junger Frauen. Doch vollständig ausgemessen wird das Feld ihres künftigen Schaffens erst mit dem *Gefängnistagebuch*, das den ‚Geist' aus der Emigration reißt und ihn unter den Anspruch politisch wirksamer Ethik und des Widerstandes stellt. Dies wird Rinsers prägende Erfahrung; sie war am 12. Oktober 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung und staatsfeindlicher Gesinnung" verhaftet und

ins Gefängnis Traunstein verbracht worden; das Kriegsende rettet sie vor einem Urteil des Volksgerichtshofes.

## II

In der Nachkriegszeit beginnt, was Luise Rinsers – in *Kriegsspielzeug* – einmal als das Experiment der ‚Selbstgeburt' bezeichnet hat; sie beginnt ihre Laufbahn als öffentliche Person. Sie ist als Journalistin bei der *Neuen Zeitung* in München tätig, erste literarische Erfolge stellen sich ein. Sie nimmt an der Wendung der deutschen Literatur zu amerikanischen Erzählmustern teil, schreibt Kurzgeschichten, die bald zum Bildungs- und Schulkanon gehören, wie *Die rote Katze*, die Geschichte einer aus Liebe begangenen Grausamkeit: Der junge Ich-Erzähler ermordet eine streunende Katze, die er zunächst aufgenommen hatte, die aber seine Angehörigen gleichsam durch Mitleid zum Teilen der ohnehin zu geringen Nahrung erpreßte. Die Erzählung von der ‚kleinen Frau Marbel' variiert das genuin christliche, aber bei Rinser kommentarlos ‚sachlich' gestaltete Thema von Liebe und Besitz; Frau Marbel findet für ihre Bereitschaft, das tägliche Brot zu teilen, in einer Welt verhärteter Herzen keinen Adressaten.
Die alsbald berühmte Erzählung *Jan Lobel aus Warschau* verschränkt wiederum die Kunstthematik mit der Aktualität deutscher Schuld und der Erlösungshoffnung der Liebe. Jan Lobel, der entflohene KZ-Häftling, bleibt verfolgt; er findet wohl Zuflucht in einer Gärtnerei, zwischen den Zeiten – nach Kriegsende, vor Friedensbeginn – fast ein Paradies, ein Ort möglicher Freiheit und Liebe; nach der Rückkehr des Gärtners und rechtmäßigen Besitzers aber ziehen Ordnung und Nützlichkeit wieder ein, herrscht die Restauration des Überkommenen. Lobel, der verfolgte Jude, wird in einer heiklen erzählerischen Konstruktion zur Inkarnation des Anderen, das mit allen Merkmalen des ästhetischen Lebens – Naturnähe, Phantasie, rätselhafte Präsenz – gezeichnet wird. Durch diese Ambivalenz gewinnt auch sein Tod zuletzt symbolische Folgerichtigkeit: Aus dem restaurativen Deutschland ist jede Ahnung des Anderen völlig ausgetrieben und damit gleichsam die Verfolgung durch die Politik des Dritten Reiches noch einmal gespiegelt.
Die ‚attrativa' des außergewöhnlichen Menschen – wie sie in der Nachkriegsliteratur immer wieder thematisiert wird (etwa bei Uwe Johnson oder Christa Wolf) – verbindet im Rinserschen Oeuvre Jan Lobel mit Nina Buschmann, der Hauptfigur des Erfolgsromans *Mitte des Lebens*. Erzählerisch schließt Luise Rinser jetzt an die damalige

‚nachgeholte Moderne' an; die Erzählkonstruktion mit ihren Rückblenden und geschachtelten Perspektiven ist von der Komplexität, die dabei erwartet und verlangt wurde. Die Hauptfigur Nina Buschmann wird als ein Mensch charakterisiert, der „ohne es zu wissen, demonstriert, daß man ohne Lüge leben kann. [...] Stößt überall an, verbrennt sich den Mund, verwickelt sich in Abenteuer, eine gewagte Existenz, immer am Rand." Daß Nina Buschmann – journalistisch – schreibt, ist dabei kein Accessoire, sondern der Kern ihrer Existenz. Diese junge Frau hat ihr Leben, als eine exemplarische Protagonistin und Modellfigur für die Autorin Luise Rinser selbst, auf den Geist gestellt: „Aber leben, das hieß damals für mich: wissen, furchtbar viel wissen und denken können und alles durchdringen". Sie lebt immer in Übertreibungen, also in der Extremlage des Geistes, kennt aber auch jene ‚Schwermut', die den „Anfang der Erkenntnis" bildet. Auf Nina werden die Stereotype des Vitalismus der ‚klassischen Moderne' um 1900 gebündelt, sie verkörpert das ‚volle Leben', ist existenziell bindungslos – „wie eine Zigeunerin" – und folgt, um ihr ‚Schicksal' wie Hermann Hesses Leitfiguren zu erfüllen, allein ihrem ‚individuellen Gesetz': „Ihr Schicksalsglaube war unerschütterlich." Geliebt wird Nina von Dr. Stein, dessen Liebe sie nicht erwidert, ihm dennoch die Heirat verspricht, dann ihr Versprechen zurückzieht. So bleibt er der ‚Stein des Anstoßes' in ihrem Leben; denn ihrer Liebe könnte es aufgetragen sein, als ein ‚weiblicher Pygmalion' den Stein zum Leben erwecken.

Zur Überprüfung des ‚modernen' Erbes nach 1945 aber wird, ohne daß es in der öffentlichen Rezeption bemerkt würde, eine Typologie der Lebenshaltungen um 1900 um die Zentralfigur konfiguriert und an ihrem Maßstab gemessen. Stein nun erweist sich als der Ästhet, dessen „Lebensschuld" darin besteht, „den Entscheidungen aus dem Wege gegangen zu sein." Die beiden anderen Männer in Ninas Leben komplettieren diese Tableau männlichen Lebensversagens, Percy, der ‚Abenteurer', und Maurice, der unter der Dämonie der Kunst zerbrechende Künstler. Sie alle kreuzen Ninas Lebensweg, ohne ihr letztlich Partner im Durchbruch zur Wirklichkeit sein zu können. Dies verleiht nun auch der modernistischen Erzählkonstruktion Sinn, denn so, wie sich in dieser die Monologe schachteln, so bleibt Nina auch existentiell ohne Partner des Dialogs, ohne Du. Ihr Lebensexperiment einer Einheit von Ethik und Ästhetik mündet darum weder im Triumph des Gelingens noch in der Resignation des Scheiterns. Sie appelliert schließlich mit einem letzten – von Rilke geprägten – Zitat an den ‚Geist' als beständige Erbschaft der Moderne: „Ich habe keinen Sieg zu verzeichnen. Ich habe nur überstanden." Dies alles jedoch wird

neu gewertet unter dem Horizont der politischen Geschichte, und hier ist das Versagen der Männer offenkundig. Während Nina die Verfolgten rettet, scheitert Percy im Widerstand (und Nina muß ihm Beihilfe zum Selbstmord leisten); Stein bekennt selbst die Unredlichkeit seiner Kompromisse. Eine Ethik der Lebenskunst in zeitgeschichtlicher Bewährung – darauf zielt Luise Rinsers erster großer Frauenroman aus den frühen 50er Jahren.

## III

In diesen 50er Jahren spitzt sich jedoch die lebenslange Auseinandersetzung der nun als ‚Frauenschriftstellerin' rubrizierten Luise Rinser mit der Religion auf eine Eingliederung in die katholische Kirche zu. Als ‚katholische Etappe' hat sie diese Zeit im Rückblick bezeichnet. Wahrgenommen wird sie nun als eine christliche Dichterin, als eine Autorin, die der Kirche nahe steht. Zugleich werden in diesen Jahren die Fundamente ihres Erfolgs gelegt; nach dem Roman *Die Mitte des Lebens* ist sie als Autorin etabliert und anerkannt. Sie exponiert sich mit einem Bericht *Die Wahrheit über Konnersreuth*, der – im katholischen Benziger Verlag erschienen – für das Übernatürliche und das Wunder plädiert und die Autorin als Zeugin der Wahrheit einführt. Sie plädiert für die Glaubwürdigkeit der Zeugnisse und „die Existenz des Übernatürlichen, daher auch [...] die Möglichkeit des Wunders". Kulturkritisch konstatiert sie ein „lang verdrängte[s] Bedürfnis nach religiöser Bindung", denn „die wirklich modernen Geister" seien „sich darüber einig, daß der Rationalismus in seiner großen, edlen Form wie in seiner platten, populären Abart überholt ist". „Vertrauen und Demut" müsse die Menschheit lernen, um das „Wunder", „das Vorhandensein religiöser und übernatürlicher Kräfte", zu akzeptieren. Es beweise, und hier interpretiert Rinser die dogmatische Wahrheit in der Sprache ihrer eigenen Poetologie, die „Herrschaft des Geistes über den Stoff"; ‚Heiligkeit' bedeute eben, die Gesetze des Geistes „rein und streng zu leben".

So erweist sich die Lebenswende hier im Blick auf das poetische Vokabular als ein Perspektivenwechsel. Abgebildet wird dieses Ineinander von Komplementarität und Antithetik in der Abfolge ihrer Nina-Buschmann-Romane. Auf jenen ersten, so ungemein erfolgreichen, folgt im Jahr 1957 *Die Abenteuer der Tugend*. Der offene Schluß des vorigen Buches wird revidiert. Nina Buschmann war nach England gegangen, um über ihr Schicksal mit sich ins Reine zu kommen; nun kehrt sie zurück, da sie erkennt, daß der Mensch unter einem höheren

Gesetz steht als dem der Selbstverwirklichung seines Schicksals: „Für den Menschen aber gilt das Gesetz der Liebe. Er ist außerhalb der Kausalität." Nina gibt ihre Eigenwilligkeit preis und ordnet sich dem höheren Gesetz der Ehe unter. Sie wendet sich jetzt Maurice zu, dem Künstler, dem Mann der „äußeren und inneren Unordnung". Nicht mehr Lebenskunst und Ethik, sondern Kunst und Religion markieren jetzt die Pole, zwischen denen sich die – rasch zu resümierende – äußere Handlung entfaltet. Dieser Roman aus Briefen – und zwar nun einstimmig nur noch aus jenen der Protagonisten komponiert – erzählt vor allem eine innere Wandlung. Die Wandlung des Menschen aber ist eine Wandlung seiner Sprache; es geht – auf der Ebene des Erzählens – also auch um eine Wandlung der Kunst Luise Rinsers selbst. Leitworte des Romans sind ‚Ordnung' und ‚Tugend', Worte, deren wahrer Sinn wieder gewonnen werden muß. Der Musiker Maurice wird dabei zur größten Prüfung für Nina, die Dienerin der Sprache. Seine Schwermut, der er „von Natur aus" – aber laut Kierkegaard auch seiner Kunst wegen – verfallen ist, droht sie ebenfalls hinabzuziehen und unter die Mühen des Irdischen zu beugen.
Zwei Heilungsversprechen zielen auf diese Schwermut – einmal die moderne Wissenschaft, welche indessen so, wie es zur Tradition des katholischen Romans etwa in Georges Bernanos Roman *La joie / Die Freude*, dessen Titel auch anzitiert wird, gehört, ganz unzuständig ist. *Die vollkommene Freude* liegt – so in Rinsers Roman, der 1962 unter diesem Titel erschien – in einer Demut, die auch die bindungslose Kunst in ihr Opfer einbezieht. Diesen Weg aus der ‚Schwermut' nun andererseits weist auch für Nina der Anspruch der Kirche, verkörpert in ‚Herrn C.' – den Rinser als Porträt Paul Claudels anlegte. Gegen ihn begehrt Nina zunächst auf: Denn die Kirche spricht eine andere Sprache als der Mensch. Diese Sprache empfindet Nina als eine Form von Tyrannis, lernt jedoch allmählich den Verzicht auf „gewisse geläufige Wörter"; sie lernt die Sprache der Ordnung, „alle diese uralten Worte, die ganz frisch voller Leben und Anspruch" sind und sie mit „Freude" erfüllen. Mit dieser Einfügung in die Ordnung verleiht sie erst der Ehe ihren tiefsten Sinn, denn auch „eine Ehe ist Ordnung". Eben in diesem Moment, als Nina das Geheimnis der inneren Freiheit als Verzicht auf den Eigensinn gelernt hat, wird sie durch den Unfalltod von Maurice wieder frei – im bürgerlichen Sinn frei, im existentiellen Sinn in die endgültige Ordnung gestellt: „Man sieht erst, indem man in der Kirche lebt." So schließt der Roman: „Alles ist nun in Ordnung, in der einen einzigen großen Ordnung."

Anfang der 60er Jahre lag nicht nur ihre katholische Etappe hinter Luise Rinser. „Durch Dich", so schreibt sie am 28. Juni 1962 an Karl Rahner, „wird (auch) bei mir eine 3. Periode des Schaffens eingeleitet: Die der Wieder-Selbstverständlichkeit. Oder wie ich sagen soll. / 1. Periode: unbewußtes Schaffen (*Gläserne Ringe*) / 2. dann steigendes Bewußtwerden bis zur *Vollkommenen Freude*. / Und nun / 3. dank des Gestillt-Werden in Deiner Liebe die neue Stufe: Geist *und* Poesie vereint."

Mit dem privaten ändert sich Anfang der 60er Jahre Luise Rinsers öffentliches Leben markant. Die 1954 geschlossene Ehegemeinschaft mit dem Komponisten Carl Orff liegt seit 1959 hinter ihr; sie lebt nun ohne feste Partnerschaft, verläßt Deutschland und siedelt sich zunächst in Rom, dann seit 1965 im eigenen Haus im Vorort Rocca di Papa an. Sie wählt damit – wie viele Repräsentanten der damaligen deutschsprachigen Literatur – eine freiwillige, aber gleichsam ‚emigrantische' Exterritorialität.

Um so näher rückt ihr die Welt: „Ich mache große Reisen, um über die Welt und die Menschen Bescheid zu wissen. Das gehört zu meinem Christentum, ich muß als Christ, als Mensch wissen, wie meine Mitmenschen leben. Deshalb war ich auf einer Leprainsel in Südindonesien. Ich war bei den Minenarbeitern in Bolivien. Ich war in Südkorea bei den Armen. Ich war in Nordspanien bei den Arbeiterpriestern in den Armendörfern. Ich gehe hin, wo Menschen sind, die leiden. Wo immer ich hinfahre, komme ich mit solchen Problemen in Berührung" (Gespräch mit M. *Konzag*). Ihre Reisebücher wollen das Elend der Welt bewußt machen, wollen dem Frieden dienen, erkunden Alternativen zur festgefügten Ordnung in Deutschland, suchen ein anderes Christentum, eine soziale oder sozialistische Politik, die Verbindungen zwischen diesen Sphären. Es geht ihr – wie es ein Buchtitel für ‚Tagebuch-Notizen' deklariert – um *Grenzübergänge*, da sie als „das Wahre an der Wahrheit die Bewegung" erfahren hat (*Falkenstein*). In *Baustelle* bekennt sie sich zu einem ‚Nomadentum', zu einem Leben im Offenen, eben auf ‚Baustellen'.

Rinser wendet sich – wiederum in ihrem Tagebuch *Baustelle* – damit gegen „die artistischen Experimente mit der Sprache, die Manieriertheiten mit der Behandlung der Zeit im Roman, die Unverständlichkeiten einer Sprachesoterik, die nichts mehr mitteilt, als daß sie nicht willens, nicht fähig ist, etwas mitzuteilen." Statt dessen gehe es um Authentisches und Aktuelles, „geschrieben von Zeitgenossen, die nicht Literaten sind [...], sondern Leute, die erlebten, was sie be-

richten." Rinser will nun, laut dem Tagebuch mit dem wiederum appellativen Warntitel *Kriegsspielzeug*, „die unmittelbare Wirkung" – und dies übrigens in einer Kontinuität, die sie schon 1951 im Essay *Charakter, Standort und Bedeutung der jungen deutschen Literatur* „jene Art von Literatur, die ohne Niveau zu verlieren, von allen begriffen werden kann", fordern läßt. Ab 1970 aber gibt sie die Fiktionen der Kunst preis; ihr Schreiben wendet sich zu einer Autobiographie mit Kunstcharakter; sie wird zur Weltanschauungsschriftstellerin. Näher rücken ihr deshalb auch ihre Leser: „Weil die Leser gerade der Tagebücher mir in Tausenden von Briefen sagen, was sie denken über das, was ich denke. Weil ich aus ihren Briefen erfahre, wie man heute lebt als Student, als Strafgefangener, als Kauffrau, als Bundestagsabgeordneter, als Fließbandarbeiterin, als Bundeswehrsoldat, als Schüler, als Theologe, als DDR-Bürger, kurzum: als Mensch von heute. Kommunikation, das ist mein Leben. Was kümmert's mich, was später aus meinen Büchern wird, ob noch einer sie liest, falls noch einer lebt. Auf Ruhm und Nachruhm pfeife ich. Hier und jetzt will ich leben und gelesen werden."

Ihre – weithin gerühmte – Erzählung *Septembertag* inszeniert den Übergang; der Bericht eines Tageslaufes wird, unauffällig symbolisierend, doch zum Sinnbild einer neuen Rolle der Autorin, teilnehmend, helfend im Alltag, mit–leidende Deuterin des Lebens, gegen die Verführung einer todverfallenen Ästhetik gefeit: „Aber ich will ja gar nicht fliehen, bin ja nirgendwo anders daheim als unter Menschen, Schicksalen, Schmerzen, denn wo anders als da wäre die Mitte der Welt. Nein, nein, dreimal nein: Sartre hat nicht recht, die andern sind nicht die Hölle; die andern, die sind das große Angebot der ewigen Liebe."

Vollends in den siebziger Jahren ist die Autorin Luise Rinser über den ‚Literaturbetrieb' hinaus in die Rolle kultureller Repräsentanz hineingewachsen. Sie wird zur „Symbolfigur" (W. *Hinck*); die Nominierung für das Amt einer Bundespräsidentin durch die Grünen im Jahr 1984, die ihr – wie sie befriedigt vermerkt – 68 Stimmen (gegenüber 39 Mitgliedern der Fraktion der Grünen) einbrachte, ist hierfür nur ein äußerliches Zeichen. „Als Wahlhelferin der SPD, als Verfasserin unbequemer Briefe an Repräsentanten der Kirche und des Staates, als Unterzeichnerin pazifistischer Aufrufe und politischer Proteste gegen die Verletzung der Menschenrechte in Ost und West, als Vortragsreisende oder Artikelschreiberin für Illustrierte hat sie unermüdlich öffentlich Stellung genommen" (Th. *Anz*) und dabei heftig die Öffentlichkeit polarisiert.

Vielleicht ist die Entwicklung Luise Rinsers geradezu exemplarisch für einen Abschnitt deutscher Mentalitäts-, Kultur- und Konsumgeschichte, mit der – durchaus auch ritualisierten – Selbstkritik, der Amalgamierung von Protestbewegung und Bildungsbürgertum, der Mischung von Sozialkritik und Wohlstand. Vielleicht wurden eben deshalb ihre Positionen so erbittert kritisiert, in einer Verschränkung der literarischen mit der Meinungskritik. Man warf ihr einen durchaus luxuriösen Zuschnitt ihres ‚Exils' vor, bezweifelte die Authentizität ihrer ‚linken' Positionen, unterstellte ihr – wie sie am 7. Oktober 1966 entsetzt an Karl Rahner schreibt – geradezu „Verlogenheit". Man erhob Bedenken gegen ihre persönliche Integrität, zweifelte ihre biographische Selbstdarstellung als ‚Antifaschistin' an, konfrontierte sie – durchaus auch hämisch – mit jenen jetzt wieder entdeckten konformen literarischen Texte aus den 30er Jahren.

Luise Rinser hat unter dieser allseitigen Kritik gelitten. Vor allem litt sie darunter, daß man ihr in einer für sie verletzenden Weise das literarische Talent absprach. „Wie viele Feinde ich habe in der Literatur!" schreibt sie am 15. Februar 1965 an Karl Rahner: „Dafür: immer wieder Briefe von fremden Lesern, daß ich ihnen entscheidend geholfen habe. Freilich habe ich meinen *literarischen* Ehrgeiz, und da schmerzt es mich einfach, für nicht ganz voll genommen zu werden. (Es war schon anders!) Aber ich habe den längeren Atem – und so werde ich bleiben, wo viele vergessen sein werden." Dennoch, schon wenige Wochen später, am 8. April 1965, diagnostiziert sie bei sich angesichts eines „Boykott[s] von allen Seiten" wieder „einen richtigen Verfolgungswahn" – und fragt: „Aber wie kann ich so in Freudlosigkeit, so ohne den Antrieb der Anerkennung *leben*? *Ich* kann es nicht. Da versinke ich in Düsternis, ein Künstler *braucht* Anerkennung und Erfolg. – Vielleicht sollte ich aufhören zu dichten."

Der Anspruch, ebenfalls zu können, „was andere können", nämlich „mit Worten spielen", prägt ihr Werk seither. Neben den schon vor 1970 einsetzenden diaristischen Dokumenten der Authentizität stehen formbewußte, fiktionale Arbeiten. Exemplarisch dafür ist ihr Roman *Der schwarze Esel*, die Umarbeitung und Aktualisierung ihres Romans *Die Stärkeren* aus dem Jahr 1948. Das Buch dient beidem – dem literarischen Anspruch der Erzählerin und zugleich ihrem politisch-gesellschaftlichen Engagement. Der Stoff der Vergangenheitsbewältigung vom Ende der 40er Jahre gewinnt im Gefolge der 1968er Bewegung eine zweite Aktualität. Der Roman fragt nach der Gegenwärtigkeit des Vergangenen in einer ‚verdorbenen Provinz'; er betreibt eine Archäologie des Verdrängten und liefert damit „die lückenhafte und doch vollständige Chronik einer Stadt, die auf der

Landkarte von Europa ein sehr kleiner Punkt, und auf der Weltkarte gar nicht vorhanden ist, und die doch nicht weggeleugnet werden kann, ein winziger Spiegel der Geschichte unseres Jahrhunderts, und selber einer kleine Welt mit einem Schicksal, das zählt." In dieser Stadt, „der es gut geht", erfüllen sich die Bewohner ihre Sehnsucht nach „Ruhe und Ordnung". Dabei stören, wie die einzige kritische Zeitung vermerkt, die „Opfer des Faschismus" ein ‚gesellschaftliches Bewusstsein', „das in der Euphorie des Wirtschaftswunders die eigene Vergangenheit negiert, als gäbe es keine Geschichte."

Dagegen entwirft der Roman aus der Perspektive der die Stadt ihrer Kindheit besuchenden Ich-Erzählerin eine Typologie des Erinnerns. Konfiguriert sind die Formen einer ständigen Vergegenwärtigung eines Lebens mit den Toten auf der einen Seite, einer nüchtern-analytischen Rekonstruktion auf der anderen Seite in zwei Schwestern, in Stefanie, der Künstlerin, und in Klara, die – wie ihr Name verrät – für den klaren Blick auf „die kompakte Wirklichkeit unserer Erde" eintritt. Allmählich werden die Verstrickung, die Komplizenschaft, die Strategien der Leugnung offengelegt, bis schließlich wenigstens im kleinen Kreis der drei Frauen Klarheit über die Geschichte ihrer Stadt im Dritten Reich eingezogen ist. Doch bleibt dieser Roman trotz Rinsers politischer Aktivität in der Entwicklung ihres Œvres ein Rückgriff, der freilich auch die Vergangenheit der Autorin mit ihrer kritischen Haltung in der Gegenwart verbinden soll. Erst ihre neue Aneignung des Christentums und ihr neues Verständnis der Frau geben dem politischen Ethos Rinsers jedoch die Perspektive.

Selbst ihr Roman *Der schwarze Esel* verweist, wie sie in ihrem Vortrag *„Christliche Literatur" heute* erklärt, auf die religiöse Dimension, entspreche der „Gott ist tot"-Theologie. Denn Klara glaube eben „atheistisch an Gott. Sie weiß es nur nicht." Die Autorin aber war – wie sie Karl Rahner am 22. Februar 1967 bekannte – nach einer Glaubenskrise „mit Vehemenz zum Glauben zurückgekehrt": „Jetzt ärgert mich dafür die Kirche." Rinser sei, so schreibt Brigitte Jeremias in einer Würdigung zu deren sechzigstem Geburtstag, „vorrangig eine katholische Autorin: Sünde, Schuld (darunter vor allem Ehebruch), Reinheit, Ordnung, Priester spielen eine übergeordnete Rolle in fast all ihren Büchern." Doch nachdem sie – etwa mit *Die vollkommene Freude*, „ein[em] konventionelle[n] Roman mit konventionellen religiösen Vorstellungen" (Gespräch mit J. *Kuschel*) – zunächst mit einer Literatur der Gläubigkeit wetteiferte, verwandelte sie sich jetzt gleichsam, wie sie in ihrem Vortrag *„Christliche Literatur" heute* (1984) ironisch vermerkt, in „das rote Schaf zwischen weißschwarzen Kirchenlämmern". Jetzt findet man sie eher in einem

‚linkskatholischen Milieu', als Sprecherin einer ‚Kirche von unten'. Sie legt den Roman *Bruder Feuer* vor, „eine Modernisierung – oder besser eine Verpoppung der Geschichte des Franziskus von Assisi, die Ablehnung des Materialismus und Kapitalismus", ein Plädoyer für ein „säkularisiertes Christentum, um ein Kirche ohne Dogmen, ohne strikte Morallehre, aber mit jener verantwortungsvollen Liebe, die der Christus Jesus lehrte und die Franziskus lebte." Von dieser Position eines revolutionierenden Christentums legitimiert sich die „öffentliche Kritik" Luise Rinsers „an der etablierten Kirche und der spätbürgerlichen, spät-kapitalistischen Welt, mit der sie affirmativ verbunden ist" (*„Christliche Literatur" heute*).

Aber im Gespräch mit Joseph Kuschel pointiert Rinser auch: „Ich glaube nicht, dass die Zukunft der Theologie in der Sozialkritik liegt, so unabdingbar wichtig sie ist. Wichtiger noch ist das Auffinden des Lebensquells in den Mythen." Sie habe, „begriffen, daß Christus in allen Religionen zu finden ist, man gibt ihm dort nur einen anderen Namen." Der historische Jesus sei „die Inkarnation dessen, was mit Gott gemeint ist. Als Anhängerin von Theilhard de Chardin möchte ich sagen, Gott ist die große Sympathie, die alles zusammenhält [...]. Ich könnte auch sagen, Gott ist die Liebe, die Liebe ist Gott." Nicht zuletzt aus „Trauer über den Konzilsausgang" (an Rahner) zielt Luise Rinser auf eine Revision des Christentums.

Frühere Ansätze, die den Glauben der Kirche nur als eine Ausformung einer allgemeingültigen Religiosität zu nehmen, werden nun ausgebaut. Die Basis der Religion ist die Mystik; damit wird auch – wie ihr südkoreanisches Reisebuch notiert – die Menschheit mit einer authentischen Sprache begabt: „Mystisches Erleben der Zeichen" beim Besuch eines buddhistischen Tempels: „Es war, als hätten wir eine Sprache vor oder über allen Sprachen gefunden." So lernt die Dichterin die Leitmotive ihres Werkes neu – etwa in der Diskussion mit einem buddhistischen Abt: „ALLES ist, denn alles ist erlöst, und das NICHTS ist nur das andere Wort für ALLES. [] [] [] Der Geist ist neuerlich EINER. Und die Welt ist EINE. Und der Mensch ist nur EINER, der Menschensohn in milliardenfacher Erscheinung." Johann Amos Comenius und Nikolaus Cusanus sind in der abendländischen Tradition ihre Kronzeugen für die Harmonie der Welt und die Einheit der Gegensätze. Daß Christus das wahre Selbst in uns sei, hatte sie früh bei Hermann Hesse lernen können; über *Hermann Hesse und die fernöstliche Philosophie* hat sie einen einschlägigen Vortrag gehalten.

In ihrem Roman *Mirjam* verteidigt Rinser das Erlebnis des Glaubens gegen die Verfälschung des Wissens, also der Theologie. In der –

fiktiven – Biographie der Maria Magdalena werden die Fälschungen der Überlieferung revidiert. Maria Magdalena war eine Kämpferin und keineswegs eine Sünderin, jene „Hure", zu der sie im Mythos des Christentums gemacht worden ist. Sie ist als Erzählerin „das lebendige Gedächtnis" an Jeschua, wie in dieser heutigen und deshalb authentischen Version der Name Jesu lautet. Jeschua steht zwischen Judas, der ihn zum kämpferischen Revolutionär macht, und Johannes, der sich um ein spirituelles Verständnis, den Geist der Botschaft, bemüht. Mirjam aber wird zu Jeschuas Partnerin. Mit ihm spricht sie in der Sprache des Hohen Liedes, in ihrem liebenden Verständnis erfüllt sich die Schrift. Denn Jeschua ist das „fleischgewordene Wort der ewigen Liebe", er ist identisch mit seiner Botschaft. Deshalb können die Menschen ihn nicht verstehen, sondern nur deuten. Er ist der nie verwirklichte, immer wirkliche Traum der Menschheit, das Licht – wie Rinser in einem kühnen Synkretismus von platonischer Philosophie- und Bibelsprache schreibt – in der Finsternis der Höhle, in der die Menschen leben und nur die Schatten an der Wand erkennen können. Der Roman ordnet sich der Tradition des erzählten Wunders zu – etwa in Gerhart Hauptmanns *Der Narr in Christo Emmanuel Quint* oder in Franz Werfels *Bernadette*-Roman; und wie diese verharrt auch Rinsers *Mirjam* in einer Sprache der Ambivalenz. So wie Jeschuas Rede selbst „ein Meisterwerk an Offenheit und Verschlüsselung" ist, hält sich auch die Erzählung in der Schwebe von säkularer Geschichte und Heilsbotschaft. Sie inszeniert Verstehensmöglichkeiten und hat in der Offenheit der Liebe teil an der eigentlichen Botschaft des Herrn.

Vor diesen Anspruch der Liebe, wie sie Mirjam lebt, wird im Folgeroman *Abaelards Liebe* der Theologe Abaelard gestellt; in dieser erneuten ‚Modernisierung' christlicher Tradition schlägt sogar die Namensgleichung zwischen Heloise, der Geliebten Abaelards, und ‚Luise' eine Brücke in die Gegenwart. Des Theologen Lehre setzt den Geist gegen die Tradition, aber er ist ein Revolutionär, der vor seinem eigenen Anspruch versagt. Abaelards Liebesverrat um der Gotteswissenschaft willen läßt den Sohn des Paares, den Erzähler des Romans, zerbrechen; diese männliche Stimme verstummt aus Einsicht. Den Vater anzunehmen bildet eine weitere Problemkonstante in Rinsers Spätwerk – so auch in dem Tagebuch mit dem passend mythisierenden Titel *Saturn auf der Sonne* wie in dem ambitionierten Roman *Ich bin Tobias.*

Schon in der Konstellation von Mirjam und Abaelard ist zudem der andere thematische Pol, den Luise Rinser seit Anfang der 60er Jahre neu ausgestaltet hat, ebenfalls deutlich abzulesen. Es ist die Rolle der

Frau in der Religion, die versäumte Einigung der Gegensätze. Sie habe, so berichtet sie Rahner am 15. Juni 1964, „heute eine Epiphanie: Maria, als die erste geistige Frau, die Frau des neuen Aions". „Ihr sollt mich bei meinem richtigen Namen nennen", fordert Mirjam, und ähnlich formelhaft im Sinn der gleichzeitigen feministischen Bewegung fragt sie: „Warum muß der Messias ein Mann sein?". Von der Polarität des Männlichen und des Weiblichen her ist der gesamte Roman komponiert, und das „maskuline Christentum wird [...] als einseitige Fehlentwicklung entlarvt: Christliche Erfolgsreligion statt jesuanischer Liebesreligion, Intellektualismus statt Liebe" (F. *Alt*).
Im Jahr 1970 schon war Rinsers Großessay *Unterentwickeltes Land Frau* erschienen, 1987 in der Taschenbuchreihe „Die Frau in der Gesellschaft" wieder aufgelegt. Um eine Geneologie weiblichen Schreibens hatte sich Rinser in frühen Essays – zu Annette Kolb, zu Elisabeth Langgässer – bemüht. Im Vorwort zu jener Taschenbuchausgabe ordnet Rinser ihren programmatischen Text in den „politisch gesellschaftliche[n] Aufbruch jener Jahre" ein: „Mit der Jugend von damals erhob auch die Frau Protest gegen eine zementiert konservative Gesellschaftsordnung, die, laut Verfassung die Gleichberechtigung von Frau und Staat garantierte, sie in Wirklichkeit aber keineswegs respektierte." Der Sozialismus hingegen habe auch die Frau vorangebracht. Deshalb sei die „Zukunft [...] sozialistisch – oder sie ist gar nicht mehr." Doch mit Fixierungen wie: „Die Frau will aber Sicherheit", überblendet Rinser das zur Wesensbestimmung überhöhte Frauenbild der 50er Jahre mit den Forderungen des neuen Feminismus, trifft damit vielleicht sogar die Formation gesellschaftlicher Mentalität in einer Umbruchzeit. In der Kontinuität ihrer Arbeit räumt sie auch jetzt noch vor allem dem Problem der „Stellung der Frau in der christlichen Kirche" eine zentrale Rolle ein, da – wie Rinser meint – „Kirche und Gesellschaft in jeder Geschichtsepoche sich entsprechen". Sie redet weder „*für* die Frau" noch „*gegen* den Mann": „Es wird *für den Menschen* geredet", und es gehe deshalb „zugleich um die Überwindung patriarchalischer Strukturen wie die Entlarvung matriarchalischer Wunschbilder". Damit rundet sich in den thematischen Aspekten ihres Werkes Rinsers Weltbild kosmischer Harmonie.
Daß die Wissenschaft an das Geheimnis der Mystik grenzt, daß die religiöse Intuition der Frau der theologischen Rationalität des Mannes überlegen sei, daß schließlich „das Problem Priester – Frau modellhaft zu lösen" (an Rahner) sei – dies alles sind auch jetzt wiederum autobiographische Themen Luise Rinsers in poetischer Reflexion, so wie zuvor die christliche Poetologie des ‚Wortes' vor der Verführung

durch die verantwortungslose Artistik und durch die ‚Schwermut' der Musik. Denn begleitet werden diese Werke von ihrem Briefwechsel mit dem Theologen Karl Rahner, den sie von 1962 bis 1984 geführt, dann 1994 in einer Edition, die öffentlich heftig umstritten war, vorgelegt hat. Gegenüber Rahner, ihrem „lebenslang gesuchte[n] Führer", bekennt sie sich zur Kirche; zugleich gerät sie in ein Dreiecksverhältnis zu jenem Mann, den sie als Liebe ihres Lebens bezeichnet hat, auch er ein Priester, mit dem Kürzel M.A. (mein Abt) benannt.

Im Briefdialog mit Rahner verwandelt Rinser ihr Leben und ihre Liebe in Schrift. „Mein Leben schriftlich" wird in einer geheimen poetologischen Lesart zum Medium der irdisch unerfüllbaren Liebe, die eben jene Schrift hervortreibt, und dies ist jenseits der spektakulären Themen der Schlüssel zum erstaunlich fruchtbaren Schaffen der religiösen Schriftstellerin Luise Rinser. Es ist ein Werk des Unerfüllbaren. Sie hat immer eine Sprache der Wahrheit gesucht, jener Authentizität, an die sie selbst glauben mußte mit dem Bewußtsein, daß ihre Schreib-Kunst letztlich immer nur eine aufgeschobene Erfüllung, immer nur ein Surrogat des ‚fleischgewordenen Wortes' bedeuten konnte. Das Werk der kritischen Schriftstellerin Luise Rinser klagt diese ‚Wirklichkeit des Lebens in der Liebe' ein, gibt dafür den Anspruch autonomer Kunst mehr und mehr preis, setzt allmählich die gesamte Existenz der Autorin aufs Spiel, verrät sie zugleich immer wieder an die Öffentlichkeit der Schrift und bezeugt damit zuletzt, daß religiöse Literatur als eine Literatur unter den Bedingungen der ‚Moderne' nur als produktives Paradoxon – mit allen Risiken des Scheiterns – noch gewagt werden kann.

# Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

## EUGEN JÄGER

### Quellen

Der Nachlass J. befindet sich im Landesarchiv in Speyer; dort auch ein komplettes Exemplar der von J. herausgegebenen „Pfälzer Zeitung". Seine Redebeiträge in der Kammer der Abgeordneten in Bayern sowie im Reichstag sind in den Stenographischen Berichten ihrer Verhandlungen enthalten, seine Äußerungen in der Zentrumsfraktion in München in: Die Protokolle der Landtagsfraktion der Bayerischen Zentrumspartei 1893–1914. 5 Bde., hg. von D. *Albrecht*. München 1989–1993. Viele der Hunderte von Artikeln J.s in den von ihm herausgegebenen Zeitungen „Pfälzer Zeitung" und „Rheinisches Volksblatt", beide in Speyer, sind nicht gezeichnet, zahlreiche andere erschienen vor allem in der „Allgemeinen Rundschau" (München) sowie in der „Augsburger Postzeitung".

### Werke (Auswahl)

Das graphische Rechnen [Diss.]. Speyer 1867. – Der moderne Socialismus. Karl Marx, die internationale Arbeiter-Association, Lassalle und die deutschen Sozialisten. Berlin 1873. – Geschichte der socialen Bewegung und der Socialismus in Frankreich. 2 Bde. Berlin 1890 (Neuaufl. 1900). – V.A. Huber, ein Vorkämpfer der socialen Reform, in seinem Leben und seinen Bestrebungen. Berlin 1880. – Das Genossenschaftswesen und die Reform des Genossenschaftsgesetzes. Berlin 1884. – Die Handwerksfrage. Berlin 1887. – Die Agrarfrage der Gegenwart. Socialpolitische Studien. 4 Bde. Berlin 1887–1893. – Kurze Geschichte des deutschen Bauernstandes mit besonderer Rücksicht auf die Grundentlastung in Bayern. Speyer 1898. – Die Wohnungsfrage. 2 Bde. Berlin 1902/03. – Wohnungsfrage und Wohnungspolitik. M.-Gladbach 1909. – Grundriss der Wohnungsfrage und der Wohnungspolitik. M.-Gladbach 1911. – Zum Kampf um die Steuern nach dem gemeinen Werte und die Zuwachssteuer. Berlin 1913. – Krieg und Kriegsziele. Regensburg 1917. – Offener Brief an Herrn Justizrat Dr. Wadlinger in Kaiserslautern. Rheinische Republik und angebliche Bestechung der pfälzischen Abgeordneten. Speyer 1920. – Des großbritannischen Weltreichs Werdegang und Aufstieg. M.-Gladbach 1922. – Erinnerungen aus wilhelminischer Zeit. Augsburg 1926.

### Literatur (Auswahl)

R. *Joeckle*, Hofrat Dr. E. J. – Ein Bahnbrecher deutscher Sozialpolitik, in: 400 Jahre Speyerer Gymnasium, hg. vom *Staatlichen Gymnasium*. Speyer 1952, S. 114–117. – E. O. *Bräunche*, E. J. (1842–1926), in: Pfälzer Lebensbilder. Bd. 4, hg. von H. *Harthausen*. Speyer 1987, S. 223–248. – B. *Haunfelder*, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographi-

sches Handbuch und historische Fotographien. Düsseldorf 1999, S. 188. – S. *Brewka*, Zentrum und Sozialdemokratie in der bayerischen Kammer der Abgeordneten 1893–1914. Frankfurt a. M. 1997. – G. *Nestler*, Freie Pfalz, Rheinische Republik oder blauweiße Bayerntreue, in: Die Pfalz unter französischer Besetzung (1918/19–1930), hg. von W. *Kreutz*, K. *Scherer*. Kaiserslautern 1999, S. 105–122. – R. *Morsey*, E. J. (1842–1926). Verleger, Publizist und Politiker in Speyer, z. Zt. im Druck.

# JOHANNES GIESBERTS

## Quellen

Der Nachlass von G. wird im Bundesarchiv, Abt. Berlin aufbewahrt. Weitere Schriftstücke von ihm finden sich u. a. in den dortigen Beständen des Volksbunds für Freiheit und Vaterland und des Volksvereins für das katholische Deutschland. Dokumente aus den – ansonsten untergegangenen – Archivbeständen der Christlichen Gewerkschaften haben sich zudem in den Handakten von Bernhard Otte im Bundesarchiv, Abt. Koblenz erhalten. Ein anschauliches Kurzporträt über G. aus der Feder von Heinrich *Imbusch* befindet sich in dessen Teilnachlass in der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, Bochum. An gedruckten Quellen sind zu nennen die Stenographischen Berichte der Verhandlungen des Reichstags (1905–1933) und des Preußischen Abgeordnetenhauses (1906–1918), die für den Zeitraum von 1920 bis 1933 vorliegenden Protokolle der Zentrumsfraktion des Reichstags (1969; 1981), die Protokolle des Hauptausschusses 1915–1918 (1981) und des Interfraktionellen Ausschusses (1959) des Reichstags 1917/18 sowie die Akten der Reichskanzlei für die Kabinette Scheidemann (1971), Bauer (1980), Fehrenbach (1972) und Wirth I/II (1973); außerdem die Mitschriften der deutschen Katholikentage und der Kongresse der Christlichen Gewerkschaften sowie der Deutschen Arbeiterkongresse. Zahlreiche Artikel und Berichte über Reden von G. sind schließlich abgedruckt in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung", in der „Kölnischen Volkszeitung" und in der Berliner „Germania", im „Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands" und in den Verbandsorganen „Der deutsche Metallarbeiter" und „Der Bergknappe".

## Schriften (Auswahl)

Ein ausführliches – aber nicht erschöpfendes – Verzeichnis der Schriften von G. bei: G. *Schoelen* (Bearb.), Bibliographisch-historisches Handbuch des Volksvereins für das katholische Deutschland. Mainz 1982, S. 218–230. Wichtige, für den Beitrag herangezogene Veröffentlichungen von G.: Christliche Gewerkvereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgabe und Thätigkeit. Krefeld 1898. – Arbeiterkonsumvereine. Jena 1903. – Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben. Köln 1907. – Friede im Gewerkschaftsstreit? Köln 1909. – Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für das Wirtschafts- und Staatsleben Deutschlands, in: Präsides-Korrespondenz 25 (1912), S. 447–457. – Die Arbeiter und der Krieg, in: ebd. 28 (1915), S. 32–40. – Zur Reform des preußischen Wahlrechts. Berlin 1917. – Volk und Arbeitsheer daheim, in: Der Weltkrieg in seiner Einwirkung auf das

deutsche Volk, hg. von M. *Schwarte*. Leipzig 1918, S. 93–109. – Neudeutscher Parlamentarismus. Berlin o. J. – Das Rätesystem, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 29. April 1919. – Zentrum und Koalition, in: Der Zentrumswähler. Bühl 1920, S. 297–303. – Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, in: Soziale Arbeit im neuen Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstage von Franz Hitze. Mönchengladbach 1921, S. 157–165. – Aus meinem Leben. Berlin 1924. – Das Zentrum und die kommenden Wahlen. Berlin 1924. – Fragen deutscher Verkehrspolitik, in: Politisches Jahrbuch 1927/28, hg. von G. *Schreiber*. Mönchengladbach 1928, S. 641–649.

## Literatur (Auswahl)

Außer mehreren kurzen Porträts liegt keine Biographie über G. vor. J. *Fischart*, J. G., in: *Ders.*, Das alte und das neue System. Neue Folge: Die Männer der Übergangszeit. Berlin 1920, S. 112–117. – *Verus*, J. G., in: Deutsche Handels-Warte 10 (1922), S. 565–568. – *Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft*, Bd. 1. Berlin 1930, S. 543 f. – H. *Imbusch*, J. G., in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hg. von L. *Heyde*. Bd. 1. Berlin 1931, S. 719 f. – K. *Sautter*, J. G., in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen 8 (1956), S. 225 ff. – H. *Budde*, J. G., in: Gestalten der Vergangenheit – Wegbereiter der Zukunft. Lebensbilder christlich-sozialer Persönlichkeiten, hg. von K.-H. *Brüls*/H. *Budde*. Essen 1959, S. 26 ff. – H. *Grebing*, J. G., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 6. Berlin 1964, S. 375 f. – J. *Joos*, Am Räderwerk der Zeit. Erinnerungen aus der katholischen und sozialen Bewegung und Politik. Augsburg o. J. – M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, hg. von M. *Schumacher*. Düsseldorf $^{3}$1994. – K. *Ruppert*, J. G., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 250. – B. *Forster*, Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien. Düsseldorf 2003.

# THEODOR BRAUER

## Quellen

Teilnachlässe in den Archiven der Technischen Hochschule Karlsruhe, der Universität Köln und des St. Thomas-College in St. Paul/Minn.; ebenso der Stadt Köln.

## Schriften (Auswahl)

Gewerkschaft und Volkswirtschaft. Gedanken und Hinweise. Jena 1912, 2. Aufl. 1922. – Bodenfrage und Arbeiterinteresse. Eine erste Einführung. Jena 1916. – Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften. Jena 1920. – Die moderne Gewerkschaftsbewegung. Duisburg 1922. – Lohnpolitik in der Nachkriegszeit. Jena 1922. – Adolf Kolping. Freiburg i. B. 1923. – Krisis der Gewerkschaften, 1. und 2. Aufl. Jena 1924. – Produktionsfaktor Arbeit. Erwägungen zur modernen Arbeitslehre. Jena 1925. – Deutsche Sozialpolitik und deutsche Kultur. Freiburg i. B. 1926. – Christentum und öffentliches Leben.

Mönchengladbach 1927. – Ketteler. Der deutsche Bischof und Sozialreformer. Hamburg 1927. – Der moderne deutsche Sozialismus. Freiburg i. B. 1929. – Sozialpolitik und Sozialreform. Jena 1931. – Der Katholik im neuen Reich. Seine Aufgabe und sein Anteil. München 1933. – Adolf Kolping. Kevelaer 1935, 2. Aufl. 1936. – Über 200 Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften, in Lexika und Sammelwerken.

## Literatur

T. B., Ein sozialer Kämpfer. Gedenkschrift zur 10. Wiederkehr seines Todestages, hg. von L. H. Ad. *Geck* und B. *Ridder*. Köln 1952. Darin u. a. folgende Beiträge: L. *Heyde*, Leben und Wirken eines christlichen Sozialreformers; F. H. *Müller*, Erinnerungen an Dr. T. B. als Hochschullehrer; P. *Jostock*, Ideen zur Sozialpolitik und Sozialreform; J. *Messner*, T. B. als Wirtschaftswissenschaftler. Die Gedenkschrift enthält auch die Bibliographie T. B.s. – H. *Grebing*, T. B., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 2. Berlin 1955, S. 544. – J. *Zerche*, T. B. Zeitzeichen (WDR) vom 19.3.1982: „Vor 40 Jahren starb T. B.". Köln 1982.

# BERNHARD LICHTENBERG

## Quellen

Der Teilnachlaß B. L.s, den das Diözesanarchiv Berlin verwahrt, ist durch Sammlungsgut angereichert. Weitere Quellen befinden sich u. a. im Erzbischöflichen Diözesanarchiv Breslau (Wrocław), im Bundesarchiv, Abt. Berlin, im Landesarchiv Berlin sowie im Archiv der Congregatio de causis sanctorum in Rom.

## Schriften

In Ergänzung seiner pastoralen und kommunalpolitischen Tätigkeit hat L. zahlreiche Artikel in der katholischen Presse veröffentlicht, u. a. in der reichsweit verbreiteten „Germania", in der katholischen Lokalzeitung „Märkische Volks-Zeitung", dem „Katholischen Kirchenblatt der Fürstbischöflichen Delegatur für Berlin, Brandenburg und Pommern bzw. für das Bistum Berlin" oder dem „Schlesischen Bonifatius(vereins)-Blatt". Als selbständige Schriften sind erschienen: Amerikanische Briefe vom 28. internationalen Eucharistischen Kongreß in Chicago 1926. 2. Aufl. [Berlin-] Charlottenburg 1926 und – unter Pseudonym – „Religion ist Privatsache", ein Druckfehler im sozialdemocratischen Programm, corrigiert durch Herrn Dr. Eugen Losinsky, beleuchtet durch Dunkelthal [1901]. Einen Überblick über L.s Veröffentlichungen, Aufzeichnungen und Predigtskizzen gibt ein gedrucktes Gutachten der *Sacra Congregatio pro Causis Sanctorum*: Berolinen. Beatificationis seu Declarationis Martyrii Servi Dei Bernardi L. [...] Positio super scriptis. Rom 1975.

## Literatur (Auswahl)

A. *Erb*, B. L. Dompropst von St. Hedwig zu Berlin. Berlin 1946, $^{5}$1968. – K. *Magiera*, B. L. „Der Gefangene im Herrn". Berlin 1963. – W. *Hruza*, Dom-

propst B. L. Artikel zum Seligsprechungs-Prozeß. Berlin 1967. – K. *Grobbel*, B. L. Berlin 1967, [2]1989. – *O. Ogiermann*, Bis zum letzten Atemzug – Der Prozeß gegen B. L., Dompropst an St. Hedwig in Berlin. Leipzig [1968], [4]1983; gekürzte Ausgabe Leutesdorf 1985; italienische Ausgabe Brescia 1974, polnische Ausgabe Paris 1983. – H. G. *Mann*, Prozeß B. L. Ein Leben in Dokumenten. Berlin 1977. – G. *Klein* (Bearb.): Berolinen. Canonizationis Servi Dei Bernardi L. [Positio super martyrio]. Hg.: *Congregatio de causis sanctorum*. Bd. 1: Informatio, Bd. 2: Summarium–Documenta, Bd. 3: Summarium–Depositiones testium. Rom 1992. – Decretum super martyrio (2. Juli 1994), in: Acta Apostolicae Sedis 86 (1994), S. 990–992. – D. *Hanky*, B. L. Priester – Bekenner – Martyrer „... ein Priester ohne Furcht und Tadel ...". Berlin 1994. – E. *Kock*, Er widerstand. B. L. Dompropst bei St. Hedwig, Berlin. Berlin 1996. – Aufhebung des Sondergerichtsurteils gegen L., in: Neue Juristische Wochenschrift 1996, H. 41, S. 2740–2742. – C. *Feldmann*, Wer glaubt, muß widerstehen. B. L. – Karl Leisner. Freiburg–Basel–Wien 1996, S. 15–146. – Dekrete der Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung betreffend Eigenkalender der Erzdiözese Berlin (vom 24. Juni 1996), Tagesgebet (vom 28. Juni 1996) und Lesehore (vom 5. September 1997) zu Ehren des sel. B. L., in: Amtsblatt des Erzbischöflichen Ordinariats Berlin 68 (1996), S. 76 f. u. 69 (1997), S. 103 f. – M. *Höllen*, Er widerstand – B. L. Begleitheft zur Videokassette 42 55244. Berlin 1997. – G. *Klein*, Seliger B. L. Regensburg 1997 (Lit.). – K. *Spicer*, Last Years of a Resister in the Diocese of Berlin: B. L.s Conflict with Karl Adam and his Fateful Imprisonment, in: Church History 70 (2001), S. 248–270. – L. *Scherzberg*, Kirchenreform mit Hilfe des Nationalsozialismus. Karl Adam als kontextueller Theologe. Darmstadt 2001. – T. *Zagała*, Kapłan w świecie bez boga. Ksiądz B. L. z Oławy (1875–1943) [Kaplan in einer gottlosen Welt. Priester B. L. aus Ohlau], Breslau 2003.

# MARIA GROLLMUSS

## Quellen

Eine Kopie der tagebuchartigen Aufzeichnungen von M. G. aus den Jahren 1918–1920 befindet sich im Archiv des Sorbischen Instituts, Bautzen, desgleichen die erhalten gebliebenen Briefe von M. G. an ihre Schwester aus dem Zuchthaus Waldheim und dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück und – im Nachlass von Maria Kubasch – ihre Korrespondenz mit ehemaligen Insassinnen des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück. Die Promotionsakte ist im Universitätsarchiv Leipzig zu finden, die Akten aus dem Prozess vor dem Volksgerichtshof im Bundesarchiv, Abt. Berlin, eine Personalakte im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden, die Zuchthausakte im Staatsarchiv Leipzig.

## Schriften (Auswahl)

Zusammen mit J. *Schauff*, Die Staatspartei der Jungen, in: Das Zentrum 3 (1923), Nr. 2, S. 30 f. – Unsere staatspolitische Aufgabe, in: Das Junge Zentrum 1, H. 1 (Aug. 1924), S. 7–9. – Die Frau und die junge Demokratie. Ein Versuch über Frau, Politik und Demokratie. Frankfurt a. M. 1925. – Josef Görres und die

Demokratie. Aufstieg und Höhepunkt. Von den Anfängen bis zum Jahre 1819. Diss. Phil. ungedruckt (Leipzig) 1932. – Linkssozialdemokratische Gewerkschaftspolitik. Zur Gewerkschaftsdiskussion der „Marxistischen Tribüne", in: Der Klassenkampf – Marxistische Blätter, hg. von M. *Adler* u. a., 6 (1932), Nr. 6, S. 174–178, wiederabgedruckt in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933, hg. von W. *Luthard*, Bd. 2. Frankfurt a. M. 1978, S. 346–353. – Briefe nach Radibor: M. G. (1896–1944). Aus dem Zuchthaus Waldheim und dem Konzentrationslager Ravensbrück von 1938–1944, hg. von E. *Prégardier* und A. *Mohr*. Essen 2000.

## Literatur (Auswahl)

G. *de Gaulle*, Rencontre avec la vieille Maria, in: Ravensbrück. Editions de La Baconnière. Collections. Les Cahiers du Rhône, Neuchâtel (CH) 1946, S. 160–162. – M. G., in: Erkämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer, hg. vom *Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. Berlin (Ost) 1958, S. 160–162. – M. *Kubašec*, Hwezdy nad bjezdnom, Budyšin 1960 (1961 in deutscher Sprache erschienen u.d.T. Sterne über dem Abgrund. Aus dem Leben der Antifaschistin Dr. M. G.). – M. G., in: Jahr des Herrn 10 (1961), S. 358–368. – M. *Kubasch*, M. G. Berlin (Ost) 1970. – M. G., in: Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe, Bd. 1, hg. vom *Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED*. Berlin (Ost) 1970, S. 329–332. – E. *Lippold*, Leben, wo gestorben wird. Berlin (Ost) 1974. – K. *Drobisch*, M. G., in: Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der Völker, hg. von der *Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften*. Berlin (Ost) 1974, S. 317–325. – M. *Kubasch*, Sterne über dem Abgrund. Das Leben von M. G. Berlin (Ost) 1976. – M. *Seydewitz*, In Verbindung mit katholischen Kreisen. Erinnerungsbericht, in: Widerstand aus Glauben. Christen in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus, zusammengestellt und hg. von K. *Drobisch* und G. *Fischer*. Berlin (Ost) 1985, S. 126–128. – K. J. *Dippmann*, Das VGH-Urteil von 1935 gegen Dr. Marja Grólmusec, in: Minoritas (1985) H. 1, S. 42–70. – M. G., in: Aus lebendigen Steinen. Laien im Dienst der Kirche in der Diaspora, zusammengestellt und bearb. von A. *Kumpf*. Leipzig 1986, S. 128–154. – B. *Cyž* (Ziesch), Puć a wobsah dźenika M. Grólmusec (Weg und Inhalt des Tagebuchs von M. G.), in: Rozhlad 36 (1986), 4, S. 104–106. – L. *Thoms-Heinrich*, Über allem Schmerz steht die Hoffnung wieder auf. Dr. M. G., in: S. *Jacobeit*, L. *Thoms-Heinrich*, Kreuzweg Ravensbrück. Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen. Leipzig/Köln 1987, S. 37–47. – M. *Seydewitz*, Sie gehörte zu denen, die den Grundstein für ein neues, freies Deutschland gelegt haben, in: Meine Landsleute. Die Sorben und die Lausitz im Zeugnis deutscher Zeitgenossen, hg. von H. *Zwahr*, 2. Aufl. Bautzen 1990, S. 440–444. – B. *Ziesch*, Zum antifaschistischen Widerstandskampf von Dr. M. G. (Marja Grólmusec), in: Niederlausitzer Studien, H. 24/25 (1992), S. 49–60. – R. *Sprengel*, Der rote Faden. Lebenserinnerungen, hg. von S. *Jacobeit*. Berlin 1994. – B. *Sack*, Katholische Frauenbewegung, katholische Jugendbewegung und Politik in der Weimarer Republik: Standorte, Handlungsspielräume und Grenzen im Kontext des Generationenkonflikts, in: Frauen unter dem Patriarchat der Kir-

chen. Mit Beiträgen von I. *Götz von Olenhusen* u. a. Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 120–138. – W. *Dahmsowa-Mešcankec*, Marja Grólmusec 1896–1944. Budyšin 1996. – M. G., in: Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Marburg 2000, S. 121 f. – B. *Sack*, M. G. (1896–1944), in: Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, hg. von K.-J. *Hummel* und C. *Strohm*. Leipzig 2000, S. 242–259.

# FRANZ SPERR

## Quellen

Der Widerstandskreis wird am besten dokumentiert durch den Nachlaß von Ernst Meier (†1965) im Universitätsarchiv Erlangen. Hier liegen neben wichtigen Korrespondenzen, Vorträgen (Reisert, Geßler) kurze Manuskripte zu einem von Meier geplanten, aber nicht erschienenen Buch über S. Dessen Offizierslaufbahn ist dokumentiert im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, Abt. IV, seine Tätigkeit als Militärbevollmächtigter und Gesandter in der Abt. Geheimes Staatsarchiv (Ministerium des Äußern, Bayerische Gesandtschaft Berlin). S.s Personalakte findet sich im Bayer. Hauptstaatsarchiv. Heranzuziehen wäre auch das (schwer zugängliche) Schriftgut von Franz Freiherr von Redwitz in der Abteilung III (Geheimes Hausarchiv) des Bayer. Hauptstaatsarchivs. Eine, Wesentliches enthaltende, Ausarbeitung von Redwitz findet sich im Nachlaß E. Meier. Informativ sind auch die Personalakten der am S.-Widerstandskreis beteiligten Beamten im Bayer. Hauptstaatsarchiv bzw. im Bundesarchiv, Abt. Koblenz. Dieses verwahrt auch den Nachlaß Otto Geßlers.

## Literatur

G. *van Roon*, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967, S. 262–265. – H. *Bretschneider*, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933 bis 1945. München 1968. – E. *Fröhlich*, F. S. als Militärbevollmächtigter und Gesandter. Ungedruckte Magisterarbeit Univ. München 1973. – K.O. *v. Aretin*, Der bayerische Adel von der Monarchie zum Dritten Reich, in: Bayern in der NS-Zeit III. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B, hg. von M. *Broszat*. München 1981, S. 513–567. – H. *Anzeneder*, Ernst Meier und Hermann Strathmann. Zwei politisch engagierte Erlanger Hochschullehrer, in: Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung 41 (1993), S. 99–124. – A. *Fuchs*, F. S. 12.2.1878–23.1.1945 (Kleine Ausstellung des Kriegsarchivs 47). (München) 1995. – U. *Männle*, In memoriam F. S. Ein Kämpfer für die Freiheit. Föderalismus, wahrhaft gelebt, in: Bayernkurier vom 2.11.1997. – W. *Becker*, H. *Moll*, F. S., in: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, hg. von H. *Moll*, Bd. 1. Paderborn u. a. 1999, S. 425–428. – W. *Becker*, F. S. und sein Widerstandskreis, in: F. S. und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern, hg. von H. *Rumschöttel*, W. *Ziegler*. München 2001, S. 83–173, und die Beiträge zur Biographie F. S. von E. *Fröhlich*, G. *Hetzer*, C. *Lankes* in diesem Band.

# GEORG ANGERMAIER

## Quellen

Nachlaßteile G. A.s befinden sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin, im Archiv der Benediktinerabtei Münsterschwarzach und in Privatbesitz. Ein Teil seiner Tagebücher, Referate, Neuordnungspläne und ein Lagebericht aus den Jahren 1941 bis 1945 sind ediert in: A. *Leugers*, G. A. 1913–1945. Katholischer Jurist zwischen nationalsozialistischem Regime und Kirche. Lebensbild und Tagebücher. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1997, S. 188–419. Weitere Texte A.s sind veröffentlicht in: L. *Volk* (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. V: 1940–1942. Mainz 1983, Nr. 663 Anm. 15, Nr. 664, 665, 721, 721a, 771, 785, 789. – *Ders.*, Akten Kardinal Michael von Faulhabers (1917–1945), Bd. II: 1935–1945. Mainz 1984, Nr. 827, 854, 857, 879, 880, 898.

## Schriften

Rechtsanspruch und Rechtsschutz im neuen deutschen Gemeinderecht. Eine Betrachtung zum deutschen Verwaltungsrecht der Gegenwart am Beispiel der deutschen Gemeindegesetzgebung seit 1935 (jur. Diss.). Würzburg 1937. – Der ländliche Erbgang im Landkreis Mellrichstadt in seinen Ursachen und volkswirtschaftlich-sozialen Wirkungen (staatswiss. Diss.). Würzburg 1939. – Frontbriefe eines soldatischen Christen von D.Dr. Amadeus Gotthelf [= Georg Angermaier]. Als Manuskript gedruckt [Würzburg 1940]. – Rede an den Adel christlicher Ordensleute Deutscher Nation. Neudruck unter Verwaltung der Amerikanischen Militärregierung. Würzburg (1945).

## Literatur

Lebensbild A.s in: A. *Leugers*, G. A. 1913–1945. Katholischer Jurist zwischen nationalsozialistischem Regime und Kirche. Lebensbild und Tagebücher. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1997, S. 1–174. – *Dies.*, Gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens. Der Ausschuß für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941 bis 1945. Frankfurt a. M. 1996. – *Dies.*, Staatsaufbau- und Verfassungspläne G. A.s – Mitglied des Rösch-Kreises, in: Der Kreisauer Kreis. Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmuth James Graf von Moltke, hg. von U. *Karpen*, A. *Schott*. Heidelberg 1996, S. 71–82. – *Dies.*, Dr. G. A. 1913–1945. Münsterschwarzach 1998. – Julius Döpfner. Briefe an G. A. 1932–1944, eingel., bearb. u. hg. von A. *Leugers*, in: Würzburger Diözesangeschichtsblätter 58, Ergänzungsband (1996), S. 9–100. – H. *Mommsen*, Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas, in: *Ders.*, Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes. München 2000, S. 217–219. – *Ders.*, Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die Überwindung der nationalstaatlichen Gliederung Europas, ebd., S. 272.

# ANTON PFEIFFER

## Quellen

Der Nachlaß P.s. befindet sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Abt. V in München. Zugehörige Akten ebd., Abt. II (Neuere Bestände), sowie in der Sammlung Ministerpräsident Wilhelm Hoegner im Institut für Zeitgeschichte, München. Sitzungsprotokolle der Landesversammlungen, Landesausschüsse und Landesarbeitsausschüsse der CSU 1945–1950 verwahrt das Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung, München. Zahlreiche Äußerungen P.s in: Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, 3 Bde., hg. von B. *Fait* und A. *Mintzel* unter Mitarbeit von T. *Schlemmer*. München 1993. – Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954, bisher 5 Bde. (bis Ende 1948), bearb. von K.-U. *Gelberg*. München 1997–2003.

## Literatur

M.-E. *Foelz-Schroeter*, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–1947. Stuttgart 1974. – J. *Müller*, Bis zur letzten Konsequenz. München 1975. – L. *Niethammer*, Die Mitläuferfabrik, 2. Aufl. Berlin 1982 (Erstdruck: 1972). – C. *Reuter*, „Graue Eminenz in der bayerischen Politik". Eine politische Biographie A. P.s (1888–1957). München 1987. – B. *Fait*, Die Anfänge der CSU 1945–1948. München 1995. – *Dies.*, Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Düsseldorf 1998. – C. *Reuter-Boysen*, A. P., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 20. Berlin 2001, S. 314 f. – K.-U. *Gelberg*, A. P., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 342 f.

# HANS LUKASCHEK

## Quellen

Ein schmaler Nachlaß H. L. befindet sich im Bundesarchiv, Abt. Koblenz, umfaßt jedoch lediglich kleinere Bestände vornehmlich aus der Amtszeit als Bundesminister für Vertriebene. Ein persönlicher Nachlaß ist nicht bekannt. L.s Stellungnahmen im Bundeskabinett sind gedruckt in der Edition „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung", hg. für das Bundesarchiv von H. *Booms*. Bde. 1–5, 1949–1953. Boppard a. Rh. 1982–1989.

## Schriften

Die Organisation und rechtliche Natur der Reichsbank. Diss. Breslau 1910. – Die oberschlesische Frage, in: Schlesische Monatshefte 1928, S. 441–443. – Die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Berlin o. J. – Das Schulrecht der nationalen Minderheiten in Deutschland. Berlin 1930. – Das Problem des deutschen Ostens, gesehen von Oberschlesien aus, in: Hochland (1930/31), S. 385–396. – Die deutschen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bedeutung für Europa. Bonn 1950. – Die deutschen Heimatvertriebenen als

zentrales deutsches Problem. Bonn 1951. – Widerstandsbewegungen im Dritten Reich, in: Erziehung und Beruf 1959, S. 94–96 und 127–132.

## Literatur (Auswahl)

H.-L. *Abmeier*, H. L., in: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, hg. von H. *Neubach* und L. *Petry*. Würzburg 1968, S. 228–236. – P. *van Husen*, H. L. 1885–1960, in: Große Deutsche in Schlesien, hg. von H. *Hupka*. München 1985, S. 297–305. – H.-L. *Abmeier*, H. L., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 15. Berlin 1987, S. 514 f. – H.-L. *Abmeier*, Die Rolle von H. L. im deutschen Widerstand, in: Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien, hg. von L. *Bossle* u. a. Sigmaringen 1989, S. 159–176. – M. *Agethen*, H. L., in: Ostdeutsche Gedenktage 2000. Bonn 1999, S. 43–52. – M. *Ellmann*, H. L. im Kreisauer Kreis. Paderborn u. a. 2000. – W. *Grosch*, Deutsche und polnische Propaganda während der Volksabstimmung in Oberschlesien 1919–1921. Dortmund 2002. – G. *Hitze*, Die Minderheiten in Oberschlesien 1922–1939, in: Via Silesia (2000/2001), S. 115–141. – *Ders.*, Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen. Düsseldorf 2002.

# HANNS SEIDEL

## Quellen

Der Nachlaß S.s im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, München, enthält neben privaten Dokumenten, Zeitungsausschnitt- und Photosammlungen überwiegend Reden und Korrespondenzen aus der Zeit als Wirtschaftsminister. Im gleichen Archiv befinden sich auch die Protokolle der Parteigremien, in denen S. wirkte, der CSU-Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, der CSU-Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der CSU. Für den Zeitraum, in dem S. dem Bayerischen Ministerrat angehörte, sind dessen Protokolle teilweise veröffentlicht bei K.-U. *Gelberg* (Bearb.), Das Kabinett Ehard II. 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950. München 2003. Die Redebeiträge S.s im Bayerischen Landtag sind gedruckt in dessen stenographischen Berichten, die drei großen Regierungserklärungen vom 5. November 1957, 26. März 1958 und 15. Januar 1959 außerdem in F. *Baer*, Die Regierungen 1945–1962. München 1976, S. 251–313. Ein für die Persönlichkeit S.s aufschlußreicher Briefwechsel 1950–1954 mit der Referentin im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Hildegund Feilner, ist veröffentlicht in: Weltanschauung und politisches Handeln. H. S. zum 100. Geburtstag (Sonderausgabe Politische Studien), hg. von A. *Bayer*/M. *Baumgärtel*. München 2001, S. 153–210. Beachtenswert sind auch die Rückblicke von S.s Persönlichem Referenten 1958–1960 in der Bayerischen Staatskanzlei, F. *Knöpfle*: Zum 80. Geburtstag von H. S. Eine Rückbesinnung, in: Politische Studien 32 (1981), S. 453–456, und *ders.*, „...ohne viel Aufhebens davon zu machen". – H. S. als Mensch und Politiker, in: Bayerische Lebensbilder 1. Biografien, Erinnerungen, Zeugnisse, hg. von R. *Höpfinger*. München 2002, S. 140–156.

## Schriften (Auswahl)

Die Bedeutung der Ausschließung des Richters in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Diss. Würzburg 1929. – Wirtschaftspolitik und soziale Ethik. München 1952. – Die Wirtschaft Bayerns nach dem 2. Weltkrieg, in: Politisches Jahrbuch der CSU 1 (1954), S. 119–125. – Die Funktion der Opposition im parlamentarischen System, in: Politische Studien 6 (1955), H. 66, S. 24–35. – Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans Ehard. München 1957. – Die deutsche Bundesrepublik und der Föderalismus, in: Bayerische Verwaltungsblätter NF 4 (1958), S. 193–197. – Die Straße als Element des europäischen Zusammenschlusses, in: Internationales Archiv für Verkehrswesen 10 (1958), H. 9/10, S. 177–184. – Die Wiedervereinigung als zentrale Aufgabe der deutschen Politik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1958, Nr. 107, S. 1093–1097. – Die deutsche Aufgabe Bayerns. Freiheitliches Geistesleben und staatliche Ordnung. München 1958. – Die Grundlagen der CSU-Politik in Bayern, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 4 (1960), S. 11–17. – Weltanschauung und Politik. Ein Beitrag zum Verständnis der Christlich-Sozialen Union in Bayern. München 1960. – Zeitprobleme. Aschaffenburg 1961. – Vom Mythos der öffentlichen Meinung. Aschaffenburg 1961.

## Literatur (Auswahl)

G. *Stadtmüller*, H. S. München 1964. – H. *Pflaumer*, H. S., in: Christliche Demokraten der ersten Stunde, hg. von der *Konrad-Adenauer-Stiftung*. Bonn 1966, S. 331–361. – F. *Baer*, Regierung Dr. S., in: *Ders.*, Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. Dokumentation und Analyse. München 1971, S. 201–225. – H. S. und die Stiftung. Politische Studien, hg. von der *Hanns-Seidel-Stiftung*, Sonderheft 1/1977. – H. S. – „Ein Leben für Bayern". München 1987. – H. F. *Groß*, H. S. 1901–1961. Eine politische Biographie. München 1992. – C. *Brügmann*/R. *Höpfinger*, Ministerpräsident H. S., in: „Das schönste Amt der Welt". Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993. München 1999, S. 99–115. – S. *Deutinger*, H. S. – ein Lebensbild, in: Weltanschauung und politisches Handeln. H. S. zum 100. Geburtstag (Sonderausgabe Politische Studien), hg. von A. *Bayer*/M. *Baumgärtel*. München 2001, S. 11–37. – B. *Löffler*, Wirtschaftspolitische Konzeption und Praxis H. S.s, in: ebd., S. 39–66. – H. *Möller*, H. S. als Parteipolitiker, in: ebd., S. 67–88. – U. *Münch*, Bundesstaatlichkeit als Aufgabe und Ziel, in: ebd., S. 89–116. – K.-U. *Gelberg*, Die Kabinette S. I und II sowie Ehard IV (1957–1962), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, hg. von A. *Schmid*. München $^{2}$2003, S. 837–857.

# GEORG DERTINGER

## Quellen

Der Nachlass D., sofern nicht noch im Familienbesitz, befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin. Heranzuziehen sind ebd. der Nachlass von Eberhard Plewe und der Zentralbestand der Ost-CDU sowie die Zeitzeugenberichte von Maria *Dertinger*, geb. Freiin von Neuenstein-Rodeck, und von Prof. Dr. G. *Wirth*. Ferner C. *Der-*

*tinger*, Wo mag denn nur mein Christian sein ...?, in: Wenn der Morgen einen neuen Tag verspricht. Weggeh- und Bleibe-Geschichten, hg. von G. *Hänisch*. Weimar 2002, S. 189–199.

## Literatur

M. *Richter*, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. 2. korrig. Aufl. Düsseldorf 1991. – J. G. *Reißmüller*, Am späten Abend kam die Stasi. Über G. D., den ersten Außenminister der DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.1.1991. – J. *Franke*, Der Fall D. und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 286–298. – M. *Agethen*, Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: ‚Bürgerliche' Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, hg. von J. *Frölich*. Köln 1994, S. 47–70. – R. *Beckert*, Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR. Goldbach 1995, S. 144–150, – F.-J. *Kos*, Der Fall D. und die Ost-CDU. Ein Stimmungsbild aus den Monaten Januar und Februar 1953, in: Historisch-Politische Mitteilungen 4 (1997), S. 105–140. – R.T. *Baus*, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Düsseldorf 2001. – W. *Tischner*, Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat. Paderborn 2001. – H. *Wentker*, Ein deutsch-deutsches Schicksal. Der CDU-Politiker Helmut Brandt zwischen Anpassung und Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 465–506. – M. *Richter*, G. D., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 216 f. – M. *Agethen*, Die CDU in der DDR, ebd., S. 109–118.

# PAUL LÜCKE

## Quellen

Der Nachlass L. befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin bei Bonn. Die Bundestagsreden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. bis 7. Wahlperiode 1949–1972.

## Schriften

Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht, Frankfurt a. M.-Berlin 1968.

## Literatur

W. *Born*, Weg in die Verantwortung – P. L. Recklinghausen 1965. – W. *Ernst*, P. L. zum Gedenken, hg. durch die „Stegerwald-Stiftung" zu Köln. O. O. 1977. – M. *Schneider*, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968). Frankfurt a. M. 1986. – H.-O. *Kleinmann*, Geschichte der CDU 1945–1982, hg.

von G. *Buchstab*. Stuttgart 1993. – G. *Schulz*, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957. Düsseldorf 1994. – E. *Jesse*, P. L., in: Kanzler und Minister 1949–1998, hg. von U. *Kempf* und H. G. *Merz*. Wiesbaden 2001. – G. *Schulz*, P. L., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 318 f.

# HUGO DORNHOFER

## Quellen

Neben D.s umfangreichem Nachlaß im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin dienten dieser Studie als Hauptquellen: die Aktenbestände der CDUD Thüringens, vor allem die der Kreisverbände Heiligenstadt und Worbis; der Nachlaß von Jakob Kaiser im Bundesarchiv, Abt. Koblenz; die Privatarchive von Ignaz Dornhofer und Aloys Schaefer, des von den Sowjets 1946 abgesetzten Eichsfelder Landrates; die Bestände im Stadtarchiv Heiligenstadt, im Thüringischen Staatsarchiv Gotha, im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar sowie in der Außenstelle Erfurt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

## Literatur (Auswahl)

T. *Speckmann*, H. D. Biographische Studien 1896–1977. Jena/Rudolstadt 2003. – Zur Geschichte der Ost-CDU s.: M. *Richter*, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. 2., korr. Aufl. Düsseldorf 1991. – M. *Kiefer*, Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945–1952), hg. von der *CDU Thüringen, Landesgeschäftsstelle*. Erfurt 1995. – Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, hg. von M. *Richter*/M. *Rißmann*. Köln–Weimar 1995. – M. *Rißmann*, Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei. Düsseldorf 1995. – U. W. *Krebs*, Deutschlandpolitische Ansätze der Ost-CDU 1945–1953. Frankfurt a. M. 1996. – S. *Zeidler*, Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–53. Hamburg 1996. – R. T. *Baus*, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948. Düsseldorf 2001.

# ALOIS DEMPF

## Quellen

Der Nachlass D. befindet sich in der Bayerischen Staatsbibliothek in München. Mündliche und sonstige Quellen: Mitteilungen an den Verfasser von A. *Dempf* †, C. *Dempf-Dulckeit* †, Dr. F. *Hagen-Dempf*, Dr. R. *Dempf*, Prof. Dr. F. *Mordstein*, Dr. T. *Abele* †, A. H. *Berning* †, Archiv der Universität Bonn und Pri-

vatarchiv des Verfassers. – A. D., in: Philosophie in Selbstdarstellungen. Bd. 1, hg. von L. J. *Pongratz*. Hamburg 1975, S. 37–79. – R. *Dempf*, Innere Emigration: A. D. (unveröffentlichte Skizze für Prof. Dr. M. Benedikt, Wien).

## Schriften

Außer dem Titel H. O. *Fichtner* (Pseud. f. A. D.), Romfahrt. München 1925, sind alle Werke D.s im vorliegenden Beitrag erwähnt. Unveröffentlicht: Staatsphilosophie. 15 Vorträge auf der Salzburger Hochschulwoche 1932. – Die Geschichte der Menschenlehre von den Griechen bis zur Gegenwart. Ms. 1945. – Übersetzung von Marius Victorinus: Contra Arianos. 1944. Alle kleineren Schriften bis 1960 sind aufgeführt bei F. *Mordstein*, in: Philosophia viva. Festschrift f. A. D., hg. von V. M. *Müller*, M. *Schmaus* (Philos. Jahrb. 68 [1960]), S. 11–21.

## Literatur

A. D., Philosoph, Kulturtheoretiker, Prophet gegen den Nationalsozialismus, hg. von V. *Berning*, H. *Maier*. Weißenhorn 1992. Darin: F. *Hagen-Dempf*, A. D. – ein Lebensbild, S. 7–24; V. *Berning*, A. D., Philosoph, Gelehrter, Kulturtheoretiker, Prophet gegen den Nationalsozialismus, S. 25–135; *ders.*, Kommentierendes Nachwort zum Neudruck der Schrift (A. D.s) „Die Glaubensnot der deutschen Katholiken", ebd., S. 243–267; L. *Schmugge*, A. D.s „Sacrum Imperium" und seine Wirkung auf die Mediävistik, ebd., S. 136–155; F. *Mordstein*, Das neue Bild von Philosophie bei A. D., ebd., S. 156–182 (die bisher konziseste Darstellung der Systematik Dempfschen Philosophierens). – A. *Mirgeler*, A. D.s Alterswerke als „Summe von morgen", in: Wort und Wahrheit 14 (1959), S. 626 f. – W. *Marcus*, Antlitz im Werk. Versuch einer Würdigung des Gesamtwerks von A. D., in: Philosophia viva (s. unter Schriften), S. 23–35. – R. *Specht*, A. D., in: Perspektiven der Philosophie. Neues Jahrb. 1983, S. 307 f. – *Ders.*, Besprechung von A. *Dempf*, C. *Dempf-Dulckeit*, Metaphysik, in: Philos. Jahrb. 97 (1990), S. 440 f. – H. *Krings*, A. D. Ein Nachruf, ebd. 90 (1983), S. 225 f.

# FRANZ THEDIECK

## Quellen

Der schriftliche Nachlaß T. befindet sich teils im Bundesarchiv, Abt. Koblenz, das die amtlichen Unterlagen aus der Staatssekretärszeit verwahrt, teils im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin. Dieser Bestand enthält neben persönlichen Papieren und Fotos eine Sammlung seiner Artikel, Reden und Rundfunkerklärungen, auch aus der Zeit als Intendant des DLF, sowie das Material aus der Tätigkeit als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

## Schriften

Der deutsche Widerstand, in: Der Europäische Osten H. 51 (1959), S. 3 ff. – Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht (Vortrag, hg. vom *Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen*, erstmals 1960). Bonn 1964. – Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, in: Bayerische Verwaltungsblätter 11 (1961), S. 325 ff. – Die Situation des geteilten Deutschlands und die politischen Tendenzen der Zeit (Material zu Zeitfragen 3). Köln 1963. – Die kommunistische Infiltration in Westdeutschland, in: Der Kommunismus und wir, hg. von der *Pressestelle Hessischer Kammern und Verbände*. Frankfurt a. M. 1965, S. 3 ff. – Ost-West-Kontakte in Hörfunk und Fernsehen (Deutschlandfunk 1/67). Köln 1967. – Gespräche und Begegnungen mit Konrad Adenauer. Aus einem halben Jahrhundert deutscher Politik, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, hg. von D. *Blumenwitz* u. a. Bd. 1. Stuttgart: 1976, S. 326–339.

## Literatur

R. *Hermann*/K. W. *Fricke*, Zeitgenosse des Jahrhunderts. Ein Gespräch mit F. T. (DLF-Sendung vom 27. September 1985). Köln 1986.

# GERHARD SCHAFFRAN

## Quellen

Für die Görlitzer Zeit finden sich die Archivalien im Archiv des Bistums Görlitz. Ein Teil des Nachlasses befindet sich im Ordinariatsarchiv des Bistums Dresden-Meißen, Bautzen, wobei die Personalakte und andere aufschlussreiche Bestände noch in Dresden lagern. Die Aktenbestände der Berliner Ordinarienkonferenz/Berliner Bischofskonferenz befinden sich im Regionalarchiv Ordinarien Ost in Erfurt, einige Bestände bis 1961 im Diözesanarchiv des Erzbistums Berlin. Aufschlussreich für die staatliche Überwachung und Einschätzung S.s sind die Bestände des Bundesarchivs, Abt. Berlin: Bestand Staatssekretär für Kirchenfragen und die Akten des BStU, Zentralarchiv Berlin und Außenstellen Dresden, Chemnitz, Leipzig und Gera.
Publikationen von Quellentexten: Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990, hg. von G. *Lange*/U. *Pruß*/F. *Schrader*/S. *Seifert*. Leipzig $^{2}$1993. – Kirchliches Leben im totalitären Staat. Quellentexte aus den Ordinariaten. Bd. I (1945–1976) und II (1977–1989), hg. von J. *Pilvousek*. Leipzig 1994, 1998. – M. *Höllen*, Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten, Bd. I (1945–1955). Berlin 1994; Bd. 2 (1956–1965). Berlin 1997; Bd. 3/1 (1966–1976). Berlin 1998; Bd. 3/2 (1977–1990). Berlin 2000. – Synode des Bistums Meißen. Dokumente. Dresden 1972. – Freundliche Mitteilungen der Sekretärin von Bischof G. S., Frau Marianne Seewald, Görlitz, 8. September 2003.

## Schriften

Licht in den Alltag. Losungsworte für jeden Tag des Kirchenjahres. Leipzig $^{5}$1965. – Ich weiß, wem ich glaube. Katholische Glaubenslehre für Oberschüler. Leipzig $^{2}$1960. – Das heilige Evangelium nach Lukas. Leipzig 1965.

## Literatur

Katholisches Hausbuch 1966. Leipzig 1965, S. 272–275. – U. *Haese*, Katholische Kirche in der DDR und MfS, in: Deutschland Archiv 2 (1994), S. 130–140. – *Dies.*, Katholische Kirche in der DDR: Bischof G. S.s Honecker-Besuch 1981 – Motive und Hintergründe, in: Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der SBZ und in der DDR, hg. von H. *Mehringer*. München 1995, S. 269–289. – M. *Seewald*, Solo Dios basta. G. S. Wegbegleiter in schweren Zeiten 1912–1962. Leipzig 1996. – N. *Zonker*, Gesprächsbereitschaft und Realismus, in: KNA 13 (6. März 1996). – B. *Huhn*, Solo Dios basta – Gott allein genügt. Bischof G. S. (1912–1996) zum Gedenken, in: Anzeiger für die Seelsorge 8 (1998), S. 387–388. – B. *Schäfer*, Staat und katholische Kirche in der DDR. Köln-Weimar-Wien $^{2}$1998.– J. *Pilvousek*, Vatikanische Ostpolitik. Die Politik von Staat und Kirche in der DDR, in: Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978, hg. von K.-J. *Hummel*. Paderborn 1999, S. 113–134. – *Ders.*, Kirche und Diaspora. Die katholische Kirche in der DDR und das Zweite Vatikanische Konzil, in: Die deutschsprachigen Länder und das II. Vatikanum, hg. von H. *Wolf*/C. *Arnold*. Paderborn 2000, S. 149–167. – B. *Holfeld*, Unerschrockener Diplomat im christlichen Auftrag, in: Dresdner Neueste Nachrichten (4.10.2000), S. 15. – J. *Pilvousek*, G. S. (1912–1996), in: Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1945–2002, hg. von E. *Gatz* u. a. Berlin 2002, S. 147–149. – G. S., in: Biographisches Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848 bis 1945, hg. von H. J. *Brandt*/P. *Häger*. Paderborn 2002, S. 694 f. – S. A. *Kriebus*, Im Dienste für Gott und die Menschen (W służbie dla Boga i Ludzi). Leschnitz 2002. – J. *Pilvousek*, Widerstand und Konformismus. Als Teildruck in: Religion und Kirchen in Ost(Mittel)-Europa: Deutschland-Ost, hg. von K. *Gabriel*/J. *Pilvousek*/M. *Tomka*/A. *Wilke*/A. *Wollbold*. Ostfildern 2003, S. 19–29.

# ERWIN ISERLOH

## Quellen

Der wissenschaftliche Nachlaß von E. I. mit seiner Bibliothek befindet sich im Institut für Ökumenik der Katholischen Universität Fribourg i. Ue., der übrige Nachlaß im Diözesanarchiv Münster. Erinnerungen sind gedruckt in: Quartalschrift für römische Altertumskunde und Kirchengeschichte 82 (1987), S. 15–43.

## Werke

Die Bibliographie von I.s Schriften für die Jahre 1947–1980, zusammengestellt von A. *Antoni*, in: Reformatio Ecclesiae. Beiträge zu kirchlichen Reformbemü-

hungen von der Alten Kirche bis zur Neuzeit. Festgabe für E. I., hg. von R. *Bäumer*. Paderborn 1980, S. 967–989; eine Fortsetzung für die Jahre 1980–1985 in: E. *Iserloh*, Kirche – Ereignis und Institution. Aufsätze und Vorträge. Bd. 2. Münster 1985, S. 507–510. Für die Zeit nach 1985 fehlt eine Bibliographie. I.s wichtigste Publikation aus dieser Periode ist die gemeinsam mit P. *Fabisch* bearbeitete und kommentierte Ausgabe: Dokumente zur Causa Lutheri (1517–1521). 2 Bde. Münster 1988, 1991.

## Literatur

Bei dem Lebensbild I.s handelt es sich um einen überarbeiteten Nachruf von K. *Repgen*, erschienen im Historischen Jahrbuch 117 (1997), S. 255–270.

# HANS KATZER

## Quellen

Nachlaß im Bundesarchiv, Abt. Koblenz und im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin.

## Schriften (Auswahl)

Christlich-sozial im Staat, in: Zeitschrift für Sozialreform 10 (1964), 4, S. 238–252. – Das historische Verdienst der Arbeiterbewegung, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 7 (1965), S. 225–228. – 75 Jahre deutsche Rentenversicherung. Festansprache, in: Bundesarbeitsblatt 17 (1966), 9, S. 255–257. – Stabilität und Fortschritt. Wortlaut der Rede vor der Bundeskonferenz des Ständigen Ausschusses christlich-sozialer Arbeitnehmerkongresse am 1. Okt. 1966 in Nürnberg. 1966. – Beschäftigungspolitik im Wandel von Beruf und Technik. Köln 1967. – Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie als Probleme der modernen Demokratie, in: Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie als Probleme der modernen Demokratie, hg. von H. *Duvernell*. Berlin 1968, S. 11–18. – Stabilität und Fortschritt, in: Jahrbuch des Deutschen Unternehmers 1968/69, S. 63–76. – Das erste Sozialbudget, in: Zeitschrift für Sozialreform 15 (1969), 3, S. 157–163. – Rehabilitation – eine sozialpolitische Aufgabe, in: Bundesarbeitsblatt 20 (1969) 5, S. 249–307. – Die Sozialbilanz der fünften Legislaturperiode, in: Zeitschrift für Sozialreform 15 (1969), 10, S. 615–620. – Gesellschaftspolitik, in: Die CDU in der Opposition, hg. von D. *Rollmann*. Hamburg 1970, S. 68–77. – Technischer Fortschritt und Sozialpolitik, in: Computer und Angestellte, Bd. 1. Frankfurt a. M. 1971, S. 164–177. – Aspekte moderner Sozialpolitik. Köln 1969. – H. *K.*, Bundestagsreden, hg. von P. *Pulte*. Bonn 1972. – Reformpolitik der Vernunft. Reden auf dem 20. Bundesparteitag der CDU am 10. Okt. 1972 in Wiesbaden / H. *Katzer* u. H. *Wex*. Bonn 1972. – Anpassung oder Integration? Zur gesellschaftlichen Situation älterer Menschen. Eichholz 1973. – Freiheit und Gleichheit in der Gesellschaftspolitik der CDU, in: Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen (Tagungsbeiträge der Politischen Akademie Eichholz 2/73). Eichholz 1973, S. 133–148. – Sozialpolitische Fragen in Europa, in: Die Frau in der Offenen Gesellschaft 8 (1979), 1, S. 34–37. – Gedanken zur Sozialpolitik der achtziger Jahre, in: Anspruch und Leistung, hg. von F. *Zimmermann*. Stutt-

gart 1980, S. 189–205. – Rückblick auf gemeinsame Politik, in: Franz Josef Strauß, hg. von K. *Carstens*. München 1985, S. 102–115. – Soziale Partnerschaft, in: Sternstunden des Parlaments, hg. von R. *Barzel*. Heidelberg 1989, S. 223–246.

## Herausgeberschaft (Auswahl)

Mitherausgeber der Zeitschriften „Soziale Ordnung" (CDA/CSA, Königswinter 1.1951–) sowie „Betriebsräte-Brief" (CDA, Bonn 1.1952–14.1966).

## Literatur (Auswahl)

M. *Gerhard*, K.s sozialpolitische Pläne, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 15 (1968), 3, S. 31–33. – H. *Klein*, gefragt: H. K. Bornheim 1976. – G. *Buchstab*, H. K. wird 70, in: Soziale Ordnung 42 (1988), S. 20–22. – H. K. Partnerschaft statt Klassenkampf (Festschrift zum 70. Geb.), hg. von U. *Fink*. Köln 1989. – W. *Schroeder*, H. K. Geboren 1919 (Interview), in: W. *Schroeder*, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Köln 1990, S. 162–177. – G. *Pursch*, Kämpfer für die sozial Schwächeren. H. K. wird 75, in: Das Parlament 44 (1994), 4/5, S. 20. – A. *John*, H. K. und Ludwig Erhard. Bonn 1996. – D. *Schewe*, H. K.s Sozialpolitik im Rückblick. Zum Tode des ehemaligen Bundesarbeitsministers, in: Sozialer Fortschritt 45 (1996), S. 229–230. – U. *Schummer*, Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Ein Gespräch mit H. K., in: Für einen neuen Gesellschaftsvertrag, hg. von R. *Eppelmann*. Bonn 1998, S. 22–28. – G. *Buchstab*, H. K. Zur Erinnerung an einen rheinischen Sozialpolitiker, in: Historisch-Politische Mitteilungen 5 (1998), S. 167–174. – B. *Frese*, Anstöße zur sozialen Reform. H. K., die Sozialausschüsse und ihre Vorschläge zur Schaffung einer partnerschaftlichen Wirtschaftsordnung. Diss. Düsseldorf 2000. – T. *Mayer*, H. K., in: Kanzler und Minister, hg. von U. *Kempf* u. H.-G. *Merz*. Opladen 2001, S. 345–348. – G. *Buchstab*, H. K., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 293–294.

# LUISE RINSER

## Quellen

Der Nachlaß von L. R. wird im Deutschen Literaturarchiv Marbach verwahrt; eine Übersicht findet sich unter: http://www.dla-marbach.de/kallias/aDISWeb/bf/index.html. Eine bis zum Erscheinungsjahr (1986) umfassende Bibliographie bietet der Sammelband von H.-R. *Schwab* (s. unter Literatur), basierend auf dem Artikel von S. *Weigel*, in: Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur (KLG, 40. Nlg. 1992). Im folgenden werden deshalb Veröffentlichungen R.s nicht eigens aufgeführt. Literaturwissenschaftliche Beiträge sind rar; eine Auswahl aus der umfangreichen Literaturkritik ist ebenfalls in den erwähnten Bibliographien zu finden. Die einschlägigen Texte hat *Schwab* in seine Sammlung aufgenommen.

## Werke

Die selbständig erschienenen Werke können hier nicht einzeln aufgeführt werden: 1940–1949 waren es neun Titel, 1950–1959 ebenfalls neun, 1960–1969 20, 1970–1979 16, 1980–1989 18 und 1990–2002 17.

## Literatur (Auswahl)

A. *Scholz*, L. R.s Leben und Werk. Eine Einführung. Syracuse, N. Y. 1968. – L. R. Materialien zu Leben und Werk, hg. von H.-R. *Schwab*. Frankfurt a. M. 1986. Darin u. a. M. *Konzag*, Gespräch mit L. R., S. 25–38. – R. *Riedler*, Drei Gespräche: L. R. Peter Bamm. Johannes Mario Simmel. Fragen zur Person, zum Werk und zur Zeit. Donauwörth 1974. – H. *Falkenstein*, L. R. Berlin 1988. – D. O. *Hinze*, The Case of L. R. A Past That Will Not Die, in: Gender, Patriarchy, and Fascism in the Third Reich. The Response of Women Writers, hg. von E. *Martin*. Detroit 1993, S. 143–167. – S. *Grollman*, Das Bild des ‚Anderen' in den Tagebüchern und Reiseberichten L. R.s. Würzburg 2000.

# Personenregister

*Kursiv* gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige Würdigung.


A
Abaelard, Peter 328
Abele, Theodor 229 ff., 233 f., 238 f.
Abigt, Studentenführer 111
Ackermann, Anton 183
Adam, Karl 65, 287
Adam, Robert 102
Adenauer, Konrad 53, 140 f., 157 f., 166, 171 f., 181, 195, 201, 204 ff., 210, 248 ff., 253, 256-259, 301
Albers, Johannes 198, 255, 303
Alfrink, Bernardus Johannes Kardinal 274
Alt, Franz 329
Altenhöfer, Ludwig 116
Angermaier, Antonie 111, 122
Angermaier, Georg 8, 93, *109-123*, 328
Angermaier, Johann Georg 110
Angermaier, Maria Katharina 110
Anselm von Canterbury, hl. 236, 240
Anz, Thomas 324
Auer, Erhard 18, 127
Aufderbeck, Hugo 269 f., 273 f.
Aufhäuser, Siegfried 86
Augustinus, hl. 235 f., 240

B
Bachem, Julius 30
Bachem, Verlag 26
Bachmann, Ingeborg 242
Bäumker, Clemens 233
Bäumler, Alfred 235
Bafile, Corrado Kardinal 278
Barth, Karl 232, 240
Barzel, Rainer 206, 209, 258, 310 f.
Basler, Otto 102
Bauer, Gustav 34
Bauer, Karl 113
Bauer, Otto 83, 87
Bayersdörfer, Michael 21
Bebel, August 27
Bell, Johannes 36
Benda, Ernst 209
Benedikt XV., Papst 21, 33
Bengsch, Alfred Kardinal 265, 269 ff., 273 f., 276 ff., 281
Benjamin, Hilde 184, 190
Berger, Gottlob 254
Berija, Lawrenty P. 185
Bernanos, Georges 322
Bernhart, Josef 229
Berning, August Heinrich 239, 241
Bertram, Adolf Kardinal 116, 119, 122, 267, 280
Berz, Ludwig 103
Bethmann Hollweg, Theobald von 46
Bismarck, Otto Fürst von 12, 25, 106
Bissing, Moritz von 32
Blank, Theodor 301
Blüm, Norbert 305
Böchel, Karl 86
Böckler, Hans 301, 312
Boegl, Georg 102
Brander, Vitus 111
Brandt, Helmut 184
Brandt, Willy 310 f.
Brandts, Franz 11, 26, 30 f., 45
Brauer, Anna Maria 43 f.
Brauer, Johanna 48, 55
Brauer, Johann Anton 43 f.
Brauer, Theodor 8, 34, *43-56*, 239, 333 f.
Braun, Odilo 117, 121
Braun, Otto 97
Brauns, Heinrich 11, 26, 34, 46, 51, 303
Brennfleck, Josef 114, 121
Brentano, Heinrich von 137
Briefs, Götz A. 37, 53, 239
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 36
Brückner, Helmuth 153
Brües, Otto 249
Brüning, Heinrich 38, 85 f., 231, 233 f., 239, 251

Brust, August 26, 45 f.
Bubner, Ilse-Ruth 184
Buchberger, Michael 115 f., 119
Bücher, Karl 51
Bulang, Heinrich 271
Byron, George Lord 126

C
Carstens, Karl 310
Cecchini, Prälat 277
Cicognani, Gaetano Kardinal 275
Claudel, Paul 322
Clay, Lucius D. 131, 135
Coit, John Milner 126, 128
Comenius, Johann Amos 327
Conti, Leonardo 67 f.
Cowell, A. 59
Cuno, Wilhelm 37, 97
Curtius, Ernst Robert 230
Czaja, Herbert 203

D
Daqué, Edgar 242
Deininger, Georg 98
Delp, Alfred 76, 93, 104, 106, 120 f., 155
Dembowska, Henryka 89
Demmler, Ernst Ferdinand 102
Dempf, Alois 9, *229-242*, 343 f.
Dempf, Christa 244
Dempf, Felicitas 233
Dempf, Maria Anna 230
Dempf, Maria Theresia 232 f., 244
Dempf, Matthias 230
Dempf, Otti 233
Dempf, Rainer 233
Dertinger, Barbara 179
Dertinger, Christian 187 f., 191
Dertinger, Georg 8, *177-192*
Dertinger, Maria 179, 187 ff., 191
Dertinger, Oktavie 187
Dertinger, Rudolf 187, 191
Diess, Wilhelm 102
Dietrich, Heinrich 49
Dietz, Johannes 117 f., 120
Dietzel, Heinrich 49
Dilthey, Wilhelm 238
Döpfner, Julius Kardinal 109 f., 114, 117, 162, 276 f.
Dollfuß, Engelbert 87
Dornhofer, Barbara 8
Dornhofer, Hugo 8, *215-227*, 343
Dornhofer, Ignaz 217
Dorten, Adam 20
Dostojewski, Fjodor M. 241
Dresbach, August 197
Dunkmann, Karl 37
Dyroff, Adolf 235, 240

E
Eberhardt, Albert 241
Ebert, Friedrich 249
Eck, Johannes 287 f., 298
Eckhart, Meister 236 ff., 240
Ehard, Hans 134-139, 165, 167, 172
Ehrhardt, Albert 241
Eisenhower, Dwight D. 131
Eisner, Kurt 18, 127
Elsner, Willi 87
Epp, Franz X. Ritter von 98, 130
Erb, Alfons 62 f.
Erhard, Ludwig 205 f., 259, 301, 307, 312
Erzberger, Matthias 27, 30, 32-37

F
Faber, Othmar 280
Falkenhausen, Alexander Frhr. von 252 f.
Falkenstein, H. 315, 323
Faßbinder, Klara Marie 190
Faulhaber, Michael Kardinal von 109, 114 f., 119 f., 162
Fehr, Anton 100, 104
Fehrenbach, Konstantin 35
Fingerle, Anton 102
Fischer, Verlag 49 f.
Fraenkel, Ernst 86
Fraenkel, Pierre 298
Frantz, Julius 150
Franzen, August 290
Freisler, Roland 104, 156
Frick, Wilhelm 98
Fries, Heinrich 196
Frings, Josef Kardinal 56, 277
Fröhlich, Elke 98
Fugger von Glött, Josef Ernst Fürst 103
Funk, Josef 230

G
Galen, Clemens August Kardinal von 67, 118, 240, 287, 289
Gaudig, Hugo 78
Gaulle, Charles de 90
Gaulle, Geneviève de 90
Geisler, Georg 150

Gereke, Günther 186
Gerngroß, Rupprecht 93
Gerstenmaier, Eugen 155
Geßler, Otto 97, 100, 104 f.
Geyser, Josef 235
Giehrl, Rudolf 102
Giesberts, Johannes 7, *25-40*, 46, 332 f.
Giesberts, Sophie 26, 39
Globke, Hans 157 f., 256
Goebbels, Joseph 66, 99
Goerdeler, Carl Friedrich 241, 253, 304
Goetz, Walter 81
Goetzendorff, Günter 158
Göring, Hermann 153, 156
Görlinger, Robert 255
Görres, Joseph von 81, 237
Götting, Gerald 180, 183 f., 188
Goppel, Alfons 174
Gradl, Johann B. 191
Graf, Otto 102
Gröber, Adolf 35
Groener, Wilhelm 95
Grollmuß, Cäcilia 75, 77, 88
Grollmuß, Johannes 77 ff., 81
Grollmuß, Karoline 77
Grollmuß, Maria 8, *75-91*, 335 ff.
Gromyko, Andrej A. 188
Groß, Nikolaus 253, 303
Groß, Otto 275
Grotewohl, Otto 181, 183, 189
Guardini, Romano 229, 234, 287, 291
Günther, Anton 243
Gürtner, Franz 98
Gundlach, Gustav 54, 239
Guttenberg, Karl Theodor Frhr. von und zu 205

H
Haas, Alban 97 ff., 102
Haas, Ludwig 82
Haecker, Theodor 229, 287
Halder, Franz 100, 103 f.
Hallensleben, Barbara 298
Hallstein, Walter 140, 256
Hamacher, Wilhelm 255
Hamm, Eduard 97, 100, 104 f.
Hanisch, Günter 280
Harnier, Adolf Frhr. von 93, 105
Hartmann, Alfred 256
Hassel, Kai-Uwe von 206
Hauptmann, Gerhard 328
Heck, Bruno 210, 262
Heer, Friedrich 241
Hegel, Eduard 291, 296
Hegel, Friedrich Wilhelm 233
Heidegger, Martin 267
Heim, Georg 127
Held, Heinrich 97 f., 127, 130
Hellingrath, Philipp von 95
Hellwege, Heinrich 137
Hengsbach, Franz Kardinal 276
Henkels, Walter 247
Herkner, Heinrich 51
Hermes, Andreas 156, 180, 186
Herrgott, Adolf 102
Hertling, Georg Graf von 11, 34, 45
Herwegen, Ildefons 238, 240
Hesse, Hermann 317 f., 320, 327
Heyde, Ludwig 48, 54
Heydrich, Reinhard 254
Himmler, Heinrich 97 f., 254
Hinck, Walter 315, 324
Hindenburg, Paul von 95, 97 f., 177, 179, 251
Hitler, Adolf 25, 38 f., 68, 85, 90, 93, 98-105, 109, 120 f., 129, 154 f., 238, 241, 251, 258, 303 f.
Hitze, Franz 11, 26, 30, 35, 45
Höcherl, Hermann 205, 207
Hoegner, Wilhelm 133-136, 164, 167 f., 170
Hörsing, Otto 146
Hötzel, Johann 271
Hoffmann, Johannes 19
Hohn, Wilhelm 239
Honecker, Erich 265, 273, 279
Hoos, Adam 111
Hope, Thomas 126
Hotulew, Botschaftsrat 275
Huber, Kurt 93
Huber, Viktor Aimé 14
Hubrich, Alfred 61
Hugenberg, Alfred 38
Huhn, Bernhard 278, 282
Hundhammer, Alois 164

I
Imbusch, Heinrich 29, 40
Iserloh, Erwin 9, *285-299*, 346 f.

J
Jäger, Eugen 7, *11-22*, 331 f.
Jäger, Johann Lucas 11 f.
Jäger, Josepha Appolonia 11
Jäger, Lina 12

Jäger, Rosa 12
Jahreis, Adjutant 127
Jedin, Hubert 288 ff., 294, 296
Jentzsch, Fritz 184
Jeremias, Brigitte 326
Joeckle, Rudolf 22
Jörg, Joseph Edmund 13
Johannes Eriugena 236
Johannes XXIII., Papst 296
Johannes Paul II., Papst 59, 273, 296
Johnson, Uwe 319
Joos, Joseph 28
Jünger, Ernst 317
Jungnitz, Kaplan 267

K
Kaas, Ludwig 38
Kahr, Gustav von 20
Kaiser, Elisabeth 303
Kaiser, Jakob 39, 156, 180 f., 217 ff., 224 f., 227, 249, 253, 255 ff., 258, 303 ff., 310
Kant, Immanuel 233, 235
Kapp, Wolfgang 36
Karl I., Kaiser 220
Kather, Linus 157 f.
Katzer, Elisabeth 303, 305
Katzer, Hans 9, *301-312*, 347 f.
Katzer, Karl 302
Katzer, Marie-Therese 303
Katzer, Rosa (Mutter) 302
Katzer, Rosa (Schwester) 302
Kautsky, Karl 249
Keller, Michael 290
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von 11, 28, 49, 298
Kiep, Walter Leisler 310
Kierkegaard, Soeren 238
Kiesinger, Kurt Georg 206 f., 209 f.
Klausener, Erich 66
Kleineidam, Erich 268
Knackrick, Adolf 150
Köhler, Heinrich 38
König, Lothar 117, 120 f.
Köppler, Heinrich 211
Körner, Theodor 303
Kötting, Bernhard 290
Kohl, Helmut 311
Kolb, Annette 329
Kolping, Adolf 45, 51, 55, 303
Kominek, Boleslaw Kardinal 276 ff.
Konzag, Marianne 323
Kopf, Hermann 80, 89
Kopp, Georg Kardinal von 29, 61
Korfanty, Wojciech (Albert) 144, 146, 148 f.
Korum, Michael 29
Krabbel, Gerta 82
Kramer, Theodor 122
Krapp, Lorenz 116
Kraske, Konrad 310
Kraus, Johann B. 54
Krone, Heinrich 80, 86, 173, 191
Kubasch, Maria 65 f.
Kühr, Friedrich 239, 241
Künstler, Franz 86
Kuschel, Joseph 326 f.

L
Labus, Leo 75
Laforet, Wilhelm 112
Landmesser, Franz X. 238
Langgässer, Elisabeth 329
Lassalle, Ferdinand 13, 46
Legge, Petrus 86
Leiber, Robert 240
Lemmer, Ernst 180, 186, 258
Lenz, Otto 179, 184, 186
Lenz, Wilhelm 256
Leo XIII., Papst 28, 49
Letterhaus, Bernhard 253, 303
Leugers, Lucia 65
Lex, Hans Ritter von 102
Ley, Robert 54
Lichtenberg, Bernhard 8, *59-72*, 334 f.
Liebisch, Barnabas 116
Liebmann, Hermann 86
Lippold, Eva 88
Löbe, Paul 82
Löwenstein, Karl Fürst zu 210
Lortz, Joseph 65, 286 ff., 290
Ludendorff, Erich 64, 95
Lübke, Heinrich 207, 260
Lücke, Paul 9, *195-212*, 342 f.
Lücke, Rosa 196 f.
Lukaschek, Hans 8, *143-159*, 339 f.
Lukaschek, Magdalena 144, 153 f., 158
Lukaschek, Maria 144
Lukaschek, Phillip 143
Luther, Martin 287 f., 292 ff., 298
Lynhard, Elisabeth 89

M
Mager, Karin 80
Martin, Heinz 103

Marx, Karl 13
Maunz, Theodor 169
Maurer, Otto 242
Mauriac, François 263
May, Georg 271
Meerfeld, Johannes 255
Meier, Ernst 94, 100 f.
Meisenzahl, Kilian Josef 110
Meisner, Joachim Kardinal 273, 279
Meixner, Georg 167
Mekes, Bruno 116
Mekes, Herigar 116
Mende, Erich 259
Merke, Karl 232
Metternich, Klemens Fürst von 125
Meixner, Georg 167
Mikat, Paul 296 f.
Milner, John 126
Modrow, Hans 280
Molitoris, H. A. 101
Moltke, Hans-Adolf von 154
Moltke, Helmuth James Graf von 103, 106, 119 f., 154
Morsey, Rudolf 39, 60, 65
Müller, Franz H. 53, 55 f., 239
Müller, Hermann 35
Müller, Josef 164 f., 179, 186
Müller, Otto 27
Müller-Armack, Alfred 256, 261, 301
Muench, Franz Xaver 233
Murphy, Robert D. 131, 136
Muth, Carl 229, 234

N
Naumann, Friedrich 204
Nawiasky, Hans 134
Neisinger, Oskar 116
Nell-Breuning, Oswald von 54, 239, 312
Neumann, Clemens 277
Neurath, Konstantin Frhr. von 98
Neuß, Wilhelm 240
Nikolaus von Kues 236, 327
Noack, Ulrich 186
Nowak, Józef 75, 89
Nuschke, Otto 180, 182 f., 187 f., 191

O
Ockham, William von 290
Oesterle, Josef 129
Oetker, Friedrich 162
Oettingen-Wallerstein, Eugen Fürst von 99
Ohnesorg, Benno 208
Orff, Carl 323
Orsenigo, Cesare 70
Osel, Heinrich 127

P
Pacelli, Eugenio 240; s.a. Pius XII.
Papen, Franz von 38, 97 f., 111, 178 f., 240
Paul VI., Papst 270, 272, 278
Paulus, Hugo 233
Pesch, Heinrich 48, 50
Peterson, Erik 238
Petrus Damiani 287
Pfeiffer, Anna Maria 126
Pfeiffer, Anton 9, *125-141*, 339
Pfeiffer, Anton (Sohn) 127
Pfeiffer, Elisabeth 127
Pfeiffer, Else 126
Pfeiffer, Franz Xaver 126
Pfeiffer, Josef 129
Pfeiffer, Peter 126
Pfeiffer, Rudolf 126
Pfeil, Hans 110
Pfnür, Vinzenz 295
Pieck, Wilhelm 183, 190
Pieper, August 26 f., 30, 39, 45 f.
Pieper, Josef 287
Piloty, Robert 162
Piontek, Ferdinand 268
Pius X., Papst 30, 47
Pius XI., Papst 54
Pius XII., Papst 71, 118, 295
Platon 287
Platz, Hermann 229 ff., 233 f., 239 f.
Plewe, Eberhard 184 ff.
Podgorny, Nicolaj W. 275
Poschmann, Bernhard 268
Preger, Konrad von 96 f.
Preusker, Victor-Emanuel 201
Preysing, Konrad Kardinal von 65, 70 f., 117 f., 120
Proske, Alfons 151 f.
Puschkin, Georgij M. 182

R
Rahner, Karl 323, 325-330
Redwitz, Alfons Baron von 99 f.
Reeder, Eggert 252, 254
Reinisch, Leonhard 76
Reinmuth, Hermann 81, 86 f.
Reisert, Franz 103 f.
Reißmüller, Johann Georg 181, 186

Remarque, Erich Maria 64
Repgen, Konrad 293
Resa Pahlawi, Schah 208
Riedler, Rudolf 315 f.
Rilke, Rainer Maria 320
Rinser, Luise 9, *315-330*, 348 f.
Rintelen, Friedrich Maria 270
Röhm, Ernst 97 f.
Rösch, Augustinus 117, 120
Rommen, Heinrich 239
Rosenberg, Alfred 66, 240
Rosmini, Antonio 243
Roßhaupter, Albert 127
Rossmann, Erich 136
Rummler, Georg 186, 188
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 99 f.

S
Schäffer, Fritz 131-134, 164
Schäffler, Michael 232
Schaffran, Elfriede 266, 268
Schaffran, Georg 8, *265-282*, 345 f.
Schaffran, Herbert 266, 268
Schaffran, Hertha 266
Schaffran, Karl 266
Schaffran, Karl-Heinz 266
Scharnagl, Karl 132
Schauff, Johannes 80, 86
Schauff, Karin 80
Scheffczyk, Leo 271
Scheidemann, Philipp 35
Scheler, Max 53, 238
Schell, Herman 110 f., 229-232, 234, 238
Schelling, Friedrich Wilhelm 232, 243
Schenke, Regens 276
Scherzberg, Lucia 65
Schieder, Theodor 158
Schiffer, Carl Matthias 29
Schlegel, Friedrich 243
Schlick, Moritz 241
Schmitt, Heinrich 134
Schmitt, Hermann-Joseph 240
Schmitt, Kurt 102
Schmitt-Vockenhausen, Hermann 211 f.
Schnackenburg, Rudolf 271
Schneider, Jupp 114
Schnell, Christoph 317
Schnell, Horst-Günther 317
Schnell, Stephan 317
Schniewind, Otto 103
Scholl, Geschwister 93
Schreiber, Georg 290
Schreiber, Walther 180
Schröder, Gerhard 207, 311
Schröffer, Josef Kardinal 276
Schröter, Manfred 235
Schubert, Philipp 104
Schütz, Hans 158
Schulmeister, Otto 242
Schulz, Hans 102
Schuman, Robert 231
Schumpeter, Joseph 238
Schwend, Karl 132
Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 98
Seidel, Christian 162
Seidel, Christine 161
Seidel, Hanns 9, *161-174*, 340 f.
Seidel, Hans Joachim 162
Seidel, Ilse 162
Seidel, Johann 161
Seipel, Ignaz 239
Seldte, Franz 178
Selig, Anna 80, 86
Semjonow, Vladimir S. 185
Severing, Carl 36, 250, 255
Seydewitz, Max 84 ff.
Siebert, Ludwig 130
Siebert, Maximilian 95
Siemer, Laurentius 117, 121
Simmel, Ernst 238
Simon, Paul 231
Skalweit, August 249
Sohm, Rudolf 238
Sommerrock, Hans Heinrich 117
Sonnemann, Theodor 249, 256
Sonnenschein, Carl 233, 303
Spahn, Martin 34
Specht, Rainer 244
Sperr, Franz 8, *93-106*, 337
Sperr, Gertrud 97, 104
Sperr, Hanns Ludwig 93, 97
Sperr, Ludwig 97
Sperr, Therese 94
Spiecker, Carl 147
Spikoska, Paul 69
Spittank, Benno 188
Splett, Carl Maria 190
Spülbeck, Otto 266, 270 ff., 276
Stalin, Jossif W. 182, 184 f.
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 104, 121, 155

Stegerwald, Adam 11, 28 f., 34, 37 ff., 46, 49, 163
Steinacher, Hans 250, 255
Steltzer, Theodor 156
Stenig, Paul 70
Stephana, Oberin 69
Stommel, Eduard 290
Strauß, Franz Josef 167, 173, 204, 311
Strauß, Walter 256
Streicher, Julius 163
Stresemann, Gustav 37
Stuiber, Alfred 290
Sturzo, Luigi 233, 239 f.
Suhrkamp, Peter 317

T
Teilhard de Chardin, Pierre 88, 327
Thälmann, Ernst 76
Thedieck, Ernst 248
Thedieck, Franz 9, *247-263*, 344 f.
Thedieck, Fritz 248
Thedieck, Hildegard 263
Thedieck, Johanna 248
Thedieck, Joseph 248
Thedieck, Paul 248
Theresia von Avila, hl. 270
Theyssing, Heinrich 274, 279
Thomas von Aquin, hl. 90, 233, 235 f., 240
Toeplitz, Heinrich 188
Topitsch, Ernst 242
Trimborn, Karl 11, 30, 35, 46
Troeltsch, Ernst 238

U
Uexküll, Jakob von 242
Ulbricht, Walter 188 f.
Ulitzka, Carl 143, 148-152, 154
Urbanek, Kurt 147

V
van Husen, Paulus 150, 154 ff.
Velden, Johannes Joseph van der 231, 238 f.
Vetter, August 243
Veuster, Damian de 88
Vico, Giambattista 234
Vielberth, Pfarrer 128
Vockel, Heinrich 156
Vögelin, Erik 233
Vogelsang, Karl von 49
Voit, Paul 114

W
Wadlinger, Wilhelm 20 f.
Wagner, Adolf 130
Waldenfels, Otto von 102
Wanke, Joachim 279
Warsch, Wilhelm 256
Weber, G. 103
Weber, Helene 82
Weber, Max 238, 244
Wehner, Herbert 205, 209, 211, 312
Wehr, Matthias 292, 295
Weisbender, Hermann-Joseph 189, 271, 280
Welty, Eberhard 54
Werb, Otto 114, 121
Werfel, Franz 328
Westrick, Ludger 256, 312
Wex, Helga 310
Wichterich, Robert 250
Wieber, Franz 27, 45 f.
Wienken, Heinrich 116, 189 ff.
Wilhelm I., Kaiser 61
Wilhelm II., Kaiser 16, 21, 35
Willam, Franz-Michael 287
Wilson, Woodrow 31
Windthorst, Ludwig 13, 26
Winkler, Max Julius 156
Wirmer, Josef 179
Wirth, Joseph 35, 37, 82
Wittstadt, Klaus 295
Wolf, Christa 319
Wölfel, Hans 116 f.
Wuermeling, Franz-Josef 201
Wust, Peter 229, 287
Wyschinski, Andrej J. 183

Y
Yorck von Wartenburg, Paul Graf 237, 243
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 155

Z
Zaisser, Wilhelm 182
Zehrer, Hans 178
Ziller, Heinrich 196
Zimmermann, Friedrich 168
Zinke, Johannes 269
Zinsser, Ernst 250
Zinsser, Käthe 184
Zwiedineck-Südenhorst, Otto von 51

## Die Herausgeber

Jürgen Aretz, geb. 1946; Dr. phil.; Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Erfurt.

Rudolf Morsey, geb. 1927; Dr. phil., Dr. h. c., Universitätsprofessor em. für Neuere Geschichte, insbesondere für Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Anton Rauscher, geb. 1928; Dr. theol., Dr. h. c., Universitätsprofessor em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.

## Die Autoren

Dr. Manfred Agethen, St. Augustin
Dr. Jürgen Aretz, Erfurt
Prof. Dr. Winfried Becker, Passau
Prof. Dr. Vincent Berning, Roetgen
Dr. Günter Buchstab, Rheinbach
Dr. Stephan Deutinger, München
Dr. Bernhard Forster, Passau
Dr. Guido Hitze, St. Augustin
Dr. Gotthard Klein, Berlin
Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann, Köln
Dr. Antonia Leugers, München
Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf Morsey, Neustadt an der Weinstraße
Prof. Dr. Josef Pilvousek, Erfurt
Prof. Dr. Dr. h. c. Anton Rauscher, Mönchengladbach
Prof. Dr. Dr. h. c. Konrad Repgen, Bonn
Dr. Christiane Reuter-Boysen, München
Dr. Birgit Sack, Dresden
Prof. Dr. Walter Schmitz, Dresden
Dr. Thomas Speckmann, Bonn

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Band 1**

320 Seiten, 21 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
Best.-Nr. 06112

Band 1 umfasst 21 Lebensbilder:

Rudolf Morsey: *Georg Kardinal Kopp* (1837–1914)
Hugo Stehkämper: *Julius Bachem* (1845–1918)
Rudolf Morsey: *Georg Graf v. Hertling* (1843–1919)
Hubert Mockenhaupt: *Franz Hitze* (1851–1921)
Helmut Neubach: *Peter Spahn* (1846–1925)
Rudolf Morsey: *Karl Trimborn* (1854–1921)
Walter Ferber: *Karl Muth* (1867–1944)
Rudolf Morsey: *Matthias Erzberger* (1875–1921)
Helmut Neubach: *Felix Porsch* (1853–1921)
Walter Ferber: *Hedwig Dransfeld* (1871–1925)
Josef Becker: *Konstantin Fehrenbach* (1852–1926)
Hubert Mockenhaupt: *Heinrich Brauns* (1868–1939)
Thomas A. Knapp: *Joseph Wirth* (1879–1956)
Hugo Stehkämper: *Wilhelm Marx* (1863–1946)
Rudolf Morsey: *Adam Stegerwald* (1874–1945)
Klaus Schönhoven: *Heinrich Held* (1868–1938)
Oswald Wachtling: *Joseph Joos* (1878–1965)
Rudolf Morsey: *Heinrich Brüning* (1885–1970)
Rudolf Morsey: *Ludwig Kaas* (1881–1952)
Ludwig Volk SJ: *Adolf Kardinal Bertram* (1859–1945)
Walter Ferber: *Romano Guardini* (1885–1968)

**Die Bände 1 bis 8 sind auch zu einem günstigen Paket-Preis zu beziehen. Bitte erkunden Sie sich beim Verlag Aschendorff, 48135 Münster buchverlag@aschendorff.de**

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholiszismus des 20. Jahrhunderts, Band 2**

230 Seiten, 15 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
ISBN 3-402-06119-8

Band 2 umfasst 15 Lebensbilder:

Jürgen Aretz: *Bernhard Letterhaus* (1894–1944)
Waltraud Herbstrith (Teresia a Matre Dei OCD): *Edith Stein* (1891–1942)
Rudolf Morsey: *Clemens August Kardinal von Galen* (1878–1946)
Franz Kroos: *Friedrich Muckermann* (1883–1946)
Hans Rink: *Ildefons Herwegen* (1874–1946)
Rudolf Morsey: *Franz von Papen* (1879–1969)
Ludwig Volk SJ: *Konrad Kardinal von Preysing* (1880–1950)
Ludwig Volk SJ: *Michael Kardinal von Faulhaber* (1869–1952)
Heinz Hürten: *Waldemar Gurian* (1902–1954)
Walter Först: *Karl Arnold* (1901–1958)
Erich Kosthorst: *Jakob Kaiser* (1888–1961)
Anton Rauscher: *Gustav Gundlach* (1892–1963)
Rudolf Morsey: *Georg Schreiber* (1882–1963)
Rudolf Morsey: *Konrad Adenauer* (1876–1967)
Sr. J. Dominica Ballof: *Christine Teusch* (1888–1968)

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 3**

304 Seiten, 19 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
Best.-Nr. 06113

Band 3 umfasst 19 Lebensbilder:

Franz Josef Stegmann: *Franz von Baader* (1765–1841)
Rudolf Morsey: *Joseph Görres* (1776–1848)
Michael Schmolke: *Adolph Kolping* (1813–1865)
Erwin Gatz: *Franziska Schervier* (1819–1876)
Rudolf Morsey: *Ludwig Windthorst* (1812–1891)
Winfried Becker: *Joseph Edmund Jörg* (1819–1901)
Wolfgang Löhr: *Franz Brandts* (1834–1914)
Günter Baadte: *Elisabeth Gnauck-Kühne* (1850–1917)
Helmut Josef Patt: *Wilhelm Hohoff* (1848–1923)
Anton Rauscher: *Heinrich Pesch* (1854–1926)
Wilhelm Weber: *Joseph Mausbach* (1861–1931)
Herbert Hömig: *Joseph Heß* (1878–1932)
Herbert Hömig: *Bernhard Otte* (1883–1933)
Jürgen Aretz: *Otto Müller* (1870–1944)
Marilone Emmerich: *Maria Schmitz* (1875–1962)
Rudolf Morsey: *Helene Weber* (1881–1962)
Wilhelm Weber: *Goetz A. Briefs* (1889–1974)
Ulrich von Hehl: *Hans Globke* (1898–1973)
Karl Forster: *Julius Kardinal Döpfner* (1913–1976)

»Die Fortsetzung der Reihe ist sehr zu begrüßen. Die Beiträge sind nach bewährtem Muster wissenschaftlich fundiert; sie wenden sich aber nicht allein an Fachwissenschaftler, sondern ebenso an interessierte 'Laien'. Auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtet die Reihe« (*Klerusblatt, Nr. 11/1999*)

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 4**

288 Seiten, 19 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
Best.-Nr. 06114

Band 4 umfasst 19 Lebensbilder:

Albrecht Langner: *Adam Müller* (1779–1829)
Lothar Roos: *Wilhelm Emmanuel Frhr. von Ketteler* (1811–1877)
Oskar Köhler: *Ignaz Döllinger* (1799–1890)
Robert O. Claeßen: *Clara Fey* (1815–1894)
Rudolf Morsey: *Ernst Lieber* (1838–1902)
Hans-Josef Wollasch: *Lorenz Werthmann* (1858–1921)
Wolfgang Löhr: *Carl Sonnenschein* (1876–1929)
Anton Rauscher: *Viktor Cathrein* (1845–1931)
Horstwalter Heitzer: *August Pieper* (1866–1942)
Monika Pankoke–Schenk: *Agnes Neuhaus* (1854–1944)
Rudolf Morsey: *Martin Spahn* (1875–1945)
Jürgen Aretz: *Nikolaus Groß* (1898–1945)
Herbert Hupka: *Carl Ulitzka* (1873–1953)
Wolfgang Löhr: *Vitus Heller* (1882–1956)
Burkhard van Schewick: *Wilhelm Böhler* (1891–1958)
Heinz Hürten: *Michael Keller* (1896–1961)
Klaus Gotto: *Heinrich von Brentano* (1904–1964)
Wolfgang Ockenfels: *Eberhard Welty* (1902–1965)
Hans Günter Hockerts: *Anton Storch* (1892–1975)

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 5**

304 Seiten, 18 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
Best.-Nr. 06115

Band 5 umfasst 18 Lebensbilder:

Josef Oelinger: *Franz Joseph Ritter von Buß* (1803–1878)
Maria Liobgid Ziegler: *Karolina Gerhardinger* (1797–1879)
Winfried Becker: *Peter Reichensperger* (1810–1892)
Heinz Hürten: *Franz Xaver Kraus* (1840–1901)
Heinz-Albert Raem: *Theodor Hürth* (1877–1944)
Rudolf Morsey: *Eugen Bolz* (1881–1945)
Paul Kopf: *Joannes Baptista Sproll* (1870–1949)
Hans-Josef Wollasch: *Benedict Kreutz* (1879–1949)
Barbara Schellenberger: *Ludwig Wolker* (1887–1955)
Wolfgang Ockenfels: *Laurentius Siemer* (1888–1956)
Walter Först: *Josef Gockeln* (1900–1958)
Martin Höllen: *Heinrich Wienken* (1883–1961)
Heinz Blankenberg: *Friedrich Dessauer* (1881–1963)
Herbert Hömig: *Johannes Albers* (1890–1963)
Bruno Lowitsch: *Ernst Michel* (1889–1964)
Wolfgang Löhr: *Wilhelm Elfes* (1884–1969)
Bernhard Zittel: *Alois Hundhammer* (1900–1974)
Dieter Albrecht: *Hans Ehard* (1887–1980)

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 6**

316 Seiten, 17 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
Best.-Nr. 06116

Band 6 umfasst 17 Lebensbilder:

Rudolf Lill: *Johannes Kardinal von Geissel* (1796–1864)
Hugo Stehkämper: *Benedikt Schmittmann* (1872–1939)
Roman Bleistein SJ: *Alfred Delp SJ* (1907–1945)
Hugo Ott: *Conrad Gröber* (1872–1948)
Wolfgang Löhr: *Johannes Joseph van der Velden* (1891–1954)
Edwin Maria Landau: *Reinhold Schneider* (1903–1958)
Günter Buchstab: *Andreas Hermes* (1878–1964)
Jürgen Aretz: *Hermann-Josef Schmitt* (1896–1964)
J. Heinz Müller: *Paul Jostock* (1895–1965)
Franz Menges: *Fritz Schäffer* (1888–1967)
Rudolf Morsey: *Heinrich Lübke* (1894–1972)
Hans-Otto Kleinmann: *Theodor Blank* (1905–1972)
Winfried Baumgart: *Adolf Süsterhenn* (1905–1974)
Rudolf Morsey: *Peter Altmeier* (1899–1977)
Hubert Mockenhaupt: *Elisabeth Zillken* (1888–1980)
Anton Rauscher: *Karl Forster* (1928–1981)
Anton Rauscher: *Johannes Messner* (1891–1984)

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 7**

316 Seiten, 18 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
Best.-Nr. 06117

Der Band 7 umfasst 18 Lebensbilder:

Anton Brenner: *Therese Studer* (1862–1931)
Rudolf Morsey: *Fritz Gerlich* (1883–1934)
Hugo Ott: *Max Josef Metzger* (1887–1944)
Brigitte Poschmann: *Maximilian Kaller* (1880–1947)
Otto B. Roegele: *Franz Albert Kramer* (1900–1950)
Paul-Ludwig Weinacht: *Leo Wohleb* (1888–1955)
Günter Buchstab: *Josef Beyerle* (1881–1963)
Ursula Männle: *Maria Probst* (1902–1967)
Eugen Biser: *Gertrud von le Fort* (1876–1971)
Norbert Trippen: *Josef Kardinal Frings* (1887–1978)
Gerhard Lange: *Alfred Kardinal Bengsch* (1921–1979)
Konrad Repgen: *Hubert Jedin* (1900–1980)
Anton Losinger: *Karl Rahner SJ* (1904–1984)
Jürgen Aretz: *Alois Mertes* (1921–1985)
Winfried Becker: *Franz Josef Strauß* (1915–1988)
Hans-Otto Kleinmann: *Kurt Georg Kiesinger* (1904–1988)
Klaus Gotto: *Heinrich Krone* (1895–1989)
Anton Rauscher: *Oswald von Nell-Breuning SJ* (1890–1991)

**Zeitgeschichte in**
**Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus**
**des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 8**

236 Seiten, 17 Abbildungen, fester Einband, € 19,50
Best.-Nr. 06118

Band 8 umfasst 18 Lebensbilder:

Christoph Kösters: *Carl Mosterts* (1874–1926)
Brigitte Kaff: *Josef Wirmer* (1901–1944)
Karl Teppe: *Ferdinand von Lüninck* (1888–1944)
Michael Schäfer: *Heinrich Imbusch* (1878–1945)
Karl Teppe: *Johannes Gronowski* (1874–1958)
Ursula Pruß: *Margarete Sommer* (1893–1965)
Elisabeth Friese: *Helene Wessel* (1898–1969)
Rudolf Morsey: *Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg* (1921–1972)
Paul-Ludwig Weinacht: *Ernst Föhr* (1892–1976)
Karl-Ulrich Gelberg: *Josef Müller* (1898–1979)
Lothar Roos: *Joseph Kardinal Höffner* (1906–1987)
Klaus Gotto: *Johann Baptist Gradl* (1904–1988)
Jürgen Aretz: *Bruno Heck* (1917–1989)
Rudolf Morsey: *Johannes Schauff* (1902–1990)
Günter Buchstab: *Gebhard Müller* (1900–1990)
Hans-Otto Kleinmann: *Walter Dirks* (1901–1991)
Anton Rauscher: *Franz Kardinal Hengsbach* (1910–1991)
Yorck Dietrich: *Hermann Josef Abs* (1901–1994)

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 9**

360 Seiten, 17 Abbildungen, fester Einband, € 20,40
ISBN 3-402-06120-1

Band 9 umfasst 18 Lebensbilder:

Ernst Heinen: *August Reichsperger* (1808–1895)
Karl Pörnbacher: *Sebastian Kneipp* (1821–1897)
Heinz Hürten: *Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein* (1834–1921)
Odilo Engels: *Heinrich Finke* (1855–1938)
Hans Jürgen Brandt: *Franz Stock* (1904–1948)
Anthony W. Riley: *Elisabeth Langgässer* (1899–1950)
Günter Buchstab: *Fritz Thyssen* (1873–1951)
Wilhelm Damberg: *Heinrich Tenhumberg* (1915–1969)
Josef Pilvousek: *Otto Spülbeck* (1904–1970)
Ulrich von Hehl: *Walter Adolph* (1902–1975)
Rudolf Morsey: *Hermann Pünder* (1888–1976)
Helmut Quaritsch: *Carl Schmitt* (1888–1985)
Hans-Otto Kleinmann: *Eugen Kogon* (1903–1987)
Anton Rauscher: *Willi Geiger* (1909–1994)
Hans-Josef Wollasch: *Gertrud Luckner* (1900–1995)
Brigitte Kaff: *Aenne Brauksiepe* (1912–1997)
Jürgen Aretz: *Herbert Czaja* (1914–1997)
Bruno Kammann: *Carl Klinkhammer* (1903–1997)

»Wer sich den einzelnen, eingängig geschriebenen Biographien widmet, findet das Leitinteresse einer sachlichen Darstellung und historisch-kritischen Wertung bestätigt, von denen die Herausgeber im Vorwort schreiben.« (*Pressedienst Bistum Münster, Nr. 43/1999*)

**Zeitgeschichte in Lebensbildern**
**Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 10**

342 Seiten, 18 Abbildungen, fester Einband, € 20,40
ISBN 3-402-06122-8

Band 10 umfasst 18 Lebensbilder:

Relinde Meiwes: *Pauline von Mallinckrodt* (1817–1881)
Wolfgang Löhr: *Hermann Cardauns* (1847–1925)
Tilman Pünder: *Erich Klausener* (1885–1934)
Ulrich von Hehl: *Karl Joseph Kardinal Schulte* (1871–1941)
Anton Rauscher: *Rupert Mayer SJ* (1876–1945)
Manfred Hermanns: *Heinrich Weber* (1888–1946)
Marie-Emmanuelle Reytier: *Alois Fürst zu Löwenstein* (1871–1952)
Gregory Munro: *Georg Moenius* (1890–1953)
Ulrich Karpen: *Hans Peters* (1896–1966)
Winfried Becker: *Johannes Hoffmann* (1890–1967)
Susanna Schmidt: *Ida Friederike Görres* (1901–1971)
Günter Buchstab: *Fritz Burgbacher* (1900–1978)
Brigitte Kaff: *Heinrich Köppler* (1925–1980)
Erich Kock: *Heinrich Böll* (1917–1985)
Jürgen Aretz: *Franz-Josef Wuermeling* (1900–1986)
Karl-Ulrich Gelberg: *Alfons Goppel* (1905–1991)
Peter Rummel: *Josef Stimpfle* (1916–1996)
Wilhelm Schätzler: *August Everding* (1928–1999)